

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Nachdruck der deutschsprachigen Erstausgabe, Berlin 1957.  
Übersetzt nach der siebenten russischsprachigen Ausgabe, Moskau 1954.

Verlag Olga Benario und Herbert Baum  
Postfach 10 20 51  
D-63020 Offenbach

1. Auflage 2004

ISBN 978-3-932636-82-0

**Die Kommunistische Partei der  
Sowjetunion in Resolutionen  
und Beschlüssen der Parteitage,  
Konferenzen und Plenen des ZK**

**Band III: 1917–1921**

**Band IV: 1922–1924**



Die Kommunistische Partei der Sowjetunion  
in Resolutionen und Beschlüssen  
der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

1898 - 1954

B a n d III

Ins Deutsche übertragen nach der siebenten russischen  
Ausgabe in III Teilen

Die deutsche Ausgabe wird aus Anlaß des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED besorgt.

Als Manuskript gedruckt

Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED - Lehrstuhl für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus, Lehrkabinett.

Berlin 1957

V o r b e m e r k u n g

Der vorliegende Band enthält die Resolutionen und Beschlüsse der KPdSU von der Sitzung des ZK der SDAPR (B) - Petrograd, 1.- 2. (14.- 15.) November 1917 - bis zur XI. Allrussischen Konferenz der KPR (B), - Moskau, 19.- 22. Dezember 1921.

Die Redaktion lag in den Händen des Genossen Dr.G. Großer vom Franz-Mehring-Institut, Leipzig.

Die Übersetzung der Resolutionen und Beschlüsse ist nicht autorisiert.

Wir bitten alle Benutzer, Ungenauigkeiten und Übersetzungsfehler dem Lehrkabinett des Lehrstuhls für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin W 8, Taubenstraße 19-23, mitzuteilen.

II		<u>Seite</u>
<u>Inhaltsverzeichnis</u>		
Sitzung des ZK der SDAPR (B), Petrograd, 1.-2. (14.- 15.) November 1917 .....	1 - 4	
Resolution der erweiterten Sitzung des Zentralkomitees .....	1	
Resolution des ZK der SDAPR (B) zur Frage der Opposition innerhalb des ZK vom 2. (15.) November 1917 .....	2	
VII. Parteitag der KPR (B), Petrograd, 6. - 8. März 1918 .....	5 -10	
Die Resolutionen des Parteitages .....	6	
Zum Bericht des ZK .....	6	
Über Krieg und Frieden .....	6	
Ergänzung zur Resolution über Krieg und Frieden .....	8	
Über die Änderung des Namens der Partei und des Parteiprogramms .....	8	
Zur Ablehnung der "linken Kommunisten", dem ZK beizutreten .....	9	
VIII. Parteitag der KPR (B), Moskau, 18. - 23. März 1919 .....	11 -78	
I. Resolutionen und Entschlüsse des Parteitages .....	13	
Zum Bericht des Zentralkomitees .....	13	
Über den Entwurf des Programms .....	13	
Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) .....	13	
Über die Kommunistische Internationale ..	43	
Zur Militärfrage .....	43	
Zur organisatorischen Frage .....	58	
Über das Verhältnis zur Mittelbauernschaft .....	66	
Über die politische Propaganda und die kulturelle- und Aufklärungsarbeit im Dorfe .....	70	

III		<u>Seite</u>
Über die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat .....		74
Über die Arbeit unter der Jugend .....		74
Über die Partei- und Sowjetpresse .....		75
II. Aufruf des VIII. Parteitages der KPR (B) an alle Parteiorganisationen .....		77
VIII. Allrussische Konferenz der KPR (B), Moskau, 2.- 4. Dezember 1919 .....		79-107
Die Resolutionen der Konferenz .....		80
Über das Referat des Genossen Tschitscherin und über den Resolutionsentwurf über die internationale Lage .....		80
Resolutionsentwurf über die internationale Lage, der dem VII. Sowjetkongreß von der Fraktion vorgelegt wurde .....		80
Resolutionsentwurf über die Brennstoffversorgung, den die Fraktion dem VII. Sowjetkongreß vorlegte .....		81
Über die Sowjetpolitik in der Ukraine ...		82
Über die Sowjetmacht in der Ukraine .....		83
Statut der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) .....		86
Thesen über die Verwendung der neuen Parteimitglieder .....		98
Resolutionsentwurf über den Sowjetaufbau, der von der Fraktion dem VII. Sowjetkongreß vorgelegt wurde .....		103
IX. Parteitag der KPR (B), Moskau, 29. März - 5. April 1920 .....		108-149
I. Resolutionen des Parteitages .....		109
Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees .....		109
Über die nächsten Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus .....		109
Über die Organisierung der Verbindung unter den Wirtschaftskommissariaten .....		127
Zur Frage der Gewerkschaften und ihrer Organisierung .....		127
Über das Verhältnis zu den Genossenschaften .....		133

IV	Seite
Zur Organisationsfrage .....	135
Über den Übergang zum Milizsystem .....	142
Über die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Politabteilungen und den Parteikomitees .....	144
Über die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat .....	145
Über die Mobilisierung für das Verkehrswesen .....	146
II.Grußschreiben des Parteitags .....	147
Grußschreiben des IX.Parteitags der KPR (B) an die Rote Armee und an die Rote Flotte der RSFSR .....	147
IX.Allrussische Konferenz der KPR (B), Moskau, 22. - 25.September 1920 .....	150-162
Die Resolutionen der Konferenz .....	151
Über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus .....	151
Zum organisatorischen Rechenschaftsbericht des ZK .....	160
Zur polnischen Frage .....	161
X.Parteitag der KPR (B)., Moskau, 8. - 16. März 1921 .....	163-246
Resolutionen und Beschlüsse des Parteitags .....	165
Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees .....	165
Über den Parteaufbau .....	166
Über die Einheit der Partei .....	182
Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei ..	186
Über die Mitglieder der aufgelösten Gruppe der "Arbeiteropposition", die in das Zentralkomitee gewählt wurden .....	190
Über die Kontrollkommissionen .....	190
Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften .....	192

Über das Hauptkomitee für politische Aufklärung und die agitatorischen und propagandistischen Aufgaben der Partei .....	214
Über die Organisierung von Lehrgängen zum Studium des Marxismus .....	219
Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage .....	219
Über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer .....	233
Über die Genossenschaften .....	235
Über die Überprüfung der Finanzpolitik..	235
Über die Verbesserung der Lage der Arbeiter und der notleidenden Bauern .....	235
Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umkreisung .....	237
Über die Kommunistische Internationale ..	238
Über den kommenden imperialistischen Krieg .....	239
Beschluß zur Militärfrage .....	240
An die Arbeiter Petrograds .....	245
X.Allrussische Konferenz der KPR (B), Moskau, 26. - 28.Mai 1921 .....	247 -253
Resolutionen und Beschlüsse der Konferenz .....	248
Über die ökonomische Politik .....	248
Der Arbeitsplan des ZK der KPR (B) .....	251
XI.Allrussische Konferenz der KPR (B), Moskau, 19. - 22.Dezember 1921 .....	254 -282
Resolutionen und Beschlüsse der Konferenz .....	254
Über die Taktik der Komintern .....	254
Thesen des Exekutivkomitees der Komintern .....	255
Die nächsten Aufgaben der Partei im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft .....	268
Zur Frage der Festigung der Partei im Zusammenhang mit der Auswertung der Erfahrung bei der Überprüfung des Personalbestandes der Partei .....	277



Sitzung des ZK der SDAPR(B)

Petrograd, 1. - 2. (14. - 15.) November 1917

Auf der Sitzung des ZK am 1. (14.) November, auf der die Frage der Bildung der Sowjetregierung erörtert wurde, waren anwesend: 12 Mitglieder des ZK; 5 Mitglieder der Exekutivkommission des Petrograder Komitees; ein Mitglied der Militärorganisation; 3 Mitglieder der Regierung, die nicht dem ZK angehörten, u.a.

Am 2. (15.) November 1917 nahm das ZK der Partei der Bolschewiki die unten veröffentlichte Resolution an, in der das Abkommen mit den konterrevolutionären Parteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre abgelehnt wurde und Kamenew und Sinowjew, die die verräterische Politik des Paktierens mit ihnen fortsetzten, zu Streikbrechern der Revolution erklärt wurden. Am 4. (17.) November erklärten die Verräter der Revolution Kamenew, Sinowjew, Rykow und Miljutin ihren Austritt aus dem ZK und Nogin, Rykow, Schljapnikow und andere erklärten ihren Austritt aus dem Rat der Volkskommissare.

Das ZK der Partei brandmarkte diese Verräter und Feiglinge als Deserteure der Revolution und Handlanger der Bourgeoisie. In einem Aufruf an die Partei und an alle werktätigen Klassen Rußlands erklärte das ZK,

"daß die Desertion einiger Leute aus den Spitzen unserer Partei auch nicht für einen Augenblick und um keine Haaresbreite die Einheit der **M a s s e n**, die unserer Partei folgen, erschüttern wird und daher auch unsere Partei nicht ins Wanken bringen wird".<sup>1)</sup>

Resolution der erweiterten Sitzung des Zentralkomitees

Da das ZK auf Grund der Erfahrung der vorausgegangenen Verhandlungen zu der Überzeugung gelangt ist, daß die Paktiererparteien diese Verhandlungen nicht führten, um eine vereinte Sowjet-

1) W.I.Lenin, Werke, 4. Ausgabe, Bd. XXVI, S. 271. - deutsch in: Lenin, Ausg. Werke in zwei Bänden, Bd. II, S. 273, Verlag für fremdsprach. Literatur, Moskau 1947.

macht zu schaffen, sondern um Spaltung in die Reihen der Arbeiter und Soldaten zu tragen, um die Sowjetmacht zu untergraben und die "linken" Sozialrevolutionäre endgültig in die Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie einzubeziehen, beschließt das ZK: angesichts des schon gefaßten Beschlusses des Zentralen Exekutivkomitees, den Mitgliedern unserer Partei zu erlauben, heute an dem letzten Versuch der "linken" Sozialrevolutionäre, eine sogenannte gleichartige Macht zu schaffen, teilzunehmen, um endgültig die Haltlosigkeit dieses Versuchs zu entlarven und die weiteren Verhandlungen über eine Koalitionsmacht endgültig abzubrechen.

Resolution des ZK der SDAPR(B) zur Frage der Opposition innerhalb des ZK vom 2. (15.) November 1917

Das Zentralkomitee konstatiert, daß die gegenwärtige Sitzung von historischer Tragweite ist und daß daher die zwei Positionen, die hier zutage getreten sind, festgehalten werden müssen.

1. Das Zentralkomitee konstatiert, daß die Opposition, die sich innerhalb des ZK herausgebildet hat, alle grundlegenden Positionen des Bolschewismus sowie des proletarischen Klassenkampfes überhaupt restlos aufgibt, denn sie wiederholt die zutiefst unmarxistischen Schlagworte von der Unmöglichkeit der sozialistischen Revolution in Rußland, von der Notwendigkeit, den ultimativen Forderungen und Rücktrittsdrohungen seitens der offenkundigen Minderheit der Sowjetorganisation nachzugeben, wodurch sie den Willen und den Beschluß des Zweiten Allrussischen Sowjetkongresses hintertreibt und die beginnende Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft sabotiert.

2. Das Zentralkomitee macht diese Opposition für die Behinderung der revolutionären Arbeit und für die im gegebenen Zeitpunkt verbrecherischen Schwankungen voll verantwortlich und fordert sie auf, ihre Diskussion und ihren Skeptizismus in die Spalten der Presse zu verlegen und sich von der praktischen Arbeit, an die sie nicht glaubt, zurückzuziehen. Denn aus dieser Opposition spricht weiter nichts als die Einschüchterung durch die Bourgeoisie, und sie ist nichts anderes als ein Widerhall der Stimmun-

gen des ermüdeten (und nicht des revolutionären) Teiles der Bevölkerung.

3. Das Zentralkomitee stellt fest, daß man, ohne Verrat an der Losung der Sowjetmacht zu üben, auf eine rein bolschewistische Regierung nicht verzichten kann, nachdem die Mehrheit des Zweiten Allrussischen Sowjetkongresses, ohne irgend jemanden vom Kongreß auszuschließen, dieser Regierung die Macht übertragen hat.

4. Das Zentralkomitee stellt fest, daß man, ohne Verrat an der Losung der Macht der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten zu üben, nicht dazu übergehen kann, einen kleintlichen Kuhhandel anzufangen um den Anschluß von Organisationen an die Sowjets, die nicht zum Sowjettypus gehören, d.h. von Organisationen, die keine freiwillige Vereinigung der revolutionären Vorhut der für den Sturz der Gutsbesitzer und Kapitalisten kämpfenden Massen sind.

5. Das Zentralkomitee stellt fest, daß Nachgiebigkeit gegenüber ultimativen Forderungen und Drohungen der Minderheit der Sowjets einem völligen Verzicht nicht nur auf die Sowjetmacht gleichkommt, sondern auch auf den Demokratismus, denn solche Zugeständnisse sind gleichbedeutend damit, daß die Mehrheit Angst vor der Ausnützung ihrer Mehrheit hat, gleichbedeutend mit der Unterwerfung unter die Anarchie; sie würden die Wiederholung von ultimativen Forderungen seitens jeder beliebigen Minderheit zur Folge haben.

6. Das Zentralkomitee stellt fest, daß es, ohne jemanden vom Zweiten Allrussischen Sowjetkongreß auszuschließen, auch jetzt durchaus bereit ist, diejenigen, die zurückgetreten sind, wieder zuzulassen und eine Koalition mit diesen Zurückgetretenen im Rahmen der Sowjets einzugehen, daß also die Behauptungen, die Bolschewiki wollten mit niemandem die Macht teilen, absolut unwahr sind.

7. Das Zentralkomitee stellt fest, daß es am Tage der Bildung der jetzigen Regierung, einige Stunden vor dieser Regierungsbildung, drei Vertreter der linken Sozialrevolutionäre zu seiner Sitzung eingeladen und ihnen in aller Form die Teilnahme an der Regierung angeboten hat. Obwohl die Absage der linken Sozialrevo-

lutionäre nur eine vorläufige und bedingte war, fällt die ganze Verantwortung für das Nichtzustandekommen eines Abkommens mit ihnen restlos auf diese linken Sozialrevolutionäre.

8. Das Zentralkomitee erinnert daran, daß auf dem Zweiten Allrussischen Sowjetkongreß ein von der Fraktion der Bolschewiki eingebrachter Antrag angenommen worden ist, in dem die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wurde, den Sowjet durch Soldaten aus den Schützengräben und Bauern aus den Dörfern zu ergänzen, - daß also die Behauptungen, die bolschewistische Regierung sei gegen die Koalition mit den Bauern, absolut unwahr sind. Im Gegenteil, das ZK erklärt, daß das Bodengesetz unserer Regierung, das eine wortgetreue Abschrift des Wählerauftrags der Sozialrevolutionäre darstellt, in der Praxis die völlige und aufrichtige Bereitschaft der Bolschewiki bewiesen hat, die Koalition mit der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung Rußlands zu verwirklichen.

9. Das Zentralkomitee stellt schließlich fest, daß der Sieg des Sozialismus sowohl in Rußland als auch in Europa allen Schwierigkeiten zum Trotz nur durch die unentwegte Fortsetzung der Politik der jetzigen Regierung gesichert wird. Das ZK ist vom Sieg dieser sozialistischen Revolution völlig überzeugt und fordert alle Skeptiker und Schwankenden auf, alle Schwankungen zu überwinden und die Tätigkeit dieser Regierung von ganzem Herzen mit hingebungsvoller Energie zu unterstützen.

Gedruckt nach dem Text der protokollarischen Aufzeichnungen, die im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus aufbewahrt werden. Die "Resolution des ZK der SDAPR(B) zur Frage der Opposition innerhalb des ZK vom 15. (2.) November 1917" ist nach dem Text der Werke W.I.Lenins, 4.Ausg., Bd.XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, abgedruckt.

VII. Parteitag der KPR(B)

Petrograd, 6. - 8. März 1918

Der Parteitag wurde als außerordentlicher Parteitag zur Lösung der zu jenem Zeitpunkt wichtigsten Frage der Revolution einberufen, zur Frage des Austritts Sowjetrußlands aus dem imperialistischen Krieg.

Am Parteitag nahmen 46 Delegierte mit beschließender und 58 mit beratender Stimme teil. Auf dem Parteitag waren etwa 170 000 Mitglieder der Partei vertreten, der zu jener Zeit nicht weniger als 300 000 Mitglieder angehörten. Ein bedeutender Teil der Organisationen hatte nicht die Zeit, Delegierte zu entsenden, oder sie hatten dazu keine Möglichkeit, da ein Teil des Territoriums einiger Gebiete vorübergehend von den Deutschen besetzt war.

Die Tagesordnung des Parteitages: 1) Rechenschaftsbericht des ZK; 2) Die Frage von Krieg und Frieden; 3) Überprüfung des Programms und des Namens der Partei; 4) Organisationsfragen; 5) Wahl des Zentralkomitees.

Den Rechenschaftsbericht des ZK gaben: W.I.Lenin (politischer Bericht) und J.M.Swerdlow (organisatorischer Bericht). Der politische Bericht Lenins behandelte die Fragen von Krieg und Frieden (siehe Resolution). Deshalb nahm der Parteitag keine besondere Resolution mit einer Einschätzung der Tätigkeit des ZK an und beschränkte sich auf die Bestätigung des Berichtes.

In der vom Parteitag angenommenen Resolution zur Frage des Brester Friedens wurde hervorgehoben, daß es die Hauptaufgabe der Partei sei, die energischsten und entschlossensten Maßnahmen zur Erhöhung der Selbstdisziplin und der Disziplin der Arbeiter und Bauern, zur Vorbereitung der Massen auf die selbstlose Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes, zur Organisation der Roten Armee, zur allgemeinen militärischen Ausbildung der Bevölkerung zu ergreifen.

Der Parteitag bestätigte die Richtigkeit der Leninschen

Linie in der Frage des Brester Friedens, verurteilte die Haltung Trotzki's und Bucharins und brandmarkte den Versuch der "Linken Kommunisten", die eine Niederlage erlitten hatten, die Spaltungsarbeit auf dem Parteitag fortzusetzen.

Der Parteitag nahm einen Beschluß über die Änderung des Namens der Partei aus Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) (SDAPR(B)) in Kommunistische Partei Rußlands (Bolschewiki) (KPR(B)) an und wählte eine Kommission, der W.I.Lenin, J.W.Stalin und andere angehörten zur Abfassung eines neuen Parteiprogramms, wobei als Grundlage des Programms der von W.I.Lenin ausgearbeitete Entwurf angenommen wurde.

Ins ZK wurden W.I.Lenin, J.W.Stalin, J.M.Swerdlow, F.E.Derschinski, M.F.Wladimirski und andere gewählt.

Der Parteitag vollbrachte ein gewaltiges historisches Werk: er zerschlug die versteckten Feinde innerhalb der Partei, die "linken Kommunisten" und Trotzki'sten und erlangte den Ausweg aus dem imperialistischen Krieg. Er führte den Frieden herbei, eine Atempause, er gab der Partei die Möglichkeit, Zeit zu gewinnen, um die Rote Armee zu organisieren, und verpflichtete die Partei, in der Volkswirtschaft sozialistische Ordnung zu schaffen.

Die Resolutionen des Parteitages

Zum Bericht des ZK

Der Bericht des ZK wird einstimmig bestätigt.

Über Krieg und Frieden<sup>1)</sup>

Der Parteitag hält es für notwendig, den von der Sowjetmacht unterzeichneten überaus schweren und erniedrigenden Friedensvertrag mit Deutschland zu bestätigen, da wir keine Armee haben, da die demoralisierten Fronttruppenteile sich in einem äußerst schweren Zustand befinden, da es notwendig ist, jede, auch die geringste

1) In Verbindung mit dem Beschluß des Parteitages, diese Resolution nicht zu veröffentlichen, beschränkte sich die "Prawda" Nr.45 vom 9. März 1918 bei der Veröffentlichung des Berichts über den Parteitag in der Frage des Brester Friedens auf folgende Mitteilung: "Mit einer Stimmenmehrheit von 30 Stimmen gegenüber 12 bei 4 Stimmenthaltungen wurde beschlossen, den Friedensvertrag zu ratifizieren". Die Red.

Möglichkeit einer Atempause vor der Offensive des Imperialismus auf die sozialistische Sowjetrepublik auszunutzen.

In der gegenwärtigen Periode der eben begonnenen Ära der sozialistischen Revolution sind wiederholte militärische Angriffe der imperialistischen Staaten (sowohl vom Westen als auch vom Osten) gegen Sowjetrußland historisch unvermeidlich. Die historische Unvermeidlichkeit solcher Angriffe kann bei der gegenwärtigen scharfen Zuspitzung aller Klassengegensätze innerhalb der Staaten sowie in internationalen Verhältnissen in jedem, im allernächsten Augenblick, sogar schon in einigen Tagen zu neuen imperialistischen Angriffskriegen gegen die sozialistische Bewegung im allgemeinen und gegen die Russische Sozialistische Sowjetrepublik im besonderen führen.

Deshalb erklärt der Parteitag, daß die erste und wichtigste Aufgabe unserer Partei, der gesamten Avantgarde des bewußten Proletariats und der Sowjetmacht ist, überaus energische, entschlossene, schonungslose und drakonische Maßnahmen zu ergreifen, um die Selbstdisziplin und Disziplin der Arbeiter und Bauern Rußlands zu heben, um die Unvermeidlichkeit des historischen Herannahens eines vaterländischen sozialistischen Befreiungskrieges für Rußland zu erklären, um überall und allerorts aufs engste miteinander verbundene und durch einen eisernen einheitlichen Willen zusammengehaltene Massenorganisationen zu schaffen, solche Organisationen, die sowohl in gewöhnlichen Zeiten als auch besonders in kritischen Momenten im Leben des Volkes zu geschlossenem und aufopferndem Handeln fähig sind, - und schließlich, um die gesamte erwachsene Bevölkerung, ohne Unterschied des Geschlechts, auf dem Gebiet der militärischen Kenntnisse und der Kampfhandlungen allseitig und systematisch auszubilden.

Der Parteitag sieht die sicherste Gewähr für die Festigung der sozialistischen Revolution, die in Rußland gesiegt hat, nur darin, daß sie in eine internationale Arbeiterrevolution umgewandelt wird.

Der Parteitag ist davon überzeugt, daß vom Standpunkt der Interessen der internationalen Revolution der Schritt, den die Sowjetmacht unternommen hat, bei dem gegebenen Kräfteverhältnis

in der Weltarena unvermeidlich und notwendig war.

In der Überzeugung, daß die Arbeiterrevolution in allen kriegführenden Ländern stetig heranreift und die unvermeidliche und vollständige Niederlage des Imperialismus vorbereitet, erklärt der Parteitag, daß das sozialistische Proletariat Rußlands die brüderliche revolutionäre Bewegung des Proletariats aller Länder mit allen Kräften und allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird.

#### Ergänzung zur Resolution über Krieg und Frieden

Der Parteitag hält es für notwendig, die angenommene Resolution nicht zu veröffentlichen und verpflichtet alle Parteimitglieder, diese Resolution geheimzuhalten. In der Presse wird lediglich - und zwar nicht heute, sondern auf Anweisung des ZK, - die Mitteilung veröffentlicht, daß der Parteitag sich für die Ratifizierung ausgesprochen hat.

Außerdem hebt der Parteitag besonders hervor, daß das ZK bevollmächtigt ist, jederzeit alle Friedensverträge mit den imperialistischen und bürgerlichen Staaten zu zerreißen sowie ihnen den Krieg zu erklären.

#### Über die Änderung des Namens der Partei und des Parteiprogramms

Der Parteitag beschließt, unsere Partei (Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands, Bolschewiki) in Zukunft Kommunistische Partei Rußlands zu nennen, wobei in Klammern "Bolschewiki" hinzugefügt wird.

Der Parteitag beschließt, das Programm unserer Partei zu ändern, nachdem der theoretische Teil überarbeitet oder durch die Charakterisierung des Imperialismus und der begonnenen Ära der internationalen sozialistischen Revolution ergänzt worden ist.

Ferner muß die Änderung des politischen Teils unseres Programms darin bestehen, daß der neue Typ des Staates, die Sowjetrepublik, als Form der Diktatur des Proletariats und als Fortsetzung jener Errungenschaften der internationalen Arbeiterrevolution, die von der Pariser Kommune begonnen wurde, möglichst genau und

ausführlich gekennzeichnet wird.

Das Programm muß darauf hinweisen, daß unsere Partei auch auf die Ausnutzung des bürgerlichen Parlamentarismus nicht verzichten wird, wenn uns der Verlauf des Kampfes für eine gewisse Zeit auf jene historische Stufe zurückwirft, die unsere Revolution gegenwärtig schon überschritten hat. Die Partei wird jedoch auf jeden Fall und unter allen Umständen für die Sowjetrepublik als den seinem Demokratismus nach höchsten Staatstyp und als Form der Diktatur des Proletariats, für die Zerschlagung des Joches der Ausbeuter und der Unterdrückung ihres Widerstandes kämpfen.

In diesem Sinne und in dieser Richtung müssen der ökonomische, der Agrar- sowie der pädagogische Teil und die übrigen Teile unseres Programms überarbeitet werden. Der Schwerpunkt muß auf der genauen Kennzeichnung der von unserer Sowjetmacht begonnenen ökonomischen und anderen Umgestaltungen und einer genauen Darlegung der nächsten konkreten Aufgaben liegen, die sich die Sowjetmacht gestellt hat und die sich aus den von uns schon getanen praktischen Schritten der Expropriation der Expropriateure ergeben.

Der Parteitag beauftragt eine besondere Kommission, möglichst rasch auf der Grundlage der dargelegten Hinweise das Programm unserer Partei aufzustellen und es als Programm unserer Partei zu bestätigen.

Zur Ablehnung der "linken Kommunisten", dem ZK beizutreten

Der Parteitag ist der Meinung, daß die Ablehnung, dem ZK beizutreten, in der gegenwärtigen Lage der Partei besonders unerwünscht ist, da eine solche Ablehnung, die für alle, die die Einheit der Partei anstreben, überhaupt prinzipiell unzulässig ist, gegenwärtig eine doppelte Gefahr für die Einheit der Partei bedeutet.

Der Parteitag erklärt, daß jeder die Verantwortung für Schritte des ZK, die er nicht billigt, durch eine entsprechende Erklärung ablehnen kann und soll, aber nicht durch seinen Austritt aus dem ZK.

In der festen Hoffnung, daß die Genossen nach Beratung mit

den Massenorganisationen ihre Erklärung zurückziehen werden, führt der Parteitag die Wahlen durch, ohne diese Erklärung zu berücksichtigen.

W.I.Lenin, Werke, 4.Ausgabe, Bd.XXVII, russ.  
W.I.Lenin, Ausgew. Werke in 12 Bänden, Bd.8,  
Verlagsgenossenschaft ausl. Arbeiter in der  
UdSSR, Moskau-Leningrad 1935, S.341, deutsch

VIII. Parteitag der KPR(B)

Moskau, 18. - 23. März 1919

Auf dem Parteitag waren 301 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 313.766 Parteimitglieder vertraten, und 102 Delegierte mit beratender Stimme.

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht des ZK; 2) Programm der KPR(B); 3) Gründung der Kommunistischen Internationale; 4) Die militärische Lage und die Militärpolitik; 5) Die Arbeit auf dem Lande; 6) Organisatorische Fragen; 7) Wahl des Zentralkomitees.

W.I. Lenin referierte zum ersten, zweiten und fünften Tagesordnungspunkt und sprach bei der Eröffnung und bei der Schließung des Parteitages.

Der Parteitag trat in einer sehr schwierigen und komplizierten Situation zusammen, als das ganze Land in ein Kriegslager verwandelt und von allen Seiten von Feinden umringt war.

Auf dem Parteitag wurde das neue Parteiprogramm angenommen. Bei der Erörterung des Programms erteilte der Parteitag der menschenwristischen-trotzkistischen Position Bucharins und Pjatakows, die in der Frage der Charakterisierung des Imperialismus, in der Bauern- und nationalen Frage sowie in anderen Fragen antibolschewistische Ansichten vertraten, eine entschiedene Abfuhr.

Der Parteitag begrüßte in einer besonderen Resolution die Gründung der III. Internationale.

Auf dem Parteitag nahm die Frage des Verhältnisses zum Mittelbauern einen wichtigen Platz ein. Der VIII. Parteitag war ein Wendepunkt in der Politik der Partei gegenüber der Mittelbauernschaft.

Die neue, von W.I. Lenin auf dem VIII. Parteitag verkündete Politik gegenüber der Mittelbauernschaft bedeutete den Übergang von der Politik der Neutralisierung zur Herstellung eines festen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Mittelbauernschaft zum Kampf gegen die weißgardistische Konterrevolution und gegen die ausländische Intervention, zum erfolgreichen sozialistischen

Aufbau bei Aufrechterhaltung der führenden Rolle des Proletariats in diesem Bündnis. Sie verlangte, daß sich das Proletariat auf die Dorfarmut stütze, ein festes Bündnis mit dem Mittelbauern schließe und den Kampf gegen den Kulaken führe. Die vom Parteitag eingeschlagene Linie gegenüber der großen Masse der Bauernschaft, gegenüber dem Mittelbauern, spielte eine entscheidende Rolle beim erfolgreichen Ausgang des Bürgerkrieges gegen die ausländische Intervention und ihre weißgardistischen Lakaien.

Bei der Erörterung der Frage des Aufbaus der Roten Armee erteilte der Parteitag der sogenannten "militärischen Opposition", die eine nicht geringe Anzahl früherer "linker Kommunisten" vereinigte, eine entschiedene Abfuhr. Die "militärische Opposition" verteidigte die Überbleibsel des Partisanentums in der Armee und kämpfte gegen die Schaffung einer regulären Roten Armee, gegen die Ausnutzung militärischer Spezialisten und gegen die eiserne Disziplin, ohne die eine Armee keine wirkliche Armee sein kann. Aber außer Vertretern des zertrümmerten "linken Kommunismus" gehörten der "militärischen Opposition" auch Parteiarbeiter an, die niemals an irgendeiner Opposition teilgenommen hatten, aber unzufrieden waren mit Trotzki's Leitung in der Armee.

Der Parteitag, der eine Reihe von Anträgen der "militärischen Opposition" ablehnte, versetzte gleichzeitig Trotzki einen Hieb, indem er eine Verbesserung der Arbeit der zentralen militärischen Institutionen und eine Verstärkung der Rolle der Kommunisten in der Armee forderte.

Auf dem Parteitag wurden weiter die Fragen des Partei- und Sowjetaufbaus und der führenden Rolle der Partei in der Arbeit der Sowjets erörtert. Bei der Erörterung dieser Frage erteilte der Parteitag der opportunistischen Gruppe Sapronow-Ossinski, die die führende Rolle der Partei in der Arbeit der Sowjets verneinte, eine Abfuhr.

Angesichts des gewaltigen Zustroms neuer Parteimitglieder faßte der Parteitag einen Beschluß über die Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei und über die Durchführung einer Umregistrierung.

Der Parteitag wählte das ZK, bestehend aus W.I. Lenin,

J.W.Stalin, M.I.Kalinin, F.E.Dserschinski und anderen; Kandidaten waren Artjom (F.A.Sergejew), M.F.Wladimirski, E.M.Jaroslawski u.a. Auf dem Parteitag wurde ebenfalls eine Revisionskommission aus drei Personen gewählt.

#### I. Resolutionen und Entschlüsse des Parteitages

##### Zum Bericht des Zentralkomitees

Nach Entgegennahme und Erörterung des Berichts des ZK der KPR, das unter sehr schwierigen Bedingungen arbeitete, bringt der VIII. Parteitag zum Ausdruck, daß er die politische Tätigkeit des Zentralkomitees gutheißt.

Der Finanzbericht des ZK wird nach dem Bericht der Revisionskommission bestätigt.

##### Über den Entwurf des Programms

Nach Erörterung des Entwurfs des Parteiprogramms, der von einer Kommission des VII. Parteitags ausgearbeitet wurde, beschließt der VIII. Parteitag der KPR, den Entwurf der Kommission anzuerkennen, da er sowohl in der Form seines Aufbaus (Typ des Programms) als auch in seiner Darlegung der Grundprinzipien, Aufgaben, Ziele und der Taktik unserer Partei vollauf den Erfordernissen und Aufgaben der Partei der proletarischen Revolution entspricht.

Aus diesem Grunde beschließt der Parteitag, den Entwurf des Programms, der von der Kommission des VII. Parteitags ausgearbeitet wurde, als Grundlage anzunehmen und ihn einer Kommission zur endgültigen Redaktion zu übergeben.

##### Programm der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)

Die Oktoberrevolution (25. Oktober, 7. November 1917) verwirklichte in Rußland die Diktatur des Proletariats, das mit Unterstützung der armen Bauernschaft oder Halbproletariats begonnen hat, die Grundlagen der kommunistischen Gesellschaft aufzubauen. Der Entwicklungsgang der Revolution in Deutschland und in Österreich-

Ungarn, das Anwachsen der revolutionären Bewegung des Proletariats in allen fortgeschrittenen Ländern, die Ausbreitung der Sowjetform dieser Bewegung, d.h. einer solchen Form, die direkt auf die Verwirklichung der Diktatur des Proletariats gerichtet ist, - all das zeigte, daß die Ära der proletarischen, kommunistischen Weltrevolution begonnen hat.

Diese Revolution war das unvermeidliche Ergebnis der Entwicklung des Kapitalismus, der bisher noch in den meisten zivilisierten Ländern herrscht. Wenn auch die Bezeichnung der Partei als sozialdemokratisch ungenau war, so hat doch unser altes Programm die Natur des Kapitalismus und der bürgerlichen Gesellschaft in folgenden Leitsätzen richtig charakterisiert:

"Die wichtigste Eigentümlichkeit dieser Gesellschaft ist die Warenproduktion auf der Grundlage kapitalistischer Produktionsverhältnisse, in denen der wichtigste und bedeutendste Teil der Produktionsmittel und der Warenzirkulation einer zahlenmäßig kleinen Klasse von Personen gehört, während die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung aus Proletariern und Halbproletariern besteht, die durch ihre wirtschaftliche Lage gezwungen werden, dauernd oder periodisch ihre Arbeitskraft zu verkaufen, d.h. sich den Kapitalisten als Lohnarbeiter zu verdingen und durch ihre Arbeit das Einkommen der oberen Gesellschaftsklassen zu schaffen.

Der Herrschaftsbereich der kapitalistischen Produktionsverhältnisse dehnt sich immer mehr aus in dem Maße, wie die unaufhörliche Vervollkommnung der Technik, die die wirtschaftliche Bedeutung der Großbetriebe erhöht, zur Verdrängung der selbständigen Kleinproduzenten führt, einen Teil von ihnen in Proletarier verwandelt, die Rolle der übrigen im sozial-ökonomischen Leben herabsetzt und sie mitunter in eine mehr oder weniger vollständige, mehr oder weniger offene, mehr oder weniger schwer lastende Abhängigkeit vom Kapital bringt.

Derselbe technische Fortschritt gibt außerdem den Unternehmern die Möglichkeit, in immer größerem Umfang Frauen- und Kinderarbeit im Prozeß der Warenproduktion und -zirkulation zu verwenden. Und da er andererseits zu einer relativen Verringerung des Bedarfs der Unternehmer an lebendiger Arbeitskraft führt, bleibt die

Nachfrage nach Arbeitskraft notwendig hinter ihrem Angebot zurück, wodurch die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital vergrößert und der Grad ihrer Ausbeutung erhöht wird.

Eine solche Lage der Dinge innerhalb der bürgerlichen Länder und deren sich ständig verschärfende Rivalität auf dem Weltmarkt gestalten den Absatz der Waren, die in stets wachsenden Mengen erzeugt werden, immer schwieriger. Die Überproduktion, die sich in mehr oder weniger heftigen industriellen Krisen äußert, auf die mehr oder weniger langwierige Perioden industriellen Stillstands folgen, ist die unvermeidliche Folge der Entwicklung der Produktivkräfte in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Krisen und die Perioden industriellen Stillstands ruinieren die Kleinproduzenten noch mehr, erhöhen noch die Abhängigkeit der Lohnarbeit vom Kapital, führen noch rascher zur relativen, manchmal auch absoluten Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse.

Die Vervollkommnung der Technik, die die Erhöhung der Produktivität der Arbeit und das Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet, bewirkt somit in der bürgerlichen Gesellschaft ein Anwachsen der sozialen Ungleichheit, eine Vergrößerung des Abstandes zwischen Besitzenden und Besitzlosen und eine Zunahme der Unsicherheit des Lebens, der Arbeitslosigkeit und der Entbehrungen aller Art für immer breitere Schichten der werktätigen Massen.

Aber in dem Maße, wie all diese, der bürgerlichen Gesellschaft eigenen Widersprüche wachsen und sich entwickeln, wächst auch die Unzufriedenheit der werktätigen und ausgebeuteten Masse mit der bestehenden Ordnung der Dinge, wächst die Zahl und Geschlossenheit der Proletarier und verschärft sich ihr Kampf gegen die Ausbeuter. Gleichzeitig schafft die Vervollkommnung der Technik, die die Produktions- und Zirkulationsmittel konzentriert und den Arbeitsprozeß in den kapitalistischen Betrieben vergesellschaftet, immer rascher die materielle Möglichkeit, die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch sozialistische zu ersetzen, d.h. die Möglichkeit der sozialen Revolution, die das Endziel der gesamten Tätigkeit der internationalen kommunistischen Partei als der bewußten Trägerin der proletarischen Klassenbewegung ist.

Die soziale Revolution des Proletariats, die das Privateigen-

tum an den Produktions- und Zirkulationsmitteln durch das gesellschaftliche Eigentum ersetzt und den gesellschaftlichen Produktionsprozeß zur Förderung des Wohlstandes und der allseitigen Entwicklung aller Mitglieder der Gesellschaft planmäßig organisiert, wird die Teilung der Gesellschaft in Klassen aufheben und damit die ganze unterdrückte Menschheit befreien, da sie jeder Art Ausbeutung eines Teils der Gesellschaft durch einen anderen ein Ende machen wird.

Die unerläßliche Voraussetzung dieser sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats, d.h. die Eroberung einer solchen politischen Macht durch das Proletariat, die ihm erlauben wird, jeden Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken. Die internationale kommunistische Partei, die sich die Aufgabe stellt, das Proletariat fähig zu machen, seine große historische Mission zu erfüllen, organisiert es zu einer selbständigen, allen bürgerlichen Parteien gegenüberstehenden politischen Partei, leitet alle Erscheinungsformen seines Klassenkampfes, enthüllt ihm den unveröhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und den Interessen der Ausgebeuteten und macht ihm die geschichtliche Bedeutung und die notwendigen Bedingungen der bevorstehenden sozialen Revolution klar. Zugleich zeigt sie der gesamten übrigen werktätigen und ausgebeuteten Masse die Hoffnungslosigkeit ihrer Lage in der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit der sozialen Revolution für ihre eigene Befreiung vom Joch des Kapitals. Die Partei der Arbeiterklasse, die kommunistische Partei, ruft in ihre Reihen alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, soweit sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen".<sup>1)</sup>

Der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals, der die freie Konkurrenz vernichtet, führte zu Beginn des 20. Jahrhunderts zur Bildung mächtiger Monopolverbände der Kapitalisten

1) siehe: Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, angenommen auf dem II. Parteitag, in: Die KPdSU in Resolutionen und Beschlüssen..., Teil I 1898-1924, S. 37-39 russ.  
Deutsch: s. vorl. Ausgabe, Bd. I, S. 35-37



- zur Bildung von Syndikaten, Kartellen und Trusts, - die im gesamten wirtschaftlichen Leben entscheidende Bedeutung gewonnen; er führte zur Verschmelzung des Bankkapitals mit dem stark konzentrierten Industriekapital und zum verstärkten Kapitalexport in fremde Länder. Die Trusts, die ganze Gruppen kapitalistischer Mächte umfaßten, begannen die ökonomische Aufteilung der Welt, die territorial schon unter die reichsten Länder aufgeteilt war. Diese Epoche des Finanzkapitals, die unvermeidlich den Kampf zwischen den kapitalistischen Staaten verschärft, ist die Epoche des Imperialismus.

Daraus ergeben sich unvermeidlich imperialistische Kriege, Kriege um Absatzmärkte, Kriege um Anlagosphären des Kapitals, um Rohstoffquellen, um Arbeitskräfte, d.h. um die Weltherrschaft und um die Macht über die kleinen und schwachen Völkerschaften. Ein solcher Krieg ist der erste große imperialistische Krieg von 1914 - 1918.

Die außergewöhnlich hohe Entwicklungsstufe des Weltkapitalismus überhaupt, die Ablösung der freien Konkurrenz durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Vorbereitung des Apparates zur gesellschaftlichen Regulierung des Produktionsprozesses und zur Verteilung der Produkte durch die Banken sowie durch die Kapitalistenverbände, die in Verbindung mit dem Anwachsen der kapitalistischen Monopole stehende wachsende Teuerung und Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Syndikate, die Versklavung der Arbeiterklasse durch den imperialistischen Staat, die ungeheure Erschwerung des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats und auch die Schrecken, Nöte und Zerrüttung, die eine Folge des imperialistischen Krieges waren, - all das machte den Zusammenbruch des Kapitalismus und den Übergang zu einem höheren Typ der gesellschaftlichen Wirtschaft unvermeidlich.

Der imperialistische Krieg konnte nicht nur nicht mit einem gerechten Frieden enden, sondern auch nicht mit dem Abschluß eines irgendwie dauerhaften Friedens durch die bürgerlichen Regierungen. Auf der erreichten Entwicklungsstufe des Kapitalismus verwandelte und verwandelt sich der Krieg vor unseren Augen unvermeidlich in einen Bürgerkrieg der ausgebeuteten werktätigen

Massen, mit dem Proletariat an der Spitze, gegen die Bourgeoisie.

Der wachsende Druck seitens des Proletariats und besonders seine Siege in den einzelnen Ländern verstärken den Widerstand der Ausbeuter und rufen ihrerseits neue Formen der internationalen Vereinigung der Kapitalisten hervor (Völkerbund u.ä.), die eine systematische Ausbeutung aller Völker der Erde im Weltmaßstab organisieren und deren nächste Anstrengungen der unmittelbaren Unterdrückung der revolutionären Bewegungen des Proletariats aller Länder gelten.

All das führt unvermeidlich zur Verflechtung des Bürgerkrieges innerhalb der einzelnen Staaten mit den revolutionären Kriegen sowohl der sich verteidigenden proletarischen Länder als auch der unterdrückten Völker gegen das Joch der imperialistischen Mächte.

Unter diesen Bedingungen sind die Losungen des Pazifismus, der internationalen Abrüstung unter dem Kapitalismus, der Schiedsgerichte u.ä. nicht nur eine reaktionäre Utopie, sondern auch direkter Betrug an den Werktätigen, der die Entwaffnung des Proletariats und seine Ablenkung von der Aufgabe der Entwaffnung der Ausbeuter zum Ziel hat.

Allein die proletarische, kommunistische Revolution kann die Menschheit aus der Sackgasse herausführen, in die sie durch den Imperialismus und die imperialistischen Kriege geraten ist. Welche Schwierigkeiten der Revolution, welche möglichen zeitweiligen Mißerfolge oder Wellen der Konterrevolution auch kommen mögen, der Endsieg des Proletariats ist unvermeidlich.

Dieser Sieg der proletarischen Weltrevolution verlangt vollstes Vertrauen, ein enges brüderliches Bündnis und eine möglichst feste Einheit der revolutionären Aktionen der Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Ländern.

Diese Voraussetzungen sind nicht zu verwirklichen ohne prinzipiellen entschiedenen Bruch und schonungslosen Kampf mit jener bürgerlichen Verzerrung des Sozialismus, die in den oberen Schichten der offiziellen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien den Sieg davongetragen hat.

Eine solche Verzerrung ist einerseits die Strömung des Opportunismus und Sozialchauvinismus, des Sozialismus in Worten und des Chauvinismus in der Tat, ein Deckmantel für die Verteidigung der räuberischen Interessen der eigenen nationalen Bourgeoisie durch die verlogene Losung der Vaterlandsverteidigung sowohl im allgemeinen als auch im besonderen während des imperialistischen Krieges von 1914 - 1918. Diese Strömung wurde dazu geschaffen, damit die fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten, die die kolonialen und schwachen Völker ausraubten, der Bourgeoisie die Möglichkeit geben, auf Kosten des von ihnen durch diesen Raub erzielten Extraprofits die oberen Schichten des Proletariats in eine privilegierte Lage zu versetzen und sie zu bestechen, ihnen in Friedenszeiten ein erträgliches kleinbürgerliches Dasein zu sichern und die Führer dieser Schicht in ihren Dienst zu stellen. Die Opportunisten und Sozialchauvinisten sind Lakaien der Bourgeoisie und direkte Klassenfeinde des Proletariats, besonders jetzt, da sie im Bündnis mit den Kapitalisten sowohl in den eigenen als auch in fremden Ländern die revolutionäre Bewegung des Proletariats mit Waffengewalt unterdrücken.

Eine bürgerliche Verzerrung des Sozialismus ist andererseits die Strömung des "Zentrums", die gleichermaßen in allen kapitalistischen Ländern zu beobachten ist. Sie pendelt zwischen den Sozialchauvinisten und Kommunisten hin und her, sie vertritt die Einheit mit den ersteren und suchte die Bankrott gegangene II. Internationale wiederzubeleben. Der Führer des Kampfes des Proletariats für seine Befreiung ist allein die neue, die III. Kommunistische Internationale. Einer der Trupps dieser Internationale ist die KPR. Diese Internationale wurde faktisch durch die Gründung kommunistischer Parteien aus wirklich proletarischen Elementen der früheren sozialistischen Parteien in einer Reihe von Ländern, besonders in Deutschland, geschaffen und formal im März 1919 auf ihrem I. Kongreß in Moskau gegründet. Die Kommunistische Internationale, die unter den Massen des Proletariats aller Länder immer mehr Sympathie findet, kehrt nicht nur ihrer Bezeichnung nach zum Marxismus zurück, sondern verwirklicht auch ihrem gesamten ideologisch-politischen Inhalt und all ihren Handlungen nach die von den bürgerlich-opportunistischen Verzerrungen gesäuberte

revolutionäre Lehre Marx'.

In konkreter Weiterentwicklung der Aufgaben der proletarischen Diktatur, angewandt auf Rußland, dessen hauptsächlichste Besonderheit das zahlenmäßige Vorherrschen der kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung ist, bestimmt die KPR diese Aufgaben folgendermaßen:

#### Auf allgemeinpolitischem Gebiet

1. Die bürgerliche Republik, selbst die demokratischste, die auf den Losungen des nationalen, des Volks- oder eines über den Klassen stehenden Willens begründet ist, muß in Wirklichkeit unvermeidlich eine bürgerliche Diktatur, eine Maschine zur Ausbeutung und Unterdrückung der großen Mehrheit der Werktätigen durch eine Handvoll Kapitalisten bleiben, denn es existiert in ihr noch das Privateigentum an Grund und Boden und an den anderen Produktionsmitteln. Im Gegensatz dazu verwandelt die proletarische oder Sowjetdemokratie die Massenorganisationen gerade der durch den Kapitalismus unterdrückten Klassen, der Proletarier und armen bürgerlichen Halbproletarier, d.h. der großen Mehrheit der Bevölkerung, in die ständige und einzige Grundlage des gesamten Staatsapparates, des örtlichen wie des zentralen, von unten bis oben. Dadurch verwirklichte der Sowjetstaat unter anderem in unvergleichlich breiterer Form, als es jemals möglich war, die örtliche und gebietsmäßige Selbstverwaltung, ohne irgendwelche von oben eingesetzte Behörden. Aufgabe der Partei ist es, unermüdlich für die vollständige Durchsetzung und Verwirklichung dieser höchsten Form der Demokratie zu arbeiten, die, um richtig funktionieren zu können, eine ständige Hebung des kulturellen Niveaus, der Organisiertheit und der selbständigen Tätigkeit der Massen verlangt.

2. Im Gegensatz zur bürgerlichen Demokratie, die den Klassencharakter ihres Staates verbirgt, erkennt die Sowjetmacht offen an, daß jeder Staat unvermeidlich Klassencharakter tragen muß, solange die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und mit dieser Spaltung jegliche Staatsmacht noch nicht völlig verschwunden sind. Der Sowjetstaat hat seinem Wesen nach die Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter zur Aufgabe und die Sowjetverfassung, die davon ausgeht, daß jede Freiheit ein Betrug ist, wenn sie zur Befreiung der Arbeit

vom Joch des Kapitals in Widerspruch steht, macht nicht davor halt, den Ausbeutern die politischen Rechte zu nehmen. Die Aufgabe der Partei des Proletariats besteht darin, den Widerstand der Ausbeuter ständig zu unterdrücken und gegen die tief eingewurzelten Vorurteile hinsichtlich des absoluten Charakters der bürgerlichen Rechte und Freiheiten einen ideologischen Kampf zu führen und dabei gleichzeitig darzulegen, daß der Verlust der politischen Rechte und jegliche Beschränkungen der Freiheit nur als vorübergehende Maßnahmen notwendig sind im Kampf gegen die Versuche der Ausbeuter, ihre Privilegien zu verteidigen oder wiederherzustellen. In dem Maße, wie die objektive Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen verschwinden wird, wird auch die Notwendigkeit dieser vorübergehenden Maßnahmen verschwinden, und die Partei wird danach streben, sie einzuschränken oder sie völlig aufzuheben.

3. Die bürgerliche Demokratie beschränkte sich auf die formale Verbreitung der politischen Rechte und Freiheiten, wie: Versammlungs-, Koalitions- und Pressefreiheit einheitlich für alle Bürger. In Wirklichkeit jedoch machte es sowohl die Verwaltungspraxis als auch, und das hauptsächlich, die ökonomische Versklavung der Werktätigen unter der bürgerlichen Demokratie letzteren unmöglich, in irgendwie umfassender Weise von diesen Rechten und Freiheiten Gebrauch zu machen.

Im Gegensatz dazu gewährt die proletarische Demokratie an Stelle einer formalen Verkündung der Rechte und Freiheiten diese Rechte und Freiheiten tatsächlich, und zwar vor allem den Klassen der Bevölkerung, die unter dem Kapitalismus unterdrückt wurden, d.h. dem Proletariat und der Bauernschaft. Dazu nimmt die Sowjetmacht der Bourgeoisie die Versammlungsräume, Druckereien, Papierlager usw. und stellt sie den Werktätigen und ihren Organisationen uneingeschränkt zur Verfügung.

Die Aufgabe der KPR besteht darin, die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung immer mehr zur Nutzung der demokratischen Rechte und Freiheiten heranzuziehen und die materiellen Möglichkeiten dafür zu erweitern.

4. Die bürgerliche Demokratie hat im Laufe von Jahrhunderten

die Gleichheit aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Religion, Rasse und Nationalität, verkündet, doch der Kapitalismus hat nirgends gestattet, diese Gleichberechtigung in die Tat umzusetzen, und in seinem imperialistischen Stadium führte er zur äußersten Verschärfung der Rassen- und nationalen Unterdrückung. Nur weil die Sowjetmacht die Macht der Werktätigen ist, konnte sie bis zu Ende und auf allen Lebensgebieten zum erstenmal in der Welt diese Gleichberechtigung bis zur völligen Vernichtung der letzten Spuren der Ungleichheit der Frau auf dem Gebiet der Ehe und überhaupt auf dem Gebiet des Familienrechts durchführen. Die Aufgabe der Partei ist gegenwärtig, vorwiegend ideologisch und erzieherisch daran zu arbeiten, alle Spuren der früheren Ungleichheit oder der Vorurteile, besonders unter den zurückgebliebenen Schichten des Proletariats und der Bauernschaft, völlig zu beseitigen.

Die Partei begnügt sich nicht mit der formalen Gleichberechtigung der Frauen, sie ist bestrebt, die Frauen von den materiellen Lasten der veralteten Hauswirtschaft durch Errichtung von Hauskommunen, öffentlichen Speisehallen, zentralen Waschanstalten, Krippen usw. zu befreien.

5. Die Sowjetmacht, die den werktätigen Massen in unvergleichlich größerem Maße als unter der bürgerlichen Demokratie und dem Parlamentarismus die Möglichkeit gewährleistet, Wahlen und Abberufung von Deputierten in leichterem und für die Arbeiter und Bauern zugänglicher Art und Weise durchzuführen, schafft gleichzeitig die negativen Seiten des Parlamentarismus ab, die Teilung von gesetzgebender und ausführender Gewalt, die Trennung der Vertretungskörperschaften von den Massen u.a.

Der Sowjetstaat bringt den Massen den Staatsapparat auch dadurch näher, daß nicht der territoriale Kreis, sondern die Produktionseinheit (Werk, Fabrik) zur Wahleinheit und zur Grundzelle des Staates wird.

Die Aufgabe der Partei besteht darin, die gesamte Arbeit in dieser Richtung durchzuführen und dabei eine weitere Annäherung der Machtorgane an die Massen der Werktätigen durch immer strengere und vollständigere Verwirklichung des Demokratismus in der

Praxis durch diese Massen, besonders jedoch durch die Verwirklichung der Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht der Amtspersonen zu erreichen.

6. Während die bürgerliche Demokratie entgegen ihren Deklarationen das Heer in ein Werkzeug der besitzenden Klassen verwandelte, indem sie es von den werktätigen Massen trennte und es ihnen entgegenstellte, indem sie den Soldaten die Möglichkeit nahm, politische Rechte auszuüben oder ihnen diese Möglichkeit erschwerte, - schließt der Sowjetstaat in seinen Organen, in den Sowjets, die Arbeiter und Soldaten auf der Grundlage der völligen Gleichheit ihrer Rechte und der Einheit ihrer Interessen zusammen. Die Aufgabe der Partei besteht darin, diese Einheit der Arbeiter und Soldaten in den Sowjets zu verteidigen und weiterzuentwickeln und dabei die unlösbare Verbindung der Streitkräfte mit den Organisationen des Proletariats und des Halbproletariats zu festigen.

7. Die in der ganzen Revolution führende Rolle des städtischen Industrieproletariats als des konzentriertesten, am meisten vereinigten, aufgeklärtesten und kampfgeährtesten Teils der werktätigen Massen offenbarte sich sowohl in der Entstehung der Sowjets selbst als auch im gesamten Verlauf ihrer Entwicklung zu Organen der Macht. Unsere Sowjetverfassung spiegelte das wider, wobei sie dem Industrieproletariat gegenüber den mehr zersplitterten kleinbürgerlichen Massen auf dem Lande einen gewissen Vorrang einräumt.

Die KPR muß darlegen, daß diese Vorrechte, die historisch mit den Schwierigkeiten der sozialistischen Organisierung des Dorfes in Zusammenhang stehen, zeitweiligen Charakter tragen; sie muß dabei bestrebt sein, unentwegt und systematisch diese Lage des Industrieproletariats dazu auszunützen, um im Gegensatz zu den engen zunftmäßigen und den engen beruflichen Interessen, die der Kapitalismus unter den Arbeitern gezüchtet hat, die rückständigeren und mehr zersplitterten Massen der bäuerlichen Proletarier und Halbproletarier sowie der Mittelbauernschaft enger mit den fortschrittlichen Arbeitern zu verbinden.

8. Allein dank der Sowjetorganisation des Staates konnte die Revolution des Proletariats sofort den alten bürgerlichen Staatsapparat der Beamten und Richter bis auf den Grund zerschlagen

und vernichten. Jedoch das ungenügend hohe kulturelle Niveau der breiten Massen, das Fehlen der notwendigen Fähigkeiten zur Verwaltungsarbeit bei den von den Massen auf verantwortliche Posten gestellten Arbeitern, die Notwendigkeit, unter den schweren Bedingungen die Spezialisten der alten Schule beschleunigt heranzuziehen und die entwickeltsten Schichten der städtischen Arbeiter zum Militärdienst einzuberufen, führten zum teilweisen Wiederaufstehen des Bürokratismus innerhalb der Sowjetordnung.

Die KPR führt den entschlossensten Kampf gegen den Bürokratismus und schlägt zur völligen Überwindung dieses Übels folgende Maßnahmen vor:

- 1) Obligatorische Heranziehung eines jeden Mitglieds eines Sowjets zur Ausführung einer bestimmten Arbeit in der staatlichen Verwaltung.
- 2) Folgerichtiger Wechsel bei diesen Arbeiten, damit sie allmählich alle Zweige der Verwaltung umfassen.
- 3) Allmähliche und ausnahmslose Heranziehung der gesamten werktätigen Bevölkerung zur Verwaltung des Staates.

Die volle und allseitige Durchführung dieser Maßnahmen, die ein weiterer Schritt auf dem Wege bedeuten, den die Pariser Kommune eingeschlagen hatte, und die Vereinfachung der Verwaltungsfunktionen bei Hebung des kulturellen Niveaus der Werktätigen, führen zum Absterben der Staatsmacht.

#### Auf dem Gebiet der nationalen Beziehungen

9. In der nationalen Frage läßt sich die KPR von folgenden Leitsätzen leiten:

- 1) An oberster Stelle steht die Politik der Annäherung der Proletarier und Halbproletarier der verschiedenen Nationalitäten zum gemeinsamen revolutionären Kampf für den Sturz der Gutsbesitzer und Kapitalisten.
- 2) Zur Überwindung des Mißtrauens der werktätigen Massen der unterdrückten Länder gegenüber dem Proletariat der Staaten, die diese Länder unterdrückt haben, ist es notwendig, alle Privilegien jedweder nationalen Gruppe zu beseitigen, die volle Gleichberechtigung zu gewährleisten.

tigung der Nationen herzustellen und den Kolonien und nichtgleichberechtigten Nationen das Recht der staatlichen Los-trennung zuzuerkennen.

3) Zu den gleichen Zwecken schlägt die Partei als eine der Übergangsformen auf dem Weg zur vollen Einheit die föderative Vereinigung der Staaten vor, die nach dem Sowjettypus organisiert sind.

4) In der Frage, wer der Träger des Willens der Nation zur Los-trennung ist, steht die KPR auf dem historischen und Klassenstandpunkt, sie berücksichtigt, auf welcher historischen Entwicklungsstufe sich die gegebene Nation befindet: auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie oder von der bürgerlichen Demokratie zur Sowjet- oder proletarischen Demokratie usw.

In jedem Falle muß das Proletariat der Nationen, die unterdrückte Nationen waren, besondere Behutsamkeit und besondere Aufmerksamkeit gegenüber den Überresten der nationalen Gefühle der werktätigen Massen der unterdrückten oder nicht vollberechtigten Nationen walten lassen. Nur wenn man eine solche Politik betreibt, ist die Schaffung der Voraussetzungen für eine wirklich stabile, freiwillige Einheit der national verschiedenartigen Elemente des internationalen Proletariats möglich, wie es die Erfahrung der Vereinigung einer Reihe nationaler Sowjetrepubliken mit Sowjetrußland erwiesen hat.

#### Auf militärischem Gebiet

10. Auf militärischem Gebiet sind die Aufgaben der Partei durch folgende Hauptleitsätze bestimmt:

1) In der Epoche des Zerfalls des Imperialismus und des sich ausbreitenden Bürgerkrieges ist weder die Beibehaltung der alten Armee, noch der Aufbau einer neuen Armee auf der sogenannten über den Klassen stehenden oder gesamt-nationalen Grundlage möglich. Die Rote Armee muß als Werkzeug der proletarischen Diktatur notwendig offenen Klassencharakter tragen, d.h., sie muß sich ausschließlich aus dem Proletariat und den ihm nahestehenden halbproletarischen Schichten der Bauernschaft rekrutieren. Erst in Verbindung mit der Beseitigung der Klassen wird sich diese Klas-

senarmee in eine sozialistische Volksmiliz verwandeln.

2) Es ist notwendig, allen Proletariern und Halbproletariern in breitem Maße eine militärische Ausbildung zu geben und den Unterricht in den entsprechenden Fächern an den Schulen einzuführen.

3) Die Arbeit der militärischen Unterweisung und der Erziehung in der Roten Armee wird auf der Grundlage des Zusammenschlusses der Klassen und der sozialistischen Aufklärung durchgeführt. Daher werden neben den militärischen Kommandeuren politische Kommissare gebraucht, die zuverlässige und selbstlose Kommunisten sind; und in jedem Truppenteil müssen kommunistische Zellen zur Herstellung der inneren ideologischen Bindung und einer bewußten Disziplin geschaffen werden.

4) Im Gegensatz zum Aufbau der alten Armee sind notwendig: eine möglichst kurze Frist der reinen kasernenmäßigen Ausbildung, die Angleichung der Kasernen an den Typ der Militär- und militärpolitischen Schulen, eine möglichst enge Verbindung der militärischen Formationen mit den Fabriken, Werken, Gewerkschaften und den Organisationen der Dorfarmut.

5) Die notwendige organisatorische Verbindung und Stabilität können der jungen revolutionären Armee nur mit Hilfe eines Kommandeurbestands, wenn auch in der ersten Zeit nur mit Hilfe eines niederen aus den Reihen der bewußten Arbeiter und Bauern, verliehen werden. Die Ausbildung befähigter, energischer und der Sache des Sozialismus ergebener Soldaten für Kommandoposten ist daher eine der wichtigsten Aufgaben bei der Schaffung der Armee.

6) Es ist notwendig, die operative und technische Erfahrung des letzten Weltkrieges in breitem Maße auszunutzen und anzuwenden. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, die militärischen Fachleute, die die Schule der alten Armee durchlaufen haben, in breitem Maße zur Organisation der Armee und ihrer operativen Leitung heranzuziehen. Eine notwendige Voraussetzung für diese Einbeziehung der alten Fachleute ist die Konzentrierung der politischen Führung der Armee und der allseitigen Kontrolle über den Kommandeurbestand in den Händen der Arbeiterklasse.

7) Die Forderung nach Wählbarkeit der Kommandeure, die von gewaltiger prinzipieller Bedeutung für die bürgerliche Armee war, wo der Kommandeurbestand als Apparat der Klassenunterordnung der Soldaten und, vermittelt der Soldaten, der Arbeitermassen, ausgewählt und erzogen wurde, verliert für die Rote Armee, die eine Klassenarmee ist und sich aus Arbeitern und Bauern zusammensetzt, ihre grundsätzliche Bedeutung vollkommen. Eine mögliche Kombinierung der Wählbarkeit und Ernennung wird der revolutionären Klassenarmee ausschließlich von praktischen Erwägungen diktiert und hängt von dem erreichten Stand der Aufstellung der Truppenteile der Armee, vom Grad ihrer Geschlossenheit, vom Vorhandensein von Kommandeurkadern usw. ab.

#### Auf gerichtlichem Gebiet

11. Nachdem die proletarische Demokratie die gesamte Macht in ihre Hände genommen und die Organe der bürgerlichen Herrschaft - die Gerichte des alten Systems - restlos beseitigt hat, setzte sie an Stelle der Formel der bürgerlichen Demokratie "Wählbarkeit der Richter durch das Volk" die Klassenlösung "Wählbarkeit der Richter aus den Reihen der Werktätigen nur durch die Werktätigen" und verwirklichte diese Lösung in der gesamten Gerichtsorganisation, sie gewährte dabei beiden Geschlechtern sowohl bei der Wahl der Richter als auch bei der Amtsausübung der Richter gleiche Rechte.

Für die Heranziehung der breiten Massen des Proletariats und der armen Bauernschaft zur Rechtsprechung wurde die Teilnahme ständig wechselnder, zeitweiliger Schöffen eingeführt, wobei die Massenorganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften usw. zur Aufstellung der Listen herangezogen werden.

Nachdem die Sowjetmacht ein einheitliches Volksgericht an Stelle der endlosen Reihe der früheren Gerichte verschiedenen Systems mit einer Unzahl von Instanzen geschaffen hatte, vereinfachte sie den Aufbau der Gerichte und machte sie damit für die Bevölkerung absolut zugänglich und beseitigte jeglichen Bürokratismus bei der Prozeßführung.

Nach der Abschaffung der Gesetze der gestürzten Regierungen beauftragte die Sowjetmacht die von den Sowjets gewählten Richter,

den Willen des Proletariats durchzuführen, seine Dekrete anzuwenden und, falls solche fehlen oder unvollständig sind, sich vom sozialistischen Rechtsbewußtsein leiten zu lassen.

Auf dem Gebiet des Strafrechts führten die so organisierten Gerichte schon zu einer grundlegenden Änderung des Charakters der Strafe. Sie verwirklichten in breitem Maße die bedingte Verurteilung, führten als Strafmaß die öffentliche Rüge ein, ersetzten den Freiheitsentzug durch Pflichtarbeit unter Wahrung der Freiheit, ersetzten die Gefängnisse durch Erziehungsanstalten und ermöglichten es, die Praxis der Kameradschaftsgerichte praktisch anzuwenden.

Die KPR tritt für die Weiterentwicklung des Gerichts auf diesem Wege ein und muß dabei danach streben, die gesamte werktätige Bevölkerung samt und sonders zur richterlichen Amtsausübung heranzuziehen und das System der Strafen endgültig durch ein System von Erziehungsmaßnahmen zu ersetzen.

#### Auf dem Gebiet der Volksbildung

12. Auf dem Gebiet der Volksbildung stellt sich die KPR die Aufgabe, die mit der Oktoberrevolution 1917 begonnene Umwandlung der Schule aus einem Werkzeug der Klassenherrschaft der Bourgeoisie in ein Instrument der völligen Beseitigung der Klassenspaltung der Gesellschaft, in ein Instrument der kommunistischen Wiedergeburt der Gesellschaft zu Ende zu führen.

In der Periode der Diktatur des Proletariats, d.h. in der Periode der Vorbereitung der Voraussetzungen, die die volle Verwirklichung des Kommunismus ermöglichen, muß die Schule nicht nur Vermittler der Prinzipien des Kommunismus im allgemeinen sein, sondern sie muß auch Vermittler des ideologischen, erzieherischen und organisatorischen Einflusses des Proletariats auf die halbproletarischen und nichtproletarischen Schichten der werktätigen Massen sein, um eine Generation zu erziehen, die fähig ist, den Kommunismus endgültig zu errichten. Die nächste Aufgabe auf diesem Weg ist gegenwärtig die Weiterentwicklung der folgenden, von der Sowjetmacht schon geschaffenen Grundlagen für das Schul- und Bildungswesen:

- 1) Durchführung der kostenlosen, obligatorischen, allgemeinen und polytechnischen (theoretische und praktische Einführung in alle wesentlichen Zweige der Produktion) Ausbildung für alle Kinder beiderlei Geschlechts bis zum 17. Lebensjahr.
- 2) Schaffung eines Netzes von Vorschulinstitutionen: Krippen, Kindergärten, Heimen usw. zur Verbesserung der gesellschaftlichen Erziehung und zur Befreiung der Frau.
- 3) Volle Verwirklichung der Prinzipien der einheitlichen Arbeitsschule mit gemeinsamem Unterricht der Kinder beiderlei Geschlechts in der Muttersprache, der unbedingt weltlich, d.h. frei von jeglichem religiösen Einfluß ist, eine enge Verbindung zwischen dem Unterricht und der gesellschaftlichen Produktionsarbeit herstellt und allseitig entwickelte Mitglieder der kommunistischen Gesellschaft heranbildet.
- 4) Versorgung aller Schüler mit Nahrung, Kleidung, Schuhwerk und Lehrmitteln auf Kosten des Staates.
- 5) Ausbildung neuer Kader auf dem Gebiet der Volksbildung, die von den Ideen des Kommunismus durchdrungen sind.
- 6) Heranziehung der werktätigen Bevölkerung zur aktiven Teilnahme an der Volksbildung (Entwicklung von "Sowjets für Volksbildung", Mobilisierung der Lese- und Schreibkundigen usw.).
- 7) Allseitige staatliche Unterstützung des Selbstunterrichts und der Selbstbildung der Arbeiter und Bauern (die Schaffung eines Netzes von Institutionen für die außerschulische Bildung: Bibliotheken, Schulen für Erwachsene, Volkshäuser, Volksuniversitäten, Lehrgänge, Lektionen, Lichtspieltheater, Studios usw.).
- 8) Umfassende Entwicklung der Berufsschulbildung für Personen vom 17. Lebensjahr an in Verbindung mit den allgemeinen polytechnischen Kenntnissen.
- 9) Zugang zu den Hochschulen für alle, die studieren wollen, vor allem für Arbeiter; Heranziehung zur Lehrtätigkeit an den Hochschulen aller derjenigen, die dazu in der Lage sind; Beseitigung jeglicher künstlicher Schranken zwischen den jungen wissenschaftlichen Kräften und dem Lehrstuhl; materielle Sicherstellung der

Studierenden, um den Proletariern und Bauern wirklich die Möglichkeit zu geben, die Hochschulen zu besuchen.

10) Ebenso ist es notwendig, den Werktätigen alle Schätze der Kunst, die auf Grund der Ausbeutung ihrer Arbeit geschaffen wurden und bislang ausschließlich den Ausbeutern zur Verfügung standen, zu eröffnen und zugänglich zu machen.

11) Entwicklung einer umfassenden Propaganda der kommunistischen Ideen und Ausnützung des Staatsapparates und der Mittel der Staatsmacht für diesen Zweck.

#### Auf dem Gebiet der religiösen Beziehungen

13. Hinsichtlich der Religion gibt sich die KPR nicht mit der schon dekretierten Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche zufrieden, d.h. mit den Maßnahmen, die die bürgerliche Demokratie in ihren Programmen aufgestellt hat, durch die mannigfaltige faktische Verknüpfung des Kapitals mit der religiösen Propaganda aber nirgends in der Welt zu Ende führte.

Die KPR läßt sich von der Überzeugung leiten, daß nur die Herstellung von Planmäßigkeit und Bewußtheit in der gesamten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Tätigkeit der Massen das völlige Absterben der religiösen Vorurteile bewirkt. Die Partei ist bestrebt, die Verbindungen zwischen den Ausbeuterklassen und der Organisation der religiösen Propaganda völlig zu beseitigen, die wirkliche Befreiung der werktätigen Massen von den religiösen Vorurteilen zu fördern und eine umfassende antireligiöse und wissenschaftliche Aufklärungspropaganda zu organisieren. Dabei muß man sorgsam jede Verletzung der Gefühle der Gläubigen vermeiden, denn sie würde nur zur Festigung des religiösen Fanatismus führen.

#### Auf ökonomischem Gebiet

1. Die begonnene und im wesentlichen schon abgeschlossene Enteignung der Bourgeoisie, die Verwandlung der Produktions- und Umlaufmittel in Eigentum der Sowjetrepublik, d.h. in gemeinsames Eigentum aller Werktätigen, muß unentwegt fortgesetzt und zu Ende geführt werden.

2. Als hauptamtliche und wesentliche Aufgabe, die die gesamte Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht bestimmt, ist die allseitige Hebung der Produktivkräfte des Landes zu betrachten. Angesichts der schweren Zerrüttung, in der sich unser Land befindet, muß dem praktischen Ziel, - nämlich die Menge der für die Bevölkerung notwendigen Produkte sofort und um jeden Preis erhöhen, - alles andere untergeordnet werden. An den praktischen Ergebnissen in dieser Hinsicht muß der Erfolg der Arbeit jeder Sowjetinstitution, die mit der Volkswirtschaft in Verbindung steht, gemessen werden. Dabei muß man in erster Linie die Aufmerksamkeit auf folgendes konzentrieren:

3. Der Zerfall der imperialistischen Wirtschaft hinterließ der ersten Periode des Sowjetaufbaus als Erbe ein gewisses Chaos in der Organisation der Produktion und ihrer Leitung. Um so dringender steht vor uns als eine der grundlegenden Aufgaben, die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit des Landes nach einem allgemeinen staatlichen Plan maximal zu vereinigen, die Produktion hinsichtlich ihrer Vereinigung nach den einzelnen Zweigen und Gruppen von Zweigen und ihrer Konzentration in den besten Produktionseinheiten und hinsichtlich der raschen Erfüllung der wirtschaftlichen Aufgaben größtmöglich zu zentralisieren, den gesamten Produktionsapparat möglichst gut zu organisieren und alle materiellen Ressourcen des Landes rationell und wirtschaftlich auszunützen.

Dabei ist es notwendig, für die Erweiterung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und der politischen Verbindungen mit anderen Völkern Sorge zu tragen und gleichzeitig danach zu streben, einen einheitlichen Wirtschaftsplan mit den Völkern aufzunehmen, die schon zur Sowjetordnung übergegangen sind.

4. Hinsichtlich der Klein- und handwerklichen Industrie ist es notwendig, sie in breitem Maße durch die Erteilung von Staatsaufträgen an die Handwerker auszunützen, die handwerkliche und Kleinindustrie in den Gesamtplan zur Versorgung mit Rohstoffen und Brennstoffen einzubeziehen, sie unter der Bedingung, daß sich die einzelnen Handwerker, die handwerklichen Artels, die Produktionsgenossenschaften und Kleinbetriebe zu größeren Produktions- und Industrieeinheiten vereinigen, finanziell zu unter-

stützen, diese Vereinigungen zu fördern, indem man ihnen wirtschaftliche Vorteile gewährt, die neben anderen Maßnahmen darauf gerichtet sind, das Bestreben der Handwerker, sich in kleine Industrielle zu verwandeln, zu paralysieren, und den reibungslosen Übergang dieser rückständigen Formen der Produktion zu einer höheren, mechanisierten Großindustrie zu gewährleisten.

5. Der Organisationsapparat der vergesellschafteten Industrie muß sich in erster Linie auf die Gewerkschaften stützen. Sie müssen sich immer mehr von zuftmäßiger Begrenztheit befreien und sich in große Produktionsvereinigungen verwandeln, die die Mehrheit der Werktätigen und allmählich alle Werktätigen eines gegebenen Produktionszweiges erfassen.

Die Gewerkschaften, die nach den Gesetzen der Sowjetrepublik und nach der Praxis, die sich eingebürgert hat, an allen örtlichen und zentralen Leitungsorganen der Industrie teilnehmen, müssen dazu kommen, daß sie faktisch in ihren Händen die Leitung der gesamten Volkswirtschaft als einheitliches, wirtschaftliches Ganzes konzentrieren. Die Gewerkschaften müssen somit eine untrennbare Verbindung zwischen der zentralen staatlichen Leitung, zwischen der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen herstellen und dazu in breitem Maße letztere zur unmittelbaren Arbeit an der Leitung der Wirtschaft heranziehen. Die Teilnahme der Gewerkschaften an der Leitung der Wirtschaft und die Heranziehung der breiten Massen durch die Gewerkschaften zur Leitung der Wirtschaft ist auch gleichzeitig das Hauptmittel des Kampfes gegen die Bürokratisierung des Wirtschaftsapparates der Sowjetmacht und ermöglicht es, die wirkliche Kontrolle des Volkes über die Ergebnisse der Produktion zu errichten.

6. Die zur planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft notwendige maximale Ausnützung aller im Staate vorhandenen Arbeitskräfte, ihre richtige Verteilung und Neuverteilung sowohl auf die verschiedenen territorialen Gebiete als auch auf die verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft muß die nächste Aufgabe der Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht sein, die sie nur in enger Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften lösen kann. Die allgemeine Mobilisierung der gesamten arbeitsfähigen Bevölkerung durch die Sowjetmacht



mit Unterstützung der Gewerkschaften zur Durchführung bestimmter öffentlicher Arbeiten muß viel breiter und systematischer durchgeführt werden als bisher.

7. In der Situation des Zerfalls der kapitalistischen Arbeitsorganisation können die Produktivkräfte des Landes nur wiederhergestellt und entwickelt und die sozialistische Produktionsweise nur gefestigt werden durch kameradschaftliche Disziplin der Werktätigen, durch ihre maximale Eigenständigkeit, durch das Verantwortungsbewußtsein und die strengste gegenseitige Kontrolle über die Arbeitsproduktivität.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es der beharrlichen und systematischen Arbeit zur Umerziehung der Massen, die jetzt dadurch erleichtert ist, daß die Massen in der Tat sehen, daß die Kapitalisten, Gutsbesitzer und Kaufleute entfernt werden, und daß sie durch ihre eigene praktische Erfahrung zu der Überzeugung gelangen, daß das Niveau ihres Wohlstands ausschließlich von der Diszipliniertheit ihrer eigenen Arbeit abhängig ist.

Bei dieser Arbeit zur Herausbildung einer neuen, sozialistischen Disziplin tragen die Gewerkschaften den Hauptanteil. Sie müssen mit der alten Schablone brechen und, um dieses Ziel zu erreichen, in der Praxis verschiedene Maßnahmen anwenden und ausprobieren wie: Einführung der Rechenschaftslegung, Produktionsnormen, Einführung der Verantwortung vor besonderen kameradschaftlichen Arbeitsgerichten usw.

8. Die Aufgabe, die Produktivkräfte zu entwickeln, verlangt auch sofortige, umfassende und allseitige Ausnutzung der uns vom Kapitalismus als Erbe hinterlassenen Spezialisten auf dem Gebiete der Wissenschaft und Technik, obwohl sie in der Mehrzahl unausbleiblich von der bürgerlichen Weltanschauung und den bürgerlichen Gepflogenheiten durchdrungen sind. Die Partei ist der Meinung, daß die Periode des scharfen Kampfes gegen diese Schicht, die durch die von ihr organisierte Sabotage hervorgerufen wurde, beendet ist, denn diese Sabotage wurde im allgemeinen zerschlagen. Die Partei muß im engen Bündnis mit den Gewerkschaften ihre frühere Linie verfolgen: einerseits darf sie dieser bürgerlichen Schicht nicht das geringste politische Zugeständnis machen und

muß schonungslos jeden konterrevolutionären Versuch von dieser Seite her unterdrücken, andererseits muß sie ebenso schonungslos gegen die scheinbar radikale, in Wirklichkeit aber dumme Meinung kämpfen, die Werktätigen seien angeblich in der Lage, den Kapitalismus und die bürgerliche Ordnung zu überwinden, ohne von den bürgerlichen Spezialisten zu lernen, ohne sie auszunutzen und ohne eine lange Schule der Arbeit mit ihnen zu durchlaufen.

Die Sowjetmacht strebt nach gleichem Lohn für jegliche Arbeit und zum vollen Kommunismus, kann sich aber nicht die Aufgabe stellen, diese Gleichheit im gegebenen Augenblick sofort zu verwirklichen, denn es werden erst die ersten Schritte zum Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus getan. Deshalb ist es notwendig, noch eine gewisse Zeitlang die höhere Entlohnung der Spezialisten aufrechtzuerhalten, damit sie nicht schlechter, sondern besser als früher arbeiten können; dazu darf man auch nicht auf das System der Prämien für erfolgreiche und besonders organisatorische Arbeit verzichten.

Gleichermaßen ist es notwendig, die bürgerlichen Spezialisten in eine Atmosphäre der kameradschaftlichen gemeinsamen Arbeit Hand in Hand mit den Massen der einfachen Arbeiter, die von den bewußten Kommunisten geführt werden, zu versetzen und dadurch das gegenseitige Verständnis und die Annäherung der durch den Kapitalismus getrennten Schaffenden der körperlichen und geistigen Arbeit zu fördern.

9. Die Sowjetmacht hat schon eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die der Entwicklung der Wissenschaft und ihrer Annäherung an die Produktion gelten: der Schaffung eines ganzen Netzes von neuen Instituten für angewandte Wissenschaft, Laboratorien, Versuchsstationen, Versuchsbetriebe zur Überprüfung neuer technischer Verfahren, Vervollkommungen und Erfindungen, Registrierung und Organisierung aller wissenschaftlichen Kräfte und Mittel usw. Die KPR unterstützt all diese Maßnahmen und ist bestrebt, sie weiter zu entwickeln und für die wissenschaftliche Arbeit in Verbindung mit der Hebung der Produktivkräfte des Landes die günstigsten Bedingungen zu schaffen.

#### Auf dem Gebiet der Landwirtschaft

10. Die Sowjetmacht hat das Privateigentum an Grund und Boden vollkommen beseitigt und ist zur Durchführung einer ganzen Reihe von Maßnahmen übergegangen, die der Organisierung sozialistischer landwirtschaftlicher Großbetriebe gelten. Die wichtigsten dieser Maßnahmen sind:

- 1) der Aufbau von Sowjetwirtschaften, d.h. von großen sozialistischen Gütern;
- 2) die Unterstützung der Gesellschaften sowie der Genossenschaften zur gemeinschaftlichen Bodenbearbeitung;
- 3) die Organisierung der staatlichen Aussaaten auf allen brachliegenden Ländereien, wem sie auch gehören mögen;
- 4) die staatliche Mobilisierung aller agronomischen Fachkräfte, um energische Maßnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Kultur zu ergreifen;
- 5) die Unterstützung der landwirtschaftlichen Kommunen als vollkommen freiwillige Verbände von Landwirten zur Führung einer gemeinsamen Großwirtschaft.

Die KPR, die diese Maßnahmen als den einzigen Weg zu der unbedingt notwendigen Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit betrachtet, ist bestrebt, die Maßnahmen möglichst vollständig durchzuführen, sie auf die rückständigen Gebiete des Landes auszudehnen und in dieser Richtung weitere Schritte zu unternehmen.

Insbesondere tritt die KPR ein für:

- 1) die allseitige staatliche Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften, die sich mit der Verarbeitung der Produkte der Landwirtschaft beschäftigen;
- 2) das auf breiter Ebene durchgeführte System der Bodenmelioration;
- 3) die umfassende und planmäßige Versorgung der Dorfarmut und Mittelbauernschaft mit Inventar durch die Ausleihstationen.

Da die KPR der Meinung ist, daß die kleinen Bauernwirtschaften noch lange bestehen werden, strebt sie danach, eine Reihe von Maßnahmen durchzuführen, die der Hebung der Produktivität der Bauernwirtschaften gelten. Solche Maßnahmen sind:

- 1) die Regulierung der bäuerlichen Bodennutzung (die Beseitigung der verteilt liegenden Ackerstücke, der Handtuchfelderwirtschaft usw.);
- 2) die Versorgung der Bauern mit verbessertem Saatgut und mit künstlichen Düngemitteln;
- 3) die Verbesserung der Rassen des bäuerlichen Viehs;
- 4) die Verbreitung agronomischer Kenntnisse;
- 5) die agronomische Unterstützung der Bauern;
- 6) die Reparatur der landwirtschaftlichen Maschinen der Bauern in Reparaturwerkstätten der Sowjets;
- 7) die Errichtung von Ausleihstationen, Versuchsstationen, Musterfeldern usw.;
- 8) die Melioration der bäuerlichen Ländereien.

11. Angesichts dessen, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land eine der tiefsten Ursachen für die wirtschaftliche und kulturelle Rückständigkeit des Dorfes ist und in der Epoche einer so tiefen Krise wie die gegenwärtige sowohl die Stadt als auch das Dorf der unmittelbaren Gefahr des Verfalls und des Ruins ausgesetzt, sieht die KPR in der Beseitigung dieses Gegensatzes eine der grundlegenden Aufgaben des kommunistischen Aufbaus und erachtet es neben den allgemeinen Maßnahmen für notwendig, die Industriearbeiter in breitem Maße und planmäßig zum kommunistischen Aufbau in der Landwirtschaft heranzuziehen, die Tätigkeit des von der Sowjetmacht dazu schon eingerichteten staatlichen "Arbeiterhilfskomitees" zu entwickeln usw.

12. In ihrer gesamten Arbeit auf dem Lande stützt sich die KPR nach wie vor auf die proletarischen und halbproletarischen Schichten des Dorfes, organisiert sie vor allem zu einer selbständigen Kraft, indem sie Parteizellen im Dorfe, Organisationen der Dorfarmut, Gewerkschaften besonderen Typs der Proletarier und Halbproletarier des Dorfes usw. bildet, sie größtmöglich dem städtischen Proletariat näherbringt und sie dem Einfluß der ländlichen Bourgeoisie und der Interessen der Kleingewerbetreibenden entzieht.

Gegenüber dem Kulakentum, der Dorfbourgeoisie, besteht die Politik der KPR im energischen Kampf gegen ihre Ausbeutertendenzen, in der Unterdrückung ihres Widerstands gegenüber der Sowjetpolitik.

Gegenüber der Mittelbauernschaft besteht die Politik der KPR in der allmählichen und planmäßigen Heranziehung der Mittelbauern zur Arbeit am sozialistischen Aufbau. Die Partei stellt sich die Aufgabe, sie von den Kulaken zu isolieren, sie durch ein aufmerksames Verhältnis gegenüber ihren Nöten auf die Seite der Arbeiterklasse zu ziehen, indem die Partei ihre Rückständigkeit durch ideologische Einwirkung, doch keineswegs durch Maßnahmen des Druckes, bekämpft, in allen Fällen, in denen ihre Lebensinteressen berührt werden, praktische Abkommen mit ihnen anstrebt und ihnen gegenüber bei der Bestimmung der Art und Weise der Durchführung der sozialistischen Umwandlungen Zugeständnisse macht.

#### Auf dem Gebiet der Verteilung

13. Auf dem Gebiet der Verteilung besteht die Aufgabe der Sowjetmacht in der Gegenwart darin, die Ablösung des Handels durch eine planmäßige, im staatlichen Maßstab organisierte Verteilung der Produkte stetig fortzusetzen. Das Ziel ist die Organisierung der gesamten Bevölkerung in einem einheitlichen Netz von Verbrauchercommunen, die fähig sind, mit größter Schnelligkeit, Planmäßigkeit, Sparsamkeit und geringstem Arbeitsaufwand alle notwendigen Produkte zu verteilen, wobei der gesamte Verteilungsapparat streng zentralisiert wird.

Den Verbrauchercommunen und ihren Vereinigungen muß die bestehende Kooperation aller Bürger und der Arbeiter zugrunde gelegt werden, die die größte Verbraucherorganisation und der von der Geschichte des Kapitalismus am besten vorbereitete Apparat der Massenverteilung ist.

Die KPR hält diese kommunistische Weiterentwicklung des Genossenschaftsapparates und nicht seine Beseitigung für prinzipiell einzig richtig und muß ihre Politik systematisch fortsetzen: alle Parteimitglieder sind zu verpflichten, in den Genossenschaften zu arbeiten, sie auch mit Hilfe der Gewerkschaften im kommunistischen Geiste zu lenken, die Eigeninitiative und die Disziplin der werktätigen Bevölkerung, die in den Genossenschaften vereinigt ist, zu entwickeln und anzustreben, daß die gesamte

Bevölkerung von den Genossenschaften erfaßt wird und daß diese Genossenschaften zu einer einheitlichen, die gesamte Sowjetrepublik von oben nach unten erfassenden Genossenschaft verschmelzen, und schließlich, und das ist die Hauptsache, daß der vorherrschende Einfluß des Proletariats auf die übrigen Schichten der Werktätigen ständig gewährleistet wird, überall in der Praxis verschiedene Maßnahmen erprobt werden, die den Übergang von den kleinbürgerlichen Genossenschaften alten, kapitalistischen Typs zu Verbrauchercommunen, die vom Proletariat und vom Halbproletariat geführt werden, erleichtern und verwirklichen.

#### Auf dem Gebiet des Geld- und Bankwesens

14. Die Sowjetmacht hat die Fehler der Pariser Kommune vermieden, sie hat in Rußland sofort die Staatsbank in ihren Besitz genommen, ging darauf zur Nationalisierung der privaten Handelsbanken über und nahm die Vereinigung der nationalisierten Banken, der Sparkassen und der Schatzämter mit der Staatsbank in Angriff. Sie schuf somit die Basis für eine einheitliche Volksbank der Sowjetrepublik und verwandelte die Bank aus einem Zentrum der ökonomischen Herrschaft des Finanzkapitals und einem Werkzeug der politischen Herrschaft der Ausbeuter in ein Instrument der Arbeiterklasse und in einen Hebel für die ökonomische Umwälzung. Die KPR hat sich das Ziel gesetzt, die von der Sowjetmacht begonnene Arbeit weiterhin konsequent zu Ende zu führen und stellt dabei folgende Prinzipien in den Vordergrund:

- 1) die Monopolisierung des gesamten Bankwesens in den Händen des Sowjetstaates;
- 2) die radikale Veränderung und Vereinfachung der Bankoperationen durch die Umwandlung des Bankapparates in einen Apparat der einheitlichen Rechnungslegung und der allgemeinen Rechnungsführung der Sowjetrepublik. Entsprechend der Organisierung der planmäßigen gesellschaftlichen Wirtschaft wird das zur Abschaffung der Bank und zu ihrer Verwandlung in die zentrale Buchhaltung der kommunistischen Gesellschaft führen.

15. In der ersten Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus, wenn die kommunistische Produktion und die Verteilung der Produkte noch nicht vollständig organisiert sind, ist

die Abschaffung des Geldes unmöglich. In dieser Situation nutzen die bürgerlichen Elemente der Bevölkerung ihre in Privatbesitz verbliebenen Banknoten zu Spekulationen, Profitgewinnung und Ausplünderung der Werktätigen weiter aus. Gestützt auf die Nationalisierung der Banken, strebt die KPR danach, eine Reihe von Maßnahmen zur Erweiterung des Gebietes der bargeldlosen Verrechnung und zur Vorbereitung der Abschaffung des Geldes durchzuführen: die obligatorische Aufbewahrung des Geldes in der Volksbank; die Einführung von Haushaltsbüchern, die Ablösung des Geldes durch Schecks, kurzfristete Berechtigungsscheine für den Empfang von Produkten usw.

#### Auf dem Gebiet der Finanzen

16. In der Epoche der begonnenen Vergesellschaftung der den Kapitalisten genommenen Produktionsmittel hört die Staatsmacht auf, ein parasitärer Apparat zu sein, der über dem Produktionsprozeß steht; sie beginnt, sich in eine Organisation zu verwandeln, die unmittelbar die Funktionen der Lenkung der Wirtschaft des Landes ausübt; ebenso wird der Staatshaushaltsplan zum Haushaltsplan der gesamten Volkswirtschaft.

Unter diesen Bedingungen ist die Bilanzierung der Einkünfte und Ausgaben nur zu verwirklichen, wenn die staatliche planmäßige Produktion und die Verteilung der Produkte richtig organisiert werden. Was die Deckung der unmittelbaren staatlichen Ausgaben in der Übergangsepoche anbetrifft, so wird die KPR den Übergang vom System der Kontributionen von den Kapitalisten, das in der ersten Zeit der sozialistischen Revolution historisch notwendig und gesetzmäßig war, zur progressiven Einkommen- und Vermögenssteuer vertreten. Da sich aber diese Steuer durch die umfassend durchgeführte Enteignung der besitzenden Klassen von selbst überlebt, muß die Deckung der staatlichen Ausgaben auf der unmittelbaren Umwandlung eines Teils der Einkünfte von den verschiedenen staatlichen Monopolen in Einkünfte des Staates basieren.

#### Auf dem Gebiet der Wohnungsfrage

17. In dem Bestreben, die Wohnungsfrage zu lösen, die sich

in der Periode des Krieges besonders verschärft hat, enteignete die Sowjetmacht alle Häuser der kapitalistischen Hausbesitzer und übergab sie den Stadtsowjets; eine Massenübersiedlung der Arbeiter aus den Randgebieten in die Bürgerhäuser wurde durchgeführt; die besten Häuser wurden den Arbeiterorganisationen übergeben, nachdem der Inhalt dieser Gebäude vom Staat übernommen worden war; die Sowjetmacht ging zur Versorgung der Arbeiterfamilien mit Möbeln usw. über.

Die Aufgabe der KPR besteht darin, auf dem oben gewiesenen Weg und, ohne die Interessen der nichtkapitalistischen Hausbesitzer anzugreifen, mit allen Kräften die Verbesserung der Wohnverhältnisse der werktätigen Massen anzustreben; sie muß ebenfalls bestrebt sein, die Wohndichte und die schlechten sanitären Verhältnisse in den alten Wohnblocks zu beseitigen, die unbrauchbaren Wohnhäuser abzureißen, alte Häuser umzubauen und neue zu bauen, die den neuen Lebensbedingungen der Arbeitermassen entsprechen, und die Werktätigen rationell auf die Wohnhäuser zu verteilen.

#### Auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes und der Sozialfürsorge

Durch die Errichtung der Diktatur des Proletariats wurde zum ersten Male die Möglichkeit geschaffen, das Minimalprogramm der sozialistischen Parteien auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes voll und ganz zu verwirklichen.

Die Sowjetmacht hat auf gesetzgeberischem Wege folgendes durchgeführt und im "Kodex für Arbeitsrecht" verankert: den 8-Stunden-Arbeitstag für alle Werktätigen als maximale Arbeitszeit, wobei für Personen, die noch nicht das 18. Lebensjahr erreicht haben, die in besonders gesundheitsschädlichen Zweigen der Produktion arbeiten sowie für Bergarbeiter, die unter Tage beschäftigt sind, der Arbeitstag 6 Stunden nicht überschreiten darf; eine 42-stündige wöchentliche ununterbrochene Erholung für alle Werktätigen; das Verbot der Überstundenarbeit als allgemeine Regel; das Verbot der Ausnutzung der Arbeit von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren; das Verbot der Nacharbeit und der Arbeit in besonders gesundheitsschädlichen Zweigen sowie der Überstundenarbeit für alle Personen weiblichen und männlichen Geschlechtes, die noch nicht das 18. Lebensjahr vollendet haben; die Befreiung der Frauen von

der Arbeit 8 Wochen vor und 8 Wochen nach der Niederkunft bei Aufrechterhaltung der Zahlung des vollen Arbeitslohnes während dieser Zeit und Gewährung kostenloser ärztlicher und medizinischer Hilfe; außerdem muß den Arbeiterinnen alle drei Stunden mindestens eine halbe Stunde zum Stillen des Kindes gewährt werden und die stillenden Mütter müssen zusätzliche Geldmittel erhalten; Arbeits- und Sanitätsinspektionen, die von den Gewerkschaftsräten gewählt werden.

Die Sowjetmacht führte auf gesetzgeberischem Wege die völlige soziale Sicherstellung aller Werktätigen, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten, vor dem Verlust der Arbeitsfähigkeit jedweder Art und erstmals in der Welt, vor der Arbeitslosigkeit ein, und zwar auf Kosten der Arbeitgeber und des Staates, bei voller Selbstverwaltung der versicherten Personen und unter breiter Anteilnahme der Gewerkschaften.

Darüber hinaus ging die Sowjetmacht in einigen Punkten über das Minimalprogramm hinaus und verankerte in demselben "Kodex für Arbeitsrecht" die Teilnahme der Arbeiterorganisationen bei der Entscheidung in Fragen der Einstellung und der Entlassung; einen einmonatigen Urlaub bei Weiterzahlung des Lohnes für alle Werktätigen, die mindestens ein Jahr ohne Unterbrechung gearbeitet haben; die staatliche Regelung der Entlohnung auf der Grundlage von Tarifen, die von den Gewerkschaften ausgearbeitet werden; bestimmte Organe, und zwar Abteilungen für die Verteilung und Registrierung der Arbeitskräfte bei den Sowjets und Gewerkschaften, die verpflichtet sind, Arbeitslosen Arbeit zu verschaffen.

Doch zwangen die große Zerrüttung, die der Krieg mit sich brachte, und der Druck des Weltimperialismus die Sowjetmacht, folgende Einschränkung zu machen: die Zulassung von Überstundenarbeit in besonderen Fällen, die aber nicht mehr als 50 Tage im Jahr betragen darf; die Zulassung von Jugendlichen von 14 - 16 Jahren zur Arbeit, wobei ihr Arbeitstag aber nicht mehr als 4 Stunden betragen darf; die zeitweilige Gewährung eines zweiwöchigen Urlaubs, statt des vierwöchigen; die Erhöhung der Dauer der Nachtarbeit bis auf 7 Stunden.

Die KPR muß eine umfassende Propaganda für die aktive Teil-

nahme der Werktätigen an der tatkräftigen Durchführung dieser Maßnahmen auf dem Gebiet des Arbeitsschutzes betreiben, wozu folgendes notwendig ist:

- 1) die Arbeit zur Organisierung und Erweiterung der Arbeitsinspektionen durch Auslese und Ausbildung aktiver Mitarbeiter aus den Reihen der Arbeiter selbst und zu ihrer Ausdehnung auf die Haus- und Kleinindustrie ist zu verstärken;
- 2) der Arbeitsschutz muß auf alle Arten der Arbeit, (Bauarbeiter, Binnenschifffahrt, Dienstleute und landwirtschaftliche Arbeiter) ausgedehnt werden;
- 3) Minderjährige müssen endgültig von der Arbeit befreit und die weitere Verkürzung des Arbeitstages für die Jugendlichen muß durchgeführt werden.

Außerdem muß sich die KPR folgende Aufgabe stellen:

- 1) in der Folge bei allgemeiner Steigerung der Arbeitsproduktivität den maximalen Arbeitstag ohne Kürzung des Arbeitslohnes auf 6 Stunden festzusetzen, wobei sich die Werktätigen verpflichten müssen, darüber hinaus zwei Stunden ohne besonderes Entgelt der Theorie des Handwerks und der Produktion, dem praktischen Studium der Technik der staatlichen Verwaltung und dem Kriegsdienst zu widmen;
- 2) das progressive Lohnsystem für die Steigerung der Arbeitsproduktivität einzuführen.

Auf dem Gebiet der Sozialfürsorge ist die KPR bestrebt, eine umfassende staatliche Unterstützung nicht nur für die Opfer des Krieges und von Naturkatastrophen, sondern auch für Opfer der Abnormitäten der gesellschaftlichen Beziehungen zu organisieren; sie führt einen energischen Kampf gegen jegliche Art von Parasitismus und Schmarotzerei und stellt sich die Aufgabe, jeden, der vom Weg der Arbeit abgekommen ist, zu einem arbeitsamen Leben zurückzuführen.

#### Auf dem Gebiet des Schutzes der Volksgesundheit

Die KPR legt ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet des Schutzes der Volksgesundheit vor allem die Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheits- und Sanitätswesens zugrunde, die der Verhütung von Krankheiten gelten. Die Diktatur des Proletariats hat es schon

ermöglicht, eine Reihe von Maßnahmen im Gesundheits- und Heilwesen durchzuführen, die im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht durchzuführen waren: die Nationalisierung der Apotheken, der großen Heilanstalten, die in Privatbesitz waren, der Kurorte, die Arbeitspflicht der medizinischen Fachkräfte usw.

Dementsprechend stellt sich die KPR als nächste Aufgabe:

- 1) die tätkräftige Durchführung umfassender Maßnahmen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens im Interesse der Werktätigen, wie:
  - a) die gesundheitliche Überwachung der Ortschaften (Kontrolle des Bodens, des Wassers und der Luft);
  - b) die Organisierung der gesellschaftlichen Ernährung auf wissenschaftlich-hygienischer Grundlage;
  - c) die Organisierung von Maßnahmen, um die Entwicklung und Verbreitung von Infektionskrankheiten zu verhüten;
  - d) die Schaffung einer Gesundheitsgesetzgebung;
- 2) den Kampf gegen soziale Krankheiten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Trunksucht usw.);
- 3) die Gewährleistung kostenloser und qualifizierter ärztlicher und medizinischer Hilfe für alle.

#### Über die Kommunistische Internationale

Nach Entgegennahme des Berichtes über die III.Internationale begrüßte der Parteitag die organisierte III.Internationale und schließt sich voll und ganz ihrer Plattform an. Die KPR wird mit allen Kräften und Mitteln für die Verwirklichung der großen Aufgaben der III.Internationale kämpfen und beauftragt das ZK, der Organisierung und der Tätigkeit der III.Internationale die stärkste und allseitige Unterstützung angedeihen zu lassen.

#### Zur Militärfrage

##### A. Allgemeine Grundsätze

###### I.

Das alte Programm der sozialdemokratischen Partei fordert die Aufstellung einer Volksmiliz auf der Grundlage einer nach Möglichkeit außerhalb der Kasernen stattfindenden militärischen Ausbil-

dung aller Bürger, die fähig sind, eine Waffe zu tragen. Diese Programmforderung, die in der Epoche der II.Internationale dem stehenden imperialistischen Heer mit Kasernenausbildung, mit langfristiger Dienstzeit und dem Offizierskastenwesen entgegengestellt wurde, hatte die gleiche historische Bedeutung wie die anderen Forderungen der Demokratie: allgemeines und gleiches Wahlrecht, Einkammersystem usw. Unter den Bedingungen der "friedlichen" kapitalistischen Entwicklung und der von Zeit zu Zeit notwendigen Anpassung des Klassenkampfes des Proletariats an den Rahmen der bürgerlichen Legalität war die natürliche Aufgabe der Sozialdemokratie die Forderung nach höchstmöglichen demokratischen Formen in der Organisierung des kapitalistischen Staates und des kapitalistischen Heeres. Der Kampf auf dieser Grundlage hatte zweifellos erzieherische Bedeutung, aber, wie die große Erfahrung des letzten Krieges erwies, zeitigte der Kampf für die Demokratisierung des bürgerlichen Militarismus noch geringere Ergebnisse als der Kampf für die Demokratisierung des bürgerlichen Parlamentarismus. Denn auf dem Gebiet des Militarismus kann die Bourgeoisie - will sie sich nicht selbst zum Untergang verurteilen - nur einen solchen "Demokratismus" zulassen, der ihre Klassenherrschaft nicht angreift, d.h. einen scheinbaren, trügerischen Demokratismus. Als es um die grundlegenden Interessen der Bourgeoisie sowohl auf internationalem Gebiet als auch in den inneren Beziehungen ging, offenbarte der bürgerliche Militarismus in Deutschland, Frankreich, in der Schweiz, in England und Amerika, trotz aller Verschiedenheit der Staatsformen und der Struktur der Armee dieser Länder, ein und dieselben Züge rücksichtsloser Klassenbestialität.

###### II.

Wenn sich der Klassenkampf in den offenen Bürgerkrieg verwandelt und die Hülle des bürgerlichen Rechts und der bürgerlich-demokratischen Institutionen sprengt, verliert die Losung der "Volksmiliz" ebenso ihren Sinn wie die Losungen des demokratischen Parlamentarismus und wird deshalb zu einem Werkzeug der Reaktion. So wie die Losung der "Konstituierenden Versammlung" zum Deckmantel für die Arbeit zur Wiederherstellung der Macht der Gutsbesitzer

und Kapitalisten wurde, wurde auch die Losung der "Volksarmee" oder einer "das ganze Volk umfassenden Armee" das Mittel zur Schaffung der Armee Krassnows und Koltshaks.

Nach den Erfahrungen der russischen Revolution ist nur die wahrhaft verachtenswerte kleinbürgerliche Verblendung Kautskys fähig, bei der Organisierung der Staatsmacht und der Armee formale Demokratie zu predigen zu einer Zeit, wo die deutsche verfassunggebende Versammlung von Berlin nach Weimar verschwindet und sich unter den Schutz der weißgardistischen Regimenter stellt, wo General Hoffmann seine eisernen Bataillone unter den Söhnen der Junker, Bürger und Kulaken anwirbt und die Spartakisten die revolutionären Arbeiter bewaffnen. Die angebrochene Epoche der proletarischen Revolution ist die Epoche des offenen Bürgerkriegs des Proletariats gegen jedweden bürgerlichen Staat und gegen jedwede bürgerliche Armee, unabhängig davon, ob sie sich hinter Formen der Demokratie verbirgt oder nicht. Der Sieg des Proletariats in diesem Bürgerkrieg führt unvermeidlich zur Errichtung des proletarischen Klassenstaates und seiner Klassenarmee.

III.

Obgleich wir in der nächsten historischen Periode den sogenannten Volkscharakter der Miliz, wie er in unserem alten Programm bezeichnet wurde, ablehnen, verwerfen wir keineswegs das Programm der Miliz als solches. Wir stellen die politische Demokratie auf Klassenbasis und verwandeln sie in die Sowjetdemokratie. Die Miliz übertragen wir auf Klassengrundlagen und verwandeln sie in eine Sowjetmiliz. Das weitere Arbeitsprogramm besteht folglich darin, eine Armee der Arbeiter und der Dorfarmut zu schaffen auf der Grundlage der obligatorischen militärischen Ausbildung, möglichst außerhalb der Kasernen, d.h. unter Bedingungen, die den Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse nahestehen.

IV.

Der tatsächliche Verlauf der Entwicklung unserer Roten Armee steht gleichsam in Widerspruch zu den genannten Forderungen. Ursprünglich schufen wir die Armee auf der Grundlage der

Freiwilligkeit. Da wir weiterhin die obligatorische militärische Ausbildung für alle Arbeiter und Bauern einführen, die keine fremde Arbeit ausbeuten, schritten wir gleichzeitig zur Zwangsaushebung einer Reihe von Jahrgängen der werktätigen Klassen. Diese Widersprüche waren keine zufälligen Verirrungen, sondern ergaben sich aus der Situation und waren ganz unvermeidliche Übergangsformen bei der Schaffung einer Armee unter jenen konkreten Bedingungen, die uns der imperialistische Krieg und die bürgerliche (Februar-) Revolution hinterließen.

Die Freiwilligkeit ist das einzig mögliche Mittel, irgendwie kampffähige Truppenteile unter den Bedingungen des katastrophalen Zusammenbruchs der alten Armee und aller Organe ihrer Bildung und Leitung zu schaffen. Der beste Beweis dafür ist die Tatsache, daß im heutigen Deutschland die konterrevolutionären Generäle gleichermaßen wie die Spartakisten gezwungen sind, zur Aufstellung von Freiwilligenbataillonen Zuflucht zu suchen. Der Übergang von der Freiwilligkeit zum Zwang wurde in dem Augenblick möglich, als sich die Hauptmassen der alten Armee in die Städte und Dörfer verstreut hatten und es in den einzelnen Orten gelungen war, örtliche Organe der Militärverwaltung zu bilden, und zwar für die Registrierung, Aufstellung und Versorgung der Truppen (Bezirks-, Gebiets-, Gouvernements- und Kreiskommissariate).

V.

Die Idee der Partisanenabteilungen einer planmäßig organisierten und zentralisierten Armee entgegenzustellen (die Propaganda der "linken" Sozialrevolutionäre und ähnlicher), ist ein Karikaturprodukt des politischen Denkens oder des Unverständs der kleinbürgerlichen Intelligenz. Die Methoden des Partisanenkampfes wurden dem Proletariat in der ersten Periode durch seine unterdrückte Stellung im Staat aufgezwungen, ebenso wie ihm die Verwendung primitiver illegaler Druckereien und geheimer Zirkelversammlungen aufgezwungen wurde. Die Eroberung der politischen Macht gab dem Proletariat die Möglichkeit, den Staatsapparat für den planmäßigen Aufbau einer zentralisierten Armee zu benutzen, deren einheitliche Organisation und einheitliche Leitung allein gewährleisten können, bei äußerst geringen Opfern die besten Ergebnisse

zu erzielen. Das Partisanentum als Militärprogramm prediger ist dasselbe, wie die Rückkehr von der industriellen Großproduktion zur handwerklichen Produktion empfehlen. Eine solche Propaganda entspricht durchaus der Natur der intellektuellen Gruppen, die nicht fähig sind, die Staatsmacht zu behaupten, die nicht einmal fähig sind, sich ernsthaft die Aufgabe der Behauptung der Staatsmacht zu stellen und Meister in Partisanenüberfällen (polemischer oder terroristischer Art) auf die Arbeitermacht sind.

#### VI.

Es ist theoretisch nicht zu widerlegen, daß wir die beste Armee erhalten würden, wenn wir sie auf der Grundlage der obligatorischen militärischen Ausbildung der Arbeiter und werktätigen Bauern aufbauen, und zwar unter solchen Bedingungen, die ihrer täglichen Arbeit nahestehen. Die allgemeine Gesundung der Industrie, die Hebung der Kollektivität und der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit würden eine gesunde Grundlage für die Armee schaffen, deren Kompanien, Bataillone, Regimenter, Brigaden und Divisionen den Werkstätten der Betriebe, den Werken, Dörfern, Amtsbezirken, Kreisen, Gouvernements usw. entsprechen würden. Eine solche Armee, deren Aufstellung Hand in Hand mit dem wirtschaftlichen Aufstieg des Landes und der gleichlaufenden Ausbildung des Kommandeurbestands gehen würde, würde die unbesiegbare Armee der Welt werden. Eben eine solche Armee erstreben wir und werden wir früher oder später erreichen.

#### VII.

Die Notwendigkeit des unmittelbaren und sofortigen Widerstands gegen die inneren und äußeren Klassenfeinde gestattete uns jedoch nicht, in so "organischer" Weise zur Arbeiter- und Bauernmiliz überzugehen. Dazu brauchte man einige Jahre oder mindestens eine lange Reihe von Monaten. So wie wir am zweiten Tag nach der Oktoberrevolution gezwungen waren, zur Aufstellung von Truppenteilen auf freiwilliger Grundlage Zuflucht zu nehmen, waren wir in der folgenden Etappe, und zwar im Sommer des vergangenen Jahres, als sich der Ring des Imperialismus besonders eng um Sowjetrußland

zusammenschloß, gezwungen, unsere militärische Arbeit zu forcieren, ohne die außerhalb der Kasernen vor sich gehende Aufstellung von Miliztruppenteilen territorialen Typs abzuwarten, zur zwangsweisen Mobilisierung bestimmter Jahrgänge in allen Orten und zu ihrer beschleunigten Ausbildung und Zusammenfassung in den Kasernen zu schreiten. Dabei sind alle Anstrengungen der Militärbehörden darauf gerichtet, die Kaserne an die Kriegsschule anzugleichen und sie zu einem Zentrum nicht nur für die rein militärische Ausbildung, sondern auch für die allgemeine Bildung und politische Erziehung zu machen.

#### VIII.

Unsere jetzige aktive, d.h. jetzt operierende oder sich unmittelbar auf die Aktion vorbereitende Armee stellt eben den genannten Übergangstyp dar: ihrer sozialen Zusammensetzung nach eine Klassenarmee, stellt sie keine Milizarmee dar, sondern den Methoden der Aufstellung und Ausbildung nach eine "stehende", "reguläre" Armee. Wenn dieser letzte Umstand die Quelle vieler innerer Schwierigkeiten ist, besonders unter den Bedingungen der außerordentlichen Erschöpfung des Landes, so können wir doch gleichzeitig mit Befriedigung feststellen, daß auch diese Armee von Übergangstypus, die unter äußerst ungünstigen Bedingungen geschaffen wurde, die Fähigkeit offenbart hat, ihre Feinde zu schlagen.

#### IX.

Neben der kasernenmäßigen oder rein feldmäßigen Aufstellung, d.h. neben der Aufstellung in einer Situation, wo der Kampf schon entbrannt ist, wird eine umfassende Arbeit zur allgemeinen Ausbildung der Arbeiter und werktätigen Bauern in den Orten durchgeführt. Unseren regulären Formationen gegenüber wurde die Arbeit der allgemeinen Ausbildung in ihren ersten Stadien als elementare Vorbereitung betrachtet, d.h. dem einzelnen Kämpfer werden gewisse Fertigkeiten anerzogen, um seine weitere Ausbildung in der Kampfeinheit, der er angeschlossen wird, zu beschleunigen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß auch unter diesem begrenzten Gesichtswinkel die allgemeine Ausbildung schon jetzt der Schaffung



der Armee einen großen Dienst erweist.

X.

Jedoch kann sich die allgemeine militärische Ausbildung keinesfalls auf die erwähnte dienende und helfende Rolle beschränken. Die allgemeine Ausbildung muß uns, durch eine Reihe von Etappen, der dringlicheren und angespannteren Arbeit zur Formierung regulärer Truppenteile entsprechend, zur Schaffung einer wirklichen Milizarmee führen.

XI.

Zur Erreichung des genannten Ziels ist es notwendig, daß sich die allgemeine Ausbildung nicht auf die Aufgaben der individuellen militärischen Ausbildung beschränkt, sondern daß man zur Aufstellung wenn auch anfangs noch sehr kleiner militärischer Einheiten übergeht, ohne nach Möglichkeit die Elemente, aus denen sie bestehen, d.h. die Arbeiter und Bauern, aus ihrer normalen Arbeit zu reißen. Die allgemeine Ausbildung muß übergehen zur Aufstellung einzelner Züge, Kompanien und später zur Aufstellung von Bataillonen und Regimentern mit der Perspektive, ganze Divisionen aus örtlichen Arbeitern und Bauern aufzustellen mit örtlichen Kommandeuren, mit örtlichen Ausrüstungsreserven und der gesamten Versorgung überhaupt.

XII.

Da anzunehmen ist, daß der Kampf gegen die imperialistischen Truppen weiterhin ununterbrochen fortgesetzt werden muß, ist der allmähliche Übergang zur Milizarmee nur dadurch möglich, daß die Ergänzung des Abgangs in den kämpfenden Truppenteilen neu organisiert wird. Gegenwärtig wird der Ersatz nach dem gleichen Typ wie die Grundeinheiten formiert - durch die sogenannten Reservebataillone. In allernächster Zukunft müssen die Ersatzeinheiten im Prozeß und auf der Grundlage der allgemeinen Ausbildung aufgestellt und in Feldregimenten ein und desselben territorialen Ursprungs geleitet werden mit dem Ziel, daß die Bestandselemente des Regiments bei der Demobilisierung nicht im ganzen Land ver-

streut werden, sondern eine auf der Arbeit beruhende Verbindung mit den Orten behalten. Die Ausarbeitung einer Reihe von Maßnahmen zum allmählichen Übergang unserer jetzigen Armee von Übergangstypus zu einer territorialen Milizarmee muß den verantwortlichen Organen der Militärbehörde obliegen, die in dieser Richtung schon die ersten entschiedenen Schritte unternommen hat.

XIII.

Die klassengebundene Milizarmee, die wir anstreben, bedeutet aber, wie aus dem Vorstehenden klar hervorgeht, keine improvisierte, d.h. in Eile geschaffene, wenig geschulte Armee mit einer zufälligen Auswahl von Waffen und einem halb ausgebildeten Kommandeurbestand. Im Gegenteil, die Vorbereitung durch die allgemeine Ausbildung soll so eingerichtet werden, daß in Verbindung mit Manövern, Schießübungen und militärischen Feierlichkeiten ein qualifizierterer Typ des Einzelkämpfers und des ganzen Truppenteils als jetzt erreicht wird. Die Milizarmee muß eine nach den letzten Errungenschaften der Militärwissenschaft geschulte, bewaffnete und organisierte Armee werden.

XIV.

Die Kommissare in der Armee sind nicht nur die direkten und unmittelbaren Vertreter der Sowjetmacht in der Armee, sondern vor allem die Träger des Geistes unserer Partei, ihrer Disziplin, ihrer Härte und Tapferkeit im Kampf für die Verwirklichung des gesteckten Ziels. Die Partei kann voller Zufriedenheit auf die heldenhafte Arbeit ihrer Kommissare blicken, die, Hand in Hand mit den besten Elementen des Kommandeurbestands, innerhalb kurzer Zeit eine kampffähige Armee schufen. Gleichzeitig ist es notwendig, daß die politischen Abteilungen der Armee, unter der unmittelbaren Leitung des Zentralkomitees, in der Folge eine Auswahl der Kommissare vornehmen und dabei alle irgendwie zufälligen, unbeständigen und karrieristischen Elemente entfernen.

Die Arbeit der Kommissare kann nur dann gute Ergebnisse zeitigen, wenn sie sich in jeder Einheit auf die unmittelbare Mitarbeit durch die Zelle der kommunistischen Soldaten stützt. Das rasche

zahlenmäßige Anwachsen der kommunistischen Zellen bürgt dafür, daß die Armee immer mehr von den Ideen und der Disziplin des Kommunismus durchdrungen wird.

Doch gerade angesichts der wichtigen Rolle der kommunistischen Zellen müssen die Kommissare und alle erfahrenen Parteiarbeiter in der Armee alle Maßnahmen ergreifen, damit in die Zellen keine schwankenden Elemente geraten, die nach scheinbaren Rechten und Privilegien jagen. Die Achtung gegenüber den kommunistischen Zellen wird um so höher und unerschütterlicher sein, je klarer jeder Soldat begreift und sich auf Grund der eigenen Erfahrung überzeugt, daß die Zugehörigkeit zur kommunistischen Zelle dem Soldaten keinerlei besondere Rechte gibt, sondern daß sie ihm nur die Verpflichtung auferlegt, ein selbstloser und mutiger Kämpfer zu sein.

Der Parteitag billigt im großen und ganzen die vom Zentralkomitee ausgearbeitete Verordnung über die Rechte und Pflichten der kommunistischen Zellen, der Kommissare und Politischen Abteilungen und macht es allen Genossen, die in der Armee arbeiten, zur Pflicht, ständig die genannte Verordnung zu befolgen.

#### XV.

Die Forderung nach Wählbarkeit des Kommandeursbestands, die für die bürgerliche Armee, in der der Kommandeursbestand als Apparat der Klassenunterdrückung der Soldaten und, über die Soldaten, der Arbeitermassen, ausgewählt und erzogen wurde, von großer grundsätzlicher Bedeutung war, verliert ihre grundsätzliche Bedeutung für die Rote Armee der Arbeiter und Bauern, die eine Klassenarmee ist, vollkommen. Die mögliche Kombinierung der Wählbarkeit und Ernennung wird der revolutionären Klassenarmee ausschließlich von praktischen Erwägungen diktiert und hängt von dem erreichten Stand der Formierung, vom Grad der Geschlossenheit der Truppenteile und vom Vorhandensein von Kommandeurskadern ab. Im allgemeinen kann man feststellen, daß, je weniger reif die Truppenteile sind, je zufälliger und vorübergehender ihre Zusammensetzung ist, je weniger der junge Kommandeursbestand durch die Erfahrung erprobt ist, desto weniger zweckentsprechend der Grundsatz der Wählbarkeit der Kommandeure angewendet werden kann. Im Gegensatz dazu

schafft das Wachstum des inneren Zusammenhalts der Truppenteile, die Erziehung der Soldaten zu einer kritischen Einstellung zu sich selbst und zu ihren Kommandeuren die Heranbildung guter Kader der unteren wie der oberen Kampfkommandeure, die ihre Qualitäten unter den Bedingungen des neuen Krieges gezeigt haben, günstige Bedingungen, unter denen der Grundsatz der Wählbarkeit des Kommandeursbestands immer umfassendere Anwendung finden kann.

#### XVI.

Die Frage des Kommandeursbestands, die große praktische Schwierigkeiten mit sich bringt, liefert im Grunde keinerlei Stoff für prinzipielle Meinungsverschiedenheiten.

Auch wenn unsere Armee die Möglichkeit hätte, sich im Laufe einiger Jahre planmäßig zu formieren und gleichzeitig einen neuen Kommandeursbestand auszubilden, hätten wir keinerlei prinzipiellen Grund, die Heranziehung derjenigen Elemente des alten Kommandeursbestands zur Arbeit abzulehnen, die sich entweder innerlich auf den Standpunkt der Sowjetmacht gestellt haben oder sich durch die Lage der Dinge gezwungen sehen, ihr gewissenhaft zu dienen. Der revolutionäre Charakter der Armee wird vor allem durch den Charakter des Sowjetregimes bestimmt, das diese Armee schafft, das ihr ein Ziel setzt und sie somit zu seinem Instrument macht. Andererseits wird die Übereinstimmung dieses Instruments mit dem Sowjetregime durch die klassenmäßige Zusammensetzung der Hauptmasse der Kämpfer erzielt, durch die Organisation der Kommissare und kommunistischen Zellen und schließlich durch die allgemeine Leitung des Lebens und der Tätigkeit der Armee durch die Partei und die Sowjets.

Die Arbeit zur Ausbildung und Erziehung des neuen Offizierskorps, das überwiegend aus Arbeitern und fortgeschrittenen Bauern besteht, ist eine der wichtigsten Aufgaben bei der Schaffung der Armee. Das ununterbrochene Anwachsen der Zahl der Instrukteurlehrgänge und ihrer Schüler beweist, daß die Militärbehörden dieser Aufgabe die gebührende Aufmerksamkeit widmen. Neben der Höheren Militärakademie (des Generalstabs) werden noch fünf Schulen von mittlerem Typ - zwischen den Instrukteurlehrgängen und der Höheren

Militärakademie - organisiert. Nichtsdestoweniger gibt es in den Reihen unserer jetzigen Roten Armee zahlreiche Kommandeure der alten Armee, die ihre verantwortungsvolle Arbeit mit großem Nutzen für unsere Sache erfüllen. Es versteht sich von selbst, daß man auslesen und kontrollieren muß, damit verräterische und provokatorische Elemente ausgeschaltet werden, und, wie die Erfahrung bewiesen hat, wird diese Aufgabe praktisch mehr oder weniger erfolgreich von unserer Militärorganisationen gelöst. Von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet, hat unsere Partei keinen Grund, unsere Militärpolitik zu revidieren.

XVII.

Die bis jetzt herausgegebenen Statuten (Innendienst, Feld- und Garnisondienst), die Festigkeit und Form in die inneren Verhältnisse der Armee, in die Rechte und Pflichten ihrer Bestandteile, tragen und deshalb ein großer Schritt vorwärts sind, spiegeln trotzdem die Übergangsperiode in der Formierung unserer Armee wider und werden entsprechend der Überwindung der alten "Kasernen"-züge bei der Formierung der Armee und ihrer immer stärkeren Umwandlung in eine Klassenarmee, in eine Milizarmee weiter ausgearbeitet werden.

XVIII.

Die Agitation, die vom Lager der bürgerlichen Demokratie (Sozialrevolutionäre, Menschewiki) gegen die Rote Armee als gegen eine Erscheinung des "Militarismus", als gegen die Grundlage eines kommenden Bonapartismus geführt wird, ist nur ein Ausdruck der politischen Ignoranz oder politischen Scharlatanentums oder ein Gemisch des einen mit dem anderen. Der Bonapartismus ist kein Produkt einer Militärorganisation als solcher, sondern das Produkt bestimmter sozialer Verhältnisse. Die politische Herrschaft des Kleinbürgertums, das zwischen den reaktionären großbürgerlichen Elementen und den revolutionären proletarischen Schichten steht, die noch nicht fähig sind, eine selbständige politische Rolle zu spielen und politisch zu herrschen, schuf die notwendige Voraussetzung für das Entstehen des Bonapartismus, der sich

auf die starken Bauern stützte und sich über die Klassenwidersprüche erhob, die im revolutionären Programm der kleinbürgerlichen (Jakobinischen) Demokratie keine Lösung fanden. Da der Großbauer das Hauptfundament des Bonapartismus ist, ist schon allein die soziale Zusammensetzung unserer Armee, aus der das Kulakentum ausgeschlossen und verjagt wird, eine ernsthafte Garantie gegen bonapartistische Tendenzen. Die russischen Parodien auf den Bonapartismus in Gestalt des Treibens der Krassnow, Kolttschak u.a. entstanden nicht aus der Roten Armee heraus, sondern im direkten und offenen Kampf gegen sie. Skoropadski, der ukrainische Bonaparte am Gängelband der Hohenzollern, bildete eine Armee auf der Grundlage eines Zensus, der dem Zensus der Roten Armee direkt entgegengesetzt ist, indem er in seine Regimenter starke Kulaken warb. Unter diesen Bedingungen können nur diejenigen in der Armee der Proletarier und der Dorfarmut ein Bollwerk des Bonapartismus erblicken, die noch gestern entweder direkt oder indirekt die Bonaparte-Kandidaten der Ukraine, des Don, von Archangelsk und Sibirien unterstützten.

Da die Rote Armee selbst nur das Instrument eines bestimmten Regimes ist, muß man sowohl die Hauptgarantie gegen den Bonapartismus als auch gegen alle anderen Formen der Konterrevolution in dem Regime selbst suchen. Die Konterrevolution kann sich in keiner Weise aus dem Regime der proletarischen Diktatur entwickeln, sie kann sich nur im Ergebnis des direkten und offenen blutigen Sieges über dieses Regime behaupten. Die Entwicklung und Festigung der Roten Armee ist gerade deshalb notwendig, um einen solchen Sieg unmöglich zu machen. Somit besteht der historische Sinn der Existenz der Roten Armee darin, daß sie das Instrument der sozialistischen Selbstverteidigung des Proletariats und der Dorfarmut ist, ihr Beschützer vor den Gefahren des kulakisch-bürgerlichen Bonapartismus, der vom ausländischen Imperialismus unterstützt wird.

XIX.

Die Klassenmiliz ist nicht das letzte Wort des kommunistischen Aufbaus, denn letzterer hat das Ziel, den Klassenkampf durch die

Abschaffung der Klassen selbst und folglich auch der Klassenarmee zu beseitigen. Der sowjetische Klassenstaat wird im Verlaufe der Organisierung der sozialistischen Wirtschaft immer mehr im Leitungsapparat der Produktion und Verteilung und in den kulturell-administrativen Organen aufgehen. Nachdem der Staat seinen Klassencharakter verloren hat, wird er aufhören, Staat zu sein und zum Organ der wirtschaftlich-kulturellen Selbstverwaltung werden. Gleichzeitig wird die Armee ihren Klassencharakter verlieren. Sie wird im wahrsten Sinne des Wortes eine Armee des ganzen Volkes werden, weil es in der sozialistischen Gemeinschaft keine parasitären Ausbeuter- und Kulakenelemente mehr geben wird. Die Aufstellung dieser Armee wird sich unmittelbar auf die großen durch die Arbeit gegebenen Gruppierungen der Bürger der sozialistischen Republik stützen, wie sich auch ihre Versorgung unmittelbar auf die mächtig anwachsende sozialistische Produktion stützen wird. Eine solche Armee, d.h. ein gut geschultes und gut ausgerüstetes, sozialistisch organisiertes Volk, wird die mächtigste Armee sein, die es bisher gegeben hat. Sie wird nicht nur ein Instrument der Verteidigung des sozialistischen Gemeinschaftslebens gegenüber eventuellen Überfällen seitens der noch vorhandenen imperialistischen Staaten sein, sondern sie wird auch die Möglichkeit bieten, das Proletariat dieser Staaten in seinem Kampf gegen den Imperialismus entscheidend zu unterstützen.

#### B. Praktische Maßnahmen

Ausgehend von diesen grundlegenden Leitsätzen hält es der VII. Parteitag der KPR für notwendig, folgende dringende praktische Maßnahmen durchzuführen:

- 1) Das Prinzip der Klassenmobilisierung nur der werktätigen Elemente bei sorgfältiger Absonderung der Kulaken- und parasitären Elemente in besonderen Arbeitsbataillonen (Kompanien) unablässig zu verwirklichen - ein Prinzip, das bis jetzt trotz offizieller Bestimmungen noch nicht durchgeführt wurde.
- 2) Militärische Spezialisten weiter zu Kommandeur- und Verwaltungsposten heranzuziehen und zuverlässige Elemente auszuwählen,

über sie eine ständige, durch die Kommissare auszuübende, zentralisierte parteipolitische Kontrolle zu errichten, wobei diejenigen, die sich in politischer und technischer Hinsicht als untauglich erweisen, zu entfernen sind.

3) Das System der Attestationen des Kommandeurbestandes zu organisieren, wobei den Kommissaren die Pflicht auferlegt wird, diese Attestationen periodisch auszustellen.

4) Die Herausbildung eines Kommandeurbestandes aus Proletariern und Halbproletariern zu verstärken und sowohl ihre politische als auch ihre militärische Ausbildung zu verbessern. Dazu sind im Hinterland und an der Front kompetente Attestationskommissionen zu bilden, vorwiegend aus Vertretern der Partei zusammengesetzt, welche systematisch Rotarmisten, die durch die Kampferfahrung in erster Linie als Rote Offiziere in Frage kommen, in Offiziersschulen der Roten Armee entsenden.

Die Pläne für die Lehrgänge müssen hinsichtlich des Geistes der Roten Armee und der Atmosphäre des Bürgerkrieges überprüft werden.

Die örtlichen Parteiorganisationen müssen besondere Aufmerksamkeit der entsprechenden Organisierung der politischen Erziehung in den Lehrgängen widmen.

5) Den örtlichen Parteiorganisationen wird die Verpflichtung auferlegt, eine systematische und beharrliche Arbeit zur kommunistischen Erziehung der Rotarmisten in den Truppenteilen des Hinterlandes durch die Auslese von Spezialfunktionären zu leisten.

6) Das ZK der Partei wird beauftragt, die planmäßige Verteilung der Kommunisten in den Truppenteilen der Armee und Flotte zu organisieren.

7) Der Schwerpunkt der kommunistischen Arbeit an der Front muß von den Politabteilungen der Fronten auf die Politabteilungen der Armeen und Divisionen verlagert werden, um sie zu beleben und sie den an der Front operierenden Truppenteilen näherzubringen. Es muß eine koordinierte und genaue Verordnung über die Rechte und Pflichten der Politkomitees, Politabteilungen und kommunistischen Zellen herausgegeben werden.

8) Das Allrussische Büro der Militärkommissare ist abzuschaffen. Eine Politische Abteilung des Revolutionären Kriegsrates der Republik ist zu schaffen; dieser Abteilung sind alle Funktionen des Allrussischen Büros der Militärkommissare zu übergeben, ein Mitglied des ZK der KPR ist mit den Rechten eines Mitglieds des Revolutionären Kriegsrats der Republik an ihre Spitze zu stellen.

9) Die militärischen Statuten sind umzuarbeiten, d.h. sie sind nach Möglichkeit zu kürzen, dabei sind alle Archaismen und Bestimmungen, die dem Kommandeurbestand unnötige Privilegien einräumen, zu beseitigen und den Fragen der politischen Erziehung in der Dienstordnung der gebührende Platz einzuräumen.

10) Die Verordnung über die Kommissare und revolutionären Kriegsräte ist im Sinne einer präzisen Festlegung der Rechte und Pflichten der Kommissare und Kommandeure schnell umzuarbeiten, wobei den Kommandeuren überlassen wird, gemeinsam mit den Kommissaren wirtschaftlich-administrative Fragen zu lösen und den Kommissaren das Recht eingeräumt wird, Disziplinarstrafen (darunter auch das Recht der Verhaftung) zu verhängen und Militärpersonen dem Gericht zu übergeben.

11) Es muß als notwendig erkannt werden, die "Sonderabteilungen" der Armee und der Fronten den entsprechenden Kommissaren der Armee und der Fronten zu unterstellen, wobei der "Sonderabteilung" der Republik die Funktionen der Gesamtleitung und der Kontrolle über ihre Tätigkeit eingeräumt werden.

12) Es muß als notwendig erkannt werden, in Zukunft bei der Ausarbeitung maßgebender Statuten, Verordnungen und Instruktionen sie nach Möglichkeit vorher den politischen Funktionären der Armee zur Erörterung vorzulegen.

Der VIII. Parteitag der KPR beauftragt das ZK der Partei, sofort Maßnahmen zu ergreifen:

- 1) zur Reorganisierung des Feldstabes, wobei eine engere Verbindung mit den Fronten und ihrer unmittelbaren Leitung hergestellt werden muß;
- 2) zur Regelung der Arbeit des Revolutionären Kriegsrates der Republik;

3) zur Regelung der Arbeit des Allrussischen Hauptstabes in Verbindung mit den Mängeln in seiner Tätigkeit (Aufstellung, Herausgabe der Statuten usw.) und in Verbindung mit der Notwendigkeit, die Vertretung der Partei im Allrussischen Hauptstab zu verstärken;

4) zur Einberufung periodischer Beratungen der verantwortlichen Parteifunktionäre der Front;

5) zur Befragung der Parteifunktionäre an der Front, inwieweit die Frage der Form der Dienstgradabzeichen des Kommandeurbestandes befriedigend gelöst ist.<sup>1)</sup>

#### Zur organisatorischen Frage

Nach Erörterung der Fragen der notwendigen Reformen auf dem Gebiet: 1) des Parteiaufbaus, 2) des Sowjetaufbaus und 3) der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Partei und den Sowjets beschließt der VIII. Parteitag der KPR:

#### A. Der Parteiaufbau

##### 1. Das Anwachsen der Partei

Das zahlenmäßige Anwachsen der Partei ist nur insofern progressiv, als in die Reihen der Partei gesunde proletarische Elemente der Stadt und des Dorfes strömen. Den Arbeitern, der Arbeiter- und Bauernjugend muß man die Tür der Partei weit öffnen. Die Partei muß jedoch stets aufmerksam die vor sich gehenden Veränderungen in ihrer sozialen Zusammensetzung verfolgen. Alle Parteiorganisationen sind verpflichtet, ihre Zusammensetzung genau zu registrieren und sie periodisch dem ZK der Partei mitzuteilen. Die Erweiterung des zahlenmäßigen Mitgliederbestands der Parteiorganisationen darf auf keinen Fall auf Kosten einer Verschlechterung ihrer qualitativen Zusammensetzung gehen. An die Aufnahme von Elementen in die Partei, die nicht aus Arbeiter- oder Bauernkreisen kommen, muß man sehr kritisch herangehen.

Der Parteitag beschließt, zum 1. Mai in ganz Rußland eine allgemeine Registrierung aller Parteimitglieder durchzuführen. Das

1) Gedruckt nach dem Wortlaut eines Flugblattes, das im Archiv des Instituts für Marxismus-Leninismus aufbewahrt wird. D.ked.

Zentralkomitee der Partei wird beauftragt, spätestens zum 10. April eine genaue Instruktion zur Durchführung dieser Umregistrierung zu veröffentlichen, damit besondere Kontrollmaßnahmen gegenüber den Parteimitgliedern angewendet werden können, die nach dem Oktober 1917 in die Reihen der Partei eingetreten sind.

## 2. Die Verbindung mit den Massen

Die Kommunistische Partei Rußlands, die an der Macht ist und den gesamten Sowjetapparat in ihren Händen hält, mußte natürlich Zehntausende ihrer Mitglieder zur Verwaltung des Landes stellen. Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei besteht gegenwärtig darin, weitere Tausende der besten ihrer Funktionäre in das Netz der Staatsverwaltung (Eisenbahn, Lebensmittelversorgung, Kontrolle, Armee, Gericht usw.) einzubeziehen.

In Verbindung mit der Erfüllung dieser vordringlichen Aufgabe entstand jedoch eine ernste Gefahr. Viele Parteimitglieder, die zu dieser Arbeit im Staatsdienst herangezogen wurden, lösen sich in bedeutendem Maße von den Massen los und werden vom Bürokratismus angesteckt, was sich auch oft auf viele Arbeiter bezieht, die Mitglieder der Sowjets sind. Gegen dieses Übel muß man sofort einen energischen Kampf eröffnen. Die Kommunisten, die Mitglieder der Sowjets sind, muß man verpflichten, daß sie auf jeden Fall ihren Wählern gegenüber mindestens einmal in zwei Wochen Rechenschaft ablegen. Arbeiter, die mehr als drei Monate nur in den Sowjets gearbeitet haben, müssen für wenigstens einen Monat in die Betriebe zurückgehen. Alle Sowjetfunktionäre, die Parteimitglieder sind, haben die Pflicht, irgendeine Parteiarbeit in ihrem Rayon zu leisten. Alle Kommunisten sind verpflichtet, Mitglieder der Gewerkschaften zu sein und die Versammlungen ihrer Gewerkschaft zu besuchen.

## 3. Das Zentralkomitee und die örtlichen Organisationen

Das Zentralkomitee besteht aus 19 Mitgliedern (8 Kandidaten). Mindestens einmal in drei Monaten beruft das ZK eine Parteikonferenz aus Vertretern der Gouvernements- und großstädtischen Komitees der Partei ein. Auf diesen Konferenzen werden die wichtigsten und dringendsten Fragen erörtert, die vor der Partei

stehen.

Mindestens einmal im Monat versendet das ZK an die Gouvernements- und großstädtischen Komitees der Partei einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit. Das, was der breiten Öffentlichkeit bekanntgemacht werden soll, wird nach Möglichkeit alle zwei Wochen in den Zeitungen veröffentlicht.

Beim ZK muß ein Sonderkollegium von Parteinstrukturen bestehen, das sich aus verantwortlichen leitenden Parteifunktionären zusammensetzt, die umherreisen.

Die örtlichen Organisationen sind verpflichtet, mindestens einmal in zwei Monaten schriftliche Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit vorzulegen, und zwar: die Kreiskomitees den Gouvernementskomitees und die Gouvernementskomitees dem ZK der Partei.

Es ist notwendig, in allen Partei- und Sowjetorganen eine Rubrik "Aus dem Parteileben" einzuführen.

Das Zentralkomitee der Partei wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, damit allen Parteiorganisationen in genügendem Maße Geldmittel für die notwendige Parteiarbeit zur Verfügung gestellt werden.

## 4. Die innere Struktur des Zentralkomitees

Das Zentralkomitee führt mindestens zwei Plenarsitzungen im Monat an vorher festgelegten Tagen durch. Alle wichtigen politischen und organisatorischen Fragen, die nicht sofort gelöst werden müssen, werden auf diesen Plenarsitzungen des Zentralkomitees erörtert.

Das Zentralkomitee organisiert erstens das Politische Büro, zweitens das Organisationsbüro, drittens das Sekretariat.

Das Politische Büro besteht aus fünf Mitgliedern des Zentralkomitees. Alle übrigen Mitglieder des ZK, die die Möglichkeit haben, an dieser oder jener Sitzung des Politischen Büros teilzunehmen, haben auf der Sitzung des Politischen Büros beratende Stimme. Das Politische Büro faßt Beschlüsse zu Fragen, die keinen Aufschub dulden, und legt alle zwei Wochen der nächsten Plenarsitzung des Zentralkomitees Rechenschaft über seine gesamte Arbeit ab. Das Organisationsbüro besteht aus fünf Mitgliedern des Zentralkomitees. Jedes der Mitglieder des Organisationsbüros leitet

einen bestimmten Arbeitsbereich. Das Organisationsbüro tritt mindestens dreimal in der Woche zusammen. Das Organisationsbüro leitet die gesamte organisatorische Arbeit der Partei. Das Organisationsbüro legt dem Plenum des ZK alle zwei Wochen Rechenschaft ab.

Das Sekretariat des ZK besteht aus einem verantwortlichen Sekretär, der Mitglied des Organisationsbüros des ZK ist, und fünf technischen Sekretären, die erfahrene Parteifunktionäre sein müssen. Das Sekretariat organisiert eine Reihe von Abteilungen. Das Sekretariat legt dem Plenum des ZK alle zwei Wochen Rechenschaft ab.

#### 5. Die nationalen Organisationen

Gegenwärtig bestehen die Ukraine, Lettland, Litauen und Bjelorußland als besondere Sowjetrepubliken. So ist gegenwärtig die Frage der Formen des staatlichen Bestehens gelöst.

Aber das bedeutet keineswegs, daß sich die KPR ihrerseits auf der Grundlage der Föderation selbständiger kommunistischer Parteien organisieren muß.

Der VIII. Parteitag der KPR beschließt: es ist notwendig, daß eine einheitliche zentralisierte kommunistische Partei mit einem einheitlichen ZK besteht, das die gesamte Arbeit der Partei in allen Teilen der Russischen Föderativen Sozialistischen Sowjetrepublik leitet. Alle Beschlüsse der KPR und ihrer leitenden Körperschaften sind unbedingt für alle Teile der Partei verbindlich, unabhängig von ihrer nationalen Zusammensetzung. Die Zentralkomitees der ukrainischen, lettischen und litauischen Kommunisten genießen die Rechte von Gebietskomitees der Partei und sind voll und ganz dem ZK der KPR unterstellt.

#### 6. Das Bestehen von Sonderorganisationen

Das Bestehen solcher Sonderorganisationen der Partei, wie der des Eisenbahn-, Post- und Fernmeldewesens, der Militärorganisationen usw., ist überflüssig; deshalb muß das ZK im Einvernehmen mit den örtlichen Organisationen diese allmählich liquidieren und sie der allgemeinen kommunistischen Organisation eingliedern.

#### 7. Zentralismus und Disziplin

Die Partei befindet sich in einer Lage, in der strengster Zentralismus und äußerste Disziplin absolute Notwendigkeit sind. Alle Beschlüsse einer höheren Instanz sind absolut verbindlich für die niederen. Jeder Beschluß muß vor allem erst durchgeführt werden, und erst dann ist es zulässig, Berufung bei dem entsprechenden Organ der Partei einzulegen. In diesem Sinne ist in der gegenwärtigen Epoche in der Partei eine direkte militärische Disziplin notwendig. Alle Unternehmungen der Partei, bei denen Zentralisierung notwendig ist (Verlag, Propaganda usw.), müssen im Interesse der Sache zentralisiert werden.

Alle Konflikte werden von der entsprechenden übergeordneten Parteinstanz gelöst.

#### 8. Die Verteilung der Kräfte der Partei

Die richtige Verteilung der Kräfte der Partei ist in der gegenwärtigen Zeit die wichtigste Gewähr für den Erfolg und eine der wesentlichsten Aufgaben. Die gesamte Verteilung der Parteifunktionäre liegt in den Händen des ZK der Partei. Seine Entscheidung ist für alle verbindlich. In jedem Gouvernement werden die Kräfte der Partei innerhalb des Gouvernements vom Gouvernementskomitee der Partei und in den Hauptstädten von den Stadtkomitees unter der allgemeinen Leitung des Zentralkomitees verteilt. Das Zentralkomitee wird beauftragt, energisch gegen jegliche örtliche Beschränktheit und gegen den Separatismus in diesen Fragen zu kämpfen.

Das Zentralkomitee wird beauftragt, Parteifunktionäre systematisch von einem Arbeitsgebiet in ein anderes und von einem Rayon in einen anderen zu versetzen, um sie produktiver einzusetzen.

#### 9. Die Ausbildung der Parteifunktionäre

Das Zentralkomitee der Partei wird beauftragt: 1) eine Parteihochschule beim ZK zu organisieren; 2) ein allgemeines Programm und einen Unterrichtsplan für die örtlichen Parteischulen auszuarbeiten; 3) den örtlichen Parteischulen durch Zuweisung entsprechender Lektoren zu helfen.

#### 10. Die "Nachrichten (Iswestija) des ZK"

Das Zentralkomitee wird beauftragt, die wöchentliche Herausgabe der "Nachrichten (Iswestija) des ZK" zu organisieren, die allein dem Parteileben gewidmet ist.

#### 11. Das Parteistatut

Der Parteitag beauftragt das ZK, auf der Grundlage der von den einzelnen Orten eingetroffenen Materialien eine Reihe notwendiger Abänderungen am Statut vorzunehmen. Diese Abänderungen müssen von der nächsten Parteikonferenz, die das Zentralkomitee einberufen wird, bestätigt werden.

Dem Zentralkomitee werden ebenfalls alle diejenigen Materialien von organisatorischem Charakter zur Bearbeitung übergeben, die bei der Organisationssektion eingelaufen sind.

#### B. Der Sowjetaufbau

##### 1. Die Zusammensetzung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees

Der Parteitag schlägt vor, daß die Zusammensetzung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees in dem Sinne abgeändert werden muß, daß die Mitglieder des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees hauptsächlich aus den Reihen der örtlichen Funktionäre, welche ständige Arbeit unter den Massen der Bauern und Arbeiter leisten, herangezogen werden müssen.

##### 2. Das Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees

Die Funktionen des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees sind in der Sowjetverfassung nicht ausgearbeitet. Es ist notwendig, auf dem nächsten Sowjetkongreß auf der Grundlage der gesamten praktischen Erfahrung die Rechte und Pflichten des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees rasch zu formulieren und den Bereich seiner Funktionen vom Bereich der Funktionen des Rates der Volkskommissare abzugrenzen.

##### 3. Die Sowjets und die Exekutivkomitees

Auf den Vollsitzungen der Sowjets sind nach Möglichkeit alle

grundlegenden Fragen des örtlichen und überhaupt des gesamten Lebens zur Diskussion zu stellen und zu lösen. Es ist gegen die Tendenz zu kämpfen, die Lösung aller Angelegenheiten ausschließlich den Exekutivkomitees zu übergeben. Die Sowjets sollen nicht nur als Apparat der Agitation und Information tätig sein, sondern auch als geregelter Arbeitsmechanismus.

##### 4. Die Heranziehung aller Werktätigen zu den Sowjets

In den Städten sollen zur Arbeit in den Sowjets nicht nur die Vertreter des Werks- und Betriebsproletariats herangezogen werden, sondern auch Vertreter aller Werktätigen überhaupt (siehe Verfassung der Sowjetmacht). In diesem Sinne muß, abhängig von den örtlichen Bedingungen, das Wahlrecht zu den Sowjets allmählich erweitert werden. Die Initiative in dieser Angelegenheit muß die KPR haben.

##### 5. Die sozialistische Kontrolle

Das Kontrollwesen in der Sowjetrepublik muß grundlegend reorganisiert werden, um eine wahrhafte, tatsächliche Kontrolle von sozialistischem Charakter zu schaffen. Die führende Rolle bei der Durchführung der sozialistischen Kontrolle müssen die Parteiorganisationen und die Gewerkschaften spielen. Dazu ist es notwendig, in der nächsten Zeit die besten Kräfte frei zu machen, die lernen müssen, nicht nur die Sowjetarbeit zu kontrollieren, sondern sie auch selbst zu organisieren.

#### C. Die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Partei und den Sowjets

Die Sowjets sind die staatlichen Organisationen der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft, die die Diktatur des Proletariats verwirklichen, bis der Staat, gleich welcher Art, endgültig abgestorben ist.

Die Sowjets vereinigen in ihren Reihen Dutzende von Millionen Werktätiger und müssen bestrebt sein, in ihren Reihen die gesamte Arbeiterklasse und die gesamte arme und Mittelbauernschaft zu vereinigen.



Die Kommunistische Partei ist eine Organisation, die in ihren Reihen nur die Avantgarde des Proletariats und der armen Bauernschaft vereinigt, d.h. denjenigen Teil dieser Klassen, der bewußt die Verwirklichung des kommunistischen Programms anstrebt.

Die Kommunistische Partei stellt sich die Aufgabe, den entscheidenden Einfluß und die volle Führung in allen Organisationen der Werktätigen zu erobern: in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften, in den landwirtschaftlichen Kommunen usw.

Die Kommunistische Partei setzt sich besonders für die Durchführung ihres Programms und für ihre volle Herrschaft in den derzeitigen staatlichen Organisationen, den Sowjets, ein.

In allen Sowjetorganisationen ist es absolut notwendig, Fraktionen der Partei zu bilden, die der Parteidisziplin streng unterworfen sind. Zu diesen Fraktionen müssen alle Mitglieder der KPR gehören, die in der betreffenden Sowjetorganisation arbeiten.

Durch die praktische, tägliche, aufopferungsvolle Arbeit in den Sowjets und durch die Einsetzung der standhaftesten und ergebnissten Mitglieder der KPR in alle Sowjetposten, muß die KPR die alleinige politische Herrschaft in den Sowjets und die faktische Kontrolle über deren gesamte Arbeit erringen.

Man darf auf keinen Fall die Funktionen der Parteikollektive mit den Funktionen der staatlichen Organe, der Sowjets, verwechseln. Eine solche Verwechslung würde, besonders im Militärwesen, zu schädlichen Ergebnissen führen. Die Partei muß ihre Beschlüsse durch die Sowjetorgane, im Rahmen der Sowjetverfassung, durchführen. Die Partei bemüht sich, die Tätigkeit der Sowjets zu lenken, nicht aber, sie zu ersetzen.

In die Sowjetorganisation sind viele fremde Elemente eingedrungen. Die Sowjets müssen gegen den Bürokratismus, gegen den Amtschimmel, gegen Schlamperei, gegen organisatorische Verschwendung, gegen engstirnigen Lokal"patriotismus" usw. kämpfen.

Aber auch in der Parteiorganisation sind krankhafte Erscheinungen zu beobachten. Einerseits wandern die besten Kräfte der Partei von der Parteiorganisation in die Sowjetorganisation ab und opfern ihre Kräfte und ihre ganze Zeit der staatlichen Tätigkeit in den Sowjets. Andererseits strömt in die Partei eine Welle

von Elementen, die ungenügend kommunistisch erzogen sind und die sich sogar direkt einschmuggeln. Die KPR steht an der Macht und zieht somit unvermeidlich neben guten Elementen auch karrieristische Elemente an. Daher ist es auch vollkommen richtig, daß die Wahlrechte der Parteimitglieder für den Allrussischen Parteitag eingeschränkt werden.

Sowohl in den Sowjetorganisationen als auch in den Parteiorganisationen ist eine ernsthafte Säuberung notwendig. Notwendig ist ferner strengste Disziplin jedes einzelnen Parteimitglieds. Alle Parteimitglieder, gleich welche wichtigen Staatsposten sie einnehmen, unterstehen unbedingt der Kontrolle der Partei. Doch gleichzeitig dürfen die Parteiorganisationen die Sowjets nicht kleinlich bevormunden; sie müssen ihren Mitgliedern einprägen, daß die Zugehörigkeit zur KPR ihnen keinerlei Privilegien gibt, sondern ihnen nur eine ernste Verantwortung auferlegt.

#### Über das Verhältnis zur Mittelbauernschaft

Der VIII. Parteitag, der auf dem Boden des am 22. März 1919 angenommenen Parteiprogramms steht und das von der Sowjetmacht durchgeführte Gesetz über die sozialistische Bodenreform und die Übergangsmaßnahmen zur sozialistischen Landwirtschaft in jeder Hinsicht unterstützt, stellt zur Frage der Arbeit auf dem Lande fest, daß gegenwärtig die richtigere Durchführung der Parteilinie gegenüber der Mittelbauernschaft im Sinne eines aufmerksameren Verhältnisses gegenüber ihren Bedürfnissen, der Beseitigung jeglicher Willkür seitens der örtlichen Behörden und des Strebens nach einem Abkommen mit ihr von besonders wichtiger Bedeutung ist.

1) Wenn man die Mittelbauernschaft mit dem Kulakentum auf eine Stufe stellt und auf sie in diesem oder jenem Grade Maßnahmen ausdehnt, die gegen das Kulakentum gerichtet sind, bedeutet das, daß man nicht nur in gröbster Weise alle Dekrete der Sowjetmacht und ihre ganze Politik verletzt, sondern auch alle Grundprinzipien des Kommunismus, die auf ein Abkommen des Proletariats mit der Mittelbauernschaft in der Periode des entscheidenden Kampfes des Proletariats für den Sturz der Bourgeoisie als auf

eine der Voraussetzungen für einen reibungslosen Übergang zur Beseitigung jeglicher Ausbeutung hinweisen.

2) Die Mittelbauernschaft, die verhältnismäßig starke ökonomische Wurzeln besitzt, wird sich durch die Rückständigkeit der landwirtschaftlichen Technik hinter der der Industrie sogar in fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern, von Rußland schon gar nicht zu sprechen, noch ziemlich lange Zeit nach dem Beginn der proletarischen Revolution halten. Deshalb muß die Taktik der Sowjetfunktionäre auf dem Lande wie der Parteifunktionäre auf eine lange Periode der Zusammenarbeit mit der Mittelbauernschaft berechnet sein.

3) Die Partei muß unter allen Umständen erreichen, daß alle Sowjetfunktionäre auf dem Lande sich über die vom wissenschaftlichen Sozialismus eindeutig festgestellte Wahrheit, daß die Mittelbauernschaft nicht zu den Ausbeutern gehört, weil sie keinen Profit aus fremder Arbeit zieht, vollkommen klar sind. Diese Klasse der Kleinproduzenten wird durch den Sozialismus keinen Verlust erleiden, sie hat vielmehr große Vorteile durch die Beseitigung des Jochs des Kapitals, von dem es in jeder, sogar der demokratischsten Republik, durch tausenderlei Art und Weise ausgebeutet wird.

Die richtige Politik der Sowjetmacht auf dem Lande gewährleistet somit das Bündnis und das Abkommen des siegreichen Proletariats mit der Mittelbauernschaft.

4) Die Vertreter der Sowjetmacht fördern die Genossenschaften jeder Art sowie die landwirtschaftlichen Kommunen der Mittelbauernschaft und dürfen nicht den geringsten Zwang bei der Schaffung derselben zulassen. Nur solche Vereinigungen sind von Wert, die von den Bauern selbst aus freiem Antrieb durchgeführt wurden und von deren Nützlichkeit sie sich schon in der Praxis überzeugt haben. Übermäßige Eile in dieser Angelegenheit ist schädlich, denn sie kann nur die Voreingenommenheit der Mittelbauernschaft gegenüber Neuerungen verstärken.

Solche Vertreter der Sowjetmacht, die sich, um die Bauern in die Kommunen zu ziehen, entweder direkten oder auch nur indirekten Zwang auszuüben erlauben, müssen strengstens zur Verantwortung

gezogen und von der Arbeit auf dem Lande entfernt werden.

5) Jedwede willkürliche Beschlagnahmungen, d.h. solche, die sich nicht auf die genauen Weisungen der Gesetze der zentralen Behörde stützen, müssen schonungslos geahndet werden. Der Parteitag besteht darauf, daß die Kontrolle durch das Volkskommissariat für Landwirtschaft, durch das Volkskommissariat für innere Angelegenheiten und das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee in dieser Hinsicht verstärkt wird.

6) Die gegenwärtig herrschende ungeheure Zerrüttung, die in allen Ländern der Welt durch den vier Jahre dauernden imperialistischen Krieg für die räuberischen Interessen der Kapitalisten hervorgerufen wurde und die in Rußland besonders scharfe Formen annahm, hat die Mittelbauern in eine schwere Lage gebracht.

In Anbetracht dieser Tatsachen sieht das Gesetz der Sowjetmacht über die Sondersteuer im Unterschied zu allen Gesetzen jeder bürgerlichen Regierung in der Welt vor, daß allein die Kulaken, die wenig zahlreichen Vertreter der ausbeutenden Bauernschaft, die in der Zeit des Krieges besondere Reichtümer erworben haben, die Hauptlast der Steuern tragen müssen. Die Mittelbauernschaft jedoch darf nur sehr gering besteuert werden, d.h. nur in einem erträglichen und sie nicht belastenden Maße.

Die Partei fordert, daß die Belastung der Mittelbauernschaft mit der Sondersteuer auf jeden Fall gemildert wird, und daß man sogar eine Verringerung der gesamten Steuersumme nicht scheut.

7) Der sozialistische Staat muß eine umfassende Hilfe für die Mittelbauernschaft entfalten. Sie muß hauptsächlich in der Versorgung der Mittelbauern mit Produkten der städtischen Industrie und besonders mit verbesserten landwirtschaftlichen Geräten, Saatgut und allen Materialien zur Hebung der landwirtschaftlichen Kultur und zur Sicherung der Arbeit und des Lebens der Bauern bestehen.

Wenn die gegenwärtige Zerrüttung es nicht erlaubt, diese Maßnahmen sofort und gänzlich durchzuführen, so sind die örtlichen Sowjetbehörden verpflichtet, alle nur möglichen Wege der realen Hilfe für die arme und Mittelbauernschaft ausfindig zu machen, die diese in der gegenwärtigen schweren Lage unterstützen

würde. Die Partei erachtet es für notwendig, dazu große staatliche Hilfsmittel anzuweisen.

8) Insbesondere muß erreicht werden, daß das Gesetz der Sowjetmacht, das von den Sowjetwirtschaften, den landwirtschaftlichen Kommunen und allen ähnlichen Vereinigungen die sofortige und allseitige Hilfe für die benachbarten Mittelbauern verlangt, wirklich und gänzlich in die Tat umgesetzt wird. Nur auf der Grundlage einer solchen tatsächlichen Hilfe ist ein Abkommen mit der Mittelbauernschaft realisierbar. Nur so kann und muß man ihr Vertrauen erringen.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteifunktionäre auf die Notwendigkeit, alle Forderungen, die im Agrarteil des Parteiprogramms festgelegt wurden, sofort und tatsächlich zu realisieren.

Diese Forderungen sind:

- a) die Regelung der bäuerlichen Bodennutzung (Beseitigung der Gemengelage, der Handtuchfelderwirtschaft usw.);
  - b) Versorgung der Bauern mit besserem Saatgut und Kunstdünger;
  - c) Verbesserung des bäuerlichen Zuchtviehs;
  - d) Verbreitung agronomischer Kenntnisse;
  - e) agronomische Hilfe für die Bauern;
  - f) Reparatur des bäuerlichen landwirtschaftlichen Inventars in den Reparaturwerkstätten der Sowjets;
  - g) Einrichtung von Ausleihstationen, Versuchsstationen, Musterfelder usw.;
  - h) Melioration des bäuerlichen Bodens.
- 9) Die genossenschaftlichen Vereinigungen der Bauern zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, besonders zur Verarbeitung der landwirtschaftlichen Produkte, zur Melioration der Ländereien der Bauern, zur Unterstützung der Heimindustrie usw. müssen sowohl in finanzieller als auch in organisatorischer Hinsicht vom Staate weitgehend unterstützt werden.

10) Der Parteitag erinnert daran, daß es niemals in den Ent-

schließungen der Partei noch in den Dekreten der Sowjetmacht Abweichungen von der Linie des Abkommens mit der Mittelbauernschaft gab. So wurde z.B. in der überaus wichtigen Frage des Aufbaus der Sowjetmacht auf dem Lande, als die Komitees der Dorfarmut geschaffen wurden, ein Rundschreiben mit den Unterschriften des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und des Volkskommissars für Ernährungswesen veröffentlicht, das darauf hinweist, daß in die Komitees der Dorfarmut auch Vertreter der Mittelbauernschaft aufgenommen werden müssen. Bei der Abschaffung der Komitees der Dorfarmut wies der Allrussische Sowjetkongreß erneut auf die Notwendigkeit hin, in die Amtsbezirkssowjets Vertreter der Mittelbauernschaft aufzunehmen. Die Politik der Arbeiter- und Bauernregierung und der Kommunistischen Partei muß weiterhin im Geiste des Übereinkommens des Proletariats und der armen Bauernschaft mit der Mittelbauernschaft geführt werden.

Über die politische Propaganda und die kulturelle- und

#### Aufklärungsarbeit im Dorfe

Angeichts dessen, daß ein festes und dauerhaftes Abkommen des Proletariats mit der armen und Mittelbauernschaft notwendig ist und daß die politische Unkenntnis, die allgemeine Unwissenheit und das niedrige Niveau der landwirtschaftlichen Kenntnisse auf dem Lande ein tiefes und ernstes Hindernis darstellen und gleichzeitig die arme und Mittelbauernschaft zu Elend und Trägheit verurteilen, - muß die Kommunistische Partei sich ernsthaft für die Aufklärung des Dorfes im weitesten Sinne des Wortes einsetzen.

Zum Plan der Aufklärungsarbeit auf dem Lande müssen, eng miteinander verbunden, gehören:

- 1) Die Kommunistische Propaganda,
- 2) Die allgemeine Bildung,
- 3) Die landwirtschaftliche Bildung

1. Die politische Propaganda auf dem Lande muß sowohl für die Schreib- und Lesekundigen als auch für die Analphabeten durchgeführt werden.

Unter den Schreib- und Lesekundigen müssen in erster Linie allge-

meine politische und besonders für die Bauern herausgegebene, populärwissenschaftliche Literatur und Zeitungen im konsequenten kommunistischen Geist verbreitet werden. Solche Literatur muß zu möglichst niedrigen Preisen in den Schulen, Lesestuben und in allen Sowjetläden verkauft werden.

Es ist anzustreben, daß in jeder Schule Lesesäle mit einer Abteilung für politische Literatur organisiert werden, daß es ebensolche Bibliotheken mit Lesesälen in jedem Volkshaus eines Dorfes gibt, und daß dort, wo es solche Häuser nicht gibt, die politische und populärwissenschaftliche Literatur einen notwendigen Teil des Buchinventars der Lesestuben bildet.

In den Lehrgängen der Schulen für Minderjährige sowie in allen Lehrgängen für Erwachsene, sowohl in allgemeinbildenden als auch in technischen und Sonderlehrgängen (z.B. landwirtschaftlichen) müssen eingeführt werden:

1) populärwissenschaftliche Abrisse über die Geschichte der Kultur vom wissenschaftlich-sozialistischem Standpunkt aus und mit einem besonders ausgearbeitetem Teil, der der Geschichte der großen Russischen Revolution gewidmet ist; 2) eine Erläuterung der Sowjetverfassung.

Für diese beiden Lehrgänge müssen sofort Musterlehrbücher geschaffen werden.

Die Lehrer sind verpflichtet, sich als Vermittler nicht nur der allgemeinen, sondern auch der kommunistischen Aufklärung zu betraachten.

In dieser Beziehung müssen sie nicht nur der Kontrolle ihrer unmittelbaren Zentren, sondern auch der Kontrolle der örtlichen Parteiorganisationen unterliegen.

Kino, Theater, Konzerte, Ausstellungen usw. müssen, wenn sie in das Dorf kommen, - und das ist mit allen Mitteln anzustreben, - für die kommunistische Propaganda ausgenutzt werden, und zwar sowohl unmittelbar, d.h. durch ihren Inhalt, als auch durch ihre Verknüpfung mit Lektionen und Kundgebungen.

Die Abteilungen für Volksbildung der Gouvernements und Kreise schaffen mit Unterstützung und unter Kontrolle der örtlichen Parteiorganisationen Propagandistenkollektive, die teils ansässig, d.h. an ihren Wohnort gebunden sind, teils wandern, d.h.

ein mehr oder weniger großes Gebiet bereisen.

In den großen städtischen Zentren müssen von den Parteiorganisationen, in Übereinstimmung mit den örtlichen Organen der kommunistischen Aufklärung, Kollegien von Propaganda-Instrukteuren geschaffen werden, die sich unmittelbar mit der durch reisende Genossen unter den Massen betriebenen Propaganda und mit der Instruktion ihrer weniger erfahrenen Genossen in den einzelnen Orten beschäftigen.

Dabei wendet der Parteitag der Ausnützung der Arbeitskräfte derjenigen Abteilungen der Industriearbeiter besondere Aufmerksamkeit zu, die vom Allrussischen Rat der Gewerkschaften geleitet werden.

Für die Analphabeten müssen periodisch Lesestuben in den Schulen, in den Räumen der Amtsbezirkssowjets der Deputierten der Werkstätten, in den Dorflesestuben usw. eingerichtet werden. Dazu müssen die Abteilungen für Volksbildung unter Mitwirkung der örtlichen Parteizellen besondere Zirkel der Vorleser, einschließlich der örtlichen Lehrerschaft, auf der Grundlage einer besonderen Verpflichtung der Lese- und Schreibkundigen schaffen. Gegenstand dieser Lesestuben müssen die Dekrete und verbindlichen Verordnungen mit populären und besonders für diesen Zweck vom Zentrum (Partei- oder Sowjetzentrum) herausgegebenen und versandten Erläuterungen sein sowie Aufsätze der ständig zu erneuernden und zu ergänzenden Volkshrestomathie. Es ist wünschenswert, daß diese Lesestuben anschaulich gestaltet werden, und zwar mit Hilfe der Kinos, der laterna magica, mit belletristischer Lektüre und Konzertstücken, um eine größere Besucherzahl zu erzielen.

2. Die allgemeine Bildung - schulische und außerschulische (hierzu gehört auch die künstlerische wie: Theater, Konzerte, Kinovorstellungen, Ausstellungen, Bilder usw.) - die nicht nur durch die Vermittlung verschiedener Kenntnisse Licht in die Unwissenheit des Dorfes bringen, sondern hauptsächlich die Herausarbeitung des Selbstbewußtseins und einer klaren Weltanschauung fördern soll, muß sich eng an die kommunistische Propaganda anschließen. Es gibt keine Formen der Wissenschaft und Kunst, die nicht mit den großen Ideen des Kommunismus und der unendlich mannigfaltigen Arbeit zur Schaffung der kommunistischen Wirt-

schaft verbunden wären.

Für die Schule ist die Frage ihrer Erneuerung auf der Grundlage der Einheit und Arbeit prinzipiell schon gelöst. Man muß besondere Aufmerksamkeit den mannigfachen Formen der außerschulischen Bildung der erwachsenen Bevölkerung widmen. Die Partei muß mit allen Mitteln die Sowjetmacht und die örtliche Bevölkerung bei der Organisation eines möglichst umfangreichen Netzes von Volkshäusern unterstützen, wofür in erster Linie die Sowjetgüter ausgenutzt werden müssen. Die Volkshäuser müssen Bauernklubhäuser sein, die der Erholung, geistigen Zerstreuung, der breiten Allgemeinbildung und kommunistischen Aufklärung dienen.

Die Kommunistische Partei, die überall die Ausnützung der Kräfte aller möglichen Spezialisten und einfach der gebildeten Menschen zur Durchführung von Lehrgängen und zur Unterstützung der Volkshäuser zuläßt und fördert, muß gleichzeitig darauf achten, daß nicht der Sowjetmacht feindliche Elemente den Apparat der allgemeinen Bildung ausnützen und unter dem Tarnmantel von Literatur, Wissenschaft und Kunst Tendenzen verfolgen, die der Gesellschaft feindlich und konterrevolutionär sind und so oder so die Bemühungen der kommunistischen Propaganda lähmen.

3. Der Bauernschaft wird immer schärfer bewußt, daß sie agronomischer Bildung bedarf.

Die Sowjetgüter sowie die Schulfarmen müssen zu Zentren der landwirtschaftlichen Bildung werden. Die Organe der landwirtschaftlichen Bildung, die vom Volkskommissariat für Bildungswesen geschaffen und unterstützt werden, müssen mit den Wirtschaftsinstitutionen des Volkskommissariats für Landwirtschaft enge Verbindung halten.

Es darf keine Schulen, Lehrgänge und wie auch immer geartete Organisationen zur Durchführung von Aufklärungsarbeit auf dem Lande geben, die nicht danach streben, gemäß dem Grundsatz der Verbindung des Studiums mit der Produktionsarbeit gleichzeitig Organisationen von vorbildlicher landwirtschaftlicher Arbeit zu sein, gleich, ob sie sie vollständig oder nur teilweise betreiben.

Die landwirtschaftliche Ausbildung muß so durchgeführt werden,

daß ihre Ergebnisse mit kommunistischen Schlußfolgerungen verbunden werden und das allgemeine Streben der Partei, die private Bauernwirtschaft zur organisierten sozialistischen umzugestalten, unterstützen.

Die Propaganda unter den Bauern darf nicht von den lebenswichtigen Aufgaben der Bauern als Landwirte losgelöst sein, sondern muß eng mit den Fragen der agronomischen Ökonomie in Verbindung stehen.

Die staatliche Schule muß vollkommen von jeglicher Religion befreit sein; jeglicher Versuch, konterrevolutionäre Propaganda unter dem Deckmantel der Religion zu betreiben, ist zu zerschlagen.

Die Verfassung Sowjetrußlands gewährt aber allen Bürgern volle Glaubensfreiheit, und der Parteitag betont besonders, daß es vollkommen unzulässig ist, dieses Recht irgendwie einzuschränken oder auch nur den Schatten eines Zwangs auf die Fragen der Religion zu werfen. Personen, die sich Übergriffe auf die Freiheit des Glaubens und des Gottesdienstes für die Bürger aller Glaubensbekenntnisse zuschulden kommen lassen, müssen streng bestraft werden.

#### Über die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat

Der VIII. Parteitag stellt fest, daß es dringend notwendig ist, unsere Kräfte durch die Heranziehung der Arbeiterinnen und Bäuerinnen zum Kampf für den Kommunismus und zum Sowjetaufbau zu festigen und schlägt allen Parteikomitees vor, zur Durchführung dieser Arbeit in der Praxis beizutragen.

#### Über die Arbeit unter der Jugend

1. Die proletarische Revolution fordert immer neue verantwortliche Funktionäre und bewußte Kämpfer. Der jungen Generation der Arbeiterklasse und der armen Bauernschaft fällt die große Aufgabe zu, immer aktiver am revolutionären Aufbau teilzunehmen und sich auf die Fortsetzung und Vertiefung der Revolution vorzubereiten. Von der erfolgreichen Erfüllung dieser Aufgabe hängt in bedeutendem Maße das Schicksal der Revolution ab.

2. Die kommunistische Parteiarbeit unter der Arbeiter- und Bauernjugend erlangt gegenwärtig gewaltige Bedeutung. Die Partei muß über gut ausgebildete Reserven verfügen, aus denen sie neue, von revolutionärem Enthusiasmus durchdrungene, ehrliche und bewußte Funktionäre vermitteln kann.

3. Die kommunistische Arbeit unter der Jugend kann nur durch selbständige Organisationen, die unter dem Banner des Kommunismus arbeiten, erfolgreich sein. In diesen Organisationen kann die Jugend ein Maximum an Selbstbetätigung an den Tag legen, die für ihre kommunistische Erziehung unbedingt notwendig ist. Eine solche Organisation ist der Kommunistische Jugendverband Rußlands, der eine gewaltige Arbeit zur Organisierung und kommunistischen Erziehung der Jugend leistet und die proletarische Jugend zum unmittelbaren Aufbau der kommunistischen Gesellschaft und zur Verteidigung der Sowjetrepublik aufruft.

4. Der VIII. Parteitag der KPR hält es für notwendig, daß der Kommunistische Jugendverband Rußlands weiterhin bestehen bleibt und sich weiterentwickelt. Die KPR muß dem Kommunistischen Jugendverband Rußlands die tatkräftigste ideologische und materielle Unterstützung erweisen.

#### Über die Partei- und Sowjetpresse

1. Das allgemeine Nachlassen der Parteiarbeit während des Bürgerkrieges wirkte sich im höchsten Grade schädlich auf unsere Partei- und Sowjetpresse aus. Der allgemeine Mangel fast aller periodisch erscheinenden Ausgaben der Partei- und Sowjetpresse besteht in ihrer Losgelöstheit vom örtlichen und nicht selten vom gesamten politischen Leben. Die Partei- und Sowjetpresse der Provinz behandelt fast gar nicht das örtliche Leben, und das Material zu den allgemeinen Fragen wird sehr ungeschickt ausgesucht. Es werden lange, wenig interessante Artikel veröffentlicht, statt in Artikeln, die in einer klaren und einfachen Sprache geschrieben sind, auf die wichtigsten Fragen des örtlichen und allgemeinen Lebens einzugehen. Manchmal werden ganze Seiten mit Dekreten gefüllt, statt in einer einfachen und verständlichen Sprache nur die wichtigsten von ihnen zu behandeln. Alle möglichen Verfügungen und

Entschließungen der verschiedenen Behörden und Institutionen werden im vollen Wortlaut gedruckt, statt aus all diesem Material eine lebendige Chronik des örtlichen Lebens zusammenzustellen.

2. All diese Mängel sind in bedeutendem Maße daraus zu erklären, daß die besten literarischen Kräfte der Partei in den Staatsdienst gegangen sind und die Pressearbeit zum größten Teil in den Händen wenig erfahrener Mitarbeiter liegt.

3. Der Parteitag ist der Meinung, daß die örtlichen Organisationen sofort Maßnahmen zur Neugestaltung der Partei- und Sowjetpresse ergreifen müssen. Der Parteitag erinnert die Genossen daran, daß die Presse ein mächtiges Instrument der Propaganda, Agitation und Organisation und ein unersetzliches Mittel zur Einwirkung auf die breiten Massen ist.

4. Zur Verbesserung unserer Partei- und Sowjetpresse ist es notwendig:

a) daß die verantwortlichsten und erfahrensten Parteifunktionäre als Redakteure der Partei- und Sowjetzeitungen eingesetzt und verpflichtet werden, wirklich die Zeitungsarbeit zu führen;

b) daß die Parteikomitees den Redaktionen allgemeine politische Direktiven und Weisungen erteilen und für die Durchführung dieser Direktiven sorgen, ohne sich in Einzelheiten der täglichen Arbeit der Redaktionen einzumischen;

c) daß Fragen von operativem und militärisch-organisatorischem Charakter einer strengen Militärzensur unterliegen.

5. Eine der wichtigsten Aufgaben der Partei- und Sowjetpresse ist, Vergehen aller Art von Amtspersonen und Institutionen zu entlarven und auf Fehler und Mängel in der Arbeit der Partei- und Sowjetorganisationen hinzuweisen. All das muß in einem streng sachlichen und kameradschaftlichen Ton getan werden.

Die Personen oder Institutionen, über deren Handlungen in der Presse gesprochen wird, sind verpflichtet, innerhalb kürzester Frist in den Spalten derselben Zeitung entweder sachlich die Anschuldigungen zu widerlegen oder zu zeigen, wie sie diese Fehler und Mängel beseitigen. Wenn eine solche Widerlegung oder Stellungnahme in der Zeitung nicht erscheint, leitet das Revolutionstribunal

gegen die genannten Personen oder Institutionen ein Verfahren ein.

6. Die Provinzpresse muß fast ausschließlich die Lesermassen im Auge haben. Daher muß sie erstens lebendig und populär gehalten sein und zweitens das Leben der Arbeiter, Bauern und Rotarmisten auf ihren Seiten widerspiegeln. Besondere Aufmerksamkeit muß die Presse dem Leben der Armee, sowohl an der Front als auch im Hinterland, dem Parteilieben sowie der kommunistischen Frauenbewegung und der Bewegung unter der Roten Jugend widmen.

7. Das Zentralorgan der Partei muß besondere Aufmerksamkeit den Fragen des Parteaufbaus widmen. Es muß die Partei ständig über das gesamte Parteilieben unterrichten, die Provinzpresse anleiten usw.

8. In der Meinung, daß ohne eine gut organisierte Presse ein gesunder und fester Partei- und Sowjetaufbau undenkbar ist, schlägt der Parteitag allen Parteiorganisationen vor, die standhaftesten, energischsten und treuesten Funktionäre der Presse zur Verfügung zu stellen.

## II. Aufruf des VIII. Parteitags der KPR(B) an alle Parteiorganisationen

Aus einer Reihe von erhaltenen und gesammelten Angaben geht klar hervor, daß die Feinde der Sowjetmacht alle Kräfte anspannen, um dem Proletariat den entscheidenden Schlag zu versetzen. Koltshak, Denikin, die Anhänger Petljuras und die Weißgardisten im Westen hatten für März eine Generaloffensive an allen Fronten vorbereitet.

Ihr Plan bestand darin, gleichzeitig mit der Generaloffensive eine Reihe von Aufständen innerhalb des Landes vornehmlich in unmittelbarem Hinterland der Roten Armee und an den Eisenbahnknotenpunkten zu entfachen und die Arbeit der Werke, die die Armee und das Transportwesen versorgen, zum Erliegen zu bringen. Die Ausnutzung der schweren Lebensmittelkrise gehört zu dem nächsten Plan aller Feinde des Proletariats. Die "linken" Sozialistenrevolutionäre waren in ihren letzten Aktionen das direkte Werkzeug der zaristischen Generäle Denikin und Koltshak. Ein Teil der Mensche-

wiki tritt ebenso eifrig als Agenten der Weißen Garde auf. Der erste Angriff wurde vom Proletariat und der Sowjetmacht abgeschlagen. Die Generaloffensive an den Fronten stieß auf den heldenhaften Widerstand der Roten Armee. Die Versuche, Aufstände zu organisieren, einzelne Eisenbahnschnitte zu erobern, um den Getreidenachschub für Petrograd, Moskau, Iwanowo-Wosnessensk usw. zu unterbrechen, und die Streikpropaganda schlagen fehl und stießen auf den entschlossenen Widerstand und auf die entschiedene Verurteilung seitens aller bewußten Arbeiter. Der Parteitag ruft alle Parteifunktionäre energisch auf, ihre Energie und Wachsamkeit zu verdoppeln. Allen Umtrieben und Versuchen der Weißgardisten und ihrer bewußten und unbewußten Agenten und Helfershelfer muß eine entschiedene Abfuhr erteilt werden. Die Partei- und Sowjetorganisationen müssen sofort ihre Kräfte mobilisieren und bereit sein, alle Versuche, diese schweren Monate für eine Sprengung des Staatsaufbaus des Proletariats auszunützen, mit einem vernichtenden Gegenschlag zu beantworten.

"VIII. Parteitag der KPR(B),  
Protokolle", 1933

Die VIII.Allrussische Konferenz der KPR(B)

Moskau, 2. - 4.Dezember 1919

Die Konferenz verlief in der Atmosphäre großer Siege des Sowjetlandes an den Fronten des Bürgerkrieges.

An der Konferenz nahmen 45 Delegierte mit beschließender Stimme und 73 mit beratender Stimme teil.

Tagesordnung: 1) Politischer und organisatorischer Rechenschaftsbericht des ZK; 2) Die internationale Lage; 3) Fragen der Tagesordnung des VII.Allrussischen Sowjetkongresses (es wurde nur die Frage des Sowjetaufbaus erörtert); 4) Über die Sowjetmacht in der Ukraine; 5) Das Parteistatut; 6) Über die Arbeit unter den neuen Parteimitgliedern, die in der Parteiwoche eingetreten waren; 7) Über die Brennstoffkrise.

W.I.Lenin hielt die Eröffnungsrede auf der Konferenz, gab den politischen Rechenschaftsbericht des ZK und sprach zur Frage der Sowjetmacht in der Ukraine. Er schlug die Resolutionsentwürfe über die internationale Lage und über die Sowjetmacht in der Ukraine vor, die von der Konferenz angenommen wurden.

Eine der grundlegenden Fragen der Konferenz war die Frage des Sowjetaufbaus. Die Konferenz nahm eine Reihe von Beschlüssen zur Festigung des Apparates der Sowjets und zur maximalen Heranziehung der breiten werktätigen Massen zum Aufbau des Sowjetstaates an.

Die Konferenz erteilte den parteifeindlichen Auffassungen der Gruppe Sapronow-Ossinski eine Abfuhr. Diese Gruppe trat auf der Konferenz gegen die Führung des Sowjetapparates durch die Partei auf. Lenin charakterisierte die Plattform dieser Gruppe als "übelsten Menschewismus und Sozialrevolutionarismus".

Von großer Bedeutung waren die Beschlüsse der Konferenz "Über die Sowjetmacht in der Ukraine". Die Konferenz kritisierte hart die Fehler, die die Kommunisten in der Ukraine auf dem Gebiet der Bauern- und nationalen Frage begangen hatten und legte den Weg zur Festigung der Sowjetmacht in der Ukraine fest.

Die Konferenz nahm das Parteistatut an, nachdem sie eine

Reihe von Abänderungen vorgenommen hatte (ein Punkt über die Festsetzung der Kandidatenzeit, über die strenge Parteidisziplin usw. wurde eingeführt). Die Konferenz stellte die Aufgabe, die neuen Massen von Arbeitern, die in den schweren Jahren des Bürgerkrieges in die Partei eintraten, zur Parteiarbeit heranzuziehen.

Die Konferenz bestätigte die Resolutionsentwürfe über die internationale Lage, über den Sowjetaufbau, über die Brennstoffkrise und über die Brennstoffversorgung, die die bolschewistische Fraktion dem VII.Allrussischen Sowjetkongreß vorlegte.

Die Resolutionen der Konferenz

Über das Referat des Genossen Tschitscherin und über den Resolutionsentwurf über die internationale Lage

Nach Billigung aller vom ZK geplanten Schritte wird das Referat des Genossen Tschitscherin zur Kenntnis genommen.

Resolutionsentwurf über die internationale Lage, der dem VII. Sowjetkongreß von der Fraktion vorgelegt wurde

Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik wünscht, mit allen Völkern in Frieden zu leben und all ihre Kräfte auf den inneren Aufbau zu konzentrieren, damit die Produktion, das Transportwesen und die öffentliche Verwaltung auf dem Boden der Sowjetordnung in Gang kommt, was bis jetzt zunächst durch das Joch des deutschen Imperialismus und dann durch die Einmischung der Entente und die Hungerblockade verhindert wurde.

Die Arbeiter- und Bauernregierung bot wiederholt den Mächten der Entente den Frieden an und zwar: am 5.August 1918 durch ein Schreiben des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten an den amerikanischen Vertreter, Herrn Pool; am 24.Oktober 1918 an Präsident Wilson; am 3.November 1918 an alle Ententeregierungen über die Vertreter der neutralen Länder; am 7.November 1918 im Namen des VI.Allrussischen Sowjetkongresses; am 23.Dezember 1918 erging eine Note Litwinows in Stockholm an alle Vertreter der



Entente, dann folgten Schreiben am 12. Januar und am 17. Januar, eine Note an die Regierungen der Entente am 4. Februar 1919, der Entwurf eines Vertrages, ausgearbeitet mit Bullit, der im Auftrag des Präsidenten Wilson erschien, am 12. März 1919 und eine Erklärung am 7. Mai 1919 durch Nansen.

Der VII. Allrussische Sowjetkongreß, der all diese wiederholten Schritte des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees, des Rates der Volkskommissare und des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten durchaus billigt, wiederholt nochmals seinen unbeugsamen Friedenswillen und schlägt allen Mächten der Entente, - England, Frankreich, den Vereinigten Staaten von Amerika, Italien und Japan - zusammengekommen und einzeln vor, sofort die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen, und beauftragt das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee, den Rat der Volkskommissare und das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, die Politik des Friedens systematisch fortzusetzen und alle Maßnahmen für ihren Erfolg zu ergreifen.

Resolutionsentwurf über die Brennstoffversorgung, den die Fraktion dem VII. Sowjetkongreß vorlegte

Die Eroberung der Hauptbrennstoffvorkommen (Donezkohlenbecken und Erdölgebiete von Baku und Grosny) durch die konterrevolutionären Kräfte der russischen und Weltbourgeoisie machte eine vorübergehende Krise in der Brennstoffversorgung unvermeidlich.

Durch das sowjetische System der Volkswirtschaft, durch die Einheit der wirtschaftlichen Leitung und Verteilung konnten jedoch die wichtigsten Zweige unserer Volkswirtschaft und das Transportwesen ihre Arbeit fortsetzen und den Sieg Sowjetrußlands über die Armeen Koltshaks, Judenitschs und Denikins gewährleisten.

Bis die von der aufständischen Bevölkerung des Kaukasus, der Ukraine und von der siegreichen Roten Armee befreiten Kohle- und Erdölgebiete ausgenutzt werden können und ihre Bevölkerung brüderlichen Anteil an der Organisation des freien Lebens der werktätigen Massen nehmen kann, muß die Sowjetrepublik ihr Hauptaugenmerk auf die Ausbeutung der ungeheuren Holz- und Torfreich-

tümer des Landes bis zur vollen Befriedigung seines gesamten Brennstoffbedarfs richten.

Der Parteitag billigt voll und ganz die Brennstoffpolitik des Rates der Volkskommissare, insbesondere die Durchführung der Arbeitspflicht für die Beschaffung und die Abfuhr von Brennholz und die Mobilisierung der Förster, und schlägt allen Sowjets vor, durch die entschlossene Durchführung dieser Maßnahmen den Organen für Brennstoffversorgung der Republik die Erfüllung ihrer Aufgaben zu gewährleisten.

Im Interesse der zweckmäßigsten Ausnutzung der Brennstoffreserven des Landes erachtet es der Parteitag für notwendig, die gesamte Brennstoffgewinnung und -verteilung in den Händen eines Organs zu konzentrieren.

Um die Bevölkerung und die Industrie vor einer Brennstoffknappheit zu bewahren, verpflichtet der Sowjetkongreß die örtlichen Sowjets:

- 1) die breitesten Massen der Werkstätigen zur Beschaffung und zur Abfuhr von Brennholz heranzuziehen,
- 2) die Arbeitspflicht sowohl in der Stadt als auch auf dem Lande sowohl zur Abholzung als auch zur Abfuhr von Brennholz durchzuführen.

Der Sowjetkongreß verpflichtet alle Volkskommissariate, den örtlichen Organen für Brennstoffversorgung bei der Beschaffung von Brennholz volle Unterstützung angedeihen zu lassen. Ebenso verpflichtet er die Hauptverwaltung für Brennstoffversorgung, das Volkskommissariat für Verkehrswesen und die örtlichen Sowjets, die Einheit der Arbeit zu verwirklichen.

Über die Sowjetpolitik in der Ukraine

Die Konferenz billigt die Resolution des ZK über die Politik in der Ukraine und schlägt dem ZK der KPR vor, gemeinsam mit einer Sonderkommission, bestehend aus ukrainischen Funktionären unserer Partei, eine Zusatzresolution über die Sowjetmacht in der Ukraine auszuarbeiten und herauszugeben.

Diese Resolution muß ausführlich die Frage des Banditenunwesens und Partisanentums, der Dorfarmut und des Mittelbauern, des Bodens der Gutsbesitzer und seiner Liquidierung sowie die Frage des systematischen Kampfes gegen das Gift des Antisemitismus, das von der Konterrevolution verbreitet wird, behandeln.

Es sind besonders ausführliche Instruktionen über die Kontrolle der Parteifunktionäre in der Ukraine vom Standpunkt der tatsächlichen Durchführung der Direktiven des Zentralkomitees auszuarbeiten und zu verwirklichen.

#### Über die Sowjetmacht in der Ukraine

(Resolution des ZK der KPR, bestätigt von der Konferenz)

Zur Frage des Verhältnisses zum werktätigen ukrainischen Volk, das sich von der zeitweiligen Okkupation durch die Denikinschen Banden befreit, beschließt das ZK der KPR:

1. Das ZK, das unentwegt das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen vertritt, erachtet es für notwendig, nochmals zu bekräftigen, daß die KPR auf dem Standpunkt der Anerkennung der Selbständigkeit der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik steht.

2. Die KPR ist der Meinung, daß für jeden Kommunisten und jeden bewußten Arbeiter die Notwendigkeit des engsten Bündnisses aller Sowjetrepubliken in ihrem Kampf gegen die drohenden Kräfte des Weltimperialismus außer Frage steht; sie vertritt den Standpunkt, daß die Bestimmung der Formen dieses Bündnisses endgültig von den ukrainischen Arbeitern und werktätigen Bauern selbst gelöst werden wird.

3. Gegenwärtig werden die Beziehungen zwischen der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik durch die föderative Verbindung auf dem Boden der Beschlüsse des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees vom 1. Juni 1919 und des Zentralen Exekutivkomitees der Ukraine vom 18. Mai 1919 bestimmt.

4. Angesichts dessen, daß die ukrainische Kultur (Sprache, Schule usw.) jahrhundertlang vom Zarismus und von den Ausbeuter-

klassen Rußlands unterdrückt wurde, macht das ZK der KPR allen Parteimitgliedern zur Pflicht, mit allen Mitteln zur Beseitigung aller Hindernisse für die freie Entwicklung der ukrainischen Sprache und Kultur beizutragen. Sofern infolge der jahrhundertelangen Unterdrückung unter dem zurückgebliebenen Teil der Massen des ukrainischen Volkes nationalistische Tendenzen zu beobachten sind, haben die Mitglieder der KPR die Pflicht, ihnen gegenüber größte Duldsamkeit und Vorsicht walten zu lassen. Sie müssen in kameradschaftlicher Weise darlegen, daß die Interessen der werktätigen Massen der Ukraine und Rußlands identisch sind. Die Mitglieder der KPR auf dem Territorium der Ukraine müssen das Recht der werktätigen Massen, bei der Bildung und in allen Sowjetinstitutionen die Muttersprache zu gebrauchen, in die Tat umsetzen und mit allen Mitteln jeglichen Versuchen, die ukrainische Sprache künstlich in den Hintergrund zu drängen, entgegenwirken. Sie müssen im Gegenteil bestrebt sein, die ukrainische Sprache in ein Instrument der kommunistischen Aufklärung der arbeitenden Massen umzuwandeln. Es müssen unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um zu gewährleisten, daß in allen Sowjetinstitutionen genügend Angestellte vorhanden sind, die die ukrainische Sprache beherrschen, und daß in der Folge alle Angestellten sich in der ukrainischen Sprache verständigen können.

5. Es ist notwendig, eine enge Verbindung zwischen den Sowjetinstitutionen und der bäuerlichen Urbevölkerung des Landes herzustellen. Dazu ist es zur Regel zu machen, daß schon von Anfang an, unmittelbar bei der Einführung der Revolutionskomitees und der Sowjets zu deren Arbeit die Mehrheit der Vertreter der werktätigen Bauernschaft herangezogen wird, wobei den Vertretern der Dorfarmut der entscheidende Einfluß zu gewährleisten ist.

6. Angesichts dessen, daß in der Ukraine in noch größerem Maße als in Rußland die überwiegende Masse der Bevölkerung aus Bauern besteht, ist es Aufgabe der Sowjetmacht in der Ukraine, sich das Vertrauen nicht nur der Dorfarmut, sondern auch der breiten Schichten der Mittelbauernschaft zu erringen, die in ihren Grundinteressen aufs engste mit der Sowjetmacht verbunden ist. Insbesondere ist es notwendig, ohne von den Grundprinzipien der Lebensmittelbeschaffungspolitik (staatliche Beschaffung des

Getreides zu festen Preisen, Zwangsablieferung) abzugehen, die Art und Weise ihrer Durchführung aufmerksam mit den Bedingungen des ukrainischen Dorfes abzustimmen.

Die nächste Aufgabe der Lebensmittelbeschaffungspolitik in der Ukraine muß es sein, die Getreideüberschüsse nur in streng begrenztem Ausmaß, wie es für die Versorgung der ukrainischen armen Bevölkerung, der Arbeiter und der Roten Armee notwendig ist, einzuziehen. Beim Einziehen der Getreideüberschüsse muß man den Interessen der Mittelbauernschaft besondere Aufmerksamkeit zuwenden und sie streng von den Kulakenelementen trennen. Man muß durch die Tat die konterrevolutionäre Demagogie vor der ukrainischen Bauernschaft entlarven, die ihr einflüstert, die Aufgabe Sowjetrußlands sei, die Getreide- und andere Lebensmittelprodukte aus der Ukraine nach Rußland zu "pumpen".

Die breiteste Heranziehung der armen und der Mittelbauernschaft zur Verwaltung auf allen Gebieten muß den Vertretern der Zentralmacht, allen Parteifunktionären, Instruktoren usw. zur Pflicht gemacht werden.

Zu dem gleichen Ziel der Errichtung einer wirklichen Macht der Werktätigen müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden, damit die Sowjetinstitutionen nicht mit Elementen des ukrainischen städtischen Kleinbürgertums überschwemmt werden, die den Lebensbedingungen der breiten Massen der Bauernschaft fremd gegenüberstehen und sich häufig hinter der Flagge des Kommunismus verbergen.

Bedingung für die Zulassung derartiger Elemente sowohl in die Reihen der Partei als auch in die Sowjetinstitutionen muß eine vorherige Überprüfung ihrer Arbeitsfähigkeit und ihrer Treue zu den Interessen der Werktätigen in der Tat - und vor allem an der Front - in den Reihen des Feldheeres sein. Überall und unter allen Bedingungen sind derartige Elemente einer strengen Klassenkontrolle des Proletariats zu unterwerfen.

Angesichts dessen, daß die große Menge von Waffen, die sich in der Ukraine in den Händen der ländlichen Bevölkerung befindet, bei der Unorganisiertheit der Dorfarmut, wie die Erfahrung zeigte, sich unvermeidlich in den Händen der Kulaken und konterrevolutionären Elemente konzentriert, was an Stelle der Diktatur der Werktätigen faktisch zur Herrschaft des kulakischen Banditentums führt, ist es eine vordringliche Aufgabe beim Sowjetaufbau in

der Ukraine, alle Waffen zu beschlagnahmen und sie in den Händen der Roten Armee der Arbeiter und Bauern zu konzentrieren.

7. Die Bodempolitik muß unter besonderer Berücksichtigung der Interessen der Landwirtschaft der armen und Mittelbauernschaft betrieben werden.

Aufgabe der Bodempolitik in der Ukraine muß sein:

- 1) Den von Denikin wiederhergestellten gutsherrlichen Grundbesitz vollständig zu liquidieren und den Boden an die landlosen und landarmen Bauern zu übergeben.
- 2) Sowjetwirtschaften nur in den streng notwendigen Maßstäben zu errichten und sie unbedingt mit den Lebensinteressen der sie umgebenden Bauernschaft in Einklang zu bringen.
- 3) Bei der Vereinigung der Bauern zu Kommunen, Artels usw. die Politik der Partei streng einzuhalten, die in dieser Beziehung keinerlei Zwang zuläßt, sondern dies ausschließlich dem freien Entschluß der Bauern selbst überläßt und jegliche Versuche, das Prinzip des Zwangs in diese Angelegenheit hineinzutragen, streng bestraft.

#### Statut der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)

##### I. Die Parteimitglieder

1. Als Mitglied der Partei gilt jeder, der das Programm der Partei anerkennt, in einer ihrer Organisationen arbeitet, sich den Beschlüssen der Partei unterordnet und Mitgliedsbeiträge zahlt.

2. Neue Mitglieder werden von den örtlichen Parteikomitees aus den Reihen der Kandidaten aufgenommen und von der nächsten allgemeinen Mitgliederversammlung der betreffenden Organisation bestätigt.

Anmerkung: In Ausnahmefällen wird auf Empfehlung zweier Parteimitglieder, die vor dem Oktober 1917 in die Partei eingetreten sind, die Aufnahme neuer Mitglieder in die Partei ohne Kandidatenzeit zugelassen. Diese Aufnahme ist entsprechend den Instruktionen des Zentralkomitees nur während der Durchführung der Parteiwoche gestattet.

3. Jedes Mitglied einer Organisation wird bei der Übersiedlung in den Tätigkeitsbereich einer anderen Organisation von der

letzteren im Einverständnis mit der früheren Organisation aufgenommen.

4. Die Frage des Ausschlusses irgendeines Mitgliedes aus der Partei wird von der allgemeinen Mitgliederversammlung der Organisation entschieden, deren Mitglied der Betreffende ist. Der Beschluß über den Ausschluß tritt erst nach seiner Bestätigung durch das Gouvernementskomitee in Kraft, wobei die betreffende Person bis zur Bestätigung des Ausschlusses von der Parteiarbeit suspendiert wird. Über die ausgeschlossenen Parteimitglieder wird in der Parteipresse unter Angabe des Grundes des Ausschlusses Mitteilung gemacht.

## II. Die Parteikandidaten

5. Alle Personen, die in die Partei eintreten wollen, durchlaufen eine Kandidatenzeit, damit sich der Kandidat gründlich mit dem Programm und der Taktik der Partei bekanntmachen kann und damit die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten überprüft werden können.

6. Neue Mitglieder werden als Kandidaten auf Empfehlung von zwei Parteimitgliedern mit sechsmonatiger Mitgliedschaft nach Überprüfung ihrer Empfehlungen durch das örtliche Parteikomitee aufgenommen.

7. Arbeiter und Bauern müssen mindestens zwei Monate im Kandidatenstand verbleiben, die übrigen mindestens sechs Monate.

8. Die Kandidaten werden zu den öffentlichen allgemeinen Versammlungen der Parteiorganisation mit beratender Stimme zugelassen.

9. Die Kandidaten entrichten den üblichen Mitgliedsbeitrag an die Kasse des örtlichen Parteikomitees.

## III. Der organisatorische Aufbau der Partei

10. Das leitende Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus.

11. Die Partei ist auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus nach dem territorialen Prinzip aufgebaut; die Organisation, die einen Rayon umfaßt, gilt gegenüber allen Organisatio-

nen, die Teile des betreffenden Rayons umfassen, als die höherstehende Organisation.

12. Alle Parteiorganisationen sind in der Entscheidung örtlicher Fragen autonom.

13. Das höchste leitende Organ jeder Parteiorganisation ist die Vollversammlung, die Konferenz oder der Parteitag.

14. Die Vollversammlung, die Konferenz oder der Parteitag wählen ein Komitee, das ihr Exekutivorgan ist und die gesamte laufende Arbeit der örtlichen Organisation leitet.

15. Das Organisationsschema der Partei ist folgendes:

- a) Das Gebiet der RSFSR - der Allrussische Parteitag, das ZK,
- b) die Gebiete und Sowjetrepubliken, die zur RSFSR gehören, - die Gebietskonferenzen, die Gebietskomitees,
- c) die Gouvernements - die Gouvernementskonferenz, die Gouvernementskomitees,
- d) die Kreise, die Kreiskonferenzen, die Kreiskomitees,
- e) die Amtsbezirke - die Amtsbezirksversammlungen, die Amtsbezirkskomitees,
- f) die Betriebe, die Dörfer, die Truppenteile der Roten Armee, die Institutionen - die Vollversammlungen der Zellen, die Büros der Zellen.

16. Die Reihenfolge der Unterordnung, der Rechenschaftslegung, des Instanzenweges und der Anfechtung aller Parteibeschlüsse (von der höheren zur niederen Instanz) ist folgende: der Allrussische Parteitag, das ZK, die Gebietskonferenz, das Gebietskomitee, die Gouvernementskonferenz usw.

17. Für besondere Formen der Parteiarbeit werden spezielle Abteilungen geschaffen (für nationale Fragen, für die Arbeit unter den Frauen, unter der Jugend usw.). Die Abteilungen bestehen bei den Komitees und sind ihnen unmittelbar unterstellt. Das Organisationsschema der Abteilungen wird durch besondere Instruktionen festgelegt, die vom Zentralkomitee bestätigt werden.

18. Alle niederen Organisationen bis heran zu den Kreisen wer-

den vom Kreiskomitee mit Genehmigung der Gouvernementskomitees bestätigt, die des Kreises - durch die Gouvernementskomitees mit Genehmigung des Gebietskomitees, bei Nichtvorhandensein - mit Genehmigung des ZK, die der Gouvernements - durch die Gebietskomitees mit Genehmigung des ZK, bei Nichtvorhandensein eines Gebietskomitees - unmittelbar durch das ZK.

19. Jede Organisation hat nach ihrer endgültigen Bestätigung das Recht, sich ein eigenes Siegel anzulegen, jedoch nur mit Genehmigung der entsprechenden höheren Parteinstanz.

#### IV. Die zentralen Parteiinstitutionen

20. Das oberste Organ der Partei ist der Parteitag. Ordentliche Parteitage werden jährlich einberufen. Außerordentliche Parteitage werden vom ZK auf eigene Initiative oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder einberufen, die auf dem letzten Parteitag vertreten waren. Die Einberufung des Parteitages und die Tagesordnung werden mindestens anderthalb Monate vor dem Parteitag bekanntgegeben. Ein außerordentlicher Parteitag wird binnen zwei Monaten einberufen. Der Parteitag gilt als beschlußfähig, wenn auf ihm mindestens die Hälfte aller Parteimitglieder vertreten ist, die auf dem letzten ordentlichen Parteitag vertreten waren.

Die Vertretungsquoten für den Parteitag werden vom ZK und von der ordentlichen Vorkonferenz zum Parteitag festgesetzt.

21. Beruft das ZK den außerordentlichen Parteitag innerhalb der im Punkt 20 gesetzten Frist nicht ein, haben die Organisationen, die die Einberufung des außerordentlichen Parteitages verlangt haben, das Recht, ein Organisationskomitee zu bilden, das alle Rechte des ZK hinsichtlich der Einberufung des Parteitages besitzt.

#### 22. Der Parteitag:

- a) nimmt die Berichte des ZK, der Revisionskommission und der übrigen zentralen Institutionen entgegen und bestätigt sie,
- b) revidiert und ändert das Parteiprogramm,

- c) bestimmt die taktische Linie der Partei in den laufenden Fragen,
- d) wählt das ZK, die Revisionskommission usw.

23. Das ZK wird in Stärke von 19 Mitgliedern (12 Kandidaten) gewählt. Scheiden Mitglieder des ZK aus, wird sein Bestand aus den vom Parteitag gewählten Kandidaten und in der von ihm festgelegten Reihenfolge ergänzt.

24. Das ZK vertritt die Partei im Verkehr mit anderen Parteien und Institutionen und organisiert die verschiedenen Parteiinstitutionen und leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktionen der Zentralorgane, die unter seiner Kontrolle arbeiten, organisiert und leitet die Unternehmungen, die für die Gesamtpartei von Bedeutung sind, verteilt die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die zentrale Kasse.

Das ZK lenkt die Arbeit der zentralen Sowjet- und gesellschaftlichen Organisationen durch die Parteifractionen.

Das ZK hält monatlich mindestens zwei Plenarsitzungen an vorher festgelegten Tagen ab.

25. Das Zentralkomitee bildet für die politische Arbeit das politische Büro, für die Organisationsarbeit - das Organisationsbüro und ein Sekretariat mit einem Sekretär an der Spitze, der gleichzeitig Mitglied des Organisationsbüros des Zentralkomitees ist.

26. Einmal in drei Monaten beruft das ZK eine Parteikonferenz aus Vertretern des Gouvernements- und Stadtkomitees der Partei ein.

27. Einmal monatlich sendet das ZK an die Gouvernementskomitees und Parteikomitees der Hauptstadt einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit.

28. Die Revisionskommission besteht aus drei Personen, sie revidiert periodisch die Kasse und alle Unternehmungen des ZK und legt dem nächsten Parteitag einen Bericht vor.

#### V. Die Gebietsorganisationen

29. Die Parteiorganisationen können sich mit Genehmigung des ZK nach Gebieten zusammenschließen. Das Gebietskomitee wird auf

der Gebietskonferenz gewählt. Die Gebietsgrenzen werden von der Gebietskonferenz festgelegt und vom Zentralkomitee bestätigt.

30. Die Parteiorganisationen, die die Gebiete der föderativen Teile der RSFSR umfassen, werden in jeder Beziehung den Gebietsparteiorganisationen gleichgestellt, d.h. sie unterstehen vollständig dem ZK der KPR (Bolschewiki).

31. Die ordentliche Gebietskonferenz wird vom Gebietskomitee binnen sechs Monaten einberufen, die außerordentliche Konferenz - auf Beschluß des Gebietskomitees oder der Hälfte der Gesamtzahl der Mitglieder der Organisationen, die zum Gebiet gehören.

Die Vertretungsquote für die Gebietskonferenz wird vom Gebietskomitee nach Übereinkunft mit den Gouvernementskomitees, die zum Gebiet gehören, festgesetzt.

Die Gebietskonferenz nimmt die Berichte des Gebietskomitees, der Revisionskommission und der übrigen Gebietsinstitutionen entgegen, bestätigt sie und wählt das Komitee und die Revisionskommission.

32. Das Gebietskomitee wird auf der ordentlichen Konferenz gewählt. Für die laufende Arbeit wählt das Gebietskomitee ein Präsidium aus mindestens drei Personen.

Das Gebietskomitee organisiert die verschiedenen Parteinstitutionen im Bereiche des Gebietes, leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktion des Gebietsorgans, das unter seiner Kontrolle arbeitet, organisiert und leitet die Unternehmungen, die für das Gebiet von allgemeiner Bedeutung sind, verteilt im Bereiche des Gebiets die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die Gebietskasse. Das Gebietskomitee lenkt die Tätigkeit der Exekutivorgane, der Sowjets durch die Parteifractionen und legt einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit alle drei Monate dem ZK der KPR(B) vor. Das Gebietskomitee tritt zweimal in einem Monat an einem festgesetzten Tage zusammen.

#### VI. Die Gouvernementsorganisationen

33. Die ordentliche Gouvernements-Partei-Konferenz wird vom

Gouvernementskomitee einmal in drei Monaten einberufen - eine außerordentliche auf Beschluß des Gouvernementskomitees oder eines Drittels der Mitgliederzahl der Organisationen, die zum Gouvernement gehören.

Die Gouvernementskonferenz nimmt die Berichte des Gouvernementskomitees, der Revisionskommission und der übrigen Gouvernementsinstitutionen entgegen, bestätigt sie und wählt das Komitee und die Revisionskommission.

34. Das Gouvernementskomitee wird von der Konferenz gewählt, wobei in das Komitee sowohl Funktionäre des Gouvernements als auch der übrigen großen Arbeiterzentren des betreffenden Gouvernements gewählt werden müssen.

Das Gouvernementskomitee tritt zweimal monatlich an einem festgesetzten Tag zusammen.

Das Gouvernementskomitee bildet aus seinen Mitgliedern für die laufende Arbeit ein Präsidium, das mindestens aus fünf Mitgliedern besteht.

35. Das Gouvernementskomitee bestätigt die Kreis- oder Rayonorganisation des Gouvernements mit Genehmigung der Gebietskomitees oder des ZK, organisiert die verschiedenen Parteinstitutionen im Bereich des Gouvernements, leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktion des Parteiorgans im Gouvernement, das unter seiner Kontrolle arbeitet, organisiert alle Unternehmungen, die für das gesamte Gouvernement Bedeutung haben, verteilt die Kräfte und Mittel der Partei im Gouvernementsbereich und verwaltet die Gouvernementskasse. Das Gouvernementskomitee leitet die Tätigkeit des Sowjets, der Gewerkschaften, der genossenschaftlichen Vereinigungen durch die entsprechenden Parteifractionen. Das Gouvernementskomitee legt einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit und über die Tätigkeit der Kreiskomitees monatlich dem ZK vor.

36. Die Gouvernementskomitees geben in der Zeit zwischen den Konferenzen periodisch Informationsberichte vor der Vollversammlung oder vor der Konferenz der Stadtorganisation, außerdem berufen die Gouvernementskomitees monatlich Gouvernementsberatungen der Vertreter der Kreis- und Stadtorganisationen ein.

37. In den Gouvernementsstädten können nur mit Erlaubnis der Gouvernementskomitees und mit Genehmigung des ZK Stadtkomitees gebildet werden, die den Gouvernementskomitees untergeordnet sind.

Anmerkung: In Petersburg und Moskau sind die Stadtkomitees in jeder Beziehung den Gouvernementskomitees gleichgestellt.

#### VII. Die Kreisorganisationen

38. Die Kreiskonferenz nimmt den Bericht des Kreiskomitees, der Kreisrevisionskommission entgegen, bestätigt ihn und wählt das Komitee und die Revisionskommission. Die Konferenz tritt mindestens einmal in drei Monaten zusammen.

39. Das Kreiskomitee wird von der Kreiskonferenz in Stärke von 5 bis 9 Genossen gewählt. Das Kreiskomitee wählt aus seiner Mitte ein Präsidium von drei Personen, von dem der Sekretär von jeder Arbeit, außer der Parteiarbeit, befreit sein muß.

40. Das Kreiskomitee bestätigt die Amtsbezirksorganisationen und die Zellen im Kreis mit Genehmigung des Gouvernementskomitees, organisiert die verschiedenen Parteistrukturen im Kreisbereich, leitet ihre Tätigkeit, organisiert alle Unternehmungen, die für den gesamten Kreis Bedeutung haben, organisiert Beratungen von Vertretern der Zellen des Amtsbezirks und verwaltet die Kreiskasse der Partei.

Anmerkung: Das Recht zur Herausgabe eines Parteiorgans und von Parteiliteratur im Kreis steht nur dem Kreiskomitee zu.

41. Das Kreiskomitee leitet durch die Parteifrakturen die Arbeit des Exekutivkomitees, des Sowjets und aller Amtsbezirkssowjets sowie der Gewerkschaftsorganisationen, Genossenschafts- und anderer Vereinigungen im Kreisbereich.

#### VIII. Die Amtsbezirksorganisationen

42. Das oberste Organ des Amtsbezirks ist die Vollversammlung der Parteimitglieder in dem betreffenden Amtsbezirk.

Anmerkung: In großen Amtsbezirken, wo die Einberufung der Vollversammlung erschwert ist, ist statt einer Vollversammlung eine Amtsbezirkskonferenz zulässig.

43. Die Vollversammlung des Amtsbezirks wird mindestens einmal monatlich einberufen.

Die allgemeine Versammlung:

- a) nimmt Parteimitglieder auf und schließt sie aus,
- b) wählt das Amtsbezirkskomitee und die Revisionskommission,
- c) nimmt Berichte des Amtsbezirkskomitees und der Revisionskommission entgegen und bestätigt sie,
- d) wählt Delegierte für Gouvernements-, Kreis- und andere Konferenzen,
- e) nimmt den Bericht der Fraktion des Amtsbezirks-Exekutivkomitees entgegen und bestätigt ihn.

44. Das Amtsbezirkskomitee wird auf der Vollversammlung (oder Konferenz) für die Zeit von drei Monaten gewählt, es besteht aus drei oder fünf Mitgliedern.

45. Das Amtsbezirkskomitee organisiert und leitet die Arbeit aller Organisationen des Amtsbezirks, registriert alle Parteimitglieder, organisiert die Verbreitung der Literatur, führt Meetings, Lektionen usw. durch, organisiert neue Zellen und schlägt sie dem Kreiskomitee zur Bestätigung vor, verwaltet die Parteikasse des Amtsbezirks, legt einen Bericht über seine Tätigkeit einmal im Monat dem Kreis, dem Gouvernement, dem Gebiet und dem ZK vor, lenkt die Arbeit des Amtsbezirkssowjets und des Exekutivkomitees durch die Parteifraktion.

46. Die Revisionskommission revidiert einmal im Monat die Amtsbezirkskasse.

#### IX. Die Parteizellen

47. Die Grundlage der Parteiorganisation ist die Parteizelle. Die Zelle wird vom Kreis-, Stadt- oder Rayonkomitee bestätigt, sie besteht aus mindestens drei Mitgliedern.

Anmerkung: Eine Zelle, die einen großen Umfang angenommen hat, kann mit Erlaubnis des zuständigen Komitees in einige Zellen geteilt werden, die einen Unterrayon bilden.

48. Die Zelle ist die Organisation, die die Arbeiter und Bauernmassen mit dem führenden Parteiorgan in der betreffenden

Ortschaft verbindet. Die Aufgaben der Zellen sind:

1. Die Verwirklichung der Beschlüsse und Lösungen der Partei unter den Massen,
2. die Heranziehung neuer Mitglieder,
3. die Unterstützung des örtlichen Komitees in seiner organisatorischen und agitatorischen Arbeit,
4. die aktive Teilnahme als Organ der Partei an dem wirtschaftlichen und politischen Leben des Landes.

49. Für die laufende Arbeit wählt die Zelle für die Zeit von einem Monat ein Büro, das aus drei Mitgliedern besteht.

#### X. Die Parteidisziplin

50. Strengste Parteidisziplin ist Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteiorganisationen. Die Beschlüsse der Parteizentren müssen schnell und genau durchgeführt werden. Gleichzeitig ist die Erörterung aller strittigen Fragen des Parteilebens innerhalb der Partei, solange der Beschluß nicht gefaßt ist, völlig frei.

51. Die Nichtdurchführung der Beschlüsse der höheren Organisationen und andere Vergehen, die von der öffentlichen Meinung der Partei als Verbrechen betrachtet werden, ziehen nach sich: für eine Organisation - eine Rüge, die Einsetzung eines provisorischen Komitees von oben und allgemeine Umregistrierung (Auflösung der Organisation); für einzelne Parteimitglieder - eine Partei-rüge, eine öffentliche Rüge, zeitweilige Entfernung von verantwortlicher Partei- und Sowjetarbeit, Ausschluß aus der Partei und Benachrichtigung der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden über das Vergehen.

52. Zur Untersuchung von Disziplinarvergehen jeder Art hat das Komitee das Recht, spezielle Sitzungstage festzulegen und spezielle Kommissionen zu bilden, letztere sind aber keinesfalls in ständige Parteigerichte zu verwandeln.

53. Disziplinarvergehen werden von den Komitees und den Vollversammlungen in der üblichen Ordnung durch die festgesetzten Instanzen untersucht.

#### XI. Die Geldmittel der Partei

54. Die Geldmittel der Organisation setzen sich aus den Mitgliedsbeiträgen, den Beihilfen der höheren Parteiorganisationen und anderen Einnahmen zusammen.

55. Der Mitgliedsbeitrag beträgt mindestens 1/2 Prozent des Arbeitslohnes. Es werden vier Kategorien in der Höhe des Mitgliedsbeitrags je nach der Höhe des Grundgehalts festgelegt. Die 1. Kategorie zahlt 1/2 Prozent, die 2. = 1 Prozent, die 3. = 2 Prozent und die 4. = 3 Prozent. Die absoluten Ziffern der beitragspflichtigen Gehälter werden durch eine Instruktion festgelegt.

56. Neue Mitglieder zahlen 5 Rubel Aufnahmebeitrag.

57. Die Mitgliedsbeiträge für Personen, die keine feste Entlohnung haben, z.B. Bauern, werden von den örtlichen Gouvernementskomitees, den allgemeinen Normen angepaßt, festgesetzt.

58. Parteimitglieder, die drei Monate lang ohne triftige Gründe keinen Beitrag gezahlt haben, gelten als aus der Organisation ausgeschlossen, was der Vollversammlung bekanntgegeben wird.

59. Alle örtlichen Organisationen müssen 10 Prozent aller Parteibeiträge und der übrigen Geldeinkünfte, die nicht Sonderzwecken dienen, an das ZK abführen. Die Amtsbezirksorganisationen führen 60 Prozent an die Kasse des Kreiskomitees ab, darin sind auch die 10 Prozent für das ZK enthalten. Das Kreiskomitee führt 30 Prozent an die Kasse des Gouvernementskomitees ab.

10 Prozent aller Einkünfte werden vom Gouvernementskomitee an die Kasse des Zentralkomitees überwiesen.

#### XII. Die Fraktionen in außerparteilichen Institutionen und Organisationen

60. In allen außerparteilichen Kongressen, Beratungen, Institutionen und Organisationen (den Sowjets, den Exekutivkomitees, den Gewerkschaften, Kommunen usw.), wo es mindestens drei Parteimitglieder gibt, werden Fraktionen gebildet, die die Aufgabe haben, den Einfluß der Partei allseitig zu verstärken, ihre Politik außerhalb der Partei durchzusetzen und die Kontrolle der Partei



über die Arbeit aller angeführten Institutionen und Organisationen durchzuführen.

61. Bei Erörterung von Fragen im Komitee, die irgendeine Fraktion betreffen, entsendet die Fraktion ihre Vertreter in die Plenarsitzung des entsprechenden Komitees mit beratender Stimme.

Für die laufende Arbeit können die Fraktionen ein Büro wählen.

62. Die Fraktionen sind, unabhängig von ihrer Bedeutung, der Partei völlig unterstellt. Bei allen Fragen, zu denen ein rechtsgültiger Beschluß der entsprechenden Parteiorganisation besteht, sind die Fraktionen verpflichtet, sich stets und strikt an diese Beschlüsse zu halten. Das Komitee hat das Recht, ein beliebiges Mitglied in die Fraktion aufzunehmen oder aus ihr abzurufen, wobei es verpflichtet ist, die Fraktion über die Gründe dieser Maßnahme zu unterrichten. In Fragen des inneren Lebens und der laufenden Arbeit ist die Fraktion autonom.

Bei einer wesentlichen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Parteikomitee und der Fraktion in irgendeiner Frage, die zur Kompetenz der Fraktion gehört, ist das Komitee verpflichtet, nochmals diese Fragen mit den Vertretern der Fraktion zu untersuchen und einen endgültigen Beschluß zu fassen, den die Fraktion unverzüglich durchführen muß.

63. Für alle wichtigen Ämter in der Institution oder Organisation, in der die Fraktion arbeitet, werden die Kandidaten von der Fraktion gemeinsam mit der entsprechenden Parteiorganisation aufgestellt. In der gleichen Art erfolgt auch der Wechsel von einer Funktion in eine andere.

64. Alle Fragen, die politische Bedeutung haben und von der Fraktion zu erörtern sind, müssen im Beisein von Vertretern des Komitees behandelt werden. Die Komitees sind verpflichtet, ihre Vertreter auf das erste Ansuchen der Fraktion zu delegieren.

65. Jede Frage, die der Entscheidung jener außerparteilichen Organisation unterliegt, in der die Fraktion arbeitet, muß vorher in der Vollversammlung oder im Büro der Fraktion erörtert werden.

66. Alle Mitglieder der Fraktion sind verpflichtet, über jede Frage, die in der Fraktion irgendeiner außerparteilichen Organisa-

tion entschieden wurde, auf der Versammlung der betreffenden Organisation einstimmig abzustimmen. Diejenigen, die diese Regel verletzen, unterliegen den Disziplinarmaßnahmen in üblicher Ordnung.

(Das Statut wurde einstimmig angenommen)

Aus: Die KPdSU(B) in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenartagungen des ZK der KPdSU(B), Teil I, S. 318-323, Moskau, Staatsverlag für politische Literatur, 1940.

#### Thesen über die Verwendung der neuen Parteimitglieder

1. Angesichts dessen, daß die Quantität, die Anzahl der neuen Parteimitglieder in einer Reihe von Orten die frühere Anzahl übersteigt, sich aber die neuen Parteimitglieder qualitativ von der Masse der alten Mitglieder wenig unterscheiden, verschärft die Frage der Verwendung der neuen Parteimitglieder in bedeutendem Maße mit der Frage der "Verwendung" aller Parteimitglieder, d.h. mit der Parteiarbeit überhaupt.

2. Der erste Schritt zur Verwendung muß die Registrierung unserer Parteikräfte sein; diese Registrierung muß ungefähr folgende Punkte umfassen: alte oder neue Mitgliedschaft, lese- und schreibkundig oder Analphabet, Beruf, besondere Neigungen zu irgendeiner Form der Arbeit (Sowjet oder Parteiarbeit) usw.

Anmerkung: Bei der Klassifizierung der Mitglieder nach dem Zeitpunkt des Eintritts in die Partei muß man der politischen Situation zum Zeitpunkt des Eintritts in die Partei besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

3. Die Arbeitsgebiete (grob unterteilt) sind: I = Bildung und Schulung der Parteimitglieder; II = sachliche Arbeit; III = militärische Ausbildung; IV = Parteidisziplin.

#### I. Bildung und Schulung

4. Es ist vor allem notwendig, die Kommunisten, die nicht

lese- und schreibkundig sind, Lesen und Schreiben zu lehren; dazu ist erforderlich:

- a) die Organisation von Lese- und Schreibstuben;
- b) die Mobilisierung der lese- und schreibkundigen Kommunisten zum Unterrichten der Analphabeten;
- c) der obligatorische Besuch der Lese- und Schreibschulen für nicht lese- und schreibkundige Kommunisten.

Dabei sind nach Möglichkeit auch die parteilosen Arbeiter, die nicht lesen und schreiben können, zum Unterricht heranzuziehen. Die Dauer des Unterrichts wird entsprechend den örtlichen Verhältnissen festgesetzt.

5. Die Parteimitglieder müssen einige grundlegende und Elementarlektionen hören, die den breiten Massen verständlich sind. Die Themen dieser Lektionen sollen etwa folgende sein:

- a) "Was ist Kommunismus?" (ausführliche und populäre Charakterisierung der kommunistischen Ordnung, Darlegung der Fragen der Teilung, des "Verbraucherkommunismus", des Produktionskommunismus, des Systems der Verwaltung ohne Staat, der Produktivkräfte in der kommunistischen Ordnung usw., Abgrenzung vom Anarchismus usw.);
- b) "Der Weg zum Kommunismus" (der imperialistische Krieg, die Diktatur des Proletariats, die grundlegenden Maßnahmen und die programmatischen Forderungen der Übergangsperiode);
- c) "Warum ist unser Leben so schwer?" (Erklärung unserer ökonomischen Zerrüttung und die Entwicklungsperspektiven);
- d) "Unsere Partei" (Charakterisierung der Parteiorganisation, ihre Entwicklung, das Parteistatut, "Rechte und Pflichten" des Kommunisten)

6. Die Parteimitglieder müssen an Zirkeln für politisches Grundwissen teilnehmen (Schulen, Instrukteurlehrgänge); dazu ist erforderlich:

- a) einige qualifizierte Funktionäre, die literarisch tätig sind, zu mobilisieren, sie für eine gewisse Zeit von anderer Arbeit zu befreien und ihnen den Auftrag zu erteilen, einige Lehr-

bücher für die Parteschulen, Konспекte über Lektionen und Thesen zu schreiben;

- b) ein "Nachrichtenblatt für Propaganda" zu organisieren, das Material (darunter auch Zahlenmaterial) zu jeder laufenden politischen oder wirtschaftlichen Kampagne liefert;
- c) ein Institut für reisende Lektoren zu organisieren.

7. Die Parteimitglieder müssen selbst lernen, Massenagitationsarbeit durchzuführen. Hierzu gehören die Mobilisierung der lese- und schreibkundigen Kommunisten zum Vorlesen von Zeitungen und Broschüren in Lazaretten, Klubhäusern, Krankenhäusern, Dorflesestuben, Hausklubs, sowie Wohnungsbegehungen, Verbreitung von Zeitungen und Plakaten, die Aufstellung von Schaukästen und Büchertischen in den Fabriken, Entsendung von fahrenden Buchhandlungen in die Dörfer usw.

Anmerkung: Fast alle diese Punkte betreffen die Arbeit unter den Arbeitern, Rotarmisten und Bauern.

## II. Sachliche Arbeit

8. Die Parteimitglieder sollen nicht nur Objekt der Propaganda oder Agitatoren sein, eine überaus wichtige Aufgabe ist es, aus ihnen Funktionäre der neuen entstehenden kommunistischen Gesellschaft zu machen. Die Einbeziehung der Parteigenossen in die allgemeine Arbeit (Partei- und Sowjetarbeit) zerfällt in zwei Unterabteilungen:

- a) Massenarbeit, die keinen Verwaltungscharakter trägt;
- b) Verwaltungsarbeit.

9. Die Massenarbeit vom ersten Typus besteht: erstens in der Arbeit an den kommunistischen Subbotniki und Woskressniki<sup>1)</sup>, die richtig und zweckmäßig organisiert sind (hier muß man zum Beispiel auf folgende Formen der Arbeit hinweisen: Ent- und Beladen von Eisenbahnwagen; Säuberung von Straßen, Beschaffung von Brennholz, Versorgung der Krankenhäuser, Säuberung von Waggons, Aus-

1) Subbotniki und Woskressniki = Aufbausonnabende und -sonntage, an denen in der Freizeit freiwillige Aufbauarbeit geleistet wurde. (Anmerkung d. Ubs.)

besserung von Wäsche durch Arbeiterinnen, Schreiben von Briefen durch Lese- und Schreibkundige an die Front, Vorlesen der Briefe für lese- und schreibkundige Rotarmisten usw.); die Subbotniki und Woskressniki unter den Rotarmisten können dem Hinterland wesentliche Hilfe erweisen; unter den Bauern muß man besonders die Unterstützung der Arbeiter (Brennholz und Getreide) hervorheben, die Unterstützung aller möglichen kulturellen und Aufklärungsinstitutionen in materiell-technischer Hinsicht (der Schulen, Klubbhäuser, Dorflesestuben), die Unterstützung der Familien der Rotarmisten, die Unterstützung der Kinderkolonien usw.

10. Hierzu gehören auch die Wirtschaftskampagnen (Brennstoff- und Transportkampagne, Kampagne zur Säuberung der Wege, Lebensmittelkampagne usw.) Die konkreten Aufgaben fallen hier oft mit den Aufgaben der Subbotniki zusammen. Doch hier haben wir es mit einer langandauernden und ständigen Arbeit zu tun im Gegensatz zu der Sonderarbeit an den Subbotniki.

11. Schließlich gehören hierzu auch die politischen Kampagnen (Massenagitation, Verteilung und Verbreitung, Ankleben von Druckschriften, Straßenagitation, Massenbegehung von Lazaretten, Kasernen, Fabriken usw.)

12. Zur Verwaltungsarbeit gehört vor allem die Ausübung der einfachsten Verwaltungsfunktionen. Zu diesen Funktionen gehört zum Beispiel: die Miliz in den Städten und Dörfern, die Bewachung von Lagern und Gebäuden, Massenhaussuchungen, Arbeit zur Durchführung aller möglichen Arbeitsverpflichtungen usw.; in den Dörfern die Unterstützung der Exekutivkomitees der Amtsbezirke (zum Beispiel in der Kanzleiarbeit).

13. Eine weitere Form der Verwaltungsarbeit sind alle möglichen Formen der Registrierung, Kontrolle, Inspektion (Registrierung und Kontrolle der Sowjetangestellten, Kontrolle der Lebensmittelkarten, Untersuchung des sanitären Zustands der Fabriken, Überprüfung der Richtigkeit der Ausgabe der Lebensmittelrationen, Überprüfung aller möglichen Aufträge, Kontrolle von Waggons, Überprüfung der Lager, Kontrolle über die Mühlen usw.). Diese gesamte Arbeit muß selbstverständlich über die entsprechenden Institutionen durchgeführt werden.

14. Es ist notwendig, nach Möglichkeit (sofern es nicht mit großen Ausgaben und mit dem Heranziehen von Kräften aus der unmittelbaren Produktionsarbeit verbunden ist) in allen Partei- und Sowjetinstitutionen die Einrichtung der Praktikanten einzuführen. Sie besteht darin, daß Gruppen von Arbeitern, die periodisch einander ablösen, die Arbeit in den verschiedenen Institutionen, (Fabrik- und Werkkomitees, Gewerkschaften, Parteikomitees, Sowjets, Exekutivkomitees, Abteilungen der Exekutivkomitees, Sowjetwirtschaften usw.) beaufsichtigen und zum Teil auch einige Aufträge ausführen. Solche Beispiele hat es schon gegeben (Studenten der Parteischnule im Obersten Rat der Volkswirtschaft, Praktikanten im Moskauer Gouvernementsexekutivkomitee, Arbeiterinnen in der Sozialfürsorge). Die Zahl der Praktikanten und die Dauer ihrer Pflichtarbeit wird abhängig vom Charakter der entsprechenden Institution festgelegt.

Anmerkung: Der besonderen Bedingungen in den Truppenteilen der Roten Armee wegen gibt es dort diese Form der Arbeit nicht.

### III. Militärische Ausbildung

15. Alle Parteimitglieder werden in Sonderabteilungen zusammengefaßt; sie lernen alle ohne Ausnahme die Handhabung der Waffe. Außerdem müssen sie in der Handhabung solcher Waffenarten ausgebildet werden, die einer gewissen Vorbildung bedürfen (Panzerwaffe, Maschinengewehr, Flugzeuge usw.), und sich die Grundlagen der Kriegswissenschaft aneignen.

### IV. Disziplin

16. Außer den gewöhnlichen im Statut festgelegten Punkten sind termingebundene Aufgaben einzuführen (z.B. Kommandierungen usw.), sie sind durch besondere Arbeitskarten der Partei, durch die die Erfüllung der Arbeit (Erscheinen zu den Subbotniki usw.) überprüft wird, zu kontrollieren. Überhaupt ist es notwendig, ständig und systematisch die Kampf- und jede andere Arbeitsfähigkeit der Parteimitglieder zu kontrollieren. Die Partei muß in der gegenwärtigen kritischen Periode unbedingt den Charakter einer geschlossenen, zentralisierten und im höchsten Grade akti-

ven Organisation tragen.

Resolutionsentwurf über den Sowjetaufbau, der von der Fraktion  
dem VII.Sowjetkongreß vorgelegt wurde

I.

1. Die Exekutivkomitees werden von den Sowjetkongressen gewählt, sind in der Zeit zwischen den Kongressen die obersten Organe der Sowjetmacht auf dem entsprechenden Territorium und sind dem nächsthöheren Exekutivkomitee, dem Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee und dem Rat der Volkskommissare unterstellt.

2. Das Gouvernementsexekutivkomitee hat das Recht, die Tätigkeit aller Regierungsinstitutionen von zeitweiligem und ständigem Charakter, die nicht zu den Abteilungen des Exekutivkomitees gehören (mit Ausnahme der Institutionen der Feldarmeen), zu kontrollieren und zu revidieren und der entsprechenden zentralen Institution sofort davon Mitteilung zu machen.

3. Zur Durchführung der gesamten Arbeit, die der örtlichen Gewalt obliegt, und zur Verwirklichung der Verordnungen der übergeordneten Exekutivkomitees und der Zentralgewalt bilden die Exekutivkomitees Abteilungen. Beim Gouvernementsexekutivkomitee werden folgende Abteilungen gebildet: 1) Verwaltung, 2) Militärabteilung, 3) Justiz, 4) Arbeit und Sozialfürsorge, 5) Volksbildung, 6) Post- und Telegraphenwesen, 7) Finanzen, 8) Landwirtschaft, 9) Lebensmittelversorgung, 10) staatliche Kontrolle, 11) Abteilung der Volkswirtschaftsräte, 12) Gesundheitsschutz, 13) Statistik, 14) Außerordentliche Kommission, 15) Kommunalabteilung. Die Kreisexekutivkomitees bilden dieselben Abteilungen, außer Post- und Telegraphenwesen, Justiz, Statistik und Außerordentliche Kommission.

Alle Gouvernements-, Rayon- und Kreisabteilungen, Organisationen und Institutionen der "Hauptabteilungen" und "Zentren" gehören zu dem entsprechenden Volkswirtschaftsrat.

Der Gouvernementsvolkswirtschaftsrat wird mit der Gouvernementsabteilung für Landwirtschaft unter der gemeinsamen Leitung des

Gouvernementsexekutivkomitees vereinigt. Der Rayonvolkswirtschaftsrat wird mit der Kreisabteilung für Landwirtschaft unter der gemeinsamen Leitung des Kreisexekutivkomitees vereinigt.

Die Auflösung bestehender Abteilungen, die zum Kompetenzbereich der entsprechenden Volkskommissariate gehören, sowie die Bildung neuer Abteilungen wird vom Gouvernementsexekutivkomitee mit Erlaubnis des Rates der Volkskommissare oder des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees durchgeführt; Kreisabteilungen werden mit Erlaubnis des Gouvernementsexekutivkomitees aufgelöst oder gebildet.

Anmerkung: Die Zahl der Abteilungen bei den Sowjets der Werks- und Betriebsiedlungen und der kleinen Ortschaften wird vom Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees auf Vorschlag des Gouvernementsexekutivkomitees festgelegt.

4. An der Spitze jeder Abteilung steht ein Abteilungsleiter. Die Abteilungen verteilen ihre Arbeit auf Unterabteilungen und Sektionen, die ihrer Abteilung unbedingt unterstehen und unter ihrer Leitung und Kontrolle arbeiten.

In den Abteilungen der Gouvernementsexekutivkomitees werden Kollegien von 3 - 5 Mitgliedern organisiert. Die Kreiskollegien dürfen nicht mehr als 3 Mitglieder umfassen.

Alle Mitglieder des Kollegiums, darunter auch der Abteilungsleiter, werden von dem entsprechenden Exekutivkomitee gewählt, wobei auch die entsprechenden Gewerkschaften Kandidaten zur Wahl als Mitglieder des Kollegiums aufstellen können.

5. Der Abteilungsleiter hat das Recht, allein Entschlüsse zu allen Fragen zu fassen, die zum Kompetenzbereich der entsprechenden Abteilung gehören; er muß das Kollegium davon in Kenntnis setzen. Ist das Kollegium mit diesem oder jenem Entschluß des Abteilungsleiters nicht einverstanden, darf es die Verwirklichung des Entschlusses nicht hindern, es erhebt darüber beim Exekutivkomitee Beschwerde.

6. Die Abteilungen des Exekutivkomitees unterstehen dem örtlichen Exekutivkomitee und sind verpflichtet, alle Vorschriften und Verordnungen sowohl des örtlichen als auch des übergeordneten Exekutivkomitees und ihrer entsprechenden Abteilungen sowie der

entsprechenden Volkskommissariate auszuführen.

7. Stellt eine Abteilung des Exekutivkomitees fest, daß eine Verordnung des Volkskommissariats oder des übergeordneten Exekutivkomitees und seiner Abteilung aus irgendeinem Grunde nicht erfüllt wurde, ist sie verpflichtet, sofort das Präsidium in Kenntnis zu setzen, das, ohne die Verwirklichung der gegebenen Verordnung zu hindern, seine Erwägungen über die Notwendigkeit ihrer Aufhebung über das Gouvernementsexekutivkomitee dem Rat der Volkskommissare oder dem Allrussischen Zentralen Exekutivkomitee mitteilt; das Kreisexekutivkomitee teilt seine Erwägungen dem Gouvernementsexekutivkomitee mit usw., wobei gleichzeitig dasjenige Organ, das die Verfügung erlassen hat, zu benachrichtigen ist.

8. Die Volkskommissariate und Abteilungen des Exekutivkomitees erlassen ihre amtlichen Verordnungen an die ihnen unterstellten entsprechenden Abteilungen, wobei sie alle Verordnungen, die von besonderer Wichtigkeit sind, gleichzeitig dem Exekutivkomitee übermitteln, das ihre richtige und rechtzeitige Durchführung überwacht.

9. Die Volkskommissariate und Abteilungen des Exekutivkomitees haben das Recht, unmittelbare Verbindung mit den entsprechenden Abteilungen aller untergeordneten Exekutivkomitees herzustellen. In den Fällen, in denen die Volkskommissariate oder die Abteilungen des Exekutivkomitees direkt, unter Umgehung der Zwischeninstanzen, mit unteren Organen in Verbindung treten (z.B. die Volkskommissariate mit den Abteilungen des Kreisexekutivkomitees, die Gouvernementsabteilungen mit Abteilungen der Amtsbezirksexekutivkomitees usw.), sind sie verpflichtet, gleichzeitig diese Instanzen in Kenntnis zu setzen.

10. In der Regel treten die Exekutivkomitees und ihre Abteilungen mit den höheren Exekutivkomitees und ihren Abteilungen sowie mit den Volkskommissariaten über die entsprechenden Zwischeninstanzen (das Amtsbezirksexekutivkomitee über das Kreisexekutivkomitee, das Kreisexekutivkomitee über das Gouvernementsexekutivkomitee) in Verbindung; das nimmt ihnen aber nicht das Recht, in denjenigen Fällen, in denen sie es als notwendig erkennen, unmittelbar mit den höheren Organen in Verbindung zu treten.

11. Zur Leitung der gesamten laufenden Arbeit zur Verwaltung eines entsprechenden Territoriums und zur Durchführung der Verordnungen und Dekrete der Zentralgewalt wählt das Exekutivkomitee ein Präsidium: das Präsidium des Gouvernements umfaßt 3 bis 5 Mitglieder, das des Kreises 3 Mitglieder. Die Mitglieder des Präsidiums werden nach Möglichkeit von der unmittelbaren Leitung von Abteilungen befreit. Das Präsidium des Exekutivkomitees vereinigt und lenkt die Arbeit der Abteilungen des entsprechenden Exekutivkomitees sowie die Arbeit der untergeordneten Exekutivkomitees als Ganzes und ihrer Abteilungen und hat dabei alle Rechte, sie zu instruieren, zu kontrollieren und zu revidieren.

## II.

An den Sowjetkongressen (der Gouvernements, Kreise und Amtsbezirke) müssen die Vertreter aller Sowjets teilnehmen, die sich auf dem Territorium der gegebenen Verwaltungseinheit befinden, sowie auch derjenigen Orte (Siedlungen, Fabriken, Werke usw.), in denen die Fragen der Verwaltung durch die Vollversammlung der Wähler entschieden werden (§ 57 der Verfassung).

## III.

In Kreisstädten von Industriecharakter werden Stadtsowjets gebildet, in den übrigen Kreisstädten werden Stadtsowjets nur auf Beschluß des Gouvernementsexekutivkomitees mit Einverständnis des Präsidiums des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees gebildet.

In allen Gouvernementsstädten werden Stadtsowjets gebildet. Ausnahmen von dieser allgemeinen Regel werden in jedem einzelnen Falle vom Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees festgesetzt.

In den Kreisstädten, in denen Stadtsowjets gebildet werden, nehmen letztere an den Sowjetkongressen der Kreise teil und wählen ein gemeinsames Exekutivkomitee für den Kreis und die Stadt. In allen Gouvernementsstädten, in denen Stadtsowjets gebildet werden, nehmen letztere am Sowjetkongreß des Kreises teil und wählen ein gemeinsames Exekutivkomitee für den Kreis und die Gouvernementsstadt.

Das Gouvernementsexekutivkomitee ist das oberste Machtorgan im Gouvernement und arbeitet in den Perioden zwischen den Kongressen unter der Kontrolle des Stadtsowjets.

IV.

Der VII. Allrussische Kongreß beauftragt das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee, die Frage der neuen administrativ-wirtschaftlichen Einteilung der RSFSR praktisch auszuarbeiten.

Bis zur Lösung dieser Frage durch das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee ist die Bildung neuer administrativ-wirtschaftlicher Einheiten sowie die Einführung einer neuen Rayoneinteilung des gesamten oder eines Teils des Territoriums der RSFSR nach irgendwelchen einzelnen Zweigen der Wirtschaft oder der Verwaltung nicht gestattet.

V.

Die Allrussische Konferenz der KPR beauftragt den Referenten zur Organisationsfrage auf dem VII. Allrussischen Sowjetkongreß, der Organisation der Dorsowjets und der Amtsbezirksexekutivkomitees besondere Aufmerksamkeit zu widmen und den Vorschlag einzubringen, das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee zu beauftragen, so rasch wie möglich eine Instruktion über die Wahlordnung für die Dorsowjets und die Sowjetkongresse der Amtsbezirke auszuarbeiten.

VI.

Der Entwurf der Moskauer Arbeiterinspektion über die Organisierung einer Arbeiterinspektion ist als Material der Organisationssektion des VII. Allrussischen Sowjetkongresses zu übergeben.

"VIII. Konferenz der KPR(B),  
Protokolle". 1934

IX. Parteitag der KPR(B)

Moskau, 29. März - 5. April 1920

Auf dem Parteitag waren 554 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 611 978 Parteimitglieder vertraten und 162 Delegierte mit beratender Stimme.

Tagesordnung: 1) Rechenschaftsbericht des ZK; 2) Die nächsten Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus; 3) Die Gewerkschaftsbewegung; 4) Die Aufgaben der Kommunistischen Internationale; 5) Organisatorische Fragen; 6) Das Verhältnis zu den Genossenschaften; 7) Der Übergang zum Milizsystem; 8) Wahl des Zentralkomitees.

Den Rechenschaftsbericht des ZK gab W.I. Lenin.

Der Parteitag bestimmte die nächsten wirtschaftlichen Aufgaben des Landes auf dem Gebiete des Verkehrswesens und der Industrie und wies besonders auf die Notwendigkeit der Teilnahme der Gewerkschaften am wirtschaftlichen Aufbau hin.

Besondere Aufmerksamkeit wurde auf dem Parteitag der Frage des einheitlichen Wirtschaftsplans gewidmet, der in erster Linie die Hebung des Verkehrswesens, der Brennstoffförderung und des Hüttenwesens vorsah. Das Kernstück dieses Plans bildete die Elektrifizierung der gesamten Volkswirtschaft, die Lenin als "das große Programm für 10 bis 20 Jahre" (GOELRO-PLAN) hervorhob.

Der Parteitag erteilte der militär-bürokratischen Linie Trotzki eine Abfuhr, der die Anwendung unqualifizierter Zwangsarbeit im Massenmaßstab in der Industrie vertrat.

Der Parteitag erteilte ebenfalls der parteifeindlichen Gruppe des "demokratischen Zentralismus" eine Abfuhr, die gegen die individuelle Leitung und die persönliche Verantwortlichkeit der Direktoren der Betriebe auftrat und eine schrankenlose "Kollegialität" und Unverantwortlichkeit in der Leitung der Industrie verfocht. Die Hauptrolle in dieser parteifeindlichen Gruppe spielten Saprnow, Ossinski und Smirnow. Sie wurden auf dem Parteitag von Rykow und Tomski unterstützt.

Der Parteitag wählte das ZK, dem W.I. Lenin, J.W. Stalin, A.A. An-

drejew, M.I.Kalinin, Artjom (F.A.Sergejew), F.E.Dserschinski u.a.m. angehört. Als Kandidaten des ZK wurden W.M.Molotow, E.M.Jarowlawski u.a. gewählt.

#### I. Resolutionen des Parteitag

##### Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees

Nach Entgegennahme des Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees stellt der IX.Parteitag der KPR (Bolschewiki) fest, daß das Zentralkomitee unter den Bedingungen des erbitterten Bürgerkrieges, des verstärkten Aufbaus der Sowjets und des ungewöhnlichen Wachstums der Partei arbeiten mußte.

Der Parteitag stellt fest, daß das Zentralkomitee trotz aller Schwierigkeiten im Verlauf seiner Arbeit die politische Linie und die organisatorische Arbeit der Partei im großen und ganzen richtig und entschlossen durchgeführt hat. Der Parteitag billigt die Tätigkeit des Zentralkomitees und geht zur Tagesordnung über.

##### Über die nächsten Aufgaben des wirtschaftlichen Aufbaus

#### I. Über den Arbeitsenthusiasmus

Der Parteitag konstatiert mit Genugtuung das Vorhandensein unbestreitbarer Anzeichen eines Arbeitsenthusiasmus unter den fortgeschrittenen Schichten der Werktätigen, hält es jedoch für seine Pflicht, alle lokalen und zentralen Institutionen der Sowjetrepublik vor einer übertriebenen Beurteilung der bereits erzielten Resultate zu warnen.

Wirklich ernsthafte Erfolge kann man nur erreichen, erstens, wenn der Arbeitsenthusiasmus durch weitere agitatorische und organisatorische Anstrengungen unserer Partei und der Gewerkschaften von den fortgeschrittenen Schichten auf die ganze Millionenmasse der Werktätigen in Stadt und Land übergreifen wird; zweitens, wenn die zentralen und lokalen Wirtschaftsorgane die notwendigen Maßnahmen ergreifen werden, um alle Erscheinungen des Arbeitsenthusiasmus quantitativ und qualitativ zu berücksichtigen, die herbei strömenden Arbeitskräfte richtig und rechtzeitig zu ver-

werten, die zersplitterten Bestrebungen, die Handwerkelei, das Herumwirtschaften auf eigene Faust rechtzeitig zu überwinden und ohne Gewaltmaßnahmen dem allgemeinen Wirtschaftsplan des Staates einzufügen.

Um das Interesse für Fragen der Arbeit und der wissenschaftlichen Organisation der Industrie zu heben, muß man außer den Kräften der Partei auch alle Kräfte des Volkskommisariats für Bildungswesen und der Politischen Verwaltung der Republik mobilisieren.

Die Popularisierung naturwissenschaftlicher und technischer Kenntnisse (Elektrifizierung, wissenschaftliche Landbearbeitung usw.), Berufsausbildung aller Arten und Stufen, Kurse zur Ausbildung von Arbeitsinstruktoren und Kommissaren, Herausgabe von Lehrbüchern, Lehrmitteln, Filmen usw. - das alles muß großzügig organisiert werden. Man muß alle wissenschaftlichen Kräfte zur Bearbeitung der Fragen der Technik und der wissenschaftlichen Organisation der Industrie heranziehen, Institute für wissenschaftliche Forschungen und Erfindungen schaffen und in jeder Weise unterstützen.

#### II. Die Einheit des Wirtschaftsplans

Die grundlegende Voraussetzung für die wirtschaftliche Wiedergeburt des Landes ist die strengste Durchführung eines für die nächste geschichtliche Epoche berechneten einheitlichen Wirtschaftsplans. Entsprechend der Tiefe des wirtschaftlichen Niedergangs und der ausgesprochenen Verarmung des Landes zerfällt der Wirtschaftsplan selbstverständlich in eine Reihe von folgerichtigen, einander bedingenden Hauptaufgaben:

- a) in erster Linie Verbesserung des Zustands im Transportwesen, Zufuhr und Bildung der notwendigen Reserven an Getreide, Brenn- und Rohstoffen;
- b) Maschinenbau für das Transportwesen, für die Beschaffung von Brennstoffen, Rohstoffen und Getreide;
- c) verstärkte Entwicklung des Maschinenbaus zur Herstellung von Massenbedarfsartikeln;

d) Steigerung der Produktion von Massenbedarfsartikeln.

Bei der Durchführung dieses Plans müssen wir uns auf die neuesten technischen Errungenschaften stützen. Die technische Seite der Sache müssen wir derart anpacken, daß wir die großzügige Ausnutzung der elektrischen Energie an die Spitze stellen, entsprechend den Hauptetappen der Durchführung des allgemeinen Wirtschaftsplanes ungefähr in folgender Reihenfolge:

1. Ausarbeitung eines Plans zur Elektrifizierung der Volkswirtschaft und Durchführung eines Minimalprogramms der Elektrifizierung, d.h. Festsetzung der wichtigsten Punkte, die mit elektrischer Energie versorgt werden müssen, und Ausnutzung der bestehenden Kraftwerke sowie eines Teils der bereits im Bau begriffenen Rayonzentralen.

2. Bau der wichtigsten, am dringendsten notwendigen Rayonkraftwerke und Stromleitungen und entsprechende Erweiterung der Tätigkeit der Betriebe für elektro-technische Ausrüstungen.

3. Errichtung von Rayonkraftwerken, die an zweiter Stelle stehen. Erweiterung des Stromnetzes und konsequente Elektrifizierung der wichtigsten Produktionsprozesse.

4. Elektrifizierung der Industrie, des Transportwesens und der Landwirtschaft.

Von diesem grundlegenden, für die folgende historische Epoche berechneten Wirtschaftsplan müssen die zentralen Wirtschaftsstellen der Sowjetrepublik bei ihren nächsten Plänen und Berechnungen ausgehen und ihre Hauptkräfte und -mittel in erster Linie für die Lösung der wirtschaftlichen Hauptaufgaben in der entsprechenden Reihenfolge mobilisieren.

Auch der Außenhandel muß, sofern sich der Sowjetrepublik diese Möglichkeit eröffnet, in vollem Umfang den Bedürfnissen des grundlegenden Wirtschaftsplans untergeordnet werden.

Die für die Hauptaufgaben in ihrer Reihenfolge erforderlichen Nebenindustrien müssen je nach dem wirklichen Bedarf entwickelt werden. Industriezweige, die für die Bewältigung der Hauptaufgabe der Wirtschaftsperiode nicht unbedingt notwendig sind, können nur insofern gefördert werden, als ihre Arbeit die Durchführung der

Hauptaufgabe nicht behindert. Infolgedessen dürfen die laufenden Wirtschaftsaufgaben der wirtschaftlichen Zentralstellen nicht einfach eine Summierung der Bedürfnisse darstellen, sondern müssen sich mit eiserner Konsequenz aus dem ganzen für die nächste Zeit berechneten Wirtschaftsplan ergeben.

Der festgesetzte Plan kann nicht durch vereinzelte, einmalige heroische Anstrengungen der fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse durchgeführt werden, sondern nur durch zähe, systematische, planmäßige Arbeit und durch Heranziehung immer größerer Massen von Werktätigen zu dieser Arbeit. Der Erfolg einer solchen, immer weiter um sich greifenden Mobilisierung und Erziehung zur Arbeit kann nur dadurch gesichert werden, daß die breitesten Massen in Stadt und Land sich über den inneren Sinn des Wirtschaftsplanes, seine innere Folgerichtigkeit wirklich klar werden, die erst nach einer längeren Zeit größter Kraftanspannung und schwerster Opfer für alle fühlbare Ergebnisse zeitigen kann.

### III. Mobilisierung qualifizierter Arbeiter

Der Parteitag billigt die Thesen des ZK der KPR über die Mobilisierung des Industrieproletariats, über Arbeitspflicht, Militarisierung der Wirtschaft und Verwendung von Truppenteilen zu wirtschaftlichen Zwecken und beschließt:

Die Parteiorganisationen müssen die Gewerkschaften und Arbeitsämter bei der Registrierung sämtlicher qualifizierter Arbeiter in jeder Weise unterstützen, damit diese mit derselben Konsequenz und Strenge zur Arbeit in der Industrie herangezogen werden wie die Kommandeure zur Arbeit in der Armee.

Jeder qualifizierte Arbeiter muß zu seinem Beruf zurückkehren. Ausnahmen, d.h. die Belassung qualifizierter Arbeiter auf anderen Posten, sind nur mit Einwilligung der zuständigen zentralen und lokalen Organe zulässig.

### IV. Massenmobilisierung auf Grund der Arbeitspflicht

Die Massenmobilisierungen auf Grund der Arbeitspflicht müssen von Anfang an richtig organisiert werden, d.h. man muß jedesmal



möglichst genau feststellen, welche Zahl von Arbeitern mobilisiert werden muß, an welchem Orte sie zu konzentrieren sind, wie groß die Arbeitsaufgabe ist und wieviel Werkzeuge gebraucht werden. Ebenso wichtig ist es, dafür zu sorgen, daß die aus den Mobilisierten gebildeten Arbeitstruppen ein technisch kompetentes und politisch geschultes Instrukteurpersonal erhalten. Ferner muß man durch vorherige Parteilobilisierung kommunistische Arbeitszellen für die Arbeitstruppen bilden, d.h. man muß den gleichen Weg gehen, den wir bei der Schaffung der Roten Armee eingeschlagen haben.

#### V. Arbeitswettbewerb

Jede soziale Ordnung (Sklaverei, Feudalismus, Kapitalismus) hatte ihre eigenen Methoden, um die Werktätigen im Interesse einer Oberschicht der Ausbeuter zur Arbeit zu zwingen und zu erziehen.

Vor der Sowjetordnung steht in ihrer ganzen Größe die Aufgabe der Herausbildung ihrer eigenen Beeinflussungsmethoden, um die Intensität und Zweckmäßigkeit der Arbeit auf der Grundlage der vergesellschafteten Wirtschaft im Interesse des ganzen Volkes zu steigern.

Neben der agitatorischen, geistigen Einwirkung auf die werktätigen Massen und den Repressalien gegen die notorischen Nichtsteuern, Schmarotzer und Desorganisatoren ist der Wettbewerb eine mächtige Triebkraft zur Hebung der Arbeitsproduktivität.

In der kapitalistischen Gesellschaft trug der Wettbewerb den Charakter der Konkurrenz und führte zur Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. In einer Gesellschaft, in der die Produktionsmittel nationalisiert sind, wird der Wettbewerb der Arbeit, ohne daß der Solidarität Abbruch geschieht, die Gesamtsumme der Arbeitsprodukte erhöhen.

Der Wettbewerb zwischen Betrieben, Bezirken, Abteilungen, Werkstätten und einzelnen Arbeitern muß von den Gewerkschaften und den Wirtschaftsorganen sorgfältig organisiert und aufs ernste studiert werden.

Das Prämiensystem muß eines der stärksten Mittel zur Anregung

des Wettbewerbs werden. Mit ihm muß das System der Lebensmittelversorgung in Einklang gebracht werden: solange die Sowjetrepublik nicht über genügende Mengen von Lebensmitteln verfügt, muß der fleißige und gewissenhafte Arbeiter besser versorgt werden als der Nachlässige.

Eine der zweckmäßigsten Arten kollektiver Främierung ist die Främierung lokaler Organe für erfolgreiche Leitung der Produktion. Zu diesem Zweck muß auf Grund einer Übereinkunft mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Volkskommissariat für Ernährungswesen festgesetzt werden, daß ein Teil der Produkte, die von den den Gouvernements-Volkswirtschaftsräten unterstellten Staatsbetrieben über die festgelegte Norm hinaus erzeugt werden, als zusätzliche Ration unter der Bevölkerung des betreffenden Gouvernements zur Verteilung kommt, in erster Linie unter demjenigen Teil, der selbst die Produktivität des Betriebes gesteigert hat.

#### VI. Vom Trustzentralismus zum sozialistischen Zentralismus

Die jetzige Organisationsform der Industrie ist eine Übergangsform. Der Arbeiterstaat nationalisierte die kapitalistischen Trusts, gliederte ihnen auch einzelne Betriebe des gleichen Industriezweiges an und organisierte nach dem Muster dieser Trusts auch die Betriebe der unter dem Kapitalismus nicht vertrusteten Industriezweige. Dadurch wurden in der Industrie eine Reihe mächtiger vertikaler Organisationen geschaffen, die wirtschaftlich voneinander isoliert sind und von denen nur die Spitzen durch den Obersten Volkswirtschaftsrat zusammengefaßt werden.

Während unter dem Kapitalismus jeder zum Trust gehörige Betrieb viele Materialien, die Arbeitskräfte usw. auf dem nächstgelegenen Markt erwerben konnte, erhalten diese Betriebe unter den gegenwärtigen Verhältnissen alles, was sie brauchen, auf Anweisung der zentralen Wirtschaftsorgane. Infolge der gewaltigen Ausdehnung des Landes, der äußersten Unbestimmtheit und Veränderlichkeit der wichtigsten Produktionsfaktoren, der Zerrüttung des Transportwesens, der außerordentlich geringen postalischen und telegraphischen Verbindungen und der noch sehr großen Ungenauig-

keit der Methoden und Resultate der Wirtschaftsstatistik haben aber die Methoden des Zentralismus, die eine Folge der ersten Expropriationsperiode der kapitalistischen Industrie waren und unvermeidlich die untereinander zusammenhängenden örtlichen Betriebe (in Städten, Gouvernements, Rayons, Gebieten) voneinander trennten, dazu geführt, daß jene ungeheuerlichen Formen des Bürokratismus entstanden, die unserer Wirtschaft schwersten Schaden zufügen.

Die organisatorische Aufgabe besteht heute darin, den vertikalen Zentralismus der Hauptverwaltungen zu erhalten und auszubauen und ihn mit der horizontalen Koordinierung der Betriebe nach Wirtschaftsgebieten zu verbinden, in denen Betriebe verschiedener Industriezweige und verschiedener wirtschaftlicher Bedeutung auf die gleichen lokalen Rohstoffquellen, auf die gleichen Transportmittel, die gleichen Arbeitskräfte usw. angewiesen sind.

Den lokalen Wirtschaftsorganisationen muß größere Selbständigkeit eingeräumt werden, gleichzeitig muß man das wirtschaftliche Interesse der Ortsbevölkerung an den Ergebnissen der industriellen Tätigkeit steigern.

Der Parteitag hält die von der ersten Tagung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees bestätigte Instruktion über die lokalen Wirtschaftsorgane nur für den ersten Schritt auf dem Wege zur Herstellung richtiger Beziehungen zwischen den zentralen und lokalen Wirtschaftsorganen, um eine koordinierte Wirtschaftsführung möglich zu machen.

#### VII. Gebietswirtschaftsorgane

Für große, abgelegene und sich durch besondere wirtschaftliche Bedingungen auszeichnende Gebiete hält der Parteitag für die nächste Zeit die Schaffung starker und kompetenter Gebietswirtschaftsorgane durch Organisation von Vertretungen der betreffenden gesamtstaatlichen Wirtschaftsstellen für eine unbedingte Notwendigkeit.

Diese Gebietsbüros, die man aus erfahrenen Funktionären zusammensetzen muß, die die allgemeinen Interessen des Staates im Auge behalten, müssen in bezug auf die unmittelbare Leitung des

lokalen Wirtschaftslebens weitgehende Vollmachten besitzen, damit sie durch Zusammenfassung der Gouvernementsvolkswirtschaftsräte und der Bezirkswirtschaftsverwaltungen auf Grund eines vom Zentrum bestätigten Planes imstande sind, alle aus den Verhältnissen sich ergebenden notwendigen Änderungen, Übertragungen von Rohstoffen, Arbeitskräften usw. usw. vorzunehmen.

Diesen Aufgaben entsprechend müssen in den Gebietsbüros bevollmächtigte Delegierte vertreten sein, die mit den zentralen Wirtschaftsverwaltungen verbunden sind.

Da die Gebietsbüros auf Grund der ihnen von den zentralen Organen der Sowjetmacht eingeräumten Vollmachten arbeiten, gelten für ihre Beziehungen zu den Gouvernementsexekutivkomitees voll inhaltlich die Beschlüsse des VII. Sowjetkongresses.

Die Festsetzung der Grenzen jener Gebiete, für die die Schaffung von Gebietsagenturen der Zentralstellen erforderlich ist, muß auf Grund wirtschaftlicher Erwägungen erfolgen. Der Gebietsagentur muß ferner ein Vertreter der Arbeitsarmee angehören, um an der Beratung der Fragen teilzunehmen, die mit der Verwendung der ihm zur Verfügung stehenden Kräfte zusammenhängen.

Da die Arbeitsarmeen in manchen Orten heute schon in bedeutendem Maße die Funktionen von Gebietswirtschaftsorganen ausüben, müssen sie auch in der Folge diesen Aufgaben angepaßt werden, unter Vornahme aller notwendigen Änderungen an ihrem Apparat. Von der Bildung anderer paralleler Gebietsorgane ist abzusehen.

#### VIII. Entwicklung der Formen des sozialistischen Zentralismus

Im Obersten Volkswirtschaftsrat und seinen lokalen Organen müssen besondere Kommissionen geschaffen werden zum Studium der Fragen, wie die Beziehungen zwischen den verschiedenen zentralen und lokalen Wirtschaftsorganen am zweckmäßigsten festgelegt werden, wie die einzelnen Betriebe auf die einfachste Weise an Ort und Stelle die erforderlichen Rohstoffe, die neuen Arbeitskräfte usw. erhalten, ohne sich jedesmal an die Zentrale zu wenden, aber auch ohne die allgemeinen Wirtschaftspläne zu verletzen. Nur wenn man auf Grund der Erfahrungen ständige Verbesserungen vornimmt,

auf lokaler Ebene die Verbindungen zwischen den verschiedenartigsten Betrieben stärkt und ausbaut, den kürzesten Weg für den Transport von Rohstoffen und Fertigwaren ausfindig macht, nur wenn sämtliche Betriebe der Stadt, des Gouvernements oder Gebiets die besten Methoden zur Verwertung der im betreffenden Bezirk vorhandenen Kräfte sich aneignen, wird unsere Wirtschaft von den heutigen Formen des Zentralismus, dem noch Spuren der kapitalistischen Trusts anhaften, zum wirklichen sozialistischen Zentralismus übergehen, der mit seinem einheitlichen Wirtschaftsplan sämtliche Wirtschaftszweige in allen Teilen des Landes erfaßt.

#### IX. Die Organisation der Verwaltung der Industrie

Bei der Organisation der Verwaltung der Industrie ist die Hauptaufgabe die Schaffung einer kompetenten, starken und energischen Leitung, ganz gleich, ob es sich um einen einzelnen Industriebetrieb oder um einen ganzen Industriezweig handelt.

Um einen einfacheren und besser funktionierenden Verwaltungsapparat der Industrie zu bekommen, um ferner mit organisatorischen Kräften zu sparen, hält es der Parteitag für notwendig, die Verwaltung der Industrie dem Prinzip der persönlichen Leitung anzunähern, und zwar: in den einzelnen Abteilungen und Werkstätten die vollständige und unbedingte persönliche Leitung einzuführen, in den Betriebsleitungen zur persönlichen Leitung und auf den mittleren und oberen Stufen des Industrie-Verwaltungsapparates zu beschränkten kollegialen Verwaltungsformen überzugehen.

Die ungeheuer wichtige Frage der Heranziehung immer breiterer Kreise der Arbeiterklasse zur Leitung der Wirtschaft muß durch eine ganze Reihe von Maßnahmen gelöst werden (deren wichtigste wir weiter unten aufzählen), aber keineswegs auf Kosten der Stabilität, der Kompetenz und der Einfachheit des Verwaltungsapparates in jedem gegebenen Augenblick.

Angesichts der Tatsache, daß ein unbestrittener Typus der Verwaltung der Sowjetbetriebe, Betriebsvereinigungen und ganzer Industriezweige sich noch nicht herausgebildet hat, daß ferner die Heranbildung der erforderlichen Kader von Administratoren, Direktoren usw. sich noch im Anfangsstadium befindet, hält der

Parteitag auf dem Wege zur völligen Einführung der persönlichen Leitung verschiedene Kombinationen in der Verwaltung der Industrie für möglich und zulässig, so z.B.:

a) der Verwaltungsdirektor ist ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter, der einen festen Willen, Konsequenz und insbesondere die Fähigkeit bewiesen hat, Fachleute, Techniker, Ingenieure zur Arbeit heranzuziehen; ihm steht ein Ingenieur zur Seite als Gehilfe für technische Fragen;

b) der faktische Leiter des Betriebes ist ein Ingenieur, der den notwendigen Anforderungen entspricht. Ihm steht als Kommissar ein gewerkschaftlich organisierter Arbeiter zur Seite, der weitgehende Rechte besitzt und verpflichtet ist, alle Zweige des Betriebes kennenzulernen;

c) ein oder zwei gewerkschaftlich organisierte Arbeiter sind Stellvertreter des fachmännischen Direktors. Sie haben das Recht und die Pflicht, sich über sämtliche Zweige der Betriebsverwaltung zu informieren, sind aber nicht berechtigt, Anordnungen des Direktors zu annullieren;

d) in den Fällen, wo kleine gut eingearbeitete Kollegien vorhanden sind, deren Mitglieder einander ergänzen und die in der Praxis ihre Arbeitsfähigkeit bereits bewiesen haben, sollen sie erhalten bleiben, wobei man dem Vorsitzenden größere Rechte einräumen und seine Verantwortung für die Arbeit des Gesamtkollegiums erhöhen muß. Die Kollegien in den mittleren und oberen Wirtschaftsorganen (Gouvernementsvolkswirtschaftsräte und Bezirks-Wirtschaftsverwaltungen, Hauptverwaltungen und Abteilungen) müssen auf eine minimale Mitgliederzahl beschränkt werden und ihren Vorsitzenden haben, der für die gesamte Arbeit der Verwaltung verantwortlich ist.

Die wirkliche Durchführung (von oben bis unten) des wiederholt verkündeten Prinzips der festen Verantwortung einer bestimmten Person für eine bestimmte Arbeit ist in jedem Falle eine notwendige Voraussetzung für die Verbesserung der Wirtschaftsorganisation und das Wachstum der Industrie. Das kollegiale Prinzip muß, soweit es bei der Beratung oder Beschlußfassung eine gewisse Rolle

spielt, bei der Ausführung dem individuellen Prinzip den Platz einräumen. Die Tauglichkeit einer jeden Organisation ist danach zu bemessen, wie streng in ihr die Verteilung der Pflichten, der Funktionen und der Verantwortung durchgeführt ist.

Anmerkung: Ein besonderes Organ des Obersten Volkswirtschaftsrats muß die Arbeit der Verwaltung sorgfältig kontrollieren, um sowohl eine ständige Auslese der Kräfte durchzuführen als auch an Hand der Erfahrung die besten Methoden der Zusammenarbeit von Arbeitern und Fachleuten in der Verwaltung ausfindig zu machen.

Die Organisation der leitenden Institutionen der Industrie, sowohl der kollegial als auch der individuell geleiteten, muß auf Vereinbarung zwischen den Organen des Obersten Volkswirtschaftsrats und den entsprechenden Organen des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften erfolgen.

Die Spezialisten, die als Betriebsdirektoren arbeiten oder ähnliche Aufträge erhalten, werden auf demselben Wege bestimmt.

#### X. Heranziehung der Massen zur Leitung der Industrie

Der Parteitag hält es für notwendig, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um breite Arbeiterschichten für die Betriebsorganisation zu schulen und aus den Reihen der Arbeiterklasse ständig neue, zu organisatorischer Arbeit in der Industrie geeignete Elemente heranzuziehen. Zu diesem Zweck muß man:

a) die Produktionspropaganda mit Hilfe der Gewerkschaften und des Obersten Volkswirtschaftsrats auf ein entsprechendes Niveau bringen. Dabei darf man sich nicht auf allgemein gehaltenen Aufforderungen zur Hebung der Arbeitsproduktivität beschränken, sondern muß die Frage für die einzelnen Produktionszweige und einzelnen Betriebe konkretisieren und spezialisieren. Jeder Arbeiter muß die Rolle und den Platz seines Betriebes im Gesamtsystem der sozialistischen Wirtschaft kennen. Es muß eine regelmäßige, z.B. monatliche Berichterstattung der Betriebsleitung in den allgemeinen Betriebsversammlungen über die im verflossenen Monat geleistete Arbeit und über den Produktionsplan für den kommenden

Monat eingeführt werden;

b) in einzelnen Großbetrieben oder Betriebsvereinigungen Kurse über Betriebsverwaltung abhalten, in denen die begabtesten Arbeiter, möglichst ohne ihre Arbeit im Betrieb aufzugeben, an Hand der Erfahrungen des betreffenden Betriebes in den notwendigen Elementen des Verwaltungswesens unterwiesen werden;

c) die Arbeiter, die eine solche Ausbildung durchgemacht haben, zu Stellvertretern der Leiter einzelner Abteilungen oder auch des Betriebsleiters ernennen;

d) Arbeiter, die diese praktische Vorbildung durchgemacht haben, auf selbständige Verwaltungsposten in der Produktion stellen, zunächst in kleineren, später in größeren Betrieben.

#### XI. Die Spezialisten in der Industrie

Da ohne eine wissenschaftliche Organisation der Produktion selbst die breiteste Anwendung der Arbeitspflicht und der heldenmütigste Arbeitsenthusiasmus der Arbeiterklasse nicht imstande sind, eine machtvolle sozialistische Wirtschaft aufzubauen oder auch nur das Land den Krallen des Elends zu entreißen, hält es der Parteitag für eine unbedingte Notwendigkeit, sämtliche arbeitsfähigen Spezialisten der verschiedenen Wirtschaftszweige zu registrieren und sie bei der Organisierung der Produktion auszunutzen.

Der Parteitag hält die Kontrolle und rücksichtslose Bestrafung sämtlicher konterrevolutionären Elemente, die ihre Posten zur Sabotage der sozialistischen Wirtschaftsordnung ausnutzen wollen, auch weiterhin für notwendig, macht aber gleichzeitig sämtliche Parteimitglieder aufs entschiedenste darauf aufmerksam, daß wir durch geistige Einwirkung die Spezialisten in den Kreis der Produktionsinteressen der Sowjetrepublik hineinziehen müssen und macht es den Parteifunktionären - in strengster Übereinstimmung mit dem Geist und den Buchstaben unseres Programms - zur Pflicht, eine Atmosphäre kameradschaftlicher Zusammenarbeit der Arbeiter und der von der bürgerlichen Gesellschaft übernommenen technischen Spezialisten zu schaffen.

Eine der Aufgaben der Produktionspropaganda und der allgemein-politischen Agitation besteht darin, die breitesten Arbeitermassen darüber aufzuklären, vor welchen grandiosen wirtschaftlichen Aufgaben das Land steht, wie wichtig die technische Bildung sowie die wissenschaftlich-technische und administrative Erfahrung sind. Der Parteitag macht es sämtlichen Parteimitgliedern zur Pflicht, jene Ignoranz, jene überhebliche Auffassung aufs schärfste zu bekämpfen, nach der die Arbeiterklasse ihre Aufgaben zu bewältigen imstande sei ohne Ausnützung der bürgerlichen Spezialisten auf den verantwortlichsten Posten. Für jene demagogischen Elemente, die sich diese Vorurteile der rückständigen Arbeiterschichten zunutze machen, ist kein Platz in der Partei des wissenschaftlichen Sozialismus.

Individuelle Berücksichtigung der Arbeitsproduktivität und individuelle Prämierung müssen in entsprechender Form auch auf das administrative und technische Personal angewandt werden. Die besten Administratoren, Ingenieure und Techniker müssen günstigere Arbeitsbedingungen erhalten, damit sie ihre Kräfte in vollem Umfang in den Dienst der sozialistischen Wirtschaft stellen.

Insbesondere müssen diejenigen Fachleute, unter deren Anleitung Arbeiter sich mit gutem Erfolg für selbständige Verwaltungsposten ausbilden, hohe Prämien erhalten.

Die Vorurteile gegen die Aufnahme des höheren technischen Personals der Betriebe und Institutionen in die Gewerkschaften müssen endgültig überwunden werden. Indem die Gewerkschaften Ingenieure, Ärzte, Agronomen usw. aufnehmen, verhelfen sie diesen Elementen, auf Grund kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit dem organisierten Proletariat, zur aktiven Teilnahme am Aufbau und erwerben Kräfte mit wissenschaftlichen Spezialkenntnissen und Erfahrungen, die sie so dringend brauchen.

#### XII. Die politische Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen

Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit und der Anstrengungen unserer Partei und der Sowjetmacht in der nächsten Zeit steht das Transportwesen. Seine Hebung ist die unbedingte Voraussetzung

selbst für die bescheidensten Fortschritte auf allen anderen Wirtschaftszweigen und vor allem auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung.

Die Hauptschwierigkeit bei der Hebung des Transportwesens ist die Schwäche der Eisenbahnergewerkschaft, die sich sowohl aus der unterschiedlichen Zusammensetzung des Personals der Eisenbahnen erklärt, unter denen noch viele Elemente aus der Zeit des Ruchlowregimes erhalten geblieben sind, als auch aus der Mobilisierung der Kommunisten, d.h. der klassenbewußtesten und aufopferungsvollsten Elemente des Eisenbahnerproletariats für die Front.

Der Parteitag hält die Unterstützung der Eisenbahnergewerkschaft, durch deren Mitwirkung allein unser Transportwesen auf die erforderliche Höhe gebracht werden kann, für eine der wichtigsten Aufgaben der Partei und erklärt gleichzeitig für eine unbedingte Notwendigkeit die Ergreifung von außerordentlichen Maßnahmen (Kriegszustand usw.), die sich aus dem entsetzlichen Verfall des Transportwesens ergeben und deren Aufgabe es ist, durch unverzügliche Schritte eine vollständige Lahmlegung des Verkehrs, die zum Untergang der Sowjetrepublik führen würde, zu verhüten.

Indem der Parteitag die Politische Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen unter diesem Gesichtspunkt einschätzt, erblickt er in ihr ein provisorisches Organ der kommunistischen Partei und der Sowjetmacht, das gestärkt werden muß. Dieses Organ muß sich folgende, aufs engste miteinander verknüpfte Aufgaben stellen: durch planmäßige Einwirkung erprobter Kommunisten, der besten Vertreter der Arbeiterklasse, das Transportwesen unverzüglich zu heben und gleichzeitig die Eisenbahnergewerkschaft zu stärken, in sie die besten, von der Politischen Hauptverwaltung des Verkehrswesens nach den einzelnen Bahnlinien delegierten Arbeiter einzureihen, der Gewerkschaft zu helfen, in ihren Organisationen eine eiserne Disziplin zu schaffen, um auf diese Weise die Eisenbahnergewerkschaft zu einem unersetzlichen Werkzeug der weiteren Hebung des Eisenbahnwesens zu machen.

Nach Durchführung dieser Aufgabe müssen die Politische Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen und ihre lokalen Organe in kürzester Zeit einerseits in die Gewerkschaftsorgani-

sationen der Eisenbahner, andererseits in die normalen Institutionen des Volkskommissariats für Verkehrswesen überführt werden.

### XIII. Versorgungsaufgaben

Auf dem Gebiet der Versorgungspolitik sind folgende Aufgaben zu bewältigen:

1. Durch höchste Anspannung aller Kräfte Schaffung eines Lebensmittelfonds von einigen hundert Millionen Pud.
2. Verteilung dieses Fonds an die Versorgungsstellen in den industriellen Hauptbezirken.
3. Unmittelbare Anpassung der Politik der Lebensmittelverteilung an die Aufgaben der Wiederherstellung der Industrie und des Transportwesens (Versorgung vor allem der wichtigsten Industriebetriebe und des Transportwesens, elastisches Manövrieren im Zusammenhang mit den sich ändernden Produktionsaufgaben; Bereitstellung von Lebensmitteln zwecks Durchführung des Prämiensystems usw.)

Eine der wichtigsten Aufgaben sowohl für die Wiederherstellung der Industrie als auch für den Außenhandel ist die Beschaffung und Bildung von Rohstoffvorräten. Die Rohstoffbeschaffung muß sich auf dem System der Festsetzung bestimmter staatlicher Liefornormen und der unbedingten Einhaltung dieser Normen aufbauen. Gleichzeitig muß bei der Rohstoffbeschaffung das System der Bezahlung der abgelieferten Rohstoffe mit Lebensmitteln und Halbfabrikaten (nach einem bestimmten, jedesmal besonders festgesetzten Maß) angewandt werden, so wie das bereits bei der Beschaffung von Flachs, Hanf usw. geschieht.

### XIV. Arbeitsarmeen

Die Verwendung von Truppenteilen für bestimmte Arbeiten hat sowohl eine praktisch-wirtschaftliche als auch eine sozialistisch-erzieherische Bedeutung. Die Bedingungen für eine zweckmäßige Anwendung der Arbeit von Truppenteilen im großen Maßstab sind:

- a) der einfache, allen Rotarmisten verständliche Charakter der Arbeit;

b) die Festsetzung von Arbeitsnormen; wird die Arbeitsnorm nicht eingehalten, so tritt eine Kürzung der Ration ein;

c) die Anwendung des Prämiensystems;

d) die Teilnahme einer bedeutenden Zahl von Kommunisten, die imstande sind, durch ihr Beispiel die Rotarmisten anzuspornen, an derselben Arbeit.

Bei der Heranziehung größerer Truppenteile zur Arbeit bekommen wir unvermeidlich einen bedeutenden Prozentsatz von Rotarmisten, die nicht unmittelbar im Produktionsprozeß beschäftigt sind. Daher kann die Verwendung von Arbeitsarmeen - bei Aufrechterhaltung des Armeeapparates - nur dann gerechtfertigt werden, wenn die Armee in ihrer Gesamtheit für Kriegszwecke erhalten bleiben muß. Fällt diese Notwendigkeit weg, so müssen die schwerfälligen Stäbe und Verwaltungen aufgelöst und die besten Elemente unter den qualifizierten Arbeitern als kleine Arbeitsstoßtrupps in den wichtigsten Industriebetrieben verwendet werden.

### XV. Arbeitsdesertion

Da ein großer Teil der Arbeiter auf der Suche nach besseren Versorgungsverhältnissen, nicht selten aber auch zu Spekulationszwecken, die Betriebe eigenmächtig verläßt und von Ort zu Ort zieht, was der Produktion großen Schaden zufügt und die allgemeine Lage der Arbeiterklasse verschlechtert, erklärt der Parteitag für eine der dringendsten Aufgaben der Sowjetmacht und der Gewerkschaftsorganisationen den planmäßigen, systematischen, hartnäckigen und rücksichtslosen Kampf gegen die Arbeitsdesertion, insbesondere durch Veröffentlichung von Deserteur-Straflisten, durch Bildung von Strafarbeitskolonnen aus Deserteuren und endlich durch Inhaftierung in Konzentrationslager.

### XVI. Kommunistische Samstage (Subbotniki)

Den kommunistischen Samstagen muß man auf lokaler Ebene viel größere Aufmerksamkeit als bisher schenken. Für die kommunistischen Samstage müssen Aufgaben ausgesucht werden, die der betreffenden Bevölkerung naheliegen, man muß ihnen den Charakter einer

kollektiven Anstrengung zur Erreichung von Zielen verleihen, die im voraus bekannt und allen verständlich sind, man muß nicht nur parteilose Arbeiter, sondern überhaupt die gesamte Bevölkerung, Männer und Frauen, heranziehen. Nicht minder wichtig ist ein gründlich durchdachter technischer Plan für jeden kommunistischen Samstag, eine genaue, zweckmäßige Verteilung und eine wirklich rationelle Ausnutzung der Arbeitskräfte. Nur unter dieser Bedingung können die kommunistischen Samstage Wurzel schlagen, nur unter dieser Bedingung kann man immer neue Massen heranziehen und die tagtägliche Arbeit durch neue Initiative und frischen Enthusiasmus befruchten.

#### XVII. Reparatur alter und Bau neuer Lokomotiven

Wenn wir auch weiterhin die Initiative jeder einzelnen Arbeitergruppe bei der Instandsetzung des Wagenmaterials in jeder Weise fördern, so müssen wir uns doch darüber im klaren sein, daß eine solche unzulängliche Methode der Unterstützung des Transportwesens nur vorübergehenden Charakter haben kann, weil sie zu viel qualifizierte Arbeitskräfte - an denen bei uns Mangel herrscht - und für andere Zwecke bestimmte Betriebseinrichtungen in Anspruch nimmt.

Da keine Hoffnung vorhanden ist, in den nächsten Monaten, ja sogar Jahren, eine größere Anzahl von Lokomotiven aus dem Ausland zu erhalten, müssen wir unbedingt eine Massenproduktion der notwendigsten Ersatzteile und später auch von Lokomotiven organisieren, in einem Umfang, der die Vorkriegsproduktion wesentlich übersteigt. Die Voraussetzung für den Erfolg in dieser Hinsicht ist die sorgfältige Ausarbeitung und energische Durchführung eines umfassenden Planes für eine bedeutende Zahl der geeignetsten Betriebe, bei gleichzeitiger Amerikanisierung der Produktion, d.h. bei strenger Einteilung des Produktionsprozesses in einzelne Funktionen und Ersatz der qualifizierten Arbeiter durch Arbeiter mit geringer, teilweiser Qualifikation unter der Anleitung durch Instruktoren.

#### XVIII. Musterbetriebe

Neben den allgemeinen Maßnahmen zur Hebung der Wirtschaft

des Landes und der Arbeitsproduktivität in der Industrie hält der Parteitag die Schaffung einzelner Musterbetriebe der wichtigsten Industriezweige in entsprechenden Bezirken für eine Notwendigkeit. Diese Betriebe, die entsprechend dem allgemeinen Wirtschaftsplan nach technischen, geographischen und anderen Gesichtspunkten auszuwählen sind, müssen sehr schnell mit zusätzlichen Ausrüstungen, notwendigen Arbeitskräften, Technikern, Lebensmitteln, Brennstoffen und Rohstoffen versorgt werden. An die Spitze solcher Betriebe muß man die besten Administratoren und Techniker stellen. Für die politische Arbeit in den Musterbetrieben muß das ZK der KPR sorgen; es muß die Arbeit unmittelbar kontrollieren. In der Presse müssen periodisch Berichte über den Verlauf der Arbeit in den Musterbetrieben veröffentlicht werden. In den Betrieben müssen - sobald das nur möglich ist - technische Kurse, Kurse über Verwaltungswesen, Arbeitsschulen usw. organisiert werden, damit jeder Musterbetrieb für einen ausgedehnten Bezirk, für einen ganzen Industriezweig, vielleicht sogar für das ganze Land zu einer Schule der industriellen Erziehung, zu einer Stätte wirtschaftlich-technischer, schöpferischer Arbeit wird.

#### XIX. Graphisches Gewerbe und Papierindustrie

Da eine der ersten Voraussetzungen für Erfolge der Sowjetrepublik auf allen Gebieten, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet, eine systematische Agitation ist, bei der die Presse eine führende Rolle zu spielen berufen ist, lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Sowjetmacht auf die völlig unhaltbaren Zustände im graphischen Gewerbe und in der Papierindustrie. Nicht nur der Bauer, sondern auch der Arbeiter bekommt immer weniger Zeitungen zu Gesicht, und die entsetzliche typographische Technik erschwert den Werktätigen das Zeitungslesen immer mehr. Der Parteitag fordert den Obersten Volkswirtschaftsrat, die betreffenden Gewerkschaften und andere daran interessierte Institutionen nachdrücklich auf, alle Anstrengungen zu machen, um die Quantität und Qualität des produzierten Papiers zu steigern, das graphische Gewerbe in Ordnung zu bringen und dadurch dem Rußland der Arbeiter und Bauern eine sozialistische Presse zu sichern.

## XX. Der 1. Mai

In Übereinstimmung mit der nächsten großen Aufgabe der sozialistischen Revolution beschließt der Parteitag:

den internationalen proletarischen Feiertag, den 1. Mai, der in diesem Jahr auf einen Samstag fällt, in einen grandiosen allrussischen kommunistischen Samstag (Subbotnik) zu verwandeln.

### Über die Organisierung der Verbindung unter den Wirtschafts- kommissariaten

Der Parteitag beauftragt das ZK, in der nächsten Zeit ein System der organisatorischen Verbindung zwischen dem Obersten Volkswirtschaftsrat und den anderen unmittelbar mit der Wirtschaft verbundenen Kommissariaten (Volkskommissariat für Ernährungswesen, Volkskommissariat für Verkehrswesen, Volkskommissariat für Landwirtschaft) in ihrer täglichen Arbeit auszuarbeiten. Dieses System soll die völlige Einheit bei der Durchführung des Wirtschaftsplanes, der vom Parteitag bestätigt wurde, gewährleisten.

### Zur Frage der Gewerkschaften und ihrer Organisierung

#### I. Die allgemeine Lage und die allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaften in der Epoche der proletarischen Diktatur.

Unter der proletarischen Diktatur verwandeln sich die Gewerkschaften aus Kampforganen der Verkäufer von Arbeitskraft gegen die herrschende Kapitalistenklasse in Apparate der herrschenden Arbeiterklasse. Die Hauptaufgaben der Gewerkschaften sind organisatorisch-wirtschaftliche und erzieherische. Die Gewerkschaften müssen diese Aufgaben nicht als eine sich selbst genügende, isolierte Organisation durchführen, sondern als einen der Hauptapparate des Sowjetstaates, der unter der Führung der Kommunistischen Partei arbeitet. Nur unter dieser Bedingung wird die größte Stabilität des ganzen Systems der proletarischen Diktatur und der größte Produktionseffekt erreicht werden.

## II. Die Gewerkschaften und der Sowjetstaat

1. Der Sowjetstaat ist die umfassendste Form der Arbeiterorganisation, die den Aufbau des Kommunismus praktisch verwirklicht und immer breitere Massen der Bauernschaft zu dieser Arbeit heranzieht. Andererseits ist der Sowjetstaat eine Arbeiterorganisation, der alle materiellen Zwangsmittel zur Verfügung stehen. Der Sowjetstaat als Verkörperung der Diktatur des Proletariats ist der Hebel der wirtschaftlichen Umwälzung. Deshalb kann von einer Gegenüberstellung der Gewerkschaftsorgane und der Organe der Sowjetmacht keine Rede sein.

2. Politik ist der konzentrierteste Ausdruck der Ökonomik, ihre Verallgemeinerung und Vollendung. Deshalb ist die Gegenüberstellung der Gewerkschaften, als wirtschaftliche Organisation der Arbeiterklasse, und der Sowjets, als ihrer politischen Organisation, überhaupt sinnlos. Sie ist eine Abkehr vom Marxismus zu bürgerlichen, insbesondere bürgerlich-trade-unionistischen Vorurteilen hin. Besonders sinnlos und schädlich ist eine solche Gegenüberstellung in der Epoche der Diktatur des Proletariats, wo deren ganzer Kampf und ganze Tätigkeit, sowohl die wirtschaftliche als auch die politische, mehr denn je zusammengefaßt, konzentriert, von einem einheitlichen Willen geleitet werden, von einer unerschütterlichen Einheit getragen sein muß.

3. Als Schule des Kommunismus und Bindeglied zwischen den zurückgebliebensten, von der alten zünftlerischen und beruflichen Beschränktheit noch nicht ganz befreiten Massen des Proletariats und seiner Avantgarde, der Kommunistischen Partei, müssen die Gewerkschaften diese Massen organisieren und kulturell, politisch und organisatorisch auf das Niveau des Kommunismus emporheben und für die Rolle von Schöpfern der kommunistischen Ordnung vorbereiten, die vom sowjetischen Staat als der historisch entstandenen Form der proletarischen Diktatur aufgebaut wird.

4. Deshalb ist vor allem ein engerer Zusammenhang zwischen dem Sowjetapparat und dem Gewerkschaftsapparat notwendig. Da die Sowjetmacht die umfassendste Organisation ist, in der die gesamte soziale Macht des Proletariats konzentriert ist, ist es klar, daß sich die Gewerkschaften in dem Maße, wie sich das kommunistische



Bewußtsein und die schöpferische Rolle der Massen entwickelt, allmählich in Hilfsorgane des proletarischen Staates verwandeln müssen, nicht aber umgekehrt.

5. Indem die Gewerkschaften diesen Weg gehen, erfüllen sie ihre wichtigste Funktion - die wirtschaftliche und verwaltungstechnische Funktion -, nehmen teil an den Sowjetorganisationen, dringen in sie ein und werden auf diese Weise immer mehr zur Grundlage des Wirtschaftsapparates der Sowjetmacht.

### III. Die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei

1. Die Kommunistische Partei ist die Organisation der Vorhut der Arbeiterklasse, die Führerin der proletarischen Bewegung und des Kampfes um die kommunistische Gesellschaftsordnung.

2. Die Partei übt ihren Einfluß auf die breiten parteilosen Schichten der Werktätigen durch die kommunistischen Fraktionen und Zellen in allen anderen Arbeiterorganisationen, in erster Linie in den Gewerkschaften aus. Nur in dem Maße, wie die Gewerkschaften, die zwar formell parteilos bleiben, ihrem Wesen nach zu kommunistischen Organisationen werden und die Politik der Kommunistischen Partei durchführen, - nur in diesem Maße sind die proletarische Diktatur und der sozialistische Aufbau gesichert.

3. Deshalb muß in jeder Gewerkschaft eine disziplinierte, organisierte kommunistische Fraktion vorhanden sein. Jede Parteifraktion ist ein Teil der Ortsorganisation und untersteht dem Parteikomitee, die Fraktion des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften dem ZK der KPR. Sämtliche Beschlüsse des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften über Arbeitsbedingungen und Arbeitsorganisation sind für alle Gewerkschaftsorganisationen, ebenso für alle dort tätigen Parteimitglieder bindend und können durch kein anderes Parteiorgan als das ZK der Partei aufgehoben werden. Die örtlichen Parteikomitees, die der ideologischen Arbeit der Gewerkschaften die Richtung geben müssen, dürfen es auf keinen Fall zur kleinlichen Bevormundung der Gewerkschaften kommen lassen. Die Beziehungen zwischen den örtlichen Parteikomitees und den Gewerkschaftsfraktionen sind durch die entsprechenden Paragraphen des Parteistatuts genau festgelegt.

### IV. Formen der Mitarbeit der Gewerkschaften im Wirtschaftsapparat des proletarischen Staates

1. Da die Gewerkschaften, die die Arbeiter nach großen Produktionszweigen zusammenfassen, mit der Produktion unmittelbar verknüpft und deshalb hier kompetente Organisationen sind, bilden sie die Hauptbasis der Wirtschaftsorganisationen, die die Industrie leiten.

2. Das kommt darin zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften, die keine abgesonderte Organisationen sind und in deren Händen keineswegs die ausschließliche Leitung der Wirtschaft der Sowjetrepublik liegt, von unten bis oben an der Organisation der Produktion teilnehmen. Dabei mischt sich keine einzige Gewerkschaftsorganisation unmittelbar in die Tätigkeit der Betriebe ein.

3. Die unterste Zelle der Gewerkschaft ist der Betriebsausschuß (Betriebsrat). Der Betriebsausschuß, der sich nicht in die Verwaltung des Betriebes einmischen darf, hat folgende Funktionen: er muß alle Maßnahmen ergreifen (bis zur Einsetzung von kameradschaftlichen Disziplinargerichten), um die Arbeitsdisziplin zu heben; er treibt neben der allgemeinen auch Produktionspropaganda, zieht die Arbeiter zur Teilnahme an der Arbeitsinspektion heran, erzieht die Arbeiter und weckt unter ihnen das Verständnis für die Rolle des Betriebes (Berichte, Referate usw.), hilft bei der Auslese von Administratoren aus den Reihen der Arbeiterschaft, überwacht die Tätigkeit der Tarifkommission usw.

4. Die Gewerkschaften nehmen Teil an der Bildung der Betriebsleitungen im Einvernehmen mit den entsprechenden Organen des Obersten Volkswirtschaftsrats. Dabei muß das Prinzip der Wählbarkeit ersetzt werden durch das Prinzip der Auslese der Kandidaten nach ihrer praktischen Erfahrung, ihrem technischen Können, ihrer Energie, organisatorischen Begabung und Tüchtigkeit.

5. Die Bezirks-Wirtschaftsverwaltungen und die Betriebsleitungen setzen sich aus Personen zusammen, die ernannt werden nach Vereinbarung zwischen dem Zentralkomitee der betreffenden Gewerkschaft einerseits und dem Kollegium der Hauptverwaltung und der

Zentrale andererseits oder aber (wenn der Betrieb unmittelbar dem Obersten Volkswirtschaftsrat untersteht), nach Vereinbarung mit dem Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrats und nach dessen endgültiger Sanktion.

6. Die Kollegien (Präsidien) der Gouvernements-Volkswirtschaftsräte werden gebildet nach Vereinbarung zwischen dem Gouvernements-Gewerkschaftsrat und dem Gouvernements-Exekutivkomitee; die Hauptverwaltungen und Zentralen - nach Vereinbarung zwischen den Zentralkomitees der Gewerkschaften und der zuständigen Abteilung des Obersten Volkswirtschaftsrats. Der Oberste Volkswirtschaftsrat schließlich, insofern die Kandidaten zu seinem Präsidium auf der Tagung der Volkswirtschaftsräte in Vorschlag gebracht werden, wird ebenfalls unter engster Mitwirkung der Gewerkschaften gebildet.

7. In ähnlicher Weise sind auch andere leitende Wirtschaftsorganisationen zu bilden, z.B. die Organisationen, in deren Händen Mobilisierung, Verteilung, Registrierung und Schutz der Arbeitskräfte liegt (das Hauptarbeitskomitee u.a.m.)

Auf allen Stufen der Industrieverwaltung und der Verwaltung der Volkswirtschaft überhaupt spielen also die Gewerkschaften eine außerordentlich wichtige Rolle, die mit der Hebung des Niveaus der gesamten Arbeiterklasse immer größer werden wird.

#### V. Die laufenden Aufgaben der Gewerkschaften

1. Die Niederlage der weißen Armeen, die Aufgaben des friedlichen Aufbaus in Verbindung mit der ungeheuer katastrophalen Lage der Volkswirtschaft erfordern die höchste Anspannung der Kräfte des Proletariats und die Einbeziehung breiter Bauernmassen in den gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Daher müssen die Gewerkschaften mit ihrem ganzen Apparat sich an diesem überaus schweren Kampf um die Wiederherstellung der Wirtschaft beteiligen.

2. Dieser Aufgabe entsprechend müssen die Methoden und das Arbeitstempo der Gewerkschaften radikal geändert werden. Wenn das Proletariat als Klasse vor der Aufgabe steht, zu "militärisch organisierter" Arbeit überzugehen, d.h. zu größter Exaktheit, Disziplin und Verantwortlichkeit, zu Raschheit und Intensität der

Arbeit, zu höchster Aufopferung, so gilt das in erster Linie für die Verwaltungsorgane der Industrie im allgemeinen und folglich auch für die Gewerkschaften.

3. Die Gewerkschaften müssen, ebenso wie die führende Partei des Proletariats, ihren Apparat reorganisieren, müssen in erster Linie alle Überreste der Schlampererei vernichten und strengste Sachlichkeit und Disziplin sowie strenge Verantwortung für die Erfüllung aller und jeder Aufgaben einführen.

4. Die Gewerkschaften müssen es auf sich nehmen, die breiten Schichten der Arbeiterklasse darüber aufzuklären, daß man den Verwaltungsapparat der Industrie umgestalten muß, damit er möglichst elastisch und zweckmäßig arbeitet, was nur durch maximale Einschränkung der Verwaltungskollegien und durch allmähliche Einführung der unmittelbaren individuellen Leitung der Produktionseinheiten erreicht werden kann.

Bei dieser Agitation müssen folgende Punkte besonders hervorgehoben werden:

a) die individuelle Leitung darf man nicht der proletarischen Leitung gegenüberstellen. Umgekehrt, die sparsamste und großzügigste proletarische Leitung erheischt die individuelle Leitung, weil hierbei die vorhandene Zahl von Verwaltungskadern aus den Reihen der Arbeiter auf eine größere Anzahl von Betrieben verteilt wird;

b) die individuelle Leitung verletzt und beschränkt nicht im mindesten die Rechte der Klasse oder die "Rechte" der Gewerkschaften, denn eine Klasse kann ihre Herrschaft in beliebiger Form ausüben. Diese Form aber hängt von der technischen Zweckmäßigkeit ab. Es ist immer die herrschende Klasse in ihrer Gesamtheit, die die leitenden und verwaltenden Personen "ernennt";

c) die individuelle Leitung setzt die Auswahl kompetenter Personen voraus und sichert ein Maximum an Leistungsfähigkeit und Verantwortlichkeit;

d) selbst in den Fällen, wo ein "Spez" (Spezialist) an der Spitze steht, ist die individuelle Leitung letzten Endes eine Erscheinungsform der proletarischen Diktatur, die nicht nur diese Fachleute zwingt, in einer bestimmten Richtung zu arbeiten, son-

I

In den Konsumgenossenschaften müssen folgende Aufgaben bewältigt werden:

1. Durch das Dekret vom 20. März 1919 und die spätere Arbeit hat unsere Partei begonnen, in allen Organisationen der Konsumgenossenschaften, von unten bis oben, eine führende Rolle zu spielen. Diese Arbeit muß zu Ende geführt werden.

2. Um den Parallelismus in der Arbeit der Genossenschafts- und Sowjetorgane zu beseitigen, müssen alle jene Abteilungen aus den lokalen Konsumvereinen, den Gouvernements-Konsumvereinen und aus dem Zentralen Konsumgenossenschaftsverbande allmählich herausgelöst und den entsprechenden zentralen und lokalen Sowjetorganen (Oberster Volkswirtschaftsrat, Volkskommissariat für Ernährungswesen, Volkskommissariat für Landwirtschaft, Volkskommissariat für Bildungswesen usw.) zugeteilt werden, mit deren entsprechenden Abteilungen sie konkurrieren oder parallel arbeiten. In Frage kommen die Abteilungen für Industrie, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Bildungswesen usw. Die Termine der Übergabe der Abteilungen und Betriebe müssen derart festgesetzt werden, daß die entsprechenden Abteilungen der Sowjetorgane wirklich imstande sind, die übergebenen Institutionen zu leiten.

3. Der Genossenschaftsapparat muß in vollem Umfange zur Versorgung herangezogen werden, und zwar auf Grund der vom Volkskommissariat für Ernährungswesen festgesetzten Versorgungspolitik. Die besten und der gegenwärtigen Lage am meisten entsprechenden Beziehungen zwischen den Konsumgenossenschaften und den Staatsorganen sind die, bei denen die Konsumgenossenschaften zentral und lokal dem Volkskommissariat für Ernährungswesen unterstellt sind und in seinem Auftrag und unter seiner Kontrolle technische Wirtschaftsoperationen ausführen, was bei der Organisation der Verteilung am vollständigsten durchgeführt werden kann und auf Grund des Dekrets vom 20. März 1919 verwirklicht wird. Die Beschaffungstätigkeit aber, die die Grundsätze der staatlichen Wirtschaftspolitik widerspiegelt und auf dem immer mehr und mehr zur Anwendung gelangenden Prinzip der Leistungspflicht gegenüber dem Staate fußt, ist ausschließlich Aufgabe der staatlichen Wirtschaftsorgane,

dern sie auch durch ihre Arbeiter-Kommissare überwacht;

e) die individuelle Leitung schließt die Heranziehung breiter Arbeitermassen zur Verwaltung nicht aus; sie grenzt nur die unmittelbaren Leitungsfunktionen von der Ausbildung ab, die einen besonderen Tätigkeitszweig und eine besondere Aufgabe bilden muß. Diese Abgrenzung ist gegenwärtig zu einer kategorischen Notwendigkeit geworden. Andererseits ist es ganz falsch, die Heranziehung der Massen zur Leitung in der Form durchzuführen, daß man Kollegien aus drei oder fünf Personen bildet.

5. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften ist die Heranbildung eines Offizierskaders unserer Industrie aus den Reihen der Arbeiter, d.h. die fachtechnische Ausbildung. Die Heranziehung breiter Arbeitermassen, ihre Ausbildung, die Produktionspropaganda usw. spielen nach wie vor eine Hauptrolle, denn ohne Lösung dieser Aufgaben ist ein Arbeitsaufschwung unmöglich, ohne Arbeitsaufschwung aber ist eine Wiedergeburt der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage undenkbar.

6. Der Parteitag ist der Auffassung, daß die Partei gegenwärtig mehr denn je der Stärkung der Gewerkschaften die ernsthafteste Aufmerksamkeit zuwenden muß, in erster Linie der Stärkung der Kader, und zwar müssen die ergebnissten, standhaftesten Kommunisten, nach Möglichkeit solche, die die harte Schule des Bürgerkrieges durchgemacht haben, in die Gewerkschaften geschickt werden. Alle Versuche, die Gewerkschaften zu bedeutungslosen Organisationen zu machen, muß die Partei entschieden zurückweisen.

#### Über das Verhältnis zu den Genossenschaften

Ausgehend von dem auf dem VIII. Parteitag beschlossenen Parteiprogramm, das in dem Abschnitt über Landwirtschaft und Verteilung den Weg zur Umwandlung der alten kleinbürgerlichen Genossenschaften in solche, die von Proletariern und Halbproletariern geleitet werden, durchaus richtig kennzeichnet, beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, sich bei seiner Tätigkeit auf diesem Gebiet von den folgenden Richtlinien leiten zu lassen.

die den Genossenschaftsapparat als untergeordneten technischen Apparat bei der Beschaffung sowohl monopolisierter als auch nicht-monopolisierter Produkte in jeder Weise ausnützen müssen.

Mit Hilfe des genossenschaftlichen Beschaffungsapparates muß man vor allem diejenigen Produkte und wichtigen Bedarfsartikel aufbringen, die nicht durch eine Zwangsumlage beschafft werden und auf die sich somit die Leistungspflicht gegenüber dem Staat nicht erstreckt.

Die Beschaffungsaufgaben, die die Staatsorgane den Genossenschaftsorganisationen stellen, müssen für diese verbindlich sein, denn nur unter dieser Bedingung kann der Apparat der Genossenschaften in vollem Umfange nicht nur bei der Verteilung, sondern auch bei der Beschaffung ausgenutzt werden.

## II

Was die landwirtschaftlichen und Gewerbe-genossenschaften betrifft, so hält der Parteitag den durch das Dekret vom 27. Januar d.J. unternommenen ersten Schritt für durchaus richtig. Danach sollen die Organisationen einzelner Gruppen der wohlhabenderen Bauern, die nach verschiedenen Zweigen der Landwirtschaft und der Hausindustrie vereinigt sind, den Organen der Konsumgenossenschaft untergeordnet werden, die die gesamte Arbeiter- und Bauernbevölkerung erfassen. Damit hört die selbständige Existenz sämtlicher allrussischer Zentralen der landwirtschaftlichen und Produktionsgenossenschaften auf, sie werden als Sektionen dem Zentralverband der Genossenschaften (Zentrosojus) angeschlossen.

Gleichzeitig beauftragt der Parteitag das Zentralkomitee, auch die unteren landwirtschaftlichen und Gewerbe-genossenschaften zu reorganisieren.

Der Parteitag schlägt vor, sich bei dieser Reorganisation von zwei Hauptleitsätzen leiten zu lassen:

1. Man muß dafür sorgen, daß die Initiative und Selbsttätigkeit der in diesen Genossenschaften vereinigten oder sich in ihnen vereinigenden bäuerlichen Produzenten nicht unterdrückt wird und daß die Menge der von ihnen hergestellten Erzeugnisse nicht zurück-

geht, sondern steigt.

2. Die verschiedenen Arten der landwirtschaftlichen und Gewerbe-genossenschaften müssen als autonome Produktionssektionen im Gouvernements- und Bezirksmaßstab den entsprechenden Genossenschaftsverbänden unterstellt werden. Was die wirtschaftliche Tätigkeit betrifft, so werden die landwirtschaftlichen und Gewerbe-genossenschaften vollkommen dem Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Volkskommissariat für Landwirtschaft unterstellt sein, ihre Unterordnung unter die Konsumgenossenschaften muß lediglich administrativen und politischen Charakter tragen.

Die konsequente Verwirklichung der Prinzipien, die den Dekreten vom 20. März 1919 und 27. Januar 1920 zugrunde liegen und zwar in der Richtung, die diese Resolution vorzeichnet, wird zu einer Reorganisation der Genossenschaften, zu einer Umwandlung der beschränkten Form des Zusammenschlusses einzelner privilegierter Bevölkerungsgruppen in der kapitalistischen Gesellschaft in neue genossenschaftliche Formen führen, die den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen der proletarischen Diktatur entsprechen und in der Folge die Basis der Versorgung der Bevölkerung nach kommunistischen Grundsätzen bilden können.

### Zur Organisationsfrage

1. Die laufenden organisatorischen Aufgaben unserer Partei sind stets aufs engste mit ihren laufenden allgemein-politischen und sozial-ökonomischen Aufgaben verknüpft. Der Übergang zu den wirtschaftlichen Aufgaben stellt unserer Partei gegenwärtig eine besondere organisatorische Aufgabe. Um ihre Arbeit den neuen Wirtschaftsaufgaben anzupassen, muß sie ihre Reihen umgruppieren und eine durchgreifende Neuverteilung der Kräfte vornehmen.

2. Die Aufgabe der Partei besteht darin, allen ihren Mitgliedern klarzumachen, daß heute, wo die KPR für das Wirtschaftsleben des Landes verantwortlich ist, die untergeordnetste, unscheinbarste Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet eine außerordentlich wichtige und verantwortliche Parteiarbeit ist.

Die Hauptarten der Parteiarbeit sind jetzt folgende: die

Arbeit der Kollektive in den Fabriken und Werken, die Arbeit der Parteiorganisationen auf dem Gebiete des Eisenbahn- und des Transportwesens überhaupt, die Durchführung der verschiedenen Arten der Arbeitspflicht, die Arbeit der Kommunisten in den Organisationen der Brennstoffindustrie, in den öffentlichen Speisehallen, in den Kasernen, den Hauskomitees, die Instandsetzung und das regelmäßige Funktionieren der Badeanstalten, die Säuberung und Instandsetzung der Häuser, die Leitung der Volksgärten, Schulen, Einrichtungen für soziale Fürsorge usw. usw.

3. Die wichtigste organisatorische Aufgabe der Partei in ihrer Gesamtheit besteht darin, ihre 600 000 Parteimitglieder richtig zu verteilen und ihnen Parteiarbeit zuzuweisen. In der Regel muß die örtliche Organisation jedes ihrer Mitglieder zur Parteiarbeit auf seinem Fachgebiet oder in seinem Beruf entsenden. Die Umgruppierung der Parteikräfte in jeder Stadt, jedem Gouvernement, jedem Betrieb muß unter dem Gesichtspunkt ihrer Verwendung im Produktionsprozeß erfolgen; in erster Linie müssen den wichtigsten Betrieben kommunistische Arbeiter zugewiesen werden, innerhalb der Betriebe aber müssen die Kommunisten derart verteilt werden, daß in allen Werkstätten ein starker kommunistischer Kern vorhanden ist. Unter diesem Gesichtspunkt führt das Zentralkomitee eine Neuverteilung der Parteikräfte im gesamtstaatlichen Maßstab durch.

4. Um die in § 3. gekennzeichnete Aufgabe erfolgreich zu lösen, muß die Registrierung der Parteimitglieder in allen Organisationen entsprechend verbessert werden. Grundlage der Registrierung der Parteimitglieder muß das System des einheitlichen Parteibuches sein. Sowohl die lokalen Organisationen als auch das Zentralkomitee müssen besonders den Beruf des Parteimitglieds, seine wirtschaftlichen und organisatorischen Erfahrungen und seine Rolle bei der Wiederherstellung der Volkswirtschaft berücksichtigen.

5. Auf der Grundlage einer genauen Registrierung der Parteimitglieder muß man darauf hinarbeiten, daß die Parteikräfte systematisch verteilt werden und daß immer größere Mitgliedermassen allmählich von weniger verantwortlicher, beschränkter zu einer verantwortlichen, umfangreicheren Arbeit emporsteigen. Für die

Durchführung dieser Hauptaufgabe empfiehlt der Parteitag folgende Maßnahmen:

a) jedes untere Kollektiv muß einmal monatlich oder einmal in zwei Monaten dem entsprechenden übergeordneten Organisationskollektiv eine Liste von 5 bis 10 Prozent der Mitglieder des unteren Kollektivs vorlegen mit einem Hinweis auf ihre frühere Arbeit und auf die Arbeiten, für die diese Genossen nach Meinung des Kollektivs verwendet werden können. Eben solche Listen müssen die Betriebszellen regelmäßig den Bezirkskomitees, diese den Gouvernementskomitees und diese wiederum dem Zentralkomitee übergeben. Dabei wird allen Kollektiven bei der Zusammenstellung dieser Listen Aufmerksamkeit und Vorsicht empfohlen, und es wird darauf hingewiesen, daß alle Mitglieder des Kollektivs für ihre Empfehlung die gemeinsame Verantwortung tragen;

b) um rascher und erfolgreicher neue Parteikräfte zur wirtschaftlichen Arbeit heranzuziehen, müssen sämtliche Parteiorganisationen den kommunistischen Fraktionen in den parteilosen Organisationen, d.h. den Gewerkschaften, den Sowjets usw., ernste Aufmerksamkeit zuwenden. Auch diese Fraktionen müssen verpflichtet werden, ähnliche Listen zu führen wie die Parteikollektive;

c) die gleiche Aufgabe müssen sich die Parteiorganisationen bei der Einberufung von Parteilosen-Konferenzen stellen. Auf jeder Parteilosen-Konferenz muß die Parteiorganisation eine Gruppe von Genossen beauftragen, die Zusammensetzung der Konferenz aufmerksam zu prüfen und dort geeignete Menschen auszusuchen, die auf entsprechende Posten im Sowjetapparat gestellt werden können. Zu diesem Zweck müssen breite Parteilosen-Konferenzen einberufen und sorgfältig vorbereitet werden, die sich mit den praktischen Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus beschäftigen - und zwar muß man das nicht nur vorwiegend in großen Städten und nicht nur in Städten überhaupt tun, sondern auch auf dem Lande, in der Roten Armee und Miliz und speziell unter den Frauen und der Jugend;

d) die örtlichen Parteiorganisationen müssen besondere Initiative an den Tag legen und auch andere praktische Maßnahmen vorschlagen, die zum gleichen Ziele führen können.

6. Die in den Betrieben tätigen Kommunisten haben keinerlei Vergünstigungen gegenüber anderen Arbeitern, sie haben lediglich höhere Pflichten. Jeder von ihnen muß im täglichen Leben seines Betriebes ein Muster an Verantwortungsgefühl, Pflichterfüllung und Arbeitseifer sein. Die Parteizellen in den Betrieben, die sich in deren Verwaltung nicht einmischen dürfen, müssen darüben wachen, daß die Anordnungen der Betriebsleitung unbedingt durchgeführt werden. Sie müssen die Betriebsleitung und die Betriebskomitees (Betriebsräte) bei allen ihren Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsproduktivität mit ihrer ganzen Parteiautorität und ihrem Ansehen unterstützen und der Hebung dieses Ansehens unter der Masse der beschäftigten Arbeiter besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

7. Bei allgemeinen Mobilisierungen zu Arbeitszwecken sowie bei der Durchführung von kommunistischen Samstagen (Subbotniki) und Sonntagen sind die örtlichen Parteikomitees entsprechend den vorhandenen Instruktionen verpflichtet, das Verhalten der Parteimitglieder aufmerksam zu beobachten. Diejenigen, die sich der Erfüllung ihrer Arbeitspflicht in dieser oder jener Form entziehen, müssen nicht nur aus den Parteiorganisationen entfernt, sondern auch in schwarze Listen eingetragen werden, damit sie in Zukunft keine Posten bekleiden können, die das Vertrauen der öffentlichen Meinung erfordern.

8. Die Parteipropaganda muß sich immer mehr in wirtschaftlicher Richtung orientieren, einen immer konkreteren Charakter annehmen und in den breiten Massen das Verständnis für den Kommunismus durch Aufklärung über die Maßnahmen der Partei zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Zerrüttung usw. wecken.

Die Parteipresse muß den wirtschaftlich-organisatorischen Fragen besondere Aufmerksamkeit widmen, muß mit viel größerer Vollständigkeit, viel genauer und konkreter, die Entwicklung des industriellen Lebens, die Erfolge und Mißerfolge einzelner Betriebe, das Steigen und Fallen der Arbeitsproduktivität beleuchten und dabei die Verdienste einzelner Parteimitglieder, Gruppen usw. hervorheben. Die Parteipresse muß ein machtvolles Organ zur Anregung des Arbeitswettbewerbs werden. Besondere Aufmerksamkeit

muß man der weiteren Entwicklung der Parteischulen (Elementarschulen, höhere Schulen und Instrukteurschulen) zur Heranbildung von Kräften für Wirtschaft und Verwaltung zuwenden.

Das Zentralkomitee muß Lehrpläne und ein Musterprogramm für solche Schulen ausarbeiten und dabei der Verbreitung elementarer technischer Kenntnisse sowie der Verwertung aller technischen Methoden für diesen Zweck besondere Aufmerksamkeit zuwenden.

Der Parteitag hält es für notwendig, unter den Parteimitgliedern die Arbeit im Sinne der entsprechenden Resolution der Allrussischen Parteikonferenz vom Dezember zu verstärken. Der Parteitag hält die Herausgabe eines Bulletins des ZK zur Anleitung der Agitation und Propaganda für wünschenswert.

9. Bei ihrer ganzen Arbeit der Verteilung der Parteimitglieder für organisatorisch-wirtschaftliche Arbeit darf die Parteiorganisation sich auf keinen Fall die Aufgabe stellen, die Sowjets zu ersetzen oder irgendwie mit ihnen zu konkurrieren. Die gesamte Tätigkeit der Parteiorganisation auf diesem Gebiete muß vermittels der entsprechenden Sowjetorgane durchgeführt werden. Die Beziehungen zwischen den Parteiorganisationen und den Sowjets müssen möglichst klar und bestimmt sein, so wie das in der Resolution des VIII. Parteitags der KPR, im Parteistatut und in den Resolutionen der letzten Allrussischen Parteikonferenz festgelegt ist.

10. Der Parteitag macht die Parteiorganisationen darauf aufmerksam, daß man die Organisations- und Propagandaarbeit unter der Bauernschaft, besonders aber unter dem Landproletariat, steigern und zu diesem Zweck spezielle Kader von Funktionären auswählen und schulen muß.

11. Um einen einheitlichen Aufbau der Ortsorganisationen und ihrer Abteilungen zu erreichen, muß das Zentralkomitee als Ergänzung zum Statut ein Schema für den Aufbau der Ortsorganisationen ausarbeiten und die Aufgaben und gegenseitigen Beziehungen der Parteikomitees genau festlegen.

12. Die Parteikomitees fassen die ganze Parteiarbeit auf einem bestimmten Territorium zusammen. Alle Mitglieder der Partezelle eines bestimmten Gebiets gehören zur entsprechenden Bezirks-

organisation und haben alle Rechte und Pflichten von Mitgliedern. Die Zusammenfassung von Parteimitgliedern nach irgendeinem anderen Merkmal bei besonderer Unterstellung unter das Zentralkomitee (wie die Organisation der "Politischen Hauptverwaltung für Verkehrswesen") ist nur in Ausnahmefällen, auf besonderen Beschluß des ZK, zulässig. In diesen Fällen muß zwischen dem betreffenden Organ und den Ortsparteikomitees der engste Kontakt bestehen, und zwar dadurch, daß das Ortsparteikomitee einen Kandidaten für die Leitung der lokalen Vertretung eines solchen allgemeinen Parteiorgans in Vorschlag bringt. Der Zentralstelle dieses Organs steht das Recht der Bestätigung oder begründeten Ablehnung des Kandidaten zu. Dieses Recht der begründeten Ablehnung, aber keineswegs der eigenmächtigen Absetzung, steht auch dem Parteikomitee zu. Man muß es so einrichten, daß der betreffende Leiter zugleich Mitglied des Ortsparteikomitees ist. Wird ein solches Organ geschaffen, so behält das Ortskomitee das Recht, Parteimitglieder, die in der betreffenden politischen Abteilung registriert sind, zu versetzen, jedoch nur mit Einwilligung dieser politischen Abteilung. Die politische Abteilung ihrerseits darf nur mit Wissen des Parteikomitees die ihr unterstellten Kräfte versetzen.

13. Der Parteitag beauftragt das ZK, seinen Arbeitsplan derart auszuarbeiten, daß:

- 1) das Sekretariat durch drei ständig im Sekretariat arbeitende ZK-Mitglieder verstärkt wird;
- 2) dem entsprechend zusammengesetzten Sekretariat alle laufenden organisatorischen Fragen und alle Beschlüsse zur Durchführung übergeben werden, während das Orgbüro, bestehend aus 5 ZK-Mitgliedern, die allgemeine Leitung der Organisationsarbeit des ZK behält.

14. Der Parteitag hält es für notwendig, zu bestätigen, daß sämtliche Parteimitglieder bei ihrer Arbeit sowohl in den lokalen als auch in den zentralen Sowjetinstitutionen sich streng an die Resolution des VII. Sowjetkongresses über den Sowjetaufbau zu halten haben.

15. Dort, wo Gebiets-Wirtschaftsbüros geschaffen werden, kann das ZK ein Gebiets-Parteibüro des ZK zur Verstärkung und Zusammenfassung der Partearbeit in dem betreffenden Wirtschaftsgebiet

bilden.

16. Der Parteitag beauftragt das ZK, die Ausarbeitung von Instruktionen zum Parteistatut zu beschleunigen.

Das gesamte Material über den Sowjetaufbau muß der kommunistischen Fraktion des Allrussischen Zentralexekutivkomitees übergeben werden.

#### Über den Übergang zum Milizsystem

1. Das immer näherrückende Ende des Bürgerkrieges und die günstigen Veränderungen in der internationalen Lage Sowjetrußlands stellen die Frage der grundlegenden Veränderungen in der Organisation unseres Militärwesens entsprechend den dringenden wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnissen des Landes auf die Tagesordnung.

2. Andererseits muß man feststellen, daß, solange in den wichtigsten Staaten der Welt die imperialistische Bourgeoisie an der Macht ist, die sozialistische Republik sich keinesfalls als gesichert betrachten kann.

Der weitere Verlauf der Ereignisse kann zu einem bestimmten Zeitpunkt die Imperialisten, die den Boden unter den Füßen verlieren, erneut auf den Weg blutiger Abenteuer gegen Sowjetrußland führen.

Es ist deshalb notwendig, den militärischen Schutz der Revolution entsprechend zu gewährleisten.

3. Der jetzigen Übergangsperiode, die von längerer Dauer sein kann, muß eine solche Organisation der bewaffneten Streitkräfte entsprechen, die den Werktätigen die notwendige militärische Ausbildung gewährleistet, ohne sie wesentlich der Produktionsarbeit zu entziehen. Ein solches System kann nur eine auf territorialer Grundlage aufgebaute Rote Arbeiter- und Bauernmiliz sein.

4. Das Wesen des sowjetischen Milizsystems muß in der größtmöglichen Annäherung der Armee an den Produktionsprozeß bestehen, so daß die lebendige menschliche Kraft bestimmter Wirtschaftsgebiete gleichzeitig die lebendige menschliche Kraft bestimmter

Truppenteile ist.

5. In ihrer territorialen Aufgliederung sollen die Einheiten der Miliz (Regimenter, Brigaden, Divisionen) der territorialen Verteilung der Industrie entsprechen, so daß die Industriezentren mit den sie umgebenden und zu ihr hintendierenden landwirtschaftlichen Randgebieten die Grundlage für die Einheiten der Miliz bilden.

6. Organisatorisch soll sich die Arbeiter- und Bauernmiliz auf militärisch, technisch und politisch gut ausgebildete Kader stützen, welche die von ihnen ausgebildeten Arbeiter und Bauern unter ständiger Kontrolle haben und imstande sind, zu einem beliebigen Zeitpunkt sie aus ihrem Milizkreis herauszuziehen, sie durch ihren Apparat zu erfassen, sie zu bewaffnen und in den Kampf zu führen.

7. Der Übergang zum Milizsystem muß notwendig allmählichen Charakter tragen, entsprechend der militärischen und international-diplomatischen Lage der Sowjetrepublik, wobei unbedingte Voraussetzung ist, daß die Verteidigungsfähigkeit der Republik in jedem beliebigen Augenblick auf der gebührenden Höhe steht.

8. Bei der allmählichen Demobilisierung der Roten Armee müssen ihre besten Kader zweckmäßig, d.h. den örtlichen Produktions- und Lebensbedingungen gut angepaßt, auf das Territorium des Landes verteilt werden, um somit einen fertigen Apparat zur Leitung der Einheiten der Miliz sicherzustellen.

9. Der Personenbestand der Milizkader muß sodann allmählich erneuert werden auf der Linie der engsten Verbindung mit dem wirtschaftlichen Leben des betreffenden Rayons, sodaß der Kommandobestand einer Division, der auf einem Territorium verteilt ist, das beispielsweise eine Anzahl von Bergwerken mit den sie umgebenden ländlichen Randgebieten umfaßt, aus den besten Elementen des örtlichen Proletariats besteht.

10. Zur erwähnten Erneuerung der Kader müssen die Lehrgänge für den Kommandobestand territorial entsprechend den Miliz- und Wirtschaftskreisen verteilt werden; diese Lehrgänge sollen die besten Vertreter der örtlichen Arbeiter und Bauern absolvieren.

11. Die militärische Ausbildung auf Milizgrundlage, die eine hohe Kampffähigkeit der Milizarmee gewährleisten soll, besteht aus:

a) der Ausbildung vor der Einberufung, die von den Militärbehörden Hand in Hand mit dem Volksbildungsamt, mit den Gewerkschaften, den Parteiorganisationen, dem Jugendverband, den Sportvereinigungen usw. durchgeführt wird;

b) der militärischen Schulung der Bürger dienstpflichtigen Alters, mit immer kürzerer Dauer und unter größtmöglicher Angleichung der Kaserne an den Typ der militärisch-politischen Schule;

c) aus kurzfristigen Wiederholungslehrgängen, die die Kampffähigkeit der Milizeinheiten überprüfen sollen.

12. Die Organisation der Milizkader, die für die Aufgaben der militärischen Verteidigung des Landes bestimmt ist, soll im notwendigen Maß der Arbeitspflicht angepaßt sein, d.h. sie muß fähig sein, Arbeitseinheiten zu bilden und sie mit dem notwendigen Instrukturapparat auszustatten.

13. Die Miliz, die sich auf der Linie der Verwandlung in das bewaffnete kommunistische Volk entwickelt, muß in der gegenwärtigen Periode in ihrer Organisation alle charakteristischen Merkmale der Diktatur der Arbeiterklasse bewahren.

#### Über die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Politabteilungen und den Parteikomitees

Die wechselseitigen Beziehungen der Politabteilungen der Eisenbahnlinien (einschließlich der Straßen) mit den örtlichen Parteiorganisationen müssen in der Resolution zur Organisationsfrage genau festgelegt werden, und zwar in der Richtung, daß die Leiter der örtlichen Organe der Politischen Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen von den örtlichen Parteikomitees vorgeschlagen und von der Politischen Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen bestätigt werden, wobei es wünschenswert ist, daß die Leiter der Politabteilungen des Straßenverkehrswesens oder der Rayonpolitabteilungen Mitglieder des örtlichen



Parteikomitees sind. Bei der Verteilung der Kräfte der Eisenbahnkomitees gilt folgende Regel: die Politabteilungen verteilen die Kräfte mit Wissen der örtlichen Parteikomitees, die Parteikomitees jedoch nur mit Zustimmung der Politabteilungen. Die Politische Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen arbeitet unter der unmittelbaren Leitung des ZK der KPR.

#### Über die Arbeit unter dem weiblichen Proletariat

In Anbetracht der Bedeutung, die der Teilnahme der Arbeiterinnen und Bäuerinnen an der Parteiarbeit beizumessen ist und der Rolle, die die Frauen der Arbeiterklasse und der Dorfarmut im gesamten wirtschaftlichen Leben und beim Aufbau der Sowjetrepublik spielen, besonders in Verbindung mit den nächsten Aufgaben der Gegenwart - dem Kampf gegen die Zerrüttung auf dem Gebiet der Produktion und der Lebensmittelversorgung, in Verbindung mit der gemeinschaftlichen Verpflegung und der gesellschaftlichen Erziehung, mit dem Kampf gegen das Analphabetentum und mit den anderen Aufgaben - betrachtet der IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) die Arbeit unter den proletarischen Frauen als eine der dringenden Aufgaben der Gegenwart und als einen notwendigen Bestandteil unserer gesamten Parteiarbeit.

Der IX. Parteitag schlägt allen Gouvernementskomitees, Kreis- komitees und kommunistischen Zellen vor, der Tätigkeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen größte Aufmerksamkeit zu widmen, aktiv an ihr teilzunehmen, dort, wo bei unseren Parteikomitees noch keine Abteilungen für Arbeiterinnen existieren, solche zu organisieren, dort, wo sie (nach den Instruktionen des ZK) schon vorhanden sind, ihre Arbeit zu verstärken und dabei verantwortliche Organisatoren und Leiter für diese Abteilungen aus den Reihen der besten Parteiarbeiterinnen auszuwählen.

Der Parteitag schlägt allen örtlichen Parteiorganisationen vor, unter den Frauen in den Gewerkschaften intensiv zu arbeiten, um die Arbeiterinnen zum Arbeitsdienst und zur Teilnahme an den kommunistischen Subbotniki heranzuziehen.

Der Parteitag weist darauf hin, daß unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen eine verstärkte Arbeit zur Beseitigung des Alpha-

betentums zu führen ist, und zwar durch Errichtung von Lese- und Schreibschulen für Erwachsene, durch Errichtung von öffentlichen Lesestuben und durch Diskussionen zu allen aktuellen Fragen.

Ein ernsthaftes Verhältnis zur Arbeit unter den proletarischen Frauen in der Stadt und auf dem Lande und die aktive Teilnahme aller Mitglieder der Kommunistischen Partei an dieser Arbeit werden die Parteireihen durch neue ungenutzte Kräfte, durch neue Mitarbeiterinnen auf allen Gebieten des Sowjetaufbaus und Kämpfer für die Errichtung der kommunistischen Ordnung erweitern.

#### Über die Mobilisierung für das Verkehrswesen

##### Aufruf des IX. Parteitags an die örtlichen Organisationen der KPR

Der Zustand des Verkehrswesens ist nach wie vor bedrohlich. Die Mobilisierung der Kommunisten ergab bis jetzt insgesamt ungefähr 1000 Kommunisten von den 5000 angeforderten. Dabei haben die örtlichen Organisationen bei weitem nicht immer die besten und erprobtesten Kommunisten dem Verkehrswesen zur Verfügung gestellt.

Der Parteitag der KPR erinnert die örtlichen Organisationen dringend an ihre Pflicht gegenüber dem Eisenbahntransportwesen, von dessen Schicksal das Schicksal der Revolution abhängt.

1. Die Anordnung des ZK hinsichtlich der 5 000 Kommunisten muß im Laufe der nächsten zwei Wochen restlos ausgeführt werden.

2. Die Parteikomitees müssen der Politischen Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen die besten Funktionäre zur Verfügung stellen.

3. Die Parteikomitees müssen mit allen Mitteln die Politische Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen und ihre örtlichen Organe in ihrer Arbeit zur Verbesserung des Eisenbahntransportwesens unterstützen.

##### Beschluß des IX. Parteitags der KPR (Bolschewiki) über die Mobilisierung für das Verkehrswesen

Der Parteitag stellt fest, daß der Zustand des Verkehrswesens immer noch bedrohlich ist und beschließt: 10 Prozent seines Be-

stands für das Verkehrswesen zu mobilisieren.

Der Parteitag beauftragt das ZK, gemeinsam mit den Vertretern der Gouvernementsparteikomitees die Ordnung der Durchführung des Beschlusses festzulegen.

## II. Grußschreiben des Parteitags

### Grußschreiben des IX. Parteitags der KPR(B) an die Rote Armee und an die Rote Flotte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik

Bei der Aufnahme seiner Arbeit sendet der IX. Parteitag der KPR (Bolschewiki) seinen Gruß der Roten Armee und der Roten Flotte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik.

Genossen! Ihr habt durch Eure Arbeit und durch Eure Opfer die Sache der Arbeiter und Bauern gerettet und mit Eurem Leben die großen Errungenschaften der sozialen Revolution verteidigt. Gegen Euch sind alle Kräfte der alten Welt zu Felde gezogen: die russischen Gutsbesitzer und Kapitalisten, die zaristischen Generale, die Bourgeoisie der ganzen Welt vereinigten ihre Kräfte zur Unterdrückung der werktätigen Massen, zur Vernichtung der Sowjetrepublik, zur Wiederherstellung der alten Ordnung bei uns, unter denen die Ausbeuter so frei geatmet haben und die Arbeiter ein so schweres Leben hatten.

Aber aus diesem ungleichen Kampf seid Ihr als Sieger hervorgegangen.

Das Feuer des revolutionären Enthusiasmus, das in Euch loderte, und Eure Bereitschaft zu allen Opfern im Namen der Befreiung der werktätigen Massen waren stärker als die Tanks, Panzerschiffe und das Gold Eurer Feinde. In dem zweijährigen titanischen Kampf gegen die Übermacht des Gegners habt Ihr die Konterrevolution im Innern des Landes zerschlagen. Ihr habt die Söldnerhorden Koltschaks, Judenitschs, Millers und Denikins vernichtet. Ihr habt alle Überfälle der Weltbourgeoisie zurückgeschlagen, dem sozialistischen Vaterland überaus reiche Gebiete zurückgegeben,

den Ring der Hungerblockade durchbrochen und zahlreiche Feinde Sowjetrußlands gezwungen, mit ihm Frieden zu schließen.

Sowjetrußland hat Euch als drohenden Posten an seine Grenzen gestellt und Euch somit die Verteidigung der kostbarsten Güter des werktätigen Volkes anvertraut, - seiner Freiheit, seines Glücks und seines Rechts, selbständig, ohne Herren und Unterdrücker sein Schicksal zu gestalten.

Ihr habt die Euch anvertraute Aufgabe ehrenvoll erfüllt, alle Anschläge des Feindes abgeschlagen, habt für das sozialistische Vaterland den Frieden errungen und ihm die Möglichkeit gegeben, zur Erfüllung der Hauptaufgabe - dem Aufbau eines Lebens in Arbeit und brüderlicher Freundschaft - überzugehen. Jetzt seid Ihr wieder bereit, Eure Brüder, die Arbeiter und Bauern, zu unterstützen. Ihr seid bereit, ohne das Gewehr aus der einen Hand zu legen, in jedem beliebigen Augenblick auf Provokationen der Feinde zu antworten und greift mit der anderen Hand nach Hammer und Axt, um zur Wiederherstellung unserer zerstörten Wirtschaft beizutragen und den schwierigen Übergang zum friedlichen Aufbau zu erleichtern.

Damit aber noch nicht genug: Indem Ihr die Freiheit und die Errungenschaften der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands verteidigt, habt Ihr gleichzeitig durch Eure Siege die soziale Weltrevolution vorwärtsgebracht. Durch Euren Kampf habt Ihr den Arbeitern aller Länder ein Beispiel gegeben und überall die Bereitschaft zum Kampf für die heiligen Rechte des arbeitenden Menschen, für die völlige Befreiung der Werktätigen von jeglicher Unterdrückung und Ausbeutung geweckt.

Eure Heldentaten und Opfer wird das russische Volk niemals vergessen, wie sie auch die Arbeiter der ganzen Welt nicht vergessen werden. Die ruhmvollen Taten der Roten Armee und der Roten Flotte der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik werden ewig in der Erinnerung der Menschen leben und überall, wo das ehrliche Herz eines arbeitenden Menschen schlägt, Enthusiasmus und Kampfeswillen hervorrufen.

Es lebe die Rote Armee und die Rote Flotte!

Es lebe Sowjetrußland!  
Es lebe die internationale Republik des Sowjets!  
Es lebe die internationale soziale Revolution!

"IX. Parteitag der KPR(B),  
Protokolle". 1934

IX. Allrussische Konferenz der KPR(B)

Moskau, 22. - 25. September 1920

Auf der Konferenz waren 116 Delegierte mit beschließender und 125 mit beratender Stimme anwesend.

Tagesordnung: 1) Bericht des Vertreters der polnischen Kommunisten; 2) Politischer Rechenschaftsbericht des ZK; 3) Organisatorischer Rechenschaftsbericht des ZK; 4) Über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus; 5) Bericht der Kommission zur Erforschung der Parteigeschichte; 6) Bericht über den II. Kongreß der kommunistischen Internationale.

Den politischen Rechenschaftsbericht des ZK gab W.I. Lenin.

Die Hauptfrage des politischen Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees war die Frage des Friedensschlusses mit Polen und der Vorbereitung der endgültigen Zerschlagung der weißgardistischen Armeen Wrangels. Zum Referat W.I. Lenins wurde einmütig eine Resolution über die Bedingungen des Friedensschlusses zwischen Sowjetrußland und Polen angenommen.

Die Konferenz erteilte der parteifeindlichen Gruppe des "demokratischen Zentralismus", die gegen die Parteidisziplin und gegen die führende Rolle der Partei in den Sowjets und den Gewerkschaften auftrat, eine Abfuhr. In der Resolution "Über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus" legte die Konferenz eine ganze Reihe praktischer Maßnahmen zur Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, zur Festigung der Einheit der Partei und der Parteidisziplin, zum Kampf gegen den Bürokratismus in den Sowjet- und Wirtschaftsinstitutionen, zur Verstärkung der Arbeit bei der kommunistischen Erziehung der jungen Parteimitglieder und zur Werbung neuer Parteimitglieder aus den Reihen der proletarischen Massen fest. Die Konferenz erkannte als notwendig, neben dem ZK eine Kontrollkommission und in den einzelnen Orten bei den Gouvernementskomitees Sonderparteikommissionen zu schaffen.

## Die Resolutionen der Konferenz

### Über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus

Die unerhört schwere Lage der Sowjetrepublik in den ersten Jahren ihres Bestehens, die furchtbare Zerrüttung und die große Kriegsgefahr machten es unvermeidlich, "Stoß"-Ämter ("udarnye" wedomstwa) (die darum auch faktisch privilegiert waren) und Stoßgruppen von Funktionären zu bilden.<sup>1)</sup> Das war unbedingt notwendig, denn es war unmöglich, das ruinierte Land zu retten, ohne die Kräfte und Mittel auf solche Ämter und Gruppen von Funktionären zu konzentrieren. Ohne sie hätten uns die vereinigten Imperialisten der ganzen Welt sicher erwürgt, hätten sogar verhindert, daß unsere Sowjetrepublik den wirtschaftlichen Aufbau beginnt. Dieser Umstand, in Verbindung mit dem schwer zu überwindenden Erbe der kapitalistischen und auf dem Privateigentum beruhenden Gepflogenheiten und Stimmungen, macht es klar, daß man die Aufmerksamkeit der gesamten Partei immer wieder auf den Kampf für die Verwirklichung größerer Gleichheit lenken muß, und zwar erstens innerhalb der Partei, zweitens unter dem Proletariat und sodann unter den werktätigen Massen und schließlich drittens unter den verschiedenen Ämtern und Gruppen von Funktionären, besonders unter den "Spezialisten" und unter den Funktionären, die den Massen gegenüber verantwortlich sind. Die Partei unterscheidet ihre Mitglieder nur nach dem Grad ihrer Bewußtheit, ihrer Ergebenheit und Beharrlichkeit, ihrer politischen Reife, ihrer revolutionären Erfahrung und Bereitschaft zur selbstlosen Hingabe; sie kämpft gegen jegliche Versuche, Unterschiede zwischen den Parteimitgliedern nach irgendwelchen anderen Merkmalen einzuführen, wie z.B.: Unter- und Oberschicht, Intellektuelle und Arbeiter, nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität usw. Die

1) "udarnye" wedomstwa, udarnye grupy - Mit besonderen Vollmachten ausgerüstete außerordentliche Institutionen des Sowjetstaates und Gruppen von Funktionären, die angesichts der angespannten ökonomischen und militärischen Lage der Sowjetrepublik zur Durchführung bestimmter dringender ökonomischer und politischer Maßnahmen geschaffen wurden. (Anmerkung des Übs.)

Konferenz bestätigt den Brief des ZK vom 4. September 1920 und erachtet es für notwendig, folgende Maßnahmen durchzuführen:

1. Möglichst oft Vollversammlungen der Parteimitglieder einzuberufen, auf denen unbedingt alle verantwortlichen Funktionäre der Organisation anwesend sein müssen. Auf diesen Versammlungen sind alle wichtigen Fragen des Lebens der gesamten Partei, des gesamten politischen und des örtlichen Lebens zu erörtern. Auf diesen Versammlungen berichten die Rayon-, Stadt- und Gouvernementskomitees über ihre Tätigkeit, worüber sodann nach Möglichkeit diskutiert werden soll. Außer den Rayonversammlungen werden mindestens einmal im Monat Delegiertenversammlungen einberufen, auf denen ebenfalls Fragen des Partei- und des Sowjetaufbaus (Berichte der Komitees, der Exekutivkomitees, der Leiter der Partei- und Sowjetabteilungen usw.) behandelt werden.

In den Amtsbezirken müssen Versammlungen des gesamten Amtsbezirks einmal im Monat einberufen werden. In den Versammlungen der Amtsbezirke berichten die Amtsbezirks- (Wolost-) Komitees und die Vertreter der Kreis- (Ujesd-) und nach Möglichkeit auch der Gouvernementskomitees sowie die Leiter der Abteilungen des Sowjets über ihre Arbeit. Die Kreiskomitees berufen zwischen den Konferenzen einmal im Monat Delegiertenversammlungen der Amtsbezirksdelegierten (von einem bis zu drei Delegierten von jedem Amtsbezirk) ein. Die Gouvernementskomitees berufen zwischen den Gouvernementskonferenzen Delegiertenversammlungen der Vertreter der Kreise ein, und zwar 2 bis 3 Vertreter von jedem Kreis und die gleiche Zahl von den Stadtbezirken.

Diese Versammlungen dürfen keinen zufälligen Charakter tragen, sondern müssen nach einem genau ausgearbeiteten Plan durchgeführt werden.

Die Fragen, zu denen das ZK oder die zentralen Sowjetorgane schon Beschlüsse gefaßt haben, werden trotzdem in allen Parteiversammlungen noch erörtert, um allen Parteimitgliedern die Motive für die Annahme der Beschlüsse darzulegen. In Moskau wird das System der regelmäßigen Berichte der Volkskommissariate in den Vollversammlungen der Parteimitglieder und in den Arbeiterversammlungen eingeführt. Um den parteilosen Massen näherzukommen und

eine engere Verbindung mit ihnen herzustellen, sind in allen Betrieben und Werken die Parteilos zu den öffentlichen Sitzungen der Zellen zuzulassen.

2. Um die einfachen Parteimitglieder in das Parteilieben einzubeziehen, ist es wünschenswert, nicht nur die Gouvernementskonferenzen, sondern auch die Plenartagungen der Gouvernementskomitees und der örtlichen Komitees zu Fragen, die keine geschlossenen Sitzungen erfordern, für alle Parteimitglieder öffentlich abzuhalten. Es ist weiterhin notwendig, entsprechende Maßnahmen zu treffen, damit die einfachen Parteimitglieder die Sitzungen der Konferenzen und Plenartagungen gut besuchen.

3. Es ist unbedingt erforderlich, den Charakter der Revisionskommissionen zu verändern: es ist ihnen das Recht einzuräumen, die Organisationen in ihrer Arbeit wirklich zu kontrollieren, die Erfüllung der Rundschreiben des ZK und der Entschlüssen der Konferenzen, das Tempo der Bearbeitung der Fragen in den Parteikomitees, das Funktionieren des Verwaltungsapparates usw. zu überprüfen. Die Revisionskommissionen sind verpflichtet, über alle Versäumnisse außer den gewählten Organen auch unmittelbar dem ZK der Partei Bericht zu geben. Dementsprechend sind in die Revisionskommissionen genügend verantwortliche und aktive Genossen zu wählen. Mindestens zweimal im Jahr führt das ZK eine allseitige Überprüfung der Tätigkeit der Gouvernementskomitees durch. Dazu werden Kommissionen gebildet, die aus einem Vertreter des ZK und zwei auf den Gouvernementskonferenzen gewählten Vertretern der örtlichen Organisation bestehen. Die Gouvernementskomitees führen ihrerseits innerhalb des genannten Zeitraums eine Überprüfung der Kreiskomitees durch.

4. Besonders große Aufmerksamkeit ist der Organisation der Neuregistrierung der Parteimitglieder zu widmen. Es wurde in der Praxis dieser Neuregistrierung wiederholt festgestellt, daß man diese Angelegenheit zu formal behandelt. Wenn ein zweifelhafter Kommunist, der karrieristische Ziele verfolgt, zwei oder drei Empfehlungen beibrachte, wurde er ohne weitere Umstände in die Partei aufgenommen, während Arbeiter, die aus irgendeinem Grunde keine Zeit fanden, Empfehlungen beizubringen oder keine entsprechenden Empfehlungen bringen wollten oder konnten, außerhalb der

Parteiorganisationen bleiben mußten. Die Neuregistrierung muß man so organisieren, daß alle Formalitäten für die Arbeiter und die proletarischen Elemente der Bauernschaft auf ein Minimum reduziert werden und daß für den Eintritt nichtproletarischer Elemente in die Partei ein Maximum an Hindernissen errichtet wird. Für die Neuregistrierung sind die von einigen Organisationen durchgeführten Prüfungen unzweckmäßig.

5. Der Organisation einer wirklichen Massenpropaganda, die das Niveau der Hauptmasse der Parteimitglieder systematisch hebt, ist ernsthafte Aufmerksamkeit zu widmen. Es müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, um die Organisation der Parteschulen zu regeln. Insbesondere müssen Sonderschulen (udarnye shkoly)<sup>1)</sup>, wie z.B. Versorgungsschulen und andere, rechtzeitig geschaffen und mit der entsprechenden Literatur versorgt werden. Regelmäßig sind Beratungen der Leiter der Agitations- und Propagandaabteilungen der Gouvernementskomitees einzuberufen, nach Möglichkeit gemeinsam mit Vertretern der Parteipresse.

6. Durch die entsprechenden zentralen Organe ist die Organisation der "Wochen" und "Tage"<sup>2)</sup> streng zu regeln, wobei diese nur in besonderen Fällen auf Beschluß des ZK im gesamtrossischen Maßstab zugelassen werden dürfen.

7. Um einer Zersplitterung der Parteiarbeit vorzubeugen, die stellenweise durch das Bestehen von Sonderorganisationen (Politabteilungen usw.) vorhanden war, und um die gesamte Parteiarbeit im Bereich eines gegebenen Territoriums durch die Gouvernementskomitees wirklich zu vereinigen, wird das ZK beauftragt, bis zur nächsten Konferenz oder bis zum nächsten Parteitag einen Plan zur oben erwähnten Vereinigung der Parteiarbeit auszuarbeiten.

1) udarnye shkoly (wörtlich: Stoßschulen) - Sonderschulen: Schulen zur kurzfristigen Ausbildung von Funktionären zur besonderen Verwendung bei der Durchführung außerordentlicher, dringender Maßnahmen zur Sicherung der Existenz der Sowjetrepublik. (Anmerkung des Übs.)

2) "Wochen" und "Tage" - von der Partei festgelegte Tage und Wochen, an denen Kampagnen entweder zur Neuaufnahme von Parteimitgliedern oder zur Lösung bestimmter dringender Aufgaben politischen und ökonomischen Charakters (z.B. auf dem Gebiet der Lebensmittel- oder Brennstoffversorgung) durchgeführt wurden. (Anmerkung des Übs.)

8. Zur Festigung und Vertiefung der Partearbeit muß in gesamtrussischem Maßstab eine zweiwöchige Kampagne zur Festigung der Partei durchgeführt werden; dazu wird dem ZK vorgeschlagen, entsprechende Instruktionen auszuarbeiten. Dem ZK wird vorgeschlagen, nach der Durchführung der Kampagne zur Festigung der Partearbeit zu einem geeigneten Zeitpunkt in der gesamten Republik eine Parteiwoche durchzuführen.

9. Es ist erforderlich, im inneren Leben der Partei breitere Kritik sowohl an den örtlichen als auch an den zentralen Körperschaften der Partei zu üben. Das ZK wird beauftragt, in einem Rundschreiben die Methoden der Erweiterung der innerparteilichen Kritik auf den Vollversammlungen darzulegen. Es sind literarische Organe zu schaffen, die fähig sind, die Kritik der Fehler der Partei und überhaupt die Kritik innerhalb der Partei (Diskussionsblätter usw.) systematischer und breiter zu betreiben. Dazu ist im Zentrum, bei den "Iswestija (Nachrichten) des ZK" ein besonderes Diskussionsblatt zu schaffen. Es ist wünschenswert, ebensolche Diskussionsblätter auch bei den "Iswestija (Nachrichten)" der Gouvernementskomitees einzuführen.

10. Obgleich im Prinzip anerkannt wird, daß es notwendig ist, in besonderen Fällen Funktionäre für wählbare Funktionen zu ernennen, wird dem ZK doch gleichzeitig vorgeschlagen, bei der Verteilung der Funktionäre überhaupt die Ernennungen durch Empfehlungen zu ersetzen.

11. Es wird darauf hingewiesen, daß es unzulässig ist, wenn sich bei der Mobilisierung der Genossen die Parteiorgane und einzelne Genossen von anderen als sachlichen Erwägungen leiten lassen. Es ist unzulässig, Genossen gegenüber, die in diesen oder jenen Fragen, die von der Partei entschieden wurden, anders denken, irgendwelche Repressalien anzuwenden.

12. Alle Mitglieder der Sowjets, der Exekutivkomitees und Präsidien sind verpflichtet, mindestens einmal im Monat ihren Wählern auf Vollversammlungen über ihre Tätigkeit Rechenschaft abzulegen. Ebenso sind sie verpflichtet, Einzelaussprachen zu führen sowie Erklärungen, Hinweise usw. zu geben.

Um eine enge Verbindung mit der Bevölkerung herzustellen,

arbeiten die Gouvernementsexekutivkomitees, geleitet von der Fraktion der Kommunisten, einen Plan zur systematischen Information der Bevölkerung auf allen Gebieten der Volkswirtschaft und der politischen Tätigkeit der Organe der Sowjetmacht aus und entsenden gemäß diesem Plan verantwortliche Funktionäre zu Referenten in das Gouvernement auf die Werk-, Dorf-, Amtsbezirksversammlungen usw.

Es ist notwendig, die Tätigkeit der Plenartagungen und Kongresse der Sowjets zu beleben, indem sie sorgfältig vorbereitet und auf ihnen allseitig die wichtigsten ökonomischen und politischen Fragen erörtert werden. Insbesondere sind die Sowjetkongresse der Kreise und Gouvernements gut vorzubereiten, indem die Aufmerksamkeit der gesamten örtlichen Bevölkerung auf sie konzentriert wird (breite Agitation vor den Kongressen in schriftlicher und mündlicher Form).

In der Zeit zwischen den Sowjetkongressen der Gouvernements und Kreise werden Beratungen in den Gouvernements einberufen, an denen Vertreter der Kreise und Rayons teilnehmen, und Beratungen in den Kreisen, an denen Vertreter der Amstbezirke teilnehmen. Auf diesen Beratungen sind eingehend die Fragen des Sowjetaufbaus zu erörtern.

13. Im Zentrum und an den einzelnen Orten sind die verantwortlichen Funktionäre von Ort zu Ort zu versetzen, um ihnen die Möglichkeit zu geben, den Sowjet- und Parteiapparat umfassender zu studieren und um ihnen die Aufgaben des Kampfes gegen die Routine zu erleichtern. Gleichzeitig ist es erforderlich, unverzüglich die Entschlüsse des IX. Parteitag über die Maßnahmen zur systematischen Qualifizierung aufrückender Parteimitglieder im Massenmaßstab (siehe Resolution des IX. Parteitag zur Organisationsfrage, § 15) zu verwirklichen.

14. Die Konferenz erachtet es für notwendig, hinsichtlich der zentralen Funktionäre folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) jeden Volkskommissar und jedes Mitglied des Kollegiums zu verpflichten, mindestens zweimal im Jahr in die Orte zu fahren;

b) die Zusammensetzung des Kollegiums durch die Heranziehung sich entwickelnder Funktionäre häufig zu verändern.

Dabei ist es notwendig, dafür Sorge zu tragen, daß die laufende Arbeit nicht leidet und daß die gesammelte Erfahrung nicht verlorengeht.

Besondere Aufmerksamkeit muß der Lage der Moskauer Organisation gewidmet werden. Angesichts der Tatsache, daß in Moskau eine große Anzahl sowohl verantwortlicher Partei- als auch verantwortlicher Sowjetfunktionäre vorhanden ist, ist das ZK zu beauftragen, gemeinsam mit dem Moskauer Komitee eine Versetzung dieser Funktionäre in die Provinz durchzuführen, wobei anzustreben ist, für die Partei- und Sowjetarbeit in Moskau die sich entwickelnden mittleren Funktionäre und vor allem Arbeiter und Arbeiterinnen der Moskauer Organisation heranzuziehen.

15. In der Armee setzen die Mitglieder der Revolutionären Kriegsräte, die Kommissare und andere Funktionäre ständig und beharrlich die revolutionäre Disziplin durch und sind gleichzeitig verpflichtet, entschlossen gegen die Routine des alten Militärsystems und gegen die Erscheinungen jeglicher Art von Bürokratismus zu kämpfen. Sie müssen, ohne sich hinter der Ausrede des Zeitmangels zu verschanzen, möglichst oft unter den Massen der Rotarmisten und Arbeiter weilen, mit ihnen Gespräche führen, ihnen Erklärungen geben und sie über die Situation an der Front und im Hinterland informieren. Die Teilnahme der verantwortlichen Genossen an den Kollektiven ist obligatorisch. An den Subbotniki, die von den Einheiten durchgeführt werden, müssen die Kommandeure und der politische Kommissar der betreffenden Einheit teilnehmen, ebenso die Mitglieder des revolutionären Kriegsrates, die in ihrer Arbeit einander ablösen.

16. Es ist notwendig, ausnahmslos alle verantwortlichen Kommunisten zu verpflichten, regelmäßig Partearbeit vor allem in den unteren Schichten des Proletariats, der Bauernschaft und der Roten Armee zu leisten. Dazu sind alle verantwortlichen Funktionäre, unabhängig von ihrer Tätigkeit, den Zellen der Fabriken, Werke, der Roten Armee oder der Dörfer einzugliedern. Sie sind verpflichtet, alle Vollversammlungen zu besuchen und auf ihnen Rechenschaft über ihre Tätigkeit abzulegen. Sie werden von den Rayonkomitees registriert und haben dieselben Pflichten wie alle anderen Parteimitglieder. Die Teilnahme an den Subbotniki ist für alle Partei-

mitglieder unbedingt obligatorisch zu machen, wie es in der Verordnung über die Subbotniki vorgesehen ist. Die Zeit, die für die Subbotniki aufgewendet wird, darf nicht nur vom Standpunkt der unmittelbaren wirtschaftlichen Ergebnisse, sondern hauptsächlich vom Standpunkt der Festigung der Einheit innerhalb der Partei auf der Grundlage der Erfüllung aller Parteipflichten ausnahmslos durch alle Kommunisten betrachtet werden. Verantwortliche Funktionäre werden von diesen oder jenen Parteipflichten aus triftigen Gründen nur auf Beschluß der Rayonkomitees befreit. Alle Parteimitglieder und besonders die verantwortlichen Funktionäre werden bei achtlosem Verhalten ihren Pflichten gegenüber ausnahmslos mit den festgesetzten Disziplinarstrafen belegt, wobei ihnen nicht mit Worten, sondern mit der Tat klarzumachen ist, daß jeder vor der gesamten Partei und dem proletarischen Staat die gleiche Verantwortung trägt.

17. Die verantwortlichen kommunistischen Funktionäre haben nicht das Recht auf persönliche Sondervergünstigungen sowie auf Prämien und Bezahlung für Überstunden.

18. Es müssen entsprechende praktische Maßnahmen ausgearbeitet werden zur Beseitigung der Ungleichheit (in den Lebensbedingungen, in der Höhe des Arbeitslohnes usw.) zwischen den "Spezialisten" und verantwortlichen Funktionären einerseits und zwischen der Masse der Werktätigen andererseits. Da diese Ungleichheit den Demokratismus verletzt und eine Quelle für die Zersetzung der Partei und die Herabminderung der Autorität der Kommunisten ist, muß eine Kommission gebildet werden, die aus einem Vertreter der Moskauer Organisation der KPR, einem Vertreter der Petrograder Organisation der KPR, einem Vertreter des Volkskommissariats für Ernährungswesen, einem Vertreter des Allrussischen Zentralexekutivkomitees und einem Vertreter des Allrussischen Zentralrats der Gewerkschaften besteht.

19. Die Schaffung einer Kontrollkommission neben dem ZK wird als notwendig erkannt. Sie muß aus Genossen bestehen, die auf dem Gebiet der Partearbeit gut ausgebildet sind, über eine große Erfahrung verfügen, aufopferungsbereit und fähig sind, die Parteikontrolle streng durchzuführen. Die Kontrollkommission, die vom

Parteitag gewählt wird, muß das Recht besitzen, alle Beschwerden entgegenzunehmen und sie zu bearbeiten, wobei sie eine Vereinbarung mit dem ZK trifft, nötigenfalls eine gemeinsame Sitzung mit ihm durchzuführen oder die Fragen bis zum Parteitag zu vertagen. Bis zum Parteitag wird eine provisorische Kontrollkommission bestimmt, zu der die Genossen Dersinski, Muranow, Preobraschenski sowie je ein Vertreter der Moskauer, Petrograder, Iwanowo-Wosnessensker Organisation und der Organisation von Nishni Nowgorod gehören. Letztere müssen auf den Gouvernementskonferenzen gewählt werden. (Bis zur Einberufung dieser Konferenzen werden die Vertreter von den Gouvernementskomitees gemeinsam mit den aktiven Funktionären gewählt.) Bei allen Gouvernementskomitees sind besondere Parteikommissionen zu organisieren, die aus Genossen bestehen, welche unvoreingenommen sind und das allgemeine Vertrauen der Organisationen genießen. An diese Parteikommissionen müssen die entsprechenden Beschwerden gerichtet werden. Keine einzige Beschwerde, auch wenn sie nur von einer kleinen Gruppe von Parteimitgliedern unterzeichnet ist, darf ohne begründete Antwort der Kommission oder ohne Resolution des Gouvernementskomitees bleiben.

20. Der Bürokratismus, der in vielen unserer Hauptabteilungen und Zentren herrscht, verletzt oft empfindlich die gesetzlichen Interessen der Volksmassen und ist eine der wesentlichsten Ursachen für die Unzufriedenheit mit der Partei, auf die die Verantwortung für die Hauptabteilungen und Zentren übertragen wird.

Das Zentralkomitee der Partei muß ernsthafte Maßnahmen dagegen ergreifen. Die örtlichen Organisationen müssen dem ZK in diesem Kampf helfen, und zwar vor allem dadurch, daß sie ihm die entsprechenden Tatsachen mitteilen.

Darum schlägt die Konferenz den Organen der Militärbehörde vor, an den einzelnen Orten alles Mögliche zu unternehmen, damit auf dem Gebiet der Wohnungen usw. nur das Notwendigste beansprucht wird, um keine Beschwerden bei der arbeitenden Bevölkerung hervorzurufen.

In einer ganzen Reihe von Orten offenbaren die Institutionen der Militärbehörde die Tendenz, sich möglichst auszubreiten und berücksichtigen dabei nicht die überaus schwierigen Wohn- und

anderen Verhältnisse, unter denen die Arbeiter leben. Es ist notwendig, in den einzelnen Orten bei den Gouvernementskomitees Sonderkommissionen zu bilden, die die Verzeichnisse der von der Militärbehörde besetzten Häuser überprüfen, um dann eine Vereinbarung mit der Militärbehörde zu treffen, auf Grund deren diejenigen Gebäude für die Arbeiter frei gemacht werden sollen, die zu entbehren sind.

Bei der Veröffentlichung der Resolution der Allrussischen Konferenz, die vom Plenum des ZK bestätigt wurde, stellt das ZK zur Frage der Zusammensetzung der Kontrollkommission folgendes fest:

daß die Mitglieder des ZK Preobraschenski und Genosse Dersinski nur auf Beschluß der Parteikonferenz hin als Mitglieder der ersten Kontrollkommission ernannt worden sind; im allgemeinen aber dürfen Mitglieder des ZK nicht in die Kontrollkommission gewählt werden.

Diese Mitglieder des ZK sind in ihrer Arbeit in der Kontrollkommission nicht an die Beschlüsse des ZK gebunden. Sie stimmen in der Kontrollkommission nicht mit ab, wenn eine Frage speziell ihr Arbeitsgebiet betrifft.

#### Zum organisatorischen Rechenschaftsbericht des ZK

Die Konferenz billigt nach Entgegennahme des Berichts im großen und ganzen die organisatorische Linie des ZK; sie stellt mit Befriedigung fest, daß sich der Organisationsapparat in der Rechenschaftsperiode vom IX. Parteitag an bedeutend gefestigt und erweitert hat und ist der Meinung, daß das Entwicklungstempo des Organisationsapparates in der nächsten Zeit noch mehr beschleunigt werden muß.

Gleichzeitig ist die Konferenz der Meinung, daß es unbedingt notwendig ist, die Arbeit des Sekretariats des ZK zu verstärken, und zwar in der Richtung, daß es sich noch mehr mit der Arbeit in den einzelnen Orten vertraut macht und daraus seine Erfahrungen für den weiteren organisatorischen Aufbau schöpft. Dazu müssen regelmäßige Beratungen der Sekretäre der Organisationen der Gouvernementskomitees und Gebietskomitees durchgeführt werden, was in bedeutender Weise zur Summierung und Realisierung dieser



Erfahrung beitragen und die Verwirklichung des Plans der Ver-  
setzungen erleichtern wird.

Die Konferenz ist insbesondere der Meinung, daß der Arbeit  
der Agitations- und Propagandaabteilung besondere Aufmerksamkeit  
zu widmen ist. Diese muß ständig danach streben, die Agitations-  
und Propagandaarbeit sowie die kulturelle und Aufklärungsarbeit  
jeder Art (Volkskommissariat für Bildungswesen, Staatsverlag,  
Zentralpresse, Politische Verwaltung der Republik)<sup>1)</sup> voll zu  
erfassen und zu vereinigen sowie die Abteilung für die Arbeit  
auf dem Lande, die Frauenabteilung und die Sektion der nationa-  
len Minderheiten ihrer direkten Führung zu unterstellen.

Die Konferenz macht das ZK darauf aufmerksam, daß es die or-  
ganisatorische und Parteiarbeit der kommunistischen Organisatio-  
nen in den Reihen der Roten Armee und Roten Flotte stärker und  
unmittelbarer anleiten muß und daß es unzulässig ist, das Leben  
und die Arbeit dieser Organisationen von dem Leben und der Arbeit  
der gesamten Partei weiterhin zu trennen.

#### Zur polnischen Frage

Nach Entgegennahme des Berichts des Vertreters des polnischen  
Kommunisten, Ulanowski, der soeben direkt aus Warschau gekommen  
ist, stellt die Allrussische Konferenz der KPR mit Befriedigung  
fest, daß sich die fortschrittlichen Arbeiter Polens mit der  
Handlungsweise der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-  
republik voll und ganz solidarisch erklären und daß sie die Ereig-  
nisse der letzten Monate ebenso einschätzen, wie sie die Kommuni-  
sten Rußlands einschätzen. Die polnischen kommunistischen Proleta-  
rier haben voll und ganz erkannt, daß man die Sowjetisierung Polens  
bewaffnet unterstützen muß und haben weder dem Nationalismus, noch  
dem Pazifismus die geringsten Zugeständnisse gemacht.

Die Konferenz stellt mit Befriedigung fest, daß die "ein-  
zelnen" "kritischen" Stimmen polnischer Kommunisten, die in

1) Politische Verwaltung der Republik - Politische Verwaltung zur  
Leitung der gesamten politischen Arbeit in der Roten Armee.  
(Anmerkung des Übers.)

Herlin (Artikel in der "Roten Fahne") laut werden, nicht die  
Stimme der Kommunistischen Partei Polens sind.

In der vollen Übereinstimmung der Ansichten der polnischen  
und russischen Kommunisten sieht die Konferenz das Unterpfand  
dafür, daß der Endsieg trotz des noch bevorstehenden schweren  
Kampfes unser sein wird.

Die Konferenz sendet den kommunistischen Arbeitern Polens  
ihre brüderlichen Grüße.

"Iswestija (Nachrichten) des ZK der KPR(B)",  
Nr. 24, Oktober 1920

X. Parteitag der KPR (B)

Moskau, 8. - 16. März 1921

Auf dem Parteitag waren 694 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, die 732 521 Mitglieder der Partei vertraten, und 296 Delegierte mit beratender Stimme. Während der Tagung des Parteitages wurde ein Teil der Delegierten vom Parteitag zur Unterdrückung der Kronstädter konterrevolutionären Meuterei mobilisiert.

Tagesordnung: 1) Politischer und organisatorischer Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees und Bericht der Zentralen Kontrollkommission; 2) Über das Hauptkomitee für politische Aufklärung und die agitatorisch-propagandistische Arbeit der Partei; 3) Die nationale Frage; 4) Die Gewerkschaften und ihre Rolle im wirtschaftlichen Leben des Landes; 5) Die Fragen des Parteiaufbaus; 6) Über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer; 7) Sowjetrußland in der kapitalistischen Umkreisung; 8) Rechenschaftsbericht der Vertreter der KPR(B) in der Komintern; 9) Die Fragen der Einheit der Partei und der anarcho-syndikalistischen Abweichung; 10) Wahlen der leitenden Organe.

Dem Parteitag ging eine Diskussion über die Gewerkschaften voraus. Einpeitscher der Diskussion und des Kampfes gegen W.I.Lenin, gegen die Leninsche Mehrheit des ZK war Trotzki. Er stellte die Forderung nach sofortiger "Verstaatlichung der Gewerkschaften" auf. Er war gegen die Methode der Überzeugung der Arbeitermassen und für das Hineintragen der militärischen Methode in die Gewerkschaften. Trotzki war gegen die Entfaltung der Demokratie in den Gewerkschaften und gegen die Wählbarkeit der Gewerkschaftsorgane.

Als Gegengewicht zu den Plattformen der oppositionellen Gruppen arbeiteten W.I.Lenin und die Leninisten ihre eigene Plattform aus, die Plattform der Zehn (W.I.Lenin, J.W.Stalin u.a.). In dieser Plattform wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften eine Schule der Verwaltung, eine Schule der Wirtschaftsführung, eine Schule des Kommunismus sind. Die Gewerkschaften müssen ihre gesamte Arbeit auf der Methode der Überzeugung aufbauen. Alle maßgebenden örtlichen Parteiorganisationen schlossen sich

der Leninschen Plattform an.

Der Parteitag zog das Fazit der Diskussion über die Gewerkschaften und billigte mit erdrückender Stimmenmehrheit die Leninsche Plattform.

Der Parteitag widmete der Frage der Einheit der Partei als der wichtigsten Bedingung ihrer Kraft und Stärke besondere Aufmerksamkeit.

Den politischen Rechenschaftsbericht des ZK gab W.I.Lenin. Er hielt auch ein Referat über die Einheit der Partei. Der Parteitag verurteilte alle oppositionellen Gruppierungen und betonte, daß diese "in Wirklichkeit den Klassenfeinden der proletarischen Revolution helfen". Der Parteitag gab in einer besonderen Resolution "Über die Einheit der Partei", die von W.I.Lenin vorgeschlagen wurde, die strikte Weisung, sofort alle fraktionellen Gruppen aufzulösen und beauftragte alle Organisationen, streng darüber zu wachen, daß keinerlei fraktionelle Handlungen zugelassen werden, wobei die Nichterfüllung des Parteitagsbeschlusses den unbedingten und unverzüglichen Parteiausschluß nach sich zog. Der Parteitag bevollmächtigte das ZK, im Falle eines Disziplinbruches durch Mitglieder des ZK und im Falle des Wiederauflebens oder der Zulassung der Fraktionsmacherei alle Disziplinarmaßnahmen der Partei bis zum Ausschluß aus dem Zentralkomitee und aus der Partei anzuwenden.

In der Resolution "Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei", die ebenfalls von W.I.Lenin vorgeschlagen wurde, verurteilte der X.Parteitag die sogenannte "Arbeiteropposition". Der Parteitag erklärte die Propagierung der Ideen der anarcho-syndikalistischen Abweichung für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und rief die Partei zum entschiedenen Kampf gegen diese Abweichung auf.

Der X.Parteitag faßte zum Referat W.I.Lenins den überaus wichtigen Beschluß über den Übergang von der Ablieferungspflicht zur Naturalsteuer und über den Übergang von der Politik des Kriegskommunismus zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP). Der Beschluß des X.Parteitags über die NÖP sicherte das feste ökonomische Bündnis der Arbeiterklasse und der Bauernschaft zum Aufbau des Sozialismus. Dieser Grundaufgabe diente auch der Beschluß des Parteitags über

die nationale Frage. Das Referat zur nationalen Frage hielt J.W.Stalin. Der Parteitag verurteilte die parteifeindlichen Abweichungen in der nationalen Frage - den Großmachtchauvinismus, (den großrussischen Chauvinismus) und den lokalen Nationalismus - als für den Kommunismus und den proletarischen Internationalismus schädlich und gefährlich. Dabei aber führte der Parteitag seinen Hauptschlag gegen den Großmachtchauvinismus als gegen die Hauptgefahr.

Zu den Fragen des Parteaufbaus faßte der Parteitag eine Reihe wichtiger Beschlüsse über die Entfaltung der innerparteilichen Demokratie, über die Hebung des ideologisch-politischen Niveaus der Parteimitglieder, über die Verstärkung des Einflusses der Partei auf die parteilosen Massen und darüber, daß die Partei für den Kampf gegen die Kräfte der Konterrevolution und gegen die Abweichungen innerhalb der Partei in Kampfbereitschaft zu versetzen ist.

Der Parteitag wählte das ZK in folgender Zusammensetzung:

W.I.Lenin, J.W.Stalin, W.M.Molotow, K.E.Woroschilow, G.K.Ordshonikidse, F.E.Dserschinski, M.I.Kalinin, M.W.Frunse, Artjom (F.A.Sergejew), E.M.Jaroslawski u.a.; als Kandidaten des ZK wurden gewählt: S.M.Kirow, W.W.Kuibyschew u.a. Außerdem wählte der Parteitag 7 Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission.

#### Resolutionen und Beschlüsse des Parteitages

##### Zum Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees

Der X.Parteitag der KPR (Bolschewiki) hat den Rechenschaftsbericht des ZK entgegengenommen und

1. erkennt an, daß die Innen- und Außenpolitik des ZK im großen und ganzen richtig war.
2. Gleichzeitig hebt der Parteitag die mangelnde Einheit im ZK hervor, die in der letzten Zeit bei der Erörterung einer Reihe von Tagesfragen, insbesondere der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaften, zutage trat, was zu einer übermäßigen Verschärfung der Diskussion in den Reihen der Partei und zu einem übermäßigen Aufwand an Kräften der Partei führte. Das wirkte sich ungünstig

auf die anderen Aufgaben der Partei und insbesondere auf die Ausweitung und Festigung des Einflusses der Partei auf die breiten parteilosen Massen aus.

Der Parteitag hält es für notwendig, in das ZK Organisatoren aufzunehmen, die sich in der Parteiarbeit unter den Massen bewährt haben, um die Stabilität der Politik des leitenden Zentrums der Partei und eine verstärkte Verbindung des Zentrums mit den breiten proletarischen Massen zu gewährleisten.

#### Über den Parteaufbau

##### I. Allgemeine Voraussetzungen

1. Die Partei des revolutionären Marxismus lehnt das Suchen nach einer absolut richtigen, für alle Stufen des revolutionären Prozesses tauglichen Organisationsform der Partei und gleichermaßen das Suchen nach solchen Arbeitsmethoden prinzipiell ab. Im Gegenteil, die Organisationsform und die Arbeitsmethoden werden ganz und gar von den Besonderheiten der gegebenen konkreten historischen Situation und von jenen Aufgaben bestimmt, die sich unmittelbar aus dieser Situation ergeben.

2. Von diesem Standpunkt aus ist es klar, daß sich jede Organisationsform und die entsprechenden Arbeitsmethoden bei einer Veränderung der objektiven Entwicklungsbedingungen der Revolution aus Formen der Entwicklung der Parteiorganisation in Fesseln dieser Entwicklung verwandeln können; und umgekehrt, eine untauglich gewordene Organisationsform kann wieder eine notwendige und die einzig zweckmäßige Form werden, wenn die entsprechenden objektiven Bedingungen wieder vorhanden sind.

3. Die Widersprüche zwischen den Bedürfnissen der neuen entstehenden Lage einerseits und der einmal festgelegten Organisationsform und den entsprechenden Arbeitsmethoden andererseits machen sich im allgemeinen früher bemerkbar, als sich eine Kursänderung endgültig notwendig macht. Der Kurs darf nur dann geändert werden, wenn im Allgemeinen, im Grundlegenden und Wesentlichen die Aufgabe erfüllt ist, die den vorhergehenden Organisationstyp und die ihm entsprechende Arbeitsmethode mit sich brachte.

4. Man darf keinesfalls in diesem oder jenem historischen Augenblick praktizierte Formen und Arbeitsmethoden der Parteiorganisation mechanisch auf andere Organisationen übertragen, z.B. auf die Sowjets oder auf Organe administrativen, wirtschaftlichen Charakters. Ein solches Übertragen wäre darauf begründet, daß man die Unterschiede zwischen der Organisation der Avantgarde der Arbeiterklasse (der Partei) und den anderen Organisationen, die Unterschiede zwischen den Klassen, zwischen den verschiedenen Gruppen der Werktätigen, zwischen den verschiedenen Aufgaben, die sich diese Organisationen stellen usw. vollkommen vergißt.

## II. Die Periode des Krieges und unsere Partei

5. Die vorangegangene Entwicklungsperiode der Revolution war gekennzeichnet durch den bewaffneten Überfall des Weltimperialismus auf die Sowjetrepublik, durch erbitterten Kampf an den Fronten, vor allem an den äußeren Fronten, als die Existenz der Republik selbst in Frage stand und als die Republik gleichzeitig mit der Abwehr des Überfalles der Feinde sich ihre Hauptlebensquellen wirtschaftlichen Charakters - Kohle, Öl, Getreidegebiete u.a. - sichern mußte.

6. Deshalb war die unmittelbare, grundlegende und vordringlichste Aufgabe die Aufgabe der militärischen Kampfaktionen. Vor dieser Aufgabe mußten alle anderen zurücktreten, darunter auch die erzieherische Aufgabe der Partei. Die gesamte Republik verwandelte sich in ein Kriegslager, und die Partei des Proletariats mußte sich dieser Hauptaufgabe anpassen, um imstande zu sein, sie zu lösen.

7. Die Organisationsform der Partei mußte daher in dieser Periode unvermeidlich die Militarisierung der Parteiorganisation sein. Wie die Form der proletarischen Diktatur den Charakter einer proletarischen Militärdiktatur annahm, so nahm auch die Organisationsform der Partei den entsprechenden Charakter an und mußte ihn vom Standpunkt der revolutionären Zweckdienlichkeit unter diesen Bedingungen annehmen. Dies äußerte sich im großen und ganzen in einem extremen organisatorischen Zentralismus und in der Einschränkung der kollektiven Organe der Parteiorganisation.

8. Die Methoden der Partearbeit ergaben sich ebenso aus der Notwendigkeit von Kampfhandlungen und entsprachen den Organisationsformen. Sie tendierten im großen und ganzen nach dem System der Kampfbefehle hin, die von den führenden Parteiinstitutionen herausgegeben und widerspruchslos und ohne Diskussion durch die einfachen Parteimitglieder ausgeführt wurden. Eine typische Arbeit waren die ununterbrochenen Mobilisierungen, vor allem für die kämpfende Front, und die Neuverteilung der Kräfte der Partei unter diesem Hauptgesichtspunkt.

9. Allein durch diese Struktur der Partei gelang es, den Widerstand der Gegner zu überwinden und aus diesem Kampf siegreich hervorzugehen. Diese Struktur war für die Periode des Krieges die zweckdienlichste.

## III. Die Widersprüche der Periode des Krieges und die Partei

10. Der Grundwiderspruch dieser Periode war jener Umstand, daß bei raschem zahlenmäßigem Anwachsen der Partei der Charakter der Arbeit die kommunistische Erziehung der gesamten Masse der Parteimitglieder, insbesondere aber der neu eingetretenen, hinderte. Gleichzeitig schuf die Einbeziehung fast aller Parteimitglieder in die aktive Arbeit auf dem Wege der Mobilisierung sogar unter den zurückgebliebensten Schichten ein Bedürfnis nach Selbstbetätigung und aktiver Entscheidung der Fragen des Parteilebens. Daraus ergab sich ein Widerspruch zu dem extremen Zentralismus und dem System der Kampfbefehle, die in die Praxis der Parteiorganisationen eingegangen waren.

11. Die riesigen Materialaufwendungen für den Krieg, und als deren Folge die Verarmung des Landes, liefen parallel mit der sich entwickelnden Notwendigkeit, besonders die "Stoß"-behörden und Funktionsgruppen, darunter auch die der Partei, zu unterstützen. Die unvermeidliche Folge - und in bedeutendem Maße auch eine gesellschaftlich notwendige Folge - war somit ein Anwachsen der materiellen Ungleichheit der Parteimitglieder bei wachsender allgemeiner Armut.

12. Der Zerfall der alten Klassengruppierungen (insbesondere der Zerfall der Intelligenz), aber auch der Zerfall der oppositio-

nellen sozialistischen Parteien (Menschewiki und Sozialrevolutionäre) brachten einen Zustrom dieser Elemente in die Reihen der Partei mit sich, wobei sie, da sie schon von ihrer früheren Arbeit her Erfahrung besaßen - bei der relativen Einschränkung der Erziehungsarbeit unter der großen Masse der Parteimitglieder und bei dem ungeheuren Bedarf an aktiven und erfahrenen Funktionären - rasch in der hierarchischen Rangordnung der Sowjets, der Armee, der Gewerkschaften und der Partei aufsteigen konnten.

13. Unter den Bedingungen dieser Armut führte das Bedürfnis nach einem extrem zentralisierten Apparat, der sich auf der Basis eines außerordentlich zurückgebliebenen kulturellen Niveaus der Massen herausgebildet hatte, zur Aufblähung des bürokratischen Apparates und schuf die Tendenz zu seiner Isolierung.

14. Somit schuf die Periode des Krieges einerseits eine im großen und ganzen zweckentsprechende Organisation, andererseits brachte sie selbst eine Reihe von Widersprüchen hervor. Und da alle diese Widersprüche auf der Grundlage der Zerrüttung und des Mangels an organisatorischen Kräften erwachsen, entwickelte die Zentralisierung die Tendenz, sich in Bürokratisierung umzuwandeln und sich von den Massen loszulösen; das System der Kampfbefehle nahm oft verzerrte Formen unnötigen Drucks an; notwendige Privilegien wurden zum Boden für Übergriffe verschiedener Art; die notwendige Einschränkung der Parteiorgane führte zur Schwächung des geistigen Lebens der Partei usw., was insgesamt zu einer Krise innerhalb der Partei führte.

#### IV. Die neue Periode, ihre Aufgaben und der Parteaufbau

15. Die gegenwärtige Lage ist gekennzeichnet einerseits durch die fast völlige Liquidierung der äußeren Kampffronten, andererseits durch äußerste Verschärfung der Widersprüche innerhalb des Landes. Die neue Form der ausländischen Einmischung, die sich in der Organisation von Verschwörungen und Aufständen äußert, die schwere Wirtschafts- und die damit verbundene Versorgungskrise, die einschneidende Verschärfung der Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft, die große Mißernte des letzten Jahres, die Erschöpfung der breiten proletarischen Massen, die durch den bei-

spiellosen Kampf gegen ihre zahllosen Feinde ermüdet sind, - alle diese Erscheinungen offenbarten sich am deutlichsten in der Periode der Demobilisierung und machten die Lage der Sowjetrepublik erneut außerordentlich schwierig. Im Proletariat widerspiegelten sie sich außerdem auch in der Weise, daß die Verbindung zwischen der Avantgarde des Proletariats (der Partei) und der Masse der parteilosen Arbeiter, die zum Teil - auf dem Boden der Krise - unter den Einfluß des Kleinbürgertums geraten war, schwächer wurde. In der Partei selbst lockerten sich der innere Zusammenhalt und die Geschlossenheit der Parteilinien.

Somit trägt die gegenwärtige Epoche widersprüchlichen Charakter, da der Übergang zur friedlichen Lage unter den gegebenen historischen Bedingungen gleichzeitig zu neuen Formen des Kampfes an der inneren Front führt.

16. Mußte sich die Partei in der vergangenen Periode auf unmittelbare Kampfaufgaben orientieren, was auf Kosten der erzieherischen Aufgaben ging, so wird jetzt die Hebung des Niveaus der Parteimitglieder bei ihrer gleichzeitigen Heranziehung zur aktiven Teilnahme am allgemeinen Parteilieben, neben der verstärkten Einflußnahme der Partei auf die parteilosen Massen, neben der stärkeren Fühlungnahme mit diesen Massen und neben der Notwendigkeit, die Partei zum Kampf gegen die Kräfte der Konterrevolution bereit zu machen, zur zentralen Aufgabe des Tages.

Notwendiger denn je ist jetzt die absolute Geschlossenheit und die absolute Einheit der Partei, nicht nur die formale und mechanische, sondern die ideologisch-kämpferische Einheit. Sie muß auf neuer Grundlage, auf der Grundlage des trotz allem gestiegenen Niveaus der Parteimitglieder, auf der Grundlage der Einbeziehung aller Parteimitglieder in das aktive Parteilieben, auf der Grundlage der Summierung der überaus reichen Erfahrungen ihrer Mitglieder, die während des Krieges auf verschiedenen Gebieten gearbeitet haben, erzielt werden. Die Partei, die in der Periode des Krieges in verschiedene Abteilungen aufgeteilt war, muß wieder zusammengefaßt werden. Die "oberen" und "unteren" Schichten, die militärischen und zivilen Funktionäre, die in den Gewerkschaften und den Sowjets arbeitenden Parteiarbeiter, die alten und neuen, die "jungen" und "alten" Parteimitglieder sind einander näherzu-

bringen. Ohne Lösung dieser Hauptaufgabe kann die Avantgarde des Proletariats ihre gewaltige Rolle im wirtschaftlichen Aufbau nicht erfüllen.

17. Diese Aufgabe kann nicht gelöst werden, wenn die alte Organisationsform beibehalten wird. Die nächsten Bedürfnisse des Augenblicks erfordern eine neue organisatorische Hülle. Diese Form ist die Form der Arbeiterdemokratie. Der Kurs auf die Arbeiterdemokratie muß mit der gleichen Entschlossenheit aufgenommen und ebenso energisch durchgeführt werden, wie in der verflochtenen Periode der Kurs auf die Militarisierung der Partei durchgeführt wurde, sofern dies nicht auf Hindernisse hinsichtlich der Erfordernisse des unmittelbaren Kampfes gegen die Kräfte der Konterrevolution stößt.

18. Unter innerparteilicher Arbeiterdemokratie ist eine solche Organisationsform bei Durchführung kommunistischer Parteipolitik zu verstehen, die allen Parteimitgliedern, auch den zurückgebliebenen, die aktive Teilnahme am Parteilieben, an der Erörterung aller Fragen, die vor der Partei stehen, an der Lösung dieser Fragen und auch die aktive Teilnahme am Parteaufbau gewährleistet. Die Form der Arbeiterdemokratie schließt jegliches Ernennen als System aus, sie kommt zum Ausdruck in der breit angewandten Wählbarkeit aller Funktionen von unten bis oben, in ihrer Pflicht der Rechenschaftslegung, darin, daß sie unter ständiger Kontrolle stehen usw.

19. Die Arbeitsmethoden sind vor allem die Methoden der umfassenden Erörterung aller wichtigen Fragen, sind Diskussionen über diese Fragen bei voller Freiheit der innerparteilichen Kritik, sind die Methoden der kollektiven Ausarbeitung der Beschlüsse, die für die gesamte Partei Geltung haben, solange zu diesen Fragen noch keine allgemein verbindlichen Parteibeschlüsse gefaßt wurden. Diese Methoden nehmen gegenwärtig denselben notwendigen Charakter an und sind von derselben Wichtigkeit wie die Methoden der Kampfgebote und ihre bedingungslose Ausführung in der Periode der Verschärfung des Bürgerkrieges. Es versteht sich von selbst, daß nach Annahme der Beschlüsse diese Beschlüsse bindend werden und maximal rasch und genau ausgeführt werden müssen. Es versteht sich von

selbst, daß die Partei eine genügende Elastizität besitzen muß, um im Falle der Notwendigkeit schnell zu dem System der Kampfgebote überzugehen.

20. Somit ist die allgemeinste Aufgabe innerhalb der Partei nicht die quantitative Erweiterung der Reihen der Partei, sondern deren qualitative Verbesserung, die Steigerung der Bewußtheit, der kommunistischen Erziehung, der Aktivität, der Selbsttätigkeit und der Initiative aller Parteimitglieder sowie die absolute Einheit der gesamten Partei auf dieser Grundlage.

#### V. Allgemeine Maßnahmen zur Gesundung der Partei

21. Da ein gewisser Teil kleinbürgerlicher und noch nicht im kommunistischen Geiste geformter spießbürgerlich-intellektueller und halbintellektueller Elemente in die Partei eingetreten ist, welche die Partei noch nicht umerzogen hat; da ein sehr großer Teil der kommunistischen Arbeiter fast ganz von den Erfordernissen des sich entwickelnden Sowjetaufbaus in Anspruch genommen und gezwungen ist, in hohem Maße die unmittelbare Arbeit in den Fabriken und Werken aufzugeben und auch der großen Verluste wegen, die die Partei an den Fronten des Bürgerkrieges erlitten hat, - ist die brennende Notwendigkeit entstanden, entschlossen den Hebel der Parteipolitik herumzureißen in die Richtung auf die Werbung von Arbeitern und die Reinigung der Partei von nichtkommunistischen Elementen durch genaue Registrierung jedes einzelnen Mitgliedes der KPR nach seiner von ihm in seiner Dienststellung ausgeübten Arbeit sowie auch als Mitglied der Kommunistischen Partei Rußlands.

22. Verletzen neue Mitglieder der Partei die Parteidisziplin usw., werden die Kommunisten, die sie empfohlen haben, mit einer Disziplinarstrafe belegt und, falls sie weiter unbedachte und leichtsinnige Empfehlungen erteilen, aus der Partei ausgeschlossen.

Als eine der Maßnahmen, um die Partei vor einer Durchsetzung mit untauglichen Elementen zu bewahren, ist zu empfehlen, die Namen derjenigen, die in die Partei einzutreten wünschen, zu veröffentlichen. Die Parteimitglieder, die Empfehlungen ausstellen, müssen mindestens ein Jahr der Partei angehören. Die Kandidatenzeit für die Genossen, die keine Arbeiter und Bauern sind, wird auf ein

Jahr erhöht.

23. Der Parteitag macht dem ZK und seinem Organisationsbüro zur Pflicht, sich gut entwickelnde Arbeiter sorgsam zu beobachten und sie systematisch und stetig zu verantwortlicher Arbeit im Zentrum oder in den Orten heranzuziehen. Für einen der größten Mängel in der Parteiarbeit hält der Parteitag jenen Umstand, daß die Partei bis jetzt noch nicht vermochte, die Kräfte, die es bei uns gibt, auf die entsprechenden Posten zu stellen, und daß sie es nicht verstand, ihrer Entwicklung genügend freien Raum zu geben.

24. Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der Allrussischen Parteikonferenz des Jahres 1920 und macht dem ZK und den Kontrollkommissionen den entschlossenen Kampf gegen den Mißbrauch zur Pflicht, den Parteimitglieder mit ihrer Stellung und ihren materiellen Vorteilen treiben. Der Parteitag bestätigt voll und ganz den Kurs, auf dem Gebiet der materiellen Lage alle Parteimitglieder gleichzustellen.

25. Um die Partei den breiten Massen des Proletariats und der Bauernschaft näherzubringen, hält der Parteitag die Arbeit unter den einfachen Parteimitgliedern sowie die Arbeit unter den parteilosen Massen für die Hauptaufgabe. Dazu ist notwendig, daß alle verantwortlichen Parteimitglieder periodisch eine entsprechende Verpflichtung erfüllen, d.h., daß ein Teil selbst der mit Arbeit überlasteten Parteifunktionäre ständig mitten im Proletariat arbeitet und dort organisatorisch-propagandistische Arbeit leistet.

#### VI. Die Arbeiterdemokratie und die planmäßige Verteilung der Funktionäre

26. Die Verteilung der Funktionäre muß unter dem Gesichtspunkt der sachlichen Zweckmäßigkeit vorgenommen werden, wobei die Genossen, die von den höheren Parteiorganen auf ihre Posten gestellt werden, in der Regel den unteren Organen als Funktionäre dieser oder jener Qualifikation, ohne jegliche zusätzliche Mandate, die den Charakter von Mandaten für Sonderbevollmächtigte usw. tragen, zur Verfügung gestellt werden müssen.

27. Es ist notwendig, mit der systematischen Durchführung der

Beschlüsse des VIII. Parteitages über die Abkommandierung von Funktionären, die lange Zeit Sowjet- und Parteiarbeit geleistet haben, an die Werkbank und an den Pflug zu beginnen, wobei sie unter den gewöhnlichen Lebensbedingungen der Arbeiter tätig sein müssen.

28. Um die breiten Massen der Parteimitglieder noch mehr zur Teilnahme sowohl am täglichen Leben der Organisation als auch zur Arbeit ihrer Exekutivorgane heranzuziehen, sind nach Möglichkeit, wenn keine besondere Dringlichkeit vorhanden ist, die Listen aller zur Mobilisierung oder zu dieser oder jener Versetzung vorgemerkten Genossen auf den Vollversammlungen der Organisation bekanntzugeben mit der Erklärung, warum diese und nicht andere Genossen in die Liste aufgenommen wurden; - wenn dies nicht möglich ist, muß die Erklärung auf den nächsten Vollversammlungen gegeben werden.

29. Um das Kompetenzunwesen zu bekämpfen, sind die Genossen systematisch von einem Arbeitsgebiet in ein anderes zu versetzen, jedoch so, daß jeder Genosse in der Regel eine bestimmte Zeit an ein und demselben Arbeitsplatz verbleiben kann, damit er Ergebnisse seiner Arbeit vorweisen und sich vor der Partei für sie verantworten kann.

#### VII. Die Arbeiterdemokratie und das innere Leben der Partei

30. Um das Leben der Partei in Gang zu bringen, sind folgende Maßnahmen notwendig:

a) die umfassende Erörterung aller wichtigen Fragen des Lebens der gesamten Partei, des allgemeinen politischen und örtlichen Lebens auf den Vollversammlungen der Parteimitglieder bis zu den Parteizellen, muß systematisch gestaltet und auf Grund eines bestimmten, von den entsprechenden Parteikomitees periodisch ausgearbeiteten Planes durchgeführt werden. In diesem Plan müssen sowohl die allgemeinen Fragen, die für den gegebenen Ort eine besonders wichtige Bedeutung haben, als auch die Fragen, die durch das politische Leben der Partei wieder aufgeworfen werden, sowohl Berichte der Parteiorgane als auch Berichte der Sowjetmacht aufgenommen werden. Dabei sind die Parteikomitees verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß diese Erörterung nicht auf die Stadtorganisationen beschränkt bleibt, sondern systematisch das gesamte Gouvernement erfaßt. Dazu

sind die verantwortlichen Funktionäre nach einem genau festgelegten Plan der Reihe nach zu Reisen in diese oder jene Rayons zu kommandieren. Nur eine solche systematische Behandlung aller angeführten Fragen wird das bewußte Verhältnis der gesamten Massen der Parteimitglieder zu ihnen steigern und das allgemeine Niveau des Parteilebens erhöhen;

b) öffentliche Versammlungen führender Organe der Partei, für die ein System aufzustellen ist. Die Tagesordnung für diese Versammlungen ist sorgfältig auszuarbeiten, wobei in Rechnung zu stellen ist, daß diese Versammlungen den anwesenden einfachen Parteimitgliedern einen maximalen Nutzen bringen;

c) ständige Kontrolle über die Arbeit der leitenden Organe der Partei seitens der öffentlichen Meinung der Partei und ständige sachliche Zusammenarbeit zwischen den leitenden Organen und der gesamten Partei, Durchführung systematischer Rechenschaftslegung der entsprechenden Parteikomitees nicht nur vor den höheren, sondern auch vor den unteren Organisationen durch periodische Berichte der Gouvernementskomitees auf den Delegierten- oder Vollversammlungen der Städte- oder Rayonorganisationen und auf den Kreiskonferenzen und der Kreiskomitees vor den Delegierten- oder Vollversammlungen der Parteiorganisationen der Amtsbezirke. Die Rayon- (Kray-) komitees in den Städten und die Amtsbezirks- (Wolost-) komitees in den Kreisen geben die periodischen Rechenschaftsberichte über ihre Tätigkeit auf den Versammlungen der größten Parteizellen ab.

31. Eine Auflösung unterer Organisationen durch höhere Parteiorgane ist nur zulässig bei klaren Verstößen gegen Beschlüsse des Parteitags, gegen Verfügungen oder Rundschreiben, die in Weiterentwicklung und auf der Grundlage der Beschlüsse des Parteitags herausgegeben wurden. In allen übrigen Fällen ruft das höhere Organ eine entsprechende Konferenz oder Delegiertenversammlung ein, auf der diese Frage oder der Konflikt entschieden wird. Bis zur Entscheidung der Frage in der angeführten Ordnung darf das untere Organ die Durchführung des Beschlusses des höheren Parteiorgans nicht einstellen.

#### VIII. Die Parteizellen und ihre Arbeit

32. Im Zusammenhang mit dem Übergang des Landes zum wirtschaft-

lichen Aufbau und um den Massen näherzukommen, ist der Verstärkung der kommunistischen Zellen in den Werken und Fabriken besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Dazu ist es notwendig, binnen einem Monat nach dem X. Parteitag in ganz Rußland den Bestand der Parteizellen zu überprüfen, wobei einerseits eine maximale Anzahl von Kommunisten aus den Institutionen der Sowjets in die Werke und Fabriken, andererseits die notwendige Anzahl von Parteimitgliedern aus den weniger wichtigen Betrieben in wichtigere Betriebe versetzt werden. Diese Versetzung muß in enger Zusammenarbeit mit den Organen der Gewerkschaften erfolgen.

33. Die Verstärkung der kommunistischen Zellen darf sich nicht auf eine einfache Vergrößerung ihres zahlenmäßigen Bestandes beschränken. Parallel dazu muß die systematische Arbeit zur Bereicherung des Inhalts ihrer Tätigkeit gehen, wobei die Zellen sich nicht auf die propagandistische und Erziehungsarbeit beschränken sollen, sondern zu den hauptsächlichlichen Kampforganen der wirtschaftlichen Arbeit der Partei werden müssen; dabei ist zu beachten, daß die Kommunisten, die in den Fabriken, Werken und landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigt sind, in möglichst großer Zahl auf dem Gebiete der unmittelbaren Produktion, auf dem Gebiet der physischen Arbeit an der Werkbank, hinter dem Pflug usw. und nicht nur auf dem Gebiet der Verwaltung und Wirtschaftsführung beschäftigt werden.

34. Die Arbeit der kommunistischen Zellen muß Gegenstand der besonderen Aufmerksamkeit der Gouvernements- und Kreiskomitees werden. Der allgemeine Arbeitsplan der kommunistischen Zellen muß auf besonderen Gouvernementsberatungen der Sekretäre und Leiter der Organisations-Instrukteurabteilungen, an denen die Vertreter der Fraktion der Gewerkschaftsorgane teilnehmen, ausgearbeitet werden. Dieser Plan muß die wirtschaftlichen Besonderheiten des Gouvernements und die dem Gouvernement gestellten wirtschaftlichen Aufgaben berücksichtigen und muß für die Dorf- und für die Stadtzellen verschieden sein. Auf der Grundlage dieses allgemeinen Plans für das Gouvernement müssen dann ebenfalls, bei engster Mitarbeit der Gewerkschaften, die Kreispläne gemäß den besonderen Bedingungen jedes Kreises ausgearbeitet werden. In Verbindung damit muß auch die Information der Erfüllung dieses Planes angepaßt werden; die



Chronik des Parteilebens muß das Leben und die Tätigkeit der kommunistischen Zellen widerspiegeln und dabei die vorbildlichen und die zurückgebliebenen Zellen hervorheben. Sie muß stets darlegen, wie sich der eine oder andere Charakter der Arbeit der Zellen in der Produktivität der Betriebe widerspiegelt.

35. Die Arbeit der Zellen ist als überaus wichtiges Gebiet der Parteiarbeit anzuerkennen; für die unmittelbare Arbeit in den Zellen müssen die besten der in der Parteiarbeit stehenden Genossen ausgewählt werden. Gleichzeitig sind systematisch und ständig verantwortliche Genossen den Zellen zuzuteilen, wobei die Erfüllung der ihnen übertragenen Arbeiten zu kontrollieren ist. Wünschenswert ist die Festsetzung eines Tages in der Woche, an dem keine Sitzungen stattfinden und der ausschließlich der Parteiarbeit gewidmet ist ("Tag der Partei").

36. Auf dem Gebiet der reinen Parteiarbeit stehen folgende Aufgaben vor der Zelle:

- a) die Zelle hebt die Registrierung aller ihrer Mitglieder auf die gebührende Höhe, dabei hat sie ständig zu verfolgen, daß kein Mitglied der Zelle ohne irgendeine Parteiarbeit bleibt; sie trifft alle von ihr abhängenden Maßnahmen, um die politische Unwissenheit unter ihren Mitgliedern zu beseitigen und achtet darauf, daß es kein Mitglied gibt, das nicht eine Parteschule absolviert hat;
- b) die Zelle treibt unter Mithilfe aller ihrer Mitglieder Agitation und Propaganda unter den parteilosen Massen, veranstaltet Vorträge, Diskussionen, gibt Rechenschaftsberichte usw.;
- c) die Zelle veranstaltet zur Organisierung der Propaganda der Ideen der Kommunistischen Partei systematisch öffentliche Versammlungen, auf denen Fragen des Aufbaus der Sowjets und der Gewerkschaften, Fragen der Lage des Betriebes, Fragen des Lebens der Arbeiter und Angestellten usw. erörtert werden, wobei eine möglichst große Zahl von Parteilosen zur Diskussion heranzuziehen ist;
- d) die Zelle erörtert in den öffentlichen Versammlungen die herausgegebenen Dekrete, Beschlüsse und Verfügungen der Sowjetmacht, sie bezieht dadurch die parteilosen Massen in den Bereich der Tätigkeit der Sowjetmacht ein und übernimmt damit die Führung der Massen hinsichtlich ihrer sowjetischen Erziehung;

e) die Zelle betreibt durch das persönliche Beispiel aller ihrer Mitglieder sowohl auf dem Gebiet des Schutzes der Interessen der Werktätigen als auch auf dem Gebiet der unmittelbaren Arbeit der Betriebe hinsichtlich der Steigerung der Produktivität auf die notwendige Höhe eine wirklich anschauliche Agitation unter den breiten Massen der Parteilosen; sie unterstützt die Initiative jedes ihrer Mitglieder und jedes Parteilosen, die der Verbesserung der Arbeit aller Sowjetorgane im Betrieb, im Rayon und in der Stadt gilt;

f) die Zelle nimmt durch ihre Mitglieder aktiv an den Wahlen und an der Arbeit der Fabrik- und Werkkomitees, der Exekutivkomitees der Angestellten, der Wirtschafts-Kontrollkommissionen usw. teil und achtet darauf, daß die Arbeit in diesen Organisationen im Sinne der KPR gestaltet und betrieben wird;

g) die Zelle macht aus ihrer Mitte Genossen mit entsprechenden Fähigkeiten und Neigungen als Kandidaten namhaft, die aus der Sowjetarbeit in die Parteiarbeit übernommen werden können und wählt aus den parteilosen Genossen entsprechende Kandidaten für Sowjetarbeit verschiedener Art aus;

h) die Zelle achtet ständig darauf, daß die Kräfte der Kommunisten in der Sowjetarbeit zweckmäßig und möglichst produktiv ausgenutzt werden; Maßnahmen zur Beseitigung festgestellter Mängel trifft die Zelle durch die kommunistische Fraktion des Organs, in dessen Kompetenzbereich sich die Betriebe oder Institutionen befinden. Ist die Zelle mit dem Beschluß der Fraktion nicht einverstanden, wendet sie sich an das entsprechende Parteikomitee.

#### IX. Über die Arbeit des Zentralkomitees

37. Der Parteitag stellt dem neugewählten ZK als nächste Aufgabe die strengste Durchsetzung der Einheitlichkeit in der Struktur der Parteikomitees, der Einheitlichkeit und Vereinfachung der Information und die Ausarbeitung eines allgemeinen Planes für alle Gebiete ihrer Arbeit, weil allein diese Vorbedingungen eine wirkliche Leitung der Parteiarbeit im gesamtrossischen Maßstab, die auf der Berücksichtigung und dem Studium der Erfahrungen der einzelnen Orte begründet ist, möglich machen.

38. Um die Pläne aufeinander abzustimmen und die laufende Arbeit in ihren einzelnen Zweigen zu vereinigen und um die in den Orten gesammelte Erfahrung in der Geschäftsführung zu verallgemeinern, werden allrussische Beratungen der Leiter der einzelnen Abteilungen der Gouvernementskomitees einberufen.

39. Allrussische Parteikonferenzen müssen regelmäßig zweimal im Jahr einberufen werden.

40. Das Plenum des ZK muß regelmäßig mindestens einmal in zwei Monaten einberufen werden. Für die Leitung der laufenden organisatorischen und politischen Arbeit wird das System des Org.- und Politbüros des ZK beibehalten. Die Kandidaten des ZK haben das Recht, an den Sitzungen des Plenums mit beratender Stimme teilzunehmen.

41. Neu auftauchende prinzipielle Fragen des Parteilebens sollen möglichst auf den Sitzungen des ZK mit den Vertretern der Organisationen aus den größten proletarischen Zentren erörtert werden.

42. Die Thesen zu allen Fragen der Tagesordnung der allrussischen Parteitage und Konferenzen müssen spätestens einen Monat vor Einberufung des Parteitags oder der Konferenz gedruckt sein.

43. Das Zentralkomitee legt vor der Partei monatlich Rechenschaft über seine Tätigkeit ab.

44. Die Zahl der Mitglieder des ZK wird auf 25 erhöht: davon müssen mindestens 5 ausschließlich mit Parteiarbeit beschäftigt sein, wobei ihre Arbeit in Besuchen der örtlichen Organisationen und hauptsächlich im Besuch der Gouvernementskonferenzen und der Plenartagungen der Gouvernementskomitees bestehen soll.

Während dieser Besuche machen sich die Mitglieder des ZK mit der örtlichen Arbeit und den Funktionären bekannt, leiten sie auf allen Gebieten der Parteiarbeit an, geben ihnen Bericht über die Arbeit des ZK und die nächsten Aufgaben und Perspektiven, die vor der Partei stehen und nehmen, wenn sie längere Zeit in den Orten verbleiben, an der Arbeit der örtlichen Organisationen teil. Die Berichte über diese Reisen der Mitglieder des ZK werden nach Rückkehr vom Orgbüro entgegengenommen und in den nächsten Nummern der

"Nachrichten des Zentralkomitees" veröffentlicht.

45. Außerdem informiert das ZK durch die Versendung besonderer geschlossener Briefe monatlich alle Gouvernementskomitees über die innere und internationale politische Lage, über den Zustand der Partei und die nächsten Aufgaben, die das ZK den Gouvernementskomitees stellt.

#### X. Einige organisatorische Maßnahmen für die nächste Zeit

46. Der Parteitag spricht sich für die Auflösung der Abteilungen für die Arbeit auf dem Lande aus, die mit der Entwicklung und Festigung des allgemeinen Apparates der Parteikomitees überflüssig wurden und nur die allgemeine Leitung der Parteiarbeit auf dem betreffenden Territorium von einem einheitlichen Zentrum aus stören. Wenn die Abteilungen für die Arbeit auf dem Lande aufgelöst werden, ist es notwendig:

a) in das Kollegium der Agit.-Prop.-Abteilungen Genossen aufzunehmen, die das Leben des Dorfes kennen, um Methoden des Herangehens an die Masse der Bauernschaft auszuarbeiten;

b) in den Org.-Instrukteurabteilungen Instrukteur-Kader zu haben, die mit der Arbeit auf dem Lande vertraut sind.

Anmerkung: Ausnahmen für einzelne Gebiete sind nur mit Genehmigung des ZK zulässig.

47. Die Umwandlung der Abteilungen für nationale Minderheiten in Unterabteilungen der Agit.-Prop.-Abteilungen muß unverzüglich im gesamt-russischen Maßstab beendet werden; dabei sind ihnen alle allgemeinen organisatorischen Funktionen abzunehmen und der Org.-Instrukteurabteilung zu übertragen. Das Zentralkomitee wird beauftragt, sofort die verschiedenen Verordnungen über die Abteilungen und Sektionen der nationalen Minderheiten aufeinander abzustimmen.

48. Der Parteitag betrachtet die Subbotniki<sup>1)</sup> mindestens einmal im Monat für alle Mitglieder der Partei weiterhin als Pflicht; die Subbotniki sind in eine wirkliche Schule der kommunistischen Arbeit zu verwandeln und mit den laufenden Wirtschaftskampagnen

1) Freiwillige Aufbauarbeit in der arbeitsfreien Zeit (meist an Sonnabenden) (Anmerkung des Übs.)

zu verbinden; die Parteilosen sind zu den Subbotniki heranzuziehen, jedoch ausschließlich auf freiwilliger Grundlage; die Subbotniki sind sorgfältig vorzubereiten, sie sind zu benutzen für:

- 1) die Erfüllung der dringendsten, konkreten und jedem Teilnehmer verständlichen Produktionsaufgaben zur Verbesserung des Verkehrs wesens, zum Kampf gegen die Kälte usw.;
- 2) die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Massen der Arbeiter und Rotarmisten;
- 3) die Hebung des kulturellen Niveaus der Massen der Arbeiter und der Roten Armee.

49. Der Parteitag beauftragt das ZK, binnen einem Monat eine Bestimmung über die Gebietskomitees und die Gebietsbüros des Zentralkomitees auszuarbeiten.

50. Das Zentralkomitee muß durch besondere Instruktionen die Frage der Wechselbeziehungen zwischen den Parteikomitees, den Fraktionen der Gewerkschaften, den behördlichen Organisationen, den Organisationen des Eisenbahn- und Flußtransportwesens und besonders mit den politischen Abteilungen und den kommunistischen Organisationen der Truppenteile, Institutionen und Hochschulen, die sich auf dem Gebiet des Parteikomitees befinden, klären.

Der Parteitag hält eine Verstärkung der militärischen Kampfausbildung und Vorbereitung der Partei, der Abteilungen zur besonderen Verwendung usw. für notwendig.

#### XI. Der Kommunistische Jugendverband Rußlands

51. Gewaltige Bedeutung für die Verstärkung des innerparteilichen Lebens und für die Auffüllung der Reihen der Partei durch Kader neuer bewußter Kommunisten hat die faktische Herstellung einer engen Verbindung und die gemeinsame Arbeit der Partei mit dem Kommunistischen Jugendverband Rußlands und die Heranziehung des Verbandes zur Parteilarbeit.

Dazu ist folgendes durchzuführen:

- 1) Alle Mitglieder der Partei bis zu 20 Jahren einschließlich

müssen faktische Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands sein und aktiv an seiner Arbeit teilnehmen.

2) Die Vertreter der Parteikomitees in den Komitees des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands müssen an der ideologischen Führung des Verbandes teilnehmen und über seine gesamte Arbeit im Bilde sein. Auf den Delegierten- und Vollversammlungen und auf den Parteitag sind die Rechenschaftsberichte der Vertreter über ihre Arbeit und über die Lage im Verbands anzu hören.

3) Die Parteikomitees müssen dem Kommunistischen Jugendverband Rußlands helfen, die politische Schulung seiner Mitglieder in Gang zu bringen und die Heranziehung der Jugend zum Sowjet- und Wirtschaftsaufbau zu fördern.

4) Es ist notwendig, teilweise den Bestand der aktiven Funktionäre des Jugendverbandes durch einen gewissen Austausch von Funktionären zwischen Partei und Jugendverband zu erneuern. Diese Erneuerung ist aber behutsam durchzuführen.

5) Alle Mitglieder des Jugendverbandes, die Mitglieder der Partei sind, sind verpflichtet, ständig an der Parteilarbeit teilzunehmen und ihre Parteipflichten genau zu erfüllen.

6) Der Kommunistische Jugendverband Rußlands muß zur Erörterung allgemeinpolitischer Fragen und von Fragen des Aufbaus der Sowjets und der Partei herangezogen werden, was unter anderem durch Einladung von Mitgliedern des Jugendverbandes zu öffentlichen Vollversammlungen der Parteiorganisationen und durch eine Vertretung des Jugendverbandes auf den Delegiertenversammlungen, den Konferenzen und Parteitag mit beratender Stimme erreicht werden kann.

#### Über die Einheit der Partei

1. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit aller Parteimitglieder darauf, daß die Einheit und Geschlossenheit ihrer Reihen, die Sicherung des vollen Vertrauens unter den Parteimitgliedern und einer wirklich einmütigen Arbeit, die tatsächlich die Einheit des Willens der Avantgarde des Proletariats verkörpert, im gegenwärtigen Augenblick, wo eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt, be-

sonders notwendig ist.

2. Indessen sind schon vor der allgemeinen Parteidiskussion über die Gewerkschaften einige Anzeichen der Fraktionsmacherei in der Partei festzustellen gewesen, d.h. die Entstehung von Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem bestimmten Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen.

Es ist notwendig, daß alle klassenbewußten Arbeiter sich des Schadens und der Unzulässigkeit jeder wie immer gearteten Fraktionsmacherei klar bewußt werden, die unvermeidlich dazu führt, daß die einmütige Arbeit geschwächt wird und daß die Feinde, die sich an die Regierungspartei heranmachen, erneut verstärkte Versuche unternehmen, die Kluft zu vertiefen und sie für die Zwecke der Konterrevolution auszunutzen.

Die Ausnutzung jeder Art Abweichung von der streng konsequenten kommunistischen Linie durch die Feinde des Proletariats hat sich mit größter Anschaulichkeit an dem Beispiel der Kronstädter Meuterei gezeigt, als die bürgerliche Konterrevolution und die Weißgardisten in allen Ländern der Welt sofort ihre Bereitschaft bekundeten, sich sogar der Losungen einer Sowjetordnung zu bedienen, um nur die Diktatur des Proletariats in Rußland zu Fall zu bringen, als die Sozialrevolutionäre und überhaupt die bürgerliche Konterrevolution sich in Kronstadt der Losungen des Aufstandes angeblich im Namen einer Sowjetmacht gegen die Sowjetregierung in Rußland bedienten. Solche Tatsachen beweisen vollauf, daß die Weißgardisten bestrebt sind und es verstehen, sich einen solchen Anstrich zu geben, daß sie als Kommunisten erscheinen, ja sogar noch "linker" als die Kommunisten, nur um das Bollwerk der proletarischen Revolution in Rußland zu schwächen und zu stürzen. Die menschwistische Flugblätter in Petrograd am Vorabend der Kronstädter Meuterei zeigen ebenfalls, wie die Menschewiki die Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPR ausnutzten, um die Kronstädter Meuterer, die Sozialrevolutionäre und Weißgardisten faktisch vorwärts zu treiben und zu unterstützen, wobei sie sich in Worten als Gegner von Aufständen und als Anhänger der Sowjetmacht, nur einer Sowjetmacht mit angeblich kleinen Korrekturen, ausgaben.

3. Die Propaganda in dieser Frage muß bestehen einerseits in der gründlichen Aufklärung über die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Fraktionsmacherei vom Standpunkt der Einheit der Partei und der Verwirklichung der Willenseinheit der Avantgarde des Proletariats als der Grundbedingung für den Erfolg der Diktatur des Proletariats, andererseits in der Erläuterung der Eigenart der neuesten taktischen Mänöver der Feinde der Sowjetmacht. Diese Feinde, die sich davon überzeugt haben, daß die Konterrevolution unter offen weißgardistischer Flagge hoffnungslos ist, setzen jetzt alles daran, um unter Ausnutzung der Meinungsverschiedenheiten innerhalb der KPR die Konterrevolution auf diese oder jene Weise zu fördern, und zwar durch Auslieferung der Macht an die politischen Gruppierungen, die der Anerkennung der Sowjetmacht äußerlich am nächsten stehen.

Die Propaganda muß auch die Erfahrungen früherer Revolutionen erläutern, in denen die Konterrevolution die der äußersten revolutionären Partei am nächsten stehenden kleinbürgerlichen Gruppierungen unterstützte, um die revolutionäre Diktatur zu erschüttern und zu stürzen und dadurch dem weiteren vollen Sieg der Konterrevolution, dem Sieg der Kapitalisten und Gutsbesitzer, den Weg zu bahnen.

4. Es ist notwendig, daß jede Parteiorganisation strengstens beachtet, daß die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei, jegliche Analyse der allgemeinen Linie der Partei oder die Auswertung ihrer praktischen Erfahrungen, die Kontrolle der Durchführung der Beschlüsse und die Methoden zur Berichtigung von Fehlern usw. nicht vorher in Gruppen erörtert werden, die sich auf Grund irgendeiner "Plattform" u.ä. bilden, sondern von allen Parteimitgliedern erörtert werden müssen. Dazu verfügt der Parteitag, regelmäßiger das "Diskussionsblatt" und besondere Sammelschriften herauszugeben. Jeder, der Kritik übt, muß Rücksicht nehmen auf die Lage der Partei, die von Feinden umgeben ist, und muß auch durch seine unmittelbare Teilnahme an der Arbeit der Sowjets und der Partei zur Berichtigung der Fehler der Partei beitragen.

5. Der Parteitag beauftragt das ZK, jegliche Fraktionsmacherei vollkommen auszumerzen und erklärt gleichzeitig, daß in den Fragen, die die besondere Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf sich ge-

lenkt haben - Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen Elementen, Bekämpfung des Bürokratismus, Entfaltung der Demokratie und der Initiative der Arbeiter usw. - alle sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft und in der praktischen Arbeit erprobt werden müssen. Alle Parteimitglieder müssen wissen, daß die Partei in diesen Fragen nicht alle notwendigen Maßnahmen durchführt, da sie auf eine ganze Reihe verschiedenartiger Hindernisse stößt, und daß die Partei bei entschiedener Zurückweisung unsachlicher und fraktioneller Kritik nach wie vor unermüdlich, unter Erprobung neuer Methoden, mit allen Mitteln gegen den Bürokratismus, für die Erweiterung des Demokratismus und der Initiative, für die Aufdeckung, Entlarvung und Vertreibung der Leute, die sich in die Partei eingeschlichen haben, usw. kämpfen wird.

6. Der Parteitag verfügt, unverzüglich ausnahmslos alle Gruppen, die sich auf der einen oder anderen Plattform gebildet haben, aufzulösen und beauftragt alle Organisationen, strengstens darauf zu achten, daß jedwede fraktionellen Aktionen unzulässig sind. Die Nichterfüllung dieses Parteibeschlusses zieht den unbedingten und sofortigen Ausschluß aus der Partei nach sich.

7. Um innerhalb der Partei und in der gesamten Sowjetarbeit strenge Disziplin herbeizuführen und die größte Einheit bei Ausmerzung jeglicher Fraktionsmacherei zu erzielen, bevollmächtigt der Parteitag das Zentralkomitee, in Fällen eines Disziplinbruches oder des Wiederauflebens oder der Zulassung von Fraktionsmacherei, alle Disziplinarmaßnahmen der Partei, bis zum Ausschluß aus der Partei, und gegenüber Mitgliedern des ZK ihre Überführung in den Kandidatenstand und, als äußerste Maßnahme, sogar den Ausschluß aus der Partei in Anwendung zu bringen. Die Anwendung dieser äußersten Maßnahme (gegen Mitglieder des ZK, Kandidaten des ZK und Mitglieder der Kontrollkommission) kann nur unter der Bedingung erfolgen, daß ein Plenum des ZK einberufen wird, zu dem alle Kandidaten des ZK sowie alle Mitglieder der Kontrollkommission geladen werden. Erachtet diese gemeinsame Tagung der verantwortlichsten Leiter der Partei mit Zweidrittelmehrheit der Stimmen die Überführung eines ZK-Mitgliedes in den Kandidatenstand oder den Ausschluß

aus der Partei für notwendig, so muß diese Maßregel unverzüglich durchgeführt werden.<sup>1)</sup>

#### Über die syndikalistische und anarchistische Abweichung in unserer Partei

1. In den letzten Monaten ist in den Reihen der Partei eine syndikalistische und anarchistische Abweichung klar zutage getreten, die entschiedenste Maßnahmen für den ideologischen Kampf sowie für die Reinigung und Gesundung der Partei erfordert.

2. Die genannte Abweichung ist zum Teil dadurch hervorgerufen, daß in die Reihen der Partei Elemente eingetreten sind, die sich die kommunistische Weltanschauung noch nicht ganz zu eigen gemacht haben; hauptsächlich ist aber diese Abweichung durch die Einwirkung des kleinbürgerlichen Elements auf das Proletariat und die KPR hervorgerufen worden, eines Elements, das in unserem Lande ganz besonders stark ist und unvermeidlich Schwankungen in der Richtung zum Anarchismus erzeugt, besonders in Augenblicken, wo sich die Lage der Massen infolge der Mißernte und der überaus verheerenden Folgen des Krieges kraß verschlechtert hat und wo die Demobilisierung der Millionenarmee viele Hunderttausende Bauern und Arbeiter auf die Straße wirft, die nicht sofort Beschäftigung und Existenzmittel finden können.

3. Eine der theoretisch abgeschlossensten, ausgeprägtesten Ausdrucksformen dieser Abweichung sind die Thesen und andere literarische Erzeugnisse der Gruppe der sogenannten "Arbeiteropposition". Bezeichnend genug ist z.B. folgende ihrer Thesen: "Die Organisation der Leitung der Volkswirtschaft obliegt einem Allrussischen Kongreß der Produzenten, die in gewerkschaftlichen Produktionsverbänden zusammengeschlossen sind. Diese wählen ein Zentralorgan, das die gesamte Volkswirtschaft der Republik leitet".

1) Punkt 7 der Resolution wurde gemäß Beschluß des Parteitags nicht veröffentlicht, er wurde zum erstenmal in dem Referat J.W.Stalins auf der XIII. Parteikonferenz angeführt. Die Red.

Punkt 7 entnommen: J.W.Stalin, Werke, Band 6, Dietz Verlag, Berlin 1952, Seite 21-22  
Die deutsche Red.

Die Ideen, die diesen und vielen ähnlichen Erklärungen zugrunde liegen, sind theoretisch von Grund aus falsch, denn sie bedeuten den völligen Bruch mit dem Marxismus und Kommunismus sowie mit den Ergebnissen der praktischen Erfahrung aller halbproletarischen Revolutionen und der jetzigen proletarischen Revolution.

Erstens vereinigt der Begriff "Produzent" den Proletarier mit dem Halbproletarier und dem kleinen Warenproduzenten und gibt somit den Grundbegriff des Klassenkampfes und seine Grundforderung, zwischen den Klassen genau zu unterscheiden, radikal preis.

Zweitens führt die falsche Fragestellung nach den Beziehungen zwischen der Partei und den breiten Massen der Parteilosen, wie sie in der angeführten These enthalten ist, zur Unterordnung der Partei unter das parteilose Element. Das ist eine nicht weniger radikale Abkehr vom Marxismus.

Der Marxismus lehrt - und diese Lehre ist nicht nur von der gesamten Kommunistischen Internationale im Beschluß des II. Kongresses der Komintern (1920) über die Rolle der politischen Partei des Proletariats formell bestätigt worden, sondern ist auch praktisch durch die gesamte Erfahrung unserer Revolution bestätigt worden -, daß nur die politische Partei der Arbeiterklasse, d.h. die Kommunistische Partei, imstande ist, eine solche Avantgarde des Proletariats und der gesamten werktätigen Massen zusammenzufassen, zu erziehen und zu organisieren, die fähig ist, den unvermeidlichen kleinbürgerlichen Schwankungen dieser Masse, den Traditionen und unvermeidlichen Rückfällen in berufliche Beschränktheit oder Berufsvorurteile unter dem Proletariat zu widerstehen und alle Seiten der proletarischen Bewegung, und das bedeutet alle werktätigen Massen, zu leiten. Sonst ist die Diktatur des Proletariats undenkbar. Die unrichtige Auffassung von der Rolle der Kommunistischen Partei in ihrem Verhältnis zu den parteilosen Arbeitermassen einerseits und die ebenso unrichtige Auffassung von der Rolle der Arbeiterklasse in ihrem Verhältnis zur gesamten Masse der Werktätigen andererseits ist eine grundsätzliche theoretische Abkehr vom Kommunismus und eine Abweichung in der Richtung zum Syndikalismus und Anarchismus, eine Abweichung, die alle Auffassungen der "Arbeiteropposition" durchdringt.

4. Der X. Parteitag der KPR erklärt, daß er alle Versuche der

genannten Gruppe und einzelner Personen, ihre falschen Auffassungen durch Berufung auf § 5 des wirtschaftlichen Teiles des Programms der KPR zu verteidigen, welcher sich mit der Rolle der Gewerkschaften beschäftigt, ebenfalls für grundfalsch hält. Dieser Paragraph besagt, daß die Gewerkschaften "dahin gelangen müssen, daß sie tatsächlich die ganze Verwaltung der gesamten Volkswirtschaft als eines einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen in ihren Händen konzentrieren" und daß sie auf diese Weise die unlösbare Verbindung zwischen der zentralen Staatsverwaltung, der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen gewährleisten, indem sie diese Massen "zur unmittelbaren Arbeit an der Wirtschaftsführung heranziehen".

Als Vorbedingung für eine solche Lage, zu der die Gewerkschaften "gelangen müssen", erklärt das Programm der KPR in demselben Paragraphen den Prozeß der "immer größeren Befreiung der Gewerkschaften von der zünftlerischen Beschränktheit" und die Erfassung der Mehrheit "und nach und nach aller" Werktätigen durch die Gewerkschaften.

Schließlich wird in demselben Paragraphen des Programms der KPR hervorgehoben, daß die Gewerkschaften "nach den Gesetzen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und der eingebürgerten Praxis bereits an allen lokalen und zentralen Verwaltungsorganen der Industrie teilnehmen".

Anstatt gerade diese praktischen Erfahrungen der Teilnahme an der Verwaltung zu berücksichtigen, anstatt diese Erfahrungen in strenger Übereinstimmung mit den erreichten Erfolgen und korrigierten Fehlern weiterzuentwickeln, geben die Syndikalisten und Anarchisten die direkte Losung der "Kongresse oder des Kongresses der Produzenten" aus, die die Verwaltungsorgane der Wirtschaft "wählen". Die führende, erzieherische und organisierende Rolle der Partei gegenüber den Gewerkschaften des Proletariats, und des Proletariats gegenüber den halb kleinbürgerlichen und ausgesprochen kleinbürgerlichen Massen der Werktätigen wird somit vollständig umgangen und ausgeschaltet, und an Stelle der Fortführung und Verbesserung der von der Sowjetmacht bereits begonnenen praktischen Arbeit zum Aufbau neuer Wirtschaftsformen ergibt sich ein kleinbürgerlich-anarchistisches Zerstören dieser Arbeit, was nur zum Triumph der

bürgerlichen Konterrevolution führen kann.

5. Außer der theoretischen Unrichtigkeit und der grundfalschen Einstellung zur praktischen Erfahrung des von der Sowjetmacht begonnenen wirtschaftlichen Aufbaus sieht der Parteitag der KPR in den Auffassungen der genannten Gruppe und analoger Gruppen und Personen eine schwere politische Verirrung und eine unmittelbare politische Gefahr für die Erhaltung der Macht des Proletariats.

In einem Lande wie Rußland bringen das gewaltige Überwiegen des kleinbürgerlichen Elements und die infolge des Krieges unvermeidlichen Verheerungen, die Verarmung, die Epidemien und Mißernten und die krasse Verschärfung der Not und der Leiden des Volkes besonders starke Schwankungen in den Stimmungen der kleinbürgerlichen und halbproletarischen Massen hervor. Diese Schwankungen verlaufen bald in Richtung einer Festigung des Bündnisses dieser Massen mit dem Proletariat, bald in der Richtung einer bürgerlichen Restauration. Die ganze Erfahrung aller Revolutionen des 18., 19. und 20. Jahrhunderts zeigt absolut klar und überzeugend, daß aus diesen Schwankungen nichts anderes herauskommen kann als die Restauration (Wiederherstellung) der Macht und des Eigentums der Kapitalisten und Gutsbesitzer, - falls die Einheit, die Kraft und der Einfluß der revolutionären Vorhut des Proletariats auch nur im geringsten geschwächt werden.

Deshalb sind die Ansichten der "Arbeiteropposition" und der ihr ähnlichen Elemente nicht nur theoretisch falsch, sondern dienen auch praktisch als Ausdruck der kleinbürgerlichen und anarchistischen Schwankungen, sie schwächen praktisch die konsequente führende Linie der Kommunistischen Partei und leisten den Klassenfeinden der proletarischen Revolution faktisch Hilfe.

6. Auf Grund all dessen verwirft der Parteitag der KPR entschieden diese Ideen, in denen sich eine syndikalistische und anarchistische Abweichung äußert, und erkennt als notwendig an,

1) ständig und systematisch den Kampf gegen diese Ideen zu führen,

2) die Propagierung dieser Ideen als mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei Rußlands unvereinbar zu erklären.

Der Parteitag beauftragt das ZK, diese seine Beschlüsse strengstens durchzuführen und weist zugleich darauf hin, daß in speziellen Veröffentlichungen, Sammelschriften usw. dem gründlichen Meinungsaustausch der Parteimitglieder über alle erwähnten Fragen Platz eingeräumt werden kann und soll.

#### Über die Mitglieder der aufgelösten Gruppe der "Arbeiteropposition", die in das Zentralkomitee gewählt wurden

Der Parteitag ruft alle Mitglieder der aufgelösten Gruppe der "Arbeiteropposition" auf, sich der Parteidisziplin zu unterwerfen, verpflichtet sie, an den ihnen übertragenen Orten zu bleiben und keinerlei Abschied zu nehmen.

#### Über die Kontrollkommissionen

1. Zur Festigung der Einheit und Autorität der Partei werden Kontrollkommissionen geschaffen, zu deren Aufgabenbereich der Kampf gegen den sich in die Partei einschleichenden Bürokratismus, gegen Karrierismus, gegen den Mißbrauch, den Parteimitglieder mit ihrer Stellung in Partei- und Sowjetinstitutionen treiben, gegen Verletzungen der kameradschaftlichen Beziehungen innerhalb der Partei, gegen die Verbreitung unbegründeter und ungeprüfter, die Partei oder einzelne Mitglieder entehrender Gerüchte und Verleumdungen und anderer ähnlicher Angaben, die die Einheit und die Autorität der Partei verletzen, gehört.

2. Die Kontrollkommissionen müssen nicht nur die ihnen eingereichten Gesuche aufmerksam studieren, sondern auch Initiativorgan zur Beseitigung der Ursachen werden, die zum Auftreten solcher unzulässigen Erscheinungen, wie die in Punkt 1. angeführt wurden, führen oder deren Auftreten begünstigen. Gleichzeitig überwachen die Kontrollkommissionen und tragen dafür Sorge, daß alle Beschwerden und Erklärungen über Verbrechen und Vergehen von Mitgliedern der Partei gebührend behandelt und entschieden werden.

Anmerkung. Beschwerden und Erklärungen sowohl von Gruppen

als auch einzelner Personen werden nicht nur von Parteimitgliedern, sondern auch, wenn es sich darin um Mitglieder der Partei handelt, von Parteilosen entgegengenommen.

3. Die Kontrollkommissionen werden im Zentrum, in den Gebieten und Gouvernements durch Wahlen auf dem Parteitag, den Gebiets- und Gouvernementskonferenzen organisiert. Im Zentrum wird die Kommission in der Zusammensetzung von 7 Mitgliedern und 3 Kandidaten gewählt:

Im Gebiet - 3 - 5 Mitglieder und 2 - 3 Kandidaten;

im Gouvernement - 3 Mitglieder und 2 Kandidaten.

Obligatorisches Parteialter für Mitglieder und Kandidaten der Kontrollkommissionen:

In der Zentralen Kontrollkommission - mindestens 10 Jahre Mitgliedschaft in der Partei;

im Gebiet - mindestens 5 Jahre, und in den

Gouvernements Mitgliedschaft seit der Februarrevolution 1917.

Anmerkung. Die neuen Mitglieder werden nach Entgegennahme des Berichtes der vorherigen Mitglieder der Kommission gewählt.

4. Die Mitglieder der Kontrollkommissionen dürfen nicht Mitglieder von Parteikomitees sein und keine verantwortlichen Verwaltungsposten bekleiden.

Anmerkung. Die vorhandenen Gebiets- und Gouvernementskontrollkommissionen arbeiten in ihrer jetzigen Zusammensetzung bis zu den neuen Gebiets- und Gouvernementskonferenzen weiter.

5. Um intensiver arbeiten zu können und um die Möglichkeit zu haben, eine Angelegenheit allseitig zu untersuchen und Befragungen durchzuführen, müssen die Mitglieder der Kontrollkommissionen zu einem gewissen Grade von jeglicher anderen Beschäftigung befreit werden:

für die Zentrale Kontrollkommission müssen alle, für die Gebietskontrollkommissionen 3 und für die Gouvernementskontrollkommission 2 Mitglieder freigestellt werden.

6. Mitglieder der Kontrollkommissionen dürfen nicht vor Ablauf ihrer Vollmachten einer anderen Arbeit zugeführt werden.

7. Die Kontrollkommissionen wirken neben den Parteikomitees und legen vor den entsprechenden Konferenzen und dem Parteitag Rechenschaft ab.

8. Die Mitglieder der Kontrollkommissionen haben das Recht, an allen Sitzungen der entsprechenden Komitees der Partei und der Sowjets und an anderen Beratungen und Versammlungen der entsprechenden Parteiorganisationen jeglicher Art mit beratender Stimme teilzunehmen.

9. Die Beschlüsse der Kontrollkommissionen werden von den entsprechenden Komitees durchgeführt und können von letzteren nicht aufgehoben werden. Im Falle von Unstimmigkeiten wird die Frage auf einer gemeinsamen Sitzung beraten. Wird eine Übereinkunft mit dem Komitee nicht erzielt, wird die Frage dem Parteitag oder der entsprechenden Konferenz zur Entscheidung übertragen.

Anmerkung. In dringenden Fällen wird die Frage der nächsthöheren Kontrollkommission übertragen.

10. Die Kontrollkommissionen benutzen den Apparat des entsprechenden Komitees und haben das Recht, allen Genossen der Partei und allen Parteiorganisationen Aufgaben zu erteilen.

11. Die Kontrollkommissionen sollen periodisch vor den Parteiorganisationen Bericht geben und Berichte in der Presse veröffentlichen.

#### Über die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften

##### I

#### Die Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur

1. Die allgemeinen Aufgaben und die Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats sind durch eine ganze Reihe von Beschlüssen der vorangegangenen Parteitage, Kongresse und Konferenzen sowohl der Partei als auch der Gewerkschaften vollkommen richtig bestimmt. Bereits der erste Allrussische Gewerkschaftskongreß, der Anfang Januar 1918 stattfand, d.h. unmittelbar nach Übernahme der Macht durch die Sowjets, wies in seiner Resolu-



tion auf folgendes hin:

"Der Schwerpunkt der Arbeit der Gewerkschaften muß im gegenwärtigen Augenblick auf das organisatorisch-wirtschaftliche Gebiet übertragen werden. Die Gewerkschaften müssen als Klassenorganisationen des Proletariats, die nach dem Produktionsprinzip aufgebaut sind, die Hauptarbeit zur Organisierung der Produktion und zur Wiederherstellung der zerrütteten Produktivkräfte des Landes übernehmen. Die energischste Mitarbeit in allen Zentren, die die Produktion regulieren, die Organisierung der Arbeiterkontrolle, die Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte, die Organisierung des Austausches zwischen Stadt und Land, die aktive Teilnahme bei der Demobilisierung der Industrie, der Kampf gegen Sabotage, die Durchführung der allgemeinen Arbeitspflicht usw. - das sind die Aufgaben des Tages".

"In ihrer entwickelten Form müssen die Gewerkschaften im Prozeß der vor sich gehenden sozialistischen Revolution zu Organen der sozialistischen Macht werden, die als solche, mit anderen Organisationen koordiniert, an der Realisierung der neuen Grundlagen für die Organisierung des wirtschaftlichen Lebens arbeiten."

Bereits das Programm unserer Partei (1919) wies darauf hin, daß sich "der Organisationsapparat der vergesellschafteten Industrie ... in erster Linie auf die Gewerkschaften stützen ..." muß.

"Die Gewerkschaften, die nach den Gesetzen der Sowjetrepublik und nach der Praxis, die sich eingebürgert hat, an allen örtlichen und zentralen Leitungsorganen der Industrie teilnehmen, müssen dazu kommen," wie es im Programm unserer Partei weiter heißt, "daß sie faktisch in ihren Händen die Leitung der gesamten Volkswirtschaft als einheitliches, wirtschaftliches Ganzes konzentrieren. Die Gewerkschaften müssen somit eine untrennbare Verbindung zwischen der zentralen staatlichen Leitung, zwischen der Volkswirtschaft und den breiten Massen der Werktätigen herstellen und dazu in breitem Maße letztere zur unmittelbaren Arbeit an der Leitung der Wirtschaft heranziehen".<sup>1)</sup>

1) s. VIII. Parteitag der KPR(B), vorl. Band S. 32

Bereits der IX. Parteitag der KPR (1920) beschloß:

"Die Hauptaufgaben der Gewerkschaften sind organisatorisch-wirtschaftliche und erzieherische. Die Gewerkschaften müssen diese Aufgaben nicht als eine sich selbst genügende, isolierte Organisation durchführen, sondern als einen der Hauptapparate des Sowjetstaates, der unter der Führung der Kommunistischen Partei arbeitet."

Der IX. Parteitag beschloß weiter:

"Da die Sowjetmacht die umfassendste Organisation ist, in der die gesamte soziale Macht des Proletariats konzentriert ist, ist es klar, daß sich die Gewerkschaften in dem Maße, wie sich das kommunistische Bewußtsein und die schöpferische Rolle der Massen entwickelt, allmählich in Hilfsorgane des proletarischen Staates verwandeln müssen, nicht aber umgekehrt."<sup>1)</sup>

In dem gleichen Geiste wurden die allgemeinen Aufgaben der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur des Proletariats auf dem II. und III. Allrussischen Gewerkschaftskongreß und durch die V. Allrussische Gewerkschaftskonferenz festgelegt.

Diese Bestimmungen behalten ihre volle Gültigkeit und bedürfen keiner Abänderung. Der X. Parteitag steht nicht vor der Aufgabe, irgendwelche neuen theoretischen Formulierungen für die Rolle der Gewerkschaften in der Epoche der Diktatur zu suchen, sondern den Weg zur Verwirklichung der angenommenen Beschlüsse zu bestimmen.

#### Der Zustand der Gewerkschaften nach drei Jahren Bürgerkrieg

2. Die schweren Bedingungen des überaus erbitterten dreijährigen Bürgerkrieges hinderten die Gewerkschaften die ganze Zeit über, ihre oben genannten Aufgaben zu erfüllen. Die Gewerkschaften, wie auch alle anderen Arbeiterorganisationen, mußten fast alle ihre Kräfte der Front abgeben.

Trotzdem spielten die Gewerkschaften beim wirtschaftlichen Aufbau eine große Rolle.

Unmittelbar nach der Oktoberrevolution waren die Gewerkschaften fast die einzigen Organe, die neben der Ausübung der Arbeiterkontrolle die Arbeit zur Organisierung der Produktion und Verwaltung

1) s. IX. Parteitag der KPR(B), vorl. Band S. 128/129  
D. deutsche Red.

der Betriebe übernehmen konnten und mußten. Der staatliche Apparat zur Verwaltung der Volkswirtschaft war in der ersten Periode der Existenz der Sowjetmacht noch nicht in Gang gebracht, und die Sabotage der Fabrikbesitzer und des höheren technischen Personals stellte der Arbeiterklasse die dringende Aufgabe, die Industrie zu schützen und das normale Funktionieren des gesamten Wirtschaftsapparates im Lande wiederherzustellen.

In der folgenden Periode der Arbeit des Obersten Volkswirtschaftsrates, als ein bedeutender Teil dieser Arbeit auf die Organisation der staatlichen Verwaltung der Betriebe hinauslief, leisteten die Gewerkschaften diese Arbeit gleichzeitig und zusammen mit den staatlichen Organen der Wirtschaftsverwaltung. Die Schwäche der staatlichen Organe erklärte nicht nur, sondern rechtfertigte auch diesen Parallelismus.

In dieser Periode lief die Arbeit der Gewerkschaften zur Organisation der Produktion hauptsächlich auf die Mitarbeit bei der Formierung der Kollegien der Hauptverwaltungen, der Zentren und Betriebsverwaltungen hinaus und ermöglichte es, zur Verstärkung des Arbeiterelements unter den Angestellten dieser Organe überzugehen.

Doch die Abkommandierung von Arbeitern in die Wirtschaftsorgane durch die Gewerkschaften trug bisher einen außerordentlich episodischen Charakter und, was besonders wichtig ist, führte häufig zur Loslösung der in die Wirtschaftsorgane delegierten Arbeiter von den Verbänden, die sie delegiert haben. Dies führte seinerseits dazu, daß sowohl die Gewerkschaften als auch deren Delegierte in den Wirtschaftsorganen keinen genügenden Einfluß auf den Gang der Arbeiten der Wirtschaftsorgane ausübten.

Damit die Verstärkung des Arbeiterelements in den Wirtschaftsorganen auch wirklich die gewünschten Ergebnisse zeitigt, darf die Verbindung der Funktionäre, die von den Gewerkschaften delegiert wurden, mit ihren Organisationen keinen Augenblick abreißen, müssen die Gewerkschaften als solche bei der Organisation der Produktion und deren Verwaltung bedeutend mehr mitarbeiten.

Die Beendigung des ersten Abschnittes des Bürgerkrieges und die Verlegung des Hauptaugenmerks auf die Wirtschaftsfront erlauben

nunmehr, in der Tat und in bedeutend größerem Maßstab als bisher eine engere Verbindung zwischen den Wirtschaftsorganen der Sowjetrepublik und den Gewerkschaften herzustellen. Die gesamte gegenwärtige Situation erfordert gebieterisch, daß die Gewerkschaften an der Organisation der Produktion nicht nur durch personelle Delegation ihrer Mitglieder in die Wirtschaftsorgane, sondern auch mit ihrem gesamten Apparat im Ganzen unmittelbar teilnehmen. Nur zusammen mit den organisierten Arbeitermassen in Gestalt ihrer Gewerkschaften und nur auf dem Boden der breiten Selbsttätigkeit der letzteren sind ernsthafte Erfolge an der Wirtschaftsfront möglich.

Der Beginn einer neuen Periode findet die Gewerkschaften gegenüber den gewaltigen Aufgaben, die an der Wirtschaftsfront auf die Tagesordnung gestellt sind, organisatorisch außerordentlich geschwächt vor. Die Besonderheiten der gegebenen Übergangszeit, wie jeder Übergangsperiode überhaupt, bringen für die Gewerkschaften bedeutende Schwierigkeiten mit sich. Doch trotz allem ist das, was die Gewerkschaften jetzt durchmachen, keine besondere Gewerkschaftskrise und kein Zerfall, sondern der Beginn des Wachstums. In dieser Beziehung unterscheidet sich das Schicksal der Gewerkschaftsbewegung in Rußland in keiner Weise von dem Schicksal der Partei und der Sowjets. Es handelt sich darum, für die Gewerkschaften alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit sie die ihnen in der neuen Epoche gestellten Aufgaben wirklich erfüllen.

#### Die Gewerkschaften als Stütze der proletarischen Diktatur

3. Die Kommunistische Partei Rußlands muß die Diktatur des Proletariats in einem Lande verwirklichen, wo die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aus Bauern besteht. Jetzt, da der Bauernschaft nicht mehr unmittelbar die Wiedererrichtung der Macht der Gutsbesitzer droht, entstehen für die Verwirklichung der proletarischen Diktatur neue Schwierigkeiten. Die erfolgreiche Verwirklichung dieser Diktatur ist nur möglich, wenn mächtige, von der Einheit des Willens und der Bestrebungen durchdrungene Gewerkschaften als Massenorganisationen bestehen, deren Tore für alle Proletarier, die auf verschiedenen Entwicklungsstufen des Klassenbewußtseins stehen, geöffnet sind.

#### Die Gewerkschaften als Schule des Kommunismus

4. Die wichtigste Rolle der Gewerkschaften in Sowjetrußland bleibt ihre Rolle als Schule des Kommunismus. Allein die Gewerkschaften, die systematisch für alle Seiten des Lebens und der Lebensweise des Arbeiters, sowohl in der Fabrik als auch außerhalb der Fabrik, Sorge tragen, können zur Grundschule der organisatorischen Festigkeit und politischen Erziehung für die breitesten und sogar zurückgebliebenen Massen der Werktätigen werden.

Die Hauptmasse der Gewerkschaftsmitglieder ( 6 970 000 Mitglieder, von welchen nur etwa eine halbe Million Parteimitglieder sind), ist parteilos. Der Kommunismus wird mit den Menschen aufgebaut, die wir als Erbe vom Kapitalismus übernommen haben. Die Gewerkschaften Sowjetrußlands werden allmählich zu einer Organisation, die ohne Ausnahme alle Arbeiter erfaßt. Die Gewerkschaften organisieren die Elemente der werktätigen Menschen, welche unter dem Kapitalismus in ihrer Masse oft der proletarischen Familie fremd waren (frühere kaufmännische Angestellte, Krankenhauspersonal, Kunstschaffende usw.). Alle diese Menschen umzuformen, sie den fortschrittlichen Schichten des Proletariats näherzubringen, sie beim Aufbau der kommunistischen Gesellschaft einzusetzen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften als Schule des Kommunismus.

Um diese Aufgaben erfolgreich zu lösen, müssen die Gewerkschaften vor allem zu Organisationen werden, in denen jedes einzelne Mitglied ein bewußter und aktiver Teilnehmer am allgemeinen Leben seines Verbandes ist. Die Gewerkschaften müssen als Schule des Kommunismus für alle Seiten des täglichen Lebens der werktätigen Masse Sorge tragen, allmählich die breitesten Schichten der Werktätigen beim staatlichen Aufbau heranziehen, sie müssen ihnen den Weg erhellen vermittels der Ideen unseres Programms, sie vom Einzelnen zum Allgemeinen führen und sie allmählich von der Parteilosigkeit zum Kommunismus heben.

Ihre Rolle als Schule des Kommunismus werden die Gewerkschaften in der jetzigen Periode dann erfüllen, wenn sie der Führer der proletarischen Massen in der kommunistischen Praxis sein werden, d.h. bei der praktischen Reorganisation und dem Aufbau der Wirt-

schaft auf kommunistischer Grundlage. Nur derjenige Verband in Sowjetrußland ist eine wahre Schule des Kommunismus, der es versteht, allmählich die zurückgebliebenen Schichten der Werktätigen zur bewußten Verbesserung der sowjetischen Volkswirtschaft heranzuziehen.

Der X. Parteitag der KPR lenkt die besondere Aufmerksamkeit aller Mitglieder der Partei eben auf diese Rolle der Gewerkschaften. Anerkennung und Autorität in der Gewerkschaftsbewegung muß ein Kommunist ausschließlich durch langwährende und unermüdete tägliche Arbeit in der Gewerkschaft erringen und zwar so, daß ihn die Massen selbst auf einen führenden Posten stellen. Die Aufgabe der halben Million Mitglieder unserer Partei, die gegenwärtig Mitglieder der Gewerkschaften sind, besteht darin, durch lange, geduldige und beharrliche Erziehungsarbeit, durch persönliches Beispiel, durch organisatorische Fähigkeiten und wirtschaftliches Können, durch die Sorge für die materiellen und geistigen Interessen der werktätigen Massen jene Millionen der parteilosen Arbeiter, die zur Zeit in der Gewerkschaftsbewegung vorherrschen, völlig auf die Seite unserer Partei zu ziehen.

#### Die Frage der Verstaatlichung der Gewerkschaften

5. Eine rasche Verstaatlichung der Gewerkschaften wäre ein grober politischer Fehler, weil sie im jetzigen Entwicklungsstadium die Gewerkschaften in höchstem Grade hindern würde, die oben angeführten Aufgaben zu erfüllen.

Die derzeitige Lage der Gewerkschaften in Sowjetrußland hinsichtlich ihrer Beziehung zum Staat ist eigentümlich. Die Gewerkschaften üben im jetzigen Augenblick bereits mehrere Funktionen von reinen Staatsorganen aus (Ausarbeitung von Tarifen, Verteilung von Berufskleidung usw.). Im Sowjetstaat werden sich diese staatlichen Funktionen der Gewerkschaften allmählich erweitern. Doch der Parteitag weist trotzdem darauf hin, daß irgendeine künstliche Beschleunigung des Tempos der Verstaatlichung der Gewerkschaften, ohne die wirtschaftliche Lage der Republik zu verbessern, nur dazu führen würde, daß die Rolle der Gewerkschaften als Schule des Kommunismus erschwert werden würde. Die Aufgabe besteht darin,

diese parteilose Massenorganisation immer mehr in der Tat für den Sowjetstaat zu gewinnen, ihr aber dabei den Charakter von Organisationen zu belassen, in die Arbeiter verschiedener politischer Ansichten und Auffassungen, sowohl Parteimitglieder als auch Parteilose, Lese- und Schreibkundige und Analphabeten, Gläubige und Atheisten usw. freiwillig eintreten können.

#### Die Methoden der Überzeugung und die Methoden des Zwanges in den Gewerkschaften

6. Die Hauptmethode der Gewerkschaften ist nicht die Methode des Zwanges, sondern die Methode der Überzeugung, was jedoch keineswegs ausschließt, daß die Gewerkschaften, falls notwendig, auch erfolgreich die Prinzipien des proletarischen Zwanges anwenden (Zwangsmobilisierung Zehntausender von Gewerkschaftsmitgliedern für die Fronten, Disziplinargerichte usw.). Die Umgestaltung der Gewerkschaftsorganisationen von oben ist ganz unzweckmäßig. Die Methoden der Arbeiterdemokratie, die durch den erbitterten Bürgerkrieg drei Jahre lang stark beschnitten waren, müssen in erster Linie und am umfassendsten in der Gewerkschaftsbewegung wiederhergestellt werden. In den Gewerkschaften müssen vor allem die Besetzung aller Organe der Gewerkschaftsbewegung durch die Wahl verwirklicht und die Methoden der Ernennung abgeschafft werden. Die Gewerkschaftsorganisation muß auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaut sein. Gleichzeitig aber ist in der Sphäre der Gewerkschaftsbewegung der energische und planmäßige Kampf gegen die Entartung des Zentralismus und der militarisierten Formen der Arbeit in Bürokratismus und Routine besonders notwendig. Die durch den Zwang der Verhältnisse hervorgerufene Militarisierung der Arbeit wird allein in dem Maße von Erfolg gekrönt sein, in dem es Partei, Sowjets und Gewerkschaften verstehen, die Notwendigkeit dieser Methoden für die Rettung des Landes den breiten Massen der Werktätigen zu erläutern und zu dieser Arbeit selbst die fortschrittlichsten Schichten dieser Massen der Werktätigen organisatorisch heranzuziehen.

#### Partei und Gewerkschaften

7. Die Kommunistische Partei Rußlands leitet in Gestalt ihrer

zentralen und örtlichen Organisationen unbedingt wie früher die gesamte ideologische Arbeit der Gewerkschaften. Die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften unterstehen gemäß der besonderen Bestimmung, die dieses gegenseitige Verhältnis formuliert und vom IX. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands bestätigt wurde, ganz und gar den Parteiorganisationen. Aber gleichzeitig warnt der X. Parteitag der KPR alle Parteiorganisationen und jeden einzelnen Genossen beharrlich und kategorisch vor jedweder kleintlichen Bevormundung und übermäßigen Einmischung in die laufende Arbeit der Gewerkschaften. Die Auswahl der führenden Funktionäre der Gewerkschaftsbewegung muß selbstverständlich unter leitender Kontrolle der Partei vorgenommen werden. Aber die Parteiorganisationen müssen die normalen Methoden der proletarischen Demokratie gerade in den Gewerkschaften besonders sorgfältig realisieren, hier sollen die organisierten Massen in erster Linie ihre Führer selbst auswählen.

Auf diese Weise werden die Bedingungen geschaffen werden, unter denen sich die Parteiorganisationen bei voller Wahrung der allgemeinen Führung in ihren Händen, in die innere Arbeit der Verbände im einzelnen nicht einzumischen brauchen, und die Organe der Gewerkschaften werden geführt von den kommunistischen Fraktionen, die die Möglichkeit erhalten, bedeutend selbständiger, planmäßiger und systematischer ihre Funktionäre zu registrieren und zu verteilen, sie auf diese oder jene Wirtschaftsposten unter Beachtung der notwendigen Kontinuität in der Arbeit durch Berücksichtigung ihres Dienstalters, durch Führung von Attestationslisten usw. einzusetzen.

Wenn die Partei Organisationsfunktionäre, Wirtschaftler, die die besondere Wichtigkeit der Produktionsaufgaben wirklich erfaßt haben, auf führende Posten in der Gewerkschaftsbewegung stellt, muß sie darauf achten, daß sich bei den Kandidaten diese Qualitäten mit Ergebenheit für den Kommunismus, mit Diszipliniertheit und insbesondere mit Erfahrung in der Arbeit unter den breiten Massen der Arbeiter und der Fähigkeit, sie für sich zu gewinnen, verbinden. Man darf keinen Augenblick vergessen, daß die gesamte praktische Arbeit der Gewerkschaften eine besonders große Aufmerksamkeit und Feinfühligkeit auch für die kleinsten aber wesentlichen Lebensfragen der werktätigen Massen erfordert.

### Die Gewerkschaften und die politischen Abteilungen

8. Im Verlaufe des Bürgerkrieges mußte die Partei als Ausnahme die Organisation politischer Abteilungen sanktionieren, die bis zu einem gewissen Grade zeitweilig die Gewerkschaften ersetzten. Eine solche Ausnahme war die der Politischen Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen.

Der IX. Parteitag, der den Beschluß über die Gründung der Politischen Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen annahm, unterstrich kategorisch den zeitweiligen Charakter dieses Organs. In der Praxis jedoch offenbarten die Politische Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen und das nachfolgend aus ihr entstandene Zentrale Komitee der Vereinigten Gewerkschaften des Verkehrswesens<sup>1)</sup> die Tendenz zur Loslösung von den Gewerkschaftsmitgliedern, die Tendenz, sich der gesamtgewerkschaftlichen Organisation entgegenzustellen, was wiederum zur Abkehr von der normalen Gewerkschaftsdemokratie führte. Der X. Parteitag der KPR billigte die Auflösung der Politischen Hauptverwaltung des Volkskommissariats für Verkehrswesen und den Beschluß des ZK der Partei, der das Zentrale Komitee der Vereinigten Gewerkschaften des Verkehrswesens auf die Notwendigkeit hinwies, von den besonderen Arbeitsmethoden abzugehen und sich auf den Boden der normalen Arbeiterdemokratie zu stellen. Der X. Parteitag der KPR erachtete es für notwendig, das Prinzip der Stoßarbeit bei der Erfüllung des Wirtschaftsplanes beizubehalten, hält es aber gleichzeitig für unumgänglich, allmählich, doch stetig dazu überzugehen, die Lage der verschiedenen Gruppen von Arbeitern und der entsprechenden Gewerkschaften einander anzugleichen, wobei gleichzeitig die Organisation der gesamten Gewerkschaft zu stärken ist. Der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften als ein Organ, das mehrere Millionen Gewerkschaftsmitglieder vereinigt, muß durch die Bemühungen der gesamten Partei in eine machtvolle Organisation umgewandelt werden, die fähig ist, jene gewaltigen Aufgaben wirklich zu erfüllen, die vor der allrussischen Gewerkschaftsbewegung stehen. Irgendeinen Teil

1) Zektran - Zentrales Komitee der Vereinigten Gewerkschaften der Arbeiter des Eisenbahn- und Wassertransportwesens  
(Anmerkung des Übs.)

der Gewerkschaftsbewegung dem Ganzen in irgendeiner Weise entgegenzustellen, ist unzulässig; irgendeine Heraushebung und Absonderung eines Verbandes aus der gesamtgewerkschaftlichen Organisation ist ebenso unzulässig.

Der X. Parteitag der KPR bestätigt die Erklärung des IX. Parteitags, die lautet: "Wenn das Proletariat als Klasse vor der Aufgabe steht, zu 'militärisch organisierter' Arbeit überzugehen, d.h. zu größter Exaktheit, Disziplin und Verantwortlichkeit, zu Raschheit und Intensität der Arbeit, zu höchster Aufopferung, so gilt das in erster Linie für die Verwaltungsorgane der Industrie im allgemeinen und folglich auch für die Gewerkschaften."<sup>1)</sup> Es war nicht möglich, die Rote Armee umzugestalten, ohne die gewählten Komitees alten Typs abgeschafft zu haben. Die Volkswirtschaft aber kann umgekehrt nicht auf die notwendige Höhe gehoben werden, wenn sie nicht gleichzeitig die Gewerkschaftsorganisationen entwickelt und stärkt. Die Methoden, die in der Roten Armee angewendet wurden, haben sich vollkommen gerechtfertigt, indem sie den Sieg über die Konterrevolution sicherten und dem Lande die Möglichkeit boten, an den wirtschaftlichen Aufbau heranzugehen. Um die wirtschaftlichen Aufgaben erfolgreich zu lösen, muß es die Partei verstehen, auf diesem Gebiet die ihm entsprechenden Methoden anzuwenden, d.h. vornehmlich die Methoden der Arbeiterdemokratie.

## II

Der Parteitag erachtet es für notwendig hervorzuheben, daß ernsthafte Erfolge im Kampf gegen die wirtschaftliche Zerrüttung nur dann möglich sind, wenn sich die Gewerkschaften bedeutend eingehender mit den wirtschaftlichen Aufgaben beschäftigen, als dies bisher der Fall war, und wenn sie an der Organisation und Verwaltung der Industrie in weitgehendem Maße teilnehmen werden. Zu diesem Zwecke hält es der Parteitag für notwendig, folgende organisatorische Maßnahmen durchzuführen:

1) s. IX. Parteitag der KPR(B), vorl. Band S. 131/132

Teilnahme der Gewerkschaften an der Ausarbeitung des einheitlichen Wirtschaftsplanes und der Produktionsprogramme.

1. Zur Vorbereitung der Gewerkschaftsorgane und der von ihnen erfaßten Arbeitermassen auf die Meisterung der Verwaltung der Produktion ist die unmittelbare Mitarbeit des Allrussischen Zentralrates der Gewerkschaften, der Zentralkomitees der Verbände, der Gouvernements-Gewerkschaftsräte, der Gouvernements-Abteilungen usw. an der Ausarbeitung des Wirtschaftsplanes und der Produktionsprogramme sowie auch die Teilnahme bei der praktischen Leitung der Verwirklichung und Erfüllung dieser Programme besonders notwendig.

2. Diese Teilnahme soll sich nicht auf die Delegierung von Vertretern der Verbände in die entsprechenden Produktionskommissionen der Wirtschaftsorgane beschränken, sondern soll sich auch auf die eingehende Erörterung der Produktionsprogramme auf Konferenzen und Beratungen sowie auch auf die Präsidien und Plenartagungen der entsprechenden Industriegewerkschaften und zwischen-verbandlichen Vereinigungen<sup>1)</sup> erstrecken. Hierbei ist besonders auch der praktischen Erfahrung der Arbeitermassen bei der Organisierung der Produktion Beachtung zu schenken.

Die Bildung der Wirtschaftsorgane

1. Die Organe der Industrieverwaltungen, vom Betrieb bis zum Obersten Volkswirtschaftsrat, werden nach Übereinkunft zwischen den gewerkschaftlichen und den entsprechenden Wirtschaftsorganen auf Grund eines Kandidatenvorschlages seitens der Industriegewerkschaften und ihrer Vereinigungen gebildet. Es ist zu empfehlen, die Kandidaturen auf vorausgehenden Delegiertenberatungen, Konferenzen usw. zu erörtern.

2. Um die Verbindung der Gewerkschaften mit den Wirtschaftsorganen zu verstärken, ist die Vertretung der Gewerkschaften auf den Gouvernements- und Allrussischen Kongressen der Volkswirtschaftsräte richtig zu organisieren, zu ergänzen und aufzustellen.

1) meshsojusnie objedinenil - zwischenverbandliche Vereinigungen = Organe, die sich aus Vertretern mehrerer Industriegewerkschaften zusammensetzen und bestimmte, alle diese Gewerkschaften interessierende Fragen behandeln. (Anmerkung des Übs.)

Die Kongresse, Konferenzen und Beratungen der Gewerkschafts- und der entsprechenden Wirtschaftsorganisationen selbst sollen nach Möglichkeit an ein und demselben Orte und zu ein und derselben Zeit anberaumt werden. Die Tagesordnungen dieser Parallelkongresse und -beratungen sollen schon im voraus aufeinander abgestimmt sein, damit die für die Arbeit der Kongresse gemeinsamen Fragen in beiden Kommissionen gemeinsam und auf vereinigten Plenarsitzungen beider Kongresse oder Konferenzen ausgearbeitet werden können.

3. Eine bestimmte Anzahl ein und derselben Funktionäre, die in mehr oder weniger großem Maße über Erfahrungen sowohl in der Gewerkschafts- als auch in der wirtschaftlichen Arbeit verfügen, soll in den Gewerkschafts- und in den entsprechenden Wirtschaftsorganen von oben bis unten mitarbeiten und dort ständig Arbeit leisten.

4. Dementsprechend werden auch die anderen Wirtschaftsorgane der Republik unter unmittelbarer Teilnahme der Gewerkschaften gebildet.

Die Gewerkschaften nehmen unmittelbar an allen Arbeiten zur Ausarbeitung und Durchführung des einheitlichen Wirtschaftsplanes teil und sind somit gleichzeitig Organe, die die breiten Arbeitermassen zur Leitung der Wirtschaft der Sowjetrepublik heranziehen. Zu ihrem Aufgabenkreis gehört:

- 1) Das systematische Studium und die Verallgemeinerung der Arbeit der Wirtschaftsorgane.
- 2) Inspektions- und Kontrollfunktionen.
- 3) Die Teilnahme an der Ausarbeitung des Wirtschaftsplanes, an der Verteilung der Wirtschaftsaufgaben und an der Aufstellung der Produktionsprogramme.
- 4) Das Studium der Arbeitsprozesse von der technischen Seite.
- 5) Die Mitarbeit bei der Bildung der Wirtschaftsorgane.
- 6) Die Aufsicht über Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte und der Spezialisten sowie die Aufsicht über die richtige Ausnutzung der Rohstoffe und Materialien.
- 7) Die Ausarbeitung von Methoden und Verfahren für den Kampf gegen Verletzungen der Arbeitsdisziplin, Desertion von der Arbeit,

Selbstversorgung auf Kosten der Arbeitszeit usw.

8) Die Verallgemeinerung der technischen Erfahrungen der Delegiertenberatungen, Werkkomitees, Produktionszellen und einzelner Gruppen von Arbeitern, um sie sofort über die Wirtschaftsorgane (Unterabteilung zur Vervollkommnung der Produktionsprozesse) zu realisieren.

9) Ohne parallel zu den Wirtschaftsorganen eigene Verwaltungsorgane zu schaffen, müssen die Wirtschaftsabteilungen, um ihre Aufgaben zu erfüllen, über einen gut funktionierenden und wissenschaftlich-technisch eingespielten Apparat verfügen.

10) Die Erfüllung der angeführten Aufgaben setzt die Organisation von Wirtschaftsabteilungen voraus, angefangen von der Produktionszelle (beim Fabrikkomitee), durch Vereinigung von Vertretern der Wirtschaftsorganisationen mit gewählten Vertretern der Gewerkschaften zu Kollegien dieser Abteilungen.

#### Kontroll- und Inspektionsarbeit der Gewerkschaften

1. Zur Unterstützung der Wirtschaftsorgane bei der Durchführung des einheitlichen Wirtschaftsplanes üben die Gewerkschaften die Kontrolle und Inspektion über den Verlauf und den Zustand der Produktion in den Betrieben sowie über die Tätigkeit der die Produktion regulierenden Organe aus, indem sie durch ihre Abteilungen und unteren Zellen die Erfüllung der Produktionsprogramme, die rechtzeitige Zuführung von technischen und materiellen Mitteln, von Arbeitskräften usw. verfolgen. Im Zusammenhang damit muß, um einen schädlichen organisatorischen Parallelismus zu vermeiden, festgelegt werden, daß die Arbeiter- und Bauerninspektion zur Durchführung einzelner administrativ-wirtschaftlicher Revisionen sich der Gewerkschaftszellen in den Betrieben bedient, ohne hierzu eigene ständige Organe zu schaffen.

2. Gleichzeitig achten die Gewerkschaften darauf, daß die Direktiven der Gewerkschaftskongresse und -konferenzen sowohl hinsichtlich der Arbeit als auch hinsichtlich der Produktion tatsächlich durchgeführt werden.

3. Die Kontrolle und Aufsicht der Gewerkschaften über die Tätigkeit der Wirtschaftsorgane, die über die Wirtschaftsabteilun-

gen auszuüben sind, müssen Inspektionscharakter nicht nur zur Verbesserung, sondern zur unmittelbaren Einschaltung und Heranziehung der breiten Arbeiterschichten zum wirtschaftlichen Aufbau und zur Leitung der Produktion tragen.

#### Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte

Der Parteitag betrachtet die Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte als Vorstufe zur kommunistischen Organisation der Arbeit und ist der Meinung, daß die Gewerkschaften an dieser Arbeit größeren Anteil nehmen müssen, er spricht sich im Prinzip dafür aus, daß die Übergabe und Konzentrierung der gesamten Angelegenheit der Registrierung und Verteilung der Arbeitskräfte an den Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften und die Gouvernements-Gewerkschaftsräte wünschenswert ist. Hierzu wird der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften beauftragt, mit den entsprechenden Zentralorganen die praktische Möglichkeit und die technischen Verfahren zur Lösung dieser Aufgabe auszuarbeiten.

#### Die Aufgaben auf dem Gebiete der Arbeitsnormung

1. Die Gewerkschaften legen ihrer Tarifpolitik und -praxis eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Verbrauchsgüter unter die Werktätigen auf der Basis der Angleichung zugrunde; benutzen aber gleichzeitig den Arbeitslohn in Geld- und Naturalform als Mittel zur Disziplinierung und Steigerung der Arbeitsproduktivität (Prämiensystem usw.).

2. Dazu ist ein spezielles System der Versorgung und Verteilung festzulegen und die Arbeit der Lebensmittelversorgungsorgane in dieser Richtung mit den Gewerkschaften unter dem Gesichtswinkel der praktischen Aufgaben der Volkswirtschaftsräte aufeinander abzustimmen.

3. Besondere Aufmerksamkeit ist der praktischen und weitgehenden Realisierung des Dekrets des Rates der Volkskommissare über die unentgeltliche Abgabe von Produkten und Gegenständen des Massenbedarfs für die Werktätigen im Zentrum und in den Orten zu widmen.

4. Der Naturalfonds für die Prämierung ist, möglichst in der

nächsten Zeit, auf das Maß zu bringen, das den Normen der Sonderationen für Stoßarbeit für alle Arbeiter und Angestellten der Sowjetbetriebe und Institutionen entspricht.

5. Nach Möglichkeit ist der Naturalfonds zu vergrößern, um die Naturalprämierung von den Fabriken und Betrieben, die Stoßarbeit leisten, auch auf die anderen auszudehnen.

6. Ausgehend von dem Leitsatz, daß der Arbeitslohn in Geldform unbedingt für die nächste Zeit beibehalten werden muß und daß auch einer Reihe von Ursachen wegen die Unterschiedlichkeit im Arbeitslohn abhängig von der Qualifikation vorübergehend aufrechterhalten werden muß, ist die Tarifpolitik trotzdem auf einen möglichst großen Ausgleich zwischen den einzelnen Lohngruppen aufzubauen, wobei das System der personellen Sonderlohngruppen in das allgemeine Tarifsystern einzubeziehen ist.

7. Als konkrete Maßnahmen auf dem Gebiet der Naturalisierung des Arbeitslohnes haben die Gewerkschaften die Normen und die Ordnung der unentgeltlichen Nutzung der materiellen Versorgung, der Verkehrs- und Nachrichtenmittel, Wohnungen, Theater usw. festzusetzen.

8. Der Arbeitslohn und die Verteilung von Gegenständen des dringenden Bedarfs müssen mit den Ergebnissen der Arbeitsnormung in volle Übereinstimmung gebracht werden. Darauf müssen die Gewerkschafts- und Wirtschaftsorgane besondere Aufmerksamkeit richten.

Zur Verwirklichung aller dieser Maßnahmen ist es notwendig:

- a) den Parallelismus in den Organen für Arbeitsnormung durch Konzentrierung der gesamten Tarifarbeit in den Gewerkschaftsorganen zu beseitigen;
- b) die genaue und strenge Erfüllung aller Beschlüsse der Organe für Arbeitsnormung für alle Sowjetinstitutionen, militärische wie zivile, als obligatorisch zu betrachten;
- c) die Normungsorgane aufs engste mit der Masse der Arbeiter über die gewählten Tarifkommissionen usw. zu verbinden;
- d) den Gewerkschaften mit allen Kräften der örtlichen Parteiorganisationen zu helfen, ihren Tarifapparat zu festigen und wissenschaftlich zu organisieren.

Angesichts dessen, daß die Arbeitsnormung im Arbeitsprozeß in den Gewerkschaften konzentriert ist und von diesen praktisch durchgeführt wird und daß der Arbeitsschutz, der gegenwärtig unter unmittelbarer Mitarbeit der Gewerkschaften realisiert wird, diesen ganz und gar übergeben werden muß, betrachtet es der Parteitag für notwendig, die Tarifabteilungen und die Abteilungen für Arbeitsschutz aus dem Volkskommissariat für Arbeit und den örtlichen Abteilungen für Arbeit herauszunehmen und sie dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften und den Gewerkschaftsräten zu unterstellen.

#### Die Gewerkschaften und die Spezialisten

1. Um die Gewerkschaftsmitglieder, die technische und administrativ-wirtschaftliche Erfahrung besitzen, in der Produktion richtig zu nutzen, wird bei den Wirtschaftsabteilungen der Gewerkschaften ihre personelle Registrierung nach Qualitätsmerkmalen eingeführt.

2. Auf Grund der Registrierung nach der Qualität und der Empfehlung der Sektionen für technische Kräfte der Gewerkschaften und örtlichen Betriebsorganisationen erfolgt die personelle Auswahl für höhere administrative technische Posten durch die Gewerkschaften.

3. Dieser Auswahl wird zugrunde gelegt:

- a) die wirkliche technische Erfahrung und wissenschaftliche Ausbildung;
- b) die persönlichen Fähigkeiten des betreffenden Gewerkschaftsmitgliedes für die Erfüllung der ihm aufzuerlegenden, leitenden Verpflichtungen;
- c) die soziale Stellung in der Vergangenheit;
- d) die Einstellung zur Sowjetmacht, die an der Erfahrung im Sowjetaufbau überprüft worden ist.

#### Die Produktionspropaganda

1. Die nächsten praktischen Aufgaben der Produktionspropaganda sind:

- a) die Einbeziehung der breiten Massen der Werktätigen in den Kreis der Produktionsinteressen sowohl des gegebenen Betriebes als auch



der ganzen Produktion in ihrer Gesamtheit;

b) die Hebung und Stärkung der Arbeitsdisziplin sowie der Kampf gegen die Arbeitsdesertion in allen ihren Erscheinungsformen (Arbeitsversäumnis, Sabotage, offene und getarnte Störungen des normalen Arbeitsganges, Mißbrauch);

c) die Unterstützung der Arbeitsmobilisierung und die systematische Herausziehung von Arbeitern, Angestellten und technischem Verwaltungspersonal aus den Institutionen, um sie nach Spezialgebieten in den Werken, Fabriken, im Verkehrswesen und in den Bergwerken einzusetzen, sowie die Förderung der Ausbildung und Heranziehung von Kadern qualifizierter Arbeiter und Verwaltungsorganisatoren aus dem Kreis der Arbeiter;

d) die Einbeziehung technischer Kräfte in den sowjetischen Wirtschaftsaufbau vermittels ihrer Heranziehung zur Mitarbeit an der Realisierung des einheitlichen Wirtschaftsplanes auf der Grundlage der Elektrifizierung und wissenschaftlichen Organisation der Arbeit in der Produktion.

2. Betriebsversammlungen, technische Beratungen, Konferenzen jeglicher Art, darunter auch Produktionsberatungen, Delegiertenberatungen, Presse, Kunst, Wanderausstellungen, Film, Industriemuseen, Klubs usw. - all dies muß für die Produktionspropaganda ausgenutzt werden.

3. Das beim Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften gebildete Allrussische Büro muß in jeder Weise von der Partei unterstützt und zum Zentrum der praktischen Erforschung der verschiedenen Formen der Produktionspropaganda werden.

#### Arbeitsdisziplin und Disziplinargerichte

1. Die Gewerkschaften als Organ der Selbsterziehung der Werktätigen im Produktionsprozeß sind gleichzeitig, wie die Erfahrung von drei Jahren proletarischer Diktatur zeigt, eine Schule der Disziplin, wo der Arbeiter, die Arbeiterin und der Angestellte täglich auf Grund des Tarifes, der Prämierung, der Verteilung, der Reihenfolge bei der Urlaubserteilung, in der Verschickung in Erholungsheime, bei der Zuweisung von Berufskleidung, der Werk-

verpflegung usw. lernen, sich den allgemeinen Interessen und den auf ihnen begründeten Direktiven der Gewerkschaften im ganzen unterzuordnen.

2. Angesichts dessen, daß einige zurückgebliebene Elemente der Werktätigen sich über ihre Klassenpflichten noch nicht klar sind, wenn sie zuweilen durch Verletzung der Arbeitsdisziplin die gemeinsame Arbeit der Arbeiterklasse beim Aufbau Sowjetrußlands stören, waren die Gewerkschaften gezwungen, besondere Organe des proletarischen Zwanges zu schaffen.

3. Im allgemeinen System dieser Organe und Maßnahmen haben die Einrichtungen der kollegialen Disziplinargerichte und die Einrichtung der Bevollmächtigten für den Kampf gegen die Arbeitsdesertion große Bedeutung.

4. Die Bevollmächtigten für den Kampf gegen die Arbeitsdesertion, die auf Grund der von den höheren Gewerkschaftsorganen festgesetzten Bestimmungen tätig sind, bearbeiten und leiten die Durchführung von Maßnahmen zum Kampf gegen die Arbeitsdesertion und die Verletzungen der Arbeitsdisziplin jeglicher Art auf Grund objektiver Unterlagen, die von den Betrieben und Institutionen bei den Wirtschaftsabteilungen der Gewerkschaften in Form von täglichen Arbeitsberichten eingehen.

5. Die Sitzungen der kollegialen Disziplinargerichte, die unter dem Proletariat ihrem Charakter und ihren Aufgaben nach Gerichte der proletarischen Kameradschaftslehre darstellen, sollen öffentlich sein.

6. Die Zuständigkeit und Strafdisziplin der kollegialen Disziplinargerichte erstreckt sich auf alle Gewerkschaftsmitglieder sowohl auf die Arbeiter, als auch ausnahmslos auf das höhere Gewerkschaftspersonal, das leitende Wirtschafts- und das technische Verwaltungspersonal.

#### III

#### Die nächsten organisatorischen Aufgaben der Gewerkschaften

1. Von den Gewerkschaften, die auf den einzelnen Berufsgruppen aufgebaut sind, gelangte unsere Gewerkschaftsbewegung in den

letzten 3 Jahren zur Organisierung des gesamten Proletariats in 23 zentralisierten Allrussischen Industriegewerkschaften, welche alle Arbeiter, Angestellten und das technische Verwaltungspersonal aller Produktionszweige erfassen.

2. Parallel mit dieser Zentralisierung der Bewegung ging eine Ausdehnung der Bewegung von den Industriezentren auf die Gouvernementszentren, vom Gouvernement zum Kreis und schließlich auf die kleinen Orte und Amtsbezirke (Dörfer) durch Organisierung von Sekretariaten vor sich. Im Jahre 1917 erfaßten die Gewerkschaften hauptsächlich das Industrieproletariat, im Jahre 1918 neue Schichten (Ärzte, Kunstschaffende usw.), sie bezogen das höhere Personal, zunächst das höhere Büropersonal, sodann in den Jahren 1919 - 1920 auch das technische Verwaltungspersonal ein, schlossen sie den allgemeinen Gewerkschaftsverbänden der Arbeiter an und erzogen sie allmählich durch Unterordnung unter die proletarische Disziplin um. Schließlich begann man auch, die Heimarbeiter und halbbäuerlichen Elemente (Land- und Forstarbeiter, die Artels der Holzfäller, Torfarbeiter usw.) in eigene Organisationen zusammenzufassen.

3. Der Aufbau der Gewerkschaften wird in der nächsten Periode zweifellos zu einer weiteren Verminderung der Zahl der Verbände führen. Aber diese Verminderung der Zahl der Vereinigungen und der Zusammenschluß verschiedener Arbeitskategorien zu einem einheitlichen Verband, der eine große organisatorische Rolle im Sinne der Beseitigung des Zunftwesens und der Mißhelligkeiten zwischen den einzelnen Arbeitskategorien spielt, hatte zeitweilig, vom Standpunkt der reinen Produktion, gewisse negative Seiten, da einige Verbände nicht nur einem, sondern mehreren Wirtschaftsorganen unterstellt wurden.

4. Das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Verbände und der Zahl der Hauptabteilungen und Zentren, das Mißverhältnis des Umfanges der Hauptabteilungen und der Gewerkschaftsorganisationen ist die Ursache für Schwächen der Wirtschaftsorgane und erschwert den Einfluß der Arbeitermassen auf die entsprechenden Wirtschaftsorgane. Deshalb hält der X. Parteitag der KPR eine Umgruppierung aller Wirtschaftsorgane vom Standpunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit aus und eine diesem Zweck entsprechende organisatorische

Umgruppierung innerhalb der Industriegewerkschaften im Einverständnis mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat und dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften für notwendig. Der X. Parteitag hält es zu diesem Zweck außerdem für notwendig, Kommissionen unter Beteiligung der zuständigen Volkskommissariate zu schaffen, die die Verbände und die Wirtschaftsorgane durch notwendige Umgruppierung sowohl der einen wie auch der anderen auf Grund der Erfahrung in Wirtschaft und Produktion organisatorisch aufeinander abstimmen sollen.

5. Parallel mit der Vereinfachung und Präzisierung des Gewerkschaftsapparates besteht eine wesentliche Aufgabe in der Wiederherstellung und Festigung der Gewerkschaftsdisziplin, in der genauen Erfüllung der Aufgaben, in der strengen Rechenschaftslegung und Verantwortlichkeit sowohl vor der Masse der Wähler als auch vor den höheren Organen der Gewerkschaftsverbände.

6. Partei und Sowjetmacht erlegen der Gewerkschaftsbewegung neue, überaus wichtige Aufgaben auf und übertragen im Interesse der Wiederherstellung der Volkswirtschaft bis zu einem gewissen Grade den Schwerpunkt der Arbeit auf die Gewerkschaften, doch sie müssen die Gewerkschaften auch mit allen Mitteln unterstützen, damit diese die ihnen gestellten Aufgaben auch wirklich erfüllen können. Der Gewerkschaftsapparat muß verbessert werden. Die örtlichen Parteiorganisationen und das ZK der Partei sind verpflichtet, den Gewerkschaften zu helfen, die unteren Gewerkschaftszellen, vom Abteilungs- und Betriebskomitee über die Delegiertenversammlungen und die Gouvernements-Gewerkschaftsräte bis zum Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften, wiederherzustellen, zu festigen, zu erweitern und zu systematisieren. Somit besteht eine überaus wichtige Aufgabe der Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsorganisationen in der Stärkung des gesamten Gewerkschaftsapparates im Zentrum und in den Orten.

7. Um eine höhere Teilnahme der Jugend am täglichen Leben der Industriegewerkschaften zu erzielen, hält es der X. Parteitag der KPR für notwendig, so rasch wie möglich Vertreter mit beratender Stimme und Praktikanten des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands in alle organisatorischen Glieder der Gewerkschaften

(Fabrik- und Werkkomitees, Gewerkschaftsräte und einzelne Gewerkschaftsverbände) einzubeziehen.

#### IV

##### Über die Arbeit der Gewerkschaften auf dem Lande

Eine weitere organisatorische Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften, die im Augenblick besondere Aufmerksamkeit und Anspannung aller Kräfte erfordert, ist die Verstärkung des organisatorischen und ideologischen Einflusses des städtischen Proletariats auf die werktätigen Massen des flachen Landes.

Dies kann nur durch Schaffung genügend breiter Organisationen im Dorfe, welche die dem Proletariat am nächsten stehenden Schichten auf dem Lande erfassen, und durch ihre Erziehung im Geiste proletarischer Disziplin erreicht werden.

Diese Aufgabe verleiht der Organisation von allgemeinen Gewerkschaftssekretariaten in den Amtsbezirken, kleinen Ortschaften und Dörfern sowie dem Allrussischen Verband der Land- und Forstarbeiter außerordentliche Bedeutung.

Die Gouvernements-Gewerkschaftsräte und die Kreisgewerkschaftsbüros müssen sich der Wichtigkeit der Arbeit auf dem Lande bewußt werden und auf jede Weise die Arbeit der Sekretariate, die zu Organen der Zusammenfassung der in den Dörfern verstreut lebenden Fabrikarbeiter und Handwerker und zu Vorposten des städtischen Proletariats auf dem Lande werden sollen, entwickeln und stärken.

Die außerordentliche Bedeutung des Allrussischen Verbandes der Land- und Forstarbeiter muß von der Partei und den Gewerkschaften entsprechend berücksichtigt werden. Sie sollen den Verband und seine Organe weitgehend mit materiellen Mitteln und Funktionären unterstützen.

Die Gewerkschaften sollen praktische und genügend elastische Formen zur Organisation der breiten halbproletarischen Schichten auf dem Lande ausfindig machen und diese Organisationen neuen Typs mit den gesamtgewerkschaftlichen proletarischen Vereinigungen verbinden und sie in die Sphäre der allgemeinen Klasseninteressen des Proletariats einbeziehen.

##### Über das Hauptkomitee für politische Aufklärung<sup>1)</sup> und die agitatorischen und propagandistischen Aufgaben der Partei

1. Der Schwerpunkt der Arbeit des Hauptkomitees für politische Aufklärung und seiner Organe muß in der agitatorisch-propagandistischen Arbeit unter den parteilosen Massen und in der kulturellen Aufklärung dieser Massen liegen, wobei der Apparat und die Kräfte des Hauptkomitees für politische Aufklärung in jeglicher Weise auch für die Hebung des Bewußtseins der Parteimitglieder (Parteischulen, politischen Grundschulen usw.) ausgenutzt werden müssen.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Agit.-Prop.-Abteilungen der Parteikomitees muß, außer in der Leitung der entsprechenden Organe der Verwaltung für politische Aufklärung, in der Arbeit innerhalb der Partei zur Hebung des Bewußtseins ihrer Mitglieder und ihrer kommunistischen Erziehung liegen.

Was die Arbeit unter den parteilosen Massen betrifft, so obliegt der Partei: die Leitung der Konferenzen und Kongresse der Parteilosen, die Agitation bei den Wahlen zu den Sowjets, die agitatorisch-propagandistische Arbeit, die mit der Werbung neuer Mitglieder verbunden ist, und überhaupt die agitatorisch-propagandistische Arbeit, die mit der organisatorischen Arbeit zusammenhängt.

2. Die gegenseitigen Beziehungen des Hauptkomitees für politische Aufklärung mit den kulturellen Aufklärungsabteilungen der Gewerkschaften müssen auf der Grundlage des gegenseitigen Übereinkommens nach folgendem Prinzip aufgebaut sein: der Allrussische Zentralrat der Gewerkschaften und die Gouvernements-Gewerkschaftsräte vereinigen ihre politische Aufklärungsarbeit mit den entsprechenden Organen des Hauptkomitees für politische Aufklärung und benutzen für ihre Zwecke die Kräfte und den Apparat des Hauptkomitees für politische Aufklärung.

3. Die gegenseitigen Beziehungen mit dem Kommunistischen Jugendverband Rußlands werden ebenfalls durch gegenseitiges Über-

1) Russ.: Glawpolitproswjet. (D.deutsche Red.)

einkommen auf folgender Grundlage festgelegt: der Kommunistische Jugendverband Rußlands leistet selbständige Arbeit unter den Mitgliedern des Verbandes auf der Grundlage eines einheitlichen politischen Aufklärungsplanes. Auf dem Gebiet der Arbeit unter der nicht dem Verbands angehörenden Arbeiter- und Bauernjugend stützt sich das Hauptkomitee für politische Aufklärung auf den Verband als seinen Kontrahenten, und da der Verband den Plan seiner Aufklärungsarbeit mit dem allgemeinen staatlichen Plan koordiniert, bildet das Hauptkomitee für politische Aufklärung keine selbständigen Organe für die Arbeit unter der Jugend.

4. Die Leitung und Durchführung der politischen Aufklärungsarbeit in der Roten Armee und der Roten Flotte obliegt dem Hauptkomitee für politische Aufklärung, wobei die politische Aufklärungsarbeit unter den exterritorialen Fronttruppenteilen und -institutionen (Divisionen, einzelne Brigaden und Truppenteile) von den Politischen Verwaltungen der Wehrkreise und den Politischen Verwaltungen der Armeen geleistet wird, die in Verwaltung und Kommandoführung den Militärorganen, wie festgelegt, unterstellt bleiben, in Sachen der Führung der politischen Aufklärungsarbeit aber völlig dem Hauptkomitee für politische Aufklärung untergeordnet werden.

Um die gegenseitigen Beziehungen zwischen den politischen Abteilungen und den örtlichen Parteiorganisationen genau festzulegen, und um eine Reihe von Fragen zu erörtern, die mit dem Übergang der Leitung der politischen Arbeit in der Armee auf das Hauptkomitee für politische Aufklärung zusammenhängen, beauftragt der Parteitag das ZK, binnen einem Monat eine Beratung der verantwortlichen Militärfunktionäre und der Mitglieder des Hauptkomitees für politische Aufklärung einzuberufen und endgültig das System der neuen Wechselbeziehungen auf dem Gebiet der politischen Arbeit in der Roten Armee zu bestätigen und zu verwirklichen.

5. Das Hauptkomitee für politische Aufklärung muß dem allgemeinen System des Volkskommissariats für Bildungswesen eingegliedert werden, welches den Organisationsplan des Hauptkomitees für politische Aufklärung bestätigt und seine Erfüllung kontrolliert, wobei seine Arbeit mit der Arbeit der anderen Organe des Volks-

kommissariats für Bildungswesen abzustimmen ist.

Die angeführten Wechselbeziehungen dürfen die Umwandlung des Hauptkomitees für politische Aufklärung in einen dem Wesen seiner Arbeit nach direkten Apparat der Partei im System der Staatsorgane nicht erschweren.

6. Eine der wesentlichsten Aufgaben des Hauptkomitees für politische Aufklärung ist die umfassende Organisation, Leitung und Förderung der Arbeit auf dem Gebiet der antireligiösen Propaganda und Agitation unter den breiten Massen der Werktätigen. Dazu muß das Hauptkomitee für politische Aufklärung unter anderem den breitesten Massen verständliche naturgeschichtliche Kenntnisse vermitteln, indem es Zeitschriften, Bücher und Lehrbücher herausgibt, systematische Lektionszyklen organisiert und zur Verbreitung dieser Kenntnisse alle Mittel der modernen Technik (Foto, Kino usw.) ausnutzt.

7. Um diese seine Grundaufgabe, die Aufgabe der kommunistischen Massenagitation und -propaganda, erfolgreich zu erfüllen, muß das Hauptkomitee für politische Aufklärung die Elastizität des Parteiapparates, Fingerspitzengefühl für die Bedürfnisse der Massen und Beweglichkeit entwickeln und diese Eigenschaften mit Systematik, Genauigkeit, Raschheit und mit der Arbeit nach einem bestimmten Plan vereinen. Außer durch die besondere, bevorzugte Versorgung des Hauptkomitees für politische Aufklärung und aller seiner Apparate kann dies nur erreicht werden durch Überführung einer genügenden Anzahl von verantwortlichen Parteimitgliedern auf das Gebiet der politischen Aufklärungsarbeit, die ausreichende Erfahrung in der agitatorisch-propagandistischen Arbeit haben. Um dieses Ziel zu erreichen und die Heranbildung von Kadern engstirniger Spezialisten der politischen Arbeit, die von der Atmosphäre der allgemeinen Parteitätigkeit losgelöst sind, zu vermeiden, ist die systematische Überführung von Funktionären des Hauptkomitees für politische Aufklärung in die allgemeine Parteiarbeit und ihre Rückführung notwendig, wobei die ausscheidenden Kader durch neue Kader aus den Funktionären der Parteiorganisationen ersetzt werden.

#### Die agitatorisch-propagandistischen Aufgaben der Parteiorgane

Um die Qualität der agitatorisch-propagandistischen Arbeit der

Partei zu verstärken und zu verbessern, hält es der Parteitag für notwendig, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

8. Die angesehensten Parteischriftsteller müssen durch die Partei verpflichtet werden, an der Abfassung populärer Broschüren zu den wichtigsten die breiten Massen bewegenden Fragen und zu den dringendsten Fragen des sowjetischen Aufbaus mitzuwirken. Gleichzeitig muß die Partei die Mobilisierung der besten agitatorischen Kräfte im Zentrum und im Lande für das Bereisen der Amtsbezirke, Dörfer, der Standorte der Armee, für Referate in den Fabriken und in den Rayons, wo die Arbeitspflicht im Massenmaßstab angewendet wird usw., verstärken. Wünschenswert ist auch der gegenseitige Austausch von Agitatoren zwischen benachbarten Gouvernements für kurze Zeit, um größere Mannigfaltigkeit in die Methoden und in den Inhalt der Agitation hineinzubringen.

9. Es ist notwendig, daß alle neu in die Partei eingetretenen Mitglieder kurzfristige Lehrgänge durchlaufen, um das Programm der Partei kennenzulernen. Außerdem müssen alle neu in die Partei eingetretenen Mitglieder in kleine Zirkel eingereiht und zur Betreuung auf alle verantwortlichen Funktionäre verteilt werden. Jeder alte Kommunist muß die persönliche Verantwortung vor der Partei für die Erziehung dieser ihm übertragenen Gruppe junger Kommunisten tragen. Bei der Umregistrierung neuer Mitglieder muß das Gutachten des Leiters des Zirkels das wichtigste Material für die Einschätzung des neu eingetretenen Genossen sein.

10. Die minimale Programmaufgabe, die sich die Partei auf dem Gebiet der Parteischulen für das nächste Jahr stellen muß, hat darin zu bestehen, außer einem 2-Jahreskurs der Parteiuniversität, der 4 Universitäten höheren Typus und der Gebietsowjets-Parteischulen, die höher als die Gouvernementsschulen stehen, in jeder Gouvernementsstadt eine gut organisierte Sowjet-Parteischule mit 2-3 Lehrgängen im Jahr zu haben und mindestens in der Hälfte der Kreise der Republik Kreissowjet-Parteischulen mit verkürztem Programm einzurichten. Das Hauptkomitee für politische Aufklärung, die Swerdlow-Universität und die Agitationsabteilung des ZK sind zu beauftragen, mit gemeinsamen Kräften die Kreisparteischulen mit mindestens 300 ausreichend ausgebildeten Lektoren zu versor-

gen. Es ist notwendig, alle verantwortlichen Funktionäre der Partei zu verpflichten, sich als Lektoren für die Parteischulen zu betätigen und diese Arbeit als eine ihrer wichtigsten Pflichten zu betrachten. Um eine Reihe kommunistischer Lehrbücher zu schaffen, ist die dazu vom ZK in Angriff genommene Mobilisierung einer Reihe verantwortlicher Parteischriftsteller zu Ende zu führen und ein Urlaubssystem einzuführen mit Urlaub bis zu 2 Monaten im Jahr, damit alle mobilisierten Genossen sowohl diese Aufgabe erfüllen als auch ihren Wissensschatz erneuern können. Außerdem ist die Organisierung junger Gruppen kommunistischer Hörer um alte verantwortliche Funktionäre auf jede Weise zu unterstützen. Dazu sind die wissenschaftlichen Mittel der Sozialistischen Akademie auszunutzen.

11. Eine gewaltige, außerordentliche Bedeutung bei der kommunistischen Erziehung und Selbstbildung der Arbeiter- und Bauernjugend hat die Arbeit des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands. Die Partei muß dem Verband viel größere Aufmerksamkeit und Hilfe zukommen lassen als bisher. Die Partei muß ihrerseits von den Funktionären des Verbandes fordern, daß sie den Schwerpunkt ihrer Arbeit nicht auf die Vertretungen jeglicher Art in den Sowjet-Organen, nicht auf die einfache Steigerung der Mitgliederzahl legen, sondern darauf, allen Mitgliedern des Verbandes bei der Aneignung einer wissenschaftlich-kommunistischen Bildung zu helfen. Jeder verantwortliche Funktionär des Verbandes muß vor allem Propagandist unter den zurückgebliebenen Genossen und dann erst Funktionär auf den anderen Tätigkeitsgebieten des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands sein.

12. In das Programm der Agitationsarbeit der Partei muß für das nächste Jahr die Bildung von Agitationsabteilungen bei allen Gouvernementskomitees, Gebietskomitees, beim Büro des ZK und bei allen großen Parteikomitees aufgenommen werden. Diese Agitationsabteilungen dürfen keine unnötigen, bedeutenden Apparate besitzen, müssen aber in genügendem Maße mit leitenden Parteifunktionären ausgestattet sein. Die Leiter der Abteilungen sind von allen anderen regulären Arbeiten zu befreien. Die Frauenabteilungen und die Abteilungen für die Arbeit auf dem Lande müssen in das allgemeine System der Agitationsabteilung der betreffenden Organisation einbe-

zogen werden. Die Sowjet-Parteischulen werden von den Komitees für Politische Aufklärung organisiert und geleitet. Die allgemeine theoretische Anleitung obliegt den Parteikomitees.

13. Der Leiter der Agitationsabteilung des Gouvernementskomitees soll in der Regel ein Mitglied des Gouvernementskomitees sein. An der Spitze des Gouvernementskomitees für Politische Aufklärung soll ebenfalls ein sehr verantwortlicher Funktionär gestellt werden, wünschenswert ist ebenfalls ein Mitglied des Gouvernementskomitees, wobei die gleichzeitige Bekleidung beider Posten nur bei völligem Mangel an Kadern zulässig ist.

Der Parteitag beauftragt alle Agit.-Prop.-Organe der Partei und des Hauptkomitees für Politische Aufklärung, in Verbindung mit der neuen Periode der Revolution und den Aufgaben des Kampfes gegen die kleinbürgerliche Konterrevolution die Agitation stärkstens zu entwickeln.

#### Über die Organisierung von Lehrgängen zum Studium des Marxismus

Der Parteitag schlägt dem ZK vor, eine Kommission aus Vertretern des ZK, der Kommunistischen Universität, des Hauptkomitees für Politische Aufklärung und der Sozialistischen Akademie zu ernennen, um systematische Lehrgänge über die Theorie, die Geschichte und die Praxis des Marxismus an der Sozialistischen Akademie zu organisieren, nachdem eine genügende Anzahl junger Parteimitglieder dafür mobilisiert worden ist.

#### Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage I. Kapitalistisches Regime und nationale Unterdrückung

1. Die modernen Nationen stellen das Produkt einer bestimmten Epoche dar, der Epoche des aufsteigenden Kapitalismus. Der Prozeß der Liquidierung des Feudalismus und der Entwicklung des Kapitalismus ist gleichzeitig der Prozeß des Zusammenschlusses der Menschen zu Nationen. Während der siegreichen Entwicklung des über die feudale Zersplitterung triumphierenden Kapitalismus formierten sich die Engländer, Franzosen, Deutschen, Italiener zu Nationen.

2. Dort, wo die Bildung von Nationen zeitlich im großen und

ganzen mit der Bildung von zentralisierten Staaten zusammenfiel, legten sich die Nationen natürlicherweise eine staatliche Hülle um und entwickelten sich zu selbständigen bürgerlichen Nationalstaaten. So geschah es in England (ohne Irland), Frankreich, Italien. Im Osten Europas vollzog sich dagegen die Bildung von zentralisierten Staaten, durch die Erfordernisse der Selbstverteidigung (Invasion der Türken, Mongolen usw.) beschleunigt, vor der Beseitigung des Feudalismus, folglich vor der Bildung von Nationen. Infolgedessen entwickelten sich die Nationen hier nicht zu Nationalstaaten und konnten sich nicht dazu entwickeln, sondern bildeten mehrere gemischte, bürgerliche Nationalitätenstaaten, in denen es eine starke herrschende Nation und mehrere schwache, unterworfenen Nationen gab. Solche Staaten waren Österreich, Ungarn, Rußland.

3. Nationalstaaten, wie Frankreich und Italien, die sich in der ersten Zeit hauptsächlich auf ihre eigenen nationalen Kräfte stützten, kannten eigentlich keine nationale Unterdrückung. Im Gegensatz dazu bilden die Nationalitätenstaaten, die auf der Herrschaft einer Nation - genauer: deren herrschender Klasse - über die anderen Nationen aufgebaut sind, die Urheimat und den Hauptschauplatz nationaler Unterdrückung und nationaler Bewegungen. Die Gegensätze zwischen den Interessen der herrschenden Nation und den der unterworfenen Nationen sind jene Gegensätze, ohne deren Lösung die stabile Existenz eines Nationalitätenstaates unmöglich ist. Die Tragödie des bürgerlichen Nationalitätenstaates besteht darin, daß er außerstande ist, diese Gegensätze zu überwinden, daß jeder seiner Versuche - unter Beibehaltung des Privateigentums und der Klassenungleichheit -, die Nationen "gleichzustellen" und die nationalen Minderheiten "zu beschützen", gewöhnlich mit einem neuen Mißerfolg, einer neuen Verschärfung der nationalen Konflikte endet.

4. Das weitere Wachstum des Kapitalismus in Europa, das Bedürfnis nach neuen Absatzmärkten, die Suche nach Roh- und Brennstoffen, schließlich die Entwicklung des Imperialismus, der Kapitaleexport und die Notwendigkeit, sich die großen Seewege und Eisenbahnlinien zu sichern, führten einerseits zur Annexion neuer Territorien durch die alten Nationalstaaten und zu ihrer Verwandlung in

Nationalitäten - (Kolonial-)staaten mit der ihnen eigenen nationalen Unterdrückung und mit nationalen Konflikten (England, Frankreich, Deutschland, Italien); andererseits verstärkten sie unter den herrschenden Nationen der alten Nationalitätenstaaten das Streben nicht nur nach Aufrechterhaltung der alten Staatsgrenzen, sondern auch nach ihrer Ausdehnung, nach Unterwerfung neuer (schwacher) Nationalitäten auf Kosten der Nachbarstaaten. Dadurch wurde die nationale Frage erweitert und schließlich durch den Gang der Dinge selbst mit der allgemeinen Frage der Kolonien verschmolzen; die nationale Unterdrückung wurde aus einer innerstaatlichen zu einer zwischenstaatlichen Frage, zur Frage des Kampfes (und des Krieges) der imperialistischen "Groß"mächte um die Unterwerfung der schwachen, nicht vollberechtigten Nationalitäten.

5. Der imperialistische Krieg, der die unversöhnlichen nationalen Gegensätze und die innere Haltlosigkeit der bürgerlichen Nationalitätenstaaten bis auf die Wurzel aufdeckte, führte zur äußersten Verschärfung der nationalen Konflikte innerhalb der siegreichen Kolonialstaaten (England, Frankreich, Italien), zum völligen Zerfall der besiegten alten Nationalitätenstaaten (Österreich, Ungarn, Rußland von 1917) und schließlich - als "radikalste" Lösung der nationalen Frage durch die Bourgeoisie - zur Bildung von neuen bürgerlichen Nationalstaaten (Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Finnland, Grusinien, Armenien und andere). Die Bildung neuer selbständiger Nationalstaaten führte aber nicht zum friedlichen Zusammenleben der Nationalitäten und konnte auch nicht dazu führen; sie beseitigte weder die nationale Ungleichheit, noch die nationale Unterdrückung und konnte sie auch nicht beseitigen, denn die neuen Nationalstaaten, die auf Privateigentum und Klassenungleichheit beruhen, können nicht existieren: a) ohne Unterdrückung ihrer eigenen nationalen Minderheiten (Polen unterdrückt die Belorussen, die Juden, die Litauer, die Ukrainer; Grusinien unterdrückt die Osseten, die Abhasen, die Armenier, Jugoslawien unterdrückt die Kroaten, die Bosnier usw.); b) ohne Erweiterung ihres Territoriums auf Kosten der Nachbarn, was Konflikte und Kriege hervorruft (Polen gegen Litauen, die Ukraine, Rußland; Jugoslawien gegen Bulgarien; Grusinien gegen Armenien, die Türkei usw.); c) ohne finanzielle, ökonomische und militärische Unterordnung unter die imperialisti-

sehen, "Groß"mächte.

6. So bietet die Nachkriegsperiode ein trostloses Bild nationaler Feindschaft, Ungleichheit, Unterdrückung, ein Bild von Konflikten, Kriegen, imperialistischen Bestialitäten der Nationen der zivilisierten Länder sowohl in ihren Beziehungen zueinander als auch zu den nicht vollberechtigten Völkern. Einerseits ein paar "Groß"mächte, die die gesamte Masse der abhängigen und "unabhängigen" (faktisch völlig abhängigen) Nationalstaaten unterdrücken und ausbeuten, und Kampf dieser Mächte untereinander um das Monopol der Ausbeutung der Nationalstaaten. Andererseits Kampf der Nationalstaaten, der abhängigen wie der, "unabhängigen", gegen das unerträgliche Joch der "Groß"mächte; Kampf der Nationalstaaten gegeneinander um die Erweiterung ihres nationalen Territoriums; Kampf jedes einzelnen Nationalstaates gegen seine unterdrückten nationalen Minderheiten. Schließlich Verstärkung der Befreiungsbewegung der Kolonien gegen die "Groß"mächte und Verschärfung der nationalen Konflikte sowohl innerhalb dieser Mächte als auch innerhalb der Nationalstaaten, deren Staatsgefüge in der Regel eine Anzahl nationaler Minderheiten aufweist. Das ist das "Bild der Welt", das der imperialistische Krieg als Erbe hinterlassen hat. Die bürgerliche Gesellschaft hat in der Lösung der nationalen Frage vollständig Bankrott gemacht.

## II. Sowjetordnung und nationale Freiheit

1. Bringen Privateigentum und Kapital die Menschen unvermeidlich auseinander, entfachen sie nationale Zwietracht und verstärken sie die nationale Unterdrückung, so bringen Kollektiveigentum und Arbeit ebenso unvermeidlich die Menschen einander näher, entziehen der nationalen Zwietracht den Boden und schaffen die nationale Unterdrückung aus der Welt. Der Kapitalismus kann ohne nationale Unterdrückung ebensowenig existieren, wie der Sozialismus ohne Befreiung der unterdrückten Nationen, ohne nationale Freiheit existieren kann. Chauvinismus und nationaler Haß sind unvermeidlich, unabwendbar, solange die Bauernschaft (und das Kleinbürgertum überhaupt in erster Linie der herrschenden Nationen) von nationalistischen Vorurteilen erfüllt, der Bourgeoisie folgt; und umgekehrt können nationale Eintracht und nationale Freiheit als

gesichert gelten, wenn die Bauernschaft dem Proletariat folgt, das heißt, wenn die Diktatur des Proletariats gesichert ist. Der Sieg der Sowjets und die Errichtung der Diktatur des Proletariats bilden daher die grundlegende Voraussetzung für die Beseitigung der nationalen Unterdrückung, für die Herstellung der nationalen Gleichheit, für die Sicherung der Rechte der nationalen Minderheiten.

2. Die Erfahrungen der Sowjetrevolution bestätigen diese These vollauf. Die Errichtung der Sowjetordnung in Rußland und die Verkündung des Rechts der Nationen auf staatliche Losrennung haben die Beziehungen zwischen den werktätigen Massen der Nationalitäten Rußlands umgewälzt, die alte nationale Feindschaft unterbunden, der nationalen Unterdrückung den Boden entzogen und den russischen Arbeitern das Vertrauen ihrer Brüder aus anderen Nationalitäten nicht nur in Rußland, sondern auch in Europa und Asien erobert, haben dieses Vertrauen gesteigert bis zum Enthusiasmus, bis zu der Bereitschaft, für die gemeinsame Sache zu kämpfen. Die Bildung von Sowjetrepubliken in Aserbaidshan und Armenien zeitigte dieselben Resultate; sie beseitigte die nationalen Konflikte und schaffte die "Erb"feindschaft zwischen den türkischen und den armenischen, zwischen den armenischen und den aserbaidshanischen werktätigen Massen aus der Welt. Das gleiche gilt für den zeitweiligen Sieg der Räte in Ungarn, in Bayern, in Lettland. Andererseits kann man mit Bestimmtheit sagen, daß die russischen Arbeiter über Koltshak und Denikin nicht hätten siegen, daß die Aserbaidshanische und die Armenische Republik nicht hätten festen Fuß fassen können, wenn sie nicht bei sich zu Hause die nationale Feindschaft und die nationale Unterdrückung beseitigt hätten, wenn sie nicht des Vertrauens und der Begeisterung der werktätigen Massen der Nationalitäten des Westens und des Ostens sicher gewesen wären. Die Festigung der Sowjetrepubliken und die Beseitigung der nationalen Unterdrückung bilden zwei Seiten eines und desselben Prozesses der Befreiung der Werktätigen aus der imperialistischen Knechtschaft.

3. Das Bestehen der Sowjetrepubliken, selbst der an Umfang unbedeutendsten, stellt aber für den Imperialismus eine tödliche

Bedrohung dar. Diese Bedrohung besteht nicht nur darin, daß die Sowjetrepubliken nach ihrem Bruch mit dem Imperialismus sich aus Kolonien und Halbkolonien in wirklich selbständige Staaten verwandelt und dadurch den Imperialisten ein zusätzliches Stück Territorium und zusätzliche Einkünfte genommen haben, sondern vor allem darin, daß allein schon das Bestehen der Sowjetrepubliken, jeder Schritt dieser Republiken auf dem Wege zur Niederhaltung der Bourgeoisie und zur Festigung der Diktatur des Proletariats, die stärkste Agitation gegen Kapitalismus und Imperialismus darstellt, eine Agitation für die Befreiung der abhängigen Länder aus der imperialistischen Knechtschaft und einen unüberwindlichen Faktor der Zersetzung und Desorganisation des Kapitalismus in allen seinen Formen. Daher die Unvermeidlichkeit des Kampfes der imperialistischen "Groß"mächte gegen die Sowjetrepubliken, das Bestreben der "Groß"mächte, diese Republiken zu vernichten. Die Geschichte des Kampfes der "Groß"mächte gegen Sowjetrußland, die eine bürgerliche Randstaatenregierung nach der anderen, eine Gruppe konterrevolutionärer Generale nach der anderen gegen Sowjetrußland auf die Beine bringen, es unter einer strengen Blockade halten und überhaupt bemüht sind, es ökonomisch zu isolieren, zeugt beredt davon, daß angesichts der gegebenen internationalen Verhältnisse, in kapitalistischer Umkreisung, keine einzige Sowjetrepublik, einzeln genommen, sich vor wirtschaftlicher Erschöpfung und militärischer Zerschlagung durch den Weltimperialismus sicher fühlen kann.

4. Deshalb ist das isolierte Bestehen einzelner Sowjetrepubliken angesichts der Gefährdung ihrer Existenz durch die kapitalistischen Staaten labil, unsicher. Die gemeinsamen Interessen der Verteidigung der Sowjetrepubliken einerseits, die Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Produktivkräfte andererseits sowie die notwendige Unterstützung der getreidearmen Sowjetrepubliken mit Lebensmitteln durch die getreidereichen Sowjetrepubliken diktieren gebieterisch ein staatliches Bündnis der einzelnen Sowjetrepubliken als einzigen Weg der Rettung vor imperialistischer Knechtung und nationaler Unterdrückung. Befreit von ihrer "eigenen" und der "fremden" Bourgeoisie, können die nationalen Sowjetrepubliken ihre Existenz nur dann behaupten und die vereinigten Kräfte des Imperialismus nur dann besiegen, wenn sie sich



zu einem festgefügtten Staatsverband vereinigen - oder sie werden überhaupt nicht siegen.

5. Eine Föderation der Sowjetrepubliken, begründet auf der Gemeinsamkeit des Heereswesens und der Wirtschaft, ist jene allgemeine Form des Staatsverbands, die es ermöglicht: a) die Integrität und die wirtschaftliche Entwicklung sowohl der einzelnen Republiken als auch der Föderation im ganzen zu sichern; b) die ganze Mannigfaltigkeit der Lebensformen, der Kultur und des ökonomischen Zustands der verschiedenen Nationen und Völkerschaften, die auf verschiedenen Entwicklungsstufen stehen, zu umfassen und dementsprechend die eine oder andere Art der Föderation anzuwenden; c) das friedliche Zusammenleben und die brüderliche Zusammenarbeit der Nationen und Völkerschaften zu gestalten, die ihr Schicksal auf die eine oder andere Weise mit dem der Föderation verknüpft haben. Die Erfahrungen, die Rußland bei der Anwendung verschiedener Arten der Föderation gemacht hat, beim Übergang von der auf Sowjetautonomie begründeten Föderation (Kirgisien, Baschkirien, Tatarien, die Bergvölker, Daghestan) zu der auf Vertragsbeziehungen mit unabhängigen Sowjetrepubliken begründeten Föderation (die Ukraine, Aserbaidshan) und bei Zulassung von Mittelstufen zwischen beiden (Turkestan, Belorußland) haben die ganze Zweckdienlichkeit und Elastizität der Föderation als der allgemeinen Form des Staatsverbands der Sowjetrepubliken vollauf bestätigt.

6. Die Föderation kann aber nur dann von Dauer und die Resultate der Föderation können nur dann wirksam sein, wenn sie sich auf das gegenseitige Vertrauen und das freiwillige Einvernehmen der zu ihr gehörenden Länder stützt. Wenn die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik das einzige Land der Welt ist, wo der Versuch des friedlichen Zusammenlebens und der brüderlichen Zusammenarbeit einer ganzen Reihe von Nationen und Völkerschaften geglückt ist, so deshalb, weil es dort weder herrschende noch unterworfenen Nationalitäten, weder ein Mutterland noch Kolonien, weder Imperialismus noch nationale Unterdrückung gibt - die Föderation beruht dort auf dem gegenseitigen Vertrauen und dem freiwilligen Bündnisstreben der werktätigen Massen der verschiedenen Nationen. Dieser freiwillige Charakter der Föderation muß unbedingt auch künftighin beibehalten werden, denn nur eine solche Föderation

kann die Übergangsform sein zu jener höheren Einheit der Werktätigen aller Länder in einer einheitlichen Weltwirtschaft, deren Notwendigkeit immer greifbarer wird.

### III. Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Partei Rußlands

1. Da die proletarische Revolution an die Stelle des imperialistischen Nationalitätenstaates die freie Föderation der nationalen Sowjetrepubliken stellt, garantiert die Sowjetordnung den Werktätigen der früher unterdrückten Nationalitäten die allmähliche und schmerzlose Entwicklung zum Kommunismus und bietet ihnen die Möglichkeit, sich in ihrem Kampf gegen die Überreste der nationalen Unterdrückung und Ungleichheit und gegen die eigenen ausbeuterischen Oberschichten auf die revolutionäre Erfahrung und die organisierte Kraft des Proletariats der fortgeschrittenen Länder zu stützen.

Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik und die mit ihr verbundenen unabhängigen Sowjetrepubliken haben eine Bevölkerung von etwa 140 Millionen. Von diesen sind etwa 65 Millionen Nichtgroßrussen (Ukrainer, Belorussen, Kirgisen, Usbeken, Turkmenen, Tadshiken, Aserbaidshaner, Wolgatataren, Krimtataren, Bucharen, Chiwaner, Baschkiren, Armenier, Tschetschenen, Kabardiner, Osseten, Tscherkessen, Inguschen, Karatschaier, Balkaren<sup>1)</sup> Kalmücken, Karelner, Awaren, Darginer, Kasikumuchen, Kjuriner, Kumücken<sup>2)</sup> Mari, Tschuwaschen, Wotjaken, Wolgadeutsche, Burjaten, Jakuten und andere). Die Politik des Zarismus, die Politik der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie gegenüber diesen Völkern bestand darin, alle Ansätze zu einem Staatswesen bei ihnen zu töten, ihre Kultur zu verstümmeln, ihrer Sprache Beschränkungen aufzuerlegen, sie in Unwissenheit zu halten und sie schließlich nach Möglichkeit zu russifizieren. Das Ergebnis einer solchen Politik waren ein niedriges Entwicklungsniveau und politische Rückständigkeit dieser Völker.

Jetzt, da die Gutsbesitzer und Bourgeoisie gestürzt sind und die

1) Die zuletzt genannten sieben Völkerschaften werden zu der Gruppe der "Bergvölker" zusammengefaßt.

2) Die zuletzt genannten fünf Völkerschaften werden zu der Gruppe der "Daghestaner" zusammengefaßt.

Volksmassen auch in diesen Ländern die Sowjetmacht proklamiert haben, besteht die Aufgabe der Partei darin, den werktätigen Massen der nichtgroßrussischen Völker zu helfen, das vorangeschrittene Zentralrußland einzuholen, ihnen zu helfen, a) im eigenen Lande das sowjetische Staatswesen in den Formen zu entwickeln und zu festigen, die dem nationalen Gepräge dieser Völker entsprechen; b) im eigenen Lande in der Muttersprache wirkende Gerichte, Verwaltungskörperschaften, Wirtschaftsorgane, Machtorgane zu entwickeln und zu festigen, die aus Einheimischen zusammengesetzt sind, welche die Lebensweise und die Mentalität der einheimischen Bevölkerung kennen; c) im eigenen Lande Presse, Schulen, Theater, Klubs und überhaupt in der Muttersprache wirkende Kultur- und Bildungsstätten zu entwickeln; d) ein umfassendes Netz von Lehrgängen und Schulen sowohl allgemeinbildenden als auch technisch-beruflichen Charakters, die sich der Muttersprache bedienen, aufzubauen und zu entwickeln (in erster Linie für die Kirgisen, Baschkiren, Turkmenen, Usbeken, Tadshiken, Aserbaidshaner, Tataren und Daghestaner), um möglichst schnell einheimische Kader zu qualifizierten Arbeitern und Partei- und Sowjetfunktionären für alle Gebiete der Verwaltung und vor allem für das Gebiet der Volksbildung auszubilden.

2. Zieht man von den 65 Millionen nichtgroßrussischen Einwohnern die Bevölkerung der Ukraine, Belorußlands, eines Teils von Aserbaidshan und schließlich Armeniens ab, die in diesem oder jenem Grade die Periode des Industriekapitalismus durchgemacht haben, so bleiben ungefähr 25 Millionen übrig - eine vorwiegend aus Turkvölkern bestehende Bevölkerung (Turkestan, der größere Teil Aserbaidshans, Daghestan, die Bergvölker, die Tataren, Baschkiren, Kirgisen und andere) -, die die kapitalistische Entwicklung nicht durchgemacht haben, kein oder fast kein eigenes Industrieproletariat besitzen, in den meisten Fällen eine auf der Viehzucht beruhende Wirtschaft und die patriarchalische Gentilverfassung beibehalten haben (Kirgisien, Baschkirien, Nordkaukasus) oder über die halbpatriarchalischen, halbfeudalen Lebensformen nicht hinausgekommen (Aserbaidshan, die Krim und andere) aber bereits in den allgemeinen Strom der Sowjetentwicklung einbezogen sind.

Die Ausmerzung der faktischen, nationalen Ungleichheit ist hier

ein langwieriger Prozeß, der einen beharrlichen und ständigen Kampf gegen alle Überreste der nationalen Unterdrückung und der kolonialen Sklaverei erfordert. Die nationale Ungleichheit beruhte hier bisher auf der historisch entstandenen ökonomischen Ungleichheit. Diese Ungleichheit äußerte sich vor allem darin, daß diesen Randgebieten Rußlands (besonders Turkestan), die sich in der Lage von Kolonien oder Halbkolonien befanden, gewaltsam die Rolle von Lieferanten von Rohstoffen jeglicher Art aufgezwungen wurde, welche dann im Zentrum verarbeitet wurden. Dies war die Ursache ihrer ständigen Rückständigkeit und hemmte die Entstehung und mehr noch die Entwicklung eines Industrieproletariats unter diesen unterjochten Völkern. Mit alledem mußte die proletarische Revolution in den östlichen Randgebieten unvermeidlich zusammenstoßen, und ihre allererste Aufgabe ist die konsequente Liquidierung aller Überreste der nationalen Ungleichheit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens und vor allem der planmäßige Aufbau einer Industrie in den Randgebieten durch die Verlegung von Fabriken an die Rohstoffquellen (nach Turkestan, Baschkirien, Kirgisien - Textil-, Woll- und Lederindustrie u.a.).

Die Partei erobert sich das Vertrauen der werktätigen Massen der östlichen Randgebiete durch ihren entschlossenen und konsequenten Kampf für die Vernichtung aller Arten nationaler Ungleichheit, gleichzeitig vereinigt und organisiert sie diese Massen, um die patriarchalisch-feudalen Verhältnisse unter den früher unterdrückten Nationen endgültig zu liquidieren und sie in den kommunistischen Aufbau einzubeziehen. Der erste Schritt der Politik der Klassendifferenzierung in den östlichen Randgebieten muß die Ausschaltung des Einflusses aller einheimischen Ausbeuterelemente auf die Massen, der Kampf gegen sie in allen Organen der sowjetischen Selbstverwaltung, die Beseitigung ihrer Klassenprivilegien durch die Selbstorganisation der einheimischen Massen in Sowjets der Werktätigen sein. Dabei müssen in erster Linie und in behutsamer Weise die verhältnismäßig wenig zahlreichen einheimischen proletarischen Elemente, die in verschiedenen Berufen in den Bergwerken, bei der Eisenbahn, in den Salzbergwerken und in den Kulakenwirtschaften arbeiten, in die Reihen der Kommunistischen

Partei und in die Arbeit in den Sowjets einbezogen und organisiert werden.

Der nächste Schritt muß die wirtschaftliche Organisierung der einheimischen armen Bevölkerung in Berufsgenossenschaften gemischten Typs sein, wie er durch den Übergang der einheimischen werktätigen Massen von rückständigen zu höheren Wirtschaftsformen bedingt wird - von der Lebensweise der Nomaden zum Ackerbau, vom zunftgebundenen Handwerk, das für den freien Markt arbeitet, zur Artelarbeit für den Sowjetstaat (Einbeziehung der halbproletarischen Handwerker in die Gewerkschaften), von der handwerklichen Artelproduktion zur Produktion in Fabriken und Werken, vom landwirtschaftlichen Kleinbetrieb zur planmäßigen gesellschaftlichen Bodenbearbeitung. Die Sowjetregierung muß vor allem durch ein Netz von Organen eines einheitlichen Systems von Konsumgenossenschaften den einheimischen halbproletarischen Massen, die durch die Zerrüttung vom Aussterben bedroht sind, zu Hilfe kommen. Entsprechend diesen besonderen Bedingungen des Aufbaus der Sowjetwirtschaft muß die Arbeit der Wirtschaftsorgane reorganisiert werden in dem Sinne, daß das Schwergewicht in das lokale Milieu verlegt wird, daß Handwerk und sonstiges Gewerbe in die organisierte Planwirtschaft einbezogen werden, eine feste Verbindung mit der Hauptmasse der produzierenden Bevölkerung hergestellt und ein konkreter Plan zur Errichtung von Industriebetrieben in den Randgebieten entsprechend den lokalen Bedingungen ausgearbeitet wird. Ebenso entschieden muß vor der blinden Nachahmung der Vorbilder des zentralen Sowjetrußland, besonders bei der Durchführung des Getreidemonopols in den Randgebieten gewarnt werden. Die Durchführung der Getreidebeschaffungspolitik muß nicht in Worten, sondern in der Tat, mit einer Politik der Klassendifferenzierung gegenüber der zurückgebliebenen einheimischen Bevölkerung verbunden werden. Jede mechanische Übertragung von wirtschaftlichen Maßnahmen Zentralrußlands, die sich nur für eine höhere Stufe wirtschaftlicher Entwicklung eignen, auf die östlichen Randgebiete ist abzulehnen. Nur wenn die Sowjets der Werktätigen die breiten Massen der einheimischen armen Bevölkerung auf der Grundlage ihrer wirtschaftlichen Lebensinteressen organisieren, werden sie die Völker des Ostens zum gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter mit dem Proletariat der

fortgeschrittenen Länder führen können.

3. Schließt man aus den 25 Millionen der vorwiegend türkischen Bevölkerung Aserbaishan, den größeren Teil Turkestans, die Tataren (Wolga- und Krimtataren), die Bevölkerung Bucharas, Chiwas, Daghestans, einen Teil der Bergvölker (Kabardiner, Tscherkessen, Balkaren) und einige andere Völkerschaften aus, die bereits sesshaft geworden sind und ein bestimmtes Territorium fest besetzt haben, so bleiben ungefähr 6 Millionen Kirgisen, Baschkiren, Tschetschenen, Bewohner des südlichen Teils Turkestans, Osseten und Inguschen, deren Ländereien bis in die letzte Zeit hinein als Kolonisationsobjekt für russische Siedler dienten, die bereits von dem besten Ackerland Besitz ergriffen haben und die einheimische Bevölkerung systematisch in unfruchtbare Wüsteneien verdrängen. Die Politik des Zarismus, die Politik der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie bestand darin, in diesen Gebieten möglichst viele Kulakenelemente aus den Reihen der russischen Bauern und der Kosaken anzusiedeln und die letzteren in eine zuverlässige Stütze ihrer Großmachtbestrebungen zu verwandeln. Das Ergebnis dieser Politik war, daß die in die Einöde verdrängten Einheimischen (Kirgisen, Baschkiren) allmählich ausstarben. Die Aufgabe der Partei gegenüber den arbeitenden Massen dieser Völkerschaften besteht (abgesehen von den in den Punkten 1 und 2 genannten Aufgaben) darin, deren Anstrengungen mit den Anstrengungen der arbeitenden Massen der örtlichen russischen Bevölkerung im Kampf um die Befreiung von der Kulakenschaft im allgemeinen, von der raubgierigen großrussischen Kulakenschaft im besonderen zu vereinigen, ihnen mit allen Kräften und allen Mitteln zu helfen, die kulakischen Kolonisatoren von sich abzuschütteln, und ihnen auf diese Weise den für ein menschenwürdiges Dasein erforderlichen nutzbaren Boden zu sichern.

4. Außer den oben genannten Nationen und Völkerschaften, die eine bestimmte Klassenstruktur aufweisen und ein bestimmtes Territorium bewohnen, gibt es in der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik noch einzelne lose nationale Gruppen, nationale Minderheiten, die in kompakte Mehrheiten anderer Nationen eingesprenkelt sind und in den meisten Fällen kein bestimmtes

Territorium besitzen (Letten, Esten, Polen, Juden und andere nationale Minderheiten). Die Politik des Zarismus bestand darin, diese Minderheiten mit allen Mitteln, selbst Pogrome (Judenpogrome) nicht ausgenommen, auszulügen.

Jetzt, da die nationalen Privilegien aufgehoben sind, die Gleichberechtigung der Nationen praktisch verwirklicht und das Recht der nationalen Minderheiten auf freie nationale Entwicklung durch den Charakter der Sowjetordnung selbst gewährleistet ist, besteht die Aufgabe der Partei gegenüber den arbeitenden Massen dieser nationalen Gruppen darin, ihnen zu helfen, von diesem ihnen gewährleisteten Recht auf freie Entwicklung voll und ganz Gebrauch zu machen.

5. Die kommunistischen Organisationen in den Randgebieten entwickeln sich unter etwas eigenartigen Bedingungen, die das normale Wachstum der Partei in diesen Gebieten hemmen. Einerseits unterschätzen die in den Randgebieten arbeitenden großrussischen Kommunisten, die unter den Existenzbedingungen einer "Herrscher"-nation aufgewachsen sind und keine nationale Unterdrückung erfahren haben, mitunter die Bedeutung der nationalen Besonderheiten für die Partei und die Sowjetarbeit, oder sie berücksichtigen sie überhaupt nicht, ziehen in ihrer Arbeit die Besonderheiten der Klassenstruktur, der Kultur, der Lebensweise, der historischen Vergangenheit der betreffenden Völkerschaft nicht in Betracht und vulgarisieren und verzerren somit die Politik der Partei in der nationalen Frage. Dieser Umstand führt zu einer Abweichung vom Kommunismus in der Richtung zur Großmachtkonzeption, zur Kolonisationspolitik, zum großrussischen Chauvinismus. Andererseits übertreiben die aus der einheimischen Bevölkerung stammenden Kommunisten, die die schwere Periode der nationalen Unterjochung miterlebt und sich von diesem Alpdruck noch nicht ganz befreit haben, mitunter die Bedeutung der nationalen Besonderheiten für die Partei- und die Sowjetarbeit und lassen somit die Klasseninteressen der Werktätigen zurücktreten, oder sie verwechseln einfach die Interessen der Werktätigen der betreffenden Nation mit den sogenannten "gesamtnationalen" Interessen der gleichen Nation, ohne zu verstehen, die einen aus den anderen auszusondern und die Parteiarbeit auf den Interessen der Werktä-

tigen aufzubauen. Dieser Umstand führt seinerseits zu einer Abweichung vom Kommunismus in der Richtung zum bürgerlich-demokratischen Nationalismus, der mitunter die Form des Panislamismus, des Panturkismus (im Osten) annimmt.

Diese beiden schädlichen Abweichungen von den Prinzipien des kommunistischen Internationalismus schöpfen ihre Kraft aus der in der ersten Zeit unvermeidlichen Verunreinigung der kommunistischen Organisationen in den Randgebieten. Einerseits biedern sich der Partei kulakisch-kolonisatorische Elemente an, andererseits dringen Vertreter der einheimischen Ausbeutergruppen in die Partei ein.

Der Parteitag verurteilt entschieden diese beiden Abweichungen als für die Sache des Kommunismus schädlich und gefährlich und hält es für notwendig, auf die besondere Gefährlichkeit und Schädlichkeit der ersten Abweichung, der Abweichung zur Großmachtkonzeption, zur Kolonisationspolitik, hinzuweisen. Der Parteitag erinnert daran, daß es ohne die Überwindung der kolonisatorischen und nationalistischen Überreste in den Reihen der Partei unmöglich ist, in den Randgebieten feste und mit den Massen verbundene, wirklich kommunistische Organisationen zu schaffen, die in ihren Reihen die proletarischen Elemente der einheimischen und der russischen Bevölkerung auf dem Boden des Internationalismus zusammenschließen. Der Parteitag ist deshalb der Ansicht, daß die Liquidierung der nationalistischen und in erster Linie der kolonisatorischen Schwankungen innerhalb des Kommunismus eine der wichtigsten Aufgaben der Partei in den Randgebieten ist.

Der Parteitag ruft zum entschiedenen Kampf gegen alle pseudo-kommunistischen Elemente auf, die sich an die Partei des Proletariats aanbiedern, und warnt die Partei vor einer "Erweiterung" durch kleinbürgerlich-nationalistische und Kulakenelemente. Gleichzeitig hebt der Parteitag die Notwendigkeit hervor, alle ehrlichen Elemente der nationalen Intelligenz der früher unterdrückten Völker, die ihre Ergebenheit für die Sowjetmacht bewiesen haben, geschickt und organisiert in der Sowjetarbeit in den östlichen Randgebieten zu verwenden.

Über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die  
Naturalsteuer

1. Um eine richtige und zügige Wirtschaftsführung auf der Grundlage der freieren Verfügung der Landwirte über ihre wirtschaftlichen Ressourcen zu gewährleisten, um die bäuerliche Wirtschaft zu festigen und ihre Produktivität zu steigern sowie um die auf die einzelnen Landwirte entfallenden staatlichen Verpflichtungen genau festzulegen, wird die Ablieferungspflicht als Methode der staatlichen Beschaffung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Futtermitteln durch die Naturalsteuer ersetzt.

2. Diese Steuer muß geringer als die bisher durch die Ablieferungspflicht auferlegte Belastung sein. Die Steuersumme muß so berechnet werden, daß die minimal notwendigen Bedürfnisse der Armee, der städtischen Arbeiter und der nicht in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung gedeckt werden. Die Gesamtsumme der Steuer muß in dem Maße ständig verringert werden, wie die Wiederherstellung des Verkehrswesens und der Industrie es der Sowjetmacht gestattet, landwirtschaftliche Produkte auf normalem Wege, d.h. im Austausch für Produkte der Industrie und des Handwerks zu erhalten.

3. Die Steuer wird in Form eines prozentualen oder anteilmäßigen Abzuges von den in der Wirtschaft produzierten Produkten, ausgehend von der Ernte, der Anzahl der Esser und des tatsächlichen Viehbestandes in der Wirtschaft erhoben.

4. Die Steuer muß progressiven Charakter tragen; der Prozentsatz des Abzuges muß für die Wirtschaften der Mittelbauern und die schwachen Wirtschaften, für die Wirtschaften städtischer Arbeiter usw. gesenkt werden.

Die Wirtschaften der armen Bauern können von einigen und in Ausnahmefällen auch von allen Arten der Naturalsteuer befreit werden.

Intensiv wirtschaftende Bauern, die die Aussaatfläche ihrer Wirtschaften vergrößern oder die Produktivität der Wirtschaft insgesamt steigern, erhalten Vergünstigungen hinsichtlich der Entrichtung der Naturalsteuer entweder in Form der Senkung der Steuersätze oder in Form der teilweisen Befreiung von der Steuer.

5. Das Gesetz über die Steuer muß so abgefaßt und zu einem solchen Zeitpunkt veröffentlicht werden, daß die Landwirte noch vor Beginn der Frühjahrsfeldarbeiten möglichst genau über das Ausmaß der auf sie entfallenden Verpflichtungen informiert sind.

6. Die Ablieferung der steuermäßig festgelegten Produkte an den Staat wird zu bestimmten, im Gesetz genau festgesetzten Terminen abgeschlossen.

7. Die Summe der gemäß der Steuer zur Ablieferung kommenden Produkte wird nach Dorfvereinigungen (Gesellschaften) berechnet. Im Rahmen der Dorfvereinigung wird die Steuer zwischen einzelnen Landwirten nach ihrer Entscheidung, entsprechend den allgemeinen Normen, die in Punkt 3 vorgesehen sind, aufgeteilt. Zur Kontrolle über die Anwendung der Steuernormen und die Erhebung der Steuer werden gewählte Organisationen der örtlichen Bauern entsprechend den Gruppen der Steuerzahler in den verschiedenen Steuerklassen gebildet.

8. Über alle Vorräte an Lebensmitteln, Rohstoffen und Futtermitteln, die den Landwirten nach der Entrichtung der Steuer verbleiben, haben sie volles Verfügungsrecht. Sie können von ihnen zur Verbesserung und Festigung ihrer Wirtschaft, zur Hebung ihres persönlichen Bedarfs und zum Austausch gegen Erzeugnisse der industriellen, der handwerklichen und der landwirtschaftlichen Produktion verwendet werden. Der Austausch ist im Rahmen der örtlichen wirtschaftlichen Zirkulation zulässig.

9. Zur Versorgung der armen Bevölkerung und zum Austausch gegen Überschüsse an Lebensmitteln, Rohstoffen und Futtermitteln, die die Bevölkerung dem Staat über die Entrichtung der auferlegten Steuer hinaus freiwillig abliefern, wird ein Sonderfonds von Gegenständen des landwirtschaftlichen Inventars und von Massenbedarfsartikeln angelegt. Dieser Fonds wird aus den Produkten der inneren Produktion und aus jenen Artikeln geschaffen, für deren Erwerb im Ausland ein Teil des staatlichen Goldfonds und ein Teil der beschafften Rohstoffe aufgewandt werden. Der Parteitag billigt im wesentlichen die vom ZK vorgelegten Thesen über die Ersetzung der Ablieferungspflicht durch die Natural-

steuer und beauftragt das ZK der Partei, so rasch wie möglich diese Thesen abzustimmen, die Formen der Realisierung der Steuer detailliert auszuarbeiten und das entsprechende Gesetz über das Allrussische Zentralexekutivkomitee und den Rat der Volkskommis-sare zu erlassen.

#### Über die Genossenschaften

Angesichts dessen, daß die Resolution des IX. Parteitag der KPR über das Verhältnis zu den Genossenschaften ganz und gar auf der Anerkennung des Prinzips der Ablieferungspflicht aufgebaut war, welche jetzt durch die Naturalsteuer ersetzt wird, beschließt der X. Parteitag der KPR:

die angeführte Resolution aufzuheben.

Der Parteitag beauftragt das ZK, auf Partei- und Sowjetebene Beschlüsse auszuarbeiten und durchzuführen, die den Aufbau und die Tätigkeit der Genossenschaften entsprechend dem Programm der KPR und entsprechend der Ablösung der Ablieferungspflicht durch die Naturalsteuer verbessern und weiterentwickeln.

#### Über die Überprüfung der Finanzpolitik

Der Parteitag beauftragt das ZK, unsere gesamte Finanzpolitik und das Tarifsystem von Grund auf zu überprüfen und auf der Ebene der Sowjets die notwendigen Reformen durchzuführen.

#### Über die Verbesserung der Lage der Arbeiter und der notleidenden

##### Bauern

Die Erschöpfung vor Not und Armut, die mit dem siebenjährigen Krieg und der Zerrüttung zusammenhängen, und die Übermüdung durch die fast übermenschliche Kraftanstrengung, die die Arbeiterklasse Rußlands während der letzten dreieinhalb Jahre aufwandte, haben sich gegenwärtig so verschärft, daß sie außerordentliche Maßnahmen von der Sowjetmacht erfordern.

Der X. Parteitag der KPR fordert deshalb von der gesamten Partei, von allen Partei- und Sowjetinstitutionen, dieser Frage größte

Aufmerksamkeit zu widmen und unverzüglich eine Reihe von Maßnahmen auszuarbeiten, um dadurch um jeden Preis die Lage der Arbeiter zu verbessern und ihre Not zu lindern.

Die Politik der Partei muß darauf gerichtet sein, in kürzester Frist mindestens für die Arbeiter der wichtigsten Zentren der Republik eine solche Ration und solche Lebensbedingungen zu gewährleisten, die wirklich für sie ein Antrieb sind, in den Fabriken und Werken zu bleiben. Die Durchführung der Naturalisierung des Arbeitslohnes ist in erster Linie in diesen Hauptzentren der Republik notwendig.

Der Parteitag beauftragt das ZK, eine besondere zentrale Kommission zur Durchführung von Sofortmaßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter zu bilden und diese Kommission so zu organisieren, daß sie in unmittelbarer Verbindung einerseits mit dem ZK der KPR und dem Allrussischen Zentralrat der Gewerkschaften und andererseits mit dem Rat der Volkskommis-sare und dem Rat für Arbeit und Verteidigung arbeitet, um die festgelegten Maßnahmen und die Kontrolle der Arbeiter selbst über die Durchführung dieser Maßnahmen rasch zu realisieren. Diese Kommission muß Unterkommissionen bei den Behörden schaffen, die einen Teil ihres Apparats und ihrer Mittel sofort für die Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter einsetzen können und müssen (Volkskommisariat für Außenhandel, Volkskommisariat für Ernährungswesen, Volkskommisariat für Heereswesen, Komitee für staatliche Bauten,<sup>1)</sup> Volkskommisariat für Gesundheitswesen usw.). Gleichermaßen sind Unterkommissionen in den Gouvernements mit der größten Konzentration von Industriearbeitern notwendig. Die unverzügliche Ausarbeitung einer Verordnung über diese Kommissionen überträgt der Parteitag dem ZK und den Parteifunktionären in den entsprechenden Behörden.

Angesichts der großen Not, in die die Bauernschaft durch die Mißernte geraten ist und die in sehr vielen Fällen durch die Demobilisierung der Armee verstärkt wurde, beauftragt der X. Parteitag das ZK, über den Rat der Volkskommis-sare und das Allrussische Zentralexekutivkomitee ähnliche Maßnahmen, wie die oben dargelegten, zur

1) russisch: Komgossoo - Komitet gosudarstwennowo soorushenijsa

Verbesserung der Lage der notleidenden Bauern zu ergreifen, ohne sich mit der schon dafür vom Allrussischen Zentralexekutivkomitee geschaffenen Kommission zu begnügen.

#### Die Sowjetrepublik in der kapitalistischen Umkreisung

Die kapitalistischen Mächte suchten drei Jahre lang durch bewaffnete Invasionen die Sowjetmacht zu stürzen, Rußland zu einer Kolonie zu machen und dadurch die russischen Rohstoffe und die russischen Arbeiter und Bauern in eine Profitquelle für das ausländische Kapital zu verwandeln. Durch die heroischen Anstrengungen der Werktätigen schlug die Sowjetrepublik diese Versuche zurück und erlangte dadurch die Möglichkeit, als unabhängiger Staat auf der Grundlage gegenseitiger politischer und Handelsverpflichtungen mit kapitalistischen Staaten Beziehungen aufzunehmen.

Andererseits zwingt der Mißerfolg der Intervention und die Gier der auf der Weltarena miteinander konkurrierenden Gruppen, die ihre Profite durch die Ausnutzung der natürlichen Reichtümer Rußlands vergrößern wollen, eine Reihe kapitalistischer Staaten, zur Herstellung von auf Verträgen beruhenden Beziehungen mit der Sowjetrepublik überzugehen.

Die Möglichkeit neuer, auf Verträgen und Übereinkommen beruhender Beziehungen zwischen der Sowjetrepublik und den kapitalistischen Ländern muß in erster Linie für die Hebung der Produktivkräfte der Republik und für die Verbesserung der Lage der Hauptproduktivkraft - der Arbeiterklasse - genutzt werden.

Diese Hauptaufgabe, vor der die Sowjetrepublik steht, kann nicht in großem Ausmaß und in kurzer Frist ohne Ausnutzung der ausländischen Technik, der ausländischen Ausrüstung, ohne Ausnutzung von im Ausland produzierten Produktionsmitteln usw. gelöst werden.

Eine der unter den jetzigen Bedingungen praktisch anzuwendenden Formen der Teilnahme des ausländischen Kapitals an der Nutzbarmachung der natürlichen Reichtümer der Sowjetrepublik sind die Konzessionen, bei denen der Konzessionär als Entgelt einen bestimmten Anteil an dem Produkt erhält, das in den in Konzession gegebenen Betrieben gewonnen wird.

Objekte von Konzessionen können jene Zweige der Volkswirtschaft werden, deren Entwicklung sichtlich das Entwicklungsniveau der Pro-

duktivkräfte Rußlands erhöht und die gleichzeitig im jetzigen Augenblick und in der nächsten Zeit nicht durch eigene Kräfte der Sowjetrepublik voll in Gang gebracht werden können, wie z.B. die Holz-, die Bergwerks- und die Erdölindustrie, die Elektrifizierung Rußlands usw. Insbesondere können ein Teil der Anlagen von Grosny und Baku Konzessionsobjekte werden, sofern dafür die Sowjetmacht von Aserbaidshan die Einwilligung gibt.

Als eine im Grunde bekannte Form des wirtschaftlichen Übereinkommens zwischen der sozialistischen Republik und den in industrieller Beziehung entwickelteren kapitalistischen Ländern müssen die Konzessionen gleichzeitig zu einem mächtigen Mittel zur Entwicklung der Produktivkräfte der Sowjetrepublik und zur Festigung der in ihr vorhandenen Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft werden.

Von diesen Leitsätzen ausgehend, billigt der Parteitag

1) die Politik der Sowjetmacht, die auf die Herstellung normaler Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetrepublik und den anderen Ländern durch Abschluß von Handelsverträgen und Übereinkommen abzielt; billigt der Parteitag

2) ebenfalls die Dekrete des Rates der Volkskommissare vom 23. November 1920 über die allgemeinen wirtschaftlichen und juristischen Bedingungen der Konzessionen; weist der Parteitag

3) darauf hin, daß die Wahrung der wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit des gesamten Territoriums der Sowjetrepublik und gleichermaßen der Schutz der Arbeit der Bürger der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik in den Konzessionsbetrieben besondere Bedingungen in den Übereinkommen jedweder Art mit kapitalistischen Staaten oder Gruppen erforderlich machen.

#### Über die Kommunistische Internationale

Nach Entgegennahme des Rechenschaftsberichts der Vertreter der Partei in der Komintern billigt der X. Parteitag der KPR die Tätigkeit seiner Vertreter im Exekutivkomitee der Komintern. Der Parteitag erklärt sich insbesondere völlig solidarisch mit dem Exekutivkomitee der Komintern in der Frage der italienischen Partei. Der Parteitag sendet der Kommunistischen Partei Italiens seinen brüderlichen Gruß und sieht in ihr die einzige Sektion der Komintern in

Italien. Der Parteitag ist überzeugt, daß in naher Zukunft alle revolutionären Proletarier Italiens sich unter dem Banner der einheitlichen Kommunistischen Partei, von allen reformistischen und halbreformistischen Elementen gereinigt, vereinigen werden. Der Parteitag ist überzeugt, daß die Schwankungen, die sich in der letzten Zeit in den oberen Schichten der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) zeigten, leicht durch die Bruderpartei beseitigt werden können. Der Parteitag bittet das Exekutivkomitee der Komintern, jener Gruppe der deutschen Partei, die die italienischen "Zentristen" in ideologisch-politischer Hinsicht zu unterstützen und überhaupt die Politik der Komintern nach rechts zu lenken versucht, den energischsten Widerstand entgegenzusetzen. Gleichzeitig beauftragt der Parteitag das ZK der Partei, energisch die Positionen des Marxismus gegen anarchistische und halbanarchistische Abweichungen zu verteidigen und insbesondere auf dem bevorstehenden Kongreß auf der Grundlage der Beschlüsse der Komintern beharrlich den Zusammenschluß der Kommunistischen Arbeiterpartei (KAP) mit der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) zu fordern. Der Parteitag besteht kategorisch darauf, daß gerade jetzt, da die kommunistische Weltbewegung einen Augenblick des Umschwungs durchmacht, das Exekutivkomitee der Komintern unbedingt auf der marxistischen Position bleiben muß, die der II. Kongreß der Komintern eingenommen hat.

#### Über den kommenden imperialistischen Krieg

Der X. Parteitag der KPR wendet sich an das Exekutivkomitee der III. Internationale mit dem Vorschlag, ein Manifest an die Proletarier der ganzen Welt aus Anlaß des von den Imperialisten in den letzten Jahren vorbereiteten Krieges, der in der nächsten Zeit an den Küsten des Stillen Ozeans auszubrechen droht, herauszugeben. Der Parteitag hält es für notwendig, das Proletariat darauf hinzuweisen, daß die Bourgeoisie sich von neuem zu einem umfassenden Versuch vorbereitet, die Arbeiter zu betrügen, in ihnen den nationalen Hader zu entfachen und in das ungeheure Gemetzel die Völker Amerikas, Asiens und Europas und danach unvermeidlich auch die Völker der übrigen Teile der Welt hineinzuziehen. Die letzte Stun-

de der Bourgeoisie kommt näher, das Proletariat muß gewarnt sein.

Gleichzeitig lenkt der Parteitag, besonders in Verbindung mit den in der letzten Zeit verstärkten Versuchen der Konterrevolutionäre, die Herrschaft der Bourgeoisie und die Zarenmacht wiederaufzurichten, die Aufmerksamkeit der Arbeiter und Bauern Sowjetrußlands darauf, daß nur bei Aufrechterhaltung der Sowjetordnung Rußland vor der unmittelbaren Teilnahme an diesem Weltkrieg bewahrt werden wird. Jede andere Regierung, außer der Sowjetregierung, wird sich unvermeidlich auf die Seite einer der Gruppen der kriegführenden Imperialisten schlagen und unvermeidlich das verheerte Land in eine noch größere, noch ungeheurere Verheerung hineinziehen. Eine der Hauptursachen der Hilfe für die russischen Konterrevolutionäre, die ihnen die Kapitalisten der verschiedenen Länder erweisen, ist ihr Bestreben, Rußland mit seiner zahlreichen Bevölkerung nicht nur in eine Kolonie zu verwandeln, sondern in Rußland wieder einen gehorsamen "Bundesgenossen" zu haben, der seine Arbeiter und Bauern zum Abschlichten zur Verfügung stellt, damit die Imperialisten ihre egoistischen und verbrecherischen Ziele erreichen.

Der Parteitag beauftragt das ZK, auf der Grundlage dieser Resolution eine breite Agitation unter der Bevölkerung des Landes zu führen.

#### Beschluß zur Militärfrage

1. Zur Verstärkung der proletarischen Zusammensetzung der Armee und zur Sicherstellung einer stabilen Stimmung in ihr ist es notwendig:
  - a) so schnell wie möglich die alten Jahrgänge, die schon zur Entlassung vorgemerkt sind, zu entlassen;
  - b) die Entlassung von Arbeitern jener Alterskategorien aus der Armee, die nicht im ganzen auf unbefristete Zeit beurlaubt sind, vollkommen einzustellen;
  - c) die Arbeiter der jüngeren Jahrgänge von der Arbeit in die Armee zu überführen und sie durch gemäß der Arbeitspflicht Mobilisierte zu ersetzen;
  - d) in den Industriegebieten eine Übergangsform zur Miliz anzuwenden, indem für die Arbeiter die Arbeit in der Produktion mit der Teilnahme in den Milizverbänden verbunden wird.



2. a) Die Herausziehung von Kommunisten aus der Armee ist einzustellen. Es sind vielmehr auf dem entsprechenden Wege Maßnahmen zur Verstärkung der in politischer Beziehung geschwächten Truppenteile durch politische Funktionäre zu treffen und in erster Linie Kommunisten, die militärische Erfahrung haben, wieder in die Armee einzuziehen.

b) Alle Kommunisten, die aus der Armee ausgeschieden sind, sind im Hinterland zu überprüfen; diejenigen, die die Armee unter Bedingungen verließen, welche die Kampfbereitschaft der Truppenteile klar herabgesetzt haben, sind dem Gericht zu übergeben; diejenigen, die die Armee ohne formale Begründung verlassen haben, sind der Armee wieder einzugliedern.

c) Alle Kommunisten in der Armee und der Flotte sind neu zu registrieren; die Registrierung ist streng durchzuführen und keinerlei eigenmächtiges Fernbleiben darf geduldet werden. Ein solches Entfernen ist der Desertion gleichzustellen.

d) Die politische Verwaltung der Republik<sup>1)</sup> und die entsprechenden politischen Abteilungen müssen die zur Produktionsarbeit abkommandierten Kommunisten der Armee streng registrieren, um die Möglichkeit zu haben, sie in jedem Augenblick und ohne Verzögerung für die militärische Arbeit mobilisieren zu können.

e) Das Zentralkomitee der Partei muß über die Politische Verwaltung der Republik und über die politischen Abteilungen den Bestand an Kommissaren und die Politorgane der Armee sowohl durch Aufnahme neuer Funktionäre als auch durch Versetzung der alten innerhalb der Armee weitgehend erneuern, um sie insgesamt aufzufrischen.

3. Hinsichtlich aller Arten der materiellen Versorgung der Armee werden die Sonderbevollmächtigten des Rates für Verteidigung<sup>2)</sup> und die örtlichen Sowjet- und Parteiorganisationen verpflichtet, eine wirksame, planmäßige und sachliche Sorge für die Armee zu tragen und sie hinsichtlich der Versorgung an die erste Stelle zu setzen.

Das System der planmäßigen Versorgung der Armee ist streng durchzuführen, von dem heute breit angewandten System der im Plan

1) Politische Verwaltung der Roten Armee (Anmerkung des Ubs.)

2) russ.: Тсhусо - Тсhресwытсhаиние yполномотсhенние совjeta Оборонь

nicht vorgesehenen Kürzungen ist abzugeben.

4. Im Zusammenhang mit der Einschränkung der Armee und der möglichst großen Verstärkung des proletarischen Elements ist allen technischen Sondertruppenteilen (wie den Artillerieabteilungen, Maschinengewehrabteilungen, Panzerwagenabteilungen, Fliegerabteilungen, Pionierabteilungen, Panzerzugabteilungen usw.) besondere Aufmerksamkeit zu schenken; diese Truppenteile sind mit allen notwendigen Gegenständen sowohl militärischer als auch materiell-wirtschaftlicher Art auszustatten; es sind alle Maßnahmen zur Steigerung des politischen Niveaus und der Kampfkraft dieser Truppenteile zu treffen, insbesondere ist dafür durch sorgfältige Auswahl der Kommissare aus Genossen, die dieser so verantwortungsvollen Stellung entsprechen, Sorge zu tragen.

5. Die soziale Zusammensetzung und auch die politischen und den Lebensbedingungen entsprechenden Gruppierungen des Kommandeurbestandes sind einer sorgfältigen Überprüfung zu unterziehen, um Versetzung und andere Maßnahmen durchzuführen, die der jetzigen Lage entsprechen.

6. Ernsteste Aufmerksamkeit ist der politischen Schulungsarbeit unter den Kommandeuren der Roten Armee und der Roten Flotte zu widmen; dazu sind entsprechende Literatur und Instruktionen herauszugeben.

7. Das System der Versetzung von Kommissaren, die die entsprechende Erfahrung erworben haben, auf Kommandeurs- und wirtschaftliche Verwaltungsposten ist umfassender anzuwenden.

8. Es sind Maßnahmen zur planmäßigeren und systematischeren Einsetzung roter Kommandeure in Kommandostellen zu treffen.

9. Angesichts dessen, daß es sich jetzt, nach der Beendigung des Krieges an den Fronten, für die Kommandeure nicht mehr um einen zeitweiligen Kriegsdienst, sondern um einen dauernden Beruf handelt, sind Maßnahmen zur wirksamen Verbesserung der materiellen Lage der Kommandeure, vor allem der unteren, zu treffen.

10. Die Partei-, Sowjet- und Gewerkschaftsinstitutionen und -organisationen haben der besseren Gestaltung der militärischen Schulung in jeder Beziehung große Aufmerksamkeit zu widmen.

11. Der politische Apparat der Roten Armee ist in der Form, wie er sich in den drei Kriegsjahren herausbildete, beizubehalten; seine Organisation ist zu verbessern und zu festigen; seine Verbindung mit den örtlichen Parteiorganisationen ist zu verstärken, wobei jedoch die volle Selbständigkeit des Apparates beizubehalten ist.

12. Die politischen Organe der Armee haben den Wechselbeziehungen der Truppenteile mit der örtlichen Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit zu widmen und rechtzeitig Maßnahmen zur Sicherstellung der Kampffähigkeit der Truppenteile zu treffen. Die Politische Verwaltung der Republik hat gemeinsam mit anderen interessierten Organen eine entsprechende Instruktion auszuarbeiten.

13. In Verbindung mit der Einschränkung der Armee und der Notwendigkeit der Erhöhung ihres politischen Niveaus und ihrer Kampfbereitschaft sind Maßnahmen zu treffen, um die Armee von Arbeitsaufgaben ganz zu befreien.

14. In der Frage des Milizsystems hat die Partei keinerlei Grund, ihr Programm zu revidieren. Die Formen, Methoden und das Tempo des Übergangs zur Miliz hängen ganz und gar von der internationalen und inneren Lage, von der Dauer der Atempause, von den gegenseitigen Beziehungen zwischen Stadt und Land u. a. ab. Falsch und zum gegenwärtigen Zeitpunkt sogar gefährlich ist die Agitation einiger Genossen für die faktische Liquidierung der jetzigen Roten Armee und für den sofortigen Übergang zur Miliz.

In der nächsten Periode muß die Grundlage unserer bewaffneten Streitkräfte die jetzige Rote Armee sein, nach Möglichkeit um die alten Jahrgänge verkleinert und mit proletarischen und kommunistischen Elementen ergänzt.

15. Der teilweise Übergang zu Milizformationen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur in Gebieten mit der geschlossensten proletarischen Bevölkerung (Petrograd, Moskau, Ural) durchzuführen.

Die kampferfahrenen Kader der Feldtruppenteile, von schwankenden und unzuverlässigen Elementen gereinigt, sollen das Fundament der Miliztruppenteile sein. Die kommunistischen Abteilungen zur besonderen Verwendung und die sich um sie gruppierenden proletarischen Elemente sind in den Bestand dieser Truppenteile

aufzunehmen, ohne sie von der normalen wirtschaftlichen Arbeit abzuziehen.

Diese Truppenteile sind auch durch gesunde Elemente der territorialen Kader der Allgemeinen militärischen Ausbildung<sup>1)</sup> zu vervollständigen.

Die militärische Schulung muß in der arbeitsfreien Zeit bei Befreiung gewisser Kategorien von Arbeitern von der Überstundenarbeit, von den Subbotniki und Woskressniki<sup>2)</sup> und einer Reihe anderer Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetpflichten durchgeführt werden.

In Zukunft wird dieselbe Ordnung im entsprechenden Maßstab auch auf andere Gebiete mit einem bedeutenden Bestand an proletarischer Bevölkerung übertragen.

16. Unabhängig vom Gang der Bildung der im vorhergegangenen Punkt angeführten Truppenteile sind ebenfalls unverzüglich Maßnahmen zur Festigung der Abteilungen zur besonderen Verwendung zu treffen, indem sie in richtige etatmäßige Organisationen umgewandelt werden, indem ihr militärisches Können gesteigert und ihre Bewaffnung verbessert wird und indem sie zur Ausbildung am Maschinengewehr, Panzerwagen und im Artilleriewesen herangezogen werden.

17. Die Gesundung und die Festigung der Armee hat bei den Truppenteilen zu beginnen, die an den vom allgemein-politischen und wirtschaftlichen Standpunkt aus wichtigsten Punkten der Republik stationiert sind.

18. Der Parteitag hält die Agitation einiger Gruppen und einzelner Genossen für die Abänderung des jetzigen Organisationssystems der Roten Armee durch Einführung des Systems der Wählbarkeit, durch Unterstellung der Kommissare unter die entsprechenden Zellen usw. für politisch gefährlich und ist der Meinung, daß diese Agitation die Rote Armee zu zersetzen vermag und hält sie für ganz und gar unzulässig.

Der Parteitag schlägt dem ZK vor, grundlegende Maßnahmen zu ergreifen, um diese Art desorganisatorischer Agitation völlig zu beseitigen.

1) russ.: Bsjeobutsch. - Wsjeobschtscheje obytschenie

2) Subbotniki und Woskressniki - Samstage und Sonntage, an denen auf freiwilliger Grundlage Arbeitseinsätze geleistet wurden.  
(Anm.d.Übs.)

19. Durch die entsprechenden Wirtschaftsorgane ist die Frage der jetzigen Arbeitsarmeen zu überprüfen; diejenigen, die ihrer Bestimmung nicht entsprechen, sind unverzüglich aufzulösen.

20. Über die Rote Flotte

Der Parteitag hält es für notwendig, entsprechend der allgemeinen Lage und den materiellen Hilfsquellen der Sowjetrepublik Maßnahmen zum Wiederaufbau und zur Festigung der Roten Kriegsflotte zu treffen.

Aus diesem Grunde ist:

- a) die Arbeit zur Organisierung der Roten Flotte in programmatischer Ordnung zu betreiben und ein einheitlicher Plan auf dem Gebiet der Versorgung der Flotte mit technischen Materialien, Brennstoff u.a. einzuführen;
- b) der Personalbestand der Flotte durch die aufgerufenen Jahrgänge vornehmlich aus Industriearbeitern zu vervollständigen, wobei das Schulungswesen größtmöglich zu verbessern ist;
- c) die Flotte durch politische Funktionäre, vor allem aus den kommunistischen Matrosen, die jetzt auf anderen Gebieten arbeiten, zu festigen.
- d) Das ZK der Partei hat Maßnahmen zu treffen, daß der Revolutionäre Kriegsrat der Republik und die Politische Verwaltung der Republik in den zentralen Militärorganen der Republik Veränderungen vornehmen, die wirksam die Interessen der Roten Kriegsflotte sichern können.

21. Der Parteitag hält es für wünschenswert - bei Vorhandensein der notwendigen Garantien - die Wählbarkeit der Parteikommisionen in der Armee herzustellen und beauftragt das ZK, das gesamte (dazu) vorhandene Material zur beschleunigten Ausarbeitung einer entsprechenden Anordnung zu überprüfen.

An die Arbeiter Petrograds

Vom X. Parteitag der KPR

In diesen Tagen, da die Feinde der Arbeiterklasse versuchen, die Flamme eines neuen Bürgerkrieges in unserer Sowjetrepublik der

Arbeiter und Bauern zu entfachen, da sie versuchen, uns durch die Organisierung von Aufständen, Streiks, durch die Zerstörung der Eisenbahnen, durch die Unterbrechung der Verbindung unserer Industriezentren mit den Brennstoff-, Lebensmittel- und Rohstoffquellen in unendliches Elend zu stürzen, da sie uns hindern, die Armee zu demobilisieren und die Arbeiter aus der Armee auf das Land und an die Werkbank zu entlassen, da sie uns hindern, an die Aussaat auf den Feldern zu gehen und unsere Industrie zu heben, - in diesen Tagen löst der X. Parteitag der KPR gerade die Fragen, wie die Gewerkschaftsverbände besser zu organisieren sind, wie sie der Leitung der Produktion näherzubringen sind, wie die Produktion zu steigern, zu verbessern und zu erweitern ist, um dem flachen Lande Waren zu geben, wie die Brennstoffkrise zu beheben und die Lage der Arbeiter und der Bauernschaft durch die Erleichterung des Austausch zwischen Stadt und Land und die Verringerung der Lasten bei der Lebensmittel- und Rohstoffabgabepflicht zu verbessern ist, wie die Rote Armee quantitativ zu verkleinern und qualitativ zu verstärken ist und wie festere, ständige friedliche Beziehungen zu allen Staaten hergestellt werden können. Die Kommunistische Partei Rußlands, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen ist, die stets eine feste, durch vergossenes Bruderblut und gemeinsame Leiden geschweißte Verbindung mit den Arbeitermassen Petrograds, der ersten Stadt der Großen Russischen Revolution, hatte, sendet den Petrograder Arbeitern und Arbeiterinnen ihren Gruß und ruft das gesamte Proletariat Petrograds auf, fest, bis zum letzten zu verteidigen, was um den Preis großer Opfer vor vier Jahren errungen worden ist. Der Parteitag ist überzeugt, daß das Proletariat Petrograds auch fernerhin für das gesamte werktätige Rußland und das Proletariat der ganzen Welt ein Beispiel revolutionärer Beharrlichkeit, ein Beispiel der Arbeitsdisziplin, der größten Ergebenheit für die Sache der proletarischen Revolution geben und eine unerschütterliche Stütze der Macht der Sowjets sein wird.

Das Präsidium des Parteitages

"Der X. Parteitag der KPR(B).  
Protokolle." 1933

Zehnte Allrussische Konferenz der KPR(B)

Moskau, 26. - 28. Mai 1921

Die Konferenz wurde als außerordentliche Konferenz einberufen, im Zusammenhang mit der Notwendigkeit, die Erfahrungen bei der Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik an den Orten zu erörtern. Wie W.I.Lenin sagte, blieb auf der örtlichen Ebene die Politik, die im Zusammenhang mit der Naturalsteuer eingeschlagen wird, in hohem Grade ungeklärt und zum Teil sogar unverstanden. "Angesichts der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Politik schien eine ergänzende Erörterung auf einer Parteikonferenz so unerlässlich, daß beschlossen wurde, die Konferenz vor der festgesetzten Zeit einzuberufen."<sup>1)</sup>

Tagesordnung: 1) Die ökonomische Politik: a) Die Naturalsteuer; b) Das Genossenschaftswesen; c) Über die Finanzreform; d) Die Kleinindustrie; 2) Die Rolle der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki im gegenwärtigen Augenblick; 3) Der III.Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Außerdem nahm die Konferenz zwei informatorische Berichte W.I. Lenins und W.M.Molotows über die Arbeit der Kommunistischen Fraktion des IV.Kongresses der Gewerkschaften und das Referat W.M. Molotows über die nächsten Aufgaben der organisatorischen Arbeit der Partei entgegen.

W.I.Lenin hielt ein Referat über die Neue Ökonomische Politik. In seinem Referat legte W.I.Lenin die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik dar und wies auf den Handel, auf den organisierten Warenaustausch zwischen der staatlichen Industrie und der Landwirtschaft als das Hauptkettenglied beim Aufschwung der Industrie und der Landwirtschaft hin. Gleichzeitig hob W.I.Lenin die Aufgabe hervor, der sowjetischen Wirtschaft eine Grundlage in Gestalt einer Schwerindustrie zu geben. Um diese Aufgabe zu lösen, mußte man, wie W.I.Lenin zeigte, vor allem mit der Landwirtschaft beginnen.

1) s. W.I.Lenin, Werke, 4.Ausgabe, Bd.32, S.380 russ.

s. W.I.Lenin, Ausgew.Werke in 12 Bänden, Bd.9, Verlagsgenossenschaft ausl.Arbeiter in der UdSSR, Moskau - Leningrad 1936, S. 220 deutsch

Im Schlußwort sagte W.I.Lenin: "Unsere Haupteinwirkung auf die internationale Revolution üben wir jetzt durch unsere Wirtschaftspolitik aus...Der Kampf ist im internationalen Maßstab auf dieses Gebiet übertragen. Lösen wir diese Aufgabe, dann haben wir im internationalen Maßstab bestimmt und endgültig gewonnen."<sup>1)</sup>

Resolutionen und Beschlüsse der Konferenz

Über die ökonomische Politik

1. Die politische Hauptaufgabe des Augenblicks besteht in der vollen Aneignung und der genauen Durchführung der Neuen Ökonomischen Politik durch alle Funktionäre der Partei und der Sowjets.

Die Partei stellt fest, daß diese Politik für eine lange, eine Reihe von Jahren umfassende Periode berechnet ist und fordert von allen, sie mit unbedingter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit durchzuführen.

2. Der Haupthebel der Neuen Ökonomischen Politik ist der Warenaustausch. Die richtigen Wechselbeziehungen zwischen dem Proletariat und der Bauernschaft, die Schaffung einer ganz und gar stabilen Form des ökonomischen Bündnisses dieser beiden Klassen in der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus sind ohne Herstellung eines systematischen Warenaustausches oder Produktaustausches zwischen Industrie und Landwirtschaft unmöglich.

Insbesondere ist die Realisierung des Warenaustausches notwendig als Anreiz zur Erweiterung der Aussaatflächen und zur Verbesserung der bäuerlichen Landwirtschaft.

Der Unternehmungsgeist und die eigene freie Betätigung der Orte sind unter allen Umständen allseitig zu unterstützen und zu entwickeln.

Die Gouvernements mit der größten Menge an Getreideüberschüssen sind vor allen anderen als die erstrangigen Gebiete für die Realisierung des Warenaustausches anzusehen.

1) W.I.Lenin, Werke, 4.Ausgabe, Bd.32, S.413, russ. deutsch: W.I.Lenin, Sämtliche Werke, Band XXVI, Verlag für fremdsprachige Literatur, Moskau 1940, S.514

3. Die Genossenschaften sind als der Hauptapparat bei der Durchführung des Warenaustausches anzusehen und die Politik des Abschlusses von Verträgen durch die Organe des Volkskommissariats für Ernährungswesen mit den Organen der Genossenschaften und die Übergabe von Warenaustauschfonds durch die ersteren an die letzteren zur Erfüllung der Aufgaben der Staatsmacht und unter ihrer Kontrolle ist als richtig anzuerkennen.

Den Genossenschaften sind weitgehende Möglichkeiten zur Produkterfassung, zur allseitigen Entwicklung der örtlichen Industrie und zur Hebung des wirtschaftlichen Lebens überhaupt einzuräumen.

Die Kreditoperationen der Genossenschaften sind zu unterstützen.

Der Kampf gegen den anarchistischen (d.h. gegen den sich jeglicher Kontrolle und Aufsicht des Staates entziehenden) Warenaustausch wird geführt, indem der Warenaustausch vornehmlich in den Händen der Genossenschaften konzentriert wird, ohne jedoch den richtigen freien Handel zu verdrängen. Der Markt ist zu erforschen.

4. Die kleinen und mittleren (privaten und genossenschaftlichen) Betriebe, die meist keinerlei Versorgung aus staatlichen Rohstoff-, Brennstoff- und Lebensmittelvorräten bedürfen, sind zu unterstützen.

Die Verpachtung staatlicher Betriebe an Privatpersonen, Genossenschaften, an Artels und Gesellschaften ist zulässig. Die örtlichen Wirtschaftsorgane haben das Recht, solche Verträge ohne Genehmigung der höheren Organe abzuschließen. Der Rat für Arbeit und Verteidigung muß unbedingt von jedem Fall unterrichtet werden.

5. Die Produktionsprogramme der Schwerindustrie müssen (zu einem gewissen Teil) in Richtung der Steigerung der Produktion von Massenbedarfsartikeln und Artikeln für den bäuerlichen Bedarf überprüft werden.

Die Selbständigkeit und Initiative jedes Großbetriebes hinsichtlich der Verfügung über die Finanzmittel und über die materiellen Ressourcen ist zu erweitern. Eine entsprechende präzise Verordnung ist dem Rat der Volkskommissare zur Bestätigung vorzulegen.

6. Das System der Prämierung in Naturalform ist weiterzuent-

wickeln und versuchsweise die kollektive Versorgung zu organisieren.

Eine richtigere Verteilung der Lebensmittelprodukte zur Steigerung der Arbeitsproduktivität ist herzustellen.

Überall sind die Prinzipien der individuellen und kollektiven Interessiertheit an Erfindungen, Vervollkommnungen, an der Einsparung von Arbeitskräften, Brennstoff und Material, an der Erhaltung der Gebäude, Maschinen usw. einzuführen.

Die Strafmaßnahmen für nachlässiges Umgehen mit Staatseigentum, für Diebstahl am Staatseigentum sowie für unrationelle Ausnutzung der Arbeitskraft sind zu erhöhen.

7. Die Beibehaltung und Stärkung des Apparates für rasche, vollständige und allseitige Einziehung der Naturalsteuer ist notwendig. Den Versorgungsorganen ist dazu die notwendige Parteiautorität zu geben. Die Zentralisierung des Versorgungsapparates ist beizubehalten und zu verstärken.

8. Alle angeführten Maßnahmen sind auf die praktische Kampfaufgabe des laufenden Jahres zu konzentrieren: durch die Naturalsteuer und den Warenaustausch ist ein Getreidefonds von mindestens 400 Millionen Pud als Grundlage für die Wiederherstellung der Großindustrie und für die Realisierung des Elektrifizierungsplanes aufzubringen.

9. Im Prinzip ist der Entwurf des Erlasses des Rates für Arbeit und Verteidigung anzunehmen. Die Fraktion des Allrussischen Zentralexekutivkomitees wird beauftragt, ihn zum Gesetz zu erheben.

Unbedingte und erstrangige Aufgabe der Partei ist es, zu erreichen, daß dieser Erlaß im ganzen strengstens erfüllt wird und daß insbesondere die Parteilosen zur Arbeit inspiriert und herangezogen werden.

10. Hemmen zentrale Institutionen die örtliche Initiative und unterstützen sie sie nicht genügend, sind sie besonders zur Verantwortung zu ziehen. Die Fraktion des Allrussischen Zentralexekutivkomitees wird beauftragt, eine entsprechende Verordnung auszuarbeiten und sie auf der nächsten Tagung vorzulegen.

11. Die Konferenz beauftragt das ZK und alle Parteiorganisationen, systematisch eine Reihe von Maßnahmen zur Verstärkung der

Agitation und der Propaganda sowie zur entsprechenden Umstellung der Kräfte der Partei zu ergreifen, um alle oben dargelegten Aufgaben vollkommen zu erklären und planmäßig zu erfüllen.

12. Als eine sehr wichtige Aufgabe der Partei ist die aufmerksame und allseitige Behandlung und das Studium der praktischen Erfahrungen des Landes und des Zentrums beim wirtschaftlichen Aufbau in der Presse sowie auf den Versammlungen, Konferenzen, Parteitage, auf den Gewerkschafts- und Sowjetkongressen zu organisieren.

#### Der Arbeitsplan des Zentralkomitees der KPR(B)

Die Hauptaufgaben der Arbeit der Partei und der Sowjets erfordern im gegenwärtigen Moment, das Hauptaugenmerk auf die zweckmäßige Verteilung der Kräfte der Partei zu konzentrieren. Das hängt untrennbar und in erster Linie mit der Entwicklung und Einsetzung neuer Funktionäre und der Versetzung von Funktionären von weniger verantwortlichen Arbeitsplätzen auf verantwortlichere Arbeitsplätze zusammen.

Dazu ist die Verbesserung des gesamten Organisationsapparats der Partei überhaupt und des ZK insbesondere notwendig.

1. Das System der Versetzung von Funktionären muß auf dem Grundprinzip der Hebung der gesamten Arbeit von Partei und Sowjets, vor allem in jenen Gebieten und Rayons der Republik, die die größte politische und wirtschaftliche Bedeutung haben, aufgebaut sein.

Eine Versetzung von Funktionären aus anderen Beweggründen (wie: Beseitigung von Reibungen zwischen Funktionären, Auffrischung der Funktionäre usw.) soll auch durchgeführt werden, doch diese Motive dürfen nur eine untergeordnete und zweitrangige Rolle und Bedeutung haben.

2. Auf der Grundlage eines Beschlusses der Parteitage, der Instruktionen des ZK sowie auch der örtlichen Erfahrung ist ein Plan für die systematische Entwicklung neuer Funktionäre und für die Versetzung von Funktionären auf verantwortlichere Arbeitsplätze auszuarbeiten. Diese Aufgaben müssen im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit der Organisationsarbeit des ZK stehen, und ihre praktische Erfüllung ist regelmäßig (in monatlichen Berichten vor

den Kreisen, den Gouvernements und im gesamttrussischen Maßstab) zu kontrollieren.

3. Die Verbesserung des Organisationsapparates der Partei überhaupt und des ZK insbesondere erfordert: a) die Erneuerung und Verstärkung der Organisationsabteilungen der Parteikomitees (einschließlich des ZK) im Sinne der Herstellung einer lebendigen Verbindung der Parteizentren mit den Orten und der aufmerksamen Zusammenfassung der Parteierfahrung und b) die Verstärkung der Arbeit der Registrier- und Verteilungsorgane durch umfassende und reale Registrierung der aktiven Kräfte der Partei. Es ist ein System der periodischen Vorladung der Sekretäre der Gouvernementskomitees, einmal in drei Monaten, zur Berichterstattung im Sekretariat des ZK über die Arbeit der Parteiorganisation einzuführen.

4. Um die Organisationsarbeit des ZK in Gang zu bringen, wird das Territorium der Republik (Zentralrußland) in Rayons (insgesamt etwa 10 - 18, je 3 - 4 Gouvernements auf 1 Rayon) aufgeteilt, wobei zur Beobachtung und Instruierung jedes dieser Rayons dem ZK ein verantwortlicher Instruenteur mit der entsprechenden Parteierfahrung zugeteilt werden muß. Diese verantwortlichen Instruenteure bereisen persönlich ihre Rayons und studieren alle Materialien über ihren Rayon, die im ZK vorliegen und dem ZK zugehen. Nach dem gleichen Prinzip wird die Arbeit in den Gouvernements gestaltet.

5. Zur praktischen Ausnutzung der örtlichen Erfahrung wird die Unterabteilung für Information des ZK verstärkt. Sie muß sich zu ihrer Hauptaufgabe machen, auf Grund der Materialien von den Orten die wichtigsten Fragen, die im Lande aufgeworfen werden, zu klären sowie die entsprechenden Materialien auszuwählen (zu systematisieren) und sie vor dem ZK im ganzen (und insbesondere vor dem Organisationsbüro des ZK) darzulegen.

Außer dieser Methode der Ausnutzung des Materials der Unterabteilung für Information des ZK ist das Material systematisch in der Abteilung für Statistik des ZK statistisch zu bearbeiten.

6. Die Aufgabe der richtigen Verteilung der Kräfte der Partei erfordert, den Registrierungsapparat der Parteikomitees von unten bis oben zu verstärken. Dazu wurde die für den 27. April einberufene

Elfte Allrussische Konferenz der KPR(B)

Moskau, 19. - 22. Dezember 1921

- 253 -

Beratung der Leiter der Abteilungen für Registrierung und Verteilung in eine Kommission zur Vorbereitung der Materialien für eine Allrussische Beratung der Leiter der Abteilungen für Registrierung und Verteilung umgewandelt.

7. Außerdem hält es das ZK für notwendig, den Parteiorganisationen zur Pflicht zu machen (über die entsprechenden Organe der Sowjets), die parteilosen Arbeiter und Bauern, die auf der Seite der Sowjetmacht und des Sowjetaufbaus stehen, weitestgehend heranzuziehen.

Die Organisationsabteilung wird beauftragt, diese Frage parallel mit der Frage der Entwicklung neuer Kräfte der Partei auszuarbeiten und sie dem ZK nicht später als bis zum nächsten Plenum des Zentralkomitees zur Bestätigung vorzulegen.

"Protokolle der zehnten Allrussischen Konferenz der KPR(B)". 1933

An der Konferenz nahmen 125 Delegierte mit beschließender und 116 Delegierte mit beratender Stimme teil.

Tagesordnung: 1) Die nächsten Aufgaben der Partei im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau der Wirtschaft; 2) Die Industrie; 3) Die Landwirtschaft; 4) Das Genossenschaftswesen; 5) Die vorläufigen Ergebnisse der Parteireinigung; 6) Fragen der Kommunistischen Internationale.

Die Konferenz schloß sich den Thesen des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale über die Durchführung der Taktik der Arbeitereinheit an.

Die Konferenz erörterte die nächsten Aufgaben der Partei bei der Wiederherstellung der Wirtschaft des Landes und hauptsächlich der Schwerindustrie unter den Bedingungen der NÖP. Ausgehend von diesen Aufgaben, hob die Konferenz hervor, daß es notwendig ist, die Landwirtschaft zu heben und den Markt seitens des proletarischen Staates zu beherrschen; sie nahm einen Beschluß über die Herstellung eines festen Währungssystems, über den defizitlosen Staatshaushalt, über die wirtschaftliche Rechnungsführung in den Betrieben der staatlichen Industrie, über die Verpachtung eines Teils der staatlichen Betriebe, kleiner und mittlerer, an Privatunternehmer, Genossenschaften usw. an. Gleichzeitig hob die Konferenz hervor, daß es notwendig ist, die Kommandohöhen in den Händen des Staates (Schwerindustrie, Verkehrswesen, Kreditwesen, Außenhandelsmonopol u.a.) größtmöglich zu festigen.

Die Konferenz nahm eine Resolution "Zur Frage der Festigung der Partei unter Berücksichtigung der Erfahrungen bei der Überprüfung ihres personellen Bestandes" an.

Resolutionen und Beschlüsse der Konferenz

Über die Taktik der Komintern

Die Allrussische Konferenz der KPR stimmt den Thesen des EKKI zur Frage der Einheitsfront vollinhaltlich zu. Auf Grund der

Erfahrungen der gesamten vorrevolutionären Epoche in Rußland und insbesondere der Erfahrung des Kampfes der Bolschewiki gegen die Menschewiki ist die Konferenz davon überzeugt, daß die Taktik, die vom Exekutivkomitee der Komintern vorgeschlagen wird, den kommunistischen Parteien Europas und Amerikas helfen wird, die breitesten Arbeitermassen unter dem Banner des Kommunismus zu sammeln und auf der Grundlage der eigenen revolutionären Erfahrungen dieser Massen anschaulich den Verrat der versöhnlerischen und zentristischen Führer zu entlarven.

#### Thesen des Exekutivkomitees der Komintern

1. Die internationale Arbeiterbewegung macht in der Gegenwart eine eigenartige Übergangsetappe durch, die vor der Komintern im allgemeinen und auch ihren einzelnen Sektionen neue wichtige taktische Probleme aufwirft.

Diese Etappe ist im wesentlichen durch folgendes charakterisiert: Die Weltwirtschaftskrise verschärft sich. Die Arbeitslosigkeit wächst. Das internationale Kapital ist in fast allen Ländern zur systematischen Offensive gegen die Arbeiter übergegangen, was sich vor allem in dem zynisch offenen Bestreben der Kapitalisten äußert, den Arbeitslohn und den gesamten standard of life<sup>1)</sup> der Arbeiter zu senken. Der Bankrott des Versailler Friedens wird für die breitesten Schichten der Werktätigen immer offensichtlicher. Die Unvermeidlichkeit eines neuen imperialistischen Krieges oder sogar einiger solcher Kriege, wenn das internationale Proletariat nicht die bürgerliche Ordnung stürzt, tritt immer klarer zutage. Washington hat dies sehr deutlich gezeigt.

2. Die in Verbindung mit einer ganzen Reihe von Umständen eingetretene gewisse Wiederbelebung reformistischer Illusionen unter ziemlich breiten Arbeiterschichten beginnt unter den Schlägen der Wirklichkeit einer anderen Stimmung zu weichen. Die nach der Beendigung des imperialistischen Völkergemetzels erneut entstandenen "demokratischen" und reformistischen Illusionen der

1) standard of life - Lebensstandard, Lebenshaltung (Im russischen Text in englischer Sprache angeführt) (Anm.d.dtsch.Red.)

Arbeiter (einerseits der privilegiertesten Arbeiter, andererseits der zurückgebliebensten, politisch am wenigsten erfahrenen) verblühen, ohne zur Blüte gelangt zu sein. Der Verlauf und der Ausgang der weiteren "Arbeiten" der Washingtoner Konferenz werden diesen Illusionen einen noch größeren Schlag versetzen. Konnte man noch vor einem halben Jahr mit einer bestimmten Berechtigung von einer gewissen allgemeinen Rechtsschwenkung der Arbeitermassen in Europa und Amerika sprechen, so kann man jetzt zweifelsohne das Gegenteil feststellen, nämlich den Beginn einer Linksschwenkung.

3. Andererseits erwachte unter dem Einfluß des sich immer mehr verstärkenden Drucks des Kapitals unter den Arbeitern ein spontanes, buchstäblich unaufhaltsames Streben nach Einheit, das mit dem allmählichen Anwachsen des Vertrauens der breiten Arbeitermassen zu den Kommunisten parallel geht.

Immer breitere Kreise der Arbeiter beginnen erst jetzt, den Mut der kommunistischen Avantgarde zu schätzen, die sich für die Interessen der Arbeiterklasse sogar zu einer Zeit in den Kampf stürzte, als die gesamte gewaltige Masse der Arbeiter indifferent blieb oder sogar dem Kommunismus feindlich gesinnt war. Immer breitere Kreise der Arbeiter überzeugen sich jetzt davon, daß allein die Kommunisten ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen auch in den schwierigsten Situationen wahrnahmen und manchmal die größten Opfer brachten. Die Achtung und das Vertrauen zur unversöhnlichen kommunistischen Avantgarde der Arbeiterklasse beginnt deshalb jetzt wieder zu steigen, wo auch die rückständigsten Schichten der Arbeiter die Aussichtslosigkeit reformistischer Hoffnungen sehen und verstehen, daß es ohne Kampf keine Rettung vor der räuberischen Offensive der Kapitalisten gibt.

4. Die kommunistischen Parteien können und müssen jetzt die Früchte ihres Kampfes ernten, den sie früher in sehr ungünstiger Situation führten, da die Massen indifferent waren. Indem aber die Arbeitermassen von immer größerem Vertrauen zu den unversöhnlichsten, kämpferischen kommunistischen Elementen der Arbeiterklasse durchdrungen werden, hegen sie im ganzen einen noch nie dagewesenen Drang nach Einheit. Die zu aktivem Leben erwachenden neuen Schichten politisch wenig erfahrener Arbeiter träumen von einer Vereinigung aller Arbeiterparteien und sogar aller Arbeiter-



organisationen überhaupt, sie hoffen, dadurch ihre Widerstandskraft gegen den Angriff der Kapitalisten zu verstärken. Neue Arbeiterschichten, die früher zum Teil überhaupt nicht aktiv am politischen Kampf teilgenommen haben, gehen jetzt auf neue Art an die Überprüfung der praktischen Pläne des Reformismus an Hand ihrer eigenen Erfahrungen heran. Sowohl diese neuen Schichten als auch breite Kreise von Arbeitern, die den alten sozialdemokratischen Parteien angehören, wollen sich nicht mehr mit dem Feldzug der Sozialdemokraten und Zentristen gegen die kommunistische Avantgarde abfinden. Sie beginnen schon, Abkommen mit den Kommunisten zu fordern. Aber sie haben gleichzeitig ihren Glauben an die Reformisten noch nicht überwunden, und bedeutende Massen unterstützen noch die Parteien der II. und der Amsterdamer Internationale. Diese Arbeitermassen formulieren ihre Pläne und ihre Bestrebungen nicht genügend klar, doch im großen und ganzen läuft die neue Stimmung dieser Massen auf den Wunsch hinaus, die Einheitsfront herzustellen und zu versuchen, die Parteien und Gewerkschaften der II. und der Amsterdamer Internationale zu zwingen, gemeinsam mit den Kommunisten gegen den Ansturm des Kapitals zu kämpfen. Insofern ist diese Stimmung progressiv. Im wesentlichen ist der Glaube an den Reformismus zusammengebrochen. In dieser allgemeinen Lage, in der sich die Arbeiterbewegung jetzt befindet, wird jede ernsthafte Massenaktion, selbst wenn sie unter Teillosungen beginnt, unvermeidlich allgemeinere und grundsätzlichere Fragen der Revolution auf die Tagesordnung setzen. Die kommunistische Avantgarde kann nur siegen, wenn sich neue Arbeiterschichten an Hand ihrer eigenen Erfahrungen von dem illusorischen Charakter des Reformismus und der Verderbtheit des Faktierertums überzeugen.

5. In der ersten Periode des Entstehens eines bewußten und organisierten Protestes gegen den Verrat der Führer der II. Internationale hatten diese letzteren den gesamten Apparat der Arbeiterorganisationen in ihren Händen. Sie benutzten das Prinzip der Einheit und der proletarischen Disziplin dazu, um den revolutionären proletarischen Protest schonungslos zu unterdrücken und ungehindert die gesamte Macht der Organisation der Arbeiterklasse in den Dienst des nationalen Imperialismus zu stellen. Unter diesen Bedingungen mußte der revolutionäre Flügel sich um jeden Preis die Freiheit

der Agitation und Propaganda erringen, d.h. die Freiheit, die Arbeitermassen über jenen beispiellosen historischen Verrat aufzuklären, den die von den Arbeitermassen selbst geschaffenen Parteien und Gewerkschaften verübten und noch verüben.

6. Nachdem die kommunistischen Parteien aller Länder die volle Freiheit der ideologischen Einwirkung auf die Arbeitermassen organisatorisch gesichert haben, streben sie jetzt danach, in allen Fällen eine möglichst breite und vollständige Einheit des praktischen Handelns dieser Massen zu erreichen. Die Amsterdamer und die Helden der II. Internationale propagieren in Worten diese Einheit, verfahren aber in der Tat umgekehrt. Nachdem es den Reformisten und Faktierern von Amsterdam nicht gelungen war, die Stimme des Protestes, der Kritik und des revolutionären Appells organisatorisch zu unterdrücken, suchen sie jetzt den Ausweg aus der Sackgasse, in die sie sich selbst gebracht haben, darin, daß sie den Kampf der werktätigen Massen spalten, desorganisieren und organisiert sabotieren. Eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunisten ist jetzt, diese neuen Formen des alten Verrats durch die Tat zu entlarven.

7. Die tiefen inneren Prozesse, die im Zusammenhang mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse in Europa und Amerika vor sich gingen, zwingen jedoch in der letzten Zeit sowohl die Diplomaten als auch die Führer der II. Internationale, der Internationale 2 1/2 und der Amsterdamer Internationale, ihrerseits die Frage der Einheit in den Vordergrund zu stellen. Bedeutet aber für die zu neuem, bewußtem Leben erwachenden, wenig erfahrenen Schichten der Arbeiter die Losung der Einheitsfront wirklich das aufrichtige Bestreben, die Kräfte der unterjochten Klasse gegen den Ansturm der Kapitalisten zusammenzuschließen, so ist für die Führer und Diplomaten der II. Internationale, der Internationale 2 1/2 und der Amsterdamer Internationale die Aufstellung der Losung der Einheit ein neuer Versuch, die Arbeiter zu betrügen und sie wieder auf den alten Weg der "Zusammenarbeit" der Klassen zu führen. Die heraufziehende Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges (Washington), das Anwachsen der Rüstungen, die hinter den Kulissen abgeschlossenen neuen imperialistischen Geheimverträge, - all das veranlaßt die Führer der II. Internationale, der Internationale 2 1/2 und der Amsterdamer Internationale, nicht etwa Alarm zu

schlagen, um nicht in Worten, sondern in der Tat die internationale Vereinigung der Arbeiterklasse zu unterstützen; dies alles wird im Gegenteil unvermeidlich Reibungen und Spaltungen innerhalb der II. und der Amsterdamer Internationale hervorrufen, die im großen und ganzen von demselben Typ sind wie die Reibungen und Spaltungen im Lager der internationalen Bourgeoisie selbst. Diese Erscheinung ist deshalb unvermeidlich, weil die Solidarität der reformistischen "Sozialisten" mit der Bourgeoisie gerade "ihres" Landes der Grundpfeiler des Reformismus ist.

Das sind jene allgemeinen Bedingungen, unter denen die Kommunistische Internationale insgesamt und ihre einzelnen Sektionen ihr Verhältnis zur Losung der sozialistischen Einheitsfront formulieren müssen.

8. In Erwägung dieser Lage ist das Exekutivkomitee der Komintern der Meinung, daß die Losung des III. Weltkongresses der Komintern "Heran an die Massen" und die allgemeinen Interessen der kommunistischen Bewegung überhaupt von den kommunistischen Parteien und von der Komintern insgesamt erfordern, die Losung der Arbeitereinheitsfront zu unterstützen und die Initiative in dieser Frage zu ergreifen. Dabei muß selbstverständlich die Taktik der kommunistischen Parteien, abhängig von den Bedingungen und den Umständen in jedem einzelnen Lande, konkretisiert werden.

9. In Deutschland unterstützte die Kommunistische Partei auf ihrer letzten Reichskonferenz die Losung der Arbeitereinheitsfront und betrachtete es für möglich, auch eine solche "Regierung der Arbeitereinheitsfront" zu unterstützen, die geneigt sein würde, einigermaßen ernsthaft gegen die Macht der Kapitalisten zu kämpfen. Das Exekutivkomitee der Komintern hält diesen Beschluß für unbedingt richtig und ist überzeugt, daß es die deutsche Kommunistische Partei bei voller Wahrung ihrer selbständigen politischen Position verstehen wird, in immer breitere Schichten der Arbeiter einzudringen und den Einfluß des Kommunismus in den Massen zu verstärken. In Deutschland werden sich die breiten Massen mehr als in irgendeinem anderen Lande mit jedem Tag davon überzeugen, wie recht die kommunistische Avantgarde hatte, als sie in der schwersten Zeit nicht die Waffen aus der Hand legen wollte, und als sie

bäharrlich den illusorischen Charakter der reformistischen Rezepte nachwies, die für die Überwindung jener Krise vorgeschlagen wurden, welche nur auf dem Wege der proletarischen Revolution gelöst werden kann.

10. In Frankreich hat die Kommunistische Partei unter den politisch organisierten Arbeitern die Mehrheit. Das gibt der Frage der Einheitsfront in Frankreich einen etwas anderen Charakter, als in anderen Ländern. Doch auch hier ist es notwendig, daß die gesamte Verantwortung für die Spaltung des einheitlichen Lagers der Arbeiter auf unsere Gegner fällt. Wie die reformistische Konföderation der Arbeit<sup>1)</sup>, von Jouhaux, Merrheim und Co. geführt, die Interessen der französischen Arbeiterklasse auch auf Schritt und Tritt verraten mag, die französischen Kommunisten und die revolutionären Elemente der französischen Arbeiterklasse müssen trotzdem vor Beginn jedes Massenstreiks, jeder revolutionären Demonstration oder irgendeiner anderen unmittelbaren Aktion der Massen den Reformisten vorschlagen, diese Aktionen der Arbeiter zu unterstützen, und müssen die Reformisten systematisch entlarven, wenn sie es ablehnen, den revolutionären Kampf der Arbeiter zu unterstützen. Auf diesem Wege werden wir am leichtesten die Massen der parteilosen Arbeiter gewinnen. Freilich darf dies die Kommunistische Partei Frankreichs keinesfalls dazu bringen, ihre Selbständigkeit einzuschränken, z.B. während der Wahlkampagne in irgendwelchem Maße den "linken Block" zu unterstützen oder sich gegenüber jenen schwankenden "Kommunisten", die immer noch die Trennung von den Sozialpatrioten beweinen, duldsam zu verhalten.

11. In England lehnte es die reformistische Labour-Party ab, die Kommunistische Partei wie andere Arbeiterorganisationen aufzunehmen. Unter dem Einfluß der oben angeführten Stimmungen unter den Arbeitern faßten die Londoner Arbeiterorganisationen kürzlich einen Beschluß, die Kommunistische Partei in die Labour-Party aufzunehmen. Freilich bildet England in dieser Beziehung eine Ausnahme, da durch die besonderen Bedingungen die Labour-Party in England das Ebenbild der allgemeinen Arbeitervereinigung des ganzen Landes ist. Aufgabe der englischen Kommunisten ist, eine energische

1) Confédération du travail. D.deutsch.Red.

Kampagne für ihre Aufnahme in die Labour-Party zu führen. Die jüngste Verräterei der Gewerkschaftsführer während des Bergarbeiterstreiks usw., der systematische Druck der Kapitalisten auf den Lohn der Arbeiter usw. - all dies rief unter den revolutionär gestimmten Massen des englischen Proletariats eine tiefe Gärung hervor. Die englischen Kommunisten müssen alle Anstrengungen machen, um, koste es, was es wolle, in die Arbeitermassen unter der Losung der revolutionären Einheitsfront gegen die Kapitalisten einzudringen.

12. In Italien beginnt die junge Kommunistische Partei, die gegenüber der reformistischen Sozialistischen Partei Italiens und der sozialverräterischen Konföderation der Arbeit<sup>1)</sup>, welche kürzlich ihrem offenen Verrat an der Sache der proletarischen Revolution die Krone aufgesetzt haben, überaus unversöhnlich eingestellt ist, trotzdem ihre Agitation unter der Losung der einheitlichen proletarischen Kampffront gegen die Offensive der Kapitalisten zu führen. Das Exekutivkomitee der Komintern hält diese Agitation der italienischen Kommunisten für völlig richtig und besteht nur darauf, daß sie in der gleichen Richtung verstärkt wird. Das Exekutivkomitee der Komintern ist überzeugt, daß bei genügendem Weitblick die italienische Kommunistische Partei der gesamten Internationale ein Beispiel des streitbaren Marxismus zu bieten vermag, welcher schonungslos auf Schritt und Tritt die Unentschlossenheit und den Verrat der in die Toga von Kommunisten gekleideten Reformisten und der Zentristen entlarvt, und daß sie gleichzeitig eine beharrliche, sich immer mehr verstärkende und in immer breitere Schichten der Massen eindringende Kampagne für die Einheit der Arbeiterfront gegen die Bourgeoisie führen wird.

13. In der Tschechoslowakei, wo die Kommunistische Partei die Mehrheit der politisch organisierten Arbeiter hinter sich hat, sind die Aufgaben der Kommunisten in gewisser Beziehung mit den Aufgaben der Kommunisten Frankreichs analog. Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei muß ihre Selbständigkeit festigen und die letzten organisatorischen Verbindungen mit den Zentristen abbrechen, muß es aber gleichzeitig verstehen, in ihrem Lande die Losung der

1) Confederazione dell' lavoro - die dtsh. Redaktion

Arbeitereinheitsfront gegen die Bourgeoisie zu popularisieren und damit die Führer der Sozialdemokratie und der Zentristen, die in Wirklichkeit Agenten des Kapitals sind, in den Augen auch der rückständigsten Arbeiter endgültig entlarven. Gleichzeitig müssen die Kommunisten der Tschechoslowakei ihre Arbeit zur Eroberung der Gewerkschaften, die immer noch in bedeutendem Maße in den Händen der gelben Führer sind, verstärken.

14. In Schweden ist nach den letzten Parlamentswahlen eine solche Lage entstanden, bei der die kleine kommunistische Fraktion eine große Rolle spielen kann. Einer der angesehensten Führer der II. Internationale, der gleichzeitig Ministerpräsident der schwedischen Bourgeoisie ist, nämlich Herr Branting, befindet sich gegenwärtig in einer solchen Lage, in welcher für ihn zur Bildung einer Parlamentsmehrheit das Verhalten der kommunistischen Fraktion des schwedischen Parlaments nicht gleichgültig ist. Das Exekutivkomitee der Komintern ist der Meinung, daß die kommunistische Fraktion des schwedischen Parlaments unter gewissen Bedingungen es nicht ablehnen kann, das menschwistische Ministerium Branting zu unterstützen, wie dies auch die deutschen Kommunisten in einigen Landesregierungen Deutschlands richtig taten (Thüringer). Das bedeutet jedoch nicht, daß die Kommunisten Schwedens in irgendwelchem Maße ihre Selbständigkeit einschränken oder die Entlarfung des Charakters der menschwistischen Regierung ablehnen müssen. Im Gegenteil, je mehr Macht die Menschewiki besitzen, desto mehr verraten sie die Arbeiterklasse, und desto mehr Anstrengungen müssen die Kommunisten darauf verwenden, diese Menschewiki in den Augen der breitesten Arbeiterschichten zu entlarven.

15. In Amerika beginnt die Vereinigung aller Linken Elemente der politischen und Gewerkschaftsbewegung, die den Kommunisten die Möglichkeit geben wird, wenn sie in dieser linken Vereinigung den zentralen Platz einnehmen, in die breiten Massen des amerikanischen Proletariats einzudringen. Die amerikanischen Kommunisten müssen überall, wo es auch nur einige Kommunisten gibt, ihre kommunistischen Vereinigungen bilden, es gleichzeitig verstehen, sich an die Spitze dieser Bewegung für die Vereinigung aller revolutionären Elemente zu stellen, und sie müssen mit besonderem Nachdruck die Losung der Arbeitereinheitsfront, z.B. zum Schutz der Arbeits-

losen usw. verfechten. Die Hauptanklage gegen die Gompers-Gewerkschaften muß werden, daß sie nicht an der Schaffung der Arbeiter-einheitsfront gegen die Kapitalisten zum Schutze der Arbeitslosen usw. teilnehmen wollen.

16. In der Schweiz vermochte unsere Partei einige Erfolge in der oben angeführten Richtung zu erzielen. Durch die Agitation der Kommunisten für die revolutionäre Einheitsfront gelang es, die Gewerkschaftsbürokratie zu zwingen, einen außerordentlichen Gewerkschaftskongreß einzuberufen, der in Kürze stattfinden soll und auf der unsere Freunde es verstehen werden, vor allen Schweizer Arbeitern die Verlogenheit des Reformismus aufzudecken und die Sache des revolutionären Zusammenschlusses des Proletariats voranzutreiben.

17. In einer Reihe anderer Länder ist es, abhängig von einer ganzen Reihe anderer lokaler Bedingungen, um die Frage anders gestellt. Das Exekutivkomitee der Komintern legt nur die allgemeine Linie fest und ist überzeugt, daß die einzelnen kommunistischen Parteien sie entsprechend der Situation, die in dem betreffenden Lande entstanden ist, anzuwenden vermögen.

18. Für die Hauptbedingung, die für die kommunistischen Parteien aller Länder gemeinsam und unbedingt ultimatativ ist, betrachtet das Exekutivkomitee der Komintern die absolute Selbständigkeit und die völlige Unabhängigkeit jeder kommunistischen Partei, die dieses oder jenes Abkommen mit den Parteien der II. und der Internationale 2 1/2 eingeht, in der Darlegung ihrer Ansichten und der Kritik an den Gegnern der Kommunisten. Die Kommunisten fügen sich der Disziplin der Aktion; sie müssen sich dabei unbedingt das Recht und die Möglichkeit bewahren, nicht nur vor oder nach der Aktion, sondern, wenn es notwendig ist, auch während der Aktion ihre Meinung über die Politik ausnahmslos aller Arbeiterorganisationen äußern zu können. Ein Aufgeben dieser Bedingung ist unter keinen Umständen zulässig. Die Kommunisten müssen die Losung der maximalen Einheit aller Arbeiterorganisationen in jeder praktischen Aktion gegen die kapitalistische Front unterstützen und können gleichzeitig in keinem Falle von der Darlegung ihrer Ansichten, die allein der konsequente Ausdruck der Verteidigung der Interessen

der Arbeiterklasse insgesamt sind, Abstand nehmen.

19. Das Exekutivkomitee der Komintern betrachtet es für nützlich, allen Bruderparteien die Erfahrungen der russischen Bolschewiki in Erinnerung zu bringen, - jener bislang einzigen Partei, der es gelang, den Sieg über die Bourgeoisie zu erringen und die Macht in ihre Hände zu nehmen. Im Verlaufe der anderthalb Jahrzehnte, die seit dem Entstehen des Bolschewismus bis zu seinem Siege über die Bourgeoisie verflossen (1903-1917), hörte der Bolschewismus nicht auf, einen beharrlichen Kampf gegen den Reformismus oder, was dasselbe ist, gegen den Menschewismus zu führen. Gleichzeitig aber haben die russischen Bolschewiki im Laufe dieser anderthalb Jahrzehnte auch mehrfach Übereinkommen mit den Menschewiki getroffen. Die formelle Trennung von den Menschewiki wurde im Frühjahr 1905 vollzogen. Doch unter dem Einfluß der stürmisch ansteigenden Arbeiterbewegung bildeten die Bolschewiki schon gegen Ende des Jahres 1905 zeitweilig eine gemeinsame Front mit den Menschewiki. Das zweite Mal wurde die formelle Trennung von den Menschewiki endgültig im Januar 1912 vollzogen. Doch in den Jahren 1905 bis 1912 wurde die Spaltung durch Vereinigungen und halbe Vereinigungen im Jahre 1906/1907 sowie auch im Jahre 1910 abgelöst. Diese Vereinigungen und halben Vereinigungen wurden vollzogen nicht nur wegen der Wendungen im Fraktionskampf, sondern auch unter dem direkten Druck breiter Arbeiterschichten, die sich zum aktiven politischen Leben erhoben hatten und im Grunde forderten, daß man ihnen die Möglichkeit gibt, selbst an Hand der eigenen Erfahrungen zu prüfen, ob wirklich die Wege des Menschewismus prinzipiell mit den Wegen der Revolution auseinandergehen. Vor dem Wiederaufleben der revolutionären Bewegung nach den Streiks an der Lena, kurz vor Beginn des imperialistischen Krieges, war unter den Arbeitermassen Rußlands ein besonders starkes Streben nach Einheit zu beobachten, das die Führer und Diplomaten des russischen Menschewismus damals für ihre Zwecke auszunutzen suchten, ähnlich wie es heute die Führer der II. Internationale, der Internationale 2 1/2 und der Amsterdamer Internationale machen wollen. Die russischen Bolschewiki antworteten damals auf das Streben der Arbeiter nach Einheit nicht mit Verzicht auf eine Einheitsfront. Im Gegenteil, als Gegengewicht zu dem diplomatischen Spiel der Führer der Menschewiki

wiki stellten die russischen Bolschewiki die Lösung der "Einheit von unten" auf, d.h. der Einheit der Arbeitermassen selbst im praktischen Kampf für die revolutionären Forderungen der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Die Praxis zeigte, daß dies die einzig richtige Antwort war. Und im Ergebnis dieser Praxis, die sich abhängig von Zeit und Ort änderte, wurde ein gewaltiger Teil der besten menschewistischen Arbeiter allmählich für den Kommunismus gewonnen.

20. Die Komintern stellt die Lösung der Arbeitereinheit auf und betrachtet Abkommen einzelner Sektionen der Komintern mit den Parteien und Gewerkschaften der II. Internationale und der Internationale 2 1/2 für zulässig. Dabei kann sie selbstverständlich ähnliche Abkommen auch im internationalen Maßstab nicht ablehnen. Das Exekutivkomitee der Komintern machte der Amsterdamer Internationale im Zusammenhang mit der Hilfe für die Hungernden in Rußland einen Vorschlag. Es wiederholte diesen Vorschlag in Zusammenhang mit den Verfolgungen und dem weißen Terror gegen die Arbeiter Spaniens und Jugoslawiens. Das Exekutivkomitee der Komintern macht jetzt der Amsterdamer und der II. Internationale sowie der Internationale 2 1/2 im Zusammenhang mit der ersten Tätigkeitsperiode der Washingtoner Konferenz, die den Beweis erbrachte, daß der internationalen Arbeiterklasse ein neues imperialistisches Gemetzel droht, erneut einen Vorschlag. Die Führer der II. Internationale, der Internationale 2 1/2 und der Amsterdamer Internationale haben bis heute durch ihr Verhalten bewiesen, daß, wenn es sich um praktische Aktionen handelt, sie sich in der Tat von ihrer Losung der Einheit lossagen. In allen diesen Fällen wird es Aufgabe der Komintern insgesamt und jeder ihrer Sektionen im besonderen sein, die breitesten Kreise der Arbeiter aufzuklären über die Heuchelei der Führer der II. Internationale, der Internationale 2 1/2 und der Amsterdamer Internationale, die die Einheit mit der Bourgeoisie der Einheit mit den revolutionären Arbeitern vorziehen und die, indem sie z.B. im Internationalen Arbeitsamt beim Völkerbund verbleiben, sich als ein Bestandteil der imperialistischen Washingtoner Konferenz erweisen, statt den Kampf gegen die imperialistische Washingtoner Konferenz usw. zu organisieren. Doch die Ablehnung dieses oder jenes praktischen Vorschlags der Komintern

durch die Führer der II. Internationale, der Internationale 2 1/2 und der Amsterdamer Internationale wird uns nicht dazu bringen, von der festgelegten Taktik abzugehen, die in den Massen tiefe Wurzeln geschlagen hat und die wir systematisch und beharrlich weiterzuentwickeln verstehen müssen. In den Fällen, in denen ein Vorschlag über gemeinsamen Kampf von unseren Gegnern abgelehnt wird, ist es notwendig, daß die Massen davon erfahren und somit lernen, wer wirklich die Arbeitereinheit zerstört. In den Fällen, in denen ein Vorschlag von unseren Gegnern angenommen wird, muß man danach streben, den Kampf allmählich zu vertiefen und ihn auf eine höhere Stufe zu heben. In beiden Fällen ist es notwendig, die Aufmerksamkeit der breiten Arbeitermassen auf die Verhandlungen der Kommunisten mit den anderen Organisationen zu lenken, sie unbedingt für alle Wendungen des Kampfes um die revolutionäre Arbeitereinheit zu interessieren.

21. Indem das Exekutivkomitee der Komintern den dargelegten Plan entwickelt, weist es alle Bruderparteien auf die Gefahren hin, die unter bestimmten Bedingungen mit ihm verbunden sein können. Nicht alle kommunistischen Parteien sind genügend gefestigt und erstarkt, nicht alle haben völlig mit der zentristischen und halbzentristischen Ideologie gebrochen. Fälle, in denen der Zeiger nach der anderen Seite ausschlägt, sind möglich, möglich sind auch Tendenzen, die in der Praxis die Auflösung der kommunistischen Parteien und Gruppen in einen formlosen Einheitsblock bedeuten würden. Um die dargelegte Taktik mit Erfolg für die Sache des Kommunismus durchzuführen, müssen die kommunistischen Parteien, die diese Taktik verfechten, stark und geschlossen sein, und ihre Führung muß sich durch ideologische Klarheiten auszeichnen.

22. In jenen Gruppierungen innerhalb der Kommunistischen Internationale selbst, die mehr oder minder begründet als rechte oder sogar halbzentristische Gruppierungen eingeschätzt werden, gibt es zweifellos Tendenzen zweierlei Art: die einen Elemente haben nicht wirklich mit der Ideologie und den Methoden der II. Internationale gebrochen, sie haben sich nicht von der Pietät gegenüber ihrer vergangenen organisatorischen Stärke frei gemacht und suchen halb bewußt oder unbewußt Wege ideologischer Verstän-

digung mit der II. Internationale und folglich auch mit der bürgerlichen Gesellschaft. Die anderen Elemente, die gegen den formalen Radikalismus, gegen die Fehler des scheinbaren linken Radikalismus u. a. kämpfen, suchen der Taktik der jungen kommunistischen Parteien eine größere Geschmeidigkeit und Manövrierfähigkeit zu geben, um ihnen die Möglichkeit schnelleren Eindringens in die Tiefe der Arbeitermassen zu sichern. Der rasche Verlauf der Entwicklung der kommunistischen Parteien drängte mitunter äußerlich diese beiden Tendenzen in ein und dasselbe Lager, gleichsam in ein und dieselbe Gruppierung. Die Anwendung der oben angeführten Methoden, deren Aufgabe es ist, der kommunistischen Agitation in den vereinten Massenaktionen des Proletariats eine Stütze zu geben, wird am besten wirklich reformistische Tendenzen innerhalb der kommunistischen Parteien aufdecken, und bei richtiger Anwendung der Taktik werden sie außerordentlich zur inneren revolutionären Festigung der kommunistischen Parteien sowohl durch die Umerziehung der unduldsamen oder sektiererisch eingestellten linken Elemente an Hand der eigenen Erfahrung als auch durch die Reinigung der Partei vom reformistischen Ballast beitragen.

23. Unter der Arbeitereinheitsfront ist die Einheit aller Arbeiter zu verstehen, die gegen den Kapitalismus kämpfen wollen, folglich auch der Arbeiter, die noch den Anarchisten, Syndikalisten usw. folgen. In den romanischen Ländern ist die Zahl dieser Arbeiter noch bedeutend. In anderen Ländern können solche Arbeiter auch im revolutionären Kampf helfen. Die Komintern verfolgte vom ersten Tage ihres Bestehens an einen freundschaftlichen Kurs hinsichtlich dieser Arbeiterelemente, die allmählich ihre Vorurteile überwinden und zum Kommunismus gelangen werden. Ein desto aufmerksameres Verhältnis müssen die Kommunisten jetzt zu ihnen haben, da die Arbeitereinheitsfront gegen die Kapitalisten Wirklichkeit wird.

24. Um die festgelegte Arbeit in der angeführten Richtung endgültig zu bestimmen, beschließt das Exekutivkomitee der Komintern, in nächster Zeit eine erweiterte Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern einzuberufen, an der alle Parteien mit der doppelten Anzahl von Delegierten vertreten sind.

25. Das Exekutivkomitee der Komintern wird aufmerksam jeden praktischen Schritt auf dem genannten Gebiet verfolgen und bittet

alle Parteien, über jeden Versuch und über jeden Erfolg in der dargelegten Richtung unter Anführung aller Fakteneinheiten dem Exekutivkomitee der Komintern Bericht zu erstatten.

Die nächsten Aufgaben der Partei im Zusammenhang mit dem

Wiederaufbau der Wirtschaft

## I

1. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Sowjetmacht zur rechten Zeit zur Neuen Ökonomischen Politik überging und daß die Richtigkeit dieser Politik völlig durch die merkliche Belebung der wirtschaftlichen Zirkulation bestätigt wurde. Sie billigt vollkommen die Neue Ökonomische Politik, insbesondere die Verfügung des Rates der Volkskommissare vom 9. August dieses Jahres.

2. Um diese Politik weiterführen zu können, muß die KPR, die die Pflicht hat, den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Sowjetrepublik zu leiten, sorgfältig die wirtschaftliche Lage berücksichtigen, deren Merkmale sind: 1) die Bildung eines inneren Marktes als Ergebnis des Abgehens von der Ablieferungspflicht und 2) die Entwicklung des Geldumlaufs. Das eine wie das andere ist das unmittelbare Ergebnis dessen, daß der kleinbürgerliche Wirtschaftstyp im Lande vorherrscht. Unter diesen Bedingungen wäre es ein grober Fehler, wenn die Sowjetmacht auf dem Gebiet der Volkswirtschaft jene Methoden anwenden würde, die sie in der vorangegangenen Periode anwandte und die durch die besonderen Bedingungen der Epoche des erbitterten Bürgerkrieges im Lande hervorgerufen waren. Hauptaufgabe der KPR auf dem Gebiet der Wirtschaft ist im gegenwärtigen Augenblick die Leitung der wirtschaftlichen Arbeit der Sowjetmacht in dieser Richtung, um - ausgehend vom Vorhandensein eines Marktes und unter Berücksichtigung seiner Gesetze - ihn zu beherrschen und vermittels systematischer, eingehend durchdachter und auf genauer Berücksichtigung des Marktprozesses begründeter wirtschaftlicher Maßnahmen die Regulierung des Marktes und der Geldzirkulation in ihre Hände zu nehmen.

3. Die Gesundung des Marktes, ohne die auch der schnelle Wiederaufbau der Schwerindustrie unmöglich ist, erfordert eine

Reihe von Finanzmaßnahmen, die eine stabile Währung schaffen sollen. Die Wiedereingangbringung der Geldzirkulation auf Metall- (Gold-)basis, zu der der erste Schritt die konsequente Realisierung des Planes zur Einschränkung der Herausgabe (Emission) von Papiergeld ist, muß zum Leitprinzip der Sowjetmacht auf dem Gebiet der Finanzen werden. Die Erleichterung und die Entwicklung des Austauschs zwischen Stadt und Land, die Entwicklung der Kreditgeschäfte und die systematische Durchführung der Steuerpolitik und des Prinzips der Barzahlung der wirtschaftlichen Dienstleistungen des Staates stellen auf diesem Wege einen notwendigen Schritt dar.

Da die Entwicklung des Marktes unvermeidlich die für die Erleichterung und Entwicklung des Warenumsatzes notwendigen Institutionen schafft (Kreditinstitutionen, Börsen, Handelsgesellschaften, Gesellschaften für den Export und Import, genossenschaftliche Vereinigungen aller Art usw.) muß sich der Arbeiter- und Bauernstaat in diesen Institutionen einen Einfluß sichern, der den von ihm vertretenen Interessen der werktätigen Massen entspricht. Dieser Einfluß muß sich auf die wirtschaftliche Stärke der in den Händen der Sowjetmacht konzentrierten Produktionsmittel stützen und in der Teilnahme des Staates an den angeführten Institutionen auf anteilmäßiger Grundlage zum Ausdruck kommen (Teilnahme der Staatsbank an der Schaffung von Kreditinstitutionen verschiedener Art, Teilnahme des Außenhandelskontors an "gemischten" Export-Importgesellschaften, Teilnahme der staatlichen Wirtschaftsorgane an den konzessionierten und verpachteten Betrieben, Staatsaufträge an die Genossenschaften usw.).

4. Zum gleichen Zweck müssen die Ausgaben der Sowjetrepublik und aller ihrer zentralen und örtlichen Institutionen auf ein Minimum gesenkt und mit ihren Ressourcen in Einklang gebracht werden. Der vom Allrussischen Zentralexekutivkomitee bestätigte Staatshaushaltsplan muß strengstens eingehalten werden, wobei aber den entsprechenden staatlichen Organen größere Freiheit in der Verfügung über die ihnen gemäß dem Haushaltsplan angewiesenen geldlichen und materiellen Mittel einzuräumen ist. Die durch die Kürzung der staatlichen Ausgaben unvermeidlichen Opfer auf dem Gebiet der Befriedigung dieser oder jener Bedürfnisse müssen ohne

Zögern hingenommen werden, denn ohne entschlossene Kürzung des Staatshaushalts ist die Wiederherstellung der Volkswirtschaft Sowjetrußlands unmöglich. Eine der Quellen zur Festigung des Staatshaushalts müssen die staatlichen Handelsmonopole für einige Industrieprodukte sein.

5. Der Übergang von der Ablieferungspflicht zur Naturalsteuer erneuerte und festigte das Bündnis des Proletariats und der Bauernschaft. Die Festigung dieses Bündnisses - der Grundlage der Sowjetmacht - erfordert weitere Belebung, Erleichterung und Stabilisierung des Austauschs zwischen Industrie und Landwirtschaft. Dies verlangt auch dringend den notwendigen Übergang der bäuerlichen Wirtschaft vom Verbrauchertyp zum Produktionstyp. Dazu muß die Sowjetmacht vor allem die Erfahrungen bei der Erhebung der Naturalsteuer und auch die Möglichkeit, die der Bauernschaft obliegenden staatlichen Verpflichtungen zu vereinfachen, zusammenzufassen, zu erleichtern, sie gerecht zu verteilen usw. eingehend studieren.

6. In Erwägung dessen, daß die Landwirtschaft weiterhin eine schwere Krise durchmacht und daß ihr die Gefahr einer neuen Missernte droht, betrachtet die Konferenz die verstärkte Arbeit der Partei und der Staatsmacht zur Hebung der Landwirtschaft als Aufgabe von gewaltiger Bedeutung, die nicht weniger wichtig ist als die Arbeit auf dem Gebiet des industriellen Aufbaus. Die Arbeit der Partei auf dem Gebiet der Landwirtschaft muß zur Grundlage haben:

- a) die unerschütterliche Aufrechterhaltung der Nationalisierung des Bodens;
- b) die Stabilisierung der bäuerlichen Bodennutzung;
- c) der bäuerlichen Bevölkerung muß die freie Wahl der Formen der Bodennutzung überlassen bleiben;
- d) Schaffung aller Bedingungen, die für die normale Existenz und Entwicklung der bäuerlichen Wirtschaft notwendig sind;
- e) Unterstützung der wirtschaftlich schwachen Bauernwirtschaften (vor allem der demobilisierten Rotarmisten) mit allen beim gegenwärtigen Zustand der staatlichen Mittel möglichen Maßnahmen durch die Gewährung von Vorzugsbedingungen bei der Aufnahme von Krediten durch Überlassung von landwirtschaftlichem Inventar usw. und durch Erleichterung der Steuerlasten.

Die unvermögenden und halbproletarischen Elemente sind sowohl im Interesse der organisierten gegenseitigen wirtschaftlichen Hilfe als auch für den Zusammenschluß gegen eine mögliche Überhandnahme der kulakischen Elemente in die landwirtschaftlichen Genossenschaften einzubeziehen.

7. Zur Verringerung der Abhängigkeit der Versorgung der Arbeiter von den Marktbedingungen hält die Partei für notwendig, der Entwicklung und Festigung der proletarischen Landwirtschaft, insbesondere in den großen Industriezentren, größte Aufmerksamkeit zu widmen.

8. Die Konferenz hält die energische Mitarbeit der gesamten Parteiorganisationen von oben bis unten an der landwirtschaftlichen Kampagne des Jahres 1922 für notwendig, welche der Bauernschaft helfen soll, die bei ihr vorhandenen und vom Staat zur Verfügung gestellten materiellen Ressourcen richtig auszunutzen und den größten Nutzen zu geben im Kampf für die rasche und umfassende Einführung der einfachsten Verbesserungen und der dürrebeständigen Kulturen, die die Widerstandsfähigkeit der Bauernwirtschaften gegen die Dürre zu stärken und einen neuen Anstoß zur Verstärkung der fortschrittlichen wirtschaftlichen Strömungen in der Bauernschaft zu geben vermögen.

9. Zur Steigerung der Gesamtmenge an Produkten im Lande und zur Belebung des Warenumsatzes muß die Sowjetmacht:

1) alle Arten der Genossenschaften (insbesondere die landwirtschaftlichen-, Gewerbe- und Kreditgenossenschaften) allseitig unterstützen, ihnen umfassende Möglichkeiten zur Durchführung von Erfassungen, zur allseitigen Entwicklung der örtlichen Industrie und zur Hebung des Wirtschaftslebens überhaupt einräumen; 2) den kleinen und mittleren (privaten und genossenschaftlichen) Betrieben die Bedingungen für eine richtige Entwicklung der Produktion und eine freie Verfügung über ihre Produkte sichern.

10. Die Interessen des Wiederaufbaus der Volkswirtschaft Sowjetrußlands erfordern, daß der Zustrom von Auslandskapital in die verschiedenen Gebiete der Wirtschaft sowohl in Form von Konzessionen als auch in Form von Anleihen erleichtert wird. Die Konferenz billigt voll und ganz die Schritte, die die Sowjetregie-

rung schon zur Wiederherstellung der Handels-, Industrie- und Kreditbeziehungen mit dem Ausland unternommen hat. Gleichzeitig erkennt die Konferenz an, daß die weitere Entwicklung der Handelsbeziehungen mit dem Ausland direktere und unmittelbarere Verbindungen der Industrie mit dem Auslandsmarkt erfordert. Die Konferenz ist der Meinung, daß der Schutz des Volkseigentums und die Interessen der vorteilhaftesten Realisierung jener Produkte auf den Auslandsmärkten, die zur Ausfuhr freigegeben sind, die Aufrechterhaltung des Staatsmonopols im Außenhandel erfordern und vertritt die Ansicht, daß den genossenschaftlichen Vereinigungen aller Art im gesamtrossischen und im Gebietsmaßstab, den staatlichen Trusten und anderen großen wirtschaftlichen Vereinigungen (Gebiets- und Gouvernements-Wirtschaftsräte) die unmittelbare Durchführung von Ex- und Importoperationen (auf der Grundlage besonderer Vereinbarungen mit dem Volkskommissariat für Außenhandel über die Zulassung oder Einschränkung der Aus- und Einfuhr bestimmter Arten von Waren und unter seiner Kontrolle) gestattet werden muß. Zu dem gleichen Zweck ist - unter obligatorischer Mitwirkung des Volkskommissariats für Außenhandel - die Bildung von gemischten Gesellschaften für die Beschaffung von Exportwaren innerhalb des Landes, für ihren Absatz im Ausland und für die Einfuhr von für Sowjetrußland notwendigen Waren bei Festlegung der Ein- und Ausfuhrzölle zu gestatten.

11. Hauptaufgabe bei der Durchführung aller dieser Maßnahmen muß die allseitige Festigung der Schwerindustrie sein, die in unmittelbarer Verwaltung des Staates und seiner Organe bleibt. Die Entwicklung der staatlichen Schwerindustrie als der Grundlage der proletarischen Diktatur erfordert die Konzentrierung des maximalen Teils der allgemeinen staatlichen Reserven - der Rohstoff-, Lebensmittel-, Brennstoff- und Finanzreserven - einerseits, und eine solche planmäßige Verteilung dieser Reserven andererseits, so daß für die Betriebe, die für die staatliche Versorgung arbeiten, die kontinuierliche Produktionsarbeit gesichert ist. Diese Betriebe müssen mit Lebensmittel- und Geldfonds ausgestattet sein, welche eine erhöhte Arbeitsproduktivität der in ihnen beschäftigten Arbeiter garantieren. Dieser Aufgabe wegen ist es notwendig, die Sowjetinstitutionen weiterhin entschlossen zu verringern, und die



Betriebe, deren Existenz nicht durch vorhandene Staatsreserven gesichert werden kann, aus der staatlichen Versorgung herauszunehmen.

12. Die Leitung der staatlichen Schwerindustrie auf den oben angeführten Grundlagen verlangt die strengste Befolgung des staatlichen Industrieplanes, der auf der genauen Berücksichtigung der Reserven der Produktion und des Haushalts jedes staatlichen Betriebes im einzelnen und aller zusammen aufgebaut ist. Der Leitung der gesamten staatlichen Industrie muß die wirtschaftliche Rechnungsführung zugrunde liegen. Ein ebensolcher streng ausgearbeiteter Plan muß der Verteilung der Produkte, die in die staatlichen Fonds gelangen, zugrunde gelegt werden.

13. Da der Wiederaufbau der Schwerindustrie und die Sicherung ihrer kontinuierlichen Produktion unter den jetzigen Bedingungen nicht anders möglich ist als durch ihre unmittelbare Verbindung mit dem inneren Markt, wo sie die ihr vom Staat zur Verfügung gestellten Ressourcen ergänzen muß, ist diesen Betrieben und ihren Vereinigungen das Recht zu gewähren, einen Teil ihrer Produktion entsprechend den bestätigten Operationsplänen und bei Ausfall der für sie notwendigen staatlichen Mittel auf dem Markt zu realisieren. Jedem Betrieb (oder ihren Vereinigungen) wird ein Fonds an Zirkulationsmitteln sowohl aus den Ressourcen der zentralen Organe als auch aus den Ressourcen des Betriebes selbst zur Verfügung gestellt.

14. Die Vereinigung einer Reihe von staatlichen Betrieben eines Typs oder sich wechselseitig unterstützende Betriebe im Rahmen eines Gouvernements, Gebietes oder im gesamtstaatlichen Rahmen in einer Verwaltung ist als wirtschaftlich und technisch zweckmäßig zu betrachten. Gleichzeitig muß man aber dagegen kämpfen, daß unter diesem Deckmantel das System der "Hauptabteilungen"<sup>1)</sup> wieder entsteht. Die Betriebe, die auf Grund des Beschlusses des VIII. Sowjetkongresses in die Verwaltung der örtlichen

1) russ. "glawkizm" = "Glawkismus": Tendenz zur bürokratischen Konzentrierung bestimmter ökonomischer und Verwaltungsfunktionen in einer Hand (Hauptverwaltung) im zentralen Maßstab, was zur Verletzung des Prinzips des demokratischen Zentralismus führt (Anm. d. dtsh. Redaktion)

Sowjets übergegangen sind, bleiben zusammen mit ihren Vereinigungen im Kompetenzbereich der Gouvernemente-Exekutivkomitees und können nur nach Übereinkunft, oder falls solche nicht besteht, auf Beschluß des Präsidiums des Allrussischen Zentralexekutivkomitees herausgenommen und in Vereinigungen im gesamt-russischen oder Gebietsmaßstab überführt werden. Die planmäßige Versorgung dieser Betriebe erfolgt über die Gouvernemente-Exekutivkomitees.

15. Der Tarifpolitik und der Politik der Versorgung der Arbeiter muß das unmittelbare Interesse des Arbeiters an der Produktion und an der Steigerung der Arbeitsproduktivität zugrunde gelegt werden, wobei aufmerksam darauf zu achten ist, daß die Berechnung des Naturalteils des Arbeitslohns wirklich den bestehenden Geldpreisen für die Produkte entspricht. Die Versorgung der Arbeiter wird durch alle Organe über die Werksverwaltung durchgeführt, und zwar auf der Grundlage der Normen, die von den Gewerkschaften festgelegt werden.

16. Die Konferenz betont besonders, daß die Arbeit am Wiederaufbau der Industrie nur bei unmittelbarer und aktiver Mitarbeit der Gewerkschaften geleistet werden kann. Die Konferenz bestätigt erneut den Beschluß des Rates der Volkskommissare: "Bei dem neuen Kurs der ökonomischen Politik und bei der Organisierung der staatlichen Industrie ist die entschlossenere Heranziehung der Gewerkschaften, und durch sie der Arbeiter selbst, zur Lösung der Fragen der Organisierung und der Verwaltung der Produktion, der Arbeitsorganisation usw. notwendig. Die Arbeit der Gewerkschaften muß ganz und gar mit dem neuen Kurs der ökonomischen Politik zum Wiederaufbau und zur Festigung der Schwerindustrie, sowohl hinsichtlich ihrer breiten erzieherischen Massenarbeit als auch hinsichtlich der Teilnahme der Gewerkschaften an der Organisierung der Produktion und der Arbeit auf der Grundlage des Prinzips der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und der wirtschaftlichen Rechnungsführung übereinstimmen."

Die Konferenz ist der Meinung, daß die Gewerkschaften auch auf allen anderen Gebieten der Neuen Ökonomischen Politik unmittelbar mitarbeiten müssen. Die Schaffung von Vereinigungen, die Bestimmung ihrer Produktionsaufgaben, die Fragen der Steuer- und Finanzpolitik, die Festlegung der Betriebe, die in Pacht gegeben werden,

und die Bedingungen der Pachtverträge müssen gemeinsam mit den Gewerkschaften erörtert werden. Insbesondere muß eine der Hauptaufgaben der Gewerkschaften in der Neuen Ökonomischen Politik werden, organisatorisch begabte Arbeiter auf die Posten verantwortlicher Leiter der staatlichen Betriebe zu stellen. Die Konferenz hebt besonders hervor, daß die Gewerkschaften den energischen Schutz der Interessen der Arbeit in den privaten und verpachteten Betrieben organisieren müssen.

17. Da der Sieg der Werktätigen Sowjetrußland einen wenn auch nur zeitweiligen und unbeständigen Frieden sicherte und ihm gestattete, von den militärischen Anstrengungen an den äußeren und inneren Fronten zum friedlichen wirtschaftlichen Aufbau überzugehen, ist die nächste Aufgabe, strenge Grundlagen revolutionärer Gesetzmäßigkeit auf allen Gebieten des Lebens einzuführen. Die strengste Verantwortlichkeit der Organe und der Vertreter der Macht und der Bürger für die Verletzung der von der Sowjetmacht geschaffenen Gesetze und der von ihr geschützten Ordnung muß parallel gehen mit dem verstärkten Schutz der Persönlichkeit und des Eigentums der Bürger.

Die neuen Formen der Verhältnisse, die im Prozeß der Revolution und auf dem Boden der von der Macht durchgeführten ökonomischen Politik geschaffen wurden, müssen ihren Ausdruck im Gesetz und ihren Schutz in der Gerichtsordnung finden. Zur Lösung von Konflikten jeglicher Art auf dem Gebiet der Eigentumsverhältnisse müssen feste Normen für alle Bürger aufgestellt werden. Die Bürger und Korporationen, die mit den Staatsorganen in vertragliche Beziehungen treten, müssen die Überzeugung gewinnen, daß ihre Rechte gewahrt werden. Die Gerichtsinstitutionen der Sowjetrepublik müssen auf die entsprechende Höhe gehoben werden. Die Kompetenz und der Tätigkeitsbereich der Allrussischen Außerordentlichen Kommission für den Kampf gegen die Konterrevolution<sup>1)</sup> und ihrer Organe müssen entsprechend eingeschränkt werden, die Kommission selbst ist zu reorganisieren.

18. Die sogenannte "Neue Ökonomische Politik", deren wesentliche Grundlagen schon während der ersten "Atempause" im Frühjahr

1) russ. Abkürzung: Wetscheka oder auch Tscheka (Anm.d.ätsch. Redaktion)

1918 genau festgelegt wurden, ist auf der strengen Berücksichtigung der wirtschaftlichen Kräfte Sowjetrußlands begründet. Die Durchführung dieser Politik, die durch den kombinierten Überfall der konterrevolutionären Kräfte der russischen Gutsbesitzer und der Bourgeoisie und des europäischen Imperialismus auf den Arbeiter- und Bauernstaat unterbrochen wurde, ist erst nach der militärischen Liquidierung der Versuche der Konterrevolution zu Beginn des Jahres 1921 möglich geworden. Jetzt wird der Kampf der kommunistischen und privaten Wirtschaft auf ökonomischen Boden, auf den Markt übertragen, wo sich die nationalisierte Industrie, die in den Händen des Arbeiterstaates konzentriert ist, bei Anpassung an die Bedingungen des Marktes und an die Methoden des Wettbewerbs auf dem Markt die entscheidende Vorherrschaft erringen muß. Der Sieg wird um so entscheidender sein, je geschickter, systematischer und planmäßiger das Proletariat über die im Ergebnis der Oktoberrevolution in seinen Händen konzentrierten riesigen Produktionsmittel verfügen wird, je fester das sich auf den Austausch zwischen Stadt und Land stützende Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft werden wird, je rascher die fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse lernen werden, den Kampf auf der neuen Ebene, mit neuen Methoden unter Ausnutzung der neuen Lage, zu führen und Führer auf den neuen Arbeitsgebieten zu werden. Die Konferenz fordert von allen Mitgliedern der Partei die energische, sachkundige und konsequente Durchführung der Parteidirektiven auf dem Gebiet der Neuen Ökonomischen Politik.

## II

Die Konferenz richtet die Aufmerksamkeit der Partei darauf, daß bis jetzt etwas mehr als die Hälfte der Naturalsteuer aufgebracht wurde und daß die Erhebung der zweiten Hälfte unbefriedigend verläuft. Die Konferenz erkennt als notwendig an, alle Maßnahmen zur erfolgreichen Durchführung der verkündeten Zweiwochen-Aktion zu ergreifen. Ein Mißerfolg dieser Aktion würde zum unvermeidlichen Scheitern der gesamten Versorgung führen.

## III

### Besonderer Beschluß

Die Konferenz betrachtet die Mitarbeit der örtlichen Organe an der

Verteilung der Haushaltsmittel auf das Territorium und an der Festlegung der Rechte der örtlichen Organe bei der Nutzung dieser Mittel als notwendig und beauftragt die kommunistische Fraktion des IX. Sowjetkongresses, diese Fragen konkret auszuarbeiten.

Zur Frage der Festigung der Partei im Zusammenhang mit der Auswertung der Erfahrung bei der Überprüfung des Personalbestandes der Partei <sup>1)</sup>

Die abgeschlossene Kampagne zur Überprüfung des Personalbestandes der Partei, die die untauglichen Elemente aus den Reihen der Parteiorganisationen entfernte, wirft vor unserer Partei die Notwendigkeit des engsten, kameradschaftlichen Zusammenschlusses der in unseren Reihen verbliebenen Mitglieder der Partei auf. Indessen hindert häufig der Nachhall der vergangenen Kampagne die Herstellung dieses Zusammenschlusses. Deshalb hält es die Konferenz für ihre Pflicht, alle Mitglieder der Partei aufzurufen, alle von der Kommission zur Überprüfung des Personalbestandes der Partei überprüften Einsprüche und Beschuldigungen vollkommen zu liquidieren. Nach der Überprüfung der Partei ist die Konferenz der Ansicht, daß von nun an nur die Ergebenheit für die Interessen der Arbeiterklasse und für die proletarische Revolution der Maßstab bei der Beurteilung der Qualitäten jedes Parteimitglieds sein kann.

Die Kampagne zur Überprüfung des Personalbestandes der Partei förderte bedeutende Mängel auf fast allen Gebieten des Partellebens und der Parteiarbeit zutage. Alle diese Mängel, die die Geschlossenheit und die Einheit der Partei untergraben, kann man in drei Hauptgruppen unterteilen; a) Mängel, die durch den falschen Aufbau des Parteiapparates oder die falschen Arbeitsmethoden dieses Apparats bedingt sind; b) Mängel, die durch die schwache ideologische Erziehung und den schwachen kameradschaftlichen Zusammenschluß bedingt sind, was hauptsächlich durch das Vorhandensein

1) Vorliegende Resolution wurde auf der Konferenz als Grundlage angenommen und in endgültiger Form auf der Beratung der Sekretäre der Gebietskomitees, der Gebietsbüros und Gouvernementskomitees der KPR ausgearbeitet und vom ZK und später vom XI. Parteitag bestätigt. d.Red.

einer bedeutenden Anzahl neuer Parteimitglieder, die erst nach der Revolution eingetreten sind, hervorgerufen wird; c) Mängel, die mit der Verschiedenheit der sozialen Zusammensetzung der Partei zusammenhängen. Diese Mängel sind unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik besonders zu berücksichtigen. Angesichts dessen, daß die Grundlinie der Partei in diesen Fragen in den Beschlüssen sowohl der vorausgegangenen Konferenzen als auch des X. Parteitages ausgearbeitet wurde, ist die Konferenz der Meinung, daß die Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks nicht so sehr im Suchen nach neuen Maßnahmen besteht, als vielmehr darin, die Durchführung der schon ausgearbeiteten Beschlüsse zu gewährleisten. Auf der Grundlage der neuen Erfahrung hält die Konferenz folgende Ergänzung der früheren Beschlüsse für notwendig:

I. Auf parteiorganisatorischem Gebiet

- a) Die Anzahl der Mitglieder der Büros der Gouvernements- und Gebietskomitees von 5 Genossen, wie sie sich in der Praxis herausgebildet hat, wird für normal betrachtet, die Erhöhung der Zahl der Mitglieder der Büros der angeführten Komitees ist, falls notwendig, nur mit Einverständnis des ZK (oder in Gebieten der Gebietskomitees) zulässig. Gleichzeitig ist die Anzahl der Sitzungen und Kommissionen, insbesondere aber die Schaffung jeglicher zeitweiliger Kontrollorgane auf ein Minimum herabzusetzen. Die Aufmerksamkeit der somit frei werdenden Funktionäre ist auf die unmittelbare Erfüllung von Parteiaufträgen zu konzentrieren.
- b) Den Parteiorganisationen wird zur Pflicht gemacht, der Zusammensetzung der Sekretäre der Gouvernements- und Kreiskomitees besondere Aufmerksamkeit zu widmen und für die Arbeit in den Gouvernementskomitees Genossen auszusuchen, die vor der Oktoberrevolution 1917 in die Partei eingetreten sind, für die Kreiskomitees Genossen mit einer dreijährigen Parteizugehörigkeit. Ausnahmen sind nur mit Einverständnis der übergeordneten Parteiinstanz zulässig. Gleichzeitig spricht die Konferenz den Wunsch aus, daß die Sekretäre der Gouvernements- und Kreispartei-Komitees von der übergeordneten Parteiinstanz bestätigt werden. Die Konferenz beschließt, diesen ihren Wunsch dem XI. Parteitag zur Bestätigung

vorzutragen.

c) Unter Berücksichtigung der gewaltigen Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung und der Möglichkeit einer opportunistischen Abweichung in den Gewerkschaften ohne die ständige und feste Führung der Partei, beschließt die Konferenz, nur alte, erfahrene Parteimitglieder, welche in der Vergangenheit keiner anderen politischen Partei angehörten, in verantwortliche Gewerkschaftsarbeit zu überführen, wobei diese Erneuerung der führenden Gewerkschaftsorgane mit der notwendigen Behutsamkeit und allmählich durchgeführt werden muß. Gleichzeitig hält es die Konferenz für notwendig, daß die von den Fraktionen vorgeschlagenen Vorsitzenden und Sekretäre der Zentralkomitees der Gewerkschaften vor der Oktoberrevolution in die Partei eingetreten sein müssen und daß die Sekretäre der Gewerkschaftsräte in den Gouvernements drei Jahre der Partei angehören müssen. Dabei sind die Ausnahmen, die in dem Punkt über die Sekretäre der Parteikomitees vorgesehen sind, zulässig.

d) In Zusammenhang mit der Reinigung der Partei ist eine rationelle Neuverteilung der Kräfte der Partei durchzuführen, wobei zu berücksichtigen ist, daß einerseits junge, noch nicht ausgenutzte Funktionäre herangezogen werden, und daß andererseits Genossen, die gleichzeitig mehrere Sowjet- und Parteifunktionen bekleiden, von dieser schädlichen Überlastung befreit werden.

e) Infolge der erschwerten Arbeitsbedingungen und der Notwendigkeit einer strengeren Spezialisierung und um nicht in Worten, sondern in der Praxis die Garantie für eine wirkliche Durchführung spezifischer Aufträge zu schaffen, sind Kader von Berufsorganisatoren und Berufspropagandisten heranzubilden, die nur in Ausnahmefällen zu anderen Arbeiten heranzuziehen sind.

f) Der Arbeitsapparat der Parteikomitees ist auf ein Minimum zu verringern und seine qualitative Zusammensetzung zu erhöhen, er ist vor oftmaliger Auswechslung zu bewahren, um dadurch die Möglichkeit der Kontinuität und Kontinuität in der Arbeit zu gewährleisten.

g) Gouvernements-, Kreis- und Rayonparteikonferenzen sind nicht mehr als einmal in sechs Monaten einzuberufen, und die Neuwahlen der Büros der Zellen sind nicht öfter als einmal in drei Monaten durchzuführen.

## II. Auf parteierzieherischem Gebiet

a) Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, den Parteimitgliedern, besonders den jungen Mitgliedern, die Bedeutung und die Rolle der Geschlossenheit der Partei und der Parteidisziplin zu erklären. Diese Frage muß einen bedeutenden Platz in der Propaganda und Agitation der Partei einnehmen, wobei unbedingt die Notwendigkeit der Disziplin an den Beispielen unserer Siege und Niederlagen in der gesamten historischen Entwicklung der Partei zu illustrieren ist.

b) Den Parteischulen, deren spezifisches Gewicht stark gesteigert werden muß, sind ständige Lektoren zuzuteilen, die Bibliotheken der Schulen sind zu verbessern. Die Schulen müssen es sich zum Ziel setzen, die festgesetzten Lehrgänge praktisch so vollständig wie möglich durchzuführen.

c) Das Netz der Parteischulen ist auf Kosten der Lehranstalten, die keine unmittelbare erzieherische Bedeutung für die Arbeiterklasse haben, wie z.B. Theaterschulen, Schulen für bildende Künste usw., zu erweitern. Dazu muß das ZK der Partei das Budget des Hauptkomitees für politische Aufklärung überprüfen. In den bedeutendsten Gebietszentren sind die Parteihochschulen zu organisieren, die den gestiegenen ideologischen Anforderungen der Parteimitglieder entsprechen; die Bildung und die Arbeit der verschiedensten Zirkel, besonders von Zirkeln zum Studium des Marxismus, einzelner Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus, der Theorie und Praxis der Parteiarbeit usw. ist zu fördern und ihre Tätigkeit um die Diskussionsklubs der Partei zu konzentrieren.

d) Der Tag der Partei ist seinem Wesen nach zu einem Tag der Festigung der Partei zu machen; er ist sowohl mit Rechenschaftsberichten als auch mit Referaten und Diskussionen über die gegenwärtigen Aufgaben der Partei sowie über die Geschichte der Partei, ihre Siege, Niederlagen, Helden und Märtyrer usw. auszufüllen. An diesem Tage soll sich jedes Parteimitglied als Kämpfer für eine große Idee und als Mitglied einer großen Partei fühlen.

## III. Auf dem Gebiet des Personalbestandes der Partei und der materiellen Lage der Kommunisten

Um sich einerseits vor der Gefahr einer wiederholten Verunreini-

gung des Personalbestandes der Partei zu sichern, und um andererseits für jedes Parteimitglied Bedingungen zu schaffen, die seine möglichst rasche Erziehung im Sinne der Partei fördern und zum kameradschaftlichen Zusammenschluß beitragen, beschließt die Konferenz:

a) bis zum XI. Parteitag die Ordnung der Aufnahme neuer Parteimitglieder, die von der zentralen Überprüfungscommission für die Periode der Reinigung festgelegt wurde, beizubehalten. Ausnahmen sind nur für die Arbeiter und Bauern zulässig, die ihre Ergebenheit für die Revolution während des Bürgerkrieges bewiesen und eine bewußte Einstellung zum Kommunismus offenbart haben. Die Konferenz spricht auch den Wunsch aus, daß der XI. Parteitag das Statut in dem Teil, der die Bedingungen für die Aufnahme neuer Mitglieder betrifft, abändern möge.

b) Den einfachen Parteimitgliedern sind Parteipflichten in dem Maß zu übertragen, daß sie mindestens drei freie Abende in der Woche haben, damit ihre materielle Existenz nicht untergraben wird und sie die Möglichkeit erhalten, selbständig ihr Wissen zu vervollständigen.

#### IV. Die Reserven der Partei

Bei der täglichen Arbeit muß man im Auge haben, daß der Komsomol, die Rote Armee und die Frauenausschüsse unsere Hauptreserven sind.

##### a) Der Komsomol

Die Arbeit unter der Jugend ist der allgemeinen Parteiarbeit näherzubringen, dabei ist der ideologisch-erzieherischen Arbeit unter der Jugend große Aufmerksamkeit zu widmen, ihre Organisation ist von verwaltungstechnischen Funktionen und von der Vertretung in den Sowjetinstitutionen verschiedener Art zu entlasten. Gleichzeitig ist der kommunistischen Arbeit unter der ländlichen Jugend, die die schweren Bedingungen des alten zaristischen Regimes nicht erlebte und daher leichter dem Einfluß der sowjetfeindlichen Agitation verfallen kann, besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

##### b) Die Rote Armee

Angesichts dessen, daß die Rote Armee jetzt hauptsächlich aus jungen Jahrgängen besteht, die für Einflüsse jeglicher Art äußerst

empfindsam sind, steht vor der Partei die dringende Aufgabe, die Kasernen zu Parallelabteilungen der Parteischulen zu machen. Die politische Arbeit in der Roten Armee muß so gestaltet werden, daß der Rotarmist nach zwei Dienstjahren die Kaserne mit einem Wissen verlassen kann, das dem Wissen der Absolventen der Gouvernements-Parteischulen nicht nachsteht. Für den politischen Apparat der Armee ist ein stabiler Kaderstamm an politischen Funktionären zu gewährleisten.

##### c) Die Frauenausschüsse

Die Konferenz erkennt an, daß die Frauenausschüsse in der nächsten Zeit eine große organisatorische und agitatorische Arbeit zur Erziehung der breiten Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen im Partei-, Sowjet-, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufbau leisten müssen und hält es für notwendig, mit der liquidatorischen Stimmung eines Teils der Genossen auf diesem Arbeitsgebiet Schluß zu machen, für die Leitung dieses Gebiets erfahrene und beharrliche Genossen einzusetzen und den Apparat der Frauenausschüsse zu verbessern.

"Iswestija (Nachrichten) des ZK  
der KPR(B)"

Nó. 1, Januar 1922



Die Kommunistische Partei der Sowjetunion  
in Resolutionen und Beschlüssen  
der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK

1898 - 1954

B a n d IV

Ins Deutsche übertragen nach der siebenten russischen  
Ausgabe in III Teilen.

Die deutsche Ausgabe wird aus Anlaß des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED besorgt.

Als Manuskript gedruckt

Herausgegeben vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED - Lehrstuhl für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus, Lehrkabinett. Berlin 1957

V o r b e m e r k u n g

Der vorliegende Band enthält die Resolutionen und Beschlüsse der KPdSU vom XI. Parteitag der KPR (B) - Moskau, 27. März - 2. April 1922 - bis zum Plenum des ZK der KPR (B) - Moskau, 21. - 22. Januar 1924.

Die Redaktion lag in den Händen des Genossen H. Hesselbarth vom Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED.

Die Übersetzung der Resolutionen und Beschlüsse ist nicht autorisiert.

Wir bitten alle Benutzer, Ungenauigkeiten und Übersetzungsfehler dem Lehrkabinett des Lehrstuhls für Politische Grundfragen des Marxismus-Leninismus im Institut für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, Berlin W 8, Taubenstraße 19 - 23, mitzuteilen.



II

Inhaltsverzeichnis

Der elfte Parteitag der KPR (B), Moskau, 27. März - 2. April 1922 .....	1 - 81
Resolutionen des Parteitages .....	2
Zum Bericht des Zentralkomitees .....	2
Zum Rechenschaftsbericht der Delegation der KPR (B) in der Komintern .....	4
Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik .....	6
Über die Überprüfung und die Erneuerung der leitenden Organisationen der Gewerkschaften .....	20
Über die Finanzpolitik .....	21
Über die Arbeit auf dem Lande .....	28
Über die Festigung der Partei und über ihre neuen Aufgaben .....	30
Resolution der Dezemberkonferenz der KPR 1921 zur Frage der Festigung der Partei, im Zusammenhang mit der Auswertung der Erfahrung bei der Überprüfung des Mitgliederbestandes der Partei ..	44
Praktische Vorschläge zu organisatorischen Fragen des Parteaufbaus (als Ergänzung zur Resolution über die Festigung der Partei im Zusammenhang mit der Parteireinigung .....	50
Über die Aufgaben und Ziele der Kontrollkommissionen .....	55
Bestimmung über die Kontrollkommissionen .....	56
Bestimmung über die Zentrale Revisionskommission .....	60
Zur Frage des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes .....	61
Presse und Propaganda .....	65
Zur Frage der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen .....	73
Beschlüsse zur Frage der Festigung der Roten Armee .....	74

III

Über einige Mitglieder der ehemaligen "Arbeiteropposition" .....	76
Die zwölfte Allrussische Konferenz der KPR (B), Moskau, 4. - 7. August 1922 .....	82 - 118
I. Statut der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) .....	83
II. Resolutionen und Entschlüsse der Konferenz .....	98
Über die Aufgaben der Partei in den Genossenschaften .....	98
Über die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen .....	104
Über die Ergebnisse der Arbeit der Gewerkschaften .....	112
Zum Referat über die internationale Politik .....	113
Über die Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder der KPR .....	114
Über die materielle Lage der aktiven Parteifunktionäre .....	115
Der zwölfte Parteitag der KPR (B), Moskau, 17. - 25. April 1923 .....	119 - 232
Resolutionen des Parteitages .....	121
Zum Rechenschaftsbericht des ZK der KPR ....	121
Zum Rechenschaftsbericht der Revisionskommission .....	129
Zum Bericht der ZKK .....	129
Zum Rechenschaftsbericht der russischen Vertretung im Exekutivkomitee der Komintern ...	129
Über die Industrie .....	129
Die Steuerpolitik im Dorfe .....	155
Zur nationalen Frage .....	160
Über die Rayonierung .....	173

IV.	
Über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion und Zentralen Kontrollkommission .....	175
Zur Organisationsfrage .....	181
Zu den Fragen der Propaganda, der Presse und der Agitation .....	191
Über die Durchführung der antireligiösen Agitation und Propaganda .....	210
Über die Arbeit der KPR auf dem Lande ..	214
Über die Arbeit der KPR unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen .....	226
Über die Arbeit des RKJV .....	227
Vierte Beratung des ZK der KPR (B) mit den verantwortlichen Funktionären der nationalen Republiken und Gebiete, Moskau, 9. - 12. Juni 1923 .....	233 - 244
Resolution der Beratung .....	234
Der Fall Sultan - Galijew .....	234
Praktische Maßnahmen, um die Resolution des XII. Parteitages zur nationalen Frage durchzuführen .....	236
Gemeinsame Plenartagung des ZK und der ZKK mit Vertretern von 10 Parteiorganisationen, Moskau, 25. - 27. Oktober 1923 .....	245 - 246
Resolution des Plenums .....	245
Über die Lage in der Partei .....	245
Plenum des ZK der KPR (B), Moskau, 14. - 15. Januar 1924 .....	247 - 249
Die dreizehnte Konferenz der KPR (B), Moskau, 16. - 18. Januar 1924 .....	250 - 295

V	
I. Resolutionen der Konferenz .....	251
Über den Parteaufbau .....	251
Über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerliche Abweichung in der Partei .....	260
Über die nächsten Aufgaben der ökonomischen Politik .....	271
Über die internationale Lage .....	294
Plenum des ZK der KPR (B), Moskau, 21. - 22. Januar 1924 .....	296 - 299
An die Partei. An alle Werktätigen. ...	296

XI. Parteitag der KPR(B)

Moskau, 27.März - 2.April 1922

Am Parteitage nahmen 522 Delegierte mit beschließender Stimme und 165 Delegierte mit beratender Stimme teil. Die Delegierten mit beschließender Stimme vertraten 532 000 Mitglieder der Partei.

Tagesordnung: 1. Politischer Rechenschaftsbericht des ZK; 2. Organisatorischer Rechenschaftsbericht des ZK; 3. Rechenschaftsbericht der Revisionskommission; 4. Rechenschaftsbericht der Zentralen Kontrollkommission; 5. Rechenschaftsbericht der Delegation der KPR(B) in der Kommunistischen Internationale; 6. Die Gewerkschaften; 7. Über die Rote Armee; 8. Die Finanzpolitik; 9. Die Ergebnisse der Parteireinigung und die Festigung der Parteireihen; Korreferate: Über die Arbeit unter der Jugend; Über Presse und Propaganda; 10. Wahl des ZK und der ZKK. Zum ersten Punkt sprach W.I. Lenin, zum zweiten Punkt W.M.Molotow.

Der Parteitag zog die Bilanz des ersten Jahres der Neuen Ökonomischen Politik.

W.I.Lenin hob in seinem Referat die ersten Erfolge hervor, die die Richtigkeit der NÖP bestätigten, gleichzeitig verkündete er das Ende des Rückzuges und wies auf die Notwendigkeit hin, die Kräfte für den Übergang zur entscheidenden Offensive gegen die kapitalistischen Elemente umzugruppieren. Lenin betonte, daß die NÖP einen verzweifelten Kampf auf Leben oder Tod zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus bedeute. "Wer - wen?", so stehe die Frage. Um zu siegen, müsse man das Bündnis zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft, zwischen der sozialistischen Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft durch allseitige Entwicklung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land sichern. W.I.Lenin stellte die Losungen auf, in einer allen Kulturansprüchen genügenden Weise Handel treiben, wirtschaften zu lernen, richtig die Kräfte zu verteilen und eine systematische Kontrolle der Aufgabenerfüllung zu organisieren.

Lenin betonte mit allem Nachdruck, daß die Partei die vor ihr stehenden Aufgaben nur dann lösen kann, wenn sie strengste Disziplin

hält und die Einheit ihrer Reihen bewahrt.

Der Parteitag erteilte den Versuchen Rjasanow's Preobraschenski's u.a., unter dem Deckmantel einer Kritik von "links" menschowistisch-trotzkistische Anschauungen über die Neue Ökonomische Politik, über das Verhältnis der Partei zu den Sowjets und zu den Gewerkschaften usw. auf dem Parteitage einzuschmuggeln, eine entschiedene Abfuhr. Der Parteitag faßte einen Beschluß über die Gruppe der ehemaligen "Arbeiteropposition", die trotz des Beschlusses des X.Parteitages über die Auflösung dieser Gruppe und des Verbotes von Fraktionen und Gruppierungen in der Partei ihre illegale fraktionelle, zersetzende Tätigkeit fortsetzte. Der Parteitag schloß einige Mitglieder dieser Gruppe aus der Partei aus.

Der XI.Parteitag war der letzte Parteitag, auf dem Lenin anwesend war und den er selbst unmittelbar leitete.

Der Parteitag wählte das ZK in folgender Zusammensetzung: W.I.Lenin, J.W.Stalin, W.M.Molotow, K.J.Woroschilow, A.A.Andrejew, W.M.Frunse, F.E.Dserschinski, M.I.Kalinin, W.W.Kuibyschew, G.K.Ordshonikidse, J.M.Jaroslawski u.a.; als Kandidaten des ZK wurden gewählt: S.M.Kirow, A.I.Mikojan, D.S.Manuilski, A.J.Badajew u.a. Der Parteitag wählte 5 Mitglieder und 2 Kandidaten in die Zentrale Kontrollkommission.

Auf dem ersten Plenum des ZK nach dem XI.Parteitag wurde auf Vorschlag Lenins J.W.Stalin zum Generalsekretär des Zentralkomitees gewählt.

Resolutionen des Parteitages

Zum Bericht des Zentralkomitees

Der XI.Parteitag billigt völlig die politische und organisatorische Linie des ZK, welche der Partei die maximale Einheit und Geschlossenheit in jenen Grundfragen sicherte, die mit der überaus schwierigen Wendung in der proletarischen russischen und der proletarischen Weltrevolution zusammenhingen. (NÖP, neue Aufgaben der Gewerkschaften, Kampf gegen die kleinbürgerlichen anarcho-syndikalistischen Abweichungen, Parteireinigung usw.)

Der Parteitag stellt fest, daß mit der Gesamtheit der im letzten Jahr durchgeführten und festgelegten Maßnahmen die von der Partei als notwendig erkannten Zugeständnisse an den privatwirtschaftlichen Kapitalismus erschöpft sind; in diesem Sinne hält der Parteitag den Rückzug für beendet und betrachtet es als nächste Aufgabe, die Parteikräfte so umzugruppieren, daß die praktische Verwirklichung der von der Partei angenommenen Politik völlig gewährleistet wird.

Die Periode des wirtschaftlichen Aufbaus, die nach dem erbitterten Bürgerkrieg begann, verwandelt die örtlichen Sowjets, die während des Krieges hauptsächlich die Rolle von Agitations- und Mobilisationszentren spielten, in praktische Leiter des wirtschaftlichen Lebens der einzelnen Orte.

Gleichzeitig wird es möglich und notwendig, die Partei von einer Reihe Aufgaben aus dem Kompetenzbereich der Sowjets, die sie in der vorangegangenen Periode übernehmen mußte, zu entlasten.

Die Partei wahrt sich die allgemeine Leitung und Lenkung der gesamten Politik des Sowjetstaates, sie muß jedoch viel klarer ihre laufende Arbeit von der Arbeit der Sowjetorgane, ihren eigenen Apparat von dem Apparat der Sowjets abgrenzen. Eine solche systematisch durchgeführte Abgrenzung soll einerseits die planmäßigere Erörterung und Lösung von Wirtschaftsfragen durch die Organe der Sowjets gewährleisten, gleichzeitig die Verantwortlichkeit jedes Sowjetfunktionärs für die ihm übertragene Sache steigern, und andererseits der Partei die Möglichkeit geben, sich im notwendigen Maß auf die Hauptarbeit der Partei, die allgemeine Leitung der Tätigkeit aller staatlichen Organe zur Aufklärung und Organisation der Arbeitermassen zu konzentrieren.

Die weitere Arbeit beim wirtschaftlichen Aufbau im Rahmen des gesamten Staates kann sich nur auf die örtlichen Erfahrungen stützen. Unter diesen Bedingungen muß das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee (AZEK), als das Organ, das die örtlichen Sowjets vereint, aktiver, beständiger und systematischer, als es in der vorhergehenden Periode der Fall sein konnte, bei der Ausarbeitung der grundlegenden Elemente des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus

mitarbeiten.

Das AZEK muß wirklich zu einem Organ werden, das die grundlegenden Gesichtspunkte der Gesetzgebung erarbeitet, Gesichtspunkte, die in erster Linie der Wiederherstellung der Landwirtschaft, der Industrie- und der Finanzwirtschaft dienen, und das systematisch die Tätigkeit sowohl der einzelnen Volkskommissare als auch die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare kontrolliert.

Um diese Aufgaben durchzuführen, muß das AZEK systematischer zu längeren Tagungen zusammentreten.

Weiterhin ist es nötig, um die höchsten Parteiorgane von Aufgaben aus dem Arbeitsgebiet der Sowjets zu befreien und um ein Maximum an Planmäßigkeit und Präzision in die Arbeit des zentralen und örtlichen Apparates der Sowjets zu tragen, die Tätigkeit des Rates der Volkskommissare als Organ der systematischen Leitung und Koordinierung aller staatlichen Verwaltungsorgane zu verbessern und zu verstärken.

Der Parteitag legt der raschen Durchführung der aufgeführten Veränderungen im Arbeitssystem der Partei- und Sowjetorgane besonders große Bedeutung bei und beauftragt das ZK, die sich aus den angenommenen Leitsätzen ergebenden praktischen Schlußfolgerungen im einzelnen auszuarbeiten und auf der nächsten Tagung des AZEK vorzulegen.

#### Zum Rechenschaftsbericht der Delegation der KPR(B) in der Komintern

Nach Entgegennahme des Jahresberichts über die Tätigkeit der Vertreter der KPR(B) in der Komintern billigt der XI. Parteitag der KPR(B) diese Tätigkeit voll und ganz und erklärt sich mit der vom Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale durchgeführten politischen Linie vollkommen solidarisch.

Insbesondere bringt der XI. Parteitag seine Solidarität mit der Taktik der Einheitsfront, die auf der erweiterten Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern endgültig formuliert wurde, zum Ausdruck.

Die erweiterte Sitzung des Exekutivkomitees der Komintern

erklärte, daß es notwendig sei, die Taktik der Einheitsfront entsprechend den konkreten Bedingungen jedes einzelnen Landes durchzuführen. In einem Land, wo, wie in Sowjetrußland, die Macht der von der Kommunistischen Partei geführten Arbeiterklasse gehört, muß sich die Einheitsfronttaktik in folgendem äußern:

Die Kommunistische Partei darf sich keinesfalls abkapseln, sondern muß Vertreter immer breiterer Massen parteiloser Arbeiter zur Erörterung der wichtigsten staatlichen Maßnahmen und zur Verwaltung des Staates heranziehen. Die Kommunistische Partei darf nicht vergessen, daß es nur mit Unterstützung der gesamten Arbeiterklasse möglich ist, die Diktatur des Proletariats erfolgreich durchzuführen. Die Kommunistische Partei muß ständig jedes ihrer Mitglieder daran erinnern, daß es seine wichtigste Pflicht ist, alle Werktätigen, gleich ob sie der KPR angehören oder nicht, in das wirtschaftliche und politische Leben einzubeziehen.

In den bürgerlichen Ländern wird der gesamte Staatsapparat (Parlament, Presse, Schule usw.) von den besitzenden Klassen, häufig mit Unterstützung der Sozialdemokraten, zur Verdummung und Unterdrückung der Massen benutzt. Im Sowjetland muß die Kommunistische Partei alles nur mögliche tun, damit der Staatsapparat die umfassende Aufklärung der werktätigen Massen und die Erziehung aller Werktätigen ohne Unterschied im Geiste des Sozialismus fördert.

Insbesondere ist es eine überaus wichtige Aufgabe der Kommunistischen Partei des Sowjetlandes, die gesamte Jugend der werktätigen Klassen ausnahmslos in diesem Sinne zu erziehen.

Die Durchführung der Taktik der Einheitsfront im Sowjetland erfordert, daß die Kommunistische Partei den berechtigten Forderungen der parteilosen Massen rechtzeitig entgegenzukommen vermag, ihnen notwendige Zugeständnisse macht, gemeinsam mit ihnen jeden einzelnen Schritt des staatlichen und wirtschaftlichen Aufbaus beurteilt, sich nicht einen Augenblick von ihnen loslöst und sie allmählich auf eine höhere Stufe hebt. Von der Taktik der Einheitsfront, den Bedingungen Sowjetrußlands entsprechend, sind alle Resolutionen des XI. Parteitag der KPR(B) durchdrungen.

In bezug auf jene Parteien und Gruppen, die in Rußland der

II. Internationale und der Internationale 2 1/2 nahe stehen (Menschewiki, Sozialrevolutionäre u.ä.), stellt der XI. Parteitag der KPR(B) folgendes fest: Ziel und Sinn der Taktik der Einheitsfront besteht darin, immer breitere Massen von Arbeitern in den Kampf gegen das Kapital einzubeziehen und gleichzeitig nicht vor wiederholten Vorschlägen sogar an die Führer der II. Internationale und der Internationale 2 1/2, diesen Kampf gemeinsam zu führen, zurückzuschrecken.

Wenn die Mehrheit der Arbeiter schon ihre eigene Klassenvertretung, eine sowjetische, und nicht eine "allgemein-nationale", mit der Bourgeoisie gemeinsame, errichtet hat, wenn sie die politische Herrschaft der Bourgeoisie schon gestürzt hat, dann kann die Taktik der Einheitsfront natürlich nicht verlangen, sich an Parteien vom Schlage der Menschewiki ("SDAPR") und SR ("Partei der Sozialrevolutionäre") zu wenden, denn sie sind Gegner der Sowjetmacht. Wir können unseren Einfluß auf die Arbeitermassen unter der Sowjetmacht nicht durch Appelle an die Menschewiki und Sozialrevolutionäre erweitern, sondern durch den oben angeführten Weg.

Der XI. Parteitag verleiht seiner Überzeugung Ausdruck, daß die Führer der II. Internationale und der Internationale 2 1/2, die die Verteidigung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki auf sich genommen haben, durch keinerlei Ränke die Bildung der Einheitsfront der Arbeiter in den Ländern vereiteln können, wo die noch andauernde Herrschaft der Bourgeoisie alle Arbeiter zur Vereinigung gegen das Kapital treibt.

#### Die Rolle und die Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik

##### 1. Die Neue Ökonomische Politik und die Gewerkschaften

Die Neue Ökonomische Politik bringt eine Reihe wesentlicher Veränderungen in der Lage des Proletariats und folglich auch der Gewerkschaften mit sich. Die überwiegende Masse der Produktionsmittel auf dem Gebiet der Industrie und des Verkehrswesens bleibt in den Händen des proletarischen Staates. Zusammen mit der Nationa-

lisierung des Bodens zeigt dieser Umstand, daß die Neue Ökonomische Politik das Wesen des Arbeiterstaates nicht verändert. Sie verändert jedoch wesentlich die Methoden und Formen des sozialistischen Aufbaus, denn sie läßt den ökonomischen Wettbewerb zwischen dem sich entwickelnden Sozialismus und dem nach Wiedererstehung strebenden Kapitalismus zu, auf dem Boden der Befriedigung der wirtschaftlichen Interessen der viele Millionen umfassenden Bauernschaft mittels des Marktes.

Die Veränderung der Formen des sozialistischen Aufbaus sind dadurch bedingt, daß die Kommunistische Partei und die Sowjetmacht in der gesamten Politik des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus jetzt besondere Verfahren dieses Überganges anwenden. Sie arbeiten in verschiedener Hinsicht mit anderen Methoden als früher, sie erobern eine Reihe von Positionen durch einen sogenannten "neuen Umweg", sie führen einen Rückzug durch, um besser vorbereitet wieder zur Offensive gegen den Kapitalismus vorzugehen. Insbesondere sind jetzt der freie Handel und der Kapitalismus, die der staatlichen Regulierung unterliegen, zugelassen und sie entwickeln sich, andererseits aber gehen die sozialisierten staatlichen Betriebe zur sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung über, d.h. werden auf kommerzielle Grundlagen umgestellt. Das wird bei der allgemeinen Rückständigkeit und Erschöpfung des Landes unvermeidlich in größerem oder geringerem Maße dazu führen, daß im Bewußtsein der Massen die Verwaltung der betreffenden Betriebe und die in ihnen beschäftigten Arbeiter einander entgegengesetzt werden.

## 2. Der Staatskapitalismus im proletarischen Staat und die Gewerkschaften

Der proletarische Staat kann, ohne sein Wesen zu verändern, freien Handel und die Entwicklung des Kapitalismus nur bis zu einem bestimmten Grade und nur unter der Bedingung zulassen, daß der Staat den Frivathandel und den privatwirtschaftlichen Kapitalismus reguliert (durch Beobachtung, Kontrolle, Bestimmung der Formen, der Ordnung usw.). Der Erfolg einer solchen Regulierung ist nicht nur von der Staatsmacht abhängig, sondern noch weit mehr vom

Reifegrad des Proletariats und der werktätigen Massen überhaupt sowie vom kulturellen Niveau usw. Doch selbst bei vollem Erfolg dieser Regulierung bleibt der Gegensatz zwischen den Klasseninteressen von Arbeit und Kapital unbedingt bestehen. Daher ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften, die Klasseninteressen des Proletariats und dessen Kampf gegen den Kapitalismus allseitig und mit allen Mitteln zu schützen.

## 3. Die staatlichen Betriebe, die zur sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung übergehen, und die Gewerkschaften

Der Übergang der Staatsbetriebe zur sogenannten wirtschaftlichen Rechnungsführung ist unumgänglich und hängt untrennbar mit der NÖF zusammen. In der nächsten Zukunft wird dieser Typ unvermeidlich zum vorherrschenden Typ, wenn nicht zum ausschließlichen Typ werden. Faktisch bedeutet das, unter den Bedingungen des zugelassenen und sich entwickelnden freien Handels die Staatsbetriebe in bedeutendem Maße auf kommerzielle Grundlagen zu überführen. Dieser Umstand, zusammen mit der dringenden Notwendigkeit, die Arbeitsproduktivität zu steigern, verlustlos zu arbeiten und die Rentabilität jedes Betriebes zu erreichen, zusammen mit unvermeidlichem behördlichen Interesse und übertriebenem behördlichen Eifer, führt unausbleiblich zu einem gewissen Gegensatz der Interessen in Fragen der Arbeitsbedingungen im Betrieb zwischen den Arbeitermassen und den Direktoren, den Leitern der Staatsbetriebe oder den Behörden, denen diese Betriebe unterstehen. Deshalb haben die Gewerkschaften hinsichtlich der sozialisierten Betriebe die unbedingte Pflicht, die Interessen der Werktätigen zu verteidigen, nach Möglichkeit zur Erhöhung ihres materiellen Lebensstandards beizutragen und die Fehler und Übertreibungen der Wirtschaftsorgane, soweit sie sich aus bürokratischen Verzerrungen des Staatsapparates ergeben, ständig zu korrigieren.

4. Der wesentliche Unterschied zwischen dem Klassenkampf des Proletariats in einem Staate mit Privateigentum an Boden, Fabriken usw., mit der politischen Macht in den Händen der Kapitalistenklasse und dem wirtschaftlichen Kampf des Proletariats in einem

Staate ohne Privateigentum an Boden und an den meisten großen Betrieben, in einem Staate, in dem sich die politische Macht in den Händen des Proletariats befindet.

Solange es Klassen gibt, ist der Klassenkampf unausbleiblich. In der Übergangszeit vom Kapitalismus zum Sozialismus ist die Existenz von Klassen unvermeidlich. Im Programm der KPR(B) heißt es sehr bestimmt, daß wir jetzt lediglich die ersten Schritte des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus machen. Deshalb müssen die Kommunistische Partei, die Sowjetmacht wie auch die Gewerkschaften offen anerkennen, daß der wirtschaftliche Kampf besteht und daß er unvermeidbar ist, bis die Elektrifizierung von Industrie und Landwirtschaft zumindest in ihrer Grundlage beendet ist und damit der Kleinwirtschaft und der Herrschaft des Marktes alle Wurzeln abgeschnitten sind.

Andererseits ist es offensichtlich, daß das Endziel des Streikkampfes im Kapitalismus die Zerschlagung des Staatsapparates, der Sturz der bestehenden Klassenstaatsmacht ist. Im proletarischen Staat des Übergangstyps aber, wie es unser Staat ist, kann das Endziel aller Aktionen der Arbeiterklasse nur die Festigung des proletarischen Staates und der proletarischen Klassenstaatsmacht sein, die Festigung durch Kampf gegen die bürokratischen Auswüchse dieses Staates, gegen seine Fehler und Schwächen, gegen den sich seiner Kontrolle entziehenden klassenbedingten Appetit der Kapitalisten usw. Daher dürfen die Kommunistische Partei, die Sowjetmacht und die Gewerkschaften niemals vergessen, noch vor den Arbeitern und werktätigen Massen verbergen, daß die Anwendung des Streikkampfes in einem Staat, in dem das Proletariat die Macht besitzt, nur durch bürokratische Auswüchse des proletarischen Staates und durch alle möglichen Überreste der alten kapitalistischen Zeit in seinen Institutionen einerseits und durch die ungenügende politische Entwicklung und kulturelle Rückständigkeit der werktätigen Massen andererseits erklärt und gerechtfertigt werden kann.

Daher ist es Aufgabe der Gewerkschaften, bei Meinungsverschiedenheiten und Konflikten einzelner Gruppen der Arbeiterklasse mit einzelnen Institutionen und Organen des Arbeiterstaates so rasch

und reibungslos wie möglich diese Konflikte schlichten zu helfen mit dem Ziel, die Arbeitergruppen, die die Gewerkschaften vertreten, maximal zu begünstigen, soweit diese Begünstigungen verwirklicht werden können, ohne andere Gruppen zu benachteiligen und der Entwicklung des Arbeiterstaates und seiner Wirtschaft insgesamt zu schaden; denn nur diese Entwicklung kann die Grundlage für den materiellen und geistigen Wohlstand der Arbeiterklasse schaffen. Die einzig richtige, gesunde und zweckmäßige Methode der Schlichtung von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten einzelner Teile der Arbeiterklasse mit Organen des Arbeiterstaates ist die vermittelnde Tätigkeit der Gewerkschaften, die durch ihre entsprechenden Organe entweder auf der Grundlage genau formulierter Forderungen und Vorschläge beider Seiten in Verhandlungen mit den entsprechenden interessierten Wirtschaftsorganen treten oder an die höheren staatlichen Instanzen appellieren.

Falls falsche Handlungen der Wirtschaftsorgane, die Rückständigkeit gewisser Arbeitergruppen, Provokationen konterrevolutionärer Elemente oder schließlich die Nachlässigkeit der Gewerkschaftsorganisationen selbst zu offenen Konflikten in Form von Streiks in den staatlichen Betrieben u.a. führen, ist es Aufgabe der Gewerkschaften, so rasch wie möglich diese Konflikte durch Maßnahmen beilegen zu helfen, die sich aus dem Charakter der Gewerkschaftsarbeit ergeben, durch Maßnahmen, die tatsächliche Fehler und Unzulänglichkeiten beseitigen und die rechtmäßigen und erfüllbaren Forderungen der Massen befriedigen, durch politische Einwirkung auf die Massen usw.

Einer der wichtigsten und zuverlässigsten Maßstäbe für die Richtigkeit und den Erfolg der Arbeit einer Gewerkschaft läßt sich daraus feststellen, inwieweit sie erfolgreich Massenkonflikten in den staatlichen Betrieben durch eine solche umsichtige Politik vorbeugt, die auf die wirkliche und allseitige Wahrung der Interessen der Arbeiter und die rechtzeitige Beseitigung der Ursachen für Konflikte abzielt.

### 5. Über die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften

Das formale Verhalten der Gewerkschaften gegenüber der Eintragung durchweg aller Personen, die in Lohnarbeit stehen, als Mitglieder der Gewerkschaften ließ ein bestimmtes Maß bürokratischer Auswüchse in den Gewerkschaften entstehen und führte dazu, daß sie sich von den breiten Massen ihrer Mitglieder loslösten. Daher ist mit aller Entschiedenheit die freiwillige Mitgliedschaft sowohl hinsichtlich des individuellen als auch des kollektiven Eintritts in die Gewerkschaften durchzusetzen. Da die Gewerkschaften die Lohnarbeiter auf der Grundlage ihrer gemeinsamen ökonomischen Interessen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Religion und politischer Überzeugung organisieren, können sie keinesfalls von ihren einzelnen Mitgliedern die Anerkennung bestimmter politischer oder religiöser Anschauungen fordern und sie auch nicht als Bedingung für den Eintritt in die Gewerkschaften stellen. In einem proletarischen Staat kann man von den Gewerkschaftsmitgliedern nur das Verständnis für die kameradschaftliche Disziplin, für die Notwendigkeit der Einheit der Arbeiterklasse zum Schutze der Interessen der Werktätigen und der Hilfe für die Macht der Werktätigen, d.h. für die Sowjetmacht, fordern. Der proletarische Staat muß die gewerkschaftliche Vereinigung der Arbeiter in juristischer wie in materieller Beziehung fördern.

### 6. Die Gewerkschaften und die Leitung der Betriebe

Das hauptsächlichste und grundlegendste Interesse des Proletariats nach der Eroberung der Staatsmacht besteht darin, die Produktionsmenge zu steigern, die Produktivkräfte in gewaltigem Ausmaße zu erhöhen. Diese Aufgabe, die im Programm der KPR eindeutig formuliert wurde, ist jetzt bei uns durch die Zerrüttung, den Hunger und den Ruin der Nachkriegszeit besonders akut geworden. Daher ist ein rascher und möglichst dauerhafter Erfolg bei der Wiederherstellung der Schwerindustrie die Voraussetzung, ohne die ein Erfolg in der gesamten Befreiung der Arbeit vom Joch des Kapitals, ohne die der Sieg des Sozialismus undenkbar ist. Ein solcher Erfolg erfordert jedoch, unter den gegenwärtigen Verhältnissen in Rußland, daß die gesamte Macht unbedingt in den Händen der Betriebs-

leitungen konzentriert wird. Diese Leitungen, die in der Regel auf den Prinzipien der Führung durch eine einzelne Person mit eigener Verantwortung aufgebaut sind, müssen selbständig sein - sowohl hinsichtlich der Festsetzung der Löhne als auch hinsichtlich der Aufteilung ihrer Geldmittel, des Deputats und anderer Vergünstigungen, der Arbeitsbekleidung und jeglicher sonstigen Versorgung - Diese Selbständigkeit bewegt sich auf der Grundlage und im Rahmen der mit den Gewerkschaften abgeschlossenen Kollektivverträge, bei gleichzeitiger maximaler Freiheit des Manövrierens, unter strengster Überprüfung der praktischen Erfolge bei der Produktionssteigerung der verlustlosen und rentablen Arbeit, unter verantwortungsbewußter Auswahl der besten und fähigsten Verwaltungsfachleute usw.

Jede unmittelbare Einnischung der Gewerkschaften in die Leitung der Betriebe muß unter diesen Bedingungen für unbedingt schädlich und unzulässig erklärt werden.

Aber es wäre völlig falsch, diese unstrittige Wahrheit als Ablehnung der Mitarbeit der Gewerkschaften bei der sozialistischen Organisation der Industrie und an der Verwaltung der staatlichen Industrie auszulegen.

### 7. Die Rolle und die Mitarbeit der Gewerkschaften in den Wirtschafts- und Staatsorganen des proletarischen Staates

Das Proletariat ist die Klassengrundlage des Staates, der den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus vollzieht. Das Proletariat kann diese Aufgabe in einem Lande mit einer übergroßen kleinbäuerlichen Mehrheit nur dann erfolgreich erfüllen, wenn es außerordentlich geschickt, vorsichtig und allmählich ein Bündnis mit der überwiegenden Mehrheit der Bauernschaft herstellt. Die Gewerkschaften müssen unmittelbare und ständige Mitarbeiter der Staatsmacht sein, die in ihrer gesamten politischen und wirtschaftlichen Arbeit von der bewußten Avantgarde der Arbeiterklasse, der Kommunistischen Partei, geführt wird. Als Schule des Kommunismus überhaupt müssen die Gewerkschaften insbesondere eine Schule zur Leitung der sozialistischen Industrie (und außerdem allmählich der



Landwirtschaft) für die gesamte Masse der Arbeiter und darüber hinaus für alle Werktätigen sein.

Ausgehend von diesen prinzipiellen Leitsätzen, sind für die nächste Periode folgende Grundformen der Mitarbeit der Gewerkschaften in den Wirtschafts- und Staatsorganen des proletarischen Staates festzulegen:

1. Die Gewerkschaften beteiligen sich am Aufbau und der Zusammenstellung aller Wirtschafts- und Staatsorgane, die mit der Wirtschaft verbunden sind, indem sie ihre Kandidaten unter Berücksichtigung ihrer Arbeitspraxis, ihrer Erfahrung usw. aufstellen. Eine Entscheidung in dieser Frage können ausschließlich die Wirtschaftsorgane treffen, die auch die volle Verantwortung für die Arbeit dieser Organe tragen. Dabei berücksichtigen die Wirtschaftsorgane die Beurteilung aller Kandidaten, die von der entsprechenden Gewerkschaft gegeben wird.
2. Eine der wichtigsten Aufgaben der Gewerkschaften ist die Auswahl und Ausbildung von Verwaltungsfachleuten aus den Arbeitern und den werktätigen Massen überhaupt. Haben wir jetzt Dutzende von Verwaltungsfachleuten für die Industrie, die völlig zufriedenstellend arbeiten, und Hunderte mit mehr oder weniger befriedigender Qualifizierung, so brauchen wir in der nächsten Zeit Hunderte der ersten und Tausende der zweiten Gruppe. Die systematische Registrierung aller für solche Arbeit geeigneten Arbeiter und Bauern und die gründliche, allseitige, sachliche Prüfung des Ergebnisses ihrer Verwaltungsschulung muß viel sorgfältiger und beharrlicher als bisher von den Gewerkschaften durchgeführt werden.

Die Mitarbeit der Gewerkschaften in allen Planungsorganen des proletarischen Staates muß verstärkt werden, da die Planwirtschaft und die Notwendigkeit, alle Seiten des wirtschaftlichen Lebens aufeinander abzustimmen, eine Besonderheit des proletarischen Staates ist. Es ist notwendig, daß die Gewerkschaften zu dieser grundlegenden Arbeit des staatlichen Aufbaus aufs engste herangezogen werden. Daher müssen die Vertreter der Gewerkschaften zu allen Arbeiten, die Planungscharakter haben, hinzugezogen

werden, insbesondere zur Überprüfung aller Produktionsprogramme, zur Ausarbeitung von Plänen zur rationellen Vereinigung von Betrieben, zur Auswahl jener Betriebe, die vereint, und jener, die verpachtet werden sollen, zur Mitarbeit in allen Kommissionen, die an der Aufstellung von Plänen zur Wiederherstellung der Industrie arbeiten, sowie, in Zusammenhang mit den sich anbahnenden Verbindungen mit dem Ausland, zur Festlegung jener Industriezweige und Betriebe, in denen die Schaffung gemischter Gesellschaften zulässig ist, ferner zur Klärung der Bedingungen, unter denen Kapital in unsere Industrie investiert werden kann. Notwendig ist ebenfalls die Mitarbeit der Gewerkschaften bei der Erörterung aller Fragen, die von den Staatsorganen auf dem Gebiet der kulturellen Bildung, der Sozialfürsorge, der Krankenversicherung usw. ausgeworfen werden.

Die Gewerkschaften übernehmen unmittelbar keine Kontrollfunktionen über die Produktion der privaten und verpachteten Betriebe. Sie nehmen an der Regulierung der privatkapitalistischen Produktion ausschließlich durch ihre Mitarbeit in den entsprechenden staatlichen Organen teil. Neben der Teilnahme der Gewerkschaften an der kulturellen Schulungsarbeit und an der Produktionspropaganda muß die Tätigkeit der Gewerkschaften die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen immer umfassender und tiefer in den gesamten Aufbau der staatlichen Wirtschaft einbeziehen. Das geschieht dadurch, daß die Gewerkschaften die werktätigen Massen mit dem ganzen Kreis des Wirtschaftslebens und der Industriearbeit, angefangen von der Beschaffung des Rohstoffes bis zur Realisierung des Produktes, bekannt machen. Gleichzeitig vermitteln sie ihnen damit eine ganz konkrete Vorstellung sowohl von dem einheitlichen staatlichen Plane der sozialistischen Wirtschaft als auch vom praktischen Interesse der Arbeiter und Bauern, diesen Plan zu verwirklichen.

Diese Funktionen der Gewerkschaften beim Aufbau der sozialistischen Wirtschaft müssen selbstverständlich von den entsprechenden Organen der Gewerkschaften und der Sowjetmacht genau detailliert werden. Für die Hebung der Volkswirtschaft und für die Festigung der Sowjetmacht ist es das Wichtigste, - unter Berücksichtigung

sichtigung der Erfahrung aus der gewaltigen, von den Gewerkschaften bei der Organisation und der Leitung der Wirtschaft geleisteten Arbeit und auch unter Berücksichtigung der Fehler, die nicht wenig Schaden verursachten, - bewußt und entschlossen zur beharrlichen, sachlichen, auf eine lange Reihe von Jahren berechnete, praktischen Ausbildung der Arbeiter und aller Werktätigen in der Leitung der Volkswirtschaft des ganzen Landes überzugehen, wobei ständig die Arbeitsdisziplin und die dem kulturellen Niveau entsprechenden Formen des Kampfes um die Arbeitsdisziplin und die Steigerung der Arbeitsproduktivität zu heben sind.

#### 8. Die Gewerkschaften und die Spezialisten

Der Übergang der Industrie zur wirtschaftlichen Rechnungsführung erfordert die größtmögliche Ausnutzung nicht nur aller Elemente der Produktion und der Produktivität des Arbeiters; sondern auch der Techniker, Ingenieure und anderer Spezialisten, die die Produktion leiten. In dieser Beziehung haben die Gewerkschaften die Aufgabe, den Spezialisten in den wichtigsten Betrieben günstigste Arbeitsbedingungen dadurch zu schaffen, daß ihre Arbeit und ihr Wissen in gebührendem Maße bezahlt wird und daß solche Bedingungen geschaffen werden, unter denen sie die Zeit nicht für unproduktive Arbeit zur Erhaltung ihrer Existenz vergeuden müssen.

Die Gewerkschaften dürfen nicht vergessen, daß eine der Errungenschaften der Revolution das enge Bündnis und das gegenseitige Vertrauen ist, das sich in der Produktion zwischen Arbeitermassen und jenen Spezialisten entwickelt hat, die trotz aller Härten Seite an Seite mit den Arbeitern für die Erhaltung und Wiederherstellung der Industrie gearbeitet haben.

Diese enge geistige Verbindung darf in keiner Weise zerstört werden. Deshalb ist jede Verbesserung der Lohn- und Existenzbedingungen der Spezialisten planmäßig durchzuführen, wobei auf diesem Gebiete jeder Anlaß zu Konflikten irgendwelcher Art zu vermeiden ist. Daher sind in den entsprechenden Fällen den Arbeitern alle notwendigen Erklärungen über den wirklichen Wert des jeweiligen Technikers oder Ingenieurs für den Betrieb zu geben, wobei ihnen

gezeigt werden muß, daß unter anormalen Bedingungen das Wissen und die Erfahrungen dieser Personen nicht ausgenutzt werden können. Wir müssen erreichen, daß die Spezialisten, als besondere soziale Schicht, die bis zur Erreichung der höchsten Entwicklungsstufe der kommunistischen Gesellschaft eine besondere Schicht bleibt, im Sozialismus besser leben als im Kapitalismus. Sie müssen sowohl materiell als auch rechtlich besser gestellt sein; sie müssen besser leben sowohl hinsichtlich der kameradschaftlichen Zusammenarbeit mit den Arbeitern und Bauern als auch in ideeller Beziehung, das heißt, daß sie von ihrer Arbeit befriedigt und sich des gesellschaftlichen Nutzens ihrer Arbeit, unabhängig von den engstirnig-egoistischen Interessen der Klasse der Kapitalisten, bewußt sind. Wir werden das noch nicht so schnell erreichen, aber wir müssen es um jeden Preis erreichen.

Nur eine solche Behörde kann man als einigermaßen organisiert ansehen, in der eine planmäßig organisierte und praktische Erfolge zeitigende Arbeit zur allseitigen Versorgung der Spezialisten, zur Förderung der Besten von ihnen, zum Schutze und zur Wahrung ihrer Interessen usw. geleistet wird.

Die Gewerkschaften müssen die gesamte Arbeit dieser Art nicht entsprechend den Interessen einer gegebenen Behörde, sondern im Interesse der Arbeit und der Volkswirtschaft insgesamt leisten (oder systematisch an der entsprechenden Arbeit aller Behörden teilnehmen).

Die Gewerkschaften haben hinsichtlich der Spezialisten die schwerste und schwierigste Arbeit zu leisten, da sie tagtäglich auf die breitesten Massen der Werktätigen einwirken müssen, um das richtige und wechselseitige Verhältnis der Werktätigen mit den Spezialisten zu schaffen. Ihnen obliegt gleichzeitig die Auswahl und Förderung der geeignetsten und leistungsfähigsten unter den Spezialisten. Nur eine solche Arbeit kann wirklich ernsthafte praktische Ergebnisse zeitigen.

die internationale Vereinigung der Kommunistischen Parteien aller Länder - die Kommunistische Internationale.

9. Die Widersprüche in der Stellung der Gewerkschaften selbst unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats

Aus all dem oben Dargelegten ergibt sich eine Reihe von Widersprüchen zwischen den verschiedenartigen Aufgaben der Gewerkschaften. Einerseits ist ihre Hauptmethode die Überzeugung, die Erziehung. Andererseits können sie, da sie an der Staatsmacht beteiligt sind, nicht auf den Zwang verzichten. Einerseits ist es ihre Hauptaufgabe, die Interessen der werktätigen Massen im unmittelbarsten Sinne des Wortes zu schützen. Andererseits können sie, da sie an der Staatsmacht beteiligt und Erbauer der gesamten Volkswirtschaft sind, nicht auf Druck verzichten. Einerseits müssen sie auf militärische Art arbeiten; denn die Diktatur des Proletariats ist der erbittertste, härteste und verzweifeltste Klassenkampf. Andererseits sind gerade bei den Gewerkschaften spezifisch militärische Arbeitsmethoden am wenigsten angebracht. Einerseits müssen sie sich an die Massen, an ihr Niveau anpassen können, andererseits dürfen sie in keiner Weise den Vorurteilen und der Rückständigkeit der Massen gegenüber nachgiebig sein, sondern müssen deren Niveau ständig heben usw. Diese Widersprüche sind nicht zufällig und können in einer Reihe von Jahrzehnten nicht beseitigt werden. Denn solange es Überreste des Kapitalismus und der Kleinproduktion gibt, sind Widersprüche in der gesamten Gesellschaftsordnung zwischen diesen Überresten und den Keimen des Sozialismus unvermeidlich.

Damit die Arbeit der Gewerkschaften erfolgreich sei, genügt es nicht, daß sie ihre Aufgaben richtig verstehen, daß ihre Struktur richtig ist - es ist noch ein besonderer Takt, ein besonderes Können nötig, um in jedem einzelnen konkreten Fall an die Massen heranzutreten, um bei einem Minimum an Reibungen die Massen in kultureller, wirtschaftlicher und politischer Hinsicht auf eine höhere Stufe zu heben.

Die dargelegten Widersprüche werden unvermeidlich Konflikte, Unstimmigkeiten, Reibungen usw. hervorrufen. Es ist eine höhere Instanz notwendig, die genügend autoritär ist, um diese Konflikte rasch zu lösen. Diese Instanz ist die Kommunistische Partei und

10. Die Verbindung mit den Massen - die Grundbedingung für jegliche Arbeit der Gewerkschaften

Die Verbindung mit den Massen, mit der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter (und darüber hinaus auch aller Werktätigen) ist die wichtigste Grundbedingung für jegliche Tätigkeit der Gewerkschaften.

Die Organisation der Gewerkschaften und ihr Apparat, von unten bis zur höchsten Spitze, muß auf Grund jahrelanger Erfahrungen aufgebaut und praktisch erprobt sein. Notwendig ist ein System der Auslese verantwortlicher Genossen aus den Reihen der Kommunisten, die das Leben der Arbeiter führen müssen, die es durch und durch kennen, die zu beliebigen Fragen in jedem Augenblick die Stimmung der Massen, ihre wirklichen Bestrebungen, Bedürfnisse und Gedanken fehlerlos beurteilen können; die ohne einen Schatten falscher Idealisierung den Grad der Bewußtheit der Massen und die Kraft des Einflusses dieser oder jener Vorurteile und Überreste der Vergangenheit bestimmen können, die sich das grenzenlose Vertrauen der Massen durch kameradschaftliches Verhältnis zu ihnen, durch Befriedigung ihrer Nöte zu erringen verstehen. Eine der größten und drohendsten Gefahren für die zahlenmäßig kleine Kommunistische Partei, die als Avantgarde der Arbeiterklasse ein gewaltiges Land führt, das (noch ohne direkte Unterstützung fortschrittlicher Länder) den Übergang zum Sozialismus vollzieht, ist die Gefahr, sich von den Massen loszulösen, ist die Gefahr, daß die Avantgarde zu weit voraneilt, "ohne die Front begradigt zu haben", ohne dabei eine feste Verbindung mit der ganzen Armee der Arbeit, d.h. mit der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter- und Bauernmassen zu halten. Wie die beste Fabrik mit ausgezeichneten Kraftanlagen und mit erstklassigen Maschinen zum Stillstand verurteilt ist, wenn der Transmissionsmechanismus von der Kraftanlage zur Maschine fehlt, so ist auch eine Katastrophe unseres sozialistischen Aufbaus unvermeidlich, wenn der Transmissionsmechanismus von der Kommunistischen Partei

Über die Überprüfung und Erneuerung der leitenden

Organisationen der Gewerkschaften

Nach Entgegennahme des Informationsberichtes über die Arbeit der Kommission des ZK zur Überprüfung und Erneuerung der leitenden Organisationen der Gewerkschaften beschließt der XI. Parteitag der KPR(B):

- 1.) Unter Berücksichtigung, daß die Veränderung der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaften der KPR die Aufgabe stellt, die Gewerkschaften durch kommunistische Kräfte weitestgehend zu festigen, um somit die engste Verbindung mit den parteilosen proletarischen Massen herzustellen und der kommunistischen Linie in der Arbeit der Gewerkschaften auf allen Gebieten ihrer Tätigkeit Festigung und Konsequenz zu verleihen, wird konstatiert, daß die Aufgabe der Festigung der Gewerkschaften durch die Kräfte unserer Partei von allen Parteiorganisationen der Festigung der leitenden Parteiorgane gleichgesetzt werden muß.
- 2.) Die nächste praktische Aufgabe der Gouvernementskomitees und des ZK ist die Erneuerung der leitenden Gouvernements- und Zentralorgane der Gewerkschaften. Bei der Lösung dieser Aufgabe muß man sich von folgenden Grundsätzen leiten lassen:
  - a) Sekretäre und Vorsitzende der zentralen Organe müssen vor dem Oktober 1917 der Partei angehört haben, Mitglieder des Präsidiums müssen mindestens 3 Jahre, Sekretäre und Vorsitzende in den Gouvernements-Gewerkschaftsräten mindestens 3 Jahre, Mitglieder des Präsidiums mindestens 2 Jahre der Partei angehören.
- 3.) Die Auswahl muß außer der Dauer der Parteizugehörigkeit auch die Fähigkeit des jeweiligen Kommunisten zur Massenarbeit, zur schnellen Orientierung, zur Feinfühligkeit gegenüber den realen Bedürfnissen der breiten Massen berücksichtigen. Die Gouvernementskomitees und das ZK müssen sofort ihren Bestand an Parteikräften neu registrieren, um für die Gewerkschaften eine entsprechende Anzahl von Funktionären abzugeben.

zu den Massen, nämlich die Gewerkschaften, nicht richtig aufgebaut ist oder nicht richtig arbeitet. Es genügt nicht, diese Tatsache zu erklären, sich daran zu erinnern und sie zu bekräftigen, sie muß in der gesamten Struktur der Gewerkschaften und in ihrer täglichen Arbeit organisatorisch gefestigt werden.

11. Die Gewerkschaften und die kleinbürgerlichen

Einflüsse auf die Arbeiterklasse

Die Gewerkschaften sind erst dann real, wenn sie sehr breite Schichten der Arbeiter vereinigen. Daher ergibt sich unvermeidlich, besonders in einem Land, wo die Bauernschaft bei weitem überwiegt, gerade in den Gewerkschaften eine relative Widerstandsfähigkeit aller politischen Einflüsse, die Überbau über den Überresten des Kapitalismus und über der Kleinproduktion sind, - dies sind kleinbürgerliche Einflüsse, d.h. einerseits sozialrevolutionär-menschewistische (der russischen Spielart der Parteien der II. Internationale und der Internationale 2 1/2), andererseits anarchistische. Nur innerhalb dieser Strömungen blieb eine gewisse Zahl von Personen übrig, die den Kapitalismus nicht aus gewinnstüchtigen Klassenmotiven, sondern aus ideellen Motiven verteidigen, indem sie weiterhin glauben, daß die von ihnen gepredigte "Demokratie", "Gleichheit" und "Freiheit" an sich keine Klassenbedeutung hat.

Eben durch die angeführten sozial-ökonomischen Ursachen, nicht aber durch die Rolle einzelner Gruppen und noch weniger einzelner Personen sind die bei uns zu beobachtenden Überbleibsel (und auch die geringen Neuerscheinungen) solcher kleinbürgerlichen Ideen in den Gewerkschaften zu erklären. Sowohl die kommunistische Partei als auch die Sowjetinstitutionen, die die kulturelle Schulungsarbeit betreiben, sowie alle Kommunisten in den Gewerkschaften müssen daher viel mehr Aufmerksamkeit dem ideologischen Kampfe gegen die kleinbürgerlichen Einflüsse, Strömungen und Abweichungen in den Gewerkschaften widmen, um so mehr, als die Neue Ökonomische Politik zu einer gewissen Stärkung des Kapitalismus führen muß. Ein Gegengewicht demgegenüber, zum Kampf gegen die kleinbürgerlichen Einflüsse auf die Arbeiterklasse, ist dringend notwendig.

- 4.) Die Parteiorgane müssen die Abberufung von Funktionären aus der Gewerkschaftsarbeit außerordentlich vorsichtig vornehmen, sie müssen dabei ständig die Notwendigkeit hinreichender Arbeitsfähigkeit der Gewerkschaftsorgane und der Heranbildung von erfahrenen Funktionären in der Gewerkschaft, die Autorität und Einfluß in den Massen besitzen, im Auge behalten.
- 5.) Die Erneuerung der leitenden Organe der Gewerkschaften darf nur in der normalen organisatorischen Ordnung über die entsprechenden Gouvernementskongresse hinsichtlich der Gouvernementsgewerkschaftsräte und über die allrussischen Kongresse hinsichtlich der zentralen Organe der Gewerkschaftsbewegung durchgeführt werden.
- 6.) Diese Arbeit muß in erster Linie in den zentralen Gewerkschaftsorganisationen und in den Gouvernementsgewerkschaftsräten der wesentlichsten Industriegebiete durchgeführt werden.
- 7.) Dem neuen Zentralkomitee der KPR(B) wird vorgeschlagen, die Arbeit der Kommissionen auf der Grundlage der Beschlüsse des XI. Parteitagess der KPR(B) fortzusetzen.

#### Über die Finanzpolitik

- 1.) Unter den Bedingungen der alten ökonomischen Politik waren die ökonomischen Ressourcen des Sowjetstaates gleichzeitig unmittelbar auch ihre Finanzressourcen: wie die Versorgung der Arbeiter, der Angestellten und der Armee, so wurde auch die Versorgung der staatlichen Industrie mit Rohstoffen, Halbfertigfabrikaten und sonstigem Material in Naturalform durchgeführt. Dementsprechend beschränkte sich die Finanzpolitik auf die Verteilung der Banknoten, deren vollkommen zweitrangige Bedeutung durch die überaus engen Grenzen des Marktumsatzes bestimmt wurde.
- 2.) Unter den neuen Bedingungen wird die Versorgung sowohl der staatlichen Verwaltung als auch der staatlichen Wirtschaft durch den Sowjetstaat nur noch teilweise und in immer engerem Maßstabe in Form der unmittelbaren Naturalversorgung (oder der

unmittelbaren Bewegung materieller Werte) vorgenommen. Sie wird immer mehr vermittels des Marktes, d.h. vermittels des Geldes, durchgeführt.

- 3.) Die vollständige Liquidierung der staatlichen Naturalwirtschaft ist nur bei einer solchen Regulierung der Verhältnisse des Staates und des (kleinbürgerlichen und privatkapitalistischen) Marktes möglich, bei der ein beständiges und zuverlässiges Funktionieren der Versorgung der staatlichen Industrie, der Armee und der Verwaltung (mit Rohstoffen, Materialien und Lebensmitteln) über den Mechanismus der Geldzirkulation gewährleistet würde. Dazu ist es nötig, die Preise zu stabilisieren und die Abwertung der Banknoten zu blockieren. Eine Einstellung der Banknotenabwertung und eine Stabilisierung der Preise ist nur möglich, wenn das gesamte staatliche Finanzsystem geregelt wird insbesondere durch Aufstellung eines realen Staatshaushalts, durch den defizitlosen Abschluß des Staatshaushalts und durch die Steigerung des Warenumsatzes im Lande.

Die Steigerung des Warenumsatzes im Lande muß sowohl durch Produktionssteigerung und Verstärkung der Arbeit des Verkehrswesens als auch durch Erweiterung der Sphäre der Geldzirkulation auf Kosten einer Einschränkung des Naturalteiles in der staatlichen Wirtschaft und einer Verstärkung der Warenproduktion in der bäuerlichen Wirtschaft erfolgen.

- 4.) Eine gewisse Erweiterung der Sphäre der Geldzirkulation fand und findet teilweise noch bis jetzt, infolge des Überganges zur Neuen Ökonomischen Politik, statt. Sie führte im Herbst 1921 (während der Realisierung der Ernte) zu einer kurzfristigen Stabilisierung des Rubelkurses. Das Fehlen eines Gleichgewichtes in den Einnahmen und Ausgaben des Sowjetstaates untergrub diese Stabilisierung. Das gegenwärtige Haushaltsdefizit schließt die Möglichkeit einer sofortigen Währungsreform, die eine stabile Valuta schaffen soll, aus. Andererseits ist die Unmöglichkeit einer sofortigen Währungsreform durch die Hungersnot bedingt, deren Einfluß sich besonders im Ansteigen der Preise und in der Entwertung des Geldes äußert.

- 5.) Ohne sich die Aufgabe zu stellen, sofort zur Goldwährung zurückzukehren, ist es im gegenwärtigen Augenblick notwendig, nachdrücklich festzustellen, daß sich unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik entschieden auf die Wiederherstellung der Golddeckung der Währung orientiert. Das ist unumgänglich, da das Gold Weltgeld bleibt und da sich diese Bedeutung des Goldes auf dem Weltmarkt unvermeidlich auch in den Verhältnissen des Binnenmarktes äußert, sogar in einem Lande, in dem durch die Nationalisierung der Hauptzweige der Industrie und des Verkehrswesens ein Teil der Wirtschaft planmäßig geführt wird. Diese Orientierung muß sich in der Aufrechterhaltung eines unantastbaren Goldfonds und der Entwicklung der Edelmetallgewinnung praktisch ausdrücken.
- 6.) Die grundlegenden Maßnahmen der Finanzpolitik (und darunter auch der Währungsreform) sind jetzt: erstens - die Erweiterung des Warenumsatzes vor allem durch die Entwicklung des Innen- und Außenhandels, des staatlichen, genossenschaftlichen und des privaten Handels, und zweitens - die Verringerung und sodann die Beseitigung des Haushaltsdefizits, die Ausbalancierung des Budgets, mittels Einschränkung der staatlichen Ausgaben und Erhöhung der staatlichen Einnahmen sowohl in Geld- als auch in Naturalform. (Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Erhebung aller Steuern in einem einzigen Apparat vereinigt und allmählich das Schwergewicht auf die Geldsteuer verlegt werden soll.) Andererseits ist es notwendig, Zufälligkeiten in der Verteilung der Geldmittel zu beseitigen und eine beständige Finanzpraxis zu erarbeiten.
- 7.) Die Entwicklung des Warenumsatzes kann nicht ausschließlich oder auch nur zur Hauptsache über die Entwicklung des staatlichen Handels erreicht werden. Der staatliche Handel soll sich hauptsächlich mit Mitteln entwickeln, die ihm als Kredit zur Verfügung gestellt werden, wobei dieser Kredit von der Staatsbank organisiert werden kann und muß. Der genossenschaftliche Handel ist weitestgehend zu unterstützen, aber so, daß dem Staat keine Verluste daraus entstehen. Bei Verträgen und Vereinbarungen zwischen staatlichen Institutionen und Betrieben

sind die Grundlagen der Scheckverrechnung einzuführen. (Schecks, Kontokorrentabschreibung, Umlauf-Schatzanweisungen.)

- 8.) Die Notwendigkeit, das Privatkapital zum Handel zuzulassen, bedeutet auf dem Gebiete des Binnenhandels: Zulassung von Innenhandelsmonopolen lediglich zu fiskalischen Zwecken, und auf dem Gebiet des Außenhandels: Zulassung gemischter Gesellschaften, Erteilung von Handelskonzessionen usw. bei Aufrechterhaltung des Staatsmonopols.
- Dabei muß es die Hauptaufgabe der Handelspolitik sein, den Übergang der Bauernwirtschaft von der Natural- zur Warenwirtschaft voranzutreiben, da allein dieser Übergang einen Aufschwung der Produktivkräfte in der Landwirtschaft garantiert. Dieser Aufschwung der Produktivkräfte ist seinerseits wiederum die einzige Gewähr für den kürzesten Ausweg aus der wirtschaftlichen und finanziellen Krise.
- 9.) Im Kampf gegen das Defizit im Haushalt muß man vor allem von der klaren Erkenntnis ausgehen, daß der Sowjetstaat nicht genügend ökonomische und insbesondere finanzielle Reserven besitzt, um den gewaltigen Verwaltungs- und Wirtschaftsapparat aufrechtzuerhalten, mit dem er in der vergangenen Periode arbeitete und den er bis in die gegenwärtige Epoche mit Methoden aufrechterhalten hat, die unter den Bedingungen der neuen Periode, in der die Enteignung des Kleineigentums abgelehnt wird und der Prozeß der Enteignung des Großeigentums abgeschlossen ist, nicht mehr anwendbar sind. Der Sowjetstaat muß sich in kürzester Frist radikal "von jeglichem Ballast befreien" und die hauptsächlichsten, führenden Wirtschaftszweige (Verkehrswesen, Banken, Kohle, Erdöl, Metall, Textilien) in den Händen des Proletariats belassen, indem der Staat entweder die größten Betriebe dieser Zweige ganz und gar unterhält oder indem er bei Beteiligung von Privatkapital in den staatlichen Betrieben und in ihren Vereinigungen seine faktische unumstrittene Herrschaft sichert.
- 10.) In Berücksichtigung der für das gesamte Wirtschaftssystem der RSFSR ungeheuren Wichtigkeit der Industrie überhaupt und der

staatlichen Industrie im besonderen, ohne deren Entwicklung keinerlei ernsthafte Gesundung der Finanzen möglich wird, ist es nötig, daß eine Reihe Maßnahmen durchgeführt werden, die die Existenz und Entwicklung der Industrie gewährleisten.

- 11.) Mit der Regelung der staatlichen Finanzierung von Industrie und Handel müssen gleichzeitig der Verwaltungsapparat scharf eingeschränkt, die Zahl der Regierungsinstitutionen im Zentrum und im Lande vermindert und eine Reihe von Ausgaben auf den Haushalt der Gemeinden übertragen werden. Alle Ausgaben aus dem Staatshaushalt, die nicht unmittelbar mit dem Unterhalt des proletarischen Staates zusammenhängen, müssen beseitigt werden. Überall ist die quantitative Verminderung durch qualitative Erhöhung zu ersetzen, wobei die Auszahlung des Arbeitslohnes nicht von der Leitung der Produktion getrennt werden darf.
- 12.) Gleichzeitig muß der Sowjetstaat hinsichtlich der Arbeiter und Angestellten in den staatlichen Betrieben (Fabriken, Werken, Verkehrswesen usw.) und Institutionen, die vom Staate weiter versorgt werden, eine Politik betreiben, die mit allen Mitteln einer Verringerung des Reallohns vorbeugt. Es ist Aufgabe der Partei und der Gewerkschaften, dafür zu kämpfen, daß die für die Lohnzahlungen an Arbeiter und Angestellte ausgeworfenen Mittel nicht zurückgehalten und von Wirtschafts- und Verwaltungsorganen zur Befriedigung anderer Zwecke aufgewandt werden. Gleichzeitig muß ein entschlossener Kampf gegen die unrationelle Verteilung der Reserven durch staatliche Institutionen, im Sinne eines zu großen Aufwandes für den zentralen Verwaltungsapparat auf Kosten der Betriebe und der unteren Institutionen, geführt werden.
- 13.) Eine besondere Aufgabe der Finanzpolitik ist es, die Emission von Papiergeld zunächst einzuschränken und später ganz einzustellen. Diese wichtige Aufgabe, deren Verwirklichung unverzüglich begonnen werden muß, kann nur durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität, durch die Vergrößerung des Staatseinkommens aus der nationalisierten Industrie und besonders

durch erfolgreiche Durchführung der Steuerpolitik vollauf gelöst werden.

- 14.) Die Steuerpolitik muß die Aufgabe haben, den Akkumulationsprozeß durch eine direkte Besteuerung des Vermögens, des Einkommens usw. zu regulieren. In dieser Beziehung ist die Steuerpolitik die Hauptwaffe der revolutionären Politik des Proletariats in der Übergangsepoche.
- 15.) Gleichzeitig hat die Steuerpolitik unmittelbare, rein fiskalische Aufgaben, nämlich größtmögliche Einnahmen aus den Steuern zu gewährleisten. Das Steuersystem darf jedoch nicht zur Verringerung des Reallohnes der Arbeiter führen, d.h., es muß von entsprechenden Kompensationen im Arbeitslohn begleitet sein. Bei dem gegenwärtigen Zustand des Steuerapparates, der in der vergangenen Periode liquidiert wurde und jetzt mit Mühe in Gang gebracht worden ist, wird das System der direkten Besteuerung äußerst erschwert. Gleichzeitig stellt die Partei die Aufgabe, im Maß des Aufbaus des Steuerapparates das System der direkten Besteuerung zu entwickeln und allmählich von den indirekten Steuern abzugehen. Der Schwerpunkt im Steuer-(Geld-)system kann jetzt jedoch nur auf der indirekten Besteuerung liegen; da sie leichter durchgeführt werden kann (Akzisen auf Massenbedarfsgüter). Dabei wird sie durch reale direkte Steuern auf Gewerbe, Handel und spezielle Kopfsteuer (Kampf gegen die Hungersnot, gegen Epidemien) ergänzt. Die Besteuerung der Produktion und des Verbrauchs von Luxusgegenständen muß besonders scharf sein. Um eine erfolgreiche Erhebung der Geldsteuern zu gewährleisten, müssen die Partei und die Sowjetorgane ihre Aufmerksamkeit ausgesprochen auf diese Aufgabe konzentrieren und in breitem Maße die Parteikräfte für diese Aufgabe heranziehen.
- 16.) Entsprechend der Entwicklung des Außenhandels müssen die Ein- und Ausfuhrzölle eine immer größere Rolle spielen. Der Aufbau eines richtigen Systems der Ein- und Ausfuhrzölle darf jedoch keineswegs nur von fiskalischen Erwägungen ausgehen,

sondern von der Aufgabe, die Entwicklungsmöglichkeiten der staatlichen Industrie zu sichern. Der Einfuhrzolltarif darf die fiskalischen Interessen nicht außer acht lassen. Er muß aber gleichzeitig Einfuhrvergünstigungen für Nahrungsmittel bis zur neuen Ernte einräumen sowie niedrigere Sätze für die Einfuhr von landwirtschaftlichem und industriellem Inventar und Ausrüstungen gewähren.

- 17.) Die Erhöhung der Gewinne aus der staatlichen Industrie, aus Verkehrswesen und Handel, aus dem landwirtschaftlichen und dem Waldbesitz, aus der Ausbeutung der Bodenschätze, die Erhöhung der Einkünfte aus Konzessionen und Pachteinnahmen kann und muß einer der Wege zur Gesundung des Staatshaushaltes und zur Beseitigung des Defizits werden. Dabei ist zu beachten, daß die Verwandlung der staatlichen Betriebe aus unrentablen Betrieben in rentable schonungslosen Kampf gegen die Mißwirtschaft, gegen die Verantwortungslosigkeit und die Unfähigkeit im Handel erfordert, daß die Mitglieder der Partei lernen müssen, die Wirtschaft rentabel zu führen und ständig leitende Kader für die Industrie und den Handel aus den Arbeitern zu entwickeln und sie einzusetzen.
- 18.) Die Entwicklung des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land sowie die Warenzirkulation im Rahmen der städtischen und ländlichen Märkte und in noch höherem Grade die Entwicklung des Warenumsatzes auf den Auslandsmärkten können nicht erfolgreich und rasch vor sich gehen ohne starke Unterstützung durch das Kreditwesen, dessen Regulierung in den Händen der Staatsbank konzentriert sein muß. Die Schaffung entsprechender Kreditinstitute, die von der Staatsbank kontrolliert werden und zur Konzentrierung der freien Geldmittel für die produktive Ausnutzung beitragen, sowie die Schaffung eines Netzes von Institutionen für kleine und lokale Kredite (Kreditgenossenschaften) darf nur in solchen Grenzen geschehen, die die dominierende Rolle der Staatsbank nicht herabmindern. Als eines der wesentlichsten Momente zur Vorbereitung einer Währungsreform muß die Erringung einer stabilen Position der Staatsbank im Außenhandel angesehen werden. Das Emissions-

recht darf unter keinen Umständen ausländischen Banken gewährt werden.

- 19.) Alle finanzpolitischen Maßnahmen, die der Regulierung des Staatshaushalts, der Erhöhung der Einnahmen, der Korrektur der Geldzirkulation und der Organisation des Kreditwesens dienen, sind nur Palliative, da sie die Wirtschaftskrise, die die Grundlage der Finanzkrise ist, nicht überwinden können. Der Ausweg liegt allein auf dem Gebiet der Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft und in der Industrie, allein in der Erhöhung des Marktvolumens sowohl in bezug auf die Großproduktion als auch in bezug auf eine Vergrößerung des Warenangebotes seitens der bäuerlichen Wirtschaften und der Handwerksbetriebe.
- 20.) Auf dieses Ziel muß sowohl die allgemeine Wirtschaftspolitik als auch die Finanzpolitik gerichtet sein. Nach der Periode des Kriegskommunismus steht die Partei der Arbeiterklasse vor der Aufgabe, in kürzester Frist die eroberte politische Macht zu festigen, indem der im Kampf geschaffene Staatsapparat durch eine stabile Finanzbasis untermauert wird.
- 21.) Die kapitalistische Welt - und besonders und unmittelbar die kapitalistische Welt Europas - steht vor einer neuen Krise, vor neuen Kriegen und Revolutionen. Die Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus entwickelt sich unabwendbar. Die historische Rolle des ersten proletarischen Staates - Sowjetrußlands - wird um so vollständiger erfüllt werden, je schneller Sowjetrußland sich von dem Elend, von der Hungersnot und der Zerrüttung, die es ohnmächtig machen, befreit und seine ökonomische und finanzielle Mobilisierung für den weiteren Kampf und den Sozialismus durchführt.

#### Über die Arbeit auf dem Lande

1. Nach Entgegennahme des Berichts über die Arbeit der Sektion für Landwirtschaft stellt der Parteitag fest, daß das gesammelte Material über die Arbeitserfahrungen auf dem Lande ungenügend ist und stellt der Partei sowie den kommunistischen



Fraktionen aller Sowjetinstitutionen die primäre Aufgabe, die örtlichen, praktischen Erfahrungen sorgfältig zu sammeln und sehr aufmerksam zu studieren.

2. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, eine ständige Kommission des ZK zur Sammlung und Auswertung der Arbeitserfahrungen auf dem Lande und zur Ausarbeitung von Direktiven auf diesem Gebiet unter Vorsitz eines Mitgliedes des Zentralkomitees und unter Mitarbeit je eines Vertreters des Volkskommissars für Landwirtschaft und der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter zu bilden.
3. Der Parteitag hält administrative Maßnahmen gegenüber den Institutionen der landwirtschaftlichen Genossenschaften für falsch und empfiehlt in dieser Hinsicht größte Behutsamkeit.
4. In bezug auf die Bedingungen der Anwendung von Lohnarbeit in der Landwirtschaft sowie in bezug auf Verpachtung von Boden empfiehlt der Parteitag allen Funktionären, die auf diesem Gebiet arbeiten, nicht durch überflüssige formale Maßnahmen weder diese noch jene Erscheinungen zu unterdrücken und sich auf die Durchführung der Beschlüsse des letzten Sowjetkongresses zu beschränken. Gleichzeitig empfiehlt der Parteitag zu untersuchen, mit welchen praktischen Maßnahmen die Extreme und schädlichen Übertreibungen in dieser Hinsicht zweckmäßig eingeschränkt werden können.
5. Als wichtigstes und Hauptziel der gesamten Parteiarbeit unter der Bauernschaft betrachtet der Parteitag die praktische Hilfe bei der unverzüglich vorzunehmenden Erweiterung der bearbeiteten Fläche, der Erweiterung der Aussaatflächen, der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und der Linderung der schweren Not unter der Bauernschaft. Dabei muß mit allen Kräften und mit allen Mitteln der ärmste Teil der Bauernschaft unterstützt und gefördert werden. Dazu müssen in beharrlichem Bemühen Maßnahmen erarbeitet werden, die in der Praxis, selbst unter den gegenwärtigen schwierigen Bedingungen, in dieser Hinsicht durchführbar sind.
6. Der Parteitag hält es für notwendig, durch energische Maßnahmen

die Parteiarbeit auf dem Lande zu verstärken und beauftragt damit das neue ZK. Im einzelnen sind

- a) die Amtsbezirksparteiorganisationen durch Parteifunktionäre zu verstärken;
  - b) die Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter zu verstärken. Auf dieser Grundlage wird es möglich, eine Wirtschaftsorganisation der proletarisierten und wirtschaftlich schwachen Bauernschaft zu schaffen.
7. Die Arbeit der Partei auf dem Lande muß, an Stelle der früheren administrativ-zwangsmäßigen und politisch-agitatorischen Einwirkung, vornehmlich auf die wirtschaftlich-organisatorische und kulturell-erzieherische Seite gerichtet sein.
- Die Mitarbeit der Kommunisten in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Kollektiven ihres Rayons oder ihrer Umgebung ist für sie unbedingt verbindlich. Gleichermaßen sind sie verpflichtet, die Initiative zu ergreifen, diese Organisationen zu schaffen, wenn sie noch nicht vorhanden sind.
- Der Parteitag ordnet für alle Parteiorganisationen an, innerhalb eines Jahres zu erreichen, daß alle Kommunisten auf dem Lande Lehrgänge für Landwirtschaft und landwirtschaftliches Genossenschaftswesen, wenn auch nur kurzfristige, absolvieren.
8. Der Parteitag hält es für notwendig, auf der nächsten Sitzung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees ein Dekret über die einheitliche Naturalsteuer vorzulegen, um sie zu vervollkommen und besonders die Last, die der armen Bauernschaft auferlegt ist, zu erleichtern.

#### Über die Festigung der Partei und über ihre neuen Aufgaben

1. Die letzten Jahre der Arbeit der KPR (B) haben anschaulich gezeigt, welche Schwierigkeiten vor der proletarischen Partei nach der Machtergreifung, besonders in einem Land mit überwiegend nichtproletarischer Bevölkerung, erwachsen. In den 4 1/2 Jahren nach der Revolution hat die Partei eine gewaltige Arbeit geleistet und an den Fronten des Bürgerkrieges Wunder

an Heroismus vollbracht. Doch gleichzeitig stieß die Partei auf ungeheure Schwierigkeiten, die sie früher nicht gekannt hatte.

2. Seitdem die Partei zur regierenden Partei wurde, biederten sich unvermeidlich fremde, karrieristische Elemente der Partei an, vornehmlich aus den städtischen kleinbürgerlichen Schichten, die jetzt die Hauptmasse der während der gesamtrussischen Parteireinigung ausgeschlossenen Elemente bilden. Um die Partei vor dem Eindringen solcher "Anbiederer" zu bewahren, muß sie auch in Zukunft zu solchen Reinigungsmaßnahmen greifen.
3. Doch gleichzeitig müssen die Kommunisten mit folgenden Umständen rechnen. Um den Sieg des Proletariats zu festigen und in dem überaus erbitterten Bürgerkrieg seine Diktatur zu behaupten, mußte die proletarische Avantgarde allen politischen Gruppierungen, die der Sowjetmacht feindlich gegenüberstanden, die Freiheit der Organisation entziehen. Die Kommunistische Partei Rußlands blieb die einzige legale politische Partei im Land. Dieser Umstand gab der Arbeiterklasse und ihrer Partei natürlich viele Vorteile. Doch andererseits brachte dies Erscheinungen mit sich, die die Parteiarbeit äußerst erschwerten. Unvermeidlich strebten in die Reihen der einzigen legalen politischen Partei, um ihre Kräfte dort einzusetzen, solche Gruppen und Schichten, die unter anderen Bedingungen sich nicht in den Reihen der Kommunistischen Partei, sondern in den Reihen der Sozialdemokratie oder einer anderen Spielart des kleinbürgerlichen Sozialismus befunden hätten. Diese Elemente, die sich manchmal tief überzeugt für Kommunisten halten, haben in Wirklichkeit nicht den "alten Adam" des Kleinbürgertums von sich gestreift und tragen in die KPR(B) ihre kleinbürgerliche Psyche, Gewohnheiten und Denkweise hinein.
4. In den schweren Jahren des imperialistischen Krieges und des Bürgerkrieges hat sich die Zahl der Arbeiter in Rußland bedeutend vermindert. Die schweren Verhältnisse der letzten Jahre führten zu einer bedeutenden Deklassierung des Proletariats, eine zwar vorübergehende Erscheinung, die sich aber gerade in

der jetzigen Zeit besonders schwerwiegend bemerkbar macht. Ein Teil der Arbeiter ist auf dem Lande verstreut, ein anderer Teil ging zur Roten Armee. Viele ehemalige Industrieproletarier schlugen sich, sehr oft die Arbeit und den Wohnort wechselnd, von einem Tag zum anderen durch. Der Staatsapparat schluckte viele Zehntausende der besten Arbeiter auf, die damit die unmittelbare Verbindung mit den Betrieben verloren. Das Ergebnis ist, daß die Zusammensetzung der Partei in den letzten Jahren weniger gleichartig wurde.

5. Die KPR(B) ist eine Arbeiterpartei, kann aber gleichzeitig auf die Aufnahme von Bauern und Angestellten nicht verzichten. Über die Rote Armee kommt systematisch eine bedeutende Anzahl von Halbbauern, Halbarbeitern in die Partei. Die Partei darf und kann nicht darauf verzichten, solche Elemente in ihre Reihen aufzunehmen. Aber sie muß unablässig über ihre soziale Zusammensetzung wachen und mit allen Mitteln die Durchführung der Politik des Proletariats nicht in Worten, sondern in der Tat gewährleisten.
6. Die Neue Ökonomische Politik bringt für die Partei in vieler Beziehung neue Schwierigkeiten mit sich. Der Übergang vom Kriegskommunismus zur Arbeit unter neuen Bedingungen schafft in der ersten Zeit außerordentlich buntscheckige Verhältnisse. Die Arbeiterpartei, die die Diktatur des Proletariats verwirklicht, darf wie bisher in keinem Fall eine Organisationsfreiheit für Kräfte, die der proletarischen Revolution feindlich sind, zulassen. Gleichzeitig muß die Partei jedoch, da ein teilweises Wiedererstehen des Kapitalismus unvermeidlich ist, bei der Regulierung der Verhältnisse, die sich aus dieser Tatsache ergeben, auf das aktivste mitarbeiten. Von einem Parteimitglied wird verlangt, daß es zu gleicher Zeit erfolgreich zum Nutzen des Staates handeln lernt und sich nicht von den Massen loslöst. Einerseits muß der aktivste Teil der Parteimitglieder bis über die Ohren in das Gebiet der Wirtschaft und des Handels eindringen, auf dem sich gegenwärtig kapitalistische Verhältnisse geltend machen. Andererseits muß eben dieser aktivste Teil der Parteimitglieder energisch gegen die kapitalistischen Verhältnisse

kämpfen, den Massen den realen Weg zum Sozialismus zeigen und ihnen ein Vorbild der aufopfernden Arbeit für seine Verwirklichung sein.

Die Parteiarbeit führt unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik zu neuen komplizierten Erscheinungen. Ein Teil der "kommunistischen" Bauern mit kleinbürgerlicher Psyche begimmt, sich von der Partei zu entfernen, da sie die Partei als Kleinunternehmer nur einschränkt. Die kleinbürgerliche Welle zieht einige andere Elemente und sogar schwankende Arbeiter mit sich. Bei einigen, vornehmlich nichtproletarischen Elementen, sind Defaitismus, Verzweiflung, Desertation aus der Partei usw. zu beobachten. Die Partei muß entschieden und schonungslos gegen derartige Erscheinungen kämpfen.

Bei einer richtigen Linie seitens des Grundkerns der Partei wird die Zusammensetzung der Partei unter günstigen Bedingungen nicht weniger einheitlich und proletarisch werden, sondern noch einheitlicher und proletarischer.

7. Vor der Eroberung der Macht bestand die Hauptaufgabe der proletarischen Partei in der Agitation und Propaganda. Man kann mit gewisser Berechtigung sagen, daß unsere gesamte Partei vor der Oktoberrevolution das war, was heute die Abteilung Agitation der Partei sein muß. Jetzt aber, da die Partei das politische und wirtschaftliche Leben des ganzen Landes leitet, muß jede Parteiorganisation in dieser oder jener Form an dem gesamten, vielgestaltigen wirtschaftlichen, administrativen, kulturellen und politischen Leben der Übergangsperiode aktiv teilnehmen. In Zusammenhang damit fingen die Parteiorganisationen an, sich mit einem großen Apparat zu umgeben, der wiederum den Parteiorganisationen dient. Dieser Apparat wurde allmählich immer größer und begann seinerseits bürokratischen Charakter anzunehmen und eine übermäßig große Zahl von Kräften zu verschlingen. Eine der wesentlichsten Aufgaben der Partei ist es, den Dienstapparat der Partei in seinem bürokratischen Teil zu verringern - eine Aufgabe, die das ZK und die örtlichen Organisationen schon in die Hand genommen haben.

8. Die Lage der Parteiorganisationen in den verschiedenen Teilen unseres Landes ist grundlegend unterschiedlich, entsprechend der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung usw. Bei der Analyse der inneren Lage der Partei muß man unbedingt berücksichtigen, daß sich die Lage der Parteiorganisationen beispielsweise in Moskau, Petrograd und Jwanowo-Wosnessensk in vielen Beziehungen von der Lage der Parteiorganisationen beispielsweise in Sibirien, wo wir unter den Kommunisten ein gewaltiges Übergewicht der Bauern haben, oder in den Randrepubliken usw. unterscheidet. Aufgabe der Partei ist es, die Arbeit zu differenzieren und klar zu erkennen, daß sowohl die Form des Aufbaus der Organisation als auch die Arbeitsmethoden in verschiedenen Gebieten nicht in allem gleichartig sein können.
9. Dieses differenzierte Herangehen an die Parteiarbeit in verschiedenen Gebieten Rußlands widerspricht keinesfalls den Prinzipien des Zentralismus. Der Parteitag betont, daß die Partei ohne strengste Durchführung der Prinzipien des demokratischen Zentralismus das Land, das fast ein Sechstel der gesamten Erdoberfläche umfaßt, nicht führen kann.
10. Die erste Parteiereinigung, die im gesamtrossischen Maßstabe durchgeführt wurde, verlief im allgemeinen befriedigend. Aber die Partei muß klar erkennen, daß es noch gewaltiger Anstrengungen bedarf, um die Gefahren, die ihr drohen, zu beseitigen. Die Verhältnisse der Übergangsperiode bergen zweifellos die potentielle Möglichkeit einer Verschlechterung der sozialen Zusammensetzung der Partei und der Infektion mit kleinbürgerlichen Einflüssen in sich. Der proletarische Kern der Partei muß sich dieser Gefahr stets bewußt sein und alle Maßnahmen dagegen treffen, die sich aus der Gesamtheit der Bedingungen ergeben.
11. Im nächsten Jahr oder in den nächsten Jahren darf die KPR(B) nicht so sehr auf die Steigerung der Mitgliederzahl, als auf die Verbesserung ihrer qualitativen Zusammensetzung bedacht sein. Die unermüdete Arbeit an der Verbesserung der Parteizusammensetzung ist eine überaus wichtige Aufgabe der nächsten Jahre. In den stürmischen Jahren des Bürgerkrieges war es nicht

möglich, genügend Aufmerksamkeit und Kraft anzuwenden, um die marxistische Bildung und das kulturelle Niveau der einfachen Mitglieder der Partei zu heben. Die nächsten Jahre müssen gerade dieser erstrangig wichtigen Aufgabe gewidmet sein.

Der Kern der Partei muß es sich zur Aufgabe machen, nicht nur das theoretische Niveau der Parteimitglieder zu steigern, sondern ihnen auch zu helfen, qualifizierte Wirtschaftsfunktionäre zu werden. Eben unter diesem Gesichtspunkt - dem Gesichtspunkt der Aneignung einer wirtschaftlichen Qualifikation - muß die Partei ihre Mitglieder in den Wirtschaftsorganisationen, in den Gewerkschaften und unter der jungen Generation der Partei verteilen. Die gesamte Arbeit muß so betrieben werden, daß sie einer möglichst großen Zahl von Mitgliedern der Partei die Möglichkeit gibt, die ihnen übertragene Arbeit wirklich zu verbessern, sich ein Fachwissen auf einem bestimmten Gebiet anzueignen und dieses Wissen allmählich zu erweitern. Nachdem die Massenreinigung beendet wurde, die die Partei von karrieristischen und egoistischen Elementen befreit hat, vollzog sich allmählich eine Auswahl der besten Parteimitglieder - entsprechend ihrer Eignung für die Verbesserung der Wirtschaft, den Kampf gegen den Bürokratismus usw.

Um die oben erwähnten Aufgaben zu erfüllen, beschließt der XI. Parteitag der KPR(B):

1. die Resolution der Allrussischen Parteikonferenz 1921 über die Festigung der Partei in Zusammenhang mit der Auswertung der Erfahrungen bei der Überprüfung ihres Personalbestandes in der Form zu bestätigen, wie sie vom ZK der KPR(B) angenommen wurde.
2. Die Resolution und die Beschlüsse der Beratung der Sekretäre der Gebietskomitees (Oblastkomitees), des Gebietsbüros (Oblastbüros) und der Gouvernementskomitees der KPR vom 27.-29.12.1921 in der Form, wie sie vom ZK angenommen wurden, zu bestätigen.
3. Um die Arbeit des Parteiapparates zu vervollkommen, wird zusätzlich
  - a) das Zentralkomitee verpflichtet, Mitglieder des ZK in die örtlichen Parteiorganisationen zu schicken;

b) für notwendig erkannt, daß die Leiter der wichtigsten Abteilungen des ZK nach Möglichkeit Mitglieder oder Kandidaten des ZK sind. Da durch Beschlüsse von Parteitagen und Konferenzen der KPR(B) einige Punkte des Statuts abgeändert worden sind, ist dem ZK vorzuschlagen, die Aufnahme dieser Abänderungen in das Statut zu behandeln und den endgültigen Text der nächsten Allrussischen Parteikonferenz der KPR(B) zur vorübergehenden Überprüfung vorzulegen. Die Bestätigung des Statuts mit dem Gutachten der Allrussischen Konferenz ist dem ZK zu übertragen.

4. Der Parteitag betont und unterstützt besonders den Teil der Resolution der Allrussischen Dezemberkonferenz 1921 und der Beratung der Sekretäre der Gouvernementskomitees, der die Bildung marxistischer Zirkel höheren Typus, hauptsächlich Arbeiterzirkel, die Einrichtung von Parteiklubs zur Erörterung der laufenden Fragen, die Schaffung mittlerer und höherer Parteschulen im ganzen Lande und eine systematische, energische, aufmerksame und umfassende Arbeit unter der Jugend fordert. Der Drang der Arbeiter, sich weiterzubilden, muß ausgenutzt werden, um bessere Verbindung mit den Parteilosern herzustellen. Dazu sind Zirkel für Weiterbildung aus parteilosern Arbeitern zu organisieren, entsprechende Anleitungen und Lehrmittel herauszugeben. Dazu sollten die Parteilosern zur Mitarbeit an der Arbeiterpresse herangezogen und Delegiertenversammlungen in den Betrieben organisiert werden, an denen man ständig teilnehmen muß. Das sind alles gleichermaßen unmittelbare Aufgaben der Parteiorganisationen.

5. Die Eintrittsbedingungen in die KPR sind so zu verändern, daß den nicht rein proletarischen Elementen der Eintritt in die Partei erschwert wird. Hierfür wird, in Abänderung des Parteistatuts (Punkt 6, Abschnitt II), für das ganze Jahr 1922 bis zum XII. Parteitag folgende Ordnung für die Aufnahme in die Partei bestätigt.

- a) für die Aufnahme in die Partei werden drei Kategorien festgelegt:
  - 1.) Arbeiter und Rotarmisten aus der Arbeiter- und Bauernschaft;
  - 2.) Bauern (außer Rotarmisten) und Handwerker, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten;
  - 3.) Sonstige (Angestellte usw.);

b) die Aufnahme in die Partei erfolgt für Arbeiter und Rotarmisten aus der Arbeiter- und Bauernschaft bei Bestätigung durch die Kreis- (Ujesd-) und Rayonkomitees (in den Gouvernementszentren) nur bei Bürgerschaft von drei Parteimitgliedern, die drei Jahre der Partei angehören. Für Bauern und Handwerker erfolgt die Aufnahme in die Partei bei Bürgerschaft von drei Parteimitgliedern, die drei Jahre der Partei angehören, mit obligatorischer Bestätigung durch das Gouvernementskomitee. Für Sonstige (Angestellte usw.) erfolgt die Aufnahme in die Partei nur bei Bürgerschaft von fünf Parteimitgliedern, die fünf Jahre der Partei angehören, mit obligatorischer Bestätigung durch das Gouvernementskomitee;

c) die gesamte Jugend, bis zu 20 Jahren einschließlich, tritt, mit Ausnahme der Rotarmisten, nur über den Kommunistischen Jugendverband in die Partei ein. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, innerhalb eines Monats Richtlinien für die Aufnahme von Mitgliedern des Kommunistischen Jugendverbandes in die Partei auszuarbeiten;

d) ehemalige Angehörige anderer Parteien werden bis zum XII. Parteitag nur mit Bürgerschaft von fünf Mitgliedern, die fünf Jahre der Partei angehören, und nur mit obligatorischer Bestätigung des Gouvernementskomitees aufgenommen, unabhängig vom sozialen Stand des Aufzunehmenden;

e) die Namenslisten derjenigen, die in die Partei aufgenommen werden wollen, müssen vorher veröffentlicht werden;

f) bei der Aufnahme von Arbeitern sollen nach Möglichkeit parteilose Arbeiter zur Überprüfung, auf der Grundlage der bei der Parteireinigung gesammelten Erfahrungen, herangezogen werden;

g) es wird, gemäß dem Beschluß des ZK, noch einmal betont, daß die Bürger für ihre Parteianwärter voll verantwortlich sind. Das ZK wird beauftragt, zusätzlich konkrete Formen der Verantwortlichkeit auszuarbeiten.

6. Gleichzeitig ist der Einrichtung des Kandidatenstandes große Aufmerksamkeit zuzuwenden. Um den Eintritt in die Partei von hohen Anforderungen abhängig zu machen, muß die Bedeutung des Kandidaten-

standes wachsen. In Abänderung des Parteistatuts (Punkt 7, Abschnitt II) beschließt der Parteitag, daß die Kandidatenzeit für Arbeiter und für Rotarmisten aus der Arbeiter- und Bauernschaft auf mindestens 6 Monate, für Bauern und Handwerker auf mindestens 1 Jahr und für alle anderen auf mindestens 2 Jahre festgesetzt wird.

Die Punkte 8 und 9 (Abschnitt II) des Parteistatuts - über die Zahlung des Mitgliedsbeitrags durch die Kandidaten und über ihr Recht, mit beratender Stimme allgemeine öffentliche Parteiversammlungen zu besuchen - bleiben in Kraft. Ehemalige Angehörige anderer Parteien müssen, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, vor ihrer Aufnahme eine zweijährige Kandidatenzeit durchlaufen. Außerdem muß, neben der Aufstellung dieser formalen Schranken, ganz besonders die Aufmerksamkeit auf eine rationelle Ausnutzung der Kandidatenzeit gerichtet werden. Die Überführung der Kandidaten (mit beratender Stimme in der Partei) in den Stand eines Mitgliedes (mit beschließender Stimme) darf nicht mechanisch erfolgen, sondern nur dann, wenn die wirkliche Tauglichkeit des jeweils zu Überführenden für die Partei festgestellt wurde, und zwar hinsichtlich seiner revolutionären Hingabe als auch hinsichtlich seines politischen Bewusstseins. Es muß zur Regel werden, daß Kandidaten, die keine politische Grundschule durchlaufen haben, nicht als Mitglieder aufgenommen werden. Der Parteitag beschließt ergänzend, daß bei der Überführung von Kandidaten in den Mitgliederstand die Bürgschaften entsprechend den festgelegten Kategorien erneuert werden müssen.

7. Inhalt und Methoden der Zellenarbeit in den staatlichen Betrieben müssen ebenfalls entsprechend den neuen Bedingungen verändert werden. Die kommunistischen Zellen müssen mehr Initiative und Selbständigkeit bei der Wahrung der unmittelbaren Interessen der Arbeiter an den Tag legen. Jedoch muß die Zelle beharrlich Forderungen, deren Verwirklichung in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation möglich ist, aufstellen und ihre Verwirklichung durchsetzen, sofern die Forderungen dieser Arbeiter nicht den Interessen der Arbeiterklasse insgesamt widersprechen. In ihrer Arbeit muß die Parteizelle das Beispiel eines sorgsam, behutsamen Verhältnisses zur Volkswirtschaft geben. Sie muß die Abkommandierungen von

Parteimitgliedern für andere Aufgaben auf ein äußerstes Minimum senken und danach streben, daß alle Mitglieder der Zelle in produktiver Arbeit stehen und daß mehr Parteilose abkommandiert werden. Sie muß der Betriebsleitung helfen, wenn diese wirklich die Interessen der Volkswirtschaft vertritt.

Die Neue Ökonomische Politik, die Änderung des Lohntarifsystems müssen ihrerseits die Aufgaben der Zellen hinsichtlich der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Hebung der Arbeitsdisziplin grundlegend verändern. Der Kampf gegen solche Elemente, die den normalen Ablauf der Produktion stören, gegen Bummelanten und untaugliche Elemente in der Produktion muß ausschließlich durch ihre Entlarvung vor den Arbeitern des Betriebes geführt werden; Maßnahmen mittels unmittelbarer Einwirkung, mittels Zwang und Druck dürfen nur von den Verwaltungsorganen angewandt werden. Zugleich müssen die Zellen unter den Massen eine ständige Agitation betreiben, um die Wahrung und Festigung der Arbeitsdisziplin zu erreichen.

Die Arbeiter, die in Privatbetrieben beschäftigt sind, arbeiten unter den Bedingungen des unmittelbaren Klassenkampfes gegen die Unternehmer. Es ist Aufgabe der kommunistischen Zellen, Initiative zu zeigen, um die Arbeiter zu organisieren, sie in die Gewerkschaften einzubeziehen und mittels der Gewerkschaften ihren Kampf gegen die Unternehmer zu führen.

8. Der Schwerpunkt der Parteilarbeit muß dorthin übertragen werden, wo die Arbeiter leben. Es muß um jeden Preis damit Schluß gemacht werden, daß in den großen Betrieben, Siedlungen usw. die Zahl der Mitglieder unserer Parteilzellen äußerst unbedeutend ist. Die Ergebnisse der gesamtrussischen Parteilmitgliederzählung werden uns erstmalig ein genaueres Bild über die Lage geben. Das Zentralkomitee und die Gouvernementskomitees müssen eine bedeutende Anzahl von Kommunisten aus den Behörden in die Betriebe zurückführen. Der XI. Parteiltag der KPR gibt den örtlichen Parteilorganisationen und dem ZK die kategorische Anweisung, bei der Durchführung dieser Aufgaben vor nichts zurückzuschrecken. Bei der Überführung von Kommunisten in die Betriebe sollte man weniger danach streben, die

Zahl der Kommunisten in der Produktion zu vergrößern, sondern mehr danach, die kommunistischen Zellen in den Betrieben qualitativ zu verbessern.

9. Der Parteiltag hält es für wünschenswert, die Arbeit innerhalb der Gruppen der aktivsten Parteilmitglieder zweckmäßiger zu verteilen, damit die Genossen die Möglichkeit erhalten, eingehender den einen oder anderen Zweig der Parteil-, Sowjet-, Wirtschaftsarbeit oder einer anderen Arbeit zu studieren. Versetzungen der Parteilfunktionäre von einem Ort zum anderen müssen auf das notwendige Minimum reduziert werden. Besseres Eindringen in das Fach, tiefere, praktischere Spezialisierung, das ist eine der wichtigsten Aufgaben, die vor der Parteil stehen. Der Parteiltag beauftragt das ZK, die Lösung dieser Aufgabe zum Gegenstand seiner besonderen Aufmerksamkeit zu machen. Die durchgeführte gesamtrussische Zählung der Parteilmitglieder wird dazu beitragen, diese Aufgabe in verhältnismäßig kurzer Zeit zu lösen.

Eine Arbeitsteilung muß unbedingt auch unter den Mitgliedern der Gouvernementskomitees und ihrer Präsidien sowie unter den Mitgliedern der Präsidien der Gouvernements-Exekutivkomitees und in allen höheren Parteil- und Staatsorganen durchgeführt werden.

10. Die materielle Lage der einfachen Parteilmitglieder, und besonders derjenigen, die aktive Parteilarbeit leisten, ist äußerst schwer. Im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik wird sie ausweglos. Daher beauftragt der Parteiltag das ZK, alle Maßnahmen zu treffen, um für den Kern von Funktionären, die die Hauptlast der Arbeit auf ihren Schultern tragen, befriedigende Lebensbedingungen zu schaffen. Die Parteil kann und darf nicht für jedes ihrer Mitglieder Privilegien verlangen. Doch sie hat das Recht, und sie ist verpflichtet, denen ihr Stück Brot und erträgliche Existenzbedingungen zu gewährleisten, deren Kräfte durch die schwere, mühsame, aber äußerst wertvolle organisatorische und andere Kleinarbeit in den örtlichen Parteilorganisationen, in den Städten, Kreisen (Ujesd) und Amtsbzirken (Wolost) ganz und gar in Anspruch genommen sind.

Eine rationelle Organisation der gegenseitigen Hilfe ist ganz unumgänglich.

Der Parteitag hält es für unaufschiebbar, daß Formen der gegenseitigen Hilfe für notleidende Kommunisten, die unter besonders schweren Bedingungen leben, sowie für Invalide, Demobilisierte usw., die ihre Gesundheit und ihre Kräfte in der revolutionären und Partearbeit eingebüßt haben, ausgearbeitet und verwirklicht werden.

Bei unvermeidlichen Mobilisierungen und Versetzungen von Genossen und Gruppen von Parteimitgliedern müssen die örtlichen Organisationen und das ZK für Maßnahmen Sorge tragen, die den daheimgebliebenen Familien der mobilisierten Genossen ihre Lage erleichtern. Besondere Aufmerksamkeit muß den demobilisierten Genossen aus der Armee gewidmet werden, die sich oft, nachdem sie von der Front zurückgekehrt sind, in einer verzweifelt materiellen Lage befinden. Es ist notwendig, Hilfe für die Familien gefallener und ermordeter Kommunisten zu organisieren.

Die gegenseitige Hilfe innerhalb der Partei muß durch besondere Kommissionen bei den Parteikomitees durchgeführt werden. Diese Kommissionen schaffen sich keinen eigenen Apparat, sondern benutzen für ihre Arbeit den Apparat der Parteikomitees.

Die Kommissionen müssen unbedingt zu ihrer Arbeit Vertreter der Kontrollkommissionen, der Parteizellen und einzelne alte Genossen, die große Autorität haben, heranziehen. Die gesamte unmittelbare materielle Hilfe wird über den Parteiapparat der Rayon-, Kreis- (Ujesd-) und Amtsbezirkskomitees (Wolostkomitees) durchgeführt.

Quellen für die materielle gegenseitige Hilfe sind sowohl die allgemeinen Mittel der Partei als auch verschiedene Abgaben (Pflicht-, freiwillige, spezielle Abgaben usw.) der Mitglieder der betreffenden Parteiorganisationen. Der Parteitag hält es für eine brennende Notwendigkeit, mit den großen Unterschieden in der Bezahlung der verschiedenen Gruppen von Kommunisten Schluß zu machen. Er beauftragt daher das ZK, in kürzester Frist die Frage der übermäßig hohen Bezahlung von Parteimitgliedern zu regeln und Grenzen festzusetzen. Die diese Grenzen übersteigende Summe ist für die gegenseitige Hilfe der Partei zu verwenden.

11. Die Partei muß klar die Gefahren erkennen, die mit der Neuen

Ökonomischen Politik verbunden sind; sie muß mit größter Energie gegen jeden Versuch kämpfen, die Neue Ökonomische Politik zur Verpflanzung bürgerlicher Sitten in die Partei auszunutzen. Die Versuche von "Kommunisten", Leitern von Staats- und Wirtschaftsorganen, sich persönlich zu bereichern, sind schonungslos zu unterdrücken. Zu diesem Zweck muß die Arbeit der Gouvernementskontrollkommissionen und der allrussischen Kontrollkommissionen verbessert werden. Diese Kommissionen müssen aus den erfahrensten Genossen bestehen.

Schonungslos sind Intrigen und "Gruppierungen" zu verfolgen, die an verschiedenen Orten zur völligen Lähmung der Partearbeit geführt haben. Der Parteitag beauftragt das ZK, beim Kampf gegen solche Erscheinungen vor dem Ausschluß aus der Partei nicht zurückzuschrecken.

12. Eine äußerst wichtige Aufgabe besteht gegenwärtig darin, eine richtige Arbeitsteilung zwischen den Partei- und den Sowjetorganen, eine genaue Abgrenzung der Rechte und Pflichten für beide festzulegen. Schon der VIII. Parteitag der KFR(B) (im Jahre 1919) hob in seiner Resolution zu den Organisationsfragen hervor (siehe Abschnitt C - "Die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Partei und den Sowjets"):

"Man darf auf keinen Fall die Funktionen der Parteikollektive mit den Funktionen der staatlichen Organe, der Sowjets, vermischen. Eine solche Vermischung würde, besonders im Militärwesen, zu schädlichsten Ergebnissen führen ... Die Partei bemüht sich, die Tätigkeit der Sowjets zu lenken, nicht aber sie zu ersetzen"

Der XI. Parteitag unterstützt diese Erklärung mit besonderem Nachdruck. Auf der Tagesordnung steht eine gewaltige Aufgabe, die viele Jahre unermüdlicher Arbeit erfordert, die Aufgabe der Wiederherstellung der Volkswirtschaft. Diese Aufgabe kann nur dann gelöst werden, wenn richtige und gesunde gegenseitige Beziehungen zwischen den Parteiorganisationen und den Wirtschaftsorganen hergestellt werden. Hob die Partei im Jahre 1919 hervor, daß die Verwirrung der Funktionen im Militärwesen verderbliche Ergebnisse

zeitigen würde, so erklärt die Partei im Jahre 1922, daß eine solche Verwirrung ganz verhängnisvolle Ergebnisse auf dem Gebiete der Wirtschaft zur Folge haben würde.

Die Parteiorganisationen dürfen sich keinesfalls in die tägliche laufende Arbeit der Wirtschaftsorgane einmischen; sie sind verpflichtet, sich auf dem Gebiet der Sowjetarbeit administrativer Verfügungen überhaupt zu enthalten. Die Parteiorganisationen müssen die Tätigkeit der Wirtschaftsorgane lenken, sie dürfen diese aber keinesfalls ersetzen oder ihnen die persönliche Verantwortung abnehmen. Das Fehlen einer strengen Abgrenzung der Funktionen und kompetenzlose Einmischungen führen dazu, daß die strenge und genaue Verantwortlichkeit des einzelnen für die ihm übertragene Sache verlorengeht, daß der Bürokratismus in den Parteiorganisationen, die alles und nichts machen, vergrößert wird, daß die Spezialisierung der Wirtschaftsfunktionäre - das Studium einer Frage in all ihren Einzelheiten, die Aneignung wirklich fachlicher Erfahrungen - gehemmt wird. - Kurz: Sie erschweren die richtige Organisierung der Arbeit.

Die Parteiorganisationen müssen die beständige Leitung der Sowjetinstitutionen und der Wirtschaftsorgane gewährleisten, sie wählen die leitenden Funktionäre aus und erziehen die gesamte Masse der Parteimitglieder, die in diesen Organen arbeiten. Die Parteiorganisationen erläutern den Arbeitermassen die Bedeutung der Neuen Ökonomischen Politik, insbesondere die Wichtigkeit und die Bedeutung des Handels, der, unter den gegebenen Bedingungen in Sowjetrußland, zur Methode des sozialistischen Aufbaus wird. Die Parteiorganisationen kämpfen gegen Vorurteile, die die richtige Entwicklung der wirtschaftlichen Tätigkeit hemmen. Sie führen ihre Agitation nicht abstrakt durch, sondern in der Hauptsache angewandt auf die wirtschaftlichen Aufgaben der gegebenen Zeit auf dem gegebenen Gebiet. Die Parteiorganisationen dürfen sich keinesfalls auf schablonenhafte Agitation beschränken, die mit dieser oder jener "Woche" verbunden ist, sondern erziehen systematisch in ihren Mitgliedern ein wirklich ernstes und tiefes Interesse für wirtschaftliche Fragen. Die Parteiorganisationen geben die besten ihrer Funktionäre für die unmittelbare Arbeit in den Wirtschaftsorganen

ab. Die Parteiorganisationen selbst lösen wirtschaftliche Fragen jedoch nur in den Fällen und auf den Gebieten, wo diese Fragen wirklich eine prinzipielle Lösung durch die Partei erfordern.

13. Einerseits sind im Lande nur sehr geringe kommunistische Kräfte vorhanden, ganz besonders in den Randgebieten, wo es oft keine Möglichkeit gibt, die kommunistische Leitung der verantwortungsvollsten Arbeitsgebiete zu gewährleisten. Andererseits aber sind in den zentralen Sowjet-, Wirtschafts- und Parteiinstitutionen die Kräfte sehr konzentriert. Deswegen billigt der XI. Parteitag im Prinzip die vom ZK unternommene Arbeit zur Versetzung von Funktionären der zentralen Institutionen aus Moskau in andere Orte und schlägt vor, diese Versetzungen innerhalb von 2 Monaten so durchzuführen, daß mindestens 1 000 Genossen davon erfaßt werden.

Resolution der Dezemberkonferenz der KFR 1921 zur Frage der Festigung der Partei, im Zusammenhang mit der Auswertung der Erfahrung bei der Überprüfung des Mitgliederbestandes der Partei.<sup>1)</sup>

Die abgeschlossene Kampagne zur Überprüfung des Mitgliederbestandes der Partei hat die untauglichen Elemente aus den Reihen der Parteiorganisationen entfernt. Sie stellt nunmehr vor unsere Partei die Notwendigkeit des engsten kameradschaftlichen Zusammenschlusses der in unseren Reihen verbliebenen Mitglieder. Indessen hindert der Nachhall dieser vergangenen Kampagne häufig die Herstellung dieses Zusammenschlusses. Deshalb hält es die Konferenz für ihre Pflicht, alle Mitglieder der Partei aufzurufen, sämtliche von der Kommission zur Überprüfung des Mitgliederbestandes der Partei bearbeiteten Einsprüche und Beschuldigungen vollständig zu liquidieren. Nach der Überprüfung der Partei ist die Konferenz der Ansicht, daß von nun an nur die Ergebenheit für die Interessen der Arbeiterklasse und für die proletarische Revolution Maßstab bei der Beurteilung der Qualitäten jedes Parteimitglieds sein darf.

1) Diese Resolution wurde durch den Parteitag bestätigt.  
Red. d. russ. Ausgabe.



Die Kampagne zur Überprüfung der Parteimitglieder förderte bedeutende Mängel auf fast allen Gebieten des Partellebens und der Parteiarbeit zutage. Alle diese Mängel, die die Geschlossenheit und die Einheit der Partei untergraben, kann man in drei Hauptgruppen einteilen: a) Mängel, die durch den falschen Aufbau des Parteiapparates oder die falschen Arbeitsmethoden dieses Apparats bedingt sind; b) Mängel, die durch die schwache ideologische Erziehung und den schwachen kameradschaftlichen Zusammenhalt bedingt sind. Das wurde hauptsächlich dadurch hervorgerufen, daß es eine bedeutende Anzahl neuer Mitglieder in der Partei gibt, die erst nach der Revolution eingetreten sind; c) Mängel, die mit der unterschiedlichen sozialen Zusammensetzung der Partei zusammenhängen. Diese Mängel sind unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik besonders zu berücksichtigen.

Angesichts dessen, daß die Grundlinie der Partei zu diesen Fragen in den Beschlüssen sowohl der vorausgegangenen Konferenzen als auch des X. Parteitages ausgearbeitet worden war, ist die Konferenz der Meinung, daß die Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks weniger im Suchen nach neuen Maßnahmen besteht, als darin, die Durchführung der bereits ausgearbeiteten Beschlüsse zu gewährleisten. Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen hält die Konferenz folgende Ergänzung zu den früheren Beschlüssen für notwendig:

#### I. Auf parteiorganisatorischem Gebiet

Die Mitgliederzahl der Büros der Gouvernements- und Gebietskomitees (Oblastkomitees) von 5 Genossen, wie sie sich in der Praxis herausgebildet hat, wird für normal betrachtet. Eine Erhöhung der Mitgliederzahl der Büros für die angeführten Komitees ist, falls notwendig, nur mit Einverständnis des ZK (oder in den Gebieten (Oblast) der Gebietskomitees (Oblastkomitees) zulässig. Gleichzeitig ist die Anzahl der Sitzungen und Kommissionen, insbesondere aber die Bildung jeglicher zeitweiligen Kontrollorgane auf ein Minimum herabzusetzen. Die Aufmerksamkeit der somit frei werdenden Funktionäre ist auf die unmittelbare Erfüllung von Parteaufgaben zu konzentrieren.

b) Den Parteiorganisationen wird zur Pflicht gemacht, der Zusammensetzung der Sekretäre der Gouvernements- und Kreiskomitees (Ujesdkomitees) besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Dazu sind für die Arbeit in den Gouvernementskomitees Genossen, die vor der Oktoberrevolution in die Partei eingetreten sind, und für die Kreiskomitees (Ujesdkomitees) Genossen mit einer dreijährigen Parteizugehörigkeit auszusuchen. Ausnahmen sind nur mit Einverständnis der übergeordneten Parteiinstanz zulässig. Gleichzeitig spricht die Konferenz den Wunsch aus, daß die Sekretäre der Gouvernements- und Kreispartei-komitees von der übergeordneten Parteiinstanz bestätigt werden. Die Konferenz beschließt, daß dieser Vorschlag dem XI. Parteitag zur Bestätigung vorgetragen wird.

c) In Anbetracht der ungeheuren Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung, in Anbetracht einer möglichen opportunistischen Abweichung innerhalb dieser Bewegung, falls eine ständige und feste Führung durch die Partei fehlen sollte, beschließt die Konferenz, nur alte erfahrene Parteimitglieder, die in der Vergangenheit keiner anderen politischen Partei angehörten, mit verantwortlicher Gewerkschaftsarbeit zu betrauen. Dabei muß diese Erneuerung der führenden Gewerkschaftsorgane mit der notwendigen Behutsamkeit und allmählich durchgeführt werden. Gleichzeitig hält es die Konferenz für notwendig, daß die von den Fraktionen vorgeschlagenen Vorsitzenden und Sekretäre für die zentralen Komitees der Gewerkschaften bereits vor der Oktoberrevolution in die Partei eingetreten sein müssen. Die Sekretäre der Gewerkschaftsräte in den Gouvernements müssen mindestens 3 Jahre der Partei angehören. Dabei sind Ausnahmen, die im Punkt über die Sekretäre der Parteikomitees vorgesehen sind, zulässig.

d) Im Zusammenhang mit der Reinigung der Partei ist eine rationelle Neuverteilung der Kräfte der Partei durchzuführen, wobei zu berücksichtigen ist, daß einerseits junge, noch nicht ausgenutzte Funktionäre herangezogen werden, und daß andererseits Genossen, die gleichzeitig mehrere Sowjet- und Parteifunktionen bekleiden, von dieser schädlichen Überlastung befreit werden.

e) Wegen der erschwerten Arbeitsbedingungen und der Notwendigkeit einer strengeren Spezialisierung und um nicht in Worten, sondern

in der Praxis die Garantie für die wirkliche Durchführung von ausgesprochenen Parteaufträgen zu schaffen, sind Kader von Berufs-Organisatoren und -propagandisten heranzubilden, die nur in Ausnahmefällen zu anderen Arbeiten herangezogen werden dürfen.

f) Der Arbeitsapparat der Parteikomitees ist auf ein Minimum zu verringern und seine qualitative Zusammensetzung zu erhöhen. Er ist vor häufigen Auswechslungen zu bewahren, um dadurch die Möglichkeit der Kontinuität in der Arbeit zu gewährleisten.

g) Gouvernements-, Kreis- (Ujesd-) und Rayonparteikonferenzen dürfen nicht häufiger als einmal in 6 Monaten und die Neuwahlen der Büros der Zellen nicht häufiger als einmal in 3 Monaten durchgeführt werden.

## II. Auf partelerzieherischem Gebiet.

a) Besondere Aufmerksamkeit ist darauf zu richten, den Parteimitgliedern, besonders den jungen Mitgliedern, die Bedeutung und die Rolle der Parteieinheit und der Parteidisziplin zu erklären. Diese Frage muß einen bedeutenden Platz in der Parteipropaganda und -agitation einnehmen, wobei die Notwendigkeit der Disziplin unbedingt durch Beispiele unserer Siege und Niederlagen aus der gesamten historischen Entwicklung der Partei zu illustrieren ist.

b) Die Parteschulen, deren Anzahl stark gesteigert werden muß, müssen ständige Lektoren besitzen. Die Bibliotheken der Schulen sind zu verbessern. Die Schulen müssen es sich zum Ziel setzen, die festgesetzten Lehrgänge tatsächlich so vollständig wie möglich durchzuführen.

c) Das Netz der Parteschulen ist auf Kosten der Lehranstalten, die keine unmittelbare erzieherische Bedeutung für die Arbeiterklasse haben, wie z.B. Theaterschulen, Schulen für bildende Künste usw., zu erweitern. Dazu muß das ZK der Partei das Budget des Hauptkomitees für politische Aufklärung überprüfen. In den bedeutendsten Gebietszentren (Oblastzentren) sind die Parteihochschulen zu organisieren, die den gestiegenen ideologischen Anforderungen der Parteimitglieder entsprechen. Die Einrichtung und die Arbeit der verschiedensten Zirkel, besonders von Zirkeln zum Studium des Marxismus, einzel-

ner Fragen des wissenschaftlichen Sozialismus, der Theorie und Praxis der Parteiarbeit usw. sind zu fördern, wobei ihre Tätigkeit ihren organisatorischen Halt in den Diskussionsklubs der Partei finden muß.

d) Der "Tag der Partei" ist dem Wesen nach zu einem Tag der Festigung der Partei zu machen; er ist sowohl mit Rechenschaftsberichten als auch mit Referaten und Diskussionen über die Themen der gegenwärtigen Aufgaben der Partei sowie über Themen der Geschichte, der Siege, Niederlagen, Helden und Märtyrer der Partei usw. auszufüllen. An diesem Tage soll sich jedes Parteimitglied als Kämpfer für eine große Idee und als Mitglied einer großen Partei fühlen.

## III. Auf dem Gebiet des Mitgliederbestandes der Partei und der materiellen Lage der Kommunisten

Um sich einerseits vor der Gefahr einer wiederholten Verunreinigung des Mitgliederbestandes der Partei zu sichern, und um andererseits für jedes Parteimitglied Bedingungen zu schaffen, die seine möglichst rasche Erziehung im Sinne der Partei fördern und zur Festigung der Parteieinheit beitragen, beschließt die Konferenz:

a) Bis zum XI. Parteitag das Aufnahmeverfahren für neue Parteimitglieder, das von der zentralen Überprüfungscommission in der Periode der Reinigung festgelegt wurde, beizubehalten. Ausnahmen sind nur für Arbeiter und Bauern zulässig, die ihre Ergebenheit für die Revolution während des Bürgerkrieges bewiesen und eine bewußte Einstellung zum Kommunismus offenbart haben. Die Konferenz spricht auch den Wunsch aus, daß der XI. Parteitag das Statut in dem Teil, der die Bedingungen für die Aufnahme neuer Mitglieder betrifft, unbedingt abändern möge.

b) Den einfachen Parteimitgliedern sind Parteipflichten in dem Maß zu übertragen, daß sie mindestens drei freie Abende in der Woche haben, damit ihre materielle Existenz nicht untergraben wird und sie die Möglichkeit erhalten, selbständig ihr Wissen zu vervollständigen.

#### IV. Die Parteireserven

Bei der täglichen Arbeit muß man stets im Auge behalten, daß der Komsomol, die Rote Armee und die Frauenausschüsse unsere Hauptreserven sind.

##### a) Der Komsomol.

Die Arbeit unter der Jugend ist der allgemeinen Partearbeit näherzubringen. Dabei ist der ideologisch-erzieherischen Arbeit unter der Jugend große Aufmerksamkeit zu widmen, ihre Organisation ist von verwaltungstechnischen Funktionen und von der Vertretung in Sowjetinstitutionen verschiedenster Art zu entlasten. Gleichzeitig muß der kommunistischen Arbeit unter der ländlichen Jugend, die die schweren Bedingungen des alten zaristischen Regimes nicht erlebte und daher leichter dem Einfluß der sowjetfeindlichen Agitation verfallen kann, besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

##### b) Die Rote Armee

Angesichts dessen, daß die Rote Armee jetzt hauptsächlich aus jungen Jahrgängen besteht, die für Einflüsse jeglicher Art äußerst empfindsam sind, steht vor der Partei die dringendste Aufgabe, die Kasernen zu Parallelabteilungen der Parteischulen zu machen. Die politische Arbeit in der Roten Armee muß so gestaltet werden, daß der Rotarmist nach zwei Dienstjahren die Kaserne mit einem Wissen verlassen kann, das dem Wissen der Absolventen der Gouvernements-Parteischulen nicht nachsteht. Für den politischen Apparat der Armee ist ein stabiler Kaderstamm an politischen Funktionären zu gewährleisten.

##### c) Die Frauenausschüsse.

Unter dem Gesichtspunkt, daß die Frauenausschüsse in der nächsten Zeit eine große organisatorische und agitatorische Arbeit zur Einbeziehung der breiten Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen in den Partei-, Sowjet-, genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Aufbau leisten müssen, hält es die Konferenz für notwendig, mit der liquidatorischen Stimmung eines Teils der Genossen auf diesem Arbeitsgebiet Schluß zu machen, für die Leitung dieses Gebiets erfahrene und beharrliche Genossen einzusetzen und den Apparat der

Frauenausschüsse zu verbessern.

#### Praktische Vorschläge zu organisatorischen Fragen des Parteaufbaus (als Ergänzung zur Resolution über die Festigung der Partei im Zusammenhang mit der Parteireinigung)

(Resolution der Beratung der Sekretäre der Gebietskomitees (Oblastkomitees), Gebietsbüros (Oblastbüros) und Gouvernementskomitees der KPR)<sup>1)</sup>

##### I. Der Zustand der Parteiorganisationen und der Kampf für die Festigung der Parteiverbundenheit

In Verbindung mit der politisch leitenden und organisatorischen Tätigkeit der Parteiorganisationen im Lande auf dem Gebiet des Sowjetaufbaus und der wirtschaftlichen Wiederherstellung des Landes stehen gegenwärtig alle Parteiorganisationen vor folgenden drei erstrangigen und überaus wichtigen Aufgaben: 1) Die allseitige Festigung der Solidarität, Geschlossenheit und Einheit innerhalb der Partei; 2) die Verstärkung der ideologisch-kommunistischen Erziehung, d.h. der innerparteilichen Arbeit zur Förderung der kommunistischen Entwicklung und zur Hebung des kommunistischen Bewußtseins besonders der jungen Parteimitglieder, die nach der Februarrevolution und nach der Oktoberrevolution in die Partei eingetreten sind und 3) die Stärkung der Parteidisziplin.

1. Um die erste Aufgabe zu lösen, ist es nötig, mit der ganzen Autorität sowohl der Partei als Ganzes als auch ihrer örtlichen Organisation einen entschlossenen Kampf gegen Erscheinungen jeder Art zu führen, die die Parteiorganisationen zersetzen. Solche Erscheinungen sind hauptsächlich Streitereien aller Art, Zwietracht, "Abrechnungen" durch einzelne Personen und ganze Gruppen über Fragen, die oft nicht prinzipiellen, sondern nebensächlichen, persönlichen Charakter haben oder nur eine bestimmte Gruppe angehen, sowie die Verbreitung dieser Art Zank, Zwietracht und Streiterei (was man in der Parteisprache gewöhnlich Klatscherei nennt) in die gesamte Parteiorganisationen und in die Masse der Parteimit-

1) Diese Resolution wurde vom Parteitag bestätigt (Red.d.russ.Ausg.)

glieder, die oftmals wenig vorbereitet ist, solchen Erscheinungen eine entschiedene Abfuhr zu erteilen.

Deshalb muß die Partei als Ganzes in Zukunft das Hineintragen von Zank und Streit solcher Art in das innerparteiliche Leben und in die organisatorische Tätigkeit sowie das Bestreben, bewußt oder unbewußt die gesamte Organisation oder ein Teil der Organisation auf diesen Weg zu ziehen, als schwerstes Vergehen gegen die Partei betrachten, als Vergehen, das Zersetzung in ihre Reihen trägt und gegen ihre innere Solidarität, Geschlossenheit und Einheit gerichtet ist. Solche Parteimitglieder müssen als Personen betrachtet werden, denen ihre persönlichen, privaten Bestrebungen und Interessen höher stehen als die Ziele und Interessen der gesamten Partei, denen Zank und Streit aus persönlichen Motiven innerhalb der Partei höher stehen als die Solidarität, die innere Geschlossenheit und die organisatorische Einheit der Partei. Daher müssen solche Parteimitglieder oder einzelne Gruppen von Mitgliedern den härtesten Parteistrafen unterliegen und, im Falle der Unverbesserlichkeit, aus den Reihen der Partei ausgeschlossen werden.

2. Die Aufgabe, die kommunistische Erziehung zu verstärken und das politische Entwicklungsniveau der jungen Parteimitglieder zu heben, ist in der Resolution über die Festigung der Partei genügend dargelegt und behandelt worden. Die Erfüllung der in dieser Resolution gestellten Aufgaben ist das wirksamste und mächtigste Mittel zur Festigung der innerparteilichen Geschlossenheit.

3. Hinsichtlich der Festigung der Parteidisziplin sind die praktischen Aufgaben, auf die in der Resolution über die Festigung der Partei hingewiesen wird, als ausreichend zu betrachten.

4. Neben der Durchführung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie ist es eine wichtige Aufgabe der örtlichen Parteikomitees, in der täglichen praktischen Arbeit einen Kampf zu führen gegen Mißbrauch und Entstellung der Demokratie innerhalb der Partei sowie gegen alle Erscheinungen und Methoden, welche Reibungen, Zank, Zwietracht und Feindschaft innerhalb vieler Organisationen im Lande mit sich bringen. Dieser Kampf muß mit der Realisierung der wirklichen Parteidemokratie verknüpft werden, er muß in der Parteilarbeit zu

einem Instrument gemacht werden, das zur allseitigen Klärung der Meinung der Parteimitgliedermassen beiträgt, zu einem Instrument der Entwicklung und Hebung ihres Bewußtseins, indem eine wirkliche innerparteiliche Geschlossenheit, Solidarität und Einheit hergestellt wird.

5. Es ist ein entschlossener Kampf gegen die Erscheinungen der Desertion aus der Partei zu führen, die sich in Drohungen seitens schwankender und rückständiger Parteimitglieder äußert, unter diesem oder jenem Vorwand den Namen und die Pflichten eines Mitgliedes der Partei von sich zu werfen.

6. Da die rechtzeitige und vollständige Erfüllung aller Parteiaufgebote besonders notwendig ist, muß die persönliche Verantwortung für ihre Durchführung nicht nur den Sekretären, sondern allen Mitgliedern der entsprechenden Parteikomitees auferlegt werden. Bei Nichterfüllung sind alle Parteistrafen bis zum Ausschluß aus der Partei anzuwenden.

## II. Der organisatorische Aufbau der Partei

(die nächsten praktischen Aufgaben des Parteaufbaus)

1. Das Bestehen besonderer Stadtkomitees in Gouvernements und Kreisstädten (Ujesdstädten) wird für unzweckmäßig angesehen. Es wird empfohlen, an ihrer Stelle in Städten mit zahlreichen Parteiorganisationen je nach Notwendigkeit Rayonkomitees zu schaffen, die dem Gouvernementskomitee unmittelbar unterstellt sind.

2. Die städtischen Rayonkomitees in den Gouvernementsstädten unterstehen nicht den Kreiskomitees (Ujesdkomitees) eben dieser Städte, sondern direkt dem Gouvernementskomitee. Die Kreiskomitees (Ujesdkomitees) haben eine andere Aufgabe - sie sollen die Parteilarbeit im Kreis (Ujesd), im Amtsbezirk (Wolost), in den Dörfern anleiten und festigen.

3a) Auf Grund der Resolution über die Festigung der Partei im Zusammenhang mit der Parteilreinigung, in der als notwendig festgestellt wurde, daß Kader für die parteiorganisatorische Arbeit heranzubilden sind, ist unverzüglich mit der Auswahl solcher Organisatoren zu beginnen. In den großen Betriebszellen und in den Städten sind Rayonorganisatoren einzusetzen, die für die tagtäglich-

liche Parteiarbeit der Organisation, in der sie als Organisator arbeiten, verantwortlich sind. Die Organisatoren werden von ihren Organisationen aufgestellt und von den übergeordneten Komitees bestätigt.

b) Außerdem ist es zweckmäßig, Gouvernements- und Kreis- (Ujesd-) instrukteur-Organisatoren einzusetzen, deren Anzahl sich nach der Größe und Anzahl der Kreise (Ujesde) im Gouvernement richtet, z.B. 2 - 4 - 5 Gouvernementsinstrukteure (einer für 3 Kreise) und 3 Kreisinstrukteure für den Kreis (Ujesd).

c) Es ist zweckmäßig, die Rayonkomitees, welche Dorfzellen und Amtsbezirks- (Wolost-) komitees vereinen, aufzulösen. Ausnahmen sind für Industriezentren innerhalb der Kreise (Ujesde) zulässig.

d) Zugleich ist es notwendig, daß die Mitglieder der Gouvernementskomitees und ihre Sekretäre systematisch die einzelnen Orte besuchen und regelmäßig Berichte der einzelnen Kreis- (Ujesd-) komitees, Rayonkomitees und der wichtigsten Zellen über ihre Tätigkeit entgegennehmen, um sich mit der Parteiarbeit an Ort und Stelle bekannt zu machen und sie anzuleiten. Dabei ist das Büro des Gouvernementskomitees verpflichtet, darüber zu wachen, daß die Tätigkeit der Organisatoren wie der Mitglieder des Gouvernementskomitees während ihrer Reisen einheitlich und systematisch verläuft, damit sich keine widersprüchlichen Hinweise und Anordnungen, unnötige Verzerrungen und Verwirrungen in den von ihnen geleiteten Organisationen ergeben.

### III. Über die Arbeit der Parteizellen

1. Aufgabe des Organistors der Zelle ist nicht nur die Gestaltung der Arbeit in der Zelle selbst, sondern auch die Stärkung und Anleitung der Arbeit der Zellenmitglieder unter den Arbeiter- und Bauernmassen.

2. Bei allen Fragen, die die Mitglieder der Zelle interessieren, oder bei allen Fragen, die die Arbeiter- und Bauernmassen bewegen, hat der Organisator die Pflicht, vor den Mitgliedern der Zelle diese Fragen umfassend zu klären und zu erörtern, entweder, indem er Referenten ausfindig macht und sie zur Versammlung der Zelle hinzu-

zieht, oder durch Organisierung einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder aller Zellen im Rayon.

3. Für die Sekretäre der Zellen ist eine einjährige Parteizugehörigkeit als Norm anzusehen. Ausnahmen sind mit Zustimmung der übergeordneten Parteikomitees zulässig.

4. In Betriebszellen mit mehr als 25 Mitgliedern ist der Sekretär von jeglicher anderen Arbeit zu befreien. In Betrieben mit mehr als 100 Arbeitern ist der Sekretär der Zelle, unabhängig von der Zahl der Mitglieder der Zelle, von anderer Arbeit zu befreien, um sich ausschließlich der Parteiarbeit widmen zu können.

5. In den Städten werden mindestens zweimal im Monat allgemeine Versammlungen der Organisatoren der Bereiche (wo es solche gibt) und der großen Zellen über Fragen ihrer organisatorischen Tätigkeit durchgeführt. In den Rayons werden wöchentlich Versammlungen der Organisatoren der Zellen unter Leitung des Verantwortlichen für die Org.-Abteilung oder eines speziell dafür eingesetzten Mitgliedes des Komitees durchgeführt.

6. In den Kreisen (Ujesds) werden Versammlungen der Organisatoren der Zellen mindestens einmal im Monat rayonweise oder nach einem anderen Prinzip unter Leitung des Verantwortlichen für die Org.-Abteilung oder des Org.-Instrukteurs organisiert.

### IV. Die Parteiarbeit in den Genossenschaften

1. Im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik erlangen alle Arten von Genossenschaften - (Verbraucher-, Handwerker- und Gewerbetenossenschaften, landwirtschaftliche Genossenschaften) - große wirtschaftliche und politische Bedeutung. Das erfordert von allen Parteiorganisatoren besondere Aufmerksamkeit und angespannte Arbeit.

2. Die Aufgaben der Partei auf dem Gebiet der Verbrauchergenossenschaften sind in den vorangegangenen Beschlüssen der höheren Parteiorgane im allgemeinen festgelegt. Deshalb ist die Beratung der Sekretäre der Ansicht, daß es notwendig ist, die besondere Aufmerksamkeit aller örtlichen Parteiorganisationen auf die richtige Organisierung und die systematische Stärkung der Parteiarbeit in den

landwirtschaftlichen und in den Handwerker- und Gewerbege nossenschaften zu richten, besonders deshalb, weil die Partei auf diesem Gebiet noch keine genügenden organisatorischen Erfahrungen besitzt und noch nicht den notwendigen Einfluß hat.

a) Zur richtigen Organisierung der Arbeit und für die Ausarbeitung geeigneter, elastischer Maßnahmen und Verfahren der Parteiarbeit in den Genossenschaften wird es für zweckmäßig erachtet, bei den Gouvernements- und Kreis- (Ujesd-) komitees ständige Beratungen über die Parteiarbeit in den Genossenschaften unter Vorsitz des Leiters der Org.Abtteilung und des Sekretärs des Gouvernementskomitees oder des Kreiskomitees zu organisieren. Die Beratungen sollen aus Parteifunktionären bestehen, die mit der Genossenschaftsarbeit vertraut sind. Sie sollen in der ersten Zeit wöchentlich zusammentreten und bei den Gouvernementskomitees 3 - 5 Personen, in den Kreis- (Ujesd-) komitees 3 Personen nicht überschreiten.

b) Die Beschlüsse der Beratungen über die Parteiarbeit in den Genossenschaften müssen von dem Gouvernements- und Kreiskomitees (Ujesdkomitee) bestätigt werden und sind Beschlüsse dieser Komitees.

c) Um die mit der Sowjetmacht und der Kommunistischen Partei sympathisierenden Bauern und Handwerker in die landwirtschaftlichen und Gewerbege nossenschaften hineinzuziehen, um dort die Parteiarbeit zu organisieren und den Einfluß der Sozialrevolutionäre und Menschewiki und überhaupt der antisowjetischen politischen Parteien zu beseitigen, ist es notwendig, neben Fraktionen der gewählten Organe Zellen in den genossenschaftlichen Betrieben und Institutionen sowie in den Vereinigungen der Produktionsgenossenschaften zu organisieren.

d) Aufgabe der Zellen ist es, die Parteiarbeit sowohl unter den Mitgliedern als auch unter den in den Genossenschaften vereinigten Massen zu organisieren.

#### Über die Aufgaben und Ziele der Kontrollkommissionen

Nach Entgegennahme des Berichts der ZKK erkennt der Parteitag die Tätigkeit der ZKK im großen und ganzen als richtig an und bestätigt,

daß das weitere Bestehen von Kontrollkommissionen in den zentralen und den örtlichen Instanzen notwendig ist. Die Kontrollkommissionen erlangen unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, unter denen die Gefahr der Zersetzung bei den den meisten Schwankungen unterliegenden und den am wenigsten standhaften Parteimitgliedern wächst, besonders große Bedeutung.

Der Parteitag stellt fest, daß die ZKK die Arbeit der örtlichen Kontrollkommissionen ungenügend angeleitet und koordiniert hat und schlägt der neuen ZKK vor, dieser Seite ihrer Tätigkeit mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Die Kontrollkommissionen haben die ernste und wichtige Aufgabe, gegen Intrigen und Gruppierungen zu kämpfen und ihnen den Boden zu entziehen.

Die Kontrollkommissionen müssen die Arbeit der Überprüfungs-kommissionen fortsetzen.

#### Bestimmung über die Kontrollkommissionen

##### I. Die örtlichen Kontrollorgane

1. Die Kontrollkommissionen werden im Zentrum, in den Gebieten (Oblast) und Gouvernements durch Wahl auf dem Parteitag, auf den Gebiets- (Oblast-) oder Gouvernementskonferenzen gebildet.

Anmerkung 1: Gebietskontrollkommissionen werden nur dort organisiert, wo Gebietskomitees (Oblastkomitees) der Partei bestehen, die auf den Gebietspartei konferenzen, die laut Statut der Partei einberufen werden, gewählt werden.

Bei den Büros des ZK, die vom ZK der KPR gebildet werden, dürfen Kontrollkommissionen nicht bestehen.

Alle Gouvernementskontrollkommissionen, die sich auf dem Territorium befinden, auf dem ein Gebietsbüro (Oblastbüro) des ZK besteht, müssen ihre Beschlüsse zusammen mit dem gesamten Material dem Gebietsbüro übersenden. Wenn das Gebietsbüro mit dem Beschluß der Gouvernementskontrollkommissionen nicht einverstanden ist, so muß es das Material zusammen mit seiner Stellungnahme an die ZKK übergeben.

Anmerkung 2: Dort, wo auf Parteikonferenzen gewählte und vom

ZK der Partei bestätigte Büros bestehen, können Kontrollkommissionen auf den gleichen Grundlagen wie die Gebietskontrollkommissionen bestehen.

Anmerkung 3: Die ZKK des Fernen Ostens wird auf der Parteikonferenz der Fernost-Republik (DWR) gewählt.

2. In Aserbaidshan, Grusinien, Armenien, Turkestan, in der Ukraine und in anderen Gebieten, wo eigene Zentralkomitees der Partei bestehen, werden ebenfalls Zentrale Kontrollkommissionen auf den gleichen Grundlagen wie das ZK gewählt. Sie müssen über ihre Arbeit vor ihren Parteitagen Rechenschaft ablegen. In Transkaukasien besteht neben dem Regionskomitee (Krajkomitee) der Partei die Regionalkontrollkommission (Krajkontrollkommission).

3. Dort, wo es Kontrollkommissionen gibt, dürfen keinerlei Unterabteilungen zur Schlichtung von Konflikten oder analoge Kommissionen oder Organe (wie Parteigerichte, Moralkommissionen u.a.) bestehen, mit Ausnahme der Parteikommissionen bei den Polit.-Abteilungen der Armee.

4. Alle Angelegenheiten der Kommunisten in der Roten Armee und in der Flotte, die zum Kompetenzbereich der Kontrollkommissionen gehören, müssen die entsprechenden Parteikommissionen der Roten Armee durchlaufen, die eine vorläufige Stellungnahme abgeben. Alle Angelegenheiten, die von den Parteikommissionen bei den Polit.-Abteilungen eingesandt wurden, müssen in Anwesenheit eines Referenten der Parteikommission behandelt werden.

## II. Über die Rechenschaftspflicht der Kontrollkommissionen

1. Die Kontrollkommissionen, die neben den Parteikomitees wirken, legen vor den entsprechenden Konferenzen Rechenschaft ab; die Gouvernementskontrollkommissionen vor den Gouvernementskonferenzen, die Gebietskontrollkommissionen vor den Gebietskonferenzen. Die Zentrale Kontrollkommission der KPR legt vor dem allrussischen Parteitag Rechenschaft ab.

2. Die Gouvernements- und Gebietskontrollkommissionen sowie die ZKK berichten periodisch vor den Parteiorganisationen: mündlich

auf den allgemeinen Parteiversammlungen und schriftlich in der Parteipresse.

## III. Die Zusammensetzung der Mitglieder der Kontrollkommissionen

1. Im Zentrum werden die Kontrollkommissionen in einer Zusammensetzung von 5 Mitgliedern und 2 Kandidaten gewählt; im Gebiet in einer Zusammensetzung von 3 - 5 Mitgliedern und 2 - 3 Kandidaten, im Gouvernement von 3 Mitgliedern und 2 Kandidaten.

2. Notwendige Bedingung für die Kontrollkommissionen ist ihre Autorität für die breiten Kreise der Parteimitglieder. Sie müssen aus Genossen bestehen, die eine lange Parteipraxis haben, am erfahrensten sind, die allgemeines Vertrauen genießen und fähig sind, eine strenge Parteikontrolle auszuüben.

Für die Mitglieder und Kandidaten der Kontrollkommissionen ist folgende Zugehörigkeitsdauer zur Partei obligatorisch:

Im Zentrum - mindestens 10 Jahre;

Im Gouvernement - Zugehörigkeit zur Partei vor der Februarrevolution (1917).

In den Randgebieten können in Ausnahmefällen Genossen gewählt werden, die 3 Jahre der Partei angehören, wobei in jedem Fall die Bestätigung durch das ZK erforderlich ist.

Diese Ausnahme erstreckt sich nicht auf Mitglieder, die einmal anderen Parteien angehört haben.

Es ist wünschenswert, in den Gouvernementskontrollkommissionen wenigstens einen Genossen einzusetzen, der illegale Arbeit geleistet hat.

3. Die Mitglieder der Kontrollkommissionen dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder von Parteikomitees sein und dürfen keine verantwortlichen Verwaltungsfunktionen bekleiden.

## IV. Die Struktur (der Apparat) der Kontrollkommissionen

1. Im Interesse einer erfolgreicherer Arbeit und der Möglichkeit, die anfallenden Angelegenheiten und Vernehmungen allseitig zu er-

ledigen, muß ein Teil der Mitglieder der Kontrollkommissionen von jeglicher anderen Beschäftigung befreit werden.

In der ZKK müssen dies mindestens 3 Mitglieder, in den Gouvernements- und Gebietskontrollkommissionen 1 Mitglied sein.

2. Die Mitglieder der Kontrollkommissionen dürfen bis zum Ablauf ihrer Vollmacht nicht für eine andere Arbeit eingesetzt werden.

3. In ihrer Arbeit benutzen die Kontrollkommissionen den Apparat des entsprechenden Parteikomitees und haben das Recht, in ihrem Kompetenzbereich allen Genossen und Parteiorganisationen Aufträge zu erteilen.

4. Die Kontrollkommissionen müssen über einen kleinen Untersuchungsapparat verfügen, der aus erprobten und in der Parteiarbeit erfahrenen Genossen besteht. Im Zentrum soll er aus nicht mehr als 5 und in den Gebieten (Oblast) und Gouvernements aus 1 - 3 Mann bestehen.

Für die Erledigung der laufenden technischen Arbeiten sind den Kontrollkommissionen 1 - 3 Funktionäre zuzuteilen, abhängig vom konkreten Bedarf der Kontrollkommissionen. Im Zentrum können es bis 7 Funktionäre sein.

Der Parteitag bestätigt die Punkte 8 und 9 über die Kontrollkommissionen, die auf dem X. Parteitag angenommen wurden.

Punkt 8. Die Kontrollkommissionen haben das Recht, an allen Sitzungen der entsprechenden Komitees der Parteien und der Sowjets und an anderen Beratungen und Versammlungen jeglicher Art der entsprechenden Parteiorganisationen mit beratender Stimme teilzunehmen.

Punkt 9. Die Beschlüsse der Kontrollkommissionen werden von den entsprechenden Komitees durchgeführt und können von diesen nicht aufgehoben werden. Im Falle von Unstimmigkeiten wird die Frage auf einer gemeinsamen Sitzung beraten. Wird eine Übereinkunft mit dem Komitee nicht erzielt, wird die Frage dem Parteitag der entsprechenden Konferenz oder der übergeordneten Kontrollkommission zur Entscheidung übertragen.

#### Bestimmung über die Zentrale Revisionskommission

1.) Die Zentrale Revisionskommission wird vom Parteitag in Stärke von 3 Mitgliedern in gleicher Weise und für die gleiche Frist wie das ZK gewählt, wobei die Zugehörigkeit zur Partei der Mitglieder und Kandidaten der ZRK mindestens 10 Jahre betragen muß.

2.) Die Zentrale Revisionskommission revidiert:

a) die Schnelligkeit und Richtigkeit der Erledigung von Angelegenheiten in den zentralen Organen der Partei und das Funktionieren des Apparates des Sekretariats des ZK der KPR.

b) periodisch die Kasse und die Einrichtungen des ZK der KPR.

3.) In Ausübung ihrer Arbeit benutzen die Mitglieder der ZRK alle Materialien, die sie unmittelbar erhalten haben und die mit der Tätigkeit der ZRK unmittelbar in Beziehung stehen, sowie alle Materialien, die den zentralen Organen der Partei zur Verfügung stehen, darunter auch die Rechenschaftsberichte der örtlichen Revisions- und Kontrollkommissionen usw.

4.) Die Mitglieder der ZRK haben das Recht, an den Sitzungen des Org.-Büros mit beratender Stimme teilzunehmen.

5.) Die Mitglieder der Revisionskommission haben das Recht, bei der Arbeit der Sekretäre des ZK der KPR, der Abteilungsleiter und aller Mitarbeiter anwesend zu sein und sie um Erklärungen über ihre Arbeit und über die Erfüllung ihrer Obliegenheiten zu bitten.

6.) Die ZRK hat keinen eigenen Apparat und führt die gesamte praktische Arbeit über den Apparat des ZK der KPR durch.

7.) Die Zentrale Revisionskommission faßt in entsprechenden Fällen bei der Durchführung einer Revision Revisionsakte ab.

8.) Die Zentrale Revisionskommission gibt dem ZK der KPR je nach Notwendigkeit Berichte über die Arbeit der Organe des Zentralkomitees.

a) Die Zentrale Revisionskommission übergibt ihre Stellungnahme zur Tätigkeit der zentralen Parteiorgane den allrussischen Parteikonferenzen und dem Parteitag der KPR.



Hauptaufgaben auf organisatorischem als auch auf erzieherischem Gebiet erfüllt.

Dieser Schutz muß durch die energische Arbeit der Gewerkschaften und der Staatsorgane mit unmittelbarer und aktiver Mitarbeit des RKJV durch folgende Maßnahmen erreicht werden;

- a) Fixierung eines normalen Prozentsatzes von Jungarbeitern in den einzelnen Produktionszweigen;
  - b) Sicherung der Voraussetzungen für die Durchführung aller Arbeitsschutznormen mittels einer solchen Tarifiergulation, bei der der Jungarbeiter für den verkürzten Arbeitstag ebensoviel erhält wie für den vollen Achtstundentag, und mittels Überwachung der Arbeit der Jungarbeiter in der staatlichen wie in der privaten Industrie.
  - c) Reorganisierung der Arbeit der Arbeiterjugend; Unterordnung ihrer Arbeit unter die Ziele der Ausbildung und Qualifizierung; Bau von Schulen für die Arbeiterjugend, die die praktische Ausbildung in der Produktion mit theoretischer Bildung und gesellschaftspolitischer Erziehung verbinden. Diese Schulen müssen in materieller Hinsicht von den Wirtschaftsorganen betreut werden und im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit des Volkskommissariats für Volksbildung stehen.
  - 4.) Die Stärkung des kleinbürgerlichen Elements übt einen besonders zersetzenden Einfluß auf die Arbeiterjugend aus. Ihre Widerstandsfähigkeit gegen diesen Einfluß (besonders im Alltagsleben) ist außerordentlich schwach, was, zusammen mit der Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterjugend, ihr Interesse für das gesellschaftlich-politische Leben verringert.
- Unter diesen Umständen suchen die konterrevolutionären Parteien hier und dort Einfluß unter der Arbeiterjugend zu erlangen. Neben dem Kampf gegen diese Organisationen muß der RKJV dem Einfluß des kleinbürgerlichen Elements (Film, Schundliteratur usw.) seine energische kulturelle Arbeit entgegensetzen, die den Bedürfnissen der Jugend angepaßt ist.
- 5.) Auf dem Lande müssen die Organisationen des RKJV einer der

Der Parteitag beauftragt das ZK, auf der Grundlage dieser Bestimmung eine entsprechende Bestimmung über die Arbeit der örtlichen Revisionskommissionen auszuarbeiten.

#### Zur Frage des Russischen Kommunistischen Jugendverbandes

##### I.

1.) Der Komsomol als Massenorganisation zur kommunistischen Erziehung ist für die Partei ein mächtiges Instrument der Einwirkung in kommunistischem Sinne auf die breiten Schichten der Arbeiter- und Bauernjugend. Der Russische Kommunistische Jugendverband erzieht gleichzeitig in seinen Reihen den bewußten und revolutionärsten Teil der Arbeiterjugend und sichert damit der Partei ein gesundes und stetiges Wachstum durch eine der aktivsten Schichten des Proletariats, der Arbeiterjugend, die über den Jugendverband, für die praktische revolutionäre Arbeit schon vorbereitet, in die Partei eintritt.

Die Partei ist somit zutiefst daran interessiert, daß sich der RKJV an die Arbeit unter den neuen Bedingungen so rasch und reibungslos wie möglich anpaßt.

2.) Das Objekt für die Massenarbeit des RKJV ist die vollkommen neue Schicht der proletarischen Jugend, die in der Epoche der Revolution aufwuchs, die das Joch der kapitalistischen Ordnung nicht selbst gespürt hat, die im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik gegenwärtig der Deklassierung und Zersplitterung zu verfallen droht und deren wirtschaftliche Lage sich einschneidend verschlechtert (Massenentlassungen aus der Produktion, Verringerung des Lohns, Desorganisation des Arbeitsschutzes usw.)

3.) Die Arbeiterjugend in der Produktion zu halten, sie vor allen Formen der übermäßigen Ausbeutung, die ihre physischen und geistigen Kräfte zerstört, zu bewahren, ist eine unumgängliche Voraussetzung für die weitere Festigung der Diktatur des Proletariats, für die Entwicklung der Industrie der Sowjetrepublik. Diese Maßnahmen garantieren auch die Möglichkeit, daß der Komsomol seine

Hauptstützpunkte der Partei und der Sowjetmacht werden.

Im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik, die zur Festigung der individuellen Bauernwirtschaft, zum Anwachsen der kleinbürgerlichen Instinkte beiträgt und die Abhängigkeit der Bauernjugend von der Familie verstärkt, wird die Arbeit der Dorfgzellen des RKJV außerordentlich kompliziert.

Die Hauptaufgaben der RKJV auf dem Lande sind: - die Verstärkung der Tätigkeit unter dem ärmsten Teil des Dorfes, um ihn vor dem ideologischen Einfluß der Kulaken zu schützen; die aktive Einbeziehung der Bauernjugend in das gesellschaftliche Leben des Dorfes, die Befriedigung ihrer kulturellen Bedürfnisse.

## II.

6.) Das kulturelle und politische Niveau der Hauptmasse der Mitglieder des Verbandes ist nur wenig höher als das Niveau der unorganisierten Arbeiterjugend.

Das in der letzten Zeit zu beobachtende Absinken der Zahl der Mitglieder des Verbandes in vielen Organisationen ist durch die Entlassungen von Jugendlichen aus der Produktion, durch die Schwächung des Verbandes durch die verschiedenen Aufgebote usw. zu erklären. Der Hauptgrund für diese Schwächung besteht aber darin, daß der Verband ungenügend darauf eingestellt ist, die Ansprüche der Jugend zu befriedigen. Gleichzeitig ist ein Nachlassen des Einflusses des Komsomols auf die Arbeiterjugend zu spüren.

Diese Umstände sowie die außerordentliche Fluktuation im Mitgliederbestand des RKJV brachten es mit sich, daß der Kern der aktiven Funktionäre des Verbandes geschwächt und der Anpassungsprozeß an die neuen Bedingungen gehemmt wurde. Dieser Anpassungsprozeß müßte sich in der Ausarbeitung neuer Formen, Methoden und eines neuen Arbeitsinhalts ausdrücken.

Eine der wesentlichen Ursachen für die schwierige Lage im Verband ist das Fehlen einer ernsthaften Hilfe seitens der Parteiorganisationen.

7.) Vor dem Verband stehen gegenwärtig folgende wesentliche praktische Aufgaben:

- a) seinen proletarischen Teil zu stärken und seine altersmäßige Zusammensetzung zugunsten der Arbeiterjugend, die sich am besten für die theoretisch marxistische Erziehung und für die praktische wirtschaftliche Ausbildung eignet, auszudehnen;
- b) in den Massen der Mitglieder des Verbandes durch ihre Heranziehung zur praktischen, wirtschaftlichen und kulturellen Arbeit, die die Aneignung der notwendigen organisatorischen Fähigkeiten fördert, durch ihre Teilnahme an der täglichen wirtschaftlichen Arbeit und am Kampf der Gewerkschaften das Klassenbewußtsein zu entwickeln. Das Maß, in dem der Verband in den Staatsorganen vertreten sein soll, muß durch die Bedürfnisse der praktischen Arbeit und durch die erzieherischen Aufgaben streng festgelegt sein;
- c) die gesamte erzieherische Arbeit des Verbandes mit den Elementen des Marxismus zu durchdringen, die kulturelle Bildungsarbeit breit zu entfalten und sie den psychologischen Besonderheiten der verschiedenen Altersgruppen anzupassen;
- d) die Mitglieder des Verbandes und die unorganisierte Arbeiter- und Bauernjugend für den Eintritt in die Reihen der Roten Armee vorzubereiten.

## III.

8.) Die Partei hat hinsichtlich des Jugendverbandes folgende Aufgaben:

- a) eine ständige und systematische ideologische Führung des Verbandes seitens der Parteiorganisationen herzustellen;
- b) die Parteizellen haben der unmittelbaren Teilnahme an der Arbeit der Zellen des RKJV auf allen Gebieten besondere Aufmerksamkeit zu widmen;
- c) die Vertreter der Partei in den Komitees des Verbandes sind sorgfältig auszuwählen, weiter sind Genossen zur Verfügung zu stellen, die sich für die Arbeit unter der Jugend interessieren und fähig sind, die Jugend um sich zu scharen und somit systematisch im Verband zu arbeiten;
- d) dem Verband die notwendigen materiellen und finanziellen Bedingungen zu schaffen.

gungen zu sichern, die für die Entwicklung sowohl seiner Bildungsarbeit unter den Massen der Mitglieder als auch für die Erziehung der Mitglieder des RKJV notwendig sind (Klubs, Schulen, Sport usw.);

e) dem Verband in seiner erzieherischen Arbeit durch Betreuung seiner verschiedenen kulturellen Institutionen und durch die Herausgabe spezieller Jugendliteratur zu helfen;

f) die Mitglieder des RKJV (in erster Linie die Parteimitglieder, die im Verband arbeiten) zur Partearbeit heranzuziehen.

#### Presse und Propaganda

Durch das Anwachsen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse verstärkt sich unvermeidlich der bürgerliche Einfluß nicht nur innerhalb der kleinbürgerlichen Schichten der Bevölkerung, sondern auch innerhalb des rückständigsten Teils des Proletariats. Der Parteitag stellt fest, daß die Bourgeoisie vermittels der Literatur und der Kulturarbeit innerhalb der werktätigen Massen Einfluß zu gewinnen sucht, und hält es für notwendig, daß diesem Einfluß eine energische politische Arbeit entgegengesetzt werden muß. Daher muß die Partei ihre Agitations- und Propagandaarbeit mit allen Mitteln erweitern und vertiefen.

#### I.

Die Presse ist eines der mächtigsten Instrumente im Kampf der Partei um den Einfluß auf die Massen, im Kampf um ihre kommunistische Aufklärung und Organisierung.

Indessen befindet sich die Partei- und Sowjetpresse im Zustand der schwersten Krise. Die charakteristischsten Merkmale dieser Krise sind:

a) starker Rückgang der Anzahl der Zeitungen und Absinken der Auflage der noch übriggebliebenen Zeitungen infolge mangelnder Geldmittel, der Unzulänglichkeit und Verteuerung des Papiers und übermäßig hoher Druckkosten;

b) schwache Verbindung mit den Massen, ungenügende Widerspiegelung der Nöte und Bedürfnisse der Werktätigen, mangelhafte Erörterung der Fragen des örtlichen Aufbaus;

c) ungenügende Konsequenz der Zeitungen in parteipolitischer Beziehung;

d) vollständige Desorganisation des Vertriebsapparates, besonders unter den Arbeiter- und Bauernmassen.

Die Parteikomitees, die die Hauptverantwortung für diesen Zustand in der Presse tragen, legen in ihrer überwiegenden Mehrheit ein unaufmerksames und nachlässiges Verhältnis zu den Bedürfnissen und Nöten der Presse an den Tag. Die Resolution des VIII. Parteitages über die Presse, die Rundschreiben des ZK der KPR über die Verbesserung der Lokalzeitungen, über die Registrierung der Journalisten usw. sind von den örtlichen Organisationen in den meisten Fällen nicht durchgeführt worden.

Ausgehend von diesen Erwägungen beschließt der Parteitag:

1.) Das Zentralkomitee und die örtlichen Komitees der Partei haben den Fragen der Presse zukünftig weit mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher. Die parteipolitische Anleitung der gesamten Presse muß verstärkt werden. Jedes Parteikomitee muß für die Presse besondere Funktionärskader aussondern. An der Spitze der Parteiverlage müssen unbedingt leitende Funktionäre des entsprechenden Parteikomitees stehen. Der Parteitag betrachtet die Zeitungsarbeit als die grundlegende, eigentliche Partearbeit für den kommunistischen Journalisten.

2.) Der Charakter der Lokalpresse muß grundlegend verändert werden. Hauptinhalt der lokalen Zeitungen müssen die Fragen des örtlichen Aufbaus, des Lebens, der Arbeit und des Kampfes der Werktätigen sein, wobei diese Fragen in den Spalten der Zeitung in Form eines lebendigen, unmittelbaren schnellen Eingehens auf die Interessen und Nöte der Leser behandelt werden müssen. Die Kreiszeitungen müssen, außer in spezifischen Arbeiterbezirken, ausschließlich Bauernzeitungen sein; die Gouvernementszeitungen müssen den Problemen der Bauernschaft großen Raum widmen; in einer

Reihe von Gebietszentren (Oblastzentren) müssen besonders Bauernzeitungen organisiert werden.

3.) Der Parteitag billigt den Beschluß des ZK, den 10. Jahrestag der "Prawda" (5. Mai 1922) als Tag der Presse zu begehen, und beauftragt alle örtlichen Parteiorganisationen, der Durchführung des Tages der Presse größte Aufmerksamkeit zu widmen.

4.) Die Mitarbeit von Kommunisten in Privatverlagen hält der Parteitag nur in Ausnahmefällen mit Genehmigung des entsprechenden Parteikomitees für zulässig.

5.) Der Parteitag ist der Meinung, daß der normale Ausweg der Presse aus der schwierigen Situation nur in der Erweiterung des Abonnements und in der damit verbundenen Erhöhung der Auflage liegt. Er hält es aber in der gegenwärtigen Übergangsperiode für unbedingt notwendig, der Presse eine materielle Unterstützung zu gewähren und beauftragt das ZK, unverzüglich Maßnahmen zu treffen, um die Partei- und Sowjetpresse mit Geldmitteln und Papier zu versorgen.

6.) In Anbetracht dessen, daß die Parteiorgane in einer sehr unbedeutenden Menge verbreitet werden und daß Hunderte und Tausende Parteimitglieder ihre Parteizeitung nicht lesen, beschließt der Parteitag, daß jedes Parteimitglied verpflichtet ist, Leser und Abonnent (individuell oder kollektiv) einer Parteizeitung zu sein.

7.) Der Parteitag ist der Ansicht, daß die Presseorgane des Komsomols allseitig unterstützt werden müssen, insbesondere müssen die selbständigen Organe in einer Reihe großer Gouvernementszentren beibehalten werden. In den übrigen sollen die "Seiten für die Jugend" in Presseorganen der Partei und der Sowjets beibehalten werden. Die Presse des Komsomol muß unter der allgemeinen Leitung des Gouvernementskomitees der Partei herausgegeben werden.

8.) Der Parteitag stellt fest, daß in vielen Gouvernements- und Gebietskomitees noch kein Apparat für die Leitung der Presse geschaffen ist und schlägt den Gouvernements- und Gebietskomitees deshalb vor, unverzüglich Polit.-Abteilungen der Presse auf der Grundlage des Beschlusses, der auf der Beratung der Sekretäre der Gebiets- und Gouvernementskomitees (Dezember 1921) gefaßt wurde, zu organisieren.

9.) Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit auf die Herausgabe von Zeitungen und überhaupt von Literatur für die nationalen Minderheiten, besonders in den Turksprachen.

## II.

1.) Die Entfaltung und Ausdehnung der marxistischen Bildung ist ohne einen Fonds entsprechender Literatur völlig unmöglich. Der Parteitag stellt eine Entwicklung von der Sowjetmacht feindlichen Privatverlagen fest und lenkt die Aufmerksamkeit des ZK und der Parteikomitees, in erster Linie der Gebietszentren, auf die Notwendigkeit, einen Verlag zur Herausgabe kämpferischer marxistischer Agitations- und Propagandaliteratur zu errichten. Der Parteitag billigt den Beschluß des ZK über die Umwandlung des Verlages des Hauptkomitees für politische Aufklärung in einen direkten Parteiverlag für populär-agitatorische, antireligiöse, marxistische Literatur. Die Parteiverlage müssen den Bedürfnissen und Forderungen der Arbeiter- und Bauernmassen entsprechen. Es wird festgestellt, daß die Herausgabe von marxistischen Lehrbüchern im vergangenen Jahr ungenügend war. Es sind daher alle Maßnahmen zu treffen, um derartige Lehrbücher zu verfassen und herauszugeben. Zu diesem Ziele muß eine ausreichende Anzahl von Funktionären freigestellt und die Arbeit auf diesem Gebiet in den örtlichen Organisationen koordiniert werden. Der Parteitag beauftragt das ZK, Maßnahmen einzuleiten, um in nächster Zeit die marxistischen Klassiker, in erster Linie die marxistischen Werke Plechanows, herauszugeben.

2.) Was die Zeitschriften der Gouvernementspartei-Komitees betrifft, sollen sie folgendes beinhalten: erstens - anleitende politische Artikel; zweitens - Material für die Agitatoren und Propagandisten in Form von Thesen usw.; drittens - Rundschreiben und informatives Material über die Tätigkeit des Gouvernementskomitees; viertens - Diskussionsmaterial. Allgemeine Zeitschriften dieser Art sollen die speziellen Ausgaben: "Nachrichten des Gouvernementskomitees", "Nachrichten der Agitation und Propaganda", "Notizbuch des Agitators" usw. ersetzen.

3.) Das "Nachrichtenblatt für Agitation und Propaganda" (Organ des

ZK der KPR) soll einmal in 2 Wochen erscheinen und muß eine Zeitschrift sein, die, für Mitglieder der Partei berechnet, grundlegendes anleitendes Material zu Fragen der Politik, der Ökonomie, der Agitation und Propaganda vermittelt. Die Parteiverlage müssen gegenüber den Privatverlagen auf allen Gebieten führend sein.

4.) Der Parteitag betrachtet es als außerordentlich wichtig, daß Literatur für die Arbeiter- und Bauernjugend geschaffen wird, Literatur, die der Beeinflussung der Jugend durch die anwachsende Schundliteratur entgegentreten und zur kommunistischen Erziehung der Jugend beitragen könnte. Der Parteitag billigt den Beschluß des ZK über die Herausgabe einer großen populärwissenschaftlichen und literarisch-künstlerischen Zeitschrift und beauftragt das ZK, dieses Vorhaben zu erweitern, indem es, unter Mitarbeit des Komsomol, in nächster Zeit eine populärwissenschaftliche und schöngeliste Bibliothek für die Jugend herausgibt.

### III.

1.) Die Parteireinigung brachte ein im Durchschnitt außerordentlich niedriges Niveau der politischen Bildung der Mitglieder zutage. Hieraus ergibt sich die Aufgabe, das Niveau der politisch-marxistischen Bildung der Masse der Parteimitglieder zu erhöhen. Diese Aufgabe ist hauptsächlich durch ein System von Partei- und Partei-Sowjetschulen, angefangen bei den politischen Grundschulen bis zur Parteihochschule einschließlich, zu lösen.

Die schulisch-propagandistischen Funktionen der Zellen müssen auf ein Minimum reduziert werden. Das Hauptziel der Zellen muß sein, die Verbindung mit den parteilosen Massen herzustellen und allseitig zu festigen. Die Zelle muß ihrer Bestimmung gerecht werden, nämlich die Grundzelle der Parteiorganisation zu sein, die unmittelbar und ständig die Partei mit den Massen verbindet. Im Mittelpunkt ihrer inneren Arbeit muß die tägliche praktische Arbeit stehen, die mit der laufenden Politik im Zusammenhang steht, die die materielle Grundlage des Lebens der Massen unmittelbar berührt. Die Aufgaben der systematischen und vertieften theoretischen marxistischen Bildung müssen mit Hilfe eines Systems von Schulen, Zirkeln und Klubs

gelöst werden. Daher ist es in der nächsten Zeit notwendig:

- a) Das Netz der Partei- Sowjetschulen endgültig zu überprüfen, ihm eine bestimmte Form zu geben und es zu festigen, damit in jeder Gouvernementsstadt, und im Gouvernement für zwei bis drei Kreise, eine Schule der entsprechenden Stufe vorhanden ist;
- b) Das bestehende Netz der Parteschulen zu erweitern, um die politische Unbildung unter den Parteimitgliedern zu beseitigen. Diese Schulen müssen für einige Zellen zuständig sein. Es ist eine Erhebung über die politische Bildung der Parteimitglieder durchzuführen. Die Parteimitglieder, die den elementaren Anforderungen der politischen Bildung nicht genügen, müssen obligatorisch eine politische Grundschule absolvieren. Sie sind für die Zeit des Schulbesuches von ihren Parteipflichten zu befreien. Die Parteimitglieder, die eine politische Grundausbildung haben, sind in marxistischen Zirkeln zu organisieren.
- c) Der Aufbau von Schulen höheren Typs ist fortzusetzen und zu festigen: des Instituts für die Rote Professur, der Lehrgänge an der Sozialistischen Akademie, der Zweijahreskurse an der Swerdlow- und Sinowjew - Universität, der Kommunistischen Universität der nationalen Minderheit des Westens und der Universität der Werktätigen des Ostens. Die Aufgaben jeder dieser Lehreinrichtungen höheren Typs sind genau abzugrenzen. Es muß erreicht werden, daß sie richtig arbeiten. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der örtlichen Parteiorganisationen und des ZK darauf, daß die Hörer dieser Schulen sorgfältiger auszuwählen sind.
- d) Der Parteitag schlägt dem ZK und den Gouvernementskomitees vor, Kader marxistisch geschulter Genossen für die Spezialisierung auf dem Gebiete der Lektoren- und Lehrtätigkeit auszuwählen und alle Maßnahmen zu treffen, diese Genossen materiell vollständig sicherzustellen. Gleichzeitig betrachtet es der Parteitag als notwendig, von jedem Lehrgang der Gouvernements-Partei- und Sowjetschulen eine Gruppe von Absolventen für die Ausbildung als Lektoren abzuzweigen.
- e) Der Parteitag hält es für notwendig, in den zentralen und örtlichen Stellen die Fragen der Pädagogik und Methodik des Unterrichts im Geiste des Marxismus auszuarbeiten.

f) Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit des ZK der Partei darauf, daß die materielle Lage der Partei- und Sowjetschulen zu verbessern ist. Die Kursanten der Schulen setzten in ihrer überwiegenden Mehrheit die Arbeit trotz der Kälte und des Hungers in den Schulen fort und betrachteten ihre Arbeit in der Schule als die höchste Parteipflicht. Der Parteitag erkennt das an. Er hält es für notwendig und beauftragt damit das ZK, Maßnahmen ausfindig zu machen, um die materielle Lage der Partei- Sowjetschulen unverzüglich zu verbessern.

2.) Neben dem System der Schulen ist auch die Arbeit der Parteiklubs und marxistischen Zirkel zu verbessern und weiterzuentwickeln. Sie sind in ein Instrument der Parteiaufklärung umzuwandeln, mit dem eine streng marxistische Weltanschauung bei den Parteimitgliedern geschaffen werden kann. Besondere Aufmerksamkeit muß man den Parteiklubs widmen. Aus ihnen müssen Zentren des Erfahrungsaustausches aus der praktischen Arbeit für die Parteifunktionäre, und gleichzeitig damit der innerparteilichen Propagandaarbeit gemacht werden.

#### IV.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß es eine der wichtigsten Aufgaben der gegenwärtigen Periode ist, die politische Bildungsarbeit auf dem Lande auf die gebührende Höhe zu heben. Im Grunde muß diese Arbeit mit der Aufgabe, die landwirtschaftliche Produktion zu steigern, verbunden sein. Der Parteitag stellt fest, daß im Zusammenhang mit der Neuen Ökonomischen Politik fast überall die Dorflesestuben abgeschafft wurden. Er hält es für notwendig, diese Lesestuben wieder einzurichten und sie in den Mittelpunkt der gesamten politischen Bildungsarbeit auf dem Lande zu stellen. Die Lesestuben müssen zu Zentren einer richtigen und regelmäßigen Information der breiten Massen der Bauernschaft über das politische Leben des Landes gemacht werden (regelmäßige Zustellung der Zeitung, Vorlesen der Zeitungen, Diskussionen usw.). Der Parteitag hält es für notwendig, daß die Lesestuben aus den örtlichen Mitteln der Gouvernementsexekutivkomitees finanziert und die Genossenschaften zu ihrer Unterstützung durch Subsidien herangezogen werden. Dabei ist die führende Rolle der Partei und der Komitees für politische Aufklärung unbedingt zu

wahren. Der Parteitag beauftragt das Hauptkomitee für politische Aufklärung, in der nächsten Zeit im Zentrum und im Lande Kurse, Kongresse und Beratungen mit den Funktionären der Lesestuben durchzuführen. Gleichzeitig weist der Parteitag die Parteikomitees auf die Notwendigkeit hin, diese Funktionäre sorgfältiger aus den Genossen auszuwählen, die mit dem Dorfe eng verbunden sind.

Darüber hinaus müssen die Parteiorganisationen der kulturellen und politischen Aufklärungsarbeit der Gewerkschaft der Land- und Forstarbeiter mehr Beachtung schenken, indem sie das Netz der Kultur- und Aufklärungsstützpunkte bei den Sekretariaten der Gewerkschaften und den Sowchosen festigen und erweitern.

#### V.

1.) Der Parteitag hält es für notwendig, die Agit.-Prop.-Abteilungen zu stärken, indem für ihre Leitung Genossen ausgewählt werden, die eine ausreichende marxistische Ausbildung haben und indem diese Abteilungen zu Zentren des Kampfes für die marxistische Ideologie und für den ideologischen Einfluß der Partei unter den Massen gemacht werden.

2.) Der Parteitag bestätigt die Resolution des X. Parteitages über das Hauptkomitee für politische Aufklärung und seine Organe und verurteilt kategorisch die Bestrebungen einiger Parteikomitees, die Komitees für politische Aufklärung zu liquidieren. Insbesondere ist es notwendig, für diese Komitees, von den untersten bis zum höchsten, aus den Mitteln des Volkskommissariats für Volksbildung fest reservierte Mittel abzuweigen. Der Parteitag überträgt die Verantwortung für die richtige Gestaltung der Arbeit der Komitees für politische Aufklärung den Gouvernementskomitees. Sie sind verpflichtet, für diese Arbeit genügend erfahrene Parteifunktionäre zur Verfügung zu stellen und den Komitees für politische Aufklärung mit Hinweisen und mit ihrer Autorität zu helfen.

3.) Auf dem Gebiet der gegenseitigen Beziehungen der Agit.-Prop.-Abteilungen, der Komitees für politische Aufklärung und der Kulturabteilungen der Gewerkschaften hält der Parteitag, in Bestätigung der Resolution des X. Parteitages zu dieser Frage, die Personalunion

in der Leitung der Agit.-Prop.-Abteilungen und der Komitees für politische Aufklärung für zweckmäßig. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Parteikomitees darauf, daß die Leiter der Kulturabteilungen bei den Gewerkschaften sorgfältiger auszuwählen sind.

#### Zur Frage der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen

Unter den Bedingungen der Übergangszeit wird die Bedeutung der politischen Einflußnahme auf die breiten Massen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen nicht geringer, sondern erlangt ganz besondere Wichtigkeit.

Unter den Verhältnissen der kleinbürgerlichen Umgebung, der Arbeitslosigkeit, der Gefahr der Deklassierung muß man besonders aufmerksam an die proletarischen Massen der Frauen herantreten.

Infolgedessen müssen die besonderen Abteilungen für die Arbeit unter den proletarischen und bäuerlichen Massen der Frauen als selbständige Abteilungen der Parteikomitees bestehen bleiben und durch qualifizierte Funktionäre verstärkt werden.

Die organisatorische Arbeit der Frauenabteilungen muß eng mit der Arbeit der anderen Abteilungen der Parteikomitees, besonders mit der Agit.-Prop.-Abteilung verbunden werden.

An der Spitze der Frauenabteilungen sollen nach Möglichkeit Mitglieder der Parteikomitees stehen.

Die Parteikomitees müssen darauf achten, daß sich die Tätigkeit der Abteilungen für die Arbeit unter den Frauen in engem Kontakt mit den Gewerkschaften vollzieht. Mit Rücksicht darauf, daß unbedingt mehr Arbeiterinnen für die Gewerkschaften gewonnen werden müssen, hält es der Parteitag für notwendig, die Bestimmung des ZK und des gesamtrossischen Zentralrats der Gewerkschaften über die Auswahl von Organisatoren für die Arbeit unter den Arbeiterinnen zu verwirklichen, und schlägt den Parteikomitees vor, darüber zu wachen, daß Arbeiterinnen, die von der Abteilung für die Arbeit unter den Frauen vorgeschlagen werden, in allen wählbaren Gewerkschafts- und Sowjetorganen vertreten sind.

In Berücksichtigung der Rolle, die die Bäuerinnen bei der

Hebung der Landwirtschaft und bei der Entwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften spielen, erachtet es der Parteitag für notwendig, die Arbeit unter den Bäuerinnen zu verstärken und dazu die Zahl der Kreis- (Ujesd-) und Rayonorganisatoren aus den Kreisen der Bäuerinnen zu erhöhen.

#### Beschlüsse zur Frage der Festigung der Roten Armee<sup>1)</sup>

##### I.

1.) Trotz schweren wirtschaftlichen Bedingungen des Landes hat sich die Armee im vergangenen Jahr durch die Anstrengungen ihrer bewußten Elemente qualitativ verbessert. Ihre Treue zur Republik der Arbeiter und Bauern ist unerschütterlich. Jeglichem Anschlag auf die Macht der Werktätigen wird, so wie jeher, von der Armee eine vernichtende Abfuhr erteilt werden.

2.) Die Rote Armee sieht und versteht all die Bemühungen, die die Sowjetregierung macht, um die friedlichen Beziehungen mit den bürgerlichen Staaten zu erhalten, zu entwickeln und zu festigen. Die Möglichkeit einer weiteren Einschränkung der Roten Armee und der Erleichterung der Last der Militärausgaben für die werktätigen Massen wird ganz und gar durch die Erfolge der Sowjetregierung bei der Festigung der friedlichen Beziehungen bestimmt werden.

3.) Der Parteitag betrachtet es als unbedingt notwendig, auch weiterhin unermüdlich an der allseitigen Erhöhung der Kampffähigkeit der Roten Armee zu arbeiten. Für die Erringung neuer Erfolge auf diesem Wege hält der Parteitag folgendes für nötig:

- a) Festlegung einer bestimmten Stärke der Armee für das ganze Jahr 1922;
- b) Aufstellung eines festen Budgets, das mit der Stärke der Armee und den Bedürfnissen der Kriegstechnik in Übereinstimmung gebracht ist;

1) Diese Resolution wurde auf der Beratung der Militärdelegierten des Parteitags am 30. März 1922 angenommen und vom Parteitag bestätigt. (Die Redaktion der sowjetischen Ausgabe).

c) entschlossene Kürzung der Außendienste, die die Armee gegenwärtig übermäßig belasten.

Dieses Programm, dessen Verwirklichung unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, wird die notwendigen Bedingungen für die Errichtung eines richtigen und klar umrissenen organisatorischen, militärischen, Lehr-, Erziehungs- und Wirtschaftsregimes in der Armee und für die weitere Steigerung ihrer Kampffähigkeit schaffen, selbst bei der neuen bedeutenden Verringerung der Armee, wenn diese mit der Verbesserung der internationalen Lage der Sowjetrepublik durchführbar sein wird.

Das Gesagte trifft auch voll und ganz auf die Rote Flotte zu, die als notwendiger Bestandteil zum Verteidigungssystem der föderativen, vereinigten, brüderlichen Sowjetrepubliken gehört.

Der XI. Parteitag richtet an alle örtlichen Partei- und Sowjetorgane den Appell, nicht nur in Worten, sondern in der Praxis der Unterstützung der Bauernwirtschaften der Rotarmisten ernste Aufmerksamkeit zu widmen und besonders den Familien der Rotarmisten während der Aussaatkampagne zu helfen, damit sich der Rote Kämpfer ohne Sorge um seine Familie ganz und gar der militärischen Ausbildung widmen kann.

## II.

Der XI. Parteitag bestätigt einmütig, daß die wirklich vollzählige Mobilisierung aller Kommunisten der entsprechenden militärdienstpflichtigen Jahrgänge notwendig ist. Ausnahmen sind auf das wirklich unbedingt notwendige Minimum zu beschränken. Besucher von Schulen und Lehrgängen vom Dienst in der Roten Armee zu befreien, würde bedeuten, der Armee die fortschrittlichsten und bewußtesten Elemente zu nehmen. Die gesamte, und darunter auch die fortschrittlichste, die Kommunistische Jugend, muß den Dienst in der Armee durchlaufen.

Jegliche Versuche, junge Kommunisten vom Dienst in der Roten Armee abzuhalten, müssen von der öffentlichen Meinung der Partei als schwerste Art des Verrats schonungslos geahndet werden. Kommunisten, die desertieren, sind vom Kriegsgericht unnachsichtlich zu

bestrafen. Parteimitglieder, die falsche und fiktive Ausnahmen begünstigen, werden streng zur Verantwortung gezogen.

Die Parteiorganisationen sind verpflichtet, alle nicht ordnungsgemäß demobilisierten Kommunisten in die Rote Armee zurückzuschicken.

Die Mobilisierung der Kommunisten der Jahrgänge 1899, 1900 und 1901 muß sorgfältig und vollständig zu Ende geführt werden. Für die Durchführung dieser Maßnahmen sind alle Parteiorganisationen verantwortlich.

### Über einige Mitglieder der ehemaligen "Arbeiteropposition"

1. Der X. Parteitag der KPR beauftragte das ZK, "jegliche Fraktionstätigkeit restlos auszumerzen". Der Parteitag verfügte, "unverzüglich alle Gruppen, die sich auf dieser oder jener Plattform gebildet haben, ohne Ausnahme aufzulösen", und beauftragte alle Parteiorganisationen, "strengstens darauf zu achten, daß jedwede fraktionellen Aktionen nicht zugelassen werden". Der Parteitag legte fest, daß die "Nichterfüllung dieses Parteibeschlusses ... den unbedingten und sofortigen Ausschuß aus der Partei nach sich zieht". Der X. Parteitag wählte zwei Mitglieder der ehemaligen Gruppe der sogenannten "Arbeiteropposition" in das ZK, er stellte Genossen, die früher dieser Gruppe angehörten, auf verantwortliche Posten in der Sowjetarbeit, und die Partei insgesamt traf alle Maßnahmen, um keinerlei Verfolgung wegen früherer Fraktionstätigkeit zuzulassen. In besonderen Rundschreiben trug das ZK allen Parteiorganisationen während der Überprüfung und der Reinigung der Partei auf, besondere Hinweise im Geiste eines vorsichtigen und behutsamen Verhältnisses zu den ehemaligen Mitgliedern der "Arbeiteropposition" zu geben. Viele von ihnen wurden an die Spitze von Gouvernements-, Gebiets- Überprüfungskommissionen, der zentralen Überprüfungskommission und ebenfalls der Kontrollkommissionen gestellt. Damit schenkte ihnen die Partei äußerstes Vertrauen.

2. Trotzdem verletzten ehemalige Mitglieder der "Arbeiteropposition" mehrfach den Beschluß des X. Parteitags. Sie behielten eine



illegale fraktionelle Organisation innerhalb der Partei bei und unterstützten sie. Dadurch trugen ihre fraktionellen Aktionen im Zentrum wie im Lande zweifellos zur Zersetzung in die Reihen der Partei. Sie machten mehrfach den Versuch, nicht auf der Grundlage der Sachlichkeit, sondern der Fraktionsarbeit leitende Organe der Gewerkschaftsverbände, zum Beispiel des ZK des Metallarbeiterverbandes zu bilden. Fraktionell gesinnte Genossen führten nicht nur einen offenen, sondern auch, wie die Kommission festgestellt hat, einen illegalen Kampf, um die leitenden Organe der Partei der Gewerkschaften und der Sowjets im Lande zu erobern. Das Auftreten der Mitglieder der ehemaligen "Arbeiteropposition" auf Versammlungen wurde oftmals dadurch charakterisiert, daß sie sich der Partei gegenüberstellten: "Wir und sie". Gerade ein solches Auftreten gegen die Beschlüsse der Partei veranlaßte das ZK der KPR, am 9. August 1921 die Frage des Ausschlusses des Mitgliedes des ZK, Schljapnikow, aus der Partei aufzuwerfen, und schon damals sprachen sich mehr als die Hälfte der Mitglieder und Kandidaten des ZK für die Anwendung dieser Maßnahme aus.

Der Ausschluß kam nur deshalb nicht zustande, weil eine einzige Stimme an der für die Anwendung dieser äußersten Maßnahme notwendigen Zweidrittelmehrheit der Mitglieder und Kandidaten des ZK fehlte.

Der einstimmige Beschluß (bei 3 Stimmenthaltungen), der am 9. August 1921 gefaßt wurde, lautete:

"Hinsichtlich der mehrfachen Verletzungen der Parteidisziplin durch Schljapnikow, eines Mitgliedes des ZK, stellt die Versammlung fest, daß weitere Auftritte Schljapnikows außerhalb des ZK mit Reden, Erklärungen und Kritiken, die gegen die Politik des ZK gerichtet sind und den Beschlüssen zuwiderlaufen, die die wirkliche Meinung des Parteitag zum Ausdruck bringen, völlig unzulässig sind. Sie stellt aufs schärfste die Frage, ob eine weitere Arbeit Schljapnikows im Zentralkomitee möglich ist. Angesichts dessen ruft die Versammlung Schljapnikow kategorisch auf, sein gesamtes politisches Verhalten in dieser Hinsicht radikal zu ändern, es mit der Linie des ZK, in dessen Reihen er sich befindet, in Übereinstimmung zu bringen. Wenn Schljapnikow in Zukunft sein

Verhalten nicht ändert, wird das ZK beauftragt, eine ebensolche Versammlung (Plenum der Mitglieder und Kandidaten des ZK der KPR) zur nochmaligen Überprüfung dieser Frage einzuberufen".

Dieses Verhalten der Mitglieder der ehemaligen "Arbeiteropposition" führte dazu, daß Gruppen, die eine IV. Internationale zu bilden suchten, sich an die Mitglieder der ehemaligen "Arbeiteropposition", mit denen sie ideologisch verschwägert sind, wandten, sie unterstützten und dazu aufriefen, sich mit ihnen zu vereinigen. Sie druckten solche Werke, wie die Broschüre der Genn. Kollontai "Über die Arbeiteropposition", nach und verbreiteten sie in großem Umfange. Die Genossen von der ehemaligen "Arbeiteropposition" erteilten ihnen dabei keine entscheidende Abfuhr, sie distanzieren sich nicht öffentlich und offiziell von diesen für die Arbeiterbewegung schädlichen Gruppen, sondern beschränkten sich nur auf schwächliche Erklärungen.

Das öffentliche Auftreten der Genn. Kollontai auf dem Kongreß der Komintern im parteifeindlichen Sinn wurde vom Kongreß einstimmig negativ bewertet und von der gesamten uns feindlichen Presse weitgehend ausgeschlachtet.

Die vom XI. Parteitag gewählte Sonderkommission aus 19 Delegierten, die die örtlichen Organisationen vertreten, stellte fest, daß zu verschiedenen Zeiten fraktionelle Beratungen durchgeführt wurden, auf denen man Beschlüsse konspirativen Charakters faßte, deren Ausführung den Führern dieser Gruppe, Medwedjew und Schljapnikow, übertragen wurde.

Die Mitglieder des ZK Schljapnikow und Medwedjew, die von ihren Gesinnungsgenossen (Sawitschow, Mitin) Briefe parteifeindlichen Charakters erhielten, warfen vor dem ZK nicht die Fragen auf, die in diesen Briefen angeschnitten wurden, obwohl diese Briefe durchaus keinen persönlichen Charakter trugen, sondern sich ganz und gar auf die parteifeindlichen Stimmungen und die parteifeindliche Tätigkeit der ehemaligen Mitglieder der "Arbeiteropposition" bezogen.

3. Schließlich wurde hinsichtlich der letzten Beratung der Mitglieder der ehemaligen Gruppe der "Arbeiteropposition", deren Ergebnis

ein Aufruf an die Komintern war, von der Kommission festgestellt, daß Medwedjew und Schljapnikow eine besondere Beratung der Anhänger der ehemaligen Gruppe der "Arbeiteropposition" einberufen hatten, daß zu dieser Beratung der schon verurteilte und aus der Partei ausgeschlossene G.Mjasnikow hinzugezogen wurde, und daß auf dieser Beratung auf Grund völlig haltloser und ungeprüfter Fakten und Mitteilungen ein Anklageakt gegen die Partei abgefaßt wurde, wobei nach dem Eingeständnis einiger, die diese Erklärung unterschrieben, sie nicht einmal den Inhalt des Dokuments genau kannten, sondern nur aus Gruppensolidarität unterschrieben.

4. In völliger Übereinstimmung mit dem ZK der KPR der alten Zusammensetzung ist der Parteitag der Ansicht, daß die Genossen, die die Erklärung unterschrieben, allein durch die Tatsache der Übergabe dieser Erklärung an das höchste Organ unserer kommunistischen Klassenorganisation, der Komintern, nicht die Parteidisziplin verletzt haben, und er verurteilt diese Genossen nicht dafür. Doch der Parteitag betrachtet die Tatsache, daß ein Jahr lang, entgegen dem entschiedenen und bedingungslosen Beschluß des X.Parteitages, fraktionelle Gruppierungen mit fraktionellen Beratungen beibehalten wurden und der fraktionelle Kampf fortgesetzt wurde, als parteifeindlich. Der Parteitag betrachtet es als völlig verwerflich, daß der Komintern Mitteilungen übermittelt wurden, deren Unrichtigkeit und Verlogenheit von einer von der Komintern eingesetzten Sonderkommission festgestellt wurde. Der Parteitag brandmarkt auf das entschiedenste das Verhalten einzelner Mitglieder dieser Gruppe, die in ihren Erklärungen der Kommission gegenüber falsche Angaben über die Partei machten, die das wirkliche Bild der wechselseitigen Beziehungen zwischen der Partei und der gesamten Arbeiterklasse verzerrten.

5. Die Kommission hält nicht nur die obenerwähnten Fakten für erwiesen, sondern auch die Tatsache, daß die Gruppe der ehemaligen "Arbeiteropposition" danach strebte, während sie die Parteiorganisation durch ihr Verhalten von innen heraus zersetzte, ihren eigenen Einfluß organisatorisch zu festigen, daß sie es für möglich hielt, unter gewissen Bedingungen unsere Partei zu spalten und nur den Augenblick für diese Spaltung noch nicht für herangereift hielt.

Gerade die Genn. Kollontai, die in ihrer Broschüre vor dem X.Parteitag den Gedanken vertrat, daß die Spaltung unvermeidlich sei, und daß man dafür nur den günstigsten Moment auswählen müsse, sagte sich nach dem X.Parteitag von dieser Linie nicht los und bestätigte in ihren Erklärungen vor der Kommission des XI.Parteitags der KPR, daß sie die Spaltung für unvermeidlich halte, wenn die Partei nicht ihre Linie ändere, das heißt, wenn die Partei nicht die Ansichten der Kollontai, Medwedjew und Schljapnikow, die für die Arbeiterklasse falsch und schädlich sind, anerkenne.

Hinsichtlich der fraktionellen Beratungen, wie der letzten, bedauerte die Genn. Kollontai, daß es leider nur wenige solcher Beratungen gab. Der Parteitag hält die Einstellung dieser Gruppe zur Partei für völlig verwerflich, besonders im gegenwärtigen für die Arbeiterklasse überaus schweren Augenblick der ökonomischen Umgestaltung, der gewissen Stärkung der kapitalistischen Elemente, der ungeheuren Hungersnot im Lande, der Gefahr einer Intervention von außen, der stärker werdenden kleinbürgerlichen Stimmungen, im gegenwärtigen Moment, da die erste Vorbedingung für den Sieg der Arbeiterklasse die Einheit der Partei und die strengste Disziplin in ihren Reihen ist.

Auf Grund all dessen beschließt der XI.Parteitag nach Entgegennahme des Beschlusses des erweiterten Plenums des EKKI zur Frage der 22, nach Entgegennahme des Berichts der 19er Kommission, die vom Parteitag für die Untersuchung der Tätigkeit einiger Mitglieder der ehemaligen "Arbeiteropposition" eingesetzt wurde, und nach Entgegennahme der Erklärungen Schljapnikows, Medwedjews und Kollontai:

- 1.) sich dem Beschluß des EKKI hinsichtlich Schljapnikows, Medwedjews und Kollontais anzuschließen und das ZK zu beauftragen, die erwähnten Genossen aus der Partei auszuschließen, falls sie in Zukunft ein solches parteifeindliches Verhalten an den Tag legen.
- 2.) Mitin, der 16 Jahre lang aktives Mitglied der menschewistischen Partei war, im Jahre 1920 in die KPR eintrat, Organisator einer fraktionellen Gruppierung war und in die Organisationen der KPR im Donbaß ständig Zersetzung hineintrug, als üblen Desorganisator aus der Partei auszuschließen.

3.) Kusnezow, der das Vertrauen der Partei mißbrauchte, indem er falsche Angaben über seine Vergangenheit, über die Dauer seiner Tätigkeit als Arbeiter und als Parteifunktionär machte, der verschwie, daß er früher Spezereiwarenhändler war, der nur zeitweilig in die Reihen der Arbeiter ging, um sich vor dem Militärdienst zu drücken, als ein dem Proletariat fremdes Element aus der Partei auszuschließen.

"Elfter Parteitag der KPR(B)  
Protokolle" 1936

Die zwölfte Allrussische Konferenz der KPR(B)

Moskau, 4. - 7. August 1922

An der Konferenz nahmen 129 Delegierte mit beschließender Stimme und 92 Delegierte mit beratender Stimme teil.

Tagesordnung: 1. Über die internationale Lage; 2. Über die Gewerkschaften; 3. Die Parteiarbeit in den Genossenschaften; 3. Über die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen; 5. Über die Arbeit der Statutensektion; 6. Über die Verbesserung der materiellen Lage der Parteimitglieder; 7. Über den IV. Kongreß der Kommunistischen Internationale.

Die Konferenz wies auf die Veränderungen der Taktik der sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen unter den Bedingungen der NÖP hin, gab eine Klasseneinschätzung der "Smena-Wech"-Strömung als Ideologie der neuen NÖP-Bourgeoisie und mobilisierte die Partei und die Arbeiterklasse für den verstärkten Kampf unter neuen Bedingungen gegen die Bourgeoisie und die kleinbürgerlichen Parteien und Strömungen.

Nach Entgegennahme des Referats über die internationale Lage billigte die Konferenz die Linie der Partei in der internationalen Politik.

Genosse W.W. Kuibyschew gab einen Bericht über die Parteiarbeit in den Genossenschaften, Genosse W.M. Molotow berichtete über die Arbeit der Statutensektion und über die Verbesserung der materiellen Lage der Parteimitglieder.

Nach Entgegennahme des Berichts über die Vorbereitung zum IV. Kongreß der Komintern billigte die Konferenz die Tätigkeit des Exekutivkomitees der Komintern und hob hervor, daß die Delegation für den Kongreß so zusammengesetzt sein muß, daß in ihr die nationalen Organisationen der KPR(B) vertreten sind.

In Ausführung des Beschlusses des XI. Parteitages bildete das Organisationsbüro des ZK am 19. Mai 1922 die "Kommission zur Überprüfung des Statuts der KPR(B)" unter dem Vorsitz des Genossen Molotow. Die Kommission arbeitete einen Entwurf des abgeänderten

Statuts aus, welcher der Konferenz vorgelegt wurde. Die Konferenz bildete eine "Statutensektion" und nahm nach einigen von der Sektion vorgenommenen Korrekturen den Text des Statuts einstimmig an.

#### I. Statut der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)

(Sektion der Kommunistischen Internationale)

##### I. Die Parteimitglieder

1. Als Mitglied der Partei gilt jeder, der das Programm der Partei anerkennt, in einer ihrer Organisationen arbeitet, sich den Beschlüssen der Partei unterordnet und Mitgliedsbeiträge zahlt.
2. Neue Mitglieder werden aus den Reihen der Kandidaten aufgenommen, die die politische Grundschule absolviert und die festgesetzte Kandidatenzeit durchlaufen haben.

Für die Aufnahme von Kandidaten als Parteimitglieder gilt folgende Ordnung:

a) Es werden drei Kategorien festgesetzt:

1. Arbeiter und Rotarmisten aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft,
2. Bauern (außer Rotarmisten) und Handwerker, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten,
3. übrige (Angestellte usw.).

- b) Für die Aufnahme von Personen der ersten und zweiten Kategorie müssen Bürgschaften von drei Parteimitgliedern mit dreijähriger Parteizugehörigkeit vorliegen, für Personen der dritten Kategorie sind Bürgschaften von fünf Parteimitgliedern mit fünfjähriger Parteizugehörigkeit notwendig.

Anmerkung: Die Bürgen tragen für die von ihnen Empfohlenen die Verantwortung; in Fällen leichtfertiger Empfehlungen unterliegen sie Parteistrafen bis zum Ausschluß aus der Partei.

- c) Der Aufnahme geht eine Überprüfung der Bürgschaft durch das örtliche Parteikomitee voraus.

- d) Die Aufnahme in die Partei wird vorher von der Zelle behandelt, sie wird von der Vollversammlung der Organisation entschieden, der entsprechende Beschluß der Vollversammlung tritt nach Bestätigung durch das Parteikomitee in Kraft, und zwar für die erste Kategorie - durch das Kreiskomitee, für die zweite und dritte Kategorie - durch das Gouvernementskomitee. In den Rayonorganisationen der Städte ist für die Personen der ersten Kategorie der Beschluß der Vollversammlung des Rayons endgültig.

- e) Personen, die aus anderen Parteien kommen, werden durch Bürgschaft von fünf Parteimitgliedern mit fünfjähriger Parteizugehörigkeit nur mit der unbedingten Bestätigung des Gouvernementskomitees, unabhängig vom sozialen Stand des Aufzunehmenden, aufgenommen.

- f) Jugendliche bis zu 20 Jahren einschließlich (mit Ausnahme der Rotarmisten) treten nur über den Komsomol in die Partei ein.

3. Jedes Mitglied einer Organisation wird bei der Übersiedlung in den Tätigkeitsbereich einer anderen Organisation von dieser in ihren Mitgliederbestand aufgenommen.

Anmerkung: Übersiedlungen von Parteimitgliedern im Gouvernementsbereich können mit Einverständnis des Gouvernementskomitees erfolgen. Die Übersiedlung aus einem Gouvernement in ein anderes erfolgt nach den Regeln, die das ZK der Partei festgelegt hat.

4. Die Frage des Ausschlusses eines Mitgliedes aus der Partei wird entweder von der Vollversammlung der Organisation, deren Mitglied die betreffende Person ist, oder von der Gouvernementskontrollkommission entschieden. Der Beschluß über den Ausschluß tritt erst nach seiner Bestätigung durch das Gouvernementskomitee in Kraft, wobei die betreffende Person bis zur Bestätigung des Ausschlusses von der Parteilarbeit suspendiert wird. Über die ausgeschlossenen Parteimitglieder wird in der Parteipresse unter Angabe der Gründe des Ausschlusses Mitteilung gemacht.

## II. Die Parteikandidaten

5. Alle Personen, die in die Partei eintreten wollen, durchlaufen eine Kandidatenzeit, damit sich der Kandidat gründlich mit dem Programm und der Taktik der Partei bekannt machen kann und damit die persönlichen Eigenschaften des Kandidaten überprüft werden können.
6. Für die Aufnahme als Kandidat (Einteilung nach Kategorien, Charakter der Bürgschaften und ihre Überprüfung, Beschluß der Organisationen über die Aufnahme und Bestätigung durch das Parteikomitee) gelten dieselben Bestimmungen wie für die Aufnahme als Parteimitglied.
7. Die Kandidatenzeit wird für Arbeiter und Rotarmisten aus der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf mindestens sechs Monate festgelegt, für Bauern und Handwerker auf ein Jahr, für die übrigen auf zwei Jahre.  

Anmerkung: Personen, die aus anderen Parteien kommen, durchlaufen, unabhängig von ihrem sozialen Stand, eine zweijährige Kandidatenzeit.
8. Die Kandidaten nehmen an den öffentlichen Vollversammlungen der Organisation, der sie angehören, mit beratender Stimme teil.
9. Die Kandidaten entrichten den üblichen Mitgliedsbeitrag an die Kasse des örtlichen Parteikomitees.

## III. Der organisatorische Aufbau der Partei

10. Das leitende Prinzip des organisatorischen Aufbaus der Partei ist der demokratische Zentralismus.
11. Die Partei ist auf der Grundlage des demokratischen Zentralismus nach dem territorialen Prinzip aufgebaut. Die Organisation, die insgesamt einen Rayon umfaßt, gilt gegenüber allen Organisationen, die Teile des betreffenden Rayons umfassen, als die höherstehende Organisation.
12. Alle Parteiorganisationen sind in der Entscheidung örtlicher Fragen autonom.

13. Das höchste leitende Organ jeder Parteiorganisation ist die Vollversammlung, die Konferenz oder der Parteitag.
14. Die Vollversammlung, die Konferenz oder der Parteitag wählen ein Komitee, das ihr Exekutivorgan ist und die gesamte laufende Arbeit der örtlichen Organisation leitet.
15. Das Organisationsschema der Partei ist folgendes:
  - a) Das Gebiet der RSFSR - der Allrussische Parteitag, das ZK,
  - b) die Gebiete (Oblast) und Sowjetrepubliken, die zur RSFSR gehören - die Gebietsbüros (Oblastbüros) des ZK (oder die Gebietskonferenzen und Parteitage der nationalen kommunistischen Parteien - die Gebietskomitees und das ZK der nationalen kommunistischen Parteien);
  - c) die Gouvernements - die Gouvernementskonferenzen, die Gouvernementskomitees,
  - d) die Kreise (Ujesde) - die Kreiskonferenzen, die Kreiskomitees,
  - e) die Amtsbezirke (Wolost) - die Amtsbezirksversammlungen, die Amtsbezirkskomitees,
  - f) die Betriebe, Dörfer, Truppenteile der Roten Armee, Institutionen - die Vollversammlung der Zellen, die Büros der Zellen.
16. Die Reihenfolge der Unterordnung, der Rechenschaftslegung, des Instanzenweges und der Anfechtung aller Parteibeschlüsse (von der höheren zur niederen Instanz) ist folgende: Der Allrussische Parteitag, das ZK, die Gebietskonferenz, das Gebietskomitee, die Gouvernementskonferenz usw.
17. Für besondere Formen der Parteiarbeit werden spezielle Abteilungen geschaffen (für nationale Fragen, für die Arbeit unter Frauen usw.). Die Abteilungen bestehen bei den Komitees und sind ihnen unmittelbar unterstellt. Das Organisationsschema der Abteilungen wird durch besondere Instruktionen festgelegt, die vom Zentralkomitee bestätigt werden.
18. Alle niederen Organisationen bis zu den Organisationen des

Kreises (Ujesd) ausschließlich werden vom Kreiskomitee mit Genehmigung des Gouvernementskomitees bestätigt, die des Kreises - durch die Gouvernementskomitees mit Genehmigung des Gebietskomitees. Wenn kein Gebietskomitee vorhanden ist - mit Genehmigung des ZK; die der Gouvernements - durch die Gebietskomitees mit Genehmigung des ZK, bei Fehlen eines Gebietskomitees - unmittelbar durch das ZK.

19. Jede Organisation hat nach ihrer endgültigen Bestätigung das Recht, sich ein eigenes Siegel zuzulegen, jedoch nur mit Genehmigung der entsprechenden höheren Parteinstanz.

#### IV. Die zentralen Parteiminstitutionen

20. Das oberste Organ der Partei ist der Parteitag. Ordentliche Parteitage werden jährlich einberufen. Außerordentliche Parteitage werden vom ZK auf eigene Initiative oder auf Verlangen von mindestens einem Drittel der Gesamtzahl der Mitglieder einberufen, die auf dem letzten Parteitag vertreten waren. Die Einberufung des Parteitages und die Tagesordnung werden mindestens anderthalb Monate vor dem Parteitag bekanntgegeben. Ein außerordentlicher Parteitag wird binnen zwei Monaten einberufen. Der Parteitag gilt als beschlußfähig, wenn auf ihm mindestens die Hälfte aller Parteimitglieder vertreten ist, die auf dem letzten ordentlichen Parteitag vertreten waren.

Die Vertretungsquoten für den Parteitag werden vom ZK und der ordentlichen Vorkonferenz zum Parteitag festgesetzt.

21. Beruft das ZK den außerordentlichen Parteitag innerhalb der im Punkt 20 angeführten Frist nicht ein, haben die Organisationen, die die Einberufung des außerordentlichen Parteitages verlangt haben, das Recht, ein Organisationskomitee zu bilden, das alle Rechte des ZK hinsichtlich der Einberufung des Parteitages besitzt.
22. Der Parteitag:
- Nimmt die Berichte des ZK, der Revisionskommission und der übrigen zentralen Institutionen entgegen und bestätigt sie,
  - revidiert und ändert das Parteiprogramm,

c) bestimmt die taktische Linie der Partei in den laufenden Fragen,

d) wählt das ZK, die Revisionskommission usw.

23. Das ZK wird in der vom Parteitag festgesetzten Stärke gewählt. Scheiden Mitglieder des ZK aus, wird sein Bestand aus den vom Parteitag gewählten Kandidaten und in der von ihm festgelegten Reihenfolge ergänzt.
24. Das ZK vertritt die Partei im Verkehr mit anderen Parteien und Institutionen, organisiert verschiedene Parteiminstitutionen und leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktionen der Zentralorgane, die unter seiner Kontrolle arbeiten, organisiert und leitet die Unternehmungen, die für die Gesamtpartei von Bedeutung sind, verteilt die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die zentrale Kasse.
- Das ZK lenkt die Arbeit der zentralen Sowjet- und gesellschaftlichen Organisationen durch die Parteifraktionen.
- Das ZK hält mindestens eine Plenarsitzung in zwei Monaten ab. Die Kandidaten des ZK nehmen an den Plenarsitzungen des ZK mit beratender Stimme teil.
25. Das ZK bildet für die politische Arbeit das politische Büro, für die allgemeine Leitung der Organisationsarbeit das aus 5 - 7 Mitgliedern bestehende Organisationsbüro, und für die laufende Arbeit organisatorischen und ausführenden Charakters - ein Sekretariat, bestehend aus 3 Mitgliedern des ZK, die ständig im Sekretariat arbeiten.
26. Einmal im Jahr, zwischen den Parteitagen, beruft das ZK eine Allrussische Parteikonferenz ein aus Vertretern der Regional-, Gebiets- und Gouvernementskomitees der Partei, den ZKs der nationalen kommunistischen Parteien, der Gebietsbüros des ZK, der politischen Abteilungen der Roten Armee und der Flotte.
27. Einmal in zwei Monaten entsendet das ZK an die Gouvernementskomitees der Partei einen schriftlichen Bericht über seine Tätigkeit.
28. Die zentrale Revisionskommission besteht aus drei Mitgliedern, die mindestens zehn Jahre der Partei angehören müssen.

Die zentrale Revisionskommission revidiert:

- a) Die Schnelligkeit und Richtigkeit der Bearbeitung von Angelegenheiten in den zentralen Organen der Partei und das Funktionieren des Apparates des Sekretariats des ZK der KPR(B),
- b) die Kasse und die Unternehmen der Partei.

#### V. Die Gebietsorganisationen

29. Parteiorganisationen können sich mit Genehmigung des ZK der KPR(B) nach Gebieten (Oblast) zusammenschließen. Die Gebietsgrenzen werden von der Gebietskonferenz bestimmt und vom ZK bestätigt.
30. Parteiorganisationen, die die föderativen Teile der RSFSR umfassen, sind den Gebiets- (oder Gouvernements-) Parteiorganisationen gleichgestellt, d.h., sie sind dem ZK der KPR(B) vollkommen unterstellt.
31. Das Gebietskomitee (oder das ZK der nationalen Kommunistischen Partei) wird auf der Gebietskonferenz (oder dem Parteitag der nationalen Kommunistischen Partei) gewählt.

Auf besonderen Beschluß des ZK werden dort, wo Gebietswirtschaftsorgane (Wirtschaftsräte usw.) bestehen, oder in Rayons, die sehr weit vom Zentrum entfernt sind, Gebietsbüros geschaffen, die vom ZK der KPR in der jedesmal vom ZK festzulegenden Zusammensetzung ernannt werden. Gebietsbüros des ZK sind nur dem ZK der KPR(B) gegenüber rechenschaftspflichtig.

32. Die ordentliche Gebietskonferenz (oder der Parteitag der nationalen Kommunistischen Partei) wird vom Gebietskomitee (ZK der nationalen Kommunistischen Partei) binnen sechs Monaten einberufen (die Frist kann für einzelne Gebiete bis auf ein Jahr mit Einverständnis des ZK der KPR(B) verlängert werden), eine außerordentliche Gebietskonferenz - auf Beschluß des Gebietskomitees (ZK der nationalen Kommunistischen Partei) oder auf Beschluß der Hälfte der gesamten Mitglieder der Organisationen, die zum Gebiet gehören.

Die Vertretungsquote für die Gebietskonferenz (den Parteitag der nationalen Kommunistischen Partei) wird vom Gebiets-

komitee (ZK der nationalen Kommunistischen Partei) nach Übereinkunft mit den Gouvernementskomitees, die zu dem Gebiet gehören, festgesetzt.

Die Gebietskonferenz (der Parteitag der nationalen Kommunistischen Partei) nimmt den Bericht des Gebietskomitees (des ZK der nationalen Kommunistischen Partei), der Revisionskommission und der übrigen Gebietsinstitutionen entgegen, bestätigt sie und wählt das Gebietskomitee und die Revisionskommission (ZK, ZKK der nationalen Kommunistischen Partei).

33. Das Gebietskomitee bildet für die laufende Arbeit ein Büro, das aus mindestens fünf Personen besteht.

Das Gebietskomitee (Gebietsbüro des ZK) organisiert die verschiedenen Parteinstitutionen im Gebietsbereich, leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktion des Gebietsparteiorganes, das unter seiner Kontrolle arbeitet, es organisiert und leitet die Unternehmungen, die für die Gebiete allgemeine Bedeutung haben, es verteilt im Gebietsbereich die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die Gebietskasse. Das Gebietskomitee (das Gebietsbüro des ZK) leitet die Tätigkeit der Exekutivorgane der Sowjets durch die Parteifractionen und legt monatlich einen Bericht über seine Tätigkeit dem ZK der KPR(B) vor. Das Gebietskomitee (Gebietsbüro des ZK) tritt mindestens einmal monatlich zusammen.

#### VI. Die Gouvernementsorganisationen

34. Die ordentliche Gouvernements-Partei-Konferenz wird vom Gouvernementskomitee einmal in sechs Monaten einberufen, eine außerordentliche Konferenz auf Beschluß des Gouvernementskomitees oder eines Drittels der Gesamtzahl der Mitglieder der Organisationen, die zum Gouvernement gehören.

Die Gouvernementskonferenz nimmt die Berichte des Gouvernementskomitees, der Revisionskommission und der übrigen Gouvernementsinstitutionen entgegen, bestätigt sie und wählt das Komitee und die Revisionskommission.

35. Das Gouvernementskomitee wird von der Konferenz gewählt, wobei in das Komitee sowohl Funktionäre des Gouvernementszentrums als auch der übrigen großen Arbeiterzentren des betreffenden Gouvernements gewählt werden müssen. Das Gouvernementskomitee tritt mindestens einmal im Monat zusammen, es bildet aus seinen Mitgliedern für die laufende Arbeit ein Büro aus fünf Personen, wobei nötigenfalls die Personenzahl vergrößert werden kann, doch nur mit Genehmigung des ZK (oder in den Gebieten - des Gebietskomitees).

Mindestens drei Personen dieses Büros müssen ausschließlich für die Parteiarbeit zur Verfügung stehen.

Für die Sekretäre eines Gouvernementskomitees ist Parteizugehörigkeit vor der Oktoberrevolution 1917 und Bestätigung durch die übergeordnete Parteiinstanz obligatorisch. (Nur mit ihrer Genehmigung ist eine Ausnahme hinsichtlich der Dauer der Parteizugehörigkeit zulässig).

36. Das Gouvernementskomitee bestätigt die Kreis- (Ujesd-) oder Rayonorganisationen des Gouvernements mit Genehmigung des Gebietskomitees oder des ZK, organisiert die verschiedenen Institutionen der Partei im Gouvernementsbereich, leitet ihre Tätigkeit, ernennt die Redaktion des Gouvernements-Parteiorgans, das unter seiner Kontrolle arbeitet, organisiert alle Unternehmungen, die für das Gouvernement Bedeutung haben, verteilt im Gouvernementsbereich die Kräfte und Mittel der Partei und verwaltet die Gouvernementskasse. Das Gouvernementskomitee lenkt die Tätigkeit des Gewerkschaftsrates, der genossenschaftlichen Vereinigungen durch die entsprechenden Parteifraktionen. Das Gouvernementskomitee legt dem ZK monatlich einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit und die Tätigkeit der Kreiskomitees vor. Die Gebietskomitees der autonomen Gebiete sind den Gouvernementskomitees gleichgestellt.
37. Die Gouvernementskomitees geben in der Zeit zwischen den Konferenzen regelmäßig informativische Berichte vor der Vollversammlung oder der Konferenz der Stadtorganisation; außerdem berufen sie Gouvernementsberatungen aus Vertretern der Kreis-

komitees und der Rayonkomitees (die unmittelbar dem Gouvernement unterstellt sind) mindestens einmal in drei Monaten ein.

38. In den Gouvernementsstädten werden, falls notwendig, Rayonorganisationen mit den Rechten von Kreisorganisationen geschaffen, die dem Gouvernementskomitee unmittelbar unterstellt sind.

#### VII. Die Kreisorganisationen

39. Die Kreiskonferenz nimmt den Bericht des Kreiskomitees und der Kreisrevisionskommission entgegen, bestätigt ihn und wählt das Komitee und die Revisionskommission. Die Konferenz wird einmal in sechs Monaten einberufen.
40. Das Kreiskomitee wird auf der Kreiskonferenz in Stärke von sieben bis neun Personen gewählt. Das Kreiskomitee bildet aus seinen Mitgliedern ein Büro aus drei Personen, von denen mindestens zwei Genossen von jeglicher Arbeit - außer der Parteiarbeit - befreit sein müssen.
- Für den Sekretär ist eine dreijährige Parteizugehörigkeit obligatorisch und die Bestätigung der übergeordneten Parteiinstanz erforderlich (nur mit ihrer Genehmigung ist eine Ausnahme in der Dauer der Parteizugehörigkeit zulässig).
41. Das Kreiskomitee bestätigt die Amtsbezirksorganisationen und die Zellen im Kreis mit Genehmigung des Gouvernementskomitees, es organisiert die verschiedenen Parteiinstitutionen im Kreisbereich, leitet ihre Tätigkeit an, organisiert alle Maßnahmen, die Bedeutung für den gesamten Kreis haben, führt mindestens einmal in drei Monaten Beratungen von Vertretern der Amtsbezirkszellen durch und verwaltet die Kreiskasse der Partei.
- Anmerkung: Das Recht zur Herausgabe eines Parteiorgans und von Parteiliteratur besitzt im Kreis nur das Kreiskomitee (mit Erlaubnis des Gouvernementskomitees).
42. Das Kreiskomitee lenkt die Arbeit des Kreisexekutivkomitees, der Gewerkschaftsorganisationen, die Arbeit der genossenschaftlichen und anderen Vereinigungen im Kreisbereich durch die Parteifraktionen in den jeweiligen Institutionen.



#### VIII. Die Amtsbezirksorganisationen

43. Das höchste Organ des Amtsbezirks (Wolost) ist die Vollversammlung der Parteimitglieder des betreffenden Amtsbezirks.  
Anmerkung: In ausgedehnten Amtsbezirken, wo die Einberufung einer Vollversammlung erschwert ist, ist eine Amtsbezirkskonferenz statt einer Vollversammlung zulässig.
44. Die Vollversammlung des Amtsbezirks wird mindestens einmal monatlich einberufen. Die Vollversammlung
- a) entscheidet die Fragen der Aufnahme und des Ausschlusses von Parteimitgliedern unter Vorlage ihrer Beschlüsse bei den übergeordneten Parteikomitees zwecks Bestätigung,
  - b) wählt das Amtsbezirkskomitee,
  - c) nimmt den Bericht des Amtsbezirkskomitees entgegen und bestätigt ihn,
  - d) wählt die Delegierten für die Gouvernements-, Kreis- und anderen Konferenzen,
  - e) nimmt den Bericht der Fraktion des Amtsbezirks-Exekutivkomitees entgegen und bestätigt ihn.
45. Das Amtsbezirkskomitee wird auf der Vollversammlung oder auf der Konferenz in Stärke von drei bis fünf Mitgliedern für drei Monate gewählt.
46. Das Amtsbezirkskomitee lenkt und leitet die Arbeit aller Organisationen, die zum Amtsbezirk gehören, registriert alle Parteimitglieder, organisiert die Verbreitung der Literatur, veranstaltet Kundgebungen, Lektionen usw., organisiert neue Zellen und schlägt sie den Kreiskomitees zur Bestätigung vor, verwaltet die Parteikasse des Amtsbezirks, legt einmal monatlich dem Kreiskomitee seinen Tätigkeitsbericht vor und lenkt die Arbeit des Amtsbezirks-Exekutivkomitees durch die Parteifraktion.

#### IX. Die Parteizellen

47. Die Grundlage der Partelorganisation ist die Parteizelle. Die

Zelle wird vom Kreis- oder Rayonkomitee bestätigt, sie besteht aus mindestens drei Parteimitgliedern.

48. Die Zelle ist die Organisation, die die Arbeiter- und Bauernmassen mit dem führenden Organ der Partei in dem betreffenden Umkreis verbindet. Die Aufgaben der Zelle sind:
1. Verwirklichung der Losungen und Beschlüsse der Partei unter den Massen,
  2. die Heranziehung neuer Mitglieder,
  3. die Unterstützung des örtlichen Komitees in seiner organisatorischen und agitatorischen Arbeit,
  4. die aktive Teilnahme als Organ der Partei an dem ökonomischen und politischen Leben des Landes.
49. Für die Durchführung der laufenden Arbeit wählt die Zelle ein Büro aus drei Mitgliedern für die Dauer von drei Monaten.

Für den Sekretär der Zelle ist mindestens eine einjährige Parteizugehörigkeit obligatorisch. Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des Gebietskomitees (Ujesdkomitees) (oder Rayonkomitees) zulässig.

#### X. Die Kontrollkommissionen

50. Zur weiteren Festigung der Einheit und Autorität der Partei im Zentrum, in den Gebieten (Oblast) und Gouvernements werden durch Wahl auf dem Parteitag, den Gebiets- und Gouvernementskonferenzen Kontrollkommissionen gebildet, die den entsprechenden Organen, durch die sie gewählt worden sind, rechenschaftspflichtig sind. Die Kontrollkommissionen im Zentrum werden in Stärke von fünf Mitgliedern und zwei Kandidaten mit zehnjähriger Parteizugehörigkeit gewählt, im Gebiet - in Stärke von drei bis fünf Mitgliedern und zwei bis drei Kandidaten, im Gouvernement - in Stärke von drei Mitgliedern und zwei Kandidaten. Alle diese Mitglieder und Kandidaten müssen vor der Februarrevolution in die Partei eingetreten sein.

Die Mitglieder der Kontrollkommissionen haben das Recht, an allen Sitzungen der entsprechenden Parteikomitees und an allen beliebigen anderen Beratungen und Versammlungen der ent-

sprechenden Parteiorganisationen mit beratender Stimme teilzunehmen.

Die Beschlüsse der Kontrollkommissionen können von den entsprechenden Parteikomitees nicht aufgehoben werden, treten aber nur mit Einverständnis der Parteikomitees in Kraft und werden auch von ihnen durchgeführt.

Wird kein Einverständnis erzielt, so wird die Frage auf einer gemeinsamen Sitzung behandelt. Falls mit dem Komitee kein Übereinkommen erreicht wird, wird die Frage der entsprechenden Parteikonferenz oder der höheren Kontrollkommission zur Entscheidung vorgelegt.

Anmerkung: Bei den Gebietsbüros des ZK wird keine Kontrollkommission geschaffen. Ein Beschluß der Gouvernementskontrollkommission wird, falls Protest erhoben wird, mit einem Gutachten des Gebietsbüros des ZK an die zentrale Kontrollkommission übergeben.

#### XI. Die Parteidisziplin

51. Strengste Parteidisziplin ist oberste Pflicht aller Parteimitglieder und aller Parteiorganisationen. Die Beschlüsse der Parteizentren müssen schnell und genau durchgeführt werden. Gleichzeitig ist die Erörterung aller strittigen Fragen des Parteilebens innerhalb der Partei, solange ein Beschluß nicht gefaßt ist, völlig frei.
52. Die Nichtdurchführung der Beschlüsse der höheren Organisationen und andere Vergehen, die von der öffentlichen Meinung der Partei als Verbrechen betrachtet werden, ziehen nach sich für die Organisationen - eine Rüge, die Ernennung eines provisorischen Komitees von oben und allgemeine Umregistrierung (Auflösung der Organisation); für einzelne Parteimitglieder - eine Parteirüge, eine öffentliche Rüge, zeitweilige Entfernung von verantwortlicher Partei- und Sowjetarbeit, zeitweilige Entfernung von jeglicher Partei- und Sowjetarbeit, Ausschluß aus der Partei, Ausschluß aus der Partei mit Benachrichtigung der Verwaltungs- und Gerichtsbehörden von dem Vergehen. Die Überführung in den Kandidatenstand ist als Parteistrafe nicht zulässig.

53. Disziplinarvergehen werden von den Komitees, von den Vollversammlungen und den Kontrollkommissionen in der üblichen Ordnung durch die festgelegten Instanzen untersucht.

#### XII. Die Geldmittel der Partei

54. Die Geldmittel der Organisation setzen sich aus den Mitgliedsbeiträgen, den Beihilfen der höheren Parteiorganisationen und anderen Einnahmen zusammen.
55. Die Beiträge für Mitglieder und Kandidaten betragen mindestens 1/2 Prozent des Arbeitslohnes. Es werden vier Kategorien in der Höhe des Mitgliedsbeitrages, entsprechend der Höhe des Grundgehalts, festgelegt. Die erste Kategorie zahlt 1/2 Prozent, die zweite 1 Prozent, die dritte 2 Prozent und die vierte 3 Prozent. Die absoluten Ziffern der beitragspflichtigen Gehälter werden durch eine Instruktion festgelegt.
56. Die Mitgliedsbeiträge für Personen, die unbestimmte Einkünfte haben, z.B. Bauern, werden von den örtlichen Gouvernementskomitees entsprechend den Instruktionen des Zentralkomitees festgelegt.
57. Vollständig befreit von der Zahlung von Mitgliedsbeiträgen sind Arbeitslose und Fürsorgeempfänger (Invaliden und Greise).
58. Als Aufnahmebeitrag werden sowohl von Parteimitgliedern als auch von Kandidaten 3 Prozent des Arbeitslohnes erhoben. Von dieser Zahlung wird niemand befreit.
59. Parteimitglieder und Kandidaten, die drei Monate ohne triftigen Grund keinen Beitrag entrichtet haben, gelten als aus der Partei ausgeschieden, was der Vollversammlung bekanntgegeben wird.

#### XIII. Die Fraktionen in den außerparteilichen Organisationen

60. In allen außerparteilichen Kongressen, Beratungen und gewählten Organen (den Sowjets, den Exekutivkomitees der Sowjets, den Komitees und Räten der Gewerkschaften, den Vorständen der Genossenschaften usw.), wo es mindestens drei Parteimitglieder gibt, werden Fraktionen organisiert, die die Aufgabe haben,

den Einfluß der Partei allseitig zu verstärken, ihre Politik außerhalb der Partei durchzusetzen und die Kontrolle der Partei über die Arbeit aller erwähnten Institutionen und Organisationen durchzuführen.

61. Bei Erörterung von Fragen im Komitee, die irgendeine Fraktion betreffen, entsendet die Fraktion ihre Vertreter mit beratender Stimme in die Plenarsitzung des entsprechenden Komitees. Für die laufende Arbeit können die Fraktionen ein Büro wählen.
62. Die Fraktionen sind, unabhängig von ihrer Bedeutung, völlig der entsprechenden Parteiorganisation unterstellt. In allen Fragen, zu denen rechtsgültige Beschlüsse der entsprechenden Parteiorganisation vorliegen, sind die Fraktionen verpflichtet, sich stets und strikt an diese Beschlüsse zu halten. Das Komitee hat das Recht, ein beliebiges Mitglied in die Fraktion aufzunehmen oder aus ihr abzurufen, wobei es verpflichtet ist, die Fraktion über die Gründe dieser Maßnahme zu unterrichten. In den Fragen des inneren Lebens und der laufenden Arbeit ist die Fraktion autonom. Bei einer wesentlichen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Parteikomitee und der Fraktion in irgendeiner Frage, die zum Kompetenzbereich der Fraktion gehört, ist das Komitee verpflichtet, diese Frage nochmals mit den Vertretern der Fraktion zu untersuchen und einen endgültigen Beschluß herbeizuführen, den die Fraktion unverzüglich durchführen muß.
63. Für alle wichtigen Ämter in den Organisationen, in denen eine Fraktion arbeitet, werden die Kandidaten von der Fraktion gemeinsam mit der entsprechenden Parteiorganisation aufgestellt. In gleicher Weise erfolgt auch der Wechsel von einer Funktion in eine andere.
64. Alle Fragen, die politische Bedeutung haben und von der Fraktion zu erörtern sind, müssen im Beisein von Vertretern des Komitees besprochen werden.
65. Jede Frage, die der Entscheidung jener außerparteilichen Organisation unterliegt, in der die Fraktion arbeitet, muß vorher in der Vollversammlung oder im Büro der Fraktion erörtert werden.

66. Alle Mitglieder der Fraktion sind verpflichtet, über jede Frage, die in der Fraktion einer außerparteilichen Organisation entschieden wurde, auf der Versammlung der betreffenden Organisation einstimmig abzustimmen. Diejenigen, die diese Regel verletzen, unterliegen den Disziplinarmaßnahmen in der üblichen Ordnung.

## II. Resolutionen und Entschlüsse der Konferenz

### Über die Aufgaben der Partei in den Genossenschaften

Davon ausgehend:

- a) daß nach der Einführung der Naturalsteuer und der Freiheit des Warenumsatzes unter den Bedingungen der proletarischen Diktatur und des Staatskapitalismus die genossenschaftliche Form des Warenaustausches die beste Form ist und allseitige Unterstützung verdient;
- b) daß unter den Bedingungen der starken ökonomischen Zerrüttung und des Mangels an staatlichen Reserven die Genossenschaft das wichtigste Mittel zur Hebung der Produktivkräfte in der bäuerlichen Landwirtschaft und in der Handwerksindustrie ist;
- c) daß die Genossenschaft, da sie die breiten Massen der Arbeiter und Bauern als unmittelbare Teilnehmer auch zur Vertretung ihrer nächsten ökonomischen Interessen heranzieht, eine der wichtigsten Formen des Zusammenschlusses der Arbeiterklasse und der Bauernschaft ist, -

beschließt die Allrussische Parteikonferenz:

### Auf dem Gebiet der Verbrauchergenossenschaften

1. Die Verbrauchergenossenschaft, die die Arbeiter und Bauern vereint und unmittelbar die Aufgaben des Warenumsatzes zwischen Stadt und Land erfüllt, bietet das breiteste Feld für die Verwirklichung des ökonomischen Bündnisses der Arbeiter und Bauern. Das unmittelbare Interesse des Arbeiters als Verbraucher bedingt seine aktive Teilnahme am Aufbau der Verbrauchergenossenschaft und gewährleistet damit seinen Einfluß auf die zu Genossenschaften

zusammengeschlossenen Bauern.

Durch diesen Unterschied der Verbrauchergenossenschaft von anderen Genossenschaften, die das städtische Proletariat nicht in sich einschließen, muß die obligatorische Mitgliedschaft in der Verbrauchergenossenschaft notwendigerweise aufrechterhalten werden.

2. Die Arbeiterklasse, die die Hauptaufgabe der Revolution - die Führung der Bauernschaft - erfüllt, muß, ohne ein isoliertes System von Arbeitergenossenschaften aufzubauen, den entscheidenden Einfluß ihrer Klassenorganisationen auf die Verbrauchergenossenschaft als Ganzes erlangen und dabei gleichzeitig der besseren Versorgung der Arbeiter und der Festigung der Arbeitergenossenschaften maximale Aufmerksamkeit widmen.

Die Konferenz betrachtet es als vollkommen unzulässig, die Arbeitergenossenschaften von den alle Einwohner umfassenden Genossenschaften zu trennen oder auch nur solche wechselseitigen Beziehungen herzustellen, die auf eine solche Trennung hinauslaufen würden.

3. Die nächste Aufgabe der Verbrauchergenossenschaft besteht im gegenwärtigen Augenblick darin, ihre Verbindung mit den genossenschaftlich organisierten Massen zu festigen, die Zahl der tatsächlich betreuten Verbraucher zu erweitern, deren Bedürfnisse weitestgehend zu befriedigen und die genossenschaftlich organisierten Arbeiter und Bauern zur aktiven genossenschaftlichen Arbeit heranzuziehen.

Die Konferenz ist der Meinung, daß die obligatorische Zusammensetzung der Verbrauchergenossenschaft und die staatlichen Aufgaben die Verbrauchergenossenschaft auf keinen Fall in einen rein technischen Apparat des staatlichen Warenumsatzes und der Verteilung verwandeln dürfen. Die Arbeit der Verbrauchergenossenschaft muß auf der selbständigen Tätigkeit der genossenschaftlich organisierten Bevölkerung, auf der Grundlage der materiellen Interessiertheit der Teilnehmer beruhen. Methoden zur Steigerung dieses Interesses, unter Wahrung der Freiwilligkeit der Anteilbeiträge, können sein: Gewährung von Vorrechten entsprechend den Anteil-, zweckbestimmten und anderen Beiträgen, Verteilung des Gewinns,

Teilnahme an einzelnen Operationen und andere Methoden zur Förderung aktiver Teilnehmer.

Die Gewährung von Vorrechten nach Anteil- und Sonderbeiträgen darf jedoch die Rechte der gesamten genossenschaftlich organisierten Bevölkerung auf die Teilnahme an der Leitung der Genossenschaft nicht schmälern.

4. Um eine ununterbrochene und vollständige Versorgung der Industriearbeiter zu gewährleisten und um die staatlichen Organe (Syndikate, Trusts, Banken usw.) mit der Bauernschaft unter Ausschaltung der privaten Zwischenhändler zu verbinden, erachtet es die Konferenz für notwendig, eine enge Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsorganen der Industrie und der Verbrauchergenossenschaft auf der Grundlage der vergünstigten Kreditgewährung und der vornehmlichen Arbeit über ihren Apparat herzustellen.

Die Konferenz lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß die überflüssige Begeisterung für Gewinnanhäufung, die auf Kosten der unmittelbaren Wahrung der Interessen der Werktätigen geht, beseitigt werden muß.

#### Auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen und der Gewerbe-genossenschaften

1. Ausgehend von der dringenden Notwendigkeit, die Landwirtschaft weitestgehend zu entwickeln und zu festigen, ihre Produktivität zu heben und die Stabilität der wirtschaftlich schwachen Bauernschaft zu wahren, hält die Konferenz für die wichtigste Aufgabe der Parteiarbeit im Dorfe, die landwirtschaftlichen Genossenschaften aufzubauen, ihr Netz zu entwickeln und sie aus einer Organisation, die überwiegend die wohlhabenden Schichten des Dorfes vereint, in eine Organisation zu verwandeln, die die Massen der armen und Mittelbauernschaft umfaßt.

Die nächste Aufgabe der Parteiorganisationen besteht darin, eine bedeutende Anzahl kommunistischer Kräfte zur Arbeit in die landwirtschaftliche Genossenschaft zu schicken.

Um den Einfluß der dörflichen proletarischen Elemente auf die landwirtschaftliche Genossenschaft zu gewährleisten, ist es notwen-

dig, in möglichst naher Zukunft auch die vollständige organisatorische Verschmelzung der kollektivwirtschaftlichen Vereinigungen mit den allgemeinen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu erreichen.

2. Die Gewerbe-genossenschaft, die zur Vergrößerung der Gesamtmenge der Produkte im Lande beiträgt, bedarf ebenfalls der Verstärkung des bislang noch ungenügenden, kommunistischen Einflusses. Die Konferenz erachtet es für notwendig, die Partei- und Sowjetarbeit zur Festigung der Gewerbe-genossenschaften und zur Heranziehung der dem Proletariat am nächsten stehenden werktätigen Handwerker zu erweitern und zu vertiefen.

3. Die landwirtschaftlichen und die Gewerbe-genossenschaften, die Kleinproduzenten mit vielfältigen individuellen Besonderheiten ihrer Wirtschaften und Bedürfnisse vereinen, müssen auf dem Prinzip der Freiwilligkeit und der wirtschaftlichen Interessiertheit aufgebaut werden. Die Konferenz erkennt die Freiheit in der Wahl der Formen der speziellen Genossenschaften (landwirtschaftliche, Handwerker- und Gewerbe-, Kreditgenossenschaften) die von der für die Genossenschaft gültigen Gesetzgebung festgelegt wurde, als zweckmäßig und den Aufgaben der Hebung der Volkswirtschaft entsprechend an.

4. Die weitere Entwicklung der landwirtschaftlichen und Gewerbe-genossenschaften im allgemeinen und der Übergang vom Vorherrschen der Handels- und Zwischenhandelsfunktionen zum Vorherrschen der Produktionsfunktionen im besonderen, hängt hauptsächlich von der genügend breiten Organisierung des Kreditwesens ab. Deshalb ist es notwendig, daß neben der Einrichtung des staatlichen landwirtschaftlichen Kreditwesens die organisatorische Arbeit zur Schaffung von Kreditgenossenschaften auf der Grundlage des Dekrets vom 24. Januar 1922 verstärkt wird.

Die Tätigkeit aller Institutionen, sowohl der Kreditinstitutionen als auch der anderen staatlichen, muß hinsichtlich der landwirtschaftlichen und Gewerbe-genossenschaften mit der allgemeinen Parteilinie streng koordiniert werden und unter der ständigen Aufsicht der Parteiorgane vor sich gehen.

Bei der Kreditgewährung sowie bei anderen Formen der materiellen Unterstützung der Genossenschaften muß man in erster Linie unbedingt die Interessen der wirtschaftlich schwachen Schichten der Bauernschaft und Handwerker berücksichtigen.

#### Die wechselseitigen Beziehungen zwischen den verschiedenen Formen der Genossenschaft

1. Um eine Koordinierung, Vereinigung und Lenkung der Arbeit der verschiedenen Genossenschaften möglich zu machen, müssen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen werden, die die Parallelität der Funktionen, die Konkurrenz zwischen den einzelnen Genossenschaften auf dem Markt, die Zersplitterung der Mittel und Kräfte und das Fehlen eines einheitlichen Kampfplanes gegen das private Handelskapital beseitigen.

Die Konferenz legt folgende Maßnahmen zur Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Genossenschaften fest:

a) Freiwilliger Zusammenschluß einzelner unterschiedlicher Arten von Genossenschaften zu gemischten Genossenschaften und Verbänden solcher Genossenschaften an den Orten, wo sich dies durch den Gang des wirtschaftlichen Lebens ergibt, und in den Fällen, wo ein solcher Zusammenschluß dem proletarischen Einfluß auf die genossenschaftliche Arbeit nicht von Nachteil ist. Ein solcher Zusammenschluß muß mit besonderer Vorsicht durchgeführt werden, wobei man berücksichtigen muß, daß diese Frage noch nicht klar ist und noch Erfahrungen gesammelt werden müssen. Gemischte Formen des Aufbaus der Genossenschaften müssen vornehmlich gefördert werden, wenn sie sich um die Verbrauchergenossenschaft gruppieren, wobei die maximale Befriedigung der Produktionsbedürfnisse der Landwirtschaft und ihrer einzelnen Zweige unbedingte Voraussetzung ist.

b) Organisierung vereinigter, für die einzelnen Genossenschaften gemeinsamer, industrieller und wirtschaftlicher Hilfsbetriebe mittels Aktiengesellschaften, Vertrags- und anderen Abkommen.

c) Gegenseitige Handelsverbindung und gegenseitige wirtschaftliche Hilfe auf der Grundlage der kommerziellen Zweckmäßigkeit sowie Vereinigung der Kreditfunktionen mit dem Ziel, den Zwischen-

händler zwischen den einzelnen Formen der Genossenschaften auszu-schalten.

d) Organisation allgemeiner organisatorischer genossenschaftlicher Maßnahmen auf dem Gebiet des Unterrichts- und Lehrgangswesens, des Verlagswesens usw.

e) Die Koordinierung der Tätigkeit der einzelnen Formen der Genossenschaft in den einzelnen Orten muß auf normalen genossenschaftlichen Grundlagen, auf Grund der bestehenden Dekrete über das Genossenschaftswesen erfolgen, ohne daß in irgendeiner Weise die Entwicklung der wirtschaftlichen Initiative und der selbständigen Tätigkeit gehemmt wird.

2. Unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen ist eine vollständige und streng bestimmte funktionelle Abgrenzung der Tätigkeit zwischen den einzelnen Formen der Genossenschaft nicht möglich. Daher muß eine fehlende Koordinierung in der Arbeit der verschiedenen Genossenschaften unbedingt beseitigt werden, ohne Hindernisse für die wirtschaftliche Hilfstätigkeit zu schaffen, auch wenn sie in den Tätigkeitsbereich einer anderen Form der Genossenschaft gehört.

Die Konferenz hält die Versuche, den entstandenen Widerspruch durch den Aufbau einer genossenschaftlichen Zwangsintegration zu lösen, für falsch.

Eine solche Lösung würde die Selbständigkeit abtöten und der bäuerlichen Genossenschaft die hauptsächlichen Antriebe für die Entwicklung nehmen.

#### Die organisatorische Arbeit der Parteiorgane

Unter den neuen Arbeitsbedingungen der genossenschaftlichen Organisationen ist der Übergang von der zufälligen zur ständigen, systematischen Leitung der kommunistischen Fraktion der genossenschaftlichen Organisationen seitens der Parteikomitees dringend notwendig.

Jedes Parteikomitee muß ein ganzes Netz von Zellen, Fraktionen und einzelnen Kommunisten schaffen, die in den verschiedenartigen Genossenschaften einer gegebenen Gegend arbeiten, und eine ge-

genseitige Verbindung zwischen ihnen und den entsprechenden Parteikomitees herstellen.

Die Konferenz weist auf die Notwendigkeit hin, die Festigung der Positionen der Partei in rein sachlicher Weise durchzuführen, und zwar dadurch, daß in die Genossenschaft die besten Wirtschaftler zur Arbeit geschickt werden, die sich das sachliche Vertrauen der Mitglieder der genossenschaftlichen Vereinigungen erringen.

#### Über die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen

1. Bei einer Zusammenfassung der Ergebnisse des ersten Jahres der Sowjetmacht unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik muß die KPR unbedingt ihre Aufmerksamkeit auch darauf konzentrieren, welche neuen Gruppierungen und Umgruppierungen sich im sowjetfeindlichen Lager vollziehen, wie sich die Taktik der sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen usw. in Verbindung mit dem neuen Stadium der Revolution entwickelt und verändert.

2. Im großen und ganzen machte sich im letzten Jahr im sowjetfeindlichen Lager der Beginn eines ernsthaften Zerfalls bemerkbar. Die Spaltung der Kadettenpartei in rechte und linke Kadetten und im Zusammenhang damit die Bildung zweier besonderer Kadettenzentren im Ausland, das Auftreten der "Smena-Wech"-Strömung unter einem bestimmten Teil der Bourgeoisie, die begonnene tiefe Spaltung der Kirche, die ernsthafte Folgen nach sich ziehen wird, die Teilung der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre in eine Reihe neuer Gruppen und Untergruppen (die "linken" Sozialrevolutionäre spalteten sich in zwei Gruppen; im Lager der rechten Sozialrevolutionäre bildete sich neben den früheren Gruppierungen die extrem rechte Gruppe Awksentjews, Kerenskis, Minors, Bunakows heraus; im Lager der Menschewiki bildete sich von rechts die Gruppe "Sarja" im Ausland und die "Außerparteiliche Gruppe der Sozialdemokraten in Rußland" heraus, und es macht sich auch eine Gruppe bemerkbar, die das menschewistische Zentrum "von links" kritisiert), die stärker werdende Differenzierung unter der Studentenschaft in Rußland und sogar unter der emigrierten Studentenschaft, die sich verstärkende Differenzierung unter den obersten Schichten der ehemaligen weiß-

gardistischen Generalität, - all das zusammengenommen ist ein Symptom für die Schwächung des sowjetfeindlichen Lagers und eine indirekte Bestätigung dafür, daß sich unsere Positionen gefestigt haben.

3. Das erste Jahr des Bestehens der Sowjetmacht unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik brachte aber auch gleichzeitig neue gefährliche Erscheinungen mit sich, die man unbedingt berücksichtigen muß. Die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen ändern teilweise ihre Taktik: sie suchen die sowjetische Legalität zu ihren konterrevolutionären Zwecken auszunützen und nehmen Kurs auf das "Hineinwachsen" in das Sowjetregime, das sie allmählich im Geiste der bürgerlichen Demokratie zu verändern hoffen und das, ihren Berechnungen nach, selbst unvermeidlich der bürgerlichen Umwandlung entgegengeht.

Alle erwähnten Prozesse des Zerfalls, der Zersetzung und der Umgruppierungen im sowjetfeindlichen Lager werden nicht nur durch eine schon längst zutage getretene Abspaltung einiger Gruppen der bürgerlichen Intelligenz von dem alten, aus Generals-, Großgrundbesitzerfeudalität, und kapitalistischer Großbourgeoisie bestehenden Block gefördert, sondern auch durch den Prozeß der teilweisen Wiederherstellung des Kapitalismus im Rahmen des Sowjetstaates, die ein Anwachsen der Elemente der sogenannten "neuen Bourgeoisie" (der Händler, privaten Pächter, verschiedenen freien Berufe in der Stadt und auf dem Lande, das bäuerliche Kulakentum usw.) mit sich brachte.

4. Das erste Jahr des Bestehens der Sowjetmacht unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, das außerdem eine überaus schwere Hungersnot, Verstärkung der internationalen kapitalistischen Reaktion und größte restauratorische Forderungen seitens der Kapitalisten und der Regierungen der Entente (Genua, Haag) an den Sowjetstaat mit sich brachte, ließ nicht nur die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, sondern auch die politisierende Oberschicht der vorgeblich parteilosen bürgerlichen Intelligenz verstärkte konterrevolutionäre Arbeit betreiben. Die Erfahrung des berüchtigten Allrussischen Sozialkomitees zur Unterstützung der Hungernden ("Prokukisch"), das die legale Organisation zur

Hilfe für die Hungernden zu konterrevolutionären Zwecken auszunützen suchte, war nur der erste Schritt. Auf dem Allrussischen Ärztekongreß (Mai 1922), auf dem Kongreß der Agronomen und auf dem Kongreß der landwirtschaftlichen Genossenschaften konnten wir das gleiche beobachten. Die politisierenden sozialrevolutionär-menschewistischen oder vorgeblich parteilosen intellektuellen Oberschichten der Bourgeoisie versuchten alle diese Kongresse im Interesse der Konterrevolution auszunützen.

5. Der Beginn der Neuen Ökonomischen Politik rief bei den Menschewiki und den Sozialrevolutionären die Hoffnung auf die Kapitulation der KPR und die Wiederherstellung der "demokratischen" Koalitionsmacht wach. In dem Maße, wie sich diese Hoffnungen als illusorisch erwiesen, verfielen und verfallen die Menschewiki und Sozialrevolutionäre immer mehr in Abenteuerertum. Einerseits nahmen die oberen Schichten der Menschewiki und Sozialrevolutionäre die Position der marktschreierischen "Unversöhnlichkeit" ein und versuchen, eine Bewegung gegen die Sowjetmacht zu organisieren, indem sie die Sowjetmacht vom Standpunkt der Losungen und Erwartungen der Oktoberrevolution kritisieren und ihre Parteien verleumderisch als die einzigen Organisationen hinstellen, die gegenwärtig bereit sind, für die reale Durchführung der von den Massen in den Jahren des höchsten Aufschwungs der proletarischen Revolution gestellten Forderungen zu kämpfen. Diese Art der Agitation der Menschewiki und Sozialrevolutionäre hat keinen ernsthaften Erfolg bei den Massen und kann auch keinen haben, weil sie zu offensichtlich verlogen ist und weil die Erfahrung der breitesten Massen der Werktätigen in den Jahren des Bürgerkrieges ein genügend realistisches Verhältnis dafür herausgebildet hat, was in der gegenwärtigen Zeit durchführbar und was nicht durchführbar ist. Diese Art der Agitation der Sozialrevolutionäre und Menschewiki ist nur ein indirektes Zugeständnis an die Ideen des Bolschewismus, da sie die gewaltige Anziehungskraft unserer Losungen für die werktätige Bevölkerung bestätigt. Diese Art der Agitation wird sich letzten Endes gegen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki selbst wenden. In dem Maße, wie uns die allgemeine Verbesserung der Lage hilft, das positive Programm der Oktoberrevolution praktisch zu verwirklichen, offen-

bart sich den Massen immer mehr die verräterische Rolle der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die durch die Tat ständig die Verwirklichung dieses Programms hemmten.

Aber andererseits versuchen dieselben Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die legalen Möglichkeiten der Sowjetordnung auszunützen und stellen an die Sowjetmacht Teilforderungen. Die legalen Kongresse und "gesellschaftlichen" Organisationen des obenerwähnten Charakters dienen den Sozialrevolutionären und Menschewiki sowie den anderen konterrevolutionären Gruppen und Strömungen, bis hin zu den konstitutionell-monarchistischen, als Arena, um diese zuletzt erwähnte Taktik der "Ausnützung der legalen Möglichkeiten der Sowjetordnung" durchzuführen.

6. Insbesondere versuchen die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen, die Genossenschaften auszunützen.

Die KPR kann und muß mit allen Kräften zur Wiederbelebung der Genossenschaften und zur Festigung ihrer wirtschaftlichen Stärke beitragen. Aber die KPR darf auch gleichzeitig keine Minute die Augen davor verschließen, daß die konterrevolutionären Parteien und Strömungen versuchen, indem sie die Grundinteressen der Genossenschaften mißachten, letztere in ein Bollwerk und eine organisatorische Basis der Konterrevolution zu verwandeln. Auf dem "Allrussischen Kongreß" (aus 25 Gouvernements) der Vorsitzenden der landwirtschaftlichen Genossenschaften, der im Sommer vorigen Jahres stattfand, kämpften nur zwei Gruppen um die Mehrheit: die Gruppe der Sozialrevolutionäre und die Gruppe der konstitutionellen Monarchisten. Und letzten Endes bildeten diese beiden Gruppen einen einheitlichen Block. Fast den gleichen Sachverhalt hatten wir noch bis vor ganz kurzer Zeit in den Handwerks- und Gewerbe-genossenschaften.

Die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen suchen systematisch die landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Werkzeugen der großbäuerlichen Konterrevolution, die Lehrstühle an den Hochschulen zu einer Tribüne der unverhüllten bürgerlichen Propaganda, die legalen Verlage zu einem Mittel der Agitation gegen die Arbeiter- und Bauernmacht usw. zu machen.

Besondere Aufmerksamkeit muß in dieser Hinsicht dem Dorf zugewandt werden, wo die sowjetfeindlichen Elemente auf dem Boden der KÖP und der Entwicklung des Kulakentums, das die dörfliche Intelligenz in seine Abhängigkeit gebracht hat, versuchen, nicht nur in die Genossenschaften einzudringen, sondern auch ihren Einfluß in den Dorfsowjets und in den Exekutivkomitees der Amtsbezirke (Wolost) geltend zu machen.

7. Die sogenannte "Smena-Wech"-Strömung spielte bis jetzt und kann auch in Zukunft eine objektiv fortschrittliche Rolle spielen. Sie scharft und scharft auch noch jetzt jene Gruppen der Emigranten und der russischen Intelligenz um sich, die sich mit der Sowjetmacht "ausgesöhnt" haben und bereit sind, mit ihr für die Wiederherstellung des Landes zu kämpfen. In s o f e r n verdient die "Smena-Wech"-Richtung, daß man sich positiv zu ihr stellt. Aber gleichzeitig darf man keinen Augenblick vergessen, daß auch in der "Smena-Wech"-Strömung die bürgerlich-restauratorischen Tendenzen stark sind, daß die "Smena-Wech"-Leute mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären die gemeinsame Hoffnung hegen, daß nach den ökonomischen Zugeständnissen politische Zugeständnisse zugunsten der bürgerlichen Demokratie usw. folgen.

Diese genannten Tatsachen stellen der KPR folgende Aufgaben:

A) Die Partei darf nie vergessen und muß die gesamte Arbeiterklasse und die Bauernschaft stets und systematisch daran erinnern, daß sich die Revolution, sogar im unmittelbarsten Sinne, immer noch in Gefahr befindet. Davon überzeugte der Ausgang der Haager Konferenz genügend. Diese oder jene, aber stets und unveränderlich bleibt eine genügend enge Verbindung zwischen der internationalen kapitalistischen Reaktion und den russischen sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen bestehen. Der Verlauf und die Wendungen des ER-Prozesses haben gezeigt, daß diese Verbindung der inneren Konterrevolution mit dem ausländischen Kapital genügend fest und durchaus nicht nur platonisch ist. Die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen sind noch nicht zerschlagen. Sie ändern ihre Taktik und wollen, den neuen Bedingungen angepaßt und gestützt auf die europäische kapitalistische Reaktion, die Sowjetmacht vom Rücken her ausheben.



- 109 -

B) In der nächsten Zeit muß die Partei vor allem jenen gesellschaftlichen Organisationen besonders große Aufmerksamkeit widmen, die für den Einfluß der sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen am zugänglichsten sind. Das sind: alle Formen der Genossenschaft (insbesondere die landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Arbeitsverbände usw.), die Hoch-, Mittel- und Grundschulen, die Gewerkschaften (besonders solche, die keine Produktionsarbeiter umfassen und die nicht rein proletarisch sind), die kulturelle und die Bildungsbewegung der Jugend, die "Spilki" in der Ukraine, das Verlagswesen usw. Die Parteiorganisationen müssen es verstehen, sofort maximale Aufmerksamkeit und maximale Kräfte dieser Arbeit zu widmen, um den sowjetfeindlichen Gruppen jeglichen Einfluß zu nehmen und somit jede mögliche Stütze für ihr Bestehen mit der Wurzel auszurotten. Presse, Hochschule, Genossenschaft - das sind ebenfalls "Kommandohöhen", die die Partei behaupten oder erobern muß. Die Fähigkeit der KPR, das Augenmerk auf die nächste Schwerpunktaufgabe zu konzentrieren, war immer die stärkste Seite unserer Partei. Bei richtiger Taktik wird die KPR in diesem Falle in verhältnismäßig kurzer Frist die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki als politische Faktoren endgültig liquidieren können.

C) Gestützt auf den begonnenen Zersetzungsprozeß unter den sowjetfeindlichen Gruppen müssen es unsere Parteiorganisationen verstehen, in ernster und sachlicher Weise an jede Gruppe heranzutreten, die früher der Sowjetmacht feindlich gegenüberstand, jetzt aber einen wenn auch noch so geringen ehrlichen Wunsch zeigt, der Arbeiterklasse und der Bauernschaft bei der Wiederherstellung der Wirtschaft, der Hebung des kulturellen Niveaus der Bevölkerung usw. zu helfen. Mehr als je zuvor müssen sich die Parteiorganisationen jetzt jeder einzelnen Gruppe (oder sogar jeder einzelnen Person) von Vertretern der Wissenschaft, Technik, Medizin, Pädagogik usw. gegenüber differenziert verhalten. Hinsichtlich der wirklich parteilosen Elemente aus den Reihen der Vertreter der Technik, Wissenschaft, des Unterrichtswesens, der Schriftsteller, Dichter usw., die wenigstens in den Grundzügen den tatsächlichen Sinn der vor sich gegangenen großen Umwälzung verstanden haben, ist systematische Unterstützung und sachliche Zusammenar-

beit notwendig.

Die Partei muß alles tun, was in ihren Kräften steht, um zur Herauskrystallisierung derjenigen Strömungen und Gruppen beizutragen, die wirklich dem Arbeiter- und Bauernstaat helfen wollen. Von der Hauptstadt bis zur Kreisstadt (Ujesdstadt) muß die Partei geduldig, systematisch und beharrlich gerade diese Linie verfolgen, um jenen Elementen den Übergang zur Zusammenarbeit mit der Sowjetmacht zu erleichtern.

D) Die Partei muß ihrerseits alles mögliche tun, um die rasch wachsenden kulturellen Bedürfnisse und den im Volk erwachten gewaltigen Wissensdurst zu befriedigen. Dieses Wachstum der kulturellen Bedürfnisse und der Wissensdurst sind das charakteristischste Merkmal der gegebenen Etappe der Revolution neben dem Bestreben breiter Kreise der Bevölkerung, die Errungenschaften der Revolution fest zu verankern, die revolutionäre Ordnung zu errichten und ihren Lebensstandard real zu erhöhen. In dem Maße, wie die Partei dem Sowjetstaat hilft, diese Bedürfnisse zu befriedigen, verlieren die sowjetfeindlichen Parteien und Strömungen endgültig jeglichen Boden unter den Füßen. Daraus ergibt sich, daß die beschleunigte und verstärkte Ausbildung junger Kader aus den Reihen der KPR und des Allrussischen Kommunistischen Jugendverbandes für alle Zweige des Staatsaufbaus, die systematische Entwicklung und Verbesserung der Erziehungs- und Schulungsarbeit der Partei unter ihren eigenen Mitgliedern die dringendsten Aufgaben der Partei sind.

E) Dem bürgerlichen Einfluß muß unbedingt ein ganzes System agitatorischer und propagandistischer Maßnahmen entgegengesetzt werden. Alle Anstrengungen sind auf die ideologische Festigung des proletarischen Kerns unserer Partei zu konzentrieren, indem die Erziehungsarbeit der Partei näher an die Werks- und Betriebskollektive herangebracht werden muß und indem verantwortliche Funktionäre der Sowjetorgane, der Wirtschaft und der Gewerkschaften zu dieser Arbeit herangezogen werden müssen (marxistische Zirkel, Klubs usw.). Genauso notwendig ist es, daß die Kommunisten im Dorfe ihre Aufgabe darin sehen, sich ein richtiges Verständnis für die wechselseitigen Beziehungen zwischen Stadt und Land unter den Bedingungen der proletarischen Revolution anzueignen.

Auf folgendes muß -- als auf die nächsten praktischen Aufgaben -- hingewiesen werden:

a) Das wissenschaftlich-kommunistische Denken muß gehoben werden, um die Möglichkeit zu haben, organisiert die Linie des "streitbaren Materialismus" und der gesamten Ideologie des revolutionären Marxismus einzuhalten (Belebung der Sozialistischen Akademie, der wissenschaftlichen Lehrstühle der kommunistischen Universitäten, Eroberung wissenschaftlicher Organe an den Sowjetuniversitäten usw.).

b) Da die Sowjet- und Parteipresse im Kampf gegen die bürgerlichen Einflüsse eine sehr große Rolle spielen muß, ist sie bis zu einem gewissen Grad nach einem einheitlichen Plan zu organisieren. Dazu sind Kräfte und Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

c) Es sind im laufenden Lehrjahr alle Maßnahmen zur Verbesserung des Lehrkörpers an den Parteschulen höheren Typus und zur radikalen Hebung ihrer materiellen Lage zu treffen.

d) Es müssen alle Kräfte zur Hebung des politischen Niveaus der einfachen Parteimitglieder eingesetzt werden.

e) Um die Tätigkeit der marxistischen Zirkel zu vereinen, sind Propagandistenkollegien und ständige Beratungen der Propagandisten bei den Gouvernementskomitees einzuberufen, in deren Einflußsphäre auch die Zirkelarbeit einbezogen werden muß; der Versorgung der marxistischen Zirkel mit der entsprechenden Literatur ist größte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

f) Die Abteilung für Agitation und Propaganda beim ZK muß auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen werden, eine Reihe von Maßnahmen für die Schulungsarbeit auf dem Lande auszuarbeiten, die der Situation des gegenwärtigen Augenblicks anzupassen ist.

F) Gleichzeitig darf man auch auf die Anwendung von Repressalien nicht nur gegenüber den Sozialrevolutionären und Menschewiki, sondern auch gegenüber den politisierenden Oberschichten der vorzüglich parteilosen bürgerlich-demokratischen Intelligenz nicht verzichten, die zu ihren konterrevolutionären Zwecken die grundlegenden Interessen ganzer Korporationen mißbraucht und für die die wahren Interessen der Wissenschaft, Technik, Pädagogik, Genossen-

schaft usw. nur eine Phrase und ein politischer Deckmantel sind. Repressalien, die unvermeidlich ihr Ziel nicht erreichen, wenn sie gegen eine aufsteigende Klasse gerichtet sind (wie z.B. seinerzeit die Repressalien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki gegen uns), werden von der revolutionären Zweckdienlichkeit diktiert, wenn es sich um die Unterdrückung jener überlebten Gruppen handelt, die versuchen, ihre alten, ihnen vom Proletariat abgerungenen Positionen zurückzuerobern. Die Parteiorganisationen dürfen jedoch nicht die Rolle der Repressalien überschätzen und müssen sich immer vergegenwärtigen, daß die Repressalien nur in Verbindung mit allen übrigen bereits erwähnten Maßnahmen das Ziel erreichen werden.

#### Über die Ergebnisse der Arbeit der Gewerkschaften

Unter Berücksichtigung der Erfahrung aus der Arbeit der Gewerkschaften auf Grund der Resolutionen des XI. Parteitag der KPR stellt die Konferenz fest, daß die gesamte praktische Verwirklichung der vom XI. Parteitag festgelegten Aufgaben der Gewerkschaften, trotz einer Reihe praktischer Fehler und einiger Abweichungen, die auf eine falsche Auslegung der Resolutionen des Parteitags und auf die Kompliziertheit der Situation zurückzuführen sind, die Richtigkeit der Linie des XI. Parteitages voll und ganz bestätigt hat.

Die Konferenz schlägt allen Parteiorganisationen vor, der Arbeit der Gewerkschaften größere Aufmerksamkeit zu widmen, den ideologischen Einfluß auf die Fraktionen der KPR in den Gewerkschaften zu verstärken, um sowohl durch ihre moralische als auch durch ihre materielle Unterstützung die praktische Tätigkeit der Gewerkschaften und ihre Autorität unter den parteilosen Arbeitermassen zu festigen.

Gleichzeitig hält es die Konferenz für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die Organisationsform der Gewerkschaften untrennbar mit der gesamten ökonomischen Politik der Partei verbunden ist, die über die zentralisierten Allrussischen Gewerkschaftsverbände durchgeführt wird. Daher dürfen sich die Parteiorganisationen in keinem Fall in die organisatorische und Finanztätigkeit der Ge-

werkschaften einmischen, und noch weniger dürfen sie die Verfügung der zentralen Gewerkschaftsorganisationen aufheben.

Die Konferenz, die die Arbeit des ZK und des Büros der Fraktionen des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion zur Verstärkung der leitenden Organe der Gewerkschaftsorganisationen durch erprobte und verantwortungsbewußte Kommunisten für unbedingt richtig und befriedigend hält, erachtet es für notwendig, diese Arbeit sowohl im Zentrum als auch im Lande unvermindert fortzusetzen; sie lenkt die Aufmerksamkeit der Gouvernements- und Kreisparteiorganisationen auf die Notwendigkeit, gemeinsam mit den Fraktionen der entsprechenden Gewerkschaftsorgane die gleiche Arbeit in den unteren Organisationen der Gewerkschaften (in den Rayonkomitees, Kreiskomitees der Gewerkschaften, Betriebskomitees usw.) durchzuführen.

Die Partei muß nach wie vor die breiten Schichten der bewußtesten parteilosen Arbeiter zur aktiven Arbeit in den Gewerkschaften heranziehen und stets bestrebt sein, sich die ideologische und praktische Führung in allen Gliedern der Gewerkschaftsorganisation zu wahren. Die Parteiorganisationen müssen daher an jeder Gewerkschaftskampagne, die mit der Formierung und den Wahlen der Gewerkschaftsorgane zusammenhängt, angefangen bei den Werks- und Betriebskomitees, tätigen Anteil nehmen und überall die aktivsten, erprobtesten und angesehensten Parteimitglieder, vornehmlich Arbeiter, einsetzen.

Die Konferenz stellt als gefährliches Symptom fest, daß sich die kommunistischen Gewerkschaftler und Wirtschaftler voneinander entfremdet haben und sich in Gegensatz zueinander stellen und erachtet es für notwendig, die Gewerkschaftler auf der Grundlage der Resolution des XI. Parteitags in die wirtschaftliche Arbeit einzubeziehen und gleichermaßen die Wirtschaftler zur aktiven Arbeit in den Gewerkschaften heranzuziehen.

#### Zum Referat über die internationale Politik

Die Konferenz billigt die Linie, die vom ZK auf dem Gebiet der Außenpolitik eingeschlagen wurde, und drückt ihre Zufriedenheit mit der Haltung der Delegation der RSFSR in Genua und Den Haag aus. In Verbindung mit dem Ausgang der Genuaer- und Haager-

Konferenz lenkt die Konferenz das Augenmerk aller Parteimitglieder auf die Notwendigkeit, alle Kräfte und alle Energie darauf zu konzentrieren, die Volkswirtschaft, die Versorgung der Werktätigen im allgemeinen und der Arbeiterklasse im besonderen zu festigen und die Verteidigungsfähigkeit der RSFSR auf der gebührenden Höhe zu halten.

#### Über die Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder der KPR

Unter Berücksichtigung der äußerst schweren materiellen Lage der einfachen Parteimitglieder unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik und der Notwendigkeit, einzelne Mitglieder der Partei in Ausnahmefällen durch die Partei zu unterstützen, warnt die Konferenz nichtdestoweniger alle Parteimitglieder vor Illusionen über die Möglichkeit einer Verbesserung der materiellen Lage der gesamten Masse der Parteimitglieder auf Kosten der Reserven der Partei. Die Partei kann nicht und ist nicht in der Lage, jene Versorgungsfunktionen zu übernehmen, die in einem Arbeiter- und Bauernstaat entweder den staatlichen Organen oder den Gewerkschaftsorganisationen obliegen. Gleichzeitig darf sie nicht solche Bedingungen schaffen, die der übrigen Arbeitermasse Anlaß geben könnten, zu denken, daß der Zustrom zu unserer Partei durch das Bestreben einzelner Elemente der Arbeiterklasse diktiert wird, ihre materielle Lage zu verbessern.

Doch trotzdem lenkt die Konferenz die Aufmerksamkeit des ZK auf die Notwendigkeit, in der nächsten Zeit eine Bestimmung über einen Fonds der gegenseitigen Hilfe unter Kommunisten auszuarbeiten.

1. Ein solcher Fonds muß im Zentrum, in den Gebieten (Oblast) und Gouvernements gebildet werden: 1) aus dreiprozentigen Abzügen von den Budgetanweisungen für die Parteiorganisationen; 2) aus 50 Prozent der Summe aller Mitgliedsbeiträge; 3) aus Abzügen, die sich aus den über den Satz gezahlten Gehältern ergeben; 4) aus Sonderbeiträgen der Parteimitglieder.

2. Die Konferenz ist der Meinung, daß die Kategorie der Parteimitglieder, die aus diesem Fonds unterstützt werden können, begrenzt sein muß und folgende Personen umfassen darf: a) Genossen,

die in große Not geraten sind (Kranke, oder solche, die häufig versetzt, mobilisiert usw. wurden); b) Familien der im Bürgerkrieg oder auf Parteiposten umgekommenen Genossen.

3. Die Konferenz erachtet es für notwendig, bei den Gouvernementskomitees von den Gouvernementskomitees speziell eingesetzte Kommissionen zur Unterstützung notleidender Parteimitglieder zu bilden. Mit Erlaubnis der Gouvernementskomitees können bei den Kreis- und Rayonkomitees entsprechende Kommissionen gebildet werden.

4. Um eine falsche Behandlung der Unterstützung von Kommunisten durch die örtlichen Organisationen zu beseitigen, hält es die Konferenz für unzulässig, daß die Parteikomitees Wirtschaftsunternehmen gründen, die der Erlangung von Gewinn dienen.

Über die materielle Lage der aktiven Parteifunktionäre

1. Angesichts der Tatsache, daß die materielle Lage der aktiven Parteifunktionäre gegenwärtig überaus unbefriedigend ist, muß sofort eine Reihe von Maßnahmen zu ihrer Verbesserung ergriffen werden. Dabei gehören zur Zahl der aktiven Parteifunktionäre:

Die zentralen und Gebietsinstitutionen

1. Die zentralen Institutionen in Moskau	100 Pers.
2. Das ZK der KP der Ukraine	30 "
3. Das Sibirische Büro des ZK der KPR	30 "
4. Das Süd-Ost-Büro des ZK	20 "
5. Das Kaukasische Regionskomitee des ZK	20 "
6. Das Nord-West-Büro des ZK	20 "
7. Das Kirgisische Büro des ZK	15 "
8. Das Mittelasiatische Büro	25 "
9. Das Fern-Ost-Büro	20 "
10. Das Ural-Büro	25 "

Insgesamt = 325 Pers.

Die Gouvernementsinstitutionen

1. Das Gouvernementskomitee	17 Pers.
2. Das Gouvernementskomitee des Komsomol	3 "
Insgesamt =	20 Pers.

20 x 100 (Gouvernements) = 2 000 Pers.

Die Kreisinstitutionen

1. Das Kreis- oder Rayonkomitee	7 Pers.
2. Das Kreiskomitee des Komsomol	1 "
Insgesamt	8 Pers.
8 x 1 000 (Kreise) =	8 000 Pers.

Die Zellensekretäre

1. Durchschnittlich je Gouvernement	
20 große Produktionszellen x 100	2 000 Pers.
2. Aus den vorhandenen 14 000 Amtsbezirken sind zu versorgen	3 000 Pers.
Insgesamt	5 000 Pers.
Gesamtzahl	15 325 Pers.

2. Da die Lage der Politfunktionäre in der Armee überaus schwer ist, aber gleichzeitig berücksichtigt werden muß, daß es unmöglich ist, ihre Versorgung von der allgemeinen Versorgung des Kommandeurbestands der Roten Armee (unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit) zu trennen, müssen sofort Maßnahmen ergriffen werden, diese Frage einleitend auf der Parteiebene zu behandeln, um danach die notwendigen Maßnahmen bis zu ihrer endgültigen Durchführung auf Sowjetebene weiter auszuarbeiten.

3. Die neue Verordnung des Volkskommissariats für Arbeit und des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion über die Gehaltssätze für verantwortliche politische, Sowjet-, Genossenschafts-, Gewerkschafts- und Wirtschaftsfunktionäre muß zur Grundlage der entsprechenden Tarifstaffelung für die Parteifunktionäre gemacht werden, die in folgender Weise anzuwenden ist:

1. Gehaltsgruppe 17: Mitglieder des ZK der KPR, Mitglieder der ZKK, abteilungsleiter des Zentralkomitees, Mitglieder der Gebietsbüros des ZK und Sekretäre der Gebietskomitees, Sekretäre der Gouvernementskomitees.

Volkskommissariat für Volksbildung) betreut werden. Entsprechende Maßnahmen sind vom ZK auf Kosten der Partei zu treffen.

5. Bezüglich der Funktionäre des Kommunistischen Jugendverbandes Rußlands wird festgelegt, daß sie zwei Gehaltsgruppen tiefer eingestuft werden als die Parteifunktionäre der entsprechenden Qualifikation.

6. Es wird festgelegt, daß Kommunisten, die in Wirtschafts-, Sowjet-, Genossenschafts- und Gewerkschaftsorganen arbeiten und deren Monatsgehalt mehr als den anderthalbfachen Satz der Gehaltsgruppe 17 beträgt, 25 bis 50 Prozent der Differenz zwischen dem Gehalt, das sie erhalten und dem anderthalbfachen Satz der Gehaltsgruppe 17 in den Fonds für gegenseitige Hilfe abführen müssen. Die Höhe des Prozentsatzes der abzuführenden Summe wird von den Gouvernementskomitees festgesetzt.

Die Kommunisten, die mehr als den Höchsttarif erhalten, der vom Rat für Arbeit und Verteidigung festgesetzt wurde, müssen außer der vorgeschriebenen abzuführenden Summe auch den gesamten Überschuß über dem Höchsttarif, der vom Rat für Arbeit und Verteidigung festgesetzt wurde, in den Fonds der gegenseitigen Hilfe abführen.

"Izvestija des ZK der KPR(B)",

Nr.8, August 1922.

2. Gehaltsgruppe 16: Stellvertreter der Abteilungsleiter des Zentralkomitees, verantwortliche Instrukteure, Mitglieder der Gouvernements-Kontrollkommissionen.
3. Gehaltsgruppe 15: Leiter der Unterabteilungen des Zentralkomitees, Sekretäre der Kreis- und Rayonkomitees der größten Industriezentren, Abteilungsleiter der Gouvernementskomitees, der Kreis- und Gebietsbüros.
4. Gehaltsgruppe 14: Instrukteure der Gouvernementskomitees, Sekretäre der Kreiskomitees, Sekretäre der Rayonkomitees der Gouvernementsstadt, verantwortliche Mitarbeiter des ZK, die dem Niveau der Sekretäre der Kreiskomitees entsprechen, wie: Mit der Untersuchung von Partielangelegenheiten beauftragte Mitarbeiter des ZK, Informatoren der Organisationsabteilungen usw.
5. Gehaltsgruppe 13: Sekretäre der Zellen von Betrieben mit über 1 000 Arbeitern. Unter Umständen: Leiter der Unterabteilungen der Gouvernementskomitees, Abteilungsleiter der Kreiskomitees.
6. Gehaltsgruppe 12: Zellensekretäre in Betrieben mit mindestens 300 Arbeitern, Sekretäre der Amtsbezirkskomitees und der Dorfzellen.

Anmerkung 1. Für die Abteilungsleiter der Gouvernementskomitees der großen Industriezentren ist eine entsprechende Erhöhung um eine Gehaltsgruppe, doch nicht höher als Gehaltsgruppe 16, zulässig.

Anmerkung 2. Personelle Erhöhung um eine Gehaltsgruppe ist zulässig.

Anmerkung 3. Für die ländlichen Organisationen erfolgt eine Senkung um 25 Prozent entsprechend der allgemeinen Einstufung der verantwortlichen Funktionäre.

4. Außerdem müssen alle genannten Genossen hinsichtlich des Wohnraums (über die örtlichen Exekutivkomitees), hinsichtlich der ärztlichen Hilfe (über das Volkskommissariat für Gesundheitswesen) und hinsichtlich der Erziehung und Ausbildung der Kinder (über das

Der XII. Parteitag der KPR (B)

Moskau, 17. - 25. April 1923

Der XII. Parteitag war der erste Parteitag nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, dem W.I.Lenin krankheitshalber nicht beiwohnen konnte. Vor dem Parteitag wurden seine Artikel: "Wie wir die Arbeiter- und Bauerninspektion reorganisieren sollen" und "Lieber weniger, aber besser" veröffentlicht. Diese Artikel waren gleichzeitig als Anträge für den Parteitag gedacht.

Auf dem Parteitag waren 408 Delegierte mit beschließender Stimme und 417 Delegierte mit beratender Stimme anwesend. Die Delegierten mit beschließender Stimme vertraten 386 000 Parteimitglieder.

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des ZK: a) Politischer Bericht des ZK und b) organisatorischer Bericht des ZK; 2. Rechenschaftsbericht der Revisionskommission; 3. Rechenschaftsbericht der ZKK; 4. Rechenschaftsbericht der russischen Vertretung im Exekutivkomitee der Komintern; 5. Über die Industrie; 6. Die nationalen Momente im Partei- und Staatsaufbau; 7. Die Steuerpolitik auf dem Lande; 8. Über die Rayonierung; 9. Wahlen der zentralen Institutionen.

Außerdem wurde in den Sektionen des Parteitages die Frage der Arbeit auf dem Lande, der Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion und der ZKK behandelt usw.

Auf dem Parteitag hielt J.W.Stalin ein Referat zum Rechenschaftsbericht des ZK und ein Referat über die nationale Frage.

Der XII.Parteitag berücksichtigte in seinen Beschlüssen alle Weisungen, die Lenin in seinen letzten Artikeln und Briefen gegeben hatte. Der Parteitag wies alle, die die NÖP als einen Rückzug von den sozialistischen Positionen, als eine Preisgabe dieser Positionen an den Kapitalismus auffaßten, aufs schärfste zurück. Derartige Vorschläge wurden auf dem Parteitag von Radek und Krassin, Anhängern Trotzki's, gemacht. Sie schlugen vor, den ausländischen Kapitalisten für den Sowjetstaat lebensnotwendige Industriezweige in Konzession zu geben. Die Partei brandmarkte ihre Kapitulanten-

vorschläge und bezeichnete sie als verräterisch. Der XII.Parteitag wehrte Anschläge (von Seiten Bucharins, Sokolnikows u.a.) auf die Unverletzlichkeit des Außenhandelsmonopols ab.

Die Partei wies auch den Versuch Trotzki's, der Partei eine verderbliche Politik gegenüber der Bauernschaft aufzuzwingen, entschieden zurück. Der Parteitag hob hervor, daß die Entwicklung der Industrie, darunter auch die der Schwerindustrie, nicht in Widerspruch zu den Interessen der Bauernmassen, sondern in engster Gemeinschaft mit ihnen, im Interesse der gesamten werktätigen Bevölkerung verlaufen soll. Diese Beschlüsse waren gegen Trotzki gerichtet, der den Vorschlag machte, die Industrie auf dem Wege der Ausbeutung der bäuerlichen Wirtschaft aufzubauen, da er die Politik des Bündnisses des Proletariats mit der Bauernschaft nicht anerkannte. Trotzki schlug gleichzeitig vor, solche Großbetriebe, die für die Landesverteidigung wichtig waren, wie die Putilow-Werke, die Brjansker Werke und andere, stillzulegen, da sie seiner Behauptung nach keine Gewinne erbrachten. Der Parteitag lehnte die Vorschläge Trotzki's mit Entrüstung ab.

Der Parteitag erklärte es für notwendig, die Entwicklung der Genossenschaften auf dem Lande weitestgehend zu fördern, der Bauernschaft durch Kredite zu helfen, die Naturalsteuer teilweise durch eine Geldsteuer zu ersetzen und den Aufschwung der bäuerlichen Wirtschaft mittels verschiedener organisatorischer Maßnahmen zu fördern.

Entsprechend einem dem Parteitag in schriftlicher Form zugegangenen Antrage Lenins schuf der XII.Parteitag ein vereinigtes Organ aus der Zentralen Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion. Diesem Organ wurden verantwortliche Aufgaben übertragen: Schutz der Einheit unserer Partei, Festigung der Partei- und Staatsdisziplin, allseitige Verbesserung des sowjetischen Staatsapparates.

Der Parteitag wandte sich auch entschieden gegen die Versuche der Opposition (Kossior, Krassin, Ossinski u.a.), die führende Rolle der Partei im Staats- und Wirtschaftsapparat zu schwächen.

Einen überaus wichtigen Platz in der Arbeit des Parteitages nahm das Referat J.W.Stalins zur nationalen Frage ein. Der Partei-

tag hob die internationale Bedeutung der Politik der Kommunistischen Partei in der nationalen Frage hervor; er verwies auf die Notwendigkeit energischer Arbeit, um die Ungleichheit in der wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Völker der Sowjetunion zu liquidieren; er rief die gesamte Partei zu entschiedenem Kampfe gegen die Abweichungen in der nationalen Frage auf - gegen den großrussischen Chauvinismus und den lokalen bürgerlichen Nationalismus.

Auf dem Parteitag wurden die grusinischen Vertreter der nationalistischen Abweichung (Mdiwani u.a.) und ihre Großmachtspolitik gegenüber den nationalen Minderheiten entlarvt. Diese Leute waren gegen die Errichtung der Transkaukasischen Föderation, gegen die Festigung des Freundschaftsbundes der Völker Transkaukasiens. Die grusinischen Vertreter der nationalistischen Abweichung wurden von Trotzki, Radek, Bucharin, Skrypnik und Rakowski unterstützt.

Der Parteitag wählte folgende Genossen ins ZK: W.I.Lenin, J.W.Stalin, W.M.Molotow, K.J.Woroschilow, A.A.Andrejew, F.E.Dserschinski, M.I.Kalinin, S.M.Kirow, A.I.Mikojan, D.S.Manuilski, G.K.Ordschonikidse, M.W.Frunse, A.D.Zjurupa u.a.;

als Kandidaten des ZK wurden gewählt: L.M.Kaganowitsch, A.J.Badajew u.a.;

zu Mitgliedern der Revisionskommission wurden gewählt: I.I.Skwarzow, D.I.Kurski, W.P.Nogin.

Zu Mitgliedern der ZKK wurden gewählt: W.W.Kuibyschew, M.F.Schkirjatow, J.N.Jaroslowski, J.W.Lengnik, N.M.Schwernik, M.K.Muranow, F.F.Sacharowa, u.a.

#### Resolutionen des Parteitages

##### Zum Rechenschaftsbericht des ZK der KPR

Der XII.Parteitag billigt völlig die politische und organisatorische Linie des ZK, die der Partei auch in diesem Jahre bedeutende Erfolge gesichert hat.

Der Parteitag billigt insbesondere völlig die internationale Politik, die das ZK verfolgte, und verurteilt entschieden jegliche

Schwankungen auf diesem Gebiet. Der Parteitag bestätigt kategorisch die Unverletzlichkeit des Außenhandelsmonopols, die Unzulässigkeit irgendeiner Umgehung des Außenhandelsmonopols oder irgendwelcher Schwankungen bei seiner Durchführung und beauftragt das neue ZK, systematische Maßnahmen zur Festigung und Entwicklung des Regimes des Außenhandelsmonopols zu ergreifen.

Das Verhältnis der breiten Arbeitermassen zur KPR ist eines der besten Kriterien für die Richtigkeit der Parteipolitik im vergangenen Jahr. Der Partei wurde die ungeteilte Unterstützung seitens des gesamten Proletariats zuteil, da sie auch jenen rückständigeren Schichten der Arbeiter, die während der 5 Jahre nach der Revolution auf diese oder jene Weise die Arbeit der Kommunisten gemieden und mit einem gewissen Skeptizismus der Sowjetmacht gegenüber standen, Vertrauen zur Arbeit der KPR eingeflößt hatte. Die Arbeitsproduktivität und der Lohn der Arbeiter wurden erhöht, das Interesse der Arbeiter an den Fragen des politischen und wirtschaftlichen Aufbaus hat sich gesteigert, die Autorität der Gewerkschaften wurde bedeutend gefestigt, die Genossenschaften haben große Erfolge errungen.

Erste Anzeichen für eine beginnende wirtschaftliche Gesundung des Landes sind bereits zu sehen. Es beginnt eine Periode der Präzisierung und Konkretisierung der Methoden der Wirtschaftsführung unter der NÖP, deren Bedeutung die gesamte Partei erkannt hat.

Die Landwirtschaft wird noch lange die Grundlage der Wirtschaft des Sowjetlandes bleiben. Die Arbeiterklasse muß das fest im Gedächtnis behalten. Gleichzeitig jedoch wird sie, unter Führung unserer Partei, die energischsten Anstrengungen darauf verwenden, die staatliche Industrie in den Städten zu entwickeln, vor allem die Schwerindustrie, die allein das feste Fundament für den wirklich sozialistischen Aufbau sein kann.

Ein zweckmäßiger Export der Überschüsse an russischem Getreide ins Ausland ist eine Aufgabe von erstrangiger Wichtigkeit geworden, denn die Lösung dieser Frage wird für den Bauern ein Anreiz sein, seine Anbaufläche zu vergrößern, sie wird die Möglichkeit schaffen, ein besseres Verhältnis zwischen der Getreide-

preisen und den Preisen für Industrieprodukte herzustellen, sie läßt gleichfalls die Möglichkeit wachsen, die Landwirtschaft im notwendigen Maße mit den nötigen Industrieprodukten zu versorgen und sie wird, dank einer allgemeinen Zunahme der Mittel des Landes, die Schwerindustrie rascher auf die Beine stellen. Eine noch engere Verbindung zwischen Stadt und Bauernschaft, die den größten Teil der Bevölkerung Rußlands ausmacht, eine allseitige Betreuung des Dorfes durch die von unserer Partei geführten fortschrittlichen Arbeiter, die umfassende Organisation von Patenschaften usw., eine behutsame Linie, die die wirkliche Zahlungsfähigkeit der Bauernschaft bei der Steuererhebung berücksichtigt: - das sind die grundsätzlichen praktischen Fragen, die in der nächsten Zeit vor der Partei stehen.

In engem Zusammenhang damit steht die wichtige politische Aufgabe der Partei, die den ganzen Ausgang der Revolution bestimmt, nämlich: mit größter Aufmerksamkeit und Sorgfalt das Bündnis der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft zu wahren und weiter zu entwickeln. Unter diesem Gesichtswinkel muß die Partei an die Lösung aller wichtigen aktuellen Probleme gehen. Dabei darf sie nicht außer acht lassen, daß der Anteil der staatlichen Industrie an der gesamten Wirtschaft des Landes nur allmählich und nur durch die unermüdlichen und systematischen Bemühungen der Partei für eine bessere Organisation der Industrie, die Steigerung ihrer Rentabilität usw. vergrößert werden kann.

Der XII. Parteitag bestätigt die Resolutionen der früheren Parteitage über die Notwendigkeit einer genauen Arbeitsteilung zwischen den Partei- und den Sowjetorganisationen, über die bessere Spezialisierung der Wirtschafts- und Verwaltungsfunktionäre auf jedem Arbeitsgebiet, über die strenge Einhaltung des Prinzips der persönlichen Verantwortlichkeit für die übertragene Sache und fordert eine ständige, unnachsichtige Durchführung dieser Beschlüsse. Der XII. Parteitag bestätigt den Beschluß des XI. Parteitags, daß "die Parteiorganisationen wirtschaftliche Fragen nur in den Fällen und auf den Gebieten selbst" lösen, "wo die Fragen wirklich

eine prinzipielle Lösung durch die Partei erfordern"<sup>1)</sup>. Aber der Parteitag warnt vor einer zu weiten Auslegung der erwähnten Beschlüsse, die eine politische Gefahr für die Partei heraufbeschwören kann. In der gegenwärtigen Periode leitet die KPR die gesamte politische und kulturelle Arbeit der Organe der Staatsmacht und muß sie leiten, lenkt sie die Tätigkeit aller Wirtschaftsorgane der Republik und muß sie lenken. Die Aufgabe der Partei besteht nicht nur darin, ihre Funktionäre auf die einzelnen Zweige der staatlichen Arbeit richtig zu verteilen, sondern auch darin, in allem Wesentlichen den Gang dieser Arbeit zu bestimmen und zu überprüfen. Die Partei kann sich jetzt unter keinen Umständen nur auf die allgemeine Propaganda und die Agitation beschränken. Die Diktatur der Arbeiterklasse kann nicht anders als in der Form der Diktatur ihrer Avantgarde, d.h. der Kommunistischen Partei, gewährleistet werden.<sup>2)</sup> Die Partei zieht alle wertvollen Menschen unter den parteilosen Arbeitern und Bauern zur wirtschaftlichen und allgemeinen staatlichen Arbeit systematisch heran. Gleichzeitig darf sie jedoch nicht einen Augenblick vergessen, daß die Hauptverantwortung für die Arbeit der Wirtschafts- und Staatsorgane auf der KPR liegt, denn sie allein ist historisch dazu berufen, die Diktatur der Arbeiterklasse in die Tat umzusetzen. Noch näher an die Wirtschaft, noch mehr Aufmerksamkeit, Leitung und Kräfte für die Wirtschaftsorgane - das ist die Losung der Partei für die nächste Periode.

Mit der Verstärkung der wirtschaftlichen Arbeit der Partei muß allmählich das Element der Planung immer größere Bedeutung erlangen. Der Parteitag erinnert daran, daß der von der Sowjetmacht bestätigte Plan der Elektrifizierung Rußlands, der der Grundstein aller wirtschaftlichen Bemühungen der Republik bleiben muß, für eine Reihe von Jahren die Grundlage der Planwirtschaft bleibt.

1) Siehe: "Die KfSU in Resolutionen...", Bd. IV, S. 44

2) Die falsche Formulierung "Diktatur der Partei" trat in der Resolution durch Unachtsamkeit auf. (Siehe Stalin, Werke, Bd. 6, S. 231, Dietz Verlag, Berlin 1952; u. Werke, Bd. 8, S. 28-53, Dietz Verlag, Berlin 1952) D.Red.



Im Zusammenhang mit dem notwendigen engen Bündnis mit der Bauernschaft steht die Aufgabe der richtigen Politik in der nationalen Frage. Die größte Gefahr für die Partei wäre eine ungenügende Aufmerksamkeit für die Interessen der werktätigen Massen der ungeheuren Zahl früher unterdrückter Nationalitäten auf dem Territorium der UdSSR. Die Partei ist verpflichtet, einen entschlossenen Kampf vor allem gegen die Überreste des großrussischen Chauvinismus zu führen. Nur durch entschlossenen Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus kann man die Stabilität des Bündnisses und den Einfluß der Partei unter den werktätigen Massen der anderen Länder gewährleisten.

Die Aufgabe der radikalen Umgestaltung und systematischen Verbesserung des gesamten Staatsapparates kann jetzt, nachdem der Bürgerkrieg vollständig beendet wurde, auf die Tagesordnung gesetzt werden. Damit wird erstmals von der Partei eine Aufgabe von erstrangiger Bedeutung gestellt, die erst in einer Reihe von Jahren und nur durch größte Sorgfalt und Überlegung der Maßnahmen zur Reorganisierung gelöst werden wird. Die Aufgabe, einen billigen und wirklich neuen, wirklich sozialistischen Apparat zu schaffen, ist ein überaus wichtiges Ziel für die nächsten Jahre. Ihre erfolgreiche Lösung sichert allein das unverbrüchliche Bündnis der Arbeiter und Bauern.

Andererseits gestaltet sich auch die Partei allmählich um, sie reinigt ihre Reihen, gruppiert sie um, überprüft die angenommenen Beschlüsse durch die Praxis und formuliert eine Reihe ihrer Hauptaufgaben neu - bezogen auf die gesamte Übergangsepoche der NÖP.

Insbesondere muß die Partei berücksichtigen, daß ihr wirtschaftlicher Flügel, der Teil der Wirtschaft, der für das Schicksal der Revolution von größter Bedeutung ist, schon seinen Arbeitsbedingungen nach heute bereits einer gewissen Gefahr der Beeinflussung von seiten der bürgerlichen Elemente der NÖP ausgesetzt ist. Die Partei stellt in die Reihen ihrer Wirtschaftler ihre besten Leute. Doch sie ist gezwungen, dabei nicht nur die strenge Parteilichkeit, die Dauer der Parteizugehörigkeit usw., sondern auch die praktischen Fähigkeiten und sachlichen Erfahrungen zu

berücksichtigen. Diese beiden Kriterien sind nicht immer leicht in einer Person zu vereinigen. Man muß einmal diesem, einmal jenem Zugeständnisse machen. Angesichts dessen wird die Auswahl der Wirtschaftskader zu einer sehr wichtigen und sehr schwierigen Sache. Die sich stellenweise verringernde Zahl der kommunistischen Arbeiter in den Wirtschaftsorganen ist eine für die Partei gefährliche Erscheinung, und das ZK muß eine Reihe von Maßnahmen ergreifen, um dieser Gefahr zu begegnen. Der Parteitag bestätigt voll und ganz den Beschluß der Allrussischen Parteikonferenz vom August 1922 zur Verringerung der materiellen Ungleichheit in der Partei (Verbot des Anteils an Gewinnen, obligatorische Abzüge von hohen Gehältern zugunsten der Fonds der Partei für gegenseitige Hilfe usw.), da die große materielle Ungleichheit unter den Bedingungen der NÖP besonders große Gefahren mit sich bringt.

Der Parteitag stellt fest, daß das ZK der Partei nicht einen Augenblick die Augen vor der bestehenden Gefahr der Entartung einzelner Parteizellen geschlossen hatte. Eben das gestattete ihm, rechtzeitig entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die reorganisierte Arbeiter- und Bauerninspektion und die mit ihr vereinigte, reorganisierte Zentrale Kontrollkommission können und müssen der Haupthebel der Partei bei der Lösung der dargelegten Aufgaben sein.

Der Parteitag billigt den Plan der radikalen Reorganisierung der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Zentralen Kontrollkommission und ist der Überzeugung, daß die notwendige Verbesserung der zentralen Apparate der staatlichen Kontrolle und der Parteikontrolle, bei der notwendigen organisatorischen Verbindung zwischen ihnen und der systematischen Koordinierung ihrer Arbeit, es ermöglichen wird, zwei Ziele zu erreichen: 1. mit der durchgreifenden Verbesserung des Staatsapparates zu beginnen und 2. die Partei vor Verzerrungen der Parteilinie und der faktischen Loslösung einzelner Gruppen von Funktionären von der Partei als Ganzes zu bewahren.

Der Parteitag hebt mit Befriedigung die Verbesserung des Organisationsapparates des ZK und der gesamten organisatorischen Arbeit der Parteizentrale hervor und beauftragt das neue ZK,

den 'Utschraßpred'<sup>1)</sup> auf ein höheres Niveau zu heben, da ihm jetzt im Zuge der richtigen Kräfteverteilung eine besonders große Rolle bei der Gewährleistung der wirklichen Führung der Partei auf ausschließlich allen Gebieten der Verwaltung zukommt. Der Parteitag hebt weiter die Verbesserung der Parteilarbeit auf solchen Gebieten wie der Parteipresse, der Arbeit im Komsomol, der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen, der Lehrarbeit (Sowjet-Parteischulen, kommunistische Universitäten, Arbeiterfakultäten und Hochschulen) zur Heranbildung einer proletarischen Intelligenz hervor.

Der Parteitag beauftragt das ZK, zwei Aufgaben besondere Aufmerksamkeit zu widmen:

- a) der systematischen Verbesserung der sozialen Zusammensetzung der Partei, um ein absolutes zahlenmäßiges Übergewicht der Industriearbeiter in der Partei zu erreichen und
- b) der Hebung des kulturellen Niveaus der einfachen Parteimitglieder durch intensivere Parteischulungsarbeit usw., die um ein vielfaches verstärkt werden muß.

Der XII. Parteitag kann nicht die Augen davor schließen, daß die Situation während der NCP Boden für Abweichungen schafft, deren Gefährlichkeit von der Partei vorausgesehen werden und denen die Partei vor Anfang an einen entschlossenen ideologischen Widerstand entgegensetzen muß. Besonders gefährlich und verderblich für die historische Mission unserer Partei sind die Abweichungen, die den Sowjetstaat der Arbeiterklasse und die Partei dem Sowjetstaat gegenüberstellen.

Den Sowjetstaat, der sich auf das Bündnis der Arbeiter und Bauern stützt, den Interessen der Arbeiterklasse und der Diktatur der Partei entgegenzustellen - das ist heute die wichtigste agitatorische Waffe aller Feinde unserer Partei und nimmt in ihren Händen offen konterrevolutionären Charakter an. Doch der gleiche Gedankengang nimmt auch andere Formen an, - Formen der wohlwollen-

1) Abteilung des ZK, die die Registratur und den Einsatz der Parteikader lenkt. (Die Red.).

den "Kritik" an der Politik unserer Partei "von links" oder "von rechts" (in Form von Versuchen, die "Unabhängigkeit" der Sowjet- und Wirtschaftsorgane von der Partei zu vergrößern), - Formen, denen manchmal in den Reihen unserer Partei, besonders unter ihren jungen und den noch nicht genügend parteilich erzogenen Elementen, nicht entschlossen genug Widerstand entgegengesetzt wird. Indessen stellt dieser Kreis von Ideen in seiner Entwicklung nichts anderes dar als eine Revision (Überprüfung) der erprobten fünfjährigen Taktik der Partei und führt unvermeidlich zu liquidatorischen Schlußfolgerungen.

Deshalb hebt der XII. Parteitag besonders die Notwendigkeit hervor, auch in der Zukunft an der Taktik festzuhalten, die zur Festigung des Vertrauens der Bauernschaft zum Proletariat führt und andererseits der Partei die faktische Leitung des gesamten Sowjet- und besonders des Wirtschaftsapparates der Sowjetregierung wahr.

Der XII. Parteitag bringt die feste Überzeugung zum Ausdruck, daß das ZK der KPR alle Versuche, irgendwelche Schwankungen hinsichtlich dieser für die Diktatur des Proletariats überaus wesentlichen Fragen in unsere Reihen hineinzutragen, entschlossen entlarven wird.

Der XII. Parteitag erneuert insbesondere auch den Auftrag, der dem ZK auf dem XI. Parteitag in Verbindung mit der ehemaligen Gruppe der "Arbeiteropposition" erteilt wurde und dehnt ihn auf alle aus, die die Einheit der Partei in der gegenwärtigen entscheidenden Periode der Revolution zu erschüttern versuchen. Der Parteitag ist davon überzeugt, daß der unter den breitesten Schichten der Parteimitglieder festzustellende eiserne Wille zur **E i n h e i t** der Partei für die nächsten Jahre eine noch festere Geschlossenheit garantiert als bisher.

Der Parteitag beauftragt das ZK, die Gefahr möglicher neuer Versuche einer Intervention seitens der unversöhnlichsten Elemente des imperialistischen Lagers nicht außer acht zu lassen. Je mehr sich die internationale politische Lage für die Bourgeoisie kompliziert (die Ereignisse an der Ruhr usw.), je mehr die internatio-

nale bürgerliche Reaktion (Faschismus) wächst, desto größer werden die Chancen, in einem bestimmten Augenblick neue Versuche eines militärischen Drucks auf die UdSSR zu unternehmen. Der Parteitag ist der Ansicht, daß die gesamte Partei, so wie bisher, den materiellen und kulturellen Bedürfnissen der Roten Armee und der Roten Flotte größtmögliche Aufmerksamkeit schenken muß.

#### Zum Rechenschaftsbericht der Revisionskommission

Der Bericht wird bestätigt. Die konkreten Vorschläge sind der Organisationskommission zu übergeben.

#### Zum Bericht der ZKK

Nach Entgegennahme des Berichts der ZKK erkennt der Parteitag ihre Arbeit als richtig und den Bericht als befriedigend an.

#### Zum Rechenschaftsbericht der russischen Vertretung im Exekutivkomitee der Komintern

Der XII. Parteitag der KPR billigt voll und ganz die Tätigkeit der Delegation der KPR im Exekutivkomitee der Komintern.

Die russische Kommunistische Partei ist sich über die Schwierigkeiten völlig im klaren, die die Arbeiterparteien einer Reihe von Ländern im Zusammenhang mit dem Anwachsen des Faschismus und den gegen die Arbeiter gerichteten wütenden Repressalien der bürgerlichen Reaktion zu überwinden haben.

Der Parteitag erklärt der Komintern, daß ihre Russische Sektion es für ihre oberste Pflicht hält, mehr als je mit allen Kräften den Bruderparteien der anderen Länder in ihrem Kampf für den Kommunismus unter der erprobten Leitung der III. Internationale zu helfen.

#### Über die Industrie

##### 1. Die allgemeine Rolle der Industrie beim sozialistischen Aufbau

Das wechselseitige Verhältnis, das bei uns zwischen der Arbeiter-

klasse und der Bauernschaft besteht, stützt sich letzten Endes auf das wechselseitige Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft. Die Arbeiterklasse kann ihre führende Stellung in letzter Instanz nicht durch den Staatsapparat, nicht durch die Armee, sondern durch die Industrie, die wiederum das Proletariat hervorbringt, erhalten und festigen. Die Partei, die Gewerkschaftsverbände, die Jugendverbände, unsere Schulen u.a. haben die Erziehung und die Ausbildung neuer Generationen der Arbeiterklasse zur Aufgabe. Doch all diese Arbeit wäre vergebens, würde sie sich nicht auf eine wachsende industrielle Basis stützen. Allein die Entwicklung der Industrie schafft die unerschütterliche Grundlage für die proletarische Diktatur.

Die Landwirtschaft hat, obwohl sie bei uns noch immer auf einem niedrigen technischen Niveau steht, für die gesamte Wirtschaft Sowjetrußlands erstrangige Bedeutung.

Nur im Maße der tatsächlichen Erfolge der Fabrikindustrie und der Wiederherstellung der Schwerindustrie, dieser einzigen stabilen Basis der Diktatur des Proletariats, sowie in dem Maße, in dem sich die Elektrifizierung ihrem wirklichen Ende nähert, ist eine Veränderung des Anteils der Landwirtschaft an der gesamten Wirtschaft des Landes und die Verlagerung des Schwerpunktes von der Landwirtschaft auf die Industrie möglich und unvermeidlich. Ohne Opfer und Anstrengungen zu scheuen, muß die Partei systematisch und intensiv bestrebt sein, diesen Prozeß durch eine möglichst rasche Wiederherstellung der Industrie und besonders der Schwerindustrie zu beschleunigen.

Wie lange die Periode der überwiegenden Bedeutung der Landwirtschaft in der Wirtschaft unserer Föderation dauern wird, wird nicht nur durch unsere inneren wirtschaftlichen Erfolge, die angesichts der erwähnten allgemeinen Bedingungen nur einen allmählichen Charakter haben können, sondern auch durch den Verlauf der Entwicklung außerhalb der Grenzen Rußlands, d.h. vor allem durch den Verlauf der Revolution im Westen und im Osten, bestimmt. Der Sturz der Bourgeoisie in irgendeinem der fortgeschrittenen kapitalistischen Länder würde sich bereits sehr bald auf das gesamte Tempo unserer wirtschaftlichen Entwicklung auswirken und die

materiell-technischen Hilfsquellen des sozialistischen Aufbaus vervielfachen. Unsere Partei, die diese internationale Perspektive stets vor sich hat, darf gleichzeitig nicht einen Augenblick die faktisch überwiegende Bedeutung der Landwirtschaft bei der Beurteilung jedes ihrer Schritte vergessen oder unberücksichtigt lassen.

Nicht allein eine Mißachtung dieses Umstandes, sondern bereits eine ungenügende Aufmerksamkeit ihm gegenüber würde unzählige Gefahren sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft als auch auf rein politischem Gebiet mit sich bringen, denn das Bündnis des Proletariats und der Bauernschaft, das Vertrauen der Bauernschaft zum Proletariat würden unvermeidlich untergraben oder geschwächt werden. Dieses Bündnis und dieses Vertrauen sind aber für die jetzige historische Übergangsperiode eine der Hauptstützen der Diktatur des Proletariats, und ihre Erhaltung und Festigung ist die Grundbedingung für die Festigung der Sowjetmacht und folglich auch die Hauptaufgabe der Partei.

Es ist notwendig, an die Beschlüsse der früheren Parteitage zu erinnern, die mit Recht hervorhoben, daß die Anerkennung der sozialistischen Wirtschaftsmethoden durch die Bauernschaft nur auf anschaulichem, demonstrativem Wege erreicht werden kann, d.h., daß man der Bauernschaft in einer Reihe von Jahren in der Praxis beweist, daß die Kollektivwirtschaft ökonomisch vorteilhafter, rationeller ist.

Auf dem Gebiet der Finanzen wird jedoch die gegenwärtige Politik der Einsparung von staatlichen Mitteln, des richtigen Steuersystems, eines richtig aufgebauten Staatshaushalts, die auch in Zukunft mit unverminderter Energie durchgeführt werden muß und wird, entscheidende Erfolge nur unter den Bedingungen der Rentabilität der staatlichen Industrie und ihrer energischen Entwicklung erzielen können.

Die Aufgaben der Landesverteidigung laufen bei einer äußerst eingeschränkten, dem Kaderbestand angenäherten Armee und bei dem sich hieraus ergebenden allmählichen Übergang zum Milizsystem, auf die Frage des Transportwesens und der Rüstungsindustrie hinaus.

In diesem Sinne muß der Aufbau unseres Staatshaushalts, die staatliche Kreditpolitik, das System von Maßnahmen zur militärischen Sicherheit des Staates, überhaupt die gesamte Staatsarbeit an erste Stelle die Sorge für die planmäßige Entwicklung der staatlichen Industrie setzen.

Die Wiederherstellung der staatlichen Industrie wird sich, bei der allgemeinen wirtschaftlichen Struktur unseres Landes, notwendigerweise in engster Abhängigkeit von der Entwicklung der Landwirtschaft vollziehen. Die notwendigen Zirkulationsmittel müssen in der Landwirtschaft in Form eines Überschusses landwirtschaftlicher Produkte über den Verbrauch des Dorfes hinaus gebildet werden, bevor überhaupt die Industrie einen entscheidenden Schritt vorwärts tun kann. Doch ebenso wichtig ist es für die staatliche Industrie, nicht hinter der Landwirtschaft zurückzubleiben, sonst würde sich auf der Grundlage der Landwirtschaft eine private Industrie entwickeln, die letzten Endes die staatliche Industrie verschlucken oder aufsaugen würde.

Nur eine solche Industrie kann siegreich sein, die mehr gibt, als sie verbraucht. Eine Industrie, die auf Kosten des Staatshaushalts lebt, d.h. auf Kosten der Landwirtschaft, kann keine stabile und dauerhafte Stütze für die proletarische Diktatur sein. Die Bildung eines Mehrwerts in der staatlichen Industrie ist eine Frage, die das Schicksal der Sowjetmacht, d.h. das Schicksal des Proletariats entscheidet.

Die erweiterte Reproduktion der staatlichen Industrie, die ohne die Akkumulation von Mehrwert durch den Staat undenkbar wäre, ist ihrerseits eine Vorbedingung für die Entwicklung unserer Landwirtschaft in sozialistischer und nicht in kapitalistischer Richtung.

Somit führt der Weg zur sozialistischen Gesellschaftsordnung über die staatliche Industrie.

## 2. Aktivum und Passivum der ersten Periode der NÖP

Der die Gesundung fördernde Einfluß der Neuen Ökonomischen Politik auf das wirtschaftliche Leben des Landes ist unbestreitbar.

Er fand seinen Ausdruck in der Belebung der industriellen Tätigkeit, im Anwachsen der Produktion zahlreicher und wesentlicher Industriezweige, in der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Qualität der Produkte, in der unzweifelhaften und sehr bedeutenden Verbesserung der Lage der Arbeiter und vor allem - in dem richtigeren Herangehen sowohl an die grundlegenden wirtschaftlichen Aufgaben als auch an die wirtschaftlichen Teilfragen, was wiederum die wichtigste Voraussetzung für ihre wirkliche Lösung in der Zukunft ist. Doch trotz allem bleibt die tatsächliche Lage der Industrie noch immer in höchstem Maße schwierig. Die Belebung der Leichtindustrie, die durch die Tatsache der Wiederherstellung des Marktes bei befriedigender Ernte ganz natürlich zu erklären ist, bietet bei weitem noch nicht in allen Betrieben und Zweigen der Leichtindustrie die Gewähr für eine richtige weitere Entwicklung.

Trotz der außerordentlichen Höhe der Preise für die Erzeugnisse der Leichtindustrie, besonders im Vergleich zu den Preisen der landwirtschaftlichen Produkte, tragen sie doch bei weitem noch nicht immer Rekonstruktionscharakter und sichern folglich nicht die Erweiterung der Produktion. Die Erhöhung der Aktivität einer Reihe von Trusts wurde auf Kosten alter Rohstoffvorräte erreicht, deren Wiederauffrischung heute eine der wichtigsten und brennendsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik des Staates ist. Andererseits benötigt die Schwerindustrie, die kaum mit dem Markt in Berührung gekommen und vollkommen von den staatlichen Aufträgen abhängig ist, für ihre Wiederherstellung bedeutende und richtig berechnete staatliche Investitionen. Das trifft auch in bedeutendem Maße auf die Eisenbahn und die Binnenschifffahrt zu.

So stellt die - infolge der gesamten wirtschaftlichen Bedingungen - noch nicht erreichte gesunde Regulierung der Preise der Leichtindustrie (ihre sehr große Höhe bei teilweisem Nichterreichen des Rekonstruktionsniveaus) und das Zurückbleiben der Schwerindustrie hinter der Leichtindustrie das Hauptpassivum der ersten Periode der NÖP dar, das sowohl durch den allgemeinen Zustand der Wirtschaft vor der NÖP als auch durch die unvermeidliche Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse beim Übergang zur NÖP hervorge-

rufen wurde. Die Durchsetzung einer den Bedürfnissen der industriellen Entwicklung weiter entgegenkommenden Preisregulierung auf der Grundlage des Marktes, die Herstellung normalerer Wechselbeziehungen zwischen den Zweigen der Leichtindustrie und jenen Zweigen der Industrie und der Landwirtschaft, die ihr die Rohstoffe liefern, und endlich die Ausgleicheung des Entwicklungsstandes der Schwerindustrie und der Leichtindustrie - das sind die grundlegenden Aufgaben des Staates auf dem Gebiet der Industrie in der jetzt beginnenden zweiten Periode der NÖP. Diese Aufgaben können nur bei einem richtigen Wechselverhältnis zwischen Markt und Plan gelöst werden.

### 3. Aufgaben und Methoden der Planungsarbeit

In Sowjetrußland, wo die Hauptmittel der Industrie und des Verkehrswesens einem Besitzer gehören - dem Staat - muß die aktive Einmischung des letzteren in das wirtschaftliche Leben notwendig planmäßigen Charakter annehmen und; angesichts der herrschenden Rolle des Staates als Eigentümer und Wirtschaftler, erlangt das Element der Planmäßigkeit schon in der ersten Zeit außerordentliche Bedeutung.

Die gesamte frühere Erfahrung zeigte jedoch, daß der Plan der sozialistischen Wirtschaft nicht apriorisch, auf theoretischem oder bürokratischem Wege, aufgestellt werden darf. Ein wirklicher sozialistischer Wirtschaftsplan, der alle Zweige der Industrie in ihrem Verhältnis zueinander und die wechselseitigen Beziehungen der gesamten Industrie als Ganzes zur Landwirtschaft umfaßt, ist nur bei längeren vorbereitenden wirtschaftlichen Versuchen auf der Grundlage der Nationalisierung, der ständigen Bemühungen, die Arbeit der verschiedenen Wirtschaftszweige in der Praxis miteinander in Einklang zu bringen, und der richtigen Auswertung der gewonnenen Ergebnisse möglich.

Für die nächste Periode hat die Aufgabe somit den Charakter einer allgemeinen Direktive und trägt in bedeutendem Maße vorbereitenden Charakter. Sie kann nicht durch irgendeine Formel allein bestimmt werden, sondern setzt eine ständige und aufmerksame Angleichung des leitenden Wirtschaftsapparates, seiner Hauptaufgaben,

seiner Methoden und seiner Praxis an die Markterscheinungen und -verhältnisse voraus. Erst dann, wenn sie sich vollständig entwickelt haben, können und müssen die Planungsmethoden sich den Markt unterwerfen und ihn dadurch abschaffen.

Hieraus ergeben sich ganz klar zwei Gefahren, die mit der Einführung staatlicher Methoden der Wirtschaftsplanung für die nächste Epoche zusammenhängen:

a) Bei einem Versuch, auf dem Wege der planmäßigen Einmischung die wirtschaftliche Entwicklung zu überholen, die regulierende Arbeit des Marktes durch administrative Maßnahmen zu ersetzen, für die die lebendige wirtschaftliche Erfahrung noch nicht die notwendige Grundlage geschaffen hat, sind teilweise oder allgemeine Wirtschaftskrisen von dem spezifischen Typ, wie wir sie in der Epoche des Kriegskommunismus beobachteten, ganz unvermeidlich ("Stockungen", "Stauungen" usw.).

b) Bei einem Zurückbleiben der zentralisierten Regulierung hinter den klar herangereiften Bedürfnissen werden die Wirtschaftsfragen auch in den Fällen durch unwirtschaftliche Marktmethoden gelöst werden, in denen eine rechtzeitige administrative wirtschaftliche Einmischung die gleichen Resultate in einer kürzeren Frist und mit weniger Kräften und Mitteln hätte erreichen können.

Da wir zu den Marktformen der Wirtschaft übergegangen sind, ist der Staat verpflichtet, einzelnen Betrieben die notwendige Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung auf dem Markt einzuräumen und darf nicht versuchen, sie durch eine administrative Aufsicht zu ersetzen. Doch wenn auch jeder Trust fühlen muß, daß er sich, um einen Erfolg in seiner Arbeit zu haben, frei orientieren kann, und daß er die gesamte Verantwortung für seine Arbeit trägt, so muß der Staat andererseits in den Trusts und anderen Vereinigungen seine Organe sehen, mit deren Hilfe er den Markt als Ganzes sondiert und dadurch eine Reihe von praktischen Maßnahmen möglich macht, die die Marktorientierung der einzelnen Betriebe oder Vereinigungen übertreffen. Das zentrale Wirtschaftsorgan kann z.B. zu der Schlußfolgerung, daß ein einzelner Trust aufgelöst werden muß, lange vorher gelangen, bevor letzterer sich in der Praxis

von der Aussichtslosigkeit seiner Lage überzeugt.

Die Wechselbeziehungen zwischen der Leichtindustrie und der Schwerindustrie können keineswegs nur über den Markt gelöst werden, denn dies würde faktisch in den nächsten Jahren die Gefahr der Zerstörung der Schwerindustrie mit sich bringen, mit der Perspektive, daß sie zu späterer Zeit als Ergebnis des spontanen Wirkens des Marktes wiederersteht, aber auf der Grundlage des Privateigentums.

So ist zum Unterschied von den kapitalistischen Ländern die Planung bei uns nicht auf den Rahmen einzelner Trusts oder Syndikate beschränkt, sondern erstreckt sich auf die gesamte Industrie als Ganzes. Mehr noch: der staatliche Plan muß die Wechselbeziehungen der Industrie einerseits und der Landwirtschaft, der Finanzen, des Verkehrswesens, des Innen- und Außenhandels andererseits umfassen.

Mit anderen Worten, da der Staat nicht nur Eigentümer, sondern auch wirtschaftsführendes Subjekt hinsichtlich der Mehrheit der Produktivkräfte der Industrie und des Verkehrswesens und hinsichtlich der Kreditmittel bleibt, unterscheidet sich die Planung unter der NÖP dem Umfang nach nur unbedeutend von der Planung in der Epoche des Kriegskommunismus. Aber sie unterscheidet sich radikal den Methoden nach. Das herrschaftliche Administrieren der Hauptabteilungen (das "glawko"-kratische Administrieren - D.deut. Red.) wird durch das wirtschaftliche Manövrieren ersetzt.

In ihrer administrativen Anwendung müssen die Planungsmethoden mit größter Vorsicht bei sorgfältigster Sondierung der Verhältnisse erweitert werden.

Die Vorbereitung muß in der wirtschaftlichen Vorausschau und der Instruierung der Organe hinsichtlich dieser oder jener Erscheinungen bestehen, die unvermeidlich oder aller Wahrscheinlichkeit nach in einem bestimmten wirtschaftlichen Moment entstehen werden (im Zusammenhang damit, daß das Getreide der neuen Ernte auf dem Markt erscheint, mit dem Zurückfließen der Geldmittel auf das Land usw. usf.). Dabei soll nach Möglichkeit diese Vorausschau für die einzelnen Industriezweige und Landesteile konkretisiert werden, verbunden mit Direktiven für die Maßnahmen, die nötig

sind, um die zu erwartende Situation auszunützen. Diese Direktiven sollen auch den ungefähren Termin für diese Maßnahmen angeben.

Es ist ganz offensichtlich, daß die Grundplanung der Industrie nicht innerhalb der Industrie selbst erreicht werden kann, d.h. allein durch die Bemühungen ihres leitenden administrativen Organs - des Obersten Volkswirtschaftsrates, - sondern daß sie die Aufgabe eines besonderen Planungsorgans sein muß, welches über der Organisation der Industrie steht und diese mit dem Finanzwesen, dem Verkehrswesen usw. in Verbindung bringt. Ein solches Organ ist seiner Stellung nach die Staatliche Plankommission. Man muß jedoch der Staatlichen Plankommission eine bestimmtere Stellung, eine festere Organisation, klarere und unbestreitbarere Rechte und besonders Pflichten beilegen. Es muß zum unbedingten Prinzip gemacht werden, daß nicht eine einzige, den gesamten Staat angehende wirtschaftliche Frage in den höchsten Organen der Republik über den Kopf der Staatlichen Plankommission hinweg behandelt wird.

Die Staatliche Plankommission muß, unabhängig davon, ob die Initiative von ihr selbst oder von irgendeiner Behörde ausgeht, eine neue Frage, ein Projekt oder einen Vorschlag im Zusammenhang mit der gesamten übrigen wirtschaftlichen Arbeit analysieren und dadurch deren Gewicht und Bedeutung bestimmen. Man muß Versuche der zentralen und örtlichen Behörden und Institutionen, diesen oder jenen Beschluß, unter Umgehung der Staatlichen Plankommission, mittels Dringlichkeitserklärungen, Unaufschiebbarkeit, Improvisieren durchzudrücken, entschlossen liquidieren. Solche Versuche sind als Erscheinungsformen wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit und als sehr schädliche Überreste des administrativen Partisanentums zu betrachten.

Der Erfolg der Arbeit jeder Behörde muß in bedeutendem Maße danach beurteilt werden, in welchem Maße sie ihre Pläne und Vorschläge rechtzeitig der Staatlichen Plankommission zur allseitigen Ausarbeitung und Koordinierung einreicht. Um so mehr muß der Erfolg der Arbeit der Staatlichen Plankommission selbst danach beurteilt werden, wie rechtzeitig sie wirtschaftliche Fragen aufwirft,

inwieweit die Voraussicht des morgigen Tages richtig ist, inwieweit sie die einzelnen Behörden dazu inspiriert, jene Gebiete und Zweige ihrer Arbeit sowohl hinsichtlich des Budgets als auch praktisch rechtzeitig in Übereinstimmung zu bringen, die eine solche Übereinstimmung erfordern.

Man muß durch die Staatliche Plankommission gegen die Bildung jeglicher vorläufiger und zufälliger Kommissionen kämpfen, wie Untersuchungs- Überprüfungs- Vorbereitungscommissionen usw., die das Hauptübel unserer staatlichen Arbeit sind. Die richtige Arbeit muß durch die normalen und ständigen Organe gewährleistet werden. Nur so ist es möglich, diese Organe zu verbessern und ihnen, durch ihre allseitige Anpassung an die gestellte Aufgabe auf Grund einer ununterbrochenen Erfahrung, die nötige Elastizität zu geben.

Ohne die Frage im voraus zu lösen, ob es notwendig wird, dem führenden Planungsorgan, dem Hauptstab der staatlichen Wirtschaft, - der Staatlichen Plankommission - zukünftig diese oder jene administrativen Rechte zu erteilen, scheint es für die nächste Periode zu genügen, daß in den Fällen, wo die planmäßige Leitung Zwang erfordert, die Sanktion für diesen Zwang von den entsprechenden Organen der Zentralgewalt (den einzelnen Wirtschaftskommissariaten, dem Rat für Arbeit und Verteidigung, dem Rat der Volkskommissare, dem Präsidium des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees) ausgeht.

Die Ausarbeitung des Wirtschaftsplanes kann, besonders unter den Bedingungen der wirtschaftlichen und kulturellen Rückständigkeit der UdSSR, nur dann erfolgreich verlaufen, wenn den einzelnen Wirtschaftsgebieten die notwendige Selbständigkeit bei der Lösung der wirtschaftlichen Aufgaben, die sich aus den natürlichen Bedingungen und aus den Produktionsbedingungen ergeben, eingeräumt wird. Die Planungsarbeit für die gesamte Union muß vor allem in der richtigen Berechnung und Lenkung der Arbeit der einzelnen Gebiete (Oblast) und in der organischen Vereinigung der Gebietspläne und der wirtschaftlichen Aufgaben auf der Unionsebene zu einem einheitlichen Plan der UdSSR bestehen.

Bei der Lösung der wirtschaftlichen Grundfragen müssen die

Interessen und Rechte der nationalen Republiken voll und ganz berücksichtigt werden. Die allgemeinen Planungsaufgaben, die auf die nationalen Republiken entfallen, müssen durch ihre entsprechenden Organe bei ständiger und enger Übereinstimmung der Arbeit mit ihnen gelöst werden. Nur so wird allmählich eine zweckmäßigere Verteilung der Industrie entsprechend den natürlichen Bedingungen, Rohstoffquellen, den Energiequellen usw. erreicht werden.

#### 4. Die Truste, ihre Rolle und notwendige Reformen

Der Staat ist der Besitzer, Eigentümer der wichtigsten Produktionsmittel und des Verkehrswesens. Die einzelnen Wirtschaftsbehörden und die einzelnen Organe, Institutionen und Vereinigungen (Trusts) innerhalb dieser Behörden leiten die ihnen aufgetragenen Abschnitte der staatlichen Wirtschaft in den Grenzen der Selbständigkeit, die durch die Bedürfnisse der Wirtschaftsführung unter den gegenwärtigen Marktbedingungen gesetzt sind und die von oben, d.h. von den übergeordneten Staatsorganen, festgelegt werden.

Das Recht des Staates bleibt uneingeschränkt, über das gesamte von Verbindlichkeiten freie Vermögen der Trusts, Eisenbahnen usw. zu verfügen. Faktisch werden Grenzen und Formen der Einmischung der Staatsmacht in die laufende Arbeit der Wirtschaftsorgane und dieser in die laufende Arbeit der einzelnen bevollmächtigten Institutionen, Trusts usw. ausschließlich vom Standpunkt der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit bestimmt und durch entsprechende Bestimmungen reguliert.

Ein großer Teil der staatlichen Industrie wird in Form von Trusts organisiert, d.h. von Vereinigungen, die umfassende wirtschaftliche Autonomie besitzen, die auf dem Markt als selbständige Wirtschaften unter den Bedingungen des Austausches frei agieren können. Die Hauptaufgabe dieser Wirtschaftsvereinigungen wie auch der zu ihnen gehörenden einzelnen Betriebe ist es, Mehrwert zum Zwecke der staatlichen Akkumulation zu gewinnen und zu realisieren, da allein eine solche Akkumulation das materielle Niveau des Landes heben und die sozialistische Rekonstruktion der gesamten Wirtschaft garantieren kann.

Die staatlichen Betriebe, die unmittelbar für die Befriedigung der wichtigsten staatlichen Bedürfnisse arbeiten, wie z.B. die Kriegsindustrie, müssen ebenfalls vollständig den Forderungen der Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten je Produktionseinheit untergeordnet werden.

Angesichts dessen, daß der Übergang selbst vom Kriegskommunismus zur NÖP in bedeutendem Maße mit den Methoden des Kriegskommunismus vollzogen wurde, hatten und haben die Gruppierung der Betriebe, ihre Verteilung auf die Trusts, die Verteilung der Mittel unter die Trusts, ihre Kreditierung noch bis auf den heutigen Tag apriorischen, bürokratischen Charakter. Vom Standpunkt der wirtschaftlichen Planungsarbeit aus gesehen, sind dies nur grobe Vorversuche. Verbessern und umarbeiten kann und muß man sie nicht mehr auf spekulativem Wege, sondern auf der Grundlage der Überprüfung durch die Erfahrung, durch die tagtäglich erfolgende Kombination der Markterfahrung und der Erfahrung aus der Administration.

Die Klagen über den M a n g e l a n U m l a u f m i t t e l n zeugen nur davon, daß der Staat beim Übergang zur NÖP die Leitung von weit mehr Industriebetrieben übernommen hat, als er bei der allgemeinen wirtschaftlichen Lage des Landes, dem Ergebnis einiger Jahre des Bürgerkriegs und der Blockade zu führen in der Lage war. Eine Folge davon ist die Labilität der Betriebe, ihre unkontinuierliche Arbeit und hauptsächlich ihre unzureichende Auslastung, was seinerseits zu einer außerordentlichen Erhöhung der Selbstkosten der Produktion und zu einer Einengung des Marktes mit allen sich hieraus ergebenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten führt.

Der Ausweg aus dieser Situation liegt auf dem Weg der radikalen K o n z e n t r a t i o n d e r P r o d u k t i o n in den technisch am besten ausgerüsteten und geographisch am günstigsten gelegenen Betrieben. Die gegen diesen Plan vorgeschobenen verschiedenen zweitrangigen Erwägungen, so wesentlich sie an und für sich auch sein mögen, müssen vor der wirtschaftlichen Hauptaufgabe in den Hintergrund treten, vor der Versorgung der staatlichen Industrie mit den notwendigen Umlaufmitteln, vor der Senkung der Selbstkosten, vor der Erweiterung des Marktes und der



Erzielung von Gewinn.

Die Verteilung der Aufträge muß in Zukunft streng mit den Interessen der richtigen Konzentration der Produktion in Einklang gebracht werden. Die Überprüfung des Aufbaus und der Zusammensetzung der Truste, die unter dem Gesichtspunkt sowohl der reinen Produktionsbedingungen als auch der Bedingungen des Handels durchgeführt werden muß, muß vollkommen frei gehalten werden von den Vorurteilen einer bürokratischen Gleichförmigkeit bei einer Verbindung der Betriebe entweder nur nach dem horizontalen oder nur nach dem vertikalen Prinzip. Nicht formale, sondern materielle Erwägungen über den Zusammenhang und die wechselseitige Abhängigkeit der Betriebe, über ihre geographische Lage im Verhältnis zueinander und zum Verkehrswesen und dem Markt (Kombinate usw. usf.) müssen bei der Überprüfung die führende Rolle spielen. Behördliche oder kommunale Ansprüche sind, sofern sie mit dem Prinzip der vorteilhafteren, rentableren Organisation der Produktion in Konflikt stehen, nicht zu berücksichtigen. Notwendig ist es, die interessierten Truste und einzelnen Werke sehr aufmerksam anzuhören und ihre Ansicht zu berücksichtigen, sofern ihre Erfahrung die Notwendigkeit beweist, auf einen organisatorischen Schematismus zu verzichten.

Die Senkung des Kostpreises ist nicht unter dem Gesichtspunkt vorübergehender Erfolge auf dem Markt, sondern unter der Perspektive des Wiedererstehens und der Entwicklung der wirtschaftlichen Stärke des Landes vorzunehmen.

Eine Kalkulation, die das Rohmaterial nach fiktiven Preisen von gestern berechnet, hat mit Senkung der Selbstkosten nichts zu tun und ist als Vergeudung von Staatsvermögen streng zu bestrafen.

Gleichermaßen wäre eine Politik der zeitweiligen Preisherabsetzung auf Kosten einer direkten oder indirekten Schädigung der Schwerindustrie völlig falsch und schädlich. Ohne die Wiederherstellung der Schwerindustrie wäre die Leichtindustrie sowie der gesamte wirtschaftliche Aufbau überhaupt ihrer Grundlage beraubt. Kohle, Erdöl, Metall - das sind die Zweige der Industrie, deren

Erfolge das wirtschaftliche Aufblühen der Republik und ihre äußere Sicherheit wirklich garantieren.

Nur durch die tägliche und sichere Leitung der Trusts durch den Obersten Volkswirtschaftsrat, der im Geiste der angeführten Direktiven alle Hauptteile der Industrie miteinander verknüpft, ihre notwendigen Kombinationen voraussieht und vorbereitet, die richtige und rechtzeitige Ausnutzung aller Faktoren der Produktion in allen ihren Stadien sichert (Brennstoff, Rohstoff, Halbfabrikate, Maschinen, Arbeitskräfte usw.) sind nicht nur einzelne, sondern auch allgemeine Erfolge an der industriellen Front möglich.

#### 5. Industrie und Handel

Ohne eine richtige Organisation des Absatzes werden die Produktionserfolge auch in Zukunft zu einer außerordentlichen Erhöhung der Handelsunkosten, zu teilweisen Verstopfungen führen, d.h. zu Krisen der Hilflosigkeit im Handel, die selbst bei dem Zustand unseres jetzigen äußerst beschränkten Marktes nicht gerechtfertigt sind. Deswegen muß im Vordergrund stehen, jene unteren Glieder des Handelsapparates zu entwickeln, die in der Lage sind, eine wirkliche, möglichst unkomplizierte Verbindung zwischen der Industrie und dem Bauernmarkt zu sichern. Was die Syndizierung anbetrifft, die eine immer größere Rolle spielen muß, so ist sie in der nächsten Periode mit der nötigen Bedachtsamkeit und völliger Übereinstimmung mit der Lage des Marktes und den Materialquellen der Truste durchzuführen. Eine Umwandlung der Syndikate in Handels- "Hauptabteilungen" würde nur zur Beschränkung der Handelsfähigkeit und zur Erhöhung der Unkosten führen. Die zwangsmäßige Syndizierung muß wirtschaftlich vorbereitet und kommerziell gerechtfertigt sein.

Der Parteitag bestätigt alle früher gefaßten Beschlüsse über die Genossenschaften als einen Handelsapparat, der in immer größerem Maße die staatliche Industrie mit der Landwirtschaft verbinden soll. Die weitere Verbesserung dieses Apparates, die radikale Senkung der Unkosten, die Schaffung günstigster Bedingungen für die weitere Entwicklung des Genossenschaftsapparates seitens aller

staatlichen Organe mit dem Ziel, ihn zum Vermittler zwischen der staatlichen Industrie und der landwirtschaftlichen Produktion zu machen - das alles sind Hauptaufgaben der staatlichen Regulierung der Volkswirtschaft.

Angesichts des schreienden Mißverhältnisses zwischen dem Handelsapparat und den Ausmaßen der Handelsoperationen müssen alle Bemühungen darauf konzentriert werden, die Handelsunkosten durch Einschränkung des Handelsapparates, durch Regelung des Absatzes, durch Liquidierung überflüssiger Vertretungen, insbesondere durch die Übergabe einer Reihe von Handelsfunktionen an die lebensfähigsten örtlichen staatlichen und genossenschaftlichen Organe maximal zu senken.

Die Handelsorgane, sowohl die staatlichen als auch die genossenschaftlichen, müssen den Markt aufmerksam studieren und die Betriebe der Leichtindustrie dazu anregen, ihre Produktion den Bedürfnissen des Arbeiters und Bauern systematischer und aufmerksamer anzupassen.

Die große operative Selbständigkeit der Trusts und der einzelnen Betriebe, die elastischere Tätigkeit der Syndikate und der gesamte Stand unserer Industrie überhaupt erfordern eine ungleich größere Koordinierung der reinen Produktionsarbeit mit der reinen Handelstätigkeit. Dies bezieht sich sowohl auf den Innen- als auch auf den Außenhandel. Ohne die organisatorischen Formen dieser Koordinierung im voraus festzulegen, muß man schon jetzt feststellen, daß das systematische Studium der Erfahrungen, die auf diesem Gebiet gesammelt worden sind, und die Ausarbeitung praktischer Methoden zur Koordinierung der Industrie- und Handelstätigkeit eine dringende Aufgabe ist, deren Lösung nur durch die ständige Koordinierung der Bemühungen des Obersten Volkswirtschaftsrates, des Volkskommissariats für Außenhandel und des Kommissariats für Innenhandel, bei aktiver Mitarbeit der Staatlichen Plankommission, unter der allgemeinen Leitung des Rates für Arbeit und Verteidigung möglich ist.

#### 6. Die Fabrik

Die Wurzel der Produktionserfolge oder auch umgekehrt, der

Mißerfolge liegt in der industriellen Grundeinheit, d.h. in der Fabrik, im Betrieb. Die richtige Organisierung der gesamten Produktion in jedem einzelnen Betrieb, dabei nicht nur von der produktionstechnischen, sondern auch von der kaufmännischen Seite aus, ist eine Aufgabe von entscheidender Wichtigkeit.

Der Trust behält die allgemeine Leitung des Betriebes in seiner Hand und zentralisiert die Produktions- und Handelszweige und die Operationen, die dafür geeignet sind. Er muß sich aber gleichzeitig in jeder Weise vor einer abwürgenden Zentralisation, vor einem Ersticken der Initiative und vor einem mechanischen Einmischen in die Arbeit seiner Fabriken und Werke hüten.

Die selbständige Kalkulation und die selbständige Bilanz jedes einzelnen Werkes sollen nicht nur die Möglichkeit geben, den Grad seiner Rentabilität, seines Wachstums oder seines Niedergangs zu bestimmen, sondern muß auch die allgemeine Grundlage des Prämiensystems sein, das den Besonderheiten des Betriebes streng angepaßt ist.

#### 7. Kalkulation, Bilanz und Kontrolle

Die einzige unter den gegenwärtigen Bedingungen ernst zu nehmende und zuverlässige empirische Überprüfung der Richtigkeit der Wechselbeziehungen zwischen Betrieb, Trust und Staat, sowie der Richtigkeit der gesamten Wirtschaftsführung wird nur durch ihre materiellen Ergebnisse gewährleistet, wie sie sich in der *H a n d e l s b i l a n z* zeigen. Ohne eine richtige Rechnungsführung, die die gesamte staatliche Wirtschaft umfaßt, ohne eine wissenschaftlich aufgestellte Kalkulation, die die realen Selbstkosten der Produkte der staatlichen Industrie bestimmt, gibt es keine Garantie gegen allmähliche Zersplitterung oder gegen Plünderung des nationalisierten Eigentums, wobei die Trusts in diesem Fall Kanäle für das Hinüberfließen des Staatsvermögens in Privathände sein können.

Eine der wichtigsten Aufgaben der leitenden Wirtschaftsinstanzen, besonders der Staatlichen Plankommission, muß es sein, Methoden einer einheitlichen Rechnungsführung auszuarbeiten, eine

beständige, für alle Trusts und Betriebe verbindliche, einheitliche Verrechnungsbasis festzusetzen, die Einheit der Leitung und Instruktion bei der Einführung der Rechnungsführung zu sichern und ihre tatsächliche Einführung, weitestgehende Präzisierung und Vervollkommnung zu überwachen. Gleichzeitig müssen dabei die jetzige bürokratische Rechnungsführung, die Umfragen aller Art, die besonderen Untersuchungen, der Austausch von Formularen usw. eingeschränkt und vereinfacht werden. Dabei muß man sich zum Ziele setzen, eine einheitliche reale Bilanz der gesamten staatlichen Industrie und des weiteren auch der gesamten staatlichen Wirtschaft zu erreichen.

Eine dringende Aufgabe des Rates für Arbeit und Verteidigung besteht darin, daß er die staatliche Überprüfung der Industriekalkulation und der Handels- und Industriebilanzen richtig organisiert. Wenn eine solche kompetente und qualifizierte Kontrolle fehlt, wird jede andere wirtschaftliche Inspektion illusorisch, und es verbreitet sich das Gefühl der Verantwortungslosigkeit, das mit einer richtig organisierten Wirtschaft unvereinbar ist.

### 8. Der Arbeitslohn

Die Praxis hat hinsichtlich des Arbeitslohnes in der vergangenen Periode im großen und ganzen die Richtigkeit der Beschlüsse des XI. Parteitages und der Entschlüsse des V. Gewerkschaftskongresses bestätigt, insbesondere hinsichtlich des Abschlusses von Kollektivverträgen zwischen den Gewerkschaften und den Wirtschaftsorganisationen.

Für das vergangene Jahr kann man eine bedeutende Erhöhung des Arbeitslohnes für alle Kategorien der Arbeiter feststellen, was auch eine bedeutende Steigerung der Arbeitsproduktivität nach sich zog.

Die allgemeine Lohnpolitik muß in Zukunft auf die größere oder geringere Ausgleichung des durchschnittlichen Arbeitslohnes in allen Industriezweigen gerichtet sein, verbunden mit den notwendigen Korrekturen hinsichtlich der durchschnittlichen Qualifikation, damit die Arbeiter mit gleicher oder gleichwertiger Qualifizierung

in verschiedenen Industriezweigen, nach Möglichkeit unabhängig von den teilweisen Marktschwankungen, annähernd gleich bezahlt werden; wobei der individuelle Arbeitslohn wirklich durch die faktische Leistung bedingt sein muß. Die entsprechenden staatlichen Organe müssen Hand in Hand mit den Gewerkschaftsverbänden ihre Bemühungen darauf konzentrieren, die günstigere Konjunktur eines bestimmten Industriezweiges nicht nur den Arbeitern dieser Industrie, sondern der Arbeiterklasse insgesamt zugute kommen zu lassen, indem sie die Löhne in den übrigen Industriezweigen, in erster Linie in der Schwerindustrie und im Verkehrswesen, erhöhen.

In ihrem Bestreben, die Lage der Arbeiter weitestgehend zu verbessern, dürfen die Staatsorgane und Gewerkschaften nie vergessen, daß eine dauerhafte und allumfassende Verbesserung nur möglich ist, wenn sich die Industrie entwickelt, d.h. Gewinn bringt. Von diesem Standpunkt aus gesehen sind solche Maßnahmen, wie die Unterhaltung von Betrieben, die mit Unterbelastung arbeiten oder die Beibehaltung einer solchen Zahl von Arbeitern, die der tatsächlichen Produktivität des Betriebes nicht entspricht, die verlustbringendste und unrationellste Form einer Sozialversorgung und somit gegen den morgigen Tag der Arbeiterklasse gerichtet.

Die Belastung der Industriebetriebe durch Unkosten, die sich, so wichtig sie auch sein mögen, nicht aus der Produktion ergeben und durch das Gesetz nicht vorgesehen sind, fügt der Wirtschaft und dem Staat einen unübersehbaren Schaden zu, da sie die Möglichkeit einer richtigen Kalkulation zunichte macht und dem Staate in halbgewarnter Form Ausgaben aufzwingt, die er bei dem gegenwärtigen Stand seiner Mittel nicht tragen kann. Willkürliche, d.h. durch das Gesetz nicht festgelegte und vom Staat nicht regulierte "Spenden" der Trusts sind nichts anderes, als eine Vergeudung des Staatseigentums und müssen als solche nach dem Gesetz bestraft werden.

Die faktische Durchführung des Arbeitsrechts und überhaupt aller Verordnungen über die Arbeitskräfte, den Arbeitslohn, über die Dauer des Arbeitstages für die verschiedenen Berufsgruppen, über die Abzüge für die Sozialversicherung, für kulturelle und Schulungszwecke usw. müssen in der gegenwärtigen Situation auf-

merksam überprüft werden, um einerseits die Interessen der Arbeiter so maximal zu befriedigen, wie es bei dem gegenwärtigen Stand der Industrie möglich ist, und andererseits, um die Verordnungen, die beim gegenwärtigen Stand der Industrie offensichtlich nicht zu erfüllen sind, aufzuheben oder zeitweilig zu verändern. Die Wirtschaftler und Gewerkschaftler müssen gemeinsam ganz objektiv und sorgfältig Material für die genannten Gesetzesänderungen oder administrativen Maßnahmen zusammenstellen.

#### 9. Finanzierung, Kreditierung, Steuern und Zollsätze

Der Staatshaushalt muß in Ordnung gebracht werden. Das muß im Sinne seiner ungefähren Angleichung an die realen staatlichen Ressourcen und deren planmäßige Verausgabung geschehen. Nur so wird eine notwendige Voraussetzung für die Gesundung und Entwicklung der Industrie, besonders der Schwerindustrie, geschaffen.

Es muß unbedingt mit einer Praxis Schluß gemacht werden, die sich, zwar in bedeutendem Maße durch objektive Bedingungen aufgezungen, als ein arges Übel erwies. Diese Praxis bestand darin, daß es keine Einheit und keine Übereinstimmung zwischen unseren Produktionsplänen und den Rohstoff- und Materialmöglichkeiten gab, die real vorhanden waren. Diese Praxis führte unvermeidlich dazu, daß keiner der Industrie- und Finanzpläne eingehalten und daß die Stabilität der wichtigsten Wirtschaftsinstitutionen erschüttert wurde.

Genau die gleichen Folgen entstanden durch die kostenlose, willkürliche oder unter dem Selbstkostenpreis liegende Veräußerung von Industrieprodukten (der Brennstoff-, Eisenhütten- und Maschinenbauindustrie) zugunsten des Staates, vorwiegend zugunsten des Verkehrswesens und der Militärbehörden.

Wenn sich in der Zukunft ein Mißverhältnis zwischen den realen Einnahmen und den Kostenanschlägen offenbart und sich hieraus die Notwendigkeit ergibt, den Ausgabenteil des Budgets zu kürzen, soll dies nicht in getarnter Form, sondern offen, mittels der Revidierung des Budgets, mit den sich hieraus ergebenden bestimmten Folgen einer planmäßigen Einschränkung des Verkehrswesens, der Industriebetriebe, der Armee usw. erfolgen.

Die Kreditierung der Industrie ist nicht nur eine Angelegenheit der Finanzen der Banken, sondern auch ein äußerst wichtiger Bestandteil der Organisation und Leitung der Industrie. Deshalb ist es notwendig, die Finanzierung der staatlichen Industrie nach Möglichkeit in einer einzigen Kreditinstitution zu konzentrieren, die mit dem Obersten Volkswirtschaftsrat in engster Verbindung steht.

Das Problem einer Koordinierung der Steuern und Akzisen mit der Kaufkraft der Industrie und der Kapazität des Marktes sowie die Rolle, die diese oder jene Zolltarife auf Importwaren für den Schutz der entsprechenden Industriezweige des Inlandes spielen, muß sorgfältig untersucht werden.

Ebenso ist es notwendig die Eisenbahntarife mit den Erfordernissen der Erweiterung des Marktes (besonders des Exports nach dem Osten) zu koordinieren.

Ankäufe und Aufträge im Auslande, auch wenn die Preise dort niedriger sind als im Inland, müssen in den Fällen vermieden werden, wo sie nicht unbedingt notwendig sind und wo ein entsprechender Auftrag innerhalb des Landes zu einem ernststen Anstoß für die Entwicklung des entsprechenden Zweiges unserer staatlichen Industrie werden kann.

Nur ein konsequent und beharrlich durchgeführtes System der sozialistischen Produktion kann in der gegenwärtigen Übergangsperiode die wirkliche Entwicklung der Industrie des Sowjetstaates, der sich in der kapitalistischen Umkreisung befindet, garantieren.

#### 10. Das ausländische Kapital

Die Erfahrungen des vergangenen Jahres haben bestätigt, daß der staatliche sozialistische Aufbau unter der Neuen Ökonomischen Politik in gewissem, und zwar weitem Rahmen, mit der aktiven Rolle des Privatkapitals, darunter auch des ausländischen Kapitals, in der Sphäre der Industrie völlig vereinbar ist. Notwendig sind weitere systematische Maßnahmen zur Heranziehung ausländischen Kapitals für die Industrie in all den Formen, deren Zweckmäßigkeit sich bis jetzt schon erwiesen hat: Konzessionen, gemischte Gesell-

schaften, Pacht. Es muß eine der wesentlichsten Aufgaben der Planungsorgane und der leitenden Wirtschaftsorgane überhaupt sein, sorgfältig zu untersuchen, welche Gebiete der Industrie und welche Betriebe zu welchen Bedingungen dem ausländischen Kapital zum Nutzen für die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung des Landes zur Verfügung gestellt werden können.

11. Die Wirtschaftler, ihre Stellung und ihre Aufgaben, die Erziehung einer neuen Generation von Technikern und Wirtschaftlern

Die wechselseitigen Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und den Wirtschaftsorganen, die durch die Beschlüsse des XI. Parteitag festgelegt worden sind und deren Richtigkeit durch die Erfahrungen des letzten Jahres bestätigt wurden, müssen weiter entwickelt und im Geiste der erwähnten Beschlüsse gefestigt werden.

Das System der wirklichen persönlichen Leitung muß bei der Organisierung der gesamten Industrie von oben bis unten durchgeführt werden. Die Auswahl der Funktionäre, ihre Versetzung und Absetzung ist in den Händen der leitenden Wirtschaftsorgane eine notwendige Vorbedingung für die wirkliche Leitung der Industrie und für die Möglichkeit, die Verantwortung dafür zu tragen. Die Empfehlungen und Charakteristiken der Gewerkschaftsorgane müssen aufmerksam geprüft werden, aber sie können keinesfalls die entsprechenden Wirtschaftsorgane der Verantwortung beheben; die bestehenden Bestimmungen gewährleisten den Wirtschaftsorganen die völlige Freiheit der Auswahl und der Ernennung.

Eine schwache Seite der staatlichen Industrie und des Handels ist ihre Schwerfälligkeit und ihr ungenügender Unternehmungsgeist. Der Grund hierfür liegt in der bei weitem noch unzureichenden Auswahl der Wirtschaftsfunktionäre, in ihrer ungenügenden Erfahrung, in dem mangelnden Interesse an den Erfolgen der eigenen Arbeit. Es ist notwendig, richtige, systematische Maßnahmen gegen alle diese Erscheinungen zu ergreifen. Insbesondere muß das Gehalt der Betriebsleiter von der Bilanz abhängig gemacht werden, genauso wie der Arbeitslohn von der Leistung.

Die Arbeit der leitenden Wirtschaftler (der Abteilungsleiter

in den Betrieben, der Werk- und Fabrikdirektoren, der Vorsitzenden und Mitglieder der Trustverwaltungen) stößt, da es ihre Aufgabe ist, die Produktionsausgaben zu senken und Gewinn zu erzielen, auf außerordentliche Schwierigkeiten, die nicht selten zu Konflikten, Absetzungen und Versetzungen führen. Der Wirtschaftler steht immer vor zwei Gefahren: a) durch seine erhöhten Anforderungen die Arbeiter des Betriebes und ihre Vertretungsorgane oder die örtlichen Partei- und Sowjetinstitutionen gegen sich aufzubringen; b) in den Fragen der Arbeitsproduktivität, des Arbeitslohnes usw. unter Verzicht auf die Rentabilität des Betriebes und damit auf seine Zukunft, den Weg des geringsten Widerstandes zu beschreiten. Natürlich muß der Direktor einer sowjetischen Fabrik den materiellen und geistigen Interessen der Arbeiter, ihren Gefühlen und Stimmungen größte Aufmerksamkeit entgegenbringen. Aber gleichzeitig darf er niemals außer acht lassen, daß seine höchste Pflicht gegenüber der gesamten Arbeiterklasse die Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die Senkung der Selbstkosten und die Erhöhung der Quantität der materiellen Güter ist, die dem Arbeiterstaat zur Verfügung stehen. Die Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sind verpflichtet, dem sowjetischen Direktor auf diesem Wege allseitige Unterstützung zu erweisen. Aufmerksamkeit, Beharrlichkeit und Umsicht sind die notwendigen Eigenschaften eines sowjetischen Wirtschaftlers. Das beste Zeugnis für ihn ist die aktive Bilanz des Betriebes.

Man muß den Arbeitermassen helfen zu verstehen, daß der Direktor, der danach strebt, Gewinn zu erzielen, in dem gleichen Maße den Interessen der Arbeiterklasse dient, wie der Gewerkschaftsfunktionär, der danach strebt, das Lebensniveau des Arbeiters zu heben und seine Gesundheit zu erhalten.

Ein Direktor, der seine Aufgaben in hervorragender Weise meistert, muß vor allen Überraschungen und Zufälligkeiten, vor jeglichen Abkommandierungen und Versetzungen, wenn sie nicht dringend notwendig sind, gesichert sein.

Die zentralen und örtlichen Parteiorgane müssen mit der ganzen Macht ihrer Autorität einen Direktor, der sich durch positive Arbeitsergebnisse bewährt hat, verteidigen und unterstützen.

Andererseits muß man als Regel, die für das gesamte Territorium der UdSSR gültig ist, mit aller Entschlossenheit folgendes durchführen: Ein Direktor, der seine Pflichten nicht erfüllt hat, darf solange nicht zu einer neuen und schwierigen Arbeit herangezogen werden, bis er durch seine Arbeit in untergeordneteren Dienststellungen gezeigt hat, daß er sich genügend Erfahrung angeeignet hat, um wieder mit einer ernsten und schwierigen Sache betraut werden zu können.

Die Ausbildung der neuen Wirtschaftsfunktionäre muß einen systematischen und gleichzeitig streng spezialisierten Charakter erhalten. Die summarischen Methoden, nach denen rasch und oberflächlich studiert wurde, müssen durch einen systematischen Unterricht nach einem bestimmten Plan ersetzt werden, wobei eine bestimmte Lehrzeit durchlaufen werden muß. Den Funktionären, die in der ersten Periode eingesetzt wurden und die sich noch nicht die notwendigen Kenntnisse aneignen konnten, muß die Möglichkeit gegeben werden, ihre wesentlichsten Lücken zu schließen.

Der Parteitag ist insbesondere der Ansicht, daß es notwendig ist, die Ausbildung von Funktionären für das Rechnungswesen weitestgehend zu verstärken und dafür eine bedeutende Zahl von Parteimitgliedern zu interessieren, um eine erfolgreichere, richtige Rechnungslegung zu sichern.

Die Spezialisierung nach den verschiedenen Arten der praktischen Tätigkeit muß jedoch eng mit der Hebung des theoretischen und politischen Niveaus und dem festeren Zusammenschluß der Partei verbunden sein, andernfalls könnte die Spezialisierung der Partei schaden, genauso wie Alleswisser der Wirtschaft schaden.

Die Partei und die Gewerkschaften müssen der Vergrößerung des Kaderbestandes an Wirtschaftsfunktionären aus der Arbeiterklasse und besonders aus Kommunisten, auf allen Verwaltungsstufen der Industrie ernste Aufmerksamkeit widmen und sich dabei in erster Linie die Aufgaben stellen, Betriebe mit den entsprechenden Kadern aus Roten Direktoren zu versorgen.

Das Studium der Technik muß für die neue Generation nicht nur eine Frage der Spezialisierung, sondern auch eine Sache der revolu-

tionären Pflicht sein. Unter den Bedingungen des Arbeiterstaates muß der ganze Enthusiasmus, der früher von der Arbeiterjugend dem revolutionären politischen Kampf entgegengebracht wurde, auf die Meisterung der Wissenschaft und der Technik gerichtet sein. Ein Student, der das Studium vernachlässigt, muß ebenso behandelt werden wie ein Deserteur oder wie ein Streikbrecher im Kampf gegen die Bourgeoisie. Die Organisation der sozialistischen Wirtschaft ist für die proletarische Avantgarde keine Karriere, sondern eine Heldentat.

## 12. Die Einbeziehung der Spezialisten in die Produktion

Damit die Industrie auf das notwendige hohe Niveau gehoben werden kann, braucht sie mehr technische Kräfte. Die Ergänzung der unzureichenden technischen Kräfte durch neue Techniker und Ingenieure wird sich mit unvermeidlicher Langsamkeit vollziehen. Deshalb ist es notwendig, die im Lande vorhandenen technischen Kräfte auf das richtigste zu verwenden und neu zu verteilen. Während der Periode der NÖP ging ein bedeutender Teil hervorragender Spezialisten, die früher unmittelbar in der Produktion gearbeitet hatten, zu einer gemüthlicheren oder bequemeren Tätigkeit in den Institutionen, Verwaltungen, Kanzleien oder zur Tätigkeit in den Handelsorganen und Kommissionsgeschäften über. Die Losung des Tages muß lauten: "Zurück zur Produktion, zurück zum Betrieb!" Um dieses Ziel zu erreichen, sind normale Arbeitsbedingungen in den Betrieben zu schaffen, die die Spezialisten, die wieder in die Betriebe einbezogen werden, moralisch und materiell befriedigen können. Es muß insbesondere das Prinzip weitestgehenden Anreizes, breiter Unterstützung für erzielte oder noch zu erzielende technische und wirtschaftliche Produktionserfolge (verschiedene Arten von Einsparungen, neue Erfindungen, Vervollkommnungen usw.) angewandt werden. Die Administratoren und Techniker, die sich durch nutzbringende Arbeit und durch Initiative im Laufe einer längeren Zeit gut bewährt haben, müssen von der Partei, den Sowjetorganisationen und den Gewerkschaften als besonders wertvolle Arbeiter ausgezeichnet werden; auf sie hat sich die gleiche öffentliche Ehrung zu erstrecken, die den Spezialisten, die erfolgreich in

der Roten Armee arbeiten, entgegengebracht wird.

### 13. Die Parteinstitutionen und die Wirtschaftsorgane

Die Partei vergißt keinen Augenblick ihre ständigen revolutionär-erzieherischen Aufgaben, muß sich aber darüber klar sein, daß in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Aufbauperiode der Revolution die Leitung der Wirtschaftsorgane in den wesentlichen Punkten des sowjetischen Aufbaus Hauptinhalt der Arbeit der Partei ist und sein muß. Die Partei wird nur dann ihre historische Mission erfüllen, wenn die wirtschaftlichen Erfahrungen der gesamten Partei im gleichen Maße wachsen wie der Umfang und die Schwierigkeit der wirtschaftlichen Aufgaben, die vor der Sowjetmacht stehen.

Daher ist der XII. Parteitag der Ansicht, daß nicht nur ein richtiger Einsatz der Funktionäre Pflicht der Partei ist, sondern auch die Anleitung der Wirtschaftsorgane selbst - besonders unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik, die die Gefahr einer inneren Entartung eines Teils der Wirtschaftskader und die Verzerrung der proletarischen Linie beim wirtschaftlichen Aufbau heraufbeschwört. Diese Leitung darf natürlich keinesfalls in der Praxis zu einem häufigen und nicht koordinierten Absetzen und Versetzen von Wirtschaftsfunktionären werden, sie darf sich nicht in ein Einmischen in die tägliche Arbeit der Wirtschaftsorgane oder in Versuche des unmittelbaren Administrierens verwandeln.

Man muß ständig bestrebt sein, der Leitung der Wirtschaftsorgane durch die Parteiorganisationen, neben den unter den gegebenen Bedingungen unvermeidlichen und notwendigen Direktiven für die Wirtschaftsorgane seitens der Parteiorganisationen zu konkreten Fragen; einen umfassenden und allseitig geplanten Charakter zu verleihen, was zu einer Verringerung der Fälle führen muß, in denen eine administrative Einmischung in Einzel- und Teilfragen der laufenden Praxis unmittelbar notwendig ist.

Die Leitung der Partei wird um so mehr gewährleistet sein, je richtiger die administrative und wirtschaftliche Arbeit der Staatsorgane bei der Erfüllung der von der Partei gestellten Planaufgaben verläuft.

Der XII. Parteitag bestätigt die Resolutionen des XI. Parteitages hinsichtlich der Notwendigkeit einer Teilung und Abgrenzung von Partei- und Sowjetarbeit, besonders der wirtschaftlichen Arbeit. Der Parteitag besteht auf einer vollkommeneren und systematischeren Durchführung dieser Resolutionen in sämtlichen Instanzen. Der XII. Parteitag erinnert besonders daran, daß die Parteiorganisationen entsprechend dem Beschluß des XI. Parteitages "wirtschaftliche Fragen in den Fällen und auf den Gebieten" lösen, "... wo die Fragen wirklich eine prinzipielle Lösung durch die Partei erfordern".<sup>1)</sup>

Eine wichtige Aufgabe der Partei ist es, ein solches System weitestgehend zu unterstützen, das den kompetenten Wirtschaftsorganen nicht nur das formale Recht, sondern auch die tatsächliche Möglichkeit gibt, Wirtschaftsfunktionäre allmählich zu erziehen und sie je nach den von ihnen gesammelten Erfahrungen und der Entwicklung ihrer Fähigkeiten richtig einzusetzen.

Dies ist nur möglich, wenn die Funktionäre systematisch nach ihrer wirtschaftlichen Erfahrung, Tüchtigkeit und Gewandheit ausgewählt werden und wenn die Grundsätze der Disziplin innerhalb der Wirtschaftsorgane und des entsprechenden Systems der Koordinierung der einzelnen Arbeitszweige und der dort eingesetzten Funktionäre eingehalten werden.

Die Partei als Ganzes und alle ihre Organisationen müssen ihrerseits den Wirtschaftlern angesichts der besonderen Wichtigkeit und der besonders verantwortungsvollen Arbeit, die ihnen gegenwärtig obliegt, allseitige Unterstützung erweisen und systematisch für die Schaffung solcher Bedingungen Sorge tragen, die die Möglichkeit einer Lostrennung einzelner Kreise der Wirtschaftler von der Partei ausschließen.

### 14. Das Druckereiwesen

Die Frage der richtigen Organisation des Druckereiwesens hat nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gewaltige kulturelle Bedeutung.

1) Siehe: "Die KPdSU in Resolutionen...", Bd. IV, Seite 44

Der Parteitag ist der Ansicht, daß der gegenwärtige Stand des Druckereiwesens unbefriedigend ist und hält es für notwendig, entschiedene Maßnahmen zu seiner Verbesserung zu ergreifen.

Die Qualität der Druckereierzeugnisse, vor allem derjenigen, die für die Verbreitung unter den Massen bestimmt sind, muß verbessert werden. Die Organisation der polygraphischen Industrie muß in kürzester Frist so aufgebaut werden, daß die größten und wichtigsten Staatsverlage die Möglichkeit haben, ihre Arbeit umfassend richtig und technisch befriedigend zu organisieren.

#### Die Steuerpolitik im Dorfe

1. Die Landwirtschaft spielt im wirtschaftlichen Leben der Sowjetrepubliken die vorherrschende Rolle. Die Stärke der Sowjetmacht liegt im Bündnis der Arbeiter und Bauern. Nur aus diesem Bündnis schöpft die Sowjetmacht die Kraft für den Widerstand gegen die äußere Versklavung und die Versuche, die Herrschaft des Kapitalismus wiederherzustellen. Die Erhaltung und Festigung dieses Bündnisses in der gegenwärtigen historischen Periode ist die Hauptaufgabe der kommunistischen Partei.

2. Das Kampfbündnis der Arbeiter und Bauern wurde für den Sturz der kapitalistischen Verhältnisse, für die Eroberung des Bodens geschaffen. Als später die Eroberungen der Arbeiter und Bauern im offenen Bürgerkrieg verteidigt werden mußten, festigte sich dieses Bündnis, obwohl die Bauernschaft für die Versorgung des Proletariats und der Armee schwere Opfer bringen mußte. In der Epoche des offenen Bürgerkriegs wurden der Bauernschaft all diese Lasten in Form der Getreideablieferungspflicht auferlegt. Sobald diese Periode beendet war, ging die Kommunistische Partei von der Getreideablieferungspflicht zur Naturalsteuer über. Dieser Übergang brachte der Bauernschaft eine bedeutende Erleichterung und war sowohl ökonomisch als auch politisch völlig gerechtfertigt. Doch er stellte nur den ersten Schritt dar, den die Kommunistische Partei auf dem Weg zur Erleichterung der Lage der Bauernschaft und zur Verbesserung des gesamten wirtschaftlichen Lebens des durch Krieg und Konterrevolution verwüsteten Landes unternehmen konnte.

3. Der Übergang von der Getreideablieferungspflicht zur Naturalsteuer bedeutete für den Bauer die Anerkennung des Rechtes, frei über die Produkte seiner Arbeit zu verfügen, aber dieses Recht war durch die Notwendigkeit begrenzt, daß der Sowjetstaat bestimmte Getreidevorräte in Form eines Naturalgrundfonds für die Versorgung der Armee und für die Wiederherstellung der Wirtschaft und des Verkehrswesens zur Verfügung haben mußte.

4. Angesichts der beginnenden allgemeinen Gesundung des wirtschaftlichen Lebens der Sowjetrepubliken, die sich sowohl in der Belebung als auch in der Vergrößerung des Warenumsatzes ausdrückt, kann und muß die Partei jetzt den nächsten Schritt tun, um die Möglichkeiten der freien Verfügung über die Produkte ihrer Arbeit für die Bauern zu erweitern. Die Sowjetmacht kann und muß den Bauern - entsprechend dem erweiterten Umfange des Marktes - von der Pflicht befreien, seine Zahlungen an den Staat in Naturalform zu leisten und ihm die Möglichkeit geben, einen Teil dieser Zahlungen in Geldform zu entrichten.

5. Die Umwandlung eines Teils der Naturalsteuer in Geldsteuer erleichtert die Lage der Bauernschaft und ist für die Bauernschaft nicht nur wegen der Verminderung ihrer Kosten und Mühen bei der Steueraufbringung von Vorteil, sondern auch deswegen, weil der Bauernschaft die Möglichkeit gegeben wird, sich frei nach dem Markt zu richten, die günstigsten Kulturen auszuwählen, ihre Kräfte handwerklicher Beschäftigung zu widmen usw. Gleichzeitig wird diese Maßnahme auch die allgemeine wirtschaftliche Lage des Landes verbessern, denn sie führt zu einer Erweiterung des Warenumsatzes, sie ist ein Weg zur Liquidierung der finanziellen Zerrüttung und gewährleistet die Stabilität des Geldumlaufs. Gerade die Stabilität des Geldumlaufs ist besonders wichtig für die Entwicklung des Handels zwischen Stadt und Land, der unmöglich ist, solange die ständige Geldentwertung die Geldzirkulation untergräbt und die Realisierung der Produkte sowohl der Landwirtschaft als auch der Industrie hindert. Somit festigt diese Maßnahme, indem sie die Lage der Bauernschaft unmittelbar erleichtert, die gesamte Wirtschaft des Landes, was seinerseits der Bauernschaft helfen wird, rascher aus der Zerrüttung



und dem Elend herauszukommen, ihr Inventar wiederherzustellen und das technische Niveau ihrer Wirtschaft zu heben.

6. Außer dem Übergang von der Naturalsteuer zur Geldsteuer muß die Kommunistische Partei, um die Lage der Bauernschaft zu erleichtern, sowohl alle staatlichen direkten Steuern, die auf die Bauern fallen, (wie Naturalsteuer, die in Geldform abzuführende Haus-, Hof- und Gespannsteuer) als auch alle örtlichen direkten Steuern zu einer einheitlichen, direkten Landwirtschaftssteuer vereinigen. Die einheitliche Landwirtschaftssteuer soll den vielen verschiedenen Steuern, die berechnete Klagen der Bauernschaft hervorrufen und sie daran hindern, ihre Ausgaben und Einnahmen genau zu berechnen und entsprechend ihre Wirtschaft zu führen, ein Ende setzen. Die Kommunistische Partei muß ein solches Steuersystem einführen, das dem Bauern die Möglichkeit gibt, schon vorher ganz genau die gesamte Summe der für ihn veranlagten direkten Steuern zu kennen, und das ihn nur mit einem Steuereinnahmer in Berührung bringt.

Die einheitliche Landwirtschaftssteuer muß die Übereinstimmung der Steuerlasten jeder Wirtschaft mit der Höhe ihrer Einnahmen und Einkünfte unter Berücksichtigung aller Faktoren, die die wirtschaftliche Stärke und Zahlungsfähigkeit der Wirtschaft bestimmen (Anzahl der Personen, die von der Wirtschaft leben, Größe des Acker- und Wiesenlandes, Kopffzahl des Arbeits- und Nutzviehs, durchschnittlicher Ernteertrag) gewährleisten. Dadurch wird die direkte Steuer der Sowjetmacht die Möglichkeit geben, ihre Politik zum Schutze der Interessen der armen Bauern und der Mittelbauern in der besten Form durchzuführen. Die Kommunistische Partei muß diesen Schichten des Dorfes alle Vorzüge der direkten Besteuerung, bei der die Steuerlast entsprechend der Größe des Vermögens und mit dem größten Vorteil für die armen Bauern auf die verschiedenen Schichten des Dorfes gerecht verteilt wird, erklären.

7. Bei der Festsetzung der einheitlichen Landwirtschaftssteuer sowie des Natural- und Geldanteils dieser Steuer muß die Sowjetmacht sich von den Interessen der Entwicklung und Förderung der Landwirtschaft leiten lassen und die wirkliche Zahlungsfähigkeit der Bauernwirtschaft im ganzen wie auch in den einzelnen Rayons sorgfältig einschätzen. Deshalb ist es notwendig, die besonderen

Bedingungen der einzelnen Rayons, die sich mehr durch landwirtschaftlichen oder handwerklichen Charakter unterscheiden, in Betracht zu ziehen, um die Höhe der Steuern, ihre Formen (Geldform oder gemischte Form) mit dem wirklichen Stand der Bauernwirtschaft des entsprechenden Rayons in möglichst vollkommene Übereinstimmung zu bringen.

Aus den gleichen Gründen soll für die Entrichtung der Steuer nicht ein einziger Termin, sondern mehrere Termine festgesetzt werden, die mit der Einbringung der Ernte, dem Verkauf der Getreideüberschüsse usw. zusammenfallen.

Um die Landwirtschaft zu fördern, ist außerdem ein System von anspornenden Mitteln einzuführen, die unter den gegenwärtigen Bedingungen den breiten Bauernmassen zugänglich sind, sowie verbesserte Methoden der Wirtschaftsführung (früher Umbruch des Brachlandes, Winterfurche, Entwicklung technischer und arbeitsintensiver Kulturen, Rationalisierung der Viehzucht usw.). Die Rayons, Amtsbezirke (Wolost) und Kollektive, die sich in dieser Hinsicht besonders ausgezeichnet haben, werden auf Vorschlag der ländlichen Verwaltungsorgane von den Gouvernements-Exekutivkomitees prämiert, indem ihnen ein Teil der von ihnen zu entrichtenden Landwirtschaftssteuern in Höhe von 1 Prozent der Gesamtsumme erlassen wird.

8. Eine der entscheidenden Kampfmethoden gegen die unverhältnismäßig niedrigen Getreidepreise, die die Landwirtschaft ruinieren und gleichzeitig der Industrie Schwierigkeiten bereiten, muß die Erleichterung des Exports jener Überschüsse an Getreide sein, die innerhalb des Landes nicht verbraucht werden können.

Um dieses dringende Bedürfnis der Landwirtschaft zu erfüllen, muß die Sowjetregierung die ungehinderte Realisierung des Getreides im Ausland möglich machen. Die Eroberungen der ausländischen Märkte für die Landwirtschaft, die in der Epoche des imperialistischen Krieges verloren gingen, muß die nächste Aufgabe der Sowjetmacht sein, denn wenn dieser landwirtschaftliche Export aus Rußland fehlt, sind extrem niedrige Getreidepreise auf dem inneren Markt unvermeidlich, und das führt wiederum zur Verringerung des bearbei-

teten Bodens, zur Stagnation in der Landwirtschaft und folglich auch zu einer allgemein wirtschaftlichen Stagnation im staatlichen Export.

Um die private Vermittlerschaft zu beseitigen, muß der Getreideexport in den Händen des Staates und seiner Organe konzentriert werden.

9. Ganz besondere Aufmerksamkeit muß der qualitativen Zusammensetzung jenes Apparates gewidmet werden, durch den die Sowjetmacht die Steuern einzieht und durch den der staatliche Getreideaufkauf durchgeführt wird. Die Kommunistische Partei muß sich die ständige Verbesserung der Zusammensetzung dieses Apparates und seine Verbilligung zum Ziel setzen. Dabei darf sie niemals vergessen, daß die Bauernschaft in diesem Apparat einen wirklichen Vertreter der breiten Massen der Arbeiter und Bauern sehen muß.

Nicht nur jegliche Ungesetzlichkeit, sondern auch gering-schätziges Verhalten gegenüber den gesetzlichen Rechten der Bauernschaft durch die Steuerorgane während ihrer schweren, verantwortungsvollen und für den Sowjetstaat notwendigen Arbeit zur Eintreibung der Steuern, müssen von der Partei entschieden verurteilt und durch die Sowjetmacht streng bestraft werden.

10. Die Kommunistische Partei ist sich sowohl der schweren Lage der durch Krieg und Konterrevolution zerrütteten Landwirtschaft als auch der Lasten der ihr auferlegten Verpflichtungen völlig bewußt. Die heute von der Sowjetmacht durchgeführten Maßnahmen zur Erleichterung der Lage der Bauernschaft, die ein bedeutender Schritt zur Regulierung der Landwirtschaft sind, befreien die Sowjetmacht keineswegs von der Notwendigkeit, sich mit allen Kräften für die Erfüllung der Forderungen, die vom Staat den Bauern gestellt wurden, einzusetzen. Doch die gemeinsamen Interessen aller Werktätigen, die gemeinsamen Interessen der Verteidigung der Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernrevolution erfordern von den Arbeitern und Bauern die Anspannung aller Kräfte, erfordern diese Opfer. Der Staatshaushalt der Sowjetrepublik weist, obwohl er, gegenüber dem Staatshaushalt des Rußland der Großgrundbesitzer und des Adels, um das 2 1/2fache kleiner ist, noch immer ein Defizit auf, da die Einkünfte und Steuern, die in die Staatskasse

fließen, die notwendigsten Ausgaben bei weitem nicht decken. Die Sowjetmacht, die der Bauernschaft Boden gab und sie von den Abgaben an die Gutsbesitzer befreite, muß deshalb verlangen, daß jeder trotz der Schwierigkeiten seine Pflichten gegenüber dem Arbeiter- und Bauernstaat erfüllt. Die Bauernschaft muß sich davon überzeugen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung bei der Einziehung von Steuern gleichzeitig entschlossen alle unproduktiven Ausgaben kürzt und wirklich die billigste Regierung für das Land ist. Die Kommunistische Partei wird aufmerksam darüber wachen müssen, daß die durch Steuern erlangten Mittel mit größter Sparsamkeit und ausschließlich für wirklich notwendige Zwecke ausgegeben werden, in erster Linie für die Verteidigung der revolutionären Errungenschaften der Arbeiter und Bauern, für die Entwicklung des Bildungswesens, für die allseitige Unterstützung der Landwirtschaft in Form billigen landwirtschaftlichen Kredits, der agronomischen usw. Unterstützung des Dorfes und für die Entwicklung der Großindustrie, ohne deren umfassende Entwicklung die Bevölkerung des Landes zum wirtschaftlichen Dahinsiechen und zur wirtschaftlichen und politischen Sklaverei verurteilt wäre. Bei all diesen Ausgaben muß die Arbeiter- und Bauernregierung sich nach der Kraft der Bauernschaft richten.

11. Die beharrliche und systematische Durchführung der angeführten Maßnahmen wird zur raschesten Entfaltung der Produktivkräfte in Stadt und Land, zum Schutze der Interessen der Dorfarmut und der Mittelbauern, zur Festigung des Vertrauens des Bauern zu den Arbeitern und zur Stärkung des Bündnisses zwischen Arbeitern und Bauern auf dem festen Fundament des wachsenden Volksreichtums führen, über den im Sowjetstaat die werktätigen Massen selbst verfügen.

#### Zur nationalen Frage

##### I.

1. Die Entwicklung des Kapitalismus zeigte bereits im vorigen Jahrhundert die Tendenz, die Produktions- und Austauschweise zu internationalisieren, die nationale Abkapselung aufzuheben, die Völker

einander wirtschaftlich näherzubringen und gewaltige Territorien allmählich zu einem zusammenhängenden Ganzen zu vereinigen. Die weitere Entwicklung des Kapitalismus, die Entwicklung des Weltmarktes, der Ausbau der großen Seewege und Eisenbahnlinsen, die Kapitalausfuhr und anderes verstärkten diese Tendenz noch mehr, indem sie die verschiedenartigsten Völker miteinander verknüpften durch die Bande internationaler Arbeitsteilung und allseitiger Abhängigkeit voneinander. Soweit dieser Prozeß die kolossale Entwicklung der Produktivkräfte widerspiegelte, soweit er die Aufhebung der nationalen Isolierung und der Interessengegensätze der verschiedenen Völker erleichterte, war und bleibt er ein progressiver Prozeß, denn er bereitet die materiellen Voraussetzungen für die zukünftige sozialistische Weltwirtschaft vor.

2. Aber diese Tendenz entwickelte sich in eigenartigen Formen, die ihrem inneren historischen Sinn absolut nicht entsprechen. Die Abhängigkeit der Völker voneinander und die wirtschaftliche Vereinigung der Gebiete setzten sich im Laufe der kapitalistischen Entwicklung nicht in Form einer Zusammenarbeit der Völker als gleichberechtigter Einheiten durch, sondern in Form der Unterwerfung der einen Völker durch die anderen, in Form der Unterdrückung und Ausbeutung der wenigen entwickelten Völker durch die stärker entwickelten Völker. Koloniale Raubzüge und Annexionen, nationale Unterdrückung und Ungleichheit, imperialistische Willkür und Gewalt Herrschaft, Kolonialsklaverei und nationale Entrechtung, endlich der Kampf der "zivilisierten" Nationen gegeneinander um die Herrschaft über die "unzivilisierten" Völker - das sind die Formen, in deren Rahmen sich der Prozeß wirtschaftlicher Annäherung der Völker vollzog. Deshalb erstarkte, gleichzeitig mit der Tendenz zur Vereinigung, die Tendenz, die gewaltsamen Formen dieser Vereinigung zu vernichten, der Kampf um die Befreiung der unterdrückten Kolonien und der abhängigen Nationalitäten vom imperialistischen Joch. Soweit diese zweite Tendenz die Empörung der unterdrückten Massen gegen die imperialistischen Formen der Vereinigung bedeutete, soweit sie die Vereinigung der Völker auf der Grundlage der Zusammenarbeit und des freiwilligen Bündnisses verlangte, war und bleibt sie eine progressive Tendenz, denn sie bereitet die geistigen Voraussetzungen für die zukünftige sozialistische

Weltwirtschaft vor.

3. Der Kampf zwischen diesen beiden Grundtendenzen, die sich in Formen äußern, wie sie dem Kapitalismus eigen sind, füllt die Geschichte der bürgerlichen Nationalitätenstaaten des letzten halben Jahrhunderts aus. Der unversöhnliche Widerspruch, der im Rahmen der kapitalistischen Entwicklung zwischen diesen Tendenzen besteht, bedingte die innere Unzulänglichkeit und die organische Labilität der bürgerlichen Kolonialstaaten. Unvermeidliche Konflikte innerhalb dieser Staaten und unvermeidliche Kriege zwischen diesen Staaten; Zerfall der alten Kolonialstaaten und Bildung neuer; erneute Jagd nach Kolonien und erneuter Zerfall von Nationalitätenstaaten, der zu erneuter Ummodellung der politischen Karte der Welt führt - das sind die Resultate dieses grundlegenden Widerspruchs. Der Zerfall des alten Rußland, Österreich-Ungarns und der Türkei einerseits, die Geschichte solcher Kolonialstaaten wie Großbritannien und des alten Deutschland andererseits, schließlich der "große" imperialistische Krieg und das Anwachsen der revolutionären Bewegung der kolonialen und der nicht vollberechtigten Völker - alle diese und ähnliche Tatsachen zeugen anschaulich von der Labilität und Unbeständigkeit der bürgerlichen Nationalitätenstaaten.

Somit bedingt der unversöhnliche Widerspruch zwischen dem Prozeß der wirtschaftlichen Vereinigung der Völker und den imperialistischen Methoden dieser Vereinigung die Hilflosigkeit, Ohnmacht, Unfähigkeit der Bourgeoisie, den richtigen Weg zur Lösung der nationalen Frage zu finden.

4. Unsere Partei trug diesen Umständen Rechnung, als sie das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, das Recht der Völker auf selbständige staatliche Existenz zur Grundlage ihrer Politik in der nationalen Frage machte. Schon in den ersten Tagen ihres Bestehens, auf ihrem ersten Parteitag (im Jahre 1898), als sich die Widersprüche des Kapitalismus in der nationalen Frage noch nicht mit erschöpfender Klarheit herausgebildet hatten, erkannte die Partei dieses unveräußerliche Recht der Nationalitäten an. In der Folge bekräftigte sie immer wieder, bis hin zur Oktoberrevolution, ihr nationales Programm in besonderen Entschlüssen und Resolutionen ihrer Parteitage und Konferenzen. Der imperialistische Krieg und

die mit ihm zusammenhängende machtvolle revolutionäre Bewegung in den Kolonien lieferten lediglich eine neue Bestätigung für die Richtigkeit der Beschlüsse der Partei in der nationalen Frage. Der Sinn dieser Beschlüsse besteht

- a) in der entschiedenen Ablehnung aller und jedweder Formen des Zwanges gegenüber den Nationalitäten;
- b) in der Anerkennung der Gleichheit und Souveränität der Völker bei der Gestaltung ihres Schicksals;
- c) in der Anerkennung des Grundsatzes, daß eine dauerhafte Vereinigung der Völker nur auf der Grundlage der Zusammenarbeit und Freiwilligkeit durchgeführt werden kann;
- d) in der Verkündung der Wahrheit, daß eine solche Vereinigung nur verwirklicht werden kann, wenn die Macht des Kapitals gestürzt ist.

Unsere Partei wurde nicht müde, in ihrer Arbeit dieses nationale Befreiungsprogramm sowohl der offenen Unterjochungspolitik des Zarismus als auch der kompromißlerischen, halbimperialistischen Politik der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre entgegenzustellen. RiB die Russifizierungspolitik des Zarismus einen Abgrund zwischen dem Zarismus und den Nationalitäten des alten Rußland auf und führte die halbimperialistische Politik der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre zur Abkehr der besten Elemente dieser Nationalitäten von der Politik Kerenskis, so eroberte die Befreiungspolitik unserer Partei ihr die Sympathie und Unterstützung breiter Massen dieser Nationalitäten in ihrem Kampf gegen den Zarismus und die imperialistische russische Bourgeoisie. Es ist kaum ein Zweifel darüber möglich, daß diese Sympathie und diese Unterstützung eins der entscheidenden Momente bildeten, die den Sieg unserer Partei in den Oktobertagen bedingt haben.

5. Die Oktoberrevolution hat die praktischen Schlussfolgerungen aus den Beschlüssen unserer Partei zur nationalen Frage gezogen. Dadurch, daß die Oktoberrevolution die Herrschaft der Gutsbesitzer und der Kapitalisten, dieser Hauptträger der nationalen Unterdrückung, stürzte und das Proletariat an die Macht brachte, sprengte sie mit einem Schlage die Ketten der nationalen Unterjochung, wälzte die alten Beziehungen zwischen den Völkern um, grub der

alten nationalen Feindschaft das Wasser ab, ebnete den Boden für die Zusammenarbeit der Völker und eroberte dem russischen Proletariat das Vertrauen seiner Brüder aus den anderen Nationen nicht allein in Rußland, sondern auch in Europa und Asien. Es erübrigt sich wohl nachzuweisen, daß das russische Proletariat ohne dieses Vertrauen nicht imstande gewesen wäre, Koltschak und Denikin, Judenitsch und Wrangel zu besiegen. Andererseits ist es unzweifelhaft, daß die unterdrückten Nationalitäten ohne die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats im Zentrum Rußlands ihre Befreiung nicht hätten erlangen können. Nationale Feindschaft und nationale Konflikte sind unvermeidlich, unabwendbar, solange das Kapital an der Macht ist, solange das Kleinbürgertum und vor allem die Bauernschaft der ehemaligen "Herrscher"nation, von nationalistischen Vorurteilen erfüllt, mit den Kapitalisten gehen; und umgekehrt können nationale Eintracht und nationale Freiheit als gesichert gelten, wenn die Bauernschaft und die anderen kleinbürgerlichen Schichten mit dem Proletariat gehen, das heißt, wenn die Diktatur des Proletariats gesichert ist. Deshalb stellen der Sieg der Sowjets und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats die Basis, das Fundament dar, auf dem die brüderliche Zusammenarbeit der Völker in einem einheitlichen Staatsverband hergestellt werden kann.

6. Aber die Ergebnisse der Oktoberrevolution erschöpfen sich nicht in der Beseitigung der nationalen Unterdrückung, in der Schaffung einer Basis für die Vereinigung der Völker. Die Oktoberrevolution hat im Laufe ihrer Entwicklung auch die Formen dieser Vereinigung herausgearbeitet und die Grundlinien umrissen, nach denen sich die Vereinigung der Völker zu einem einzigen Bundesstaat vollziehen muß. In der ersten Periode der Revolution, als sich die arbeitenden Massen der verschiedenen Nationalitäten zum erstenmal als selbständige nationale Größe zu fühlen begannen, während die ausländische Intervention noch nicht eine reale Gefahr war, gewann die Zusammenarbeit der Völker noch keine klar umrissene, streng ausgebildete Form. In der Periode des Bürgerkriegs und der Intervention, als die Interessen der militärischen Selbstverteidigung der nationalen Republiken in den Vordergrund traten, während die Fragen des wirtschaftlichen Aufbaus noch nicht auf der Tagesord-

mung standen, nahm die Zusammenarbeit die Form eines militärischen Bündnisses an. In der Nachkriegsperiode schließlich, als die Fragen der Wiederherstellung der durch den Krieg zerstörten Produktivkräfte in den Vordergrund rückten, wurde das militärische Bündnis durch ein wirtschaftliches Bündnis ergänzt. Die Vereinigung der nationalen Republiken zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist die abschließende Etappe in der Entwicklung der Formen der Zusammenarbeit, eine Etappe, die diesmal den Charakter einer militärischen und wirtschaftlichen sowie politischen Vereinigung der Völker zu einem einheitlichen sowjetischen Nationalitätenstaat angenommen hat.

So hat das Proletariat in der Sowjetordnung den Schlüssel zur richtigen Lösung der nationalen Frage gefunden, hat es in ihr den Weg zur Organisierung eines stabilen Nationalitätenstaates auf der Grundlage der nationalen Gleichberechtigung und der Freiwilligkeit gefunden.

7. Den Schlüssel zur richtigen Lösung der nationalen Frage finden bedeutet aber noch nicht, sie vollständig und endgültig lösen, diese Lösung in der konkreten Praxis erschöpfend realisieren. Um das von der Oktoberrevolution aufgestellte nationale Programm richtig in die Tat umsetzen zu können, muß man noch die Hindernisse überwinden, die uns von der hinter uns liegenden Periode der nationalen Unterdrückung als Erbe hinterblieben sind und die nicht in kurzer Frist, nicht mit einem Schlage überwunden werden können.

Dieses Erbe besteht erstens in den Überresten des Großmachtchauvinismus, der eine Widerspiegelung der ehemals privilegierten Stellung der Großrussen ist. Mit diesen Überresten ist noch das Bewußtsein unserer Sowjetfunktionäre, der zentralen wie der lokalen, behaftet; sie nisten in unseren staatlichen Institutionen, den zentralen wie den lokalen; sie erhalten Verstärkung in Form der "neuen" großrussisch-chauvinistischen Smena-Wech-Strömungen, die im Zusammenhang mit der NÖP immer mehr erstarken. Praktisch finden sie ihren Ausdruck in der hochnäsigeringschätzigen und seelenlos-bürokratischen Einstellung russischer sowjetischer Beamtentypen gegenüber den Nöten und Bedürfnissen der nationalen Republiken. Der sowjetische Nationalitätenstaat kann nur dann als

wahrhaft gefestigt und die Zusammenarbeit der Völker in seinem Rahmen nur dann als wahrhaft brüderlich gelten, wenn diese Überreste in der Praxis unserer staatlichen Institutionen entschlossen und unwiderruflich ausgemerzt sind. Die Lage in einer Reihe von nationalen Republiken (Ukraine, Bjelo-Rußland, Aserbaidshan, Turkestan) wird dadurch kompliziert, daß ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse, die die Hauptstütze der Sowjetmacht ist, der großrussischen Nationalität angehört. In diesen Gebieten stößt das Bündnis zwischen Stadt und Land, zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft auf stärksten Widerstand in den Überresten des großrussischen Chauvinismus sowohl in den Partei- als auch in den Sowjetorganen. Unter diesen Bedingungen ist das Gerede über die Vorzüge der russischen Kultur und die Aufstellung der These von der Notwendigkeit des Sieges der höher stehenden russischen Kultur über die Kulturen der rückständigeren Völker (des ukrainischen, aserbaidshianischen, usbekischen, kirgisischen usw. Volkes) nichts anderes, als ein Versuch, die Herrschaft des großrussischen Chauvinismus zu festigen. Deshalb ist die entschlossene Bekämpfung der Überreste des großrussischen Chauvinismus die erste Tagesaufgabe unserer Partei.

Dieses Erbe besteht zweitens in der faktischen, das heißt wirtschaftlichen und kulturellen Ungleichheit der Nationalitäten in der Union der Republiken. Die nationale Rechtsgleichheit, die durch die Oktoberrevolution erkämpft wurde, ist eine gewaltige Er rungenschaft der Völker, sie löst aber an und für sich noch nicht die gesamte nationale Frage. Eine Reihe von Republiken und Völkern, die den Kapitalismus nicht oder fast nicht durchgemacht haben, die gar kein oder fast kein eigenes Proletariat haben, die infolgedessen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht zurückgeblieben sind, sind nicht imstande, die ihnen durch die nationale Gleichberechtigung gebotenen Rechte und Möglichkeiten vollständig auszunutzen, sind ohne wirkliche und andauernde Hilfe von außen nicht imstande, auf eine höhere Entwicklungsstufe zu gelangen und dadurch die vorangeschrittenen Nationalitäten einzuholen. Die Ursachen dieser faktischen Ungleichheit liegen nicht nur in der Geschichte dieser Völker, sondern auch in der Politik des Zarismus und der russi-

schen Bourgeoisie, die bestrebt waren, die Randgebiete ausschließlich in von den industriell entwickelten Zentralgebieten ausgebeutete Rohstoffgebiete zu verwandeln. Es ist unmöglich, diese Ungleichheit in kurzer Frist zu überwinden, dieses Erbteil in ein, zwei Jahren zu liquidieren. Der X. Parteitag unserer Partei hat bereits festgestellt, daß "die Ausmerzung der faktischen nationalen Ungleichheit ein langwährender Prozeß ist, der einen hartnäckigen und beharrlichen Kampf gegen alle Überreste der nationalen Unterdrückung und der kolonialen Sklaverei erfordert."<sup>1)</sup> Überwinden muß man sie aber unbedingt. Und überwinden kann man sie nur, wenn das russische Proletariat den rückständigen Völkern der Union wirklich und dauernd hilft, damit sie wirtschaftlich und kulturell gedeihen können. Diese Hilfe muß in erster Linie in einer Reihe praktischer Maßnahmen zur Bildung industrieller Zentren, in den Republiken der früher unterdrückten Nationalitäten, zu denen die örtliche Bevölkerung maximal herangezogen werden muß, zum Ausdruck kommen. Schließlich muß diese Hilfe, entsprechend den Resolutionen des X. Parteitages, parallel mit dem Kampf der werktätigen Massen gegen die sich im Zusammenhang mit der NÖP verstärkenden lokalen und eingewanderten Ausbeuterschichten für die Festigung ihrer sozialen Positionen vor sich gehen. Da diese Republiken vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete sind, müssen die inneren sozialen Maßnahmen vor allem darauf gerichtet sein, den werktätigen Massen auf Kosten des freien staatlichen Fonds Boden zuzuteilen. Andernfalls besteht kein Grund, auf Herstellung einer richtigen und festen Zusammenarbeit der Völker im Rahmen eines einheitlichen Bundesstaates zu rechnen. Deshalb ist der Kampf für die Liquidierung der faktischen Ungleichheit der Nationalitäten, der Kampf für die Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen Niveaus der rückständigen Völker die zweite Tagesaufgabe unserer Partei.

Dieses Erbe besteht schließlich in den Überresten des Nationalismus bei einer ganzen Reihe von Völkern, auf denen das schwere Joch der nationalen Unterdrückung gelastet hat und die noch nicht vermocht haben, sich von Erinnerungen an die alten nationalen Kränkungen frei zu machen. Praktisch kommen diese Überreste zum Ausdruck

1) Siehe: "Die KPdSU in Resolutionen..." Band III, Seite

in einer gewissen nationalen Entfremdung, in der Tatsache, daß den ehemals unterdrückten Völkern das volle Vertrauen zu den von Russen ausgehenden Maßnahmen fehlt. Dieser defensive Nationalismus verwandelt sich jedoch in einigen Republiken, die aus mehreren Nationalitäten bestehen, mitunter in einen offensiven Nationalismus, in einen ausgeprägten Chauvinismus der stärkeren Nationalität gegenüber den schwachen Nationalitäten dieser Republiken. Der georgische Chauvinismus (in Georgien), der sich gegen die Armenier, Osseten, Adsharen und Abchassen richtet; der aserbaidshanische Chauvinismus (in Aserbaidshan), der sich gegen die Armenier richtet, der usbekische Chauvinismus (in Buchara und Choresm), der sich gegen die Turkmänen und Kirgisen richtet, der armenische Chauvinismus - alle diese Arten des Chauvinismus, überdies noch durch die Verhältnisse der NÖP und der Konkurrenz gefördert, sind das größte Übel, das einige nationale Republiken in einen Schauplatz des Haders und der Intrigen zu verwandeln droht. Es erübrigt sich zu sagen, daß alle diese Erscheinungen die tatsächliche Vereinigung der Völker zu einem einheitlichen Staatsverband hemmen. Soweit die Überreste des Nationalismus eine eigentümliche Form der Verteidigung gegen den großrussischen Chauvinismus sind, ist der entschlossene Kampf gegen den großrussischen Chauvinismus das sicherste Mittel zur Überwindung der nationalistischen Überreste. Soweit sich diese Überreste jedoch in einen lokalen, gegen die schwachen nationalen Gruppen der einzelnen Republiken gerichteten Chauvinismus verwandeln, ist es Pflicht der Parteimitglieder, sie direkt zu bekämpfen. Deshalb ist der Kampf gegen die nationalistischen Überreste und vor allem gegen die chauvinistischen Formen dieser Überreste die dritte Tagesaufgabe unserer Partei.

8. Als ein krasses Beispiel für das Erbe der Vergangenheit muß die Tatsache gelten, daß ein erheblicher Teil von Sowjetbürokraten im Zentrum und draußen im Lande die Union der Republiken nicht als einen Bund gleichberechtigter staatlicher Einheiten ansieht, der berufen ist, die freie Entwicklung der nationalen Republiken zu sichern, sondern als einen Schritt zur Liquidierung dieser Republiken, als den Auftakt zur Bildung des sogenannten "Einheitlichen-Unteilbaren".

Das Streben einiger Behörden der RSFSR, sich die selbständigen Kommissariate der autonomen Republiken zu unterwerfen und damit die Liquidierung der letzteren vorzubereiten, ist ebenfalls als ein Resultat des Erbes der Vergangenheit zu betrachten.

Der Parteitag verurteilt eine solche Auffassung als antiproletarisch und reaktionär, er verkündet die absolute Notwendigkeit der Existenz und weiteren Entwicklung der nationalen Republiken und fordert die Parteimitglieder auf, scharf darauf zu achten, daß die Vereinigung der Republiken und die Verschmelzung der Kommissariate nicht von chauvinistisch gesinnten Sowjetbürokraten als Deckmantel für ihre Versuche ausgenutzt werden, die wirtschaftlichen und kulturellen Bedürfnisse der nationalen Republiken zu ignorieren. Die Verschmelzung der Kommissariate ist ein Examen für den Sowjetapparat: sollte dieser Versuch in der Praxis auf eine Großmacht tendenz hinauslaufen, so würde die Partei gezwungen sein, gegen eine solche Entstellung die entschlossensten Maßnahmen zu ergreifen, ja, sie müßte sogar die Frage aufwerfen, ob die beschlossene Verschmelzung einiger Kommissariate nicht wieder rückgängig gemacht werden soll, bis der Sowjetapparat gehörig im Geiste einer wirklich proletarischen und wirklich brüderlichen Rücksichtnahme auf die Nöte und Bedürfnisse der kleinen und rückständigen Nationalitäten umgezogen worden ist.

9. Die Union der Republiken, die auf der Grundlage der Gleichheit und der Freiwilligkeit der Arbeiter und Bauern der einzelnen Republiken geschaffen wurde, ist der erste Versuch des Proletariats, die internationalen Wechselbeziehungen unabhängiger Länder zu regeln, ist der erste Schritt zur Schaffung der zukünftigen weltumfassenden Räterepublik der Arbeit. Da die Union der Republiken eine neue Form des Zusammenlebens der Völker, eine neue Form ihrer Zusammenarbeit in einem einheitlichen Bundesstaat ist, in dessen Rahmen die oben geschilderten Überreste im Prozeß der gemeinsamen Arbeit der Völker überwunden werden müssen, sind die obersten Organe der Union so aufzubauen, daß sie nicht nur den gemeinsamen Nöten und Bedürfnissen aller Nationalitäten der Union, sondern auch den speziellen Nöten und Bedürfnissen der einzelnen Nationalitäten voll gerecht werden. Deshalb muß neben den zentralen Organen der Union, in denen die werktätigen Massen der gesamten Union, unabhängig von

ihrer Nationalität, vertreten sind, ein besonderes Organ geschaffen werden; in dem die einzelnen Nationalitäten auf der Grundlage der Gleichheit vertreten sind. Eine solche Struktur der zentralen Organe der Union gäbe die volle Möglichkeit, den Nöten und Bedürfnissen der Völker aufmerksam Gehör zu schenken, ihnen rechtzeitig die notwendige Hilfe angedeihen zu lassen, eine Atmosphäre vollen gegenseitigen Vertrauens zu schaffen und damit das obenerwähnte Erbe auf dem schmerzlosesten Wege zu beseitigen.

10. Ausgehend von dem oben Gesagten, empfiehlt der Parteitag den Parteimitgliedern, die folgenden praktischen Maßnahmen zu erwirken:

- a) Beim Aufbau der zentralen Organe der Union wird die Gleichheit der Rechte und der Pflichten der einzelnen Republiken sowohl in ihren wechselseitigen Beziehungen als auch gegenüber der Zentralmacht der Union garantiert;
- b) im System der höchsten Organe der Union wird ein spezielles Organ geschaffen, in dem ausnahmslos alle nationalen Republiken und nationalen Gebiete nach dem Grundsatz der Gleichheit vertreten sind, wobei möglichst alle Nationalitäten, die diesen Republiken angehören, vertreten sein sollen;
- c) die Exekutivorgane der Union werden auf den Grundsätzen, die die wirkliche Mitarbeit der Vertreter der Republiken und die Befriedigung der Nöte und Bedürfnisse der Völker der Union gewährleisten, aufgebaut;
- d) den Republiken werden genügend umfassende Rechte auf dem Gebiet des Finanz- und besonders des Haushaltswesens übertragen, die die Möglichkeit gewährleisten, auf dem Gebiet der staatlichen Verwaltung, auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet ihre eigene Initiative zu entwickeln;
- e) die Organe der nationalen Republiken und Gebiete werden vorwiegend aus Einheimischen gebildet, denen die Sprache, die Lebensweise, die Sitten und Gebräuche der betreffenden Völker vertraut sind;
- f) es werden besondere Gesetze erlassen, die den Gebrauch der Muttersprache in allen staatlichen Organen und in allen Institutionen garantieren, die der lokalen nationalen Bevölkerung und den nationalen Minderheiten dienen, - Gesetze, die mit aller revolutionären

Strenge alle diejenigen verfolgen und bestrafen, welche die nationalen Rechte und besonders die Rechte der nationalen Minderheiten verletzen;

g) die erzieherische Arbeit in der Roten Armee wird im Geiste der Idee der Brüderlichkeit und der Solidarität der Völker der Union gefestigt, es werden praktische Maßnahmen zur Organisation nationaler Truppenteile unter Berücksichtigung aller Maßnahmen, die für die Sicherung der vollen Verteidigungsfähigkeit der Republiken notwendig sind, ergriffen.

## II.

1. Unsere Parteiorganisationen entwickeln sich in den meisten nationalen Republiken unter Bedingungen, die für ihr Wachstum und ihre Festigung nicht sehr günstig sind. Die ökonomische Rückständigkeit dieser Republiken, die zahlenmäßige Schwäche des nationalen Proletariats, die Tatsache, daß Kader alter Parteiarbeiter aus der Mitte der einheimischen Bevölkerung in ungenügender Stärke oder überhaupt nicht vorhanden sind, das Fehlen einer nennenswerten marxistischen Literatur in den Muttersprachen, die schwache Erziehungsarbeit der Partei, schließlich die Überreste radikal-nationalistischer Traditionen, die sich noch immer nicht verflüchtigt haben, haben unter den einheimischen Kommunisten eine bestimmte Abweichung in der Richtung zur Überschätzung der nationalen Besonderheiten, in der Richtung zur Unterschätzung der Klasseninteressen des Proletariats, eine Abweichung zum Nationalismus hervorgebracht. Diese Erscheinung wird besonders gefährlich in den Republiken mit mehreren Nationalitäten; hier nimmt sie unter den Kommunisten der stärksten Nationalität zuweilen die Form einer Abweichung zum Chauvinismus an, deren Spitze sich gegen die Kommunisten der schwachen Nationalitäten richtet (Grusinien, Aserbaidshan, Buchara, Choresm). Die Abweichung zum Nationalismus ist darum schädlich, weil sie den Prozeß der Befreiung des nationalen Proletariats vom ideologischen Einfluß der nationalen Bourgeoisie hemmt und dadurch den Zusammenschluß der Proletarier der verschiedenen Nationalitäten zu einer einheitlichen internationalistischen Organisation erschwert.

2. Andererseits hat die Tatsache, daß es sowohl in den zentralen

**Institutionen der Partei als auch in den Organisationen der kommunistischen Parteien der nationalen Republiken einen zahlenmäßig starken Stamm alter Parteiarbeiter russischer Herkunft gibt, die mit den Sitten und Gebräuchen sowie mit der Sprache der arbeitenden Massen dieser Republiken nicht vertraut sind und deshalb nicht immer das nötige Verständnis für deren Bedürfnisse haben, in unserer Partei eine Abweichung zur Unterschätzung der nationalen Eigentümlichkeiten und der nationalen Sprache in der Parteiarbeit, eine hochmütige Geringschätzung dieser Eigentümlichkeiten, eine Abweichung zum großrussischen Chauvinismus hervorgebracht. Diese Abweichung ist nicht nur deshalb schädlich, weil sie die Herausbildung kommunistischer Kader aus der einheimischen Bevölkerung, die der nationalen Sprache mächtig sind, hemmt und dadurch die Gefahr einer Isolierung der Partei von den proletarischen Massen der nationalen Republiken heraufbeschwört, sondern vor allem auch deshalb, weil sie die oben geschilderte Abweichung zum Nationalismus nährt und fördert sowie ihre Bekämpfung erschwert.**

**3. Der Parteitag verurteilt diese beiden Abweichungen als für die Sache des Kommunismus schädlich und gefährlich, lenkt die Aufmerksamkeit der Parteimitglieder auf die besondere Schädlichkeit und besondere Gefährlichkeit der Abweichung zum großrussischen Chauvinismus und fordert die Partei auf, diese Überreste der Vergangenheit in unserem Parteaufbau aufs schnellste zu überwinden.**

Der Parteitag beauftragt das ZK, folgende praktische Maßnahmen durchzuführen:

- a) Bildung marxistischer Zirkel höheren Typus aus einheimischen Parteiarbeitern der nationalen Republiken;
- b) Schaffung einer auf den Prinzipien des Marxismus fußenden Literatur in den Muttersprachen;
- c) Verstärkung der Universität der Völker des Ostens und ihrer lokalen Sektionen;
- d) Schaffung von Instrukteurgruppen aus einheimischen Parteiarbeitern bei den Zentralkomitees der nationalen kommunistischen Parteien;



- e) Entwicklung einer für die Massen bestimmten Parteiliteratur in den Muttersprachen;
- f) Verstärkung der Erziehungsarbeit der Partei in den einzelnen Republiken;
- g) Verstärkung der Arbeit unter der Jugend in den einzelnen Republiken.

4. Angesichts der ungeheuren Wichtigkeit, die die Tätigkeit der verantwortlichen Parteifunktionäre in den autonomen und unabhängigen Republiken und in den Randgebieten überhaupt besitzt (Herstellung der Verbindung der Werktätigen einer gegebenen Republik mit den Werktätigen der gesamten übrigen Union), beauftragt der Parteitag das ZK, diese Parteifunktionäre besonders sorgfältig auszuwählen, damit sie die tatsächliche Durchführung der Beschlüsse der Partei zur nationalen Frage völlig gewährleisten.

"Entnommen aus Stalin, Werke, Bd.5, S. 159-169, Dietz Verlag, Berlin, 1952, mit dem Text des Beschlusses des XII. Parteitages überprüft und ergänzt".

#### Über die Rayonierung

Nach Entgegennahme des Referates über die Rayonierung

1. ist der XII. Parteitag der Ansicht, daß die alte administrativ-wirtschaftliche Einteilung der Republik nicht mehr den politischen und ökonomischen Bedürfnissen des Landes entspricht, daß aber die Einführung eines neuen Systems der administrativ-wirtschaftlichen Einteilung Vorsicht und längere Zeit für die endgültige Durchführung erfordert;

2. beauftragt der XII. Parteitag das ZK der Partei, Maßnahmen zu ergreifen, um größere Planmäßigkeit in die Arbeit zur Veränderung der administrativ-wirtschaftlichen Einteilung der Republik zu bringen, wobei der Parteitag der Ansicht ist, daß der von der Staatlichen Plankommission und der Verwaltungskommission des Präsidiums des Allrussischen Zentral-Exekutivkomitees ausgearbeitete Plan für die neue administrativ-wirtschaftliche Einteilung nur eine

vorläufige Arbeitshypothese ist, die noch der Ergänzung, Überprüfung und Überarbeitung auf Grund der Erfahrung bedarf;

3. beauftragt der XII. Parteitag das ZK der Partei, den neuen Plan der administrativ-wirtschaftlichen Einteilung der Republik, außer den in dieser Hinsicht bereits begonnenen Arbeiten in der Ukraine, für den Anfang in zwei Gebieten (Oblast) (einem Industrie- und einem Agrargebiet) durchzuführen und in ihnen Gebietsexekutivkomitees zu bilden.

4. Hinsichtlich der übrigen Gebiete, nationalen Republiken und Gouvernements beauftragt der XII. Parteitag das ZK der Partei, sich auf die weitere Ausarbeitung des Rayonierungsplanes zu beschränken, seine praktische Durchführung jedoch nicht vor Auswertung der Erfahrungen in den erwähnten zwei Gebieten zu genehmigen. Einzelne Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des ZK der KPR zulässig.

In den übrigen Gebieten (außer den zwei obenerwähnten) sind die bestehenden Gebietsorgane, sowohl die Sowjet- als auch die Parteiorgane, so zu reorganisieren, daß das Prinzip der Ernennung ihrer Mitglieder allmählich ersetzt wird durch das Prinzip ihrer Wählbarkeit auf den einzelnen Gebietskonferenzen und -Kongressen.

Der Umfang der Funktionen und Rechte sowohl der Gebietsorgane, die noch aufgebaut werden sollen, als auch derjenigen, die bereits bestehen, muß erweitert werden. Dabei sollen ihnen einige Rechte und Funktionen der zentralen Regierungsinstitutionen, besonders auf dem Gebiet des Staatshaushaltes und der Steuern übertragen werden.

5. Der Parteitag hält einen solchen Aufbau der Amtsbezirke (Wolost) und anderer Grundorgane der Staatsmacht, der, neben der Verbilligung des gesamten administrativ-wirtschaftlichen Apparates, zur Festigung und Entwicklung der den Massen am nächsten stehenden Machtorgane führt, für die Hauptaufgabe der Reform der administrativ-wirtschaftlichen Einteilung der UdSSR, um den Sowjetapparat zu verbilligen, zu vereinfachen und den Massen näher zu bringen.

Die dadurch bedingte Vergrößerung der Amtsbezirke ist mit äußerster Sorgfalt und unter voller Berücksichtigung der Interessen der breiten Massen der Bauernschaft durchzuführen.

Über die Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion  
und der Zentralen Kontrollkommission

I. Unsere Partei, die die alten Formen der bürgerlichen Macht zerstört und die Grundlagen eines völlig neuen Staatstyps, des sowjetischen Staatstyps, geschaffen hat, konnte infolge des verschärften bewaffneten Kampfes an den inneren und äußeren Fronten der grundlegenden Verbesserung des Verwaltungs- und Wirtschaftsapparates nicht genügend Aufmerksamkeit und Zeit widmen.

In der gegenwärtigen Periode des friedlichen Aufbaus, da die Revolution in die entscheidende wirtschaftliche Phase eingetreten ist, muß die Partei die Frage nach der Reform der Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane als Frage des Kampfes um den Staatsapparat stellen, der, seiner aus der Vergangenheit übernommenen technischen Struktur und Zusammensetzung nach, den Aufgaben und Zielen des Arbeiter- und Bauernstaates fremd gegenübersteht.

Im Gegensatz zu der bestehenden umfangreichen, teuren und die Arbeiter und Bauern schwer bedrückenden Struktur des Staatsapparates muß die neue Struktur der Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane und die neue Technik ihrer Arbeitsführung maximal vereinfacht und auf der Basis einer wissenschaftlichen Organisation der Arbeit und der Verwaltung errichtet werden, die die Möglichkeit bürokratischer Verzerrungen ausschließen.

Nur mittels einer derartigen radikalen Veränderung der gesamten Verwaltungstechnik, der Ausmerzungen alles Unnötigen und Überflüssigen in ihr, sowie einer energischen Säuberung des Staatsapparates, werden Partei und Staat den Apparat dahin bringen können, daß er den Interessen der Arbeiter und Bauern so vollkommen wie möglich gerecht wird, daß er den werktätigen Massen näher kommt und für sie weniger belastend ist, folglich das Bündnis der Arbeiter und Bauern festigt.

II. Diese Aufgabe kann nicht durch irgendeine Reform gelöst werden. Ihre Lösung erfordert Jahre intensiver und schwerer Arbeit. Die zur Arbeit im Staatsapparat herangezogenen Arbeiter und Bauern müssen notwendige Kenntnisse, Erfahrungen und Allgemeinbildung

haben. Die Reorganisation des Staatsapparates auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Arbeits- und der Verwaltungsorganisation kann nur unter der Bedingung die notwendigen Ergebnisse hervorbringen, daß, außer den beharrlichen Bemühungen der Partei und der Arbeiterklasse, die Leiter des Staatsapparates, die auf der Partei und der Sowjetebene für den gegebenen Apparat verantwortlich sind, ihre ganze Aufmerksamkeit auf die gestellte Aufgabe konzentrieren und daß sie die notwendige eigene Initiative bei der Vereinfachung des Apparates und der Errichtung einer planmäßigen inneren Kontrolle entwickeln.

III. Die Arbeiter- und Bauerninspektion und die Zentrale Kontrollkommission der KPR, die durch die ihnen übertragene Aufgabe der Vervollkommnung des Staatsapparates organisatorisch miteinander verbunden sind, müssen die Organe sein, die sich speziell mit der Reorganisation des Staatsapparates auf neuer Grundlage, mit der Ausarbeitung und Formulierung ihres konkreten Inhalts, mit den notwendigen praktischen Maßnahmen und der Koordinierung der von den Sowjet- und Parteinstationen sowie den einzelnen Organisationen (Zentrales Institut für Arbeit usw.) getroffenen Maßnahmen befassen. Dazu müssen die Funktionen und die Zusammensetzung der Zentralen Kontrollkommission erweitert und die Arbeiter- und Bauerninspektion sowohl hinsichtlich des Aufbaus und der Methoden der Arbeit als auch hinsichtlich ihrer Zusammensetzung grundlegend reorganisiert werden. Die letzte Aufgabe muß für die nächste Zeit die Hauptaufgabe sein, denn wenn sie nicht gelöst wird, d.h. wenn die Arbeiter- und Bauerninspektion nicht zu einem mustergültigen Apparat gemacht wird, der eng mit der Partei verbunden ist, werden Staat und Partei kein Mittel haben, mit dem sie das oben genannte Problem praktisch lösen können.

IV. Vorläufige und notwendige Bedingung für eine solche Umwandlung der Arbeiter- und Bauerninspektion in einen mustergültigen Apparat, der fähig ist, die ihm übertragenen Aufgaben zu meistern, ist eine langfristige Arbeit, um die Funktionäre der neuen, reorganisierten Arbeiter- und Bauerninspektion für diese Aufgaben vorzubereiten. Da die neue Arbeiter- und Bauerninspektion sowohl hinsichtlich ihrer eigenen Struktur einwandfrei als auch gleichzeitig,

als ein Organ, das wirklich auf der Höhe seiner Aufgaben steht und die Vervollkommnung des Staatsapparates auf das notwendige wissenschaftliche Niveau zu heben vermag, für die übrigen Volkskommissariate absolut autoritär sein muß, schlägt der Parteitag dem ZK und der ZKK vor, sich bei der Reorganisation der Arbeiter- und Bauerninspektion von folgenden Richtlinien leiten zu lassen:

1. Bei der Festlegung des Personalbestandes der neuen Arbeiter- und Bauerninspektion:
  - a) unverzüglich an die grundlegende Reorganisation der bestehenden Arbeiter- und Bauerninspektion zu gehen, und in ihrem Personalbestand ausnahmslos nur die zu belassen, die wirklich den neuen Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion gewachsen sind;
  - b) die Funktionäre aus ergebenen Kommunisten, Arbeitern und Bauern, vorwiegend aus den besten Verwaltungspraktikern und Studenten der höheren Lehranstalten auszuwählen, die bereit sind, die langwierige und geduldige Arbeit zur Erforschung der wissenschaftlichen Organisation der Arbeit und der Verwaltung auf sich zu nehmen;
  - c) als Helfer für die Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission bei dieser Arbeit eine bestimmte Zahl von Spezialisten auszuwählen, mit der unerläßlichen Bedingung, daß sie einer Prüfung unterzogen werden in bezug auf
    1. ihre Kenntnis unseres jetzigen Staatsapparates und
    2. ihre Kenntnis der Grundlagen der Theorie und Praxis der Verwaltungswissenschaft, der Geschäftsführung, der Arbeitsorganisation usw.

Das Hauptziel, das hierbei erreicht werden muß, ist die Schaffung eines solchen Personalbestandes, der der Partei garantiert, daß alle diese Kräfte, die von Kommunisten empfohlen wurden, die Spezialisten, herangezogene Arbeiter und das Sekretärpersonal sich so einarbeiten, daß durch sie selbst der Erfolg und die Produktivität ihrer Arbeit hinreichend garantiert ist.

3. Um die Erforschung der wissenschaftlichen Verwaltungsmethoden und der Arbeitsorganisation richtig zu gestalten, empfiehlt der Parteitag:

- a) die bestehenden wissenschaftlichen Institute für Arbeit und andere analoge Institutionen unverzüglich zu überprüfen, diejenigen auszuwählen, in denen eine wirklich ernsthafte und wissenschaftliche Atmosphäre einen Erfolg garantiert, und sie so zu unterstützen, damit sie wirklich auf der Höhe der modernen Wissenschaft stehen, wobei der Arbeiter- und Bauerninspektion die Aufgabe der Koordinierung ihrer Tätigkeit zu übertragen ist;

- b) unverzüglich einen Wettbewerb zur Abfassung eines oder einiger Lehrbücher über die Arbeitsorganisation überhaupt und über die Verwaltungsarbeit speziell auszuschreiben;

- c) eine Reihe gewissenhafter Spezialisten und Kommunisten mit der notwendigen Ausbildung für das theoretische Studium all dieser Fragen, für das Studium der Erfahrungen aus der praktischen Anwendung im Westen und für die Auswahl von Literatur zu den gleichen Fragen ins Ausland zu schicken und später diese Delegationen systematisch durchzuführen.

Die Systematisierung und Summierung der Errungenschaften der modernen Wissenschaft unter Hinsicht auf ihre Verwendbarkeit für den Apparat der Sowjetmacht und für die Forderungen und Bedürfnisse des Arbeiter- und Bauernstaates (zum Unterschied von den Aufgaben jener Wissenschaft, die den Bedürfnissen des bürgerlich-kapitalistischen Staates angepaßt ist) ist das besondere Ziel, das die reorganisierte Arbeiter- und Bauerninspektion verfolgen muß.

#### Die Arbeitsmethoden der Arbeiter- und Bauerninspektion

V. a) die Arbeiter- und Bauerninspektion soll auf eine umfassende, tagtägliche und formale Kontrolle über alle Finanz- und Vermögensoperationen der Staatsorgane verzichten. Sie soll die Kommando- und Knotenpunkte unseres Wirtschafts- und Staatsapparates nach einem vorher ausgearbeiteten Plan oder je nach den vom Leben gestellten Forderungen überprüfen.

- b) beim Studium und bei der Festlegung der Prinzipien für die wissenschaftliche Organisation der Arbeit und der Verwaltung, das nicht nur akademisch sein soll, ist die engste Verschmelzung der praktischen sachlichen Überprüfung und der wissenschaftlichen ver-

allgemeinernden Schlußfolgerung notwendig. Die praktische Form dieses Studiums sollen systematische Beobachtungen der sich ständig wiederholenden und typischen Erscheinungen auf dem Gebiet der Verwaltungsarbeit, Versuche mit vorher festgesetzten bestimmten Zielen, und vor allem die Untersuchung jener Teile des Staatsapparates sein, deren Studium besonders notwendig ist, um Mittel zu finden, mit denen man am richtigsten die Defekte im Staatsapparat beseitigen kann.

c) die Kontrolltätigkeit muß ihr Hauptziel darin sehen, die praktischen Errungenschaften oder Mängel der Wirtschafts- und Verwaltungsorgane zu ergründen und die für das gegebene Gebiet charakteristischen Methoden ausgesprochener Veruntreuung sowie Mittel zu ihrer Verhütung herauszufinden, ohne in eine Verfolgung einzelner Veruntreuungen und Mißbräuche zu verfallen.

Die nächsten Aufgaben der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Zentralen Kontrollkommission:

VI. a) weitestgehende Anregung der staatlichen Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane zur Verbesserung ihrer Apparate, Hilfeleistung in dieser Hinsicht, Berücksichtigung ihrer Erfahrungen, Koordination und Vereinigung der von ihnen getroffenen Maßnahmen - all das in enger Verbindung mit den Gewerkschaften und unter Heranziehung von Arbeitern und Angestellten, die in den Betrieben und Institutionen arbeiten, besonders einzelner hervorragender Funktionäre, Roter Direktoren usw.

b) Beurteilung und Überprüfung der Arbeit der Leiter und Mitarbeiter der Staats- und Wirtschaftsorgane nach ihrem wichtigsten Inhalt, Unterstützung des Staates und der Partei bei der Auswahl der leitenden Kader, praktische Vorbereitung der Arbeiter und Bauern für verantwortliche leitende Posten durch deren Mitarbeit bei der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Zentralen Kontrollkommission, damit sie sich die praktischen Methoden und die Technik der Verwaltung aneignen können, Unterstützung der ehrlichsten und der Sache ergebensten Funktionäre.

c) Erforschung und Untersuchung der Gründe für Verbrechen und un-

wirtschaftliche Arbeit bei Leitern und Mitarbeitern des Staatsapparates, Kampf gegen das System der Bestechungen, Koordinierung ihrer Arbeit auf diesem Gebiet mit der entsprechenden Tätigkeit (GPU und des NKJ<sup>1)</sup>), durch Einberufung periodischer Beratungen und durch andere Mittel, Durchführung von Maßnahmen, durch welche diejenigen Leiter von Staatsorganen und Betrieben zur Verantwortung gezogen und auch abgesetzt werden, die nicht für die Verbesserung und die Säuberung ihrer Apparate Sorge tragen.

d) praktische und theoretische Erforschung des Verwaltungswesens, Feststellung der positiven und negativen Seiten der bestehenden Verwaltungsorgane, Beseitigung der einen und Festigung der anderen, Durchführung von Versuchen und praktischer Maßnahmen zur Rationalisierung der Verwaltungstechnik, der Geschäftsführung, des Rechnungswesens und der Rechnungslegung, und, in Verbindung damit, Ausarbeitung von Plänen zur Veränderung der Struktur der Staatsorgane sowohl zur Verbesserung ihrer Arbeit als auch zur Schaffung normaler Bedingungen für die Selbstkontrolle, die die Möglichkeit der Überwachung seitens des Staates erleichtert.

e) Erfüllung von Spezialaufgaben und Aufträgen von Partei- und Sowjetcharakter sowie Kontrolle und Überwachung der richtigen Durchführung derjenigen Verordnungen und Beschlüsse der Partei- und der Sowjetorgane durch die Staatsorgane, die in erster Linie der Vervollkommnung des Staatsapparates, dem Kampf gegen den Bürokratismus und gegen die Mißbräuche von Amtspersonen gelten.

f) besonders sorgfältige Vervollkommnung des Staatsapparates und der Wirtschaftsorgane dort, wo sie unmittelbar mit der Bevölkerung im Berührung kommen, schonungslose Bestrafung der Sowjetbeamten, die auch nur geringste Überheblichkeit und Verächtlichkeit gegenüber den Vätern und Bedürfnissen der Arbeiter und Bauern, besonders der Analphabeten und der kaum Gebildeten und insbesondere gegenüber den Werktätigen anderer Nationalitäten offenbaren.

g) systematische und planmäßige Ausnutzung der Sowjet- und Parteipresse seitens der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Zentralen

1) NKJ = Volkskommissariat für Justiz

Kontrollkommission zur Enthüllung und Aufdeckung jeglicher Vergehen (Schlamperei, Korruption usw.) und jeglichen systematischen Umgehens der von der Partei festgelegten Grundlinie bei der Reorganisation des Staatsapparates, sowie zum Studium und zur Zusammenfassung der Arbeit der Zentralen Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion beim organisatorischen Aufbau.

#### Über die örtlichen Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Zentralen Kontrollkommission

VII. Die Reorganisation der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Zentralen Kontrollkommission nach den oben dargelegten Grundsätzen erstreckt sich nur auf die Zentrale Arbeiter- und Bauerninspektion und auf die Zentrale Kontrollkommission. Die Zentrale Kontrollkommission und die Arbeiter- und Bauerninspektion werden beauftragt, innerhalb eines Monats einen Entwurf über die Arbeit der örtlichen Organe der Arbeiter- und Bauerninspektion und der Gouvernementskontrollkommissionen auszuarbeiten und dem ZK zur Bestätigung vorzulegen. Bis zur Lösung dieser Frage im Rahmen der genannten Gesichtspunkte arbeiten die Arbeiter- und Bauerninspektionen und Gouvernementskontrollkommissionen nach der bisherigen Ordnung.

#### Zur Organisationsfrage

##### I.

#### 1. Das Plenum des ZK

Auf dem Parteitag werden 40 Mitglieder und 15 - 20 Kandidaten des ZK gewählt.

Die Erweiterung hat das Ziel, neue Mitglieder in das ZK aufzunehmen, hauptsächlich aus den örtlichen Parteifunktionären und da wiederum besonders Arbeiter, die mit den proletarischen Massen am engsten verbunden sind.

An den Plenartagungen des ZK nehmen, außer den 40 Mitgliedern mit beschließender Stimme, a) die Kandidaten des ZK und b) die Mitglieder des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission mit bera-

tender Stimme teil.

Es ist zulässig, daß Kandidaten des ZK gleichzeitig Mitglied der Zentralen Kontrollkommission sind; bei Eintritt in das ZK als Mitglied scheidet der Kandidat aus der Zentralen Kontrollkommission aus.

Das Plenum des ZK tritt regelmäßig mindestens einmal in zwei Monaten zusammen. Jedes Plenum bestimmt den Termin der folgenden Plenartagung, der nur in Ausnahmefällen durch gemeinsamen Beschluß des Org- und des Politbüros abgeändert werden darf. Die Plenartagung dauert 2 - 3 Tage, damit eine ernsthafte Erörterung der wichtigsten Fragen möglich ist. Alle wesentlichen Grundfragen werden dem Plenum zur Entscheidung übergeben. Besonders im Laufe der letzten 2 - 3 Wochen vor der ordentlichen Tagung des Plenums muß das Politbüro alle Grundfragen, deren Entscheidung noch aufgeschoben werden kann, systematisch auf die Tagesordnung des Plenums setzen. Die Plenartagungen müssen sorgfältiger als bisher vorbereitet werden. Das gesamte Material für die bevorstehende Plenartagung muß, zumindest zu den wichtigsten Fragen, rechtzeitig an alle Mitglieder des ZK versandt werden. Auf jeder Plenartagung legt das Politbüro Rechenschaft über seine Tätigkeit in der vergangenen Periode ab.

Die Einberufung einer außerordentlichen Plenartagung erfolgt auf Beschluß des Politbüros oder auf Forderung eines Viertels aller Mitglieder des Plenums.

#### 2. Das Politbüro

Das Politbüro wird vom Plenum des ZK in einer Zusammensetzung von höchstens 7 Mitgliedern und 4 Kandidaten gewählt.

3 ständige Vertreter der Zentralen Kontrollkommission, die dem Präsidium der Zentralen Kontrollkommission angehören, haben, neben den Mitgliedern des ZK, das Recht, an den Sitzungen des Politbüros teilzunehmen. Das neue ZK wird beauftragt, die Frage der Versorgung der Mitglieder des ZK, die nicht dem Politbüro oder dem Präsidium der Zentralen Kontrollkommission angehören, mit den Dokumenten des Politbüros zu behandeln.

Das neue ZK wird beauftragt, eine Reihe notwendiger Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit des Politbüros auf dem Gebiet der planmäßigen Leitung der staatlichen und besonders der Wirtschaftsorgane durch das Politbüro zu ergreifen.

### 3. Das Orgbüro

Das Orgbüro besteht aus 7 Mitgliedern und 4 Kandidaten.

An den Sitzungen des Orgbüros nehmen 3 Vertreter der Zentralen Kontrollkommission teil. Die Sekretäre der Gouvernementskomitees, die Berichte geben sollen, haben auf den Sitzungen des Orgbüros das Recht der beratenden Stimme. Die Mitglieder der Gebietsbüros des ZK und der Büros der Regionskomitees haben ebenfalls das Recht, mit beratender Stimme an den Sitzungen des Orgbüros teilzunehmen.

Gegen die Beschlüsse des Orgbüros können die Mitglieder des ZK beim Politbüro Einspruch erheben, gegen die Beschlüsse des Sekretariats beim Orgbüro, wobei in beiden Fällen die Durchführung der Beschlüsse ausgesetzt wird.

### 4. Die Zentrale Kontrollkommission

Die Arbeitsteilung zwischen den Partei- und Staatsorganen (im Sinne des Beschlusses des XI. Parteitages) ist natürlich notwendig. Allerdings darf dabei die führende Rolle der Partei nicht im geringsten beeinträchtigt werden. Damit die Partei nicht nur in Worten, sondern auch in der Praxis die Lenkung und Leitung der Staats- und Wirtschaftsorgane durchführen kann, ist es nötig, daß an so einem zentralen Punkt, wie es die reorganisierte Arbeiter- und Bauerninspektion werden soll, eine engere organisatorische Verbindung zwischen den führenden Organen der staatlichen Kontrolle und der Parteikontrolle hergestellt wird.

Der Parteitag wählt 50 Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission, vorwiegend aus Arbeitern und Bauern, die über große Parteierfahrung verfügen und für die Arbeit in der Parteikontrolle und der Sowjetkontrolle geeignet sind. Die Hauptaufgabe der Zentralen Kontrollkommission besteht darin, die Einhaltung der Parteilinie in der Tätigkeit aller Sowjetorgane in jeder Hinsicht zu sichern.

Dementsprechend werden die Funktionen der Zentralen Kontrollkommission erweitert, wobei jedoch die Aufgaben, die im Parteistatut vorgesehen sind, bestehen bleiben. Das Präsidium der Zentralen Kontrollkommission wird vom Plenum der Zentralen Kontrollkommission gewählt und besteht aus 9 Genossen, die in jeder Beziehung große und langjährige Erfahrungen besitzen, d.h. aus Funktionären, die etwa die Qualitäten von Mitgliedern des ZK besitzen. Das Volkskommissariat der Arbeiter- und Bauerninspektion wird vom ZK der Partei ernannt und zwar nach Möglichkeit aus dem Mitgliederbestand des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission. Parallel dazu sollen einige Mitglieder des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission dem Kollegium des Volkskommissariats angehören. Mindestens die Hälfte der übrigen Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission werden zur Arbeit in die Arbeiter- und Bauerninspektion delegiert und erfüllen die ihnen in den Sowjetorganen übertragenen Aufgaben unter der Leitung des Kollegiums der Arbeiter- und Bauerninspektion, entsprechend den Direktiven der Instruktion und der Bestimmung über die gemeinsame Arbeit, die vom Präsidium der Zentralen Kontrollkommission mit dem Kollegium des Volkskommissariats auszuarbeiten und vom ZK der Partei zu bestätigen sind.

Die Plenarsitzungen der Zentralen Kontrollkommission finden in der Regel alle zwei Monate unmittelbar vor dem Plenum des ZK statt.

Das ZK der Partei delegiert seine Vertreter in die Plenarsitzungen der Zentralen Kontrollkommission, an denen sie mit beratender Stimme teilnehmen.

Vorschläge hinsichtlich notwendiger Veränderungen und Maßnahmen zur Vervollkommnung des Staatsapparates, der Wirtschafts- und der Verwaltungsarbeit usw. sowie Vorschläge, die die Abberufung leitender Parteifunktionäre im Lande und im Zentrum betreffen, trägt die Zentrale Kontrollkommission über ihr Präsidium dem ZK der Partei - dem Plenum, dem Politbüro und dem Orgbüro, je nach dem Charakter der Frage, vor.

Alle wichtigen Punkte, die die Arbeiter- und Bauerninspektion und die Verbesserung des Staatsapparates betreffen, sowie die wichtigsten praktischen Maßnahmen und die Aufteilung der Mitglieder

der Zentralen Kontrollkommission für die Arbeit in der Arbeiter- und Bauerninspektion werden auf den ständigen gemeinsamen Beratungen des Präsidiums der Zentralen Kontrollkommission und des Kollegiums der Arbeiter- und Bauerninspektion, die periodisch mindestens zweimal im Monat einberufen werden, überprüft.

Die durch das Statut festgesetzte Stellung der Konferenz bleibt bestehen, d.h., ihre Beschlüsse unterliegen der Bestätigung des ZK.

An der allrussischen Konferenz nehmen alle Mitglieder und Kandidaten der Zentralen Kontrollkommission mit beratender Stimme teil.

## II.

### Die organisatorische Regulierung der Zusammensetzung der KPR

Die Gefahren der NÖP für die innere Verfassung der KPR dürfen nicht unterschätzt werden. Die Möglichkeit der Entartung gewisser Parteizellen ist nicht ausgeschlossen. Die Partei muß, als einzige legale Partei und außerdem als Partei, die an der Macht steht, damit rechnen, daß auch im Laufe der nächsten Jahre unvermeidlich fremde Elemente in ihre Reihen eindringen werden. In dieser Lage ist es u.a. notwendig, - und dies wird man wahrscheinlich jedes Jahr auf den Parteitag tun müssen - durch umfangreiche organisatorische Maßnahmen, die den Charakter eines Manövers tragen, die Zusammensetzung der Partei (Aufnahme der Mitglieder usw.) zu regulieren, um die Zusammensetzung der KPR systematisch zu verbessern.

Die Partei nimmt nicht nur Arbeiter, sondern auch Bauern, Rotarmisten, Angestellte, die lernende Jugend usw. auf und muß sie auch aufnehmen. Aber da sie eine proletarische Partei ist, muß sie systematisch den Prozentsatz der Parteimitglieder aus der Industriearbeiterschaft erhöhen und gleichzeitig die Aufnahme aller anderen Elemente in die Partei regulieren und beschränken. In letzter Instanz ist vor allem die proletarische Zusammensetzung der

Partei eine der wichtigsten Garantien gegen die oben genannten Gefahren.

Der prozentuale Anteil der Arbeitermitglieder der Partei ist in der letzten Zeit systematisch gewachsen. Die leitenden Staats-, Partei- und Gewerkschaftsposten werden zum größten Teil von Arbeitern bekleidet. Aber die Partei hat noch kein ausreichendes Übergewicht der Industriearbeiter unter den 500 000 Mitgliedern und Kandidaten der KPR erreicht.

Dies trifft in noch größerem Maße auf das Kontingent der Kandidaten zu, wie es sich seit der Parteizählung und später ergeben hat.

Der Parteitag stellt fest, daß sich in der letzten Zeit ein besonders starker Andrang von Bewerbungen für die Aufnahme in die KPR bemerkbar machte; er betont erneut die unbedingte Notwendigkeit einer aufmerksamen und wachsamem Einstellung zu Aufnahmen in die Partei und hält es für notwendig:

a) daß für ein Jahr (bis zum XIII. Parteitag) die Zahl der Bürgen für Industriearbeiter, die unmittelbar in der Produktion arbeiten, von 3 auf 2 mit einer zweijährigen Parteizugehörigkeit herabgesetzt wird; dieselbe Ordnung gilt auch für Rotarmisten (Arbeiter und Bauern), die mindestens ein Jahr Mitglied des RKJV (Komsomol) waren;

b) daß für die Aufnahme von Arbeitern in die KPR, die Mitglieder des RKJV sind und eine zweijährige Produktionserfahrung haben, die Bürgschaft eines Mitglieds der Partei mit dreijähriger Parteizugehörigkeit und eine positive Beurteilung des örtlichen Komitees des RKJV (Komsomol) notwendig sind;

c) daß die im Statut festgesetzten Aufnahmebedingungen für Personen, die nicht aus der Arbeiterklasse kommen, in Kraft bleiben. Es wird für unbedingt notwendig erachtet, daß, unter der besonderen Verantwortung der Gouvernementskomitees, alle sich hierauf beziehenden Forderungen des Statuts streng eingehalten werden;

d) daß in den Jahren 1923 - 1924 (bis zum XIII. Parteitag) nur Industriearbeiter, die unmittelbar in der Produktion tätig sind, aus dem Kandidatenstand als Mitglied aufgenommen werden

dürfen. Alle anderen müssen noch ein Jahr im Kandidatenstand verbleiben, um diesen Kandidaten die Möglichkeit zu geben, vorher eine bessere Vorbereitung zu erhalten;

e) daß einige besonders praktische Maßnahmen zur Erleichterung der Aufnahme von Industriearbeitern in die Partei notwendig sind.

Dazu schlägt der Parteitag den Parteikomitees vor, mittels spezieller Kommandierung Genossen mit großer Parteierfahrung und entsprechend langer Parteimitgliedschaft nicht nur einmal, sondern wiederholt in Industriegebiete zu schicken sowie systematische Besuche von Betrieben durch diese Genossen zu organisieren, damit sie die Arbeiter, die in die Partei eintreten möchten, kennenlernen. Die in die Betriebe gesandten Genossen müssen mit Unterstützung der Parteizellen, nachdem sie die Arbeiter, die in die Partei einzutreten wünschen (Kandidaten), kennengelernt und die notwendigen Auskünfte über sie gesammelt haben, in entsprechenden Fällen vor dem Parteikomitee als Bürgen fungieren. Diese Maßnahme darf keinesfalls die Arbeit der Parteizellen selbst zur Werbung neuer Mitglieder für die Partei aus den Reihen der Arbeiter schwächen.

Ein Abweichen der festgesetzten Aufnahmeordnung der Mitglieder der KPR ist nur in Ausnahmefällen und jedesmal auf besonderen Beschluß des ZK zulässig.

Der Parteitag hält es für notwendig, systematisch eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammensetzung der Partei zu ergreifen und eine Reihe von Einschränkungen für die Aufnahme solcher Personen, die nicht aus proletarischen Schichten oder die aus anderen Parteien hervorgegangen sind, vorzunehmen. Doch die nach allen vorangegangenen Prüfungen und Beschränkungen in die Partei aufgenommenen Mitglieder müssen natürlich alle Rechte eines Parteimitgliedes genießen. Es ist ganz unzulässig, daß nach der Aufnahme solche Genossen noch weiter mit Mißtrauen angesehen werden, weil sie früher anderen Parteien angehörten oder aus nichtproletarischen Kreisen stammen. Gegen die geringsten Versuche, die Parteimitglieder in Vollberechtigte und Nichtvollberechtigte zu teilen, muß ein entschiedener Kampf geführt werden.

Unter Berücksichtigung der bunten sozialen Zusammensetzung

einiger Parteiorganisationen sowie der Notwendigkeit ihrer Festigung hält es der Parteitag für zweckmäßig, in den nötigen Fällen eine Überprüfung und eine Säuberung der Parteimitglieder einzelner Organisationen durchzuführen. Eine solche Überprüfung wird nur auf Beschluß des ZK vorgenommen.

### III.

#### Die parteiorganisatorische Arbeit und die Auswahl der Funktionäre

Nach der Säuberung der Partei war die wichtigste Methode der organisatorischen Festigung der Partei das jetzt schon weit verbreitete System von Maßnahmen zur Verbesserung und zur Auswahl der führenden Kader der Parteifunktionäre, angefangen vom Sekretär des Gouvernements- und Gebietskomitees bis zum Sekretär der Parteizelle.

Dies kam in folgendem zum Ausdruck: in der Festsetzung einer bestimmten Dauer der Parteizugehörigkeit für die Sekretäre der Parteiorganisationen (angefangen von der Parteizelle), was die Möglichkeit schafft, die politisch gereiften und erprobteren Parteigenossen auf die Parteiarbeit zu konzentrieren; in der Ablösung früherer Sekretäre der Parteizellen, die vorwiegend technische Funktionen ausübten, durch Parteiorganisatoren, die fähig sind, die Parteiarbeit der Zellen zu leiten und alle Mitglieder der Zelle zu dieser Arbeit heranzuziehen - dies begann sich, was besonders wichtig ist, unter der aktiven Leitung der Parteikomitees bei der Auswahl dieser Zellenorganisatoren (in erster Linie der Parteizellen in den Industriebetrieben) zu vollziehen -; in der Schaffung eines Instrukteurapparates vom ZK bis zum Kreiskomitee (Ujesd) und Rayonkomitee, der einerseits ein Mittel zur Verbindung und zur Hebung der Parteiarbeit und andererseits ein Mittel zur praktischen Ausbildung neuer Kader von Parteifunktionären ist; darin, daß der Parteiarbeit in den Arbeiterzentren (sowohl in den Industriegebieten als auch in einzelnen, größeren Industriebetrieben) durch Parteikräfte, Parteimittel und Parteiliteratur verstärkte Aufmerksamkeit und Unterstützung erwiesen wird, und einer Reihe anderer Maßnahmen.



Der Parteitag billigt diese Maßnahmen und hält die weitere Durchführung und Festigung der in dieser Richtung begonnenen Arbeit der Parteiorganisationen für notwendig.

Gleichzeitig ist der Parteitag der Ansicht, daß die Hauptaufgabe der Partei darin besteht, die Anleitung der Partei bei der Auswahl der Leiter der Sowjetorgane und insbesondere der Wirtschaftsorgane und anderer Institutionen zu festigen, was mit Hilfe eines richtigen und allseitig überprüften Systems der Registrierung und der Auswahl der Leiter und der verantwortlichen Funktionäre der Sowjet-, Wirtschafts-, Genossenschafts- und Gewerkschaftsorganisationen durchzuführen ist.

Dazu beauftragt der Parteitag das ZK, alle Maßnahmen zur Erweiterung und Festigung der Registrierungs- und Einsatzorgane der Partei im Zentrum und im Lande zu ergreifen, um die gesamten Massen der kommunistischen und mit dem Kommunismus sympathisierenden Funktionäre auf ausnahmslos allen Gebieten der Verwaltung und der Wirtschaftsführung zu erfassen.

IV.

Über die Gouvernementskonferenzen

Es wird festgesetzt, daß ordentliche Gouvernementspartei Konferenzen nicht zweimal, sondern einmal im Jahr durchgeführt werden.

V.

Die parteierzieherische Arbeit, besonders unter der Jugend

Die Stärkung der parteierzieherischen Arbeit unter den Massen der Parteimitglieder ist im gegenwärtigen Augenblick den gesamten Verhältnissen nach eine Aufgabe von erstrangiger Wichtigkeit.

Der Parteitag stellt fest, daß der Arbeit unter der Jugend noch zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird. Der Parteitag beauftragt das Zentralkomitee, energischste Maßnahmen zu ergreifen, damit die Parteiorganisation im Kreis-, Gouvernements- und gesamtrossischen Maßstab der Arbeit unter der Jugend soviel

Aufmerksamkeit und Kraft widmet, wie dieses äußerst wichtige Arbeitsgebiet, von dem die Zukunft der Partei abhängt, tatsächlich verdient.

Die älteren Mitglieder der Partei müssen dieser überaus wichtigen Arbeit besondere Aufmerksamkeit widmen. Neben allem übrigen werden durch die tätige Hilfe seitens der alten Parteimitglieder bei der Erziehung und Ausbildung der jungen Generation von Kommunisten jegliche Reibungen zwischen den verschiedenen Altersgruppen innerhalb der Partei beseitigt werden. Die Stärke der Partei wird darin liegen, daß gerade ihr es gelingen wird, eine unlösbare Verbindung zwischen der heranwachsenden Jugend und der alten Generation der Revolutionäre herzustellen, indem sie in den Reihen der Partei alles vereinigt, was es an lebensfähigen Elementen unter den Revolutionären beider Generationen gibt.

Ganz vordringlich muß beim ZK eine Schule für die Sekretäre der Kreispartei Komitees mit einer Kapazität für 200 bis 300 Genossen organisiert werden.

Das ZK wird beauftragt, alle Maßnahmen zu ergreifen, um, in erster Linie in den Industriegebieten in der Provinz, sofort einen praktisch erfahrenen und parteimäßig richtig zusammengesetzten Mitarbeiterstab der periodischen Zeitschriften zu erhalten.

Das neue ZK wird beauftragt, Maßnahmen zu ergreifen, damit alle Genossen, die verantwortliche Posten bekleiden und ihre Bildung vervollkommen müssen, den dafür notwendigen Urlaub erhalten.

VI.

Über die Organe der "Istpart"<sup>1)</sup>

Zur planmäßigen und raschen Erfüllung der der "Istpart" gestellten Aufgaben beschließt der Parteitag:

-----  
1) Istpart = Kommission zur Sammlung und zum Studium der Materialien der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und der Geschichte der KPR, geschaffen auf Beschluß des Rates der Volkskommissare vom 21. September 1920, später dem ZK als Abteilung unterstellt.  
D. deutsche Red.

der Komitees für politische Aufklärungsarbeit behandelt werden. Die Erfahrungen der kommunistischen Universitäten als der höchsten qualifizierten Parteischule müssen von der Sowjet-Parteischule ersten und besonders zweiten Grades ausgewertet werden.

Da die örtlichen Parteischulen der nationalen Minderheiten und die nationalen Abteilungen der Gouvernements-Sowjet-Parteischulen sehr großen Mangel an den notwendigen methodischen und anderen Lehrmitteln und Lehrmaterialien haben, müssen die KUTW<sup>1)</sup> und die KUNS<sup>2)</sup> sie mit diesen Dingen versorgen.

Ohne die Hauptaufgaben der Sowjet-Parteischulen - die Ausbildung der führenden Kader der örtlichen Partei-, Gewerkschafts- und Sowjetorgane - außer acht zu lassen, müssen es sich die Parteiorganisationen zur Aufgabe machen, die Sowjet-Parteischulen und die kommunistischen Universitäten in musterhafte Schulen der kommunistischen Bildung zu verwandeln. Ihrem Typus ist die sozial-ökonomische und politische Bildung in allen Schulen, vor allem in den Militär- und Spezialschulen und in den Arbeiterfakultäten, anzugleichen.

Wie auch immer die Hauptaufgaben jedes Schultyps sein mögen, besonders der Hochschulen und höheren technischen Fachschulen, so müssen doch alle Schulen, die Spezialisten auf diesem oder jenem Gebiet des Aufbaus ausbilden, gleichzeitig eben diese Spezialisten zu gesellschaftspolitischen Funktionären heranbilden, die mit der Theorie des Marxismus ausgerüstet sind.

7) Alle wertvollen Errungenschaften der Sowjet-Parteischulen, der kommunistischen Universitäten und der militärpolitischen Schulen auf dem Gebiet der Methoden der Lehrarbeit mit erwachsenen Hörern aus der Arbeiter- und Bauernschaft müssen Allgemeingut aller Erwachsenen-schulen werden. Der Bruch mit allen Methoden des alten autoritär-dogmatischen Unterrichts und der Übergang zu Methoden, die die Gewohnheit an selbständiges Zusammentragen, Durchforschen und Verarbeiten des Lehrmaterials, besonders im Rahmen von Zirkeln, entwickeln, muß die nächste Aufgabe sein. Bei der geringsten realen Möglichkeit muß man an die Erfüllung dieser Aufgabe gehen und

1) KUTW = Kommunistische Universität Turkestans und des Ostens

2) KUNS = Kommunistische Universität der Völker des Transkaukasus.

dazu die vorhandenen Kader an Lehrkräften bereits darauf entsprechend vorbereiten.

8) Alles, was auf dem Gebiet der kommunistischen Schulung nicht in den Rahmen der Lehrarbeit im eigentlichen Sinne aufgenommen werden kann, muß durch die breit zu entwickelnde politische Schulungsarbeit außerhalb des Unterrichts, durch die erzieherische Arbeit, besonders durch die Klubarbeit, erreicht werden.

9) Die marxistischen Zirkel, die auf dem Prinzip der Freiwilligkeit des Eintritts zu organisieren sind, müssen nach Umfang und Tiefe des Studiums der theoretischen und praktischen Fragen des Marxismus den Lehrgängen der Sowjet-Parteischulen und der kommunistischen Universitäten angeglichen werden.

Der bisher herrschenden Zersplitterung in den Methoden der Organisierung und des Inhalts der Arbeit dieser Zirkel muß durch ihre Konzentrierung um die Klubs, durch die Konzentrierung ihrer Leitung in den Händen der Agit.-Prop.-Abteilungen der Parteikomitees über die Organe der Klubs und durch die Einheitlichkeit der von den zentralen Organen herausgegebenen Programme ein Ende gemacht werden.

Bei der Organisation marxistischer Zirkel muß berücksichtigt werden, in welchem Maße ausgebildete Leiter vorhanden sind und wie das allgemeine Niveau der Mitglieder der betreffenden Parteiorganisation beschaffen ist.

10) Der Wissensdurst sowohl unter den Parteimitgliedern als auch unter den parteilosen Arbeitern und Bauern kann, besonders im Dorfe, im Rahmen der gegenwärtigen Schulen, Klubs und der Zirkel bei diesen Klubs nicht befriedigt werden. Dies stellt der Partei eine neue, bisher noch nicht gelöste Aufgabe: erstens die kommunistische Schulung der Parteimitglieder zu Hause zu organisieren, zweitens die Arbeit der Organe des Volkskommissariats für Volksbildung, der Gewerkschaften und des RKJV (Komsomol) hinsichtlich der kommunistischen Selbstbildung der Werktätigen zu vereinigen und zu leiten. Dabei soll die Arbeit zur Selbstbildung in der Stadt in den Klubs und auf dem Lande in den Dorflesestuben konzentriert und somit in ein ständiges Element der kommunistischen

Schulung verwandelt werden.

11) Die Parteiorganisationen müssen mit allen Mitteln danach streben, die Kinder- und Jugendschulen in ihre Einflußsphäre zu ziehen und die Betreuung durch Parteikräfte in der nächsten Zeit vornehmlich auf die Fabrik- und Werkschulen zu konzentrieren.

12) Die programmatisch-methodische Arbeit aller zentralen und örtlichen Organe der Partei, des Volkskommissariats für Volksbildung, der Roten Armee, der Gewerkschaften und des RKJV (Komsomol), die die kommunistische Schulungsarbeit leiten, muß unter der einheitlichen Führung durch die Partei in Einklang gebracht und dazu eine spezielle wissenschaftlich-methodologische Kommission bei der Agit.-Prop.-Abteilung des ZK gebildet werden.

13) Das ZK der KPR und des Volkskommissariats für Volksbildung müssen alle Maßnahmen zur wirklichen Organisation der bisher außerordentlich schlecht durchgeführten Vorbereitung und Herausgabe von Lehrbüchern und Lehrmitteln, insbesondere für die nationalen Minderheiten, ergreifen und dazu in der nächsten Zeit eine besondere Gruppe kompetenter Genossen auswählen, die von allen anderen Pflichten entweder völlig oder größtenteils befreit werden.

14) Es sind unverzüglich eine Reihe von Maßnahmen zur Ausbildung und Umschulung von Funktionären der kommunistischen Bildung zu ergreifen.

15) Es müssen unverzüglich eine Reihe Maßnahmen für die vollkommene Erfassung und zweckmäßiger Verwendung aller Parteimitglieder durchgeführt werden, die fähig sind, auf dem Gebiet der kommunistischen Schulung zu arbeiten. Solche Genossen sind aus den anderen Zweigen der Sowjet-, Partei- oder sonstigen Arbeit abzuführen und auf dem Gebiet der kommunistischen Schulung einzusetzen.

16) Für die Bedürfnisse der Schulungsarbeit auf dem Dorfe (Dorfestuben, Schulen, Bibliotheken usw.), die in der nächsten Zeit außerordentliche politische Bedeutung haben werden, ist mindestens die Hälfte der Parteikräfte, die auf das Land gesandt werden sollen, zu reservieren.

17) Es wird festgestellt, daß die Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitag über die Verstärkung der Agit.-Prop.-Abteilungen

(Siehe Abschnitt 5 P. 1 der Resolutionen über Presse und Propaganda<sup>1)</sup> während des vergangenen Jahres fast gar nicht vorangetrieben wurde; es ist notwendig, daß eine besondere Mobilisierung sorgfältig vorbereitet und im nächsten Halbjahr durchgeführt wird, um die Agit.-Prop.-Abteilungen sofort durch qualifizierte Parteifunktionäre zu ergänzen. Aus den gleichen Gründen ist es auch notwendig, dreimonatige Sommerlehrgänge für die Leiter der Agit.-Prop.-Abteilungen der Parteikomitees zu organisieren (für die Gouvernementskomitees - in Moskau, für die Kreise - in den Gebieten und größten Gouvernementszentren).

Der Parteitag stellt gleichzeitig fest, daß bei der Mobilisierung der Parteifunktionäre aus den Hauptstädten für die Schulungsarbeit in den Arbeiterzentren der Provinz keine genügend feste Linie verfolgt wird und hält es für notwendig zu betonen, daß eine weitere Verzögerung in dieser Hinsicht absolut unzulässig ist.

18) Die Betreuung der Sinowjew-Universität wie auch der kommunistischen Universitäten in der Provinz durch Moskauer Lektoren muß organisiert werden.

19) Neben der Betreuung der kommunistischen Universitäten sind die schon praktizierten Kommandierungen qualifizierter Lektoren aus Moskau in die Provinz, aus den Gebiets- und Gouvernementszentren in die Kreise und Amtsbezirke systematisch auszudehnen, um die Anforderungen der Massenpropaganda (Sowjet-Parteischulen, Lektionszyklen und Vorträge in den Arbeiter- und Parteiklubs usw.) zu befriedigen.

20) Die Arbeit unter der lernenden Jugend muß in den Vordergrund gerückt und als eine der wichtigsten Aufgaben auf dem Gebiet der Partei- und Massenschulungsarbeit betrachtet werden. Es muß ständig angestrebt werden, folgende Maßnahmen in dieser Richtung durchzuführen:

a) Verstärkung des Einflusses der Partei auf die leitenden Verwaltungs- und Lehrorgane und auf die Professoren der Hochschulen und der Arbeiterfakultäten vor allem durch den Zusammenschluß aller

1) Siehe: "Die KPdSU in Resolutionen...", Band IV, Seite 72.

kommunistischen wissenschaftlichen Lehrkräfte in der kommunistischen Fraktion der wissenschaftlichen Mitarbeiter des Allrussischen Verbandes für die Arbeiterschulung;

b) Festigung der Studentenorganisationen, die die proletarische Studentenschaft mit der Partei und den Gewerkschaften (Gewerkschaftssektionen) verbinden. Im Zuge der Durchführung dieser Festigung sind die jetzt bestehenden Vereinigungen der kommunistischen Studentenschaft (Zentralbüro und Ortsbüros der kommunistischen Studentenschaft) aufzulösen;

c) breite Entfaltung der politischen Aufklärungsarbeit unter der proletarischen Studentenschaft;

d) Einbeziehung dieser Studentenschaft in die laufende Arbeit der Partei und Gewerkschaften.

21) Indem die Partei ihre Aufmerksamkeit auf die Arbeit unter der lernenden Jugend konzentriert, muß sie überhaupt den gesamten hierfür brauchbaren Teil der alten Parteigarde für die Betreuung sowohl der kommunistischen Hochschulen als auch der Hochschulen überhaupt heranziehen. Dem geringschätzigen Verhalten einer Reihe verantwortlicher Genossen gegenüber dem Unterricht an den Hochschulen muß ein Ende gemacht werden.

Der XII. Parteitag beauftragt das ZK,

a) eine Gruppe hochqualifizierter Parteispezialisten für die Ausbildung des Lehrkörpers der kommunistischen Hochschulen und der Hochschulen überhaupt auf der Linie der kommunistischen Schulung und

b) eine Gruppe von Lektoren zu bilden, die in organisierter Form, nach einem richtigen Plan, die kommunistischen Hochschulen und die Hochschulen Moskaus, Petrograds und der Provinz betreuen können.

22) Das ZK muß besondere Aufmerksamkeit auf die periodischen Zeitschriften für die lernende Jugend lenken. Alte erfahrene Funktionäre der Partei auf dem Gebiet der Literatur müssen die Studentenzeitschriften leiten.

23) In engstem Zusammenhang mit der Notwendigkeit, dem Einfluß der bürgerlichen und revisionistisch eingestellten Professoren auf die lernende Jugend organisierten Widerstand entgegenzusetzen,

muß mehr als bisher die Aufgabe, das wissenschaftliche kommunistische Denken zu beleben, die Sozialistische Akademie zum Zentrum dieser Arbeit zu machen und ihr Tätigkeitsfeld über die Grenzen der Gesellschaftswissenschaft zu erweitern, auf die Tagesordnung gestellt werden. Die Sozialistische Akademie muß ihre Arbeit aufs engste mit der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit der verschiedenen Institutionen und Organe (Hochschulen, kommunistische Universitäten, Volkskommissariate usw.) verbinden und sich allmählich in ein wissenschaftlich-methodologisches Zentrum verwandeln, das die gesamte wissenschaftliche Forschungsarbeit vereinigt.

24) Angesichts dessen, daß die schöngeistige Literatur in den letzten zwei Jahren in Sowjetrußland zu einer starken gesellschaftlichen Kraft geworden ist, die ihren Einfluß vor allem auf die Massen der Arbeiter- und Bauernjugend ausdehnt, muß die Partei in ihrer praktischen Arbeit die Frage stellen, wie diese Form der gesellschaftlichen Einwirkung geleitet werden kann.

## II.

25) Im Laufe der letzten Monate kann man eine bedeutende qualitative Verbesserung der periodischen Presse und ein bedeutendes Wachsen ihrer Auflage feststellen. Fast alle Zeitungen haben eine enge Verbindung mit den Arbeitermassen hergestellt, wobei das Hauptverdienst in dieser Hinsicht den Arbeiterkorrespondenten zukommt, deren Bedeutung für unsere Presse ständig wächst.

26) Es muß jedoch betont werden, daß bei der Verbesserung der Presse die Partei erst ihre Anfangsschritte getan hat. Die Unterstützung, die die Parteiorganisationen in den letzten Monaten der Presse erwiesen haben, erlöste die Gebiets- und Gouvernementspresse aus ihrer ungeheuer schweren Krise und trug in gewissem Maße dazu bei, den Arbeiterleser zu gewinnen. Doch darf man trotzdem nicht vergessen, daß die Auflage unserer Zeitungen äußerst gering ist, daß infolgedessen die breiten Schichten der nichtproletarischen Bevölkerung, vor allem der Bauernschaft, sehr schlecht mit Zeitungen und Zeitschriften versorgt werden. Da aber die Presse eines der wichtigsten Instrumente der Agitation und Propaganda ist und

gleichzeitig die Rolle eines Vermittlungsapparates zwischen der Partei und der Arbeiterklasse spielt, beauftragt der XII. Parteitag das ZK, diesem Zweig der Parteiarbeit erstrangige Aufmerksamkeit zu widmen. In kürzester Frist müssen Maßnahmen zur Erhöhung der Auflage unserer Zeitungen getroffen und die Verbreitung der Presse vor allem im Dorf in Gang gebracht werden, was gegenwärtig von größter politischer Bedeutung ist.

27) Um die Lesermassen, die ganz verschiedenen Charakter tragen, richtig zu betreuen, müssen die Zeitungen differenziert werden (in führende zentrale und Gebietszeitungen, zentrale Massenzeitungen, Gebiets-, Gouvernements- und Kreismassenzeitungen usw.). Für jede wesentliche Schicht der Leser muß ein besonderer Zeitungstyp geschaffen werden. Wenn die Partei ein ganzes System von Zeitungen besitzt, muß sie den Tätigkeitsbereich unter den Zeitungen mehr oder weniger genau aufteilen, damit sich jede Zeitung vornehmlich auf eine bestimmte Schicht der Lesermassen orientiert.

28) Die Erfahrung hat gezeigt, daß eine gewöhnliche Gouvernementszeitung nicht gleichzeitig eine Zeitung sowohl für die Stadt- als auch für die Landbevölkerung sein kann. Sie ist in erster Linie eine städtische Zeitung. Für die Betreuung der Bauernschaft sind in den großen Gouvernementszentren besondere, wöchentlich erscheinende Bauernzeitungen notwendig. Dort, wo eine besondere Bauernzeitung nicht geschaffen werden kann, muß die Gouvernementszeitung ein Maximum an Aufmerksamkeit und Platz den Fragen des Landlebens widmen.

29) Um die Zeitungen, die in den Sprachen der nationalen Minderheiten erscheinen, zu verbessern, muß die Kontrolle und die Instruktion der Zeitungen der nationalen Minderheiten seitens der Agit.-Prop.-Abteilung des ZK der KPR verstärkt werden.

Die Kreispresse muß den überwiegenden Teil ihres Materials den Bauernfragen widmen und die Behandlung des Lebens im Dorfe in den Vordergrund stellen. Es darf nicht mehr geduldet werden, daß sich die Kreiszeitungen fast völlig auf den Leser in der Stadt (in der Regel auf den kleinbürgerlichen Leser) orientieren. Die Gouvernementskomitees sind verpflichtet, alle Maßnahmen zur richtigen Organisation der Kreispresse, die auf dem Land am leichte-

sten verbreitet werden kann, zu ergreifen.

30) Man muß auch auf eine neue Erscheinung auf dem Gebiet der Partei- und Sowjetpresse, neben den Arbeiterkorrespondenten, hinweisen: auf die Betriebszeitungen, die in den Großstädten eine wesentliche Rolle zu spielen beginnen. Diese Zeitungen sind ein Produkt des Schöpfungstums des fortschrittlichen Proletariats. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie, durch die Behandlung von Fragen des Lebens in den Betrieben, die rückständigsten Schichten des Proletariats in das gesellschaftliche Leben hineinziehen und das Interesse für die Produktion bei ihnen wecken. Der XI. Parteitag betont den Wert dieser neuen Presse und weist darauf hin, daß die Führung durch die Partei sich auch auf sie erstrecken muß.

31) Es muß betont werden, daß, wenn die wirtschaftliche Rechnungsführung unsere Verlage unzweifelhaft belebt und ihnen die Möglichkeit gegeben hat, auf festen und gesunden Grundlagen zu arbeiten, doch andererseits die kommerzielle Unabhängigkeit Unstimmigkeiten in ihrer Arbeit hervorgerufen hat, wodurch mitunter unnötige schlecht vorbereitete Literatur auf den Markt geworfen wird, was zur Verunreinigung und Verstopfung des Büchermarktes und zu einer Verschleuderung materieller Mittel führt. Da dieser Umstand eine nicht geringe Gefahr für unser gesamtes Bücherwesen ist, muß eine gewisse Koordinierung in der Arbeit unserer Verlage erzielt werden, ohne jedoch ihre wirtschaftliche Selbständigkeit einzuschränken.

Unter anderem beauftragt der XII. Parteitag das ZK, notwendige Maßnahmen auszuarbeiten und durchzuführen, um Ordnung in die Ausgaben der Klassiker des Marxismus zu bringen (Beschleunigung ihrer Herausgabe durch den Staatsverlag, Verbot der Neuaufgabe ohne Überprüfung und Unterschrift der entsprechenden verantwortlichen Redaktionen usw.).

32) Man muß eine extreme Buntheit und Mannigfaltigkeit der Gebiets- und Gouvernementszeitschriften der Partei sowohl hinsichtlich des Charakters als auch ihrer Qualität feststellen. Die meisten Zeitschriften werden sehr schlecht, teilweise sogar völlig unbefriedigend geleitet. Der allgemeine Mangel der meisten Zeitschriften ist: die schwache Behandlung und Erörterung der aktuellen Fragen des

Parteilbens, das niedrige Niveau der theoretischen Artikel, die Überladung mit nicht durchgearbeiteten Rechenschaftsmaterialien und das Fehlen einer gut gestalteten Bibliographie. Die Zeitschriftenverzeichnisse müssen auch dort revidiert werden, wo ihre richtige Gestaltung und Herausgabe unmöglich erscheint. Dort sind die Zeitschriften einzustellen und durch Bulletins zu ersetzen. Weiter muß das ZK die Versorgung der örtlichen Zeitschriften mit Artikelmaterial über allgemeine Fragen (durch das Pressebüro der Agit.-Prop.-Abteilung des ZK) organisieren.

33) Es ist eine Hauptbedingung für die Festigung und Erweiterung der Presse, daß für sie eine feste materielle Basis geschaffen wird. Zu diesem Zwecke sind in erster Linie den Zeitungs- und Buchverlagen geeignete Druckereien anzugliedern und die Papierfrage vom Standpunkt der Interessen der Presse zu lösen. Sodann sind die notwendigen Schritte zur Schaffung einzelner kombinierter Verlagsvereinigungen zu unternehmen (Zeitungen, Zeitschriften, Expeditionen, Druckereien, Papierfabriken usw.).

34) Die finanzielle Hilfe seitens des Staates für eine Reihe von Zeitschriften ist immer noch äußerst notwendig. Ohne diese Hilfe bliebe eine Reihe von örtlichen Zeitschriften für die Massen der Leser infolge ihres Preises ganz unerschwinglich.

Die periodischen Zeitschriften in den Sprachen der nationalen Minderheiten, die fast ausschließlich die ärmsten und rückständigen Massen der nationalen Minderheiten betreuen, brauchen infolge ihrer geringen Verbreitung, infolge des Fehlens von bezahlten Inseraten usw. eine verstärkte materielle Unterstützung, ohne die ihre Existenz unmöglich ist.

35) Die Weisungen des XI. Parteitag, daß jedes Parteimitglied Abonnent (individuell oder kollektiv) einer Parteizeitung sein muß, muß in der nächsten Zeit unbedingt vollständig verwirklicht werden.

36) Es wird festgestellt, daß ein ganz natürlicher Wettbewerb zwischen den Partei- und Sowjetzeitungen vorhanden ist. Dabei ist zu betonen, daß die Parteiorganisationen auf keinen Fall in diesem Wettbewerb "Partei ergreifen" dürfen. Die Parteikomitees sind ver-

pflichtet, für die gesamte Parteipresse zu propagieren und zu agitieren, den Massen den Charakter jeder Zeitung zu erklären, ohne jedoch irgendeine der Zeitungen, um sie besser zu verbreiten, in eine besondere privilegierte Stellung zu erheben.

37) Unter Berücksichtigung der überaus geringen Zahl der vorhandenen erfahrenen kommunistischen Journalisten und der Notwendigkeit, unser gesamtes Pressewesen zu erweitern und zu festigen, ist es notwendig, die Beschlüsse des XI. Parteitag über die Rückführung der kommunistischen Journalisten auf ihr eigentliches Arbeitsgebiet ständig durchzuführen.

38) Die Bedeutung der neuen Kraft der Partei in der sowjetischen Journalistik - der Arbeiterkorrespondenten - ist gewaltig. Die Parteiorganisationen müssen sowohl im Zentrum als auch auf dem Lande Maßnahmen zur politischen Schulung der Arbeiterkorrespondenten, zu ihrer Vereinigung und Einbeziehung in die allgemeine Parteiarbeit ergreifen.

39) Es ist notwendig, daß die Parteiorganisationen der parteipolitischen Erziehung der Mitarbeiter der Presse ernsteste Aufmerksamkeit schenken. Dazu müssen die Parteikomitees den "Häusern der Presse", Klubs und Sektionen der Arbeiterpresse große Aufmerksamkeit widmen. Es ist notwendig, daß die kommunistischen Mitarbeiter der Presse mit dem alltäglichen Parteilben und der Parteiarbeit aufs engste verbunden sind.

40) In kürzester Frist ist ein Verlag für besondere Massenliteratur für Bauern zu schaffen, die den ganzen den dörfliche Leser interessierenden Fragenkomplex behandelt, und zwar in einer dem Leser verständlichen Form, angefangen von der politischen Grundschulung bis zur Belletristik und den praktischen Fragen der Wiederherstellung der Landwirtschaft (Agronomie, angewandte und landwirtschaftliche Technik usw.).

41) Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die bestehende Tagespresse für einen großen Teil der Leser auf dem Lande infolge ihres hohen Preises unerschwinglich ist, ist es für zweckmäßig anzusehen, Tageszeitungen für die Massenverbreitung auf dem Lande zu schaffen.

III.

42) Der alte Typ der Agitation für die Durchführung der Maßnahmen der Sowjetmacht (Pflichtablieferung, Naturalsteuer, Gespännsteuer) und für die Festigung ihrer Organe (Miliz, Gericht) hat die Tendenz, in dem Maße abzusterben, wie sich der Sowjetapparat allmählich festigt. Die Agitationsorgane der Partei hören allmählich auf, unmittelbar die Rolle von Helfern des Apparats der Sowjetmacht zu spielen. Dieser Prozeß ist jedoch noch nicht abgeschlossen, und wir müssen, wenn wir auch bestrebt sind, die Kampagnen des Sowjettyps maximal einzuschränken, wie früher sowohl zentral als auch lokal unmittelbar die Kampagnen des Sowjettyps leiten, die wichtige politische Bedeutung haben (z.B. die Geldsteuerkampagne).

43) Die Agitation bleibt in den Händen der Partei ein überaus schlagkräftiges Instrument, das die städtischen und dörflichen werktätigen Massen planmäßig und umfassend mit den politischen und ökonomischen Maßnahmen der Sowjetmacht und allen bedeutenden Ereignissen des In- und Auslandes vertraut macht und darüber hinaus neue Arbeiter und Bauern für die Partei gewinnt.

Die Partei erfüllt die gestellten Aufgaben sowohl durch entsprechende Gestaltung der Presse als auch durch alle möglichen Formen der mündlichen Agitation (Kundgebungen, Versammlungen usw.). Diese Mittel werden vornehmlich bei den Neuwahlen der Sowjets, der Gewerkschaftsorgane, der Organe der Konsum-, Dorf- und Kreditgenossenschaften, der Krankenkassenversicherung, der Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe und aller übrigen proletarischen oder bäuerlichen Organisationen angewandt. Dabei stellt sich die Partei das Ziel, mit Hilfe der Agitation ihren ideologischen und praktischen Einfluß in allen aufgezählten Organisationen systematisch zu festigen, durch diese Organisationen eine möglichst enge Verbindung mit den Arbeiter- und Bauernmassen herzustellen und gegen das Eindringen sowjetfeindlicher Elemente zu kämpfen.

Die Aufgabe der täglichen Agitation der Partei - die Unterstützung der Kampagnen und Wahlen in der schwierigen Situation der NÖP in der Stadt und ganz besonders auf dem Lande - fordert, daß

die Qualität der Agitation unbedingt verbessert wird. Zu diesem Zwecke müssen neben der richtigen Anleitung der Agitatoren während der Kampagnen, bei den Gouvernements- und Kreiskomitees (mit Genehmigung der Gouvernementskomitees) Agitatorenkollektive sowohl für die Ausarbeitung der einzelnen Kampagnen, besonders der Wahlkampagnen, als auch hinsichtlich der Grundfragen der Innen- und Außenpolitik der Sowjetmacht (besonders der Boden-, Finanz-, Industrie- und Nationalitätenpolitik) geschaffen werden. Zur Ausarbeitung der großen Kampagnen sind die Parteizellen ganz mit einzu beziehen.

In Anbetracht der Notwendigkeit, zu einer gründlicheren Agitation überzugehen sowie die Agitationskampagnen in der Partei vorher auszuarbeiten, ist die aktive Einzel- und Gruppenagitation der Parteimitglieder unter den Arbeiter- und Bauernmassen zur erstrangigen Aufgabe auf dem Gebiet der Agitation zu machen. In diese neue Form der Agitation soll nach Möglichkeit die gesamte Organisation einbezogen werden.

44) Gleichzeitig ist auf dem Lande die organisatorisch-propagandistische Arbeit der Parteizellen in den Vordergrund zu stellen, wobei die Dorflesestuben das Zentrum der agitatorischen Einwirkung der Partei auf die Bauernschaft sein sollen.

Angesichts des höheren Niveaus des politischen Bewusstseins breiter Arbeiter- und Bauernmassen und des bedeutenden Anstiegs der Bedürfnisse nicht nach großen Reden, sondern nach ernsthafter, erschöpfender, sachlicher Behandlung der politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Sowjetmacht sowie aller bedeutender Ereignisse des innen- und außenpolitischen Lebens müssen Maßnahmen für den Übergang von der Versammlungsagitation zur Massenpropaganda ausgearbeitet und durchgeführt werden.

45) Die Ausnutzung des Theaters für die systematische Massenpropaganda der Ideen des Kampfes für den Kommunismus muß als praktische Frage gestellt werden. Dazu muß durch von überallher herangezogene entsprechende Kräfte verstärkt ein entsprechendes revolutionäres Repertoire geschaffen und ausgewählt werden. Dabei sind in erster Linie die heroischen Momente des Kampfes der Arbeiterklasse zu nutzen. Das Theater muß ebenfalls als Mittel der antireligiösen

agitatorische Einwirkung auf das Dorf weitgehend ausnutzen.

IV.

48) Die materielle Krise in der Periode der NÖP offenbarte sich vor allem im Apparat der Institutionen für politische Schulung und der Presse, die die nichtrussischen Nationalitäten betreut. Die agitatorisch-propagandistische Arbeit in den Sprachen der nichtrussischen Nationalitäten stand weit hinter der gleichen Arbeit in russischer Sprache zurück. Außer dem Mangel an Mitteln wurde diese Arbeit dadurch gehemmt, daß die Zahl leitender Funktionäre nicht ausreichte, die Einstellung zur Arbeit unter den nationalen Minderheiten seitens einiger Parteiorganisationen wenig aufmerksam war und an verschiedenen Stellen diese Arbeit vom System der gesamten Partei noch isoliert war.

Dies alles trat, auf dem Boden der ungenügenden oder völlig unzureichenden Klassendifferenzierung der Völker nichtrussischer Sprache und der geringen Zahl des Industrieproletariats unter diesen Völkern, mit dem Beginn der NÖP zutage in Form einer Verstärkung des kleinbürgerlichen und nationalistisch-klerikalen Einflusses unter diesen Völkern; bei den Völkern des Ostens im Anwachsen des Panislamismus, des Pantürkismus; bei den Juden neben dem Zerfall der früheren Faktiererparteien in dem starken Anwachsen der zionistischen klerikal-konstitutionell-demokratischen (Kadetten-) Gruppierungen; bei den Polen in dem Bestreben der katholischen Geistlichkeit, die Schulen in ihre Hand zu bekommen; bei den Letten und Esten im Anwachsen des Baptismus und dessen steigenden Einfluß auf die Jugend.

49) Kraft einer Reihe historischer Bedingungen und der Lebensverhältnisse war und ist der Einfluß der nicht rechtgläubigen Kirchen und der Geistlichkeit unter den nationalen Minderheiten noch heute, besonders unter den Mohammedanern und Katholiken, stärker als der Einfluß der rechtgläubigen Kirche und der Geistlichkeit unter ihren eigenen Anhängern.

Die antireligiöse Propaganda unter den nationalen Minderheiten muß diese Besonderheit berücksichtigen und ihre Methoden den

Propaganda ausgenutzt werden.

46) Während der Neuen Ökonomischen Politik wuchs die Zahl der Filmtheater und die Zahl ihrer Plätze ungeheuer. Da die Filmtheater nur alte russische Filme oder Filme der westeuropäischen Produktion zeigen, werden sie faktisch zu Trägern des bürgerlichen Einflusses oder der Zersetzung der werktätigen Massen. Die kinematographische Produktion in Rußland ist sowohl durch besondere Mittel, die die Regierung zur Verfügung stellt, als auch durch die Beteiligung von Privatkapital (ausländischem und russischem) zu entwickeln, unter der Voraussetzung, daß die ideologische Leitung und Kontrolle seitens des Staates und der Partei völlig gewährleistet ist. Angesichts der gewaltigen erzieherischen und agitatorischen Bedeutung des Films müssen zu seiner Produktion sowohl Kommunisten, die schon vor der Revolution auf dem Gebiet des Filmwesens gearbeitet haben, als auch Wirtschaftler, die den Film auf der Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung einerseits und der möglichst umfassenden Betreuung und Befriedigung der werktätigen Massen andererseits organisieren können, zur Verfügung gestellt werden.

Besondere Aufmerksamkeit widmet der Parteitag der Verstärkung des leitenden Gremiums des Staatsfilm. Der Parteitag schlägt vor, diese Verstärkung in kürzester Frist durchzuführen.

Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit weiter auf die Notwendigkeit, auch den Prolet-Film in seiner Arbeit zur Schaffung von Produktions- und revolutionären Filmen zu unterstützen.

47) Zu agitatorisch-propagandistischen Zwecken, besonders für die Einwirkung auf das Dorf, ist die ständige Verbindung auszunutzen, die zwischen der Roten Armee und dem Dorf besteht (persönlicher Briefwechsel, Urlaub usw.) sowie auch die periodischen Zusammenkünfte derjenigen, die vor der Einberufung zur Armee stehen.

In den Rayons, in denen Miliz-Divisionen aufgestellt werden, müssen die Parteiorganisationen in der Zeit der ersten Zusammenberufung eine breite Kampagne durchführen, um das Wesen dieses für Sowjetrußland neuen Systems des militärischen Aufbaus zu erklären. Damit können sie bedeutend zum Erfolg dieser Sache beitragen und gleichzeitig die Zusammenberufung der Milizeinheiten für die



Besonderheiten des entsprechenden Milieus angleichen.

Es sind spezielle Zirkel für die antireligiöse Propaganda unter den nationalen Minderheiten aus Kommunisten der betreffenden Nationalität zu organisieren, und es ist ferner besondere Literatur dazu herauszugeben.

50) Die Schule ist das wichtigste organisierende Zentrum für die breiten Massen der nationalen Minderheiten der Dörfer und Marktflecken. Deshalb gewinnt die Arbeit der Lehrerschaft der nationalen Minderheiten besondere Bedeutung.

51) Angesichts der Rückständigkeit der Massen der nationalen Minderheiten und ihres schwachen Interesses am politischen Leben bedarf die Agitationsarbeit unter ihnen noch solcher Methoden und Formen, die in gewissem Grade in der Arbeit auf dem russischen Territorium schon ausgestorben sind (Kundgebungen, große Konferenzen der Parteiloosen usw.).

52) Dort, wo Truppenteile der Roten Armee in Gebieten nationaler Minderheiten in Garnison liegen, müssen die Gouvernementskomitees Maßnahmen ergreifen, um die Rotarmisten, die Kommandeure und die politischen Funktionäre mit den Besonderheiten der sozial-politischen Lebensbedingungen und der Geschichte des Joches bekanntzumachen, das diese nationalen Minderheiten in der Vergangenheit tragen mußten. Damit wird die Festigung der Bande zwischen der Roten Armee und den Werktätigen der nichtrussischen Nationalitäten vorbereitet.

53) Die Parteikomitees müssen die volle Verantwortung für die Arbeit unter den nationalen Minderheiten tragen und für diese Arbeit eine ausreichende Zahl von entsprechenden Funktionären zur Verfügung stellen.

Bei der Verteilung der Kräfte der Partei müssen die Bedürfnisse der nationalen Minderheiten auf dem Gebiet der Agitation, Propaganda, der Wissenschaft und der Literatur befriedigt werden.

54) Die Parteibibliotheken müssen in ein lebendiges System von Bildungsinstitutionen der Partei umgewandelt werden, die unmittelbar mit den Klubs der Partei und der Gewerkschaften verbunden sind und die die politischen Grundschulen, den marxistischen Zirkel ver-

sorgen und den Bedürfnissen der selbständigen Weiterbildung der Kommunisten dienen.

55) Die Parteibibliotheken müssen neben der grundlegenden marxistischen politischen Schulungsliteratur auch mit naturwissenschaftlicher Literatur versorgt werden.

56) Angesichts dessen, daß die notwendige Literatur für die laufenden agitatorisch-propagandistischen Kampagnen an den Orten ständig verspätet eintrifft, ist die rechtzeitige Versorgung der Parteibibliotheken mit dieser Literatur und mit bibliographischen Verzeichnissen zum gleichen Zweck sicherzustellen.

57) Es sind Maßnahmen zu ergreifen, damit die Partei bei der Ordnung des allgemeinen Bibliotheknetzes, das sich in einem katastrophalen Zustand befindet, mitwirken kann.

58) Die Entwicklung der agitatorisch-propagandistischen Arbeit im letzten Jahr verlangt kategorisch eine verstärkte Ausschöpfung der örtlichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Agitation und Propaganda, um die Verbindungen mit den örtlichen Organen festigen und die gesamte Agit.-Prop.-Arbeit stärker anleiten zu können.

#### Über die Durchführung der antireligiösen Agitation und Propaganda

Die Revolution erschütterte die religiösen Vorurteile der breiten werktätigen Massen, indem sie die konterrevolutionäre Rolle der historisch entstandenen kirchlichen Organisationen im Dienste des Kapitals und der Großgrundbesitzer enthüllte.

Solange jedoch der revolutionäre Prozeß die Ökonomik der Millionen Bauernwirtschaften nicht umgestaltet hat, die noch unter den gleichen Bedingungen weitgehender Abhängigkeit von der Natur fortbestehen, unter denen sie sich jahrhundertlang befunden haben, solange die privatkapitalistischen Produktionsverhältnisse in den Städten weiter erhalten bleiben und sich unter der NÖP sogar noch entwickelten, solange unsere Schule und andere politische Aufklärungs- und Schulungsarbeit noch nicht imstande ist, die Stadt und besonders das Land zu betreuen, solange werden die bisher vom Leben erschütterten und untergrabenen religiösen Vorurteile noch

erhalten bleiben. "... nur die Herstellung von Planmäßigkeit und Bewußtheit in der gesamten gesellschaftlichen wirtschaftlichen Tätigkeit der Massen", heißt es im Programm der Partei, bewirkt "... das völlige Absterben der religiösen Vorurteile..."<sup>1)</sup>

Gegenwärtig sehen wir, neben der Zersetzung der alten klerikalen Organisationen, besonders der rechtgläubigen Kirche, und dem schwächer werdenden Einfluß der griechisch-orthodoxen Religion und ihrer klerikalen Hierarchie (deren Ausmaße man jedoch in keinem Fall übertreiben darf, besonders nicht hinsichtlich des Dorfes), ein bedeutendes Anwachsen einiger Sekten, deren Oberschicht ideologisch mit gewissen Elementen der europäischen und amerikanischen Bourgeoisie in Verbindung steht.

Unter diesen Bedingungen erhält die Arbeit der Partei zur endgültigen Zerschlagung des religiösen Glaubens in allen seinen Formen unter den Bauern- und Arbeitermassen unvermeidlich vor allem den Charakter einer systematischen Propaganda, die jedem Arbeiter und Bauern klar und überzeugend die Verlogenheit der Religion zeigt und ihn verstehen läßt, daß seine Interessen im Widerspruch zu jeder Religion stehen, die den Zusammenhang der verschiedenen religiösen Gruppen mit den Interessen der herrschenden Klassen enthüllt und die an die Stelle überlebter Überreste religiöser Vorstellungen klare wissenschaftliche Anschauungen von der Natur und der menschlichen Gesellschaft setzt. Hierbei ist, wie es im Programm der Partei heißt, sorgsam jede Verletzung der Gefühle der Gläubigen zu vermeiden, da eine Verletzung dieser Gefühle nur den religiösen Fanatismus festigen würde. Absichtlich grobe Methoden, die allerorten häufig angewandt werden, Verspottung von Kultgegenständen und Gegenständen der Religionsausübung statt ernsthafter Analyse und Erläuterung beschleunigen nicht die Befreiung der werktätigen Massen von den religiösen Vorurteilen, sondern erschweren sie nur.

Eine der wichtigsten und dringenden Aufgaben unserer Partei auf dem Gebiet der antireligiösen Propaganda und Agitation ist die Herausgabe entsprechender Schriften, sowohl populärwissenschaftlicher Schriften als auch und vor allem die Herausgabe von Schriften,

1) Siehe: "Die KPdSU in Resolutionen ...", Band III, Seite

die die Geschichte und die Entstehung der Religion gründlich darlegen.

Obwohl bedeutende Erfolge auf diesem Gebiete zu verzeichnen sind, muß doch betont werden, daß der größte Teil der erschienenen Literatur die Lesermassen nicht befriedigen kann. Nötwendig ist die Herausgabe von Broschüren und Flugblättern, die dem Durchschnittsarbeiter und Bauern verständlich sind und die in einer für ihn verständlichen Form auf die Fragen nach der Entstehung der Welt, des Lebens und des Wesens der menschlichen Beziehungen antworten, die die konterrevolutionäre Rolle der Religion und der Kirche, besonders der russischen Kirche, ihre Entstehung, Entwicklung und Stellung gegenüber dem Klassenstaat und der Befreiungsbewegung des Proletariats und der Bauernschaft in den verschiedenen Epochen sowie die Physiognomie und der Klassenhintergründe der verschiedenen die Volksmassen beeinflussenden Sekten entlarven. Unter Berücksichtigung dessen, daß die 30 Millionen Menschen umfassende mohammedanische Bevölkerung der Sowjetrepublik ihre unzähligen mit der Religion in Zusammenhang stehenden mittelalterlichen Vorurteile, die für konterrevolutionäre Zwecke ausgenützt werden, fast unangetastet bewahrt hat, müssen Formen und Methoden zur Liquidierung dieser Vorurteile ausgearbeitet werden, wobei die Besonderheiten der verschiedenen Nationalitäten zu berücksichtigen sind.

Im Rahmen der sich entfaltenden Massenpropaganda, die die Partei in immer größerem Maßstab anwendet, muß besondere Aufmerksamkeit der antireligiösen Massenpropaganda in Formen von lebendigen und verständlichen Lektionen gewidmet werden, wobei die Lektoren sorgfältig auszuwählen sind. Spezialisten, Naturwissenschaftler, die auf materialistischen Positionen stehen, sind zu diesen Lektionen heranzuziehen. Weiter ist für die Ausarbeitung besonderer Methoden der antireligiösen Propaganda je nach der sozialen Zugehörigkeit der Zuhörerschaft Sorge zu tragen.

Diese Aufgabe wird die Partei lösen können, wenn sie imstande ist, in der nächsten Zeit eine gründliche Ausbildung ihrer Agitatoren und Propagandisten auf dem Gebiet des Kampfes gegen die Religion zu organisieren, wenn sie hierfür alle Formen der Sowjet- und

Parteischulung ausnutzt, bei den kommunistischen Universitäten angefangen. Auf dem gesamten Gebiet der kommunistischen Schulung müssen Sonderlehrgänge über die Entstehung, Entwicklung und Geschichte der Religion, der religiösen Glaubensrichtungen, Kulte und religiösen kirchlichen Organisationen durchgeführt werden, wobei diese Lehrgänge im engen Zusammenhang mit dem Studium der menschlichen Gesellschaft, des Klassenkampfes zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten und mit der Entlarvung der zahlreichen faktischen Verbindungen zwischen dem Kapital und der religiösen Propaganda stehen müssen. Neben den Programmen der sowjetfeindlichen politischen Parteien sind die Hörer der Sowjet-Parteischulen mit dem Charakter und der Tätigkeit der verschiedenen religiösen Organisationen bekannt zu machen, die die Arbeiter- und Bauernmassen zum Schaden der Kommunistischen Partei zu beeinflussen versuchen. Indem die antireligiöse Aufklärung in das allgemeine Schulsystem der kommunistischen Bildung aufgenommen wird, müssen jedoch gleichzeitig auch die speziellen antireligiösen Zirkel und Seminare innerhalb wie außerhalb der kommunistischen Lehranstalten mit allen Mitteln unterstützt werden unter der Bedingung, daß die Arbeit dieser Zirkel unter kompetenter Anleitung der Partei verläuft.

Während die Partei darangeht, eine systematische antireligiöse Propaganda und Agitation als eines der wichtigsten Mittel zur Erweiterung des Einflusses der Partei auf die breiten werktätigen Massen aufzubauen, darf die Partei aber nicht vergessen, daß unsere gesamte antireligiöse Agitation und Propaganda die Volksmassen nicht zu rühren und in Bewegung zu setzen vermag, solange die Arbeit zur schulischen Bildung der werktätigen Massen in Stadt und Land im Geiste der wissenschaftlichen materialistischen Naturwissenschaft den toten Punkt nicht endgültig überwunden hat und solange die überwiegende Mehrheit der Landbevölkerung im Analphabetentum verharret. Nur eine entsprechende Organisierung der Schule und Ausbildung der Grundschullehrer, nur die Erweiterung des breiten Netzes der politischen Bildungsinstitutionen, vor allem der Dorflesestuben, nur die systematische und planmäßige Versorgung des Dorfes mit sowjetischen Zeitungen und Büchern und die völlige und endgültige Beseitigung des Analphabetentums werden, neben den Erfolgen

der Sowjetmacht bei der Hebung der Landwirtschaft und der Industrie, die Grundlage für die endgültige und vollständige Beseitigung der religiösen Vorurteile in den Köpfen der vielen Millionen Bürger der Republik schaffen.

#### Über die Arbeit der KPR auf dem Lande

Die durch die Neue Ökonomische Politik geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse, die die Entwicklung eines bedeutenden Teiles der wirtschaftlich wenig starken Bauern erschweren und die Verarmung eines anderen Teiles der Bauernschaft mit sich bringen, führen dazu, daß vornehmlich die mittleren und wohlhabenden Wirtschaften sich zu entwickeln beginnen. Das Kulakentum beginnt bestimmte Gestalt in Form von Wirtschaften zu gewinnen, die ihre wirtschaftliche Macht durch Ausleihen von landwirtschaftlichem Inventar, Saatgut und Vieh zu schweren, wucherischen Bedingungen, durch Bodenpacht oder auf dem Wege des Handels, durch die Produktion und den Verkauf von Branntwein usw. erweitern. Mit der Entwicklung der sozial-ökonomischen Verhältnisse, die durch die Neue Ökonomische Politik geschaffen werden, wächst der spezifische Anteil des Kulakentums immer mehr.

Die Eigenart der auf dem Land entstehenden Verhältnisse besteht darin, daß sie sich im Sowjetstaat unter der Macht des Proletariats entwickeln. Der Zusammenschluß der Bauernschaft zu Genossenschaften ist für eine ganze historische Periode die wichtigste ökonomische Aufgabe des Sowjetstaates, eine Aufgabe, die durch den Entwicklungsprozeß des Kapitalismus auf dem Lande bei gleichzeitiger Macht des Proletariats und bei staatlichem Eigentum an Grund und Boden und an den wichtigsten Produktionsmitteln bestimmt wird. Demzufolge muß auf wirtschaftlichem Gebiet die Arbeit der Partei und des Sowjetstaates auf Festigung aller Arten der Genossenschaft, aller Kreditorganisationen für die Bauernschaft, (wobei die Interessen der Kleinbauern, die die gewaltige Mehrheit der Bauernmassen ausmachen, zu wahren sind,) ferner die Schaffung der einfachsten Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Bauern usw. konzentriert werden.

Die wichtigste Vorbedingung für den Erfolg auf wirtschaftlichem

Gebiet ist die systematische Verbesserung und Korrektur des Sowjetapparates, besonders des Apparates, der unmittelbar in den Bauernmassen arbeitet oder den Bauernmassen nahesteht, weiter die kulturpolitische und Parteiarbeit auf dem Lande, die die Bauernschaft auf die Bildungsstufe hebt, auf die Stufe des Bewußtseins und der Fähigkeit, eine moderne Wirtschaft zu führen, die die Errichtung des Sozialismus in einem überwiegenden Bauernland wie Rußland möglich macht.

Der Sowjetapparat muß, obwohl er die beste Form für die Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft darstellt, da er von Menschen besetzt ist, die die Sowjetrepublik von der zaristischen Vergangenheit übernommen haben, tiefe Spuren dieser Vergangenheit tragen. Bei dem hohen Prozentsatz der Analphabeten, bei dem niedrigen kulturellen Niveau des Landes kann dieser Apparat infolge seiner bürokratischen Auswüchse seine Bedeutung als wichtigster Vermittlungsmechanismus der Partei zu den Bauernmassen nicht voll entfalten.

Der Amtsbezirks- (Wolost-) und dörfliche Apparat der Staatsmacht ist in bedeutendem Maße von solchen Elementen der dörflichen Halbtelligenz besetzt, die schon seit jeher vornehmlich mit den besitzenden Schichten des Dorfes in Verbindung standen und die auch in den Sowjetapparat Sitten feudalherrlicher Grobheit, Verachtung gegenüber dem Bauern und seinen Nöten, Hochnäsigkeit gegenüber seiner Unbildung, seines Analphabetentums und seiner Unfähigkeit, sich im Sowjetapparat zu orientieren, hineinbringen.

Die Wichtigkeit der Arbeit zur Umgestaltung des Sowjetapparates wird dadurch noch betont, daß

a) die Schwäche des Sowjetapparates im Dorfe es mit sich bringt, daß die Kräfte der Parteiorganisation für die Durchführung von Maßnahmen der Sowjets aufgebraucht werden und dadurch in den Parteiapparat Desorganisationen hineinbringen und die Parteiorganisation im Dorf häufig in einen unmittelbaren Verwaltungsapparat verwandelt wird;

b) mit der Neuen Ökonomischen Politik die Verbindungen zwischen der Bourgeoisie der Stadt und den besitzenden Schichten des Dorfes

gefestigt werden; im Dorf die Schicht der Krämer sich wieder aufzurichten beginnt, die unmittelbar mit der städtischen Bourgeoisie in Verbindung steht; eine Reihe von Wirtschaftsorganisationen entsteht, in die verhältnismäßig leicht die besitzenden Schichten eindringen können. All dies erleichtert insgesamt das Eindringen des bürgerlichen Einflusses in den Sowjetapparat und die Festigung seiner Verbindung mit dem Dorfe.

#### I. Auf wirtschaftlichem Gebiet

1. Was die Genossenschaftsarbeit angeht, so muß hervorgehoben werden, daß die Hauptaufgabe der Parteiarbeit in den Genossenschaften im Augenblick nicht darin besteht, sie organisatorisch umzugestalten, sondern darin, die Kräfte auf die sachliche wirtschaftliche Arbeit zu konzentrieren in Form der Hilfe für die Bauernwirtschaften, die unmittelbar an den Genossenschaften beteiligt sind (Auswahl und Ausbildung der Funktionäre, Festigung der unmittelbaren Verbindung zwischen der staatlichen Industrie und der Bauernschaft über die Genossenschaft, Organisation des Waren- und Geldkredits für die Bauernschaft über die Genossenschaften, die Gewährung staatlicher Hilfe für die Genossenschaften zu Vorzugsbedingungen, die Einführung von Beiträgen, die für alle minderbemittelten Bauern erschwinglich sind usw.). Die Arbeit zur Festigung der landwirtschaftlichen und Handwerker-genossenschaften, zur Vergrößerung ihrer materiellen Stärke und zur Sicherung des notwendigen kommunistischen Einflusses in diesen Genossenschaften ist zu verstärken. Besonders muß die Arbeit zur Einbeziehung der breiten Bauernmassen in den genossenschaftlichen Aufbau erweitert werden. Angesichts der ungenügenden Einbeziehung der kommunistischen Bauern in die genossenschaftliche Arbeit während des vergangenen Jahres ist besonderer Nachdruck auf die Durchführung der Beschlüsse des XI. Parteitages zu legen, in denen es heißt: "Die Mitarbeit der Kommunisten in den landwirtschaftlichen Genossenschaften und Kollektiven ihres Rayons oder ihrer Umgebung ist für sie unbedingt verbindlich. Gleichermaßen sind sie verpflichtet, die Initiative zu ergreifen, diese Organisationen zu schaffen, wenn sie noch nicht vorhanden sind."<sup>1)</sup>

1) Siehe: "Die KPSU in Resolutionen...", Band IV, Seite 30

2. Im Zusammenhang mit der steigenden Zahl der Wirtschaften, die infolge des Bürgerkrieges und der Massenaufteilungen keine Pferde und kein Inventar besitzen, nahm das Mieten von Inventar und Pferden gegenüber der Friedenszeit in bedeutendem Maße zu. Der Hauptgläubiger des Kleinbauern ist sein wohlhabender Nachbar. Die patriarchalischen Formen des Kredits in Form von Pferden und Inventar können natürlich sein ökonomisches Wesen nicht verändern. Auf dem Boden der wirtschaftlichen Abhängigkeit erhalten die wohlhabenden Bauern die Möglichkeit, sich die ärmeren Elemente der Bauernschaft auch politisch zu unterwerfen. Hieraus ergibt sich die ungeheure Wichtigkeit der Schaffung eines solchen, den Klein- und Kleinstbauern zugänglichen staatlichen und genossenschaftlichen Kredits, der sich in die ökonomischen Beziehungen der Bauernschaft gegen den Kulaken einschalten kann. Notwendig ist die staatliche Leitung aller Arten von Kredit für die Bauern, um die bäuerliche Wirtschaft zu heben und die rationelle Verwendung des Kredits im Interesse der Bauern zu sichern. Diese Frage ist um so wesentlicher, da die Entwicklungsbedingungen der Industrie in der Stadt es nicht erlauben, auf ein schnelles Aufsaugen der sich auf dem Lande herausbildenden Reservearmee durch die Stadt oder durch die intensiver werdende Landwirtschaft auf dem Lande zu hoffen; diese Reservearmee kann unter diesen Bedingungen das Material für eine antisowjetische Bewegung und für das Banditentum werden. Der Organisation des Kredits für die wirtschaftlich wenig starken Elemente der Bauernschaft ist das mögliche Maximum sowohl an finanziellen Mitteln als auch an Parteikräften zu widmen. Auch die Mittel der wohlhabenderen Elemente der Bauernschaft sind zur Organisation des landwirtschaftlichen Kredits heranzuziehen, da eine solche Form der Einbeziehung der Mittel der wohlhabenderen Elemente der Bauernschaft politisch weniger schädlich ist, als wenn sie der ärmeren Bauernschaft direkten Kredit gewähren würden. Der Apparat des staatlichen und genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Kredites muß erfolgreich mit dem Wucherkredit des wohlhabenden Bauern oder Kaufmanns hinsichtlich der Elastizität und Vielfalt der Kreditformen und Zahlungsfristen konkurrieren können.

3. Die weitere Festigung des beginnenden Aufschwungs der bäuerlichen Wirtschaft (weitere Vergrößerung der landwirtschaftlichen

Nutzfläche und der Aussaatflächen, Steigerung der Ertragsfähigkeit und der landwirtschaftlichen Produktion) erfordert außer den übrigen vom Parteitag festgesetzten Maßnahmen die Fortsetzung und Ausdehnung der Arbeit zur Hebung des kulturellen Niveaus der Bauernschaft. Der Parteitag hält die weitere Entwicklung der Propaganda und die staatliche Unterstützung bei der Einführung rationellerer Methoden der Wirtschaftsführung, die den breiten Bauernmassen bei dem gegenwärtigen Stand der landwirtschaftlichen Technik zugänglich sind (frühe Brachen, Schädlingsbekämpfung, Saatgutauslese, Frühjahrspflügen, Zwischenfruchtmahd usw.) für unbedingt notwendig. Besonders wichtig ist die staatliche Unterstützung bei der Entwicklung technischer und arbeitsintensiver Kulturen, der Viehzucht sowie der Einführung verbesserter Fruchtfolgen durch besondere Vorzugsrechte bei der Steuererhebung und der Gewährung von Krediten. Jedoch darf die staatliche Unterstützung und Propaganda auf diesem Gebiet keinesfalls durch Befehle und administrative Einwirkung ersetzt werden. Ebenso notwendig ist die Unterstützung und die Hilfe des Sowjetstaates und der Partei bei der Organisation des landwirtschaftlichen Kredits für Rationalisierungs- und Meliorationsarbeiten, für die Umsiedlung, für gemeinsamen Aufkauf und Nutzung von landwirtschaftlichem Gerät und Vieh für die Organisation von Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung, zur gemeinsamen Mahd, um die Verbreitung der elementarsten Formen der Zusammenarbeit und der Genossenschaft der Bauern zu fördern.

Unsere Gesetzgebung (in erster Linie die Steuergesetzgebung) muß die Klassenlage auf dem Lande berücksichtigen und dementsprechend die wirtschaftlichen Hauptlasten auf die wohlhabendsten Wirtschaften verteilen. Sowohl die Dekrete und Verordnungen der zentralen Organe als auch ihre Durchführung auf dem flachen Lande müssen die wirtschaftlichen Lasten erleichtern, die auf die ärmeren Wirtschaften entfallen, sie müssen die ärmsten Schichten des Dorfes von diesen oder jenen Lasten (z.B. von einigen Steuern) völlig befreien.

Die landwirtschaftlichen Genossenschaften, Artels und Kommunen müssen von den staatlichen Organen in erster Linie unterstützt

werden, ganz besonders wenn sie wirtschaftliche Vereinigungen der ärmsten Schichten der Bauern sind. Die Partei und der Sowjetstaat bestätigen die frühere Direktive, daß die Kollektivwirtschaften auf dem Lande unter der Bedingung absoluter Freiwilligkeit organisiert werden sollen, gleichzeitig müssen sie aber die Festigung und die Verbesserung der Wirtschaft der landwirtschaftlichen Kollektive als wirklich rationelle und ökonomisch fortschrittliche bäuerliche Wirtschaften fördern.

4. Mit dem Anwachsen der Lohnarbeit auf dem Lande unter den Bedingungen des verstärkten Angebotes von Arbeitskräften durch die ärmsten Elemente des Dorfes wächst die Bedeutung des Allrussischen Gewerkschaftsverbandes der Land- und Forstarbeiter, der sich dementsprechend genügend bewegliche Formen und Methoden der Registrierung, Organisation und des Schutzes der Lohnarbeit in der bäuerlichen Wirtschaft als Aufgabe stellen muß. Gleichzeitig sind die Arbeiten zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter auf den Staatsgütern, der Forstreviere, des agronomischen Personals fortzusetzen und allseitig zu entwickeln. Der Kern der Verwalter der Staatsgüter, Forstreviere, Versuchsstationen, Reparaturpunkte usw. muß überprüft und in seiner Zusammensetzung verbessert werden. Der Allrussische Gewerkschaftsverband der Land- und Forstarbeiter kann bei der geringen Zahl der Sowchösen, ihrem schlechten wirtschaftlichen Zustand, der schweren Lage der Waldwirtschaft und der bunten Klassenzusammensetzung der Arbeiter der Sowchösen nur sehr langsam, im Maßstabe der Entwicklung dieser ganzen Arbeit, seine Bedeutung als Vermittler von der Partei zur Bauernschaft und in erster Linie zu deren proletarischen und halbproletarischen Schichten heben. Um so notwendiger ist es, den Allrussischen Gewerkschaftsverband der Land- und Forstarbeiter durch die Partei mit kommunistischen Funktionären systematisch zu festigen. Besonders wichtig ist die Stärkung der unteren Parteizellen des Allrussischen Gewerkschaftsverbandes der Land- und Forstarbeiter durch kommunistische Kräfte (Arbeiterkomitees, Amtsbezirkssekretariate usw.).

## II. Auf dem Gebiet des Sowjetapparates

5. Man muß unermüdlich eine ehrliche und sorgfältige Arbeit der

unteren Sowjetorgane zu erreichen suchen. Unpünktliches, nicht rechtzeitiges Zusenden einer Steuerverordnung, Bürokratismus bei der Durchführung von Rationalisierungsarbeiten des Ackerbaus oder bei der Verhandlung eines Gerichtsprozesses über Grund und Boden, dreitägiges Warten am Getreidespeicher, Saufereien bei denen, die den "Kampf" gegen den selbstgebrannten Schnaps führen sollen, Grobheit, Bestechung und Willkür im Sowjetapparat sind eine Waffe in den Händen unserer Klassenfeinde.

Die wichtigste Aufgabe der Partei und der Sowjetmacht besteht neben der ständigen Hilfe der Partei für die besten Sowjetarbeiter in den unteren Verwaltungsapparaten darin, solche Elemente zu entlarven, die in unseren Sowjetapparat die Methoden des zaristisch-feudalen Regimes hineinbringen und die Festigung des Bündnisses zwischen der Arbeiterklasse und der Bauernschaft verhindern, sie aus dem Sowjetapparat zu vertreiben, öffentliche Gerichtsverfahren gegen sie durchzuführen.

6. Gleichzeitig ist eine Umgruppierung der Parteikräfte zugunsten des Dorfes durchzuführen, um die der Sowjetmacht fremden Elemente aus dem Sowjetapparat zu entfernen. Dabei ist im gesamt-russischen Maßstab die in einer Reihe von Orten begonnene systematische planmäßige Versetzung von Kommunisten auf das Land auf Kosten des organisatorisch verkleinerten Apparates der Sowjetpartei-schulen auf Kreisebene und der Gouvernementsstädte fortzusetzen. Diese Kommunisten sind ausschließlich für eine konkrete zweckmäßige Arbeit einzusetzen (als Zellenorganisatoren, als Volksrichter, als Leiter von Dorflesestuben, als Leiter von Genossenschaften, als Sekretär des Amtsbezirksexekutivkomitees, als Lehrer, als Leiter der Poststelle und in den unteren Zellen des Allrussischen Gewerkschaftsverbandes der Land- und Forstarbeiter). Diejenigen, die versetzt werden sollen, sind unter dem Gesichtspunkt ihrer Tauglichkeit für eine entsprechende konkrete Arbeit sorgfältig auszuwählen. Gleichzeitig muß dabei berücksichtigt werden, daß eine solche Organisation, wie z.B. die Poststelle, sowohl eine Waffe in unseren Händen als auch eine Waffe in den Händen unserer Gegner sein kann.

7. Mit der beginnenden Gesundung des wirtschaftlichen Lebens muß die wirtschaftliche und kulturelle Betreuung des Dorfes durch die

Amtsbezirksexekutivkomitees und die Dorfsowjets (rationelle Ausnutzung der Anbauflächen, Übergang zu einer kulturvolleren Wirtschaft, Verbesserung der Wege, Organisierung der Feuerwehren und des Brandschutzes, Renovierung der Schulen, Organisierung der agronomischen Arbeiten und des Veterinärwesens, der Post usw.) verstärkt werden. Die wirtschaftliche und kulturelle Tätigkeit die sich auf Grund des Haushaltsplans des Amtsbezirkes (Wolost) entwickeln muß, erleichtert die Einbeziehung der Bauern in die Organisationen, die mit den Sowjets (Genossenschaften, kommunistische gegenseitige Hilfe usw.) verbunden sind und steigert dadurch einerseits die Bedeutung der Sowjets als Zentrum des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens im Dorfe und erleichtert andererseits der Dorfarmut und den Kleinbauern in diesen Organisationen die Sicherung ihrer führenden Rolle. Eine der wichtigsten Bedingungen für die Lösung dieser Aufgabe ist die sorgfältige Überprüfung, Auswahl und Festigung der unteren Organe, in erster Linie der des Volkskommissariats für Nahrungsmittelversorgung und des Volkskommissariats für Finanzen, damit nämlich die Hauptarbeit hinsichtlich der Steuern von den speziell dafür bestimmten Sowjetorganen und -apparaten durchgeführt wird.

8. In erster Linie muß der Machtapparat im Amtsbezirk (Wolost) und im Dorfe gefestigt werden, dabei besonders solche ungeheuer wichtigen Knotenpunkte wie die Sekretäre der Bezirksexekutivkomitees und der großen Dorfsowjets. An die Stelle des alten Amtsschreibers, der früher eines der wichtigsten Mittel zur Unterdrückung der Bauernmassen war, muß der Amtsbezirkssekretär treten, der vom Staat Gehalt bezieht, der das Gesetz kennt und der dem Bezirksexekutivkomitee - einem Apparat zur Verwaltung und Selbstverwaltung, der die Probleme der Bauern am breitesten erfaßt - zwar hilft, ihn aber nicht ersetzt. Ein solcher Amtsbezirkssekretär, der aus den Reihen der Bauern stammt und sowohl Erfahrung aus dem Bürgerkrieg als auch Kenntnisse aus der Sowjet-Parteischulung besitzt, muß in jedem Amtsbezirksexekutivkomitee sein. Um zu verhindern, daß die Amtsbezirksexekutivkomitees dem Einfluß der wohlhabenden Bauern unterliegen, sind Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Lage der Mitglieder der Bezirksexekutivkomitees zu ergreifen.

9. Eine äußerst wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung des Sowjetapparates und für die Hebung seiner Rolle als Transmissionsriemen zu den Bauernmassen ist die Einbeziehung der ehemaligen Rotarmisten, der Mittelbauern und besonders der Kleinbauern in die wirtschaftliche Arbeit der Sowjets und in die kulturpolitische Arbeit. Diese Elemente, die in der Roten Armee die Schule des Bürgerkrieges und der Revolution durchlaufen haben, stellen eine gewaltige kulturelle und organisatorische Kraft dar. Es sollen keine besonderen Gruppen Sympathisierender gebildet werden, sondern durch individuelle Verbindungen, durch Registrierung und Auswahl der Personen, die durch die Erfahrung des Bürgerkrieges am besten geschult sind, durch Versammlungen der ehemaligen Rotarmisten, besonders der wirtschaftlich weniger starken, durch ihre tätige Einbeziehung in die Arbeit (Genossenschaften, Schulräte, Bauernkomitees, Komitees für gegenseitige Hilfe, Sowjets usw.) muß ihr Zusammenschluß um die Partei erreicht werden. Dabei ist anzustreben, daß besonders die Komitees für gegenseitige Hilfe zu Stützpunkten der Sowjetmacht und der Kommunistischen Partei werden. Die Bedingungen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens des Dorfes erlauben, diese Arbeit durchzuführen. Es liegt nun an unseren Parteiorganisationen, an ihren Fähigkeiten, diese notwendige Arbeit zu leisten.

### III. Auf dem Gebiet der Parteiarbeit

10. Die Parteiorganisationen im Dorfe müssen sich auf die politische Anleitung der Sowjets, der Organisation der Kleinbauern gegen die heranwachsende Dorfbourgeoisie auf der Grundlage der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Arbeit der Sowjetmacht im Dorfe konzentrieren. Eine sehr wesentliche Bedingung für die Durchführung dieser Arbeit ist die allmähliche Befreiung der Parteiorgane im Dorfe von der unmittelbaren verwaltungstechnischen Arbeit auf dem Gebiet des Finanz- und Steuerwesens.

11. Unsere Bauernparteilzellen besitzen nicht die notwendigen organisatorischen Kräfte sowohl für die Parteiarbeit innerhalb der Zellen selbst als auch für die Arbeit der Zellen unter den Bauernmassen. Im Laufe des nächsten Jahres sind mindestens der Hälfte der

Amtsbezirksparteizellen und den größeren Dorfparteizellen, die Einfluß auf einen mehr oder minder großen Kreis haben, hauptamtliche Parteiorganisatoren oder Parteisekretäre zur Verfügung zu stellen, die genügend parteiorganisatorische Erfahrungen in der innerparteilichen und der Massenarbeit haben.

12. Der Kampf gegen das allgemeine, das politische und das landwirtschaftliche Analphabetentum der bäuerlichen Parteimitglieder im Dorfe ist zu verstärken. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß die Einberufung kommunistischer Bauern in die Sowjetparteischulen der Städte wegen der Bedingungen der bäuerlichen Wirtschaft schwierig ist, macht sich eine Annäherung der Parteischule an die Dorfparteizelle notwendig. Eine der Formen dieser Arbeit, die immer größere Verbreitung und immer mehr Bedeutung erlangt, ist die Bildung von Gruppen für den Kreis (Ujesd), die aus ungefähr 3 bis 4 Menschen bestehen (ein Grundschullehrer, ein zweiter, der auf dem Gebiet der Naturwissenschaft und der Agronomie Elementarkenntnisse besitzt, ein dritter, der die grundlegende marxistische Literatur zu lesen und zu erläutern versteht) und die Einsetzung dieser Gruppen in den Amtsbezirken für 5 bis 6 Wochen. Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung dieser Arbeit sind eine Reihe von Elementarlehrbüchern, die dem Niveau des kommunistischen Bauern speziell angepaßt sind und die im Laufe des nächsten Jahres herausgegeben werden müssen.

13. Die Sowjetparteischulen müssen innerhalb der nächsten Jahre einige tausend Arbeiter auf das Land schicken und jeder Lehrgang, der die Schule verläßt, muß einen Teil seiner Absolventen auf das Land abgeben. Mindestens die Hälfte oder drei Viertel der Gouvernements- und Kreisschulen in den ländlichen Gouvernements sind in den Dienst des Dorfes zu stellen. Die Aufgabe besteht darin, das Programm dieser Sowjetparteischulen zu überprüfen, seinen theoretischen Teil zu verringern, ihn mit der Praxis zu verbinden und Fragen, die mit dem wirtschaftspolitischen und dem kulturellen Leben des Dorfes in Zusammenhang stehen, in das Programm aufzunehmen.

14. In der Arbeit der Komsomolorganisation müssen an Stelle der administrativen Kommandofunktionen die Fragen der allgemeinen und

politischen Elementarbildung und der Verbindung mit der fortschrittlichen Dorfjugend auf der Grundlage des Unterrichts in den Vordergrund treten. Dies ist besonders wichtig im Zusammenhang mit dem bedeutenden Anwachsen der Zahl der Komsomolorganisationen auf dem Lande. Der Komsomolze im Dorf muß lese- und schreibkundig und gebildet sein, muß die Zeitung oder ein einfaches Buch vorlesen können, muß die sowjetischen Grundgesetze kennen, um imstande zu sein, sie vor allem der Dorfjugend zu erläutern. Die Arbeit unter den Komsomolzen im Dorfe muß zu einer der wichtigsten Aufgaben der Parteiarbeit im Dorfe werden. Alle realisierbaren Formen der Verbindung zwischen der Dorfjugend und der Arbeiterjugend (Austausch von Delegationen, gemeinsame Erörterung von Fragen, Exkursionen usw.) sind zu entwickeln und zu festigen.

#### IV. Auf dem Gebiet der Kultur

15. Eine der Formen der Festigung des Einflusses der Arbeiterklasse auf dem Lande, die immer größere politische Bedeutung und Verbreitung erlangt, ist die Patenschaft der Stadt über das Dorf. Die kulturellen und organisatorischen Verbindungen mit dem Dorf durch die Betriebe, Partei- und Komsomolzellen, Gewerkschaften, Zellen in Schulen und Militärschulen müssen unter der unmittelbaren Anleitung der Partei weiterentwickelt werden. Dazu dienen solche Mittel wie Versand von Literatur, Zeitungen und Lehrbücher, Vorträge, Austausch von Delegationen und systematische Fahrten in das Dorf, gemeinsame Erörterungen einer Reihe von Fragen, systematischer Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Partei- und Sowjetarbeit, gemeinsame Delegiertenkonferenzen der Arbeiterinnen und Bäuerinnen usw. Der diesjährige 7. November muß zu einem Tag der Rechenschaftslegung über die getane Arbeit gemacht werden, um zu erreichen, daß die Patenschaft der Stadt über das Dorf in eine Massenerscheinung verwandelt wird.

16. Der kulturelle Aufschwung auf dem Lande kann nur dann vorangetrieben werden, wenn hierfür die Mittel auf Kosten der Ausgaben für andere Zwecke erhöht werden und wenn in die organisatorische und wirtschaftliche Betreuung des Dorfes die mit der Sowjetmacht am meisten verbundene Schicht der Klein- und Mittelbauern und der



ehemaligen Rotarmisten einbezogen wird. Die Schulräte bestehen nur auf dem Papier, ebenso die Aufsichtsräte für die Dorflesestuben und Volkshäuser. Der Parteitag lenkt die Aufmerksamkeit der Parteiorganisationen auf die Notwendigkeit, die landwirtschaftliche Ausbildung, die Auswahl der Studierenden und die Massenverbreitung von Kenntnissen auf dem Gebiet der Landwirtschaft zu verbessern und weiterzuentwickeln. Die jetzt beginnende Arbeit zur Verbesserung der materiellen Lage der Lehrerschaft, zur Verstärkung der politischen und der Aufklärungsarbeit unter der Lehrerschaft und zur Festigung der organisatorischen und ideologischen Verbindungen zwischen ihr, den Sowjets und der Partei ist beharrlich fortzusetzen und zu verstärken.

17. Da die Erfahrung bei der Verbreitung der "Bjednotá" ("Die Dorfarmut") während der NÖP erwiesen hat, daß bei dem gegenwärtigen Typ und Preis der Zeitung ihre Verbreitung unter den Massen außerordentlich schwierig ist, muß (außer der "Bjednotá") eine allrussische Wochenzeitung herausgegeben werden, die Material für eine Woche liefert, die billig genug wäre, daß der Bauer sie kaufen kann, die in einer genügend großen Schrift gedruckt ist, daß er sie lesen kann und deren Sprache so gehalten wäre, daß er sie verstehen kann. In dieser Art müssen die für die Bauern bestimmten Gouvernements- und Kreiszeitungen gehalten sein.

Gleichzeitig muß eine Umgestaltung der Tätigkeit unserer Verlage erreicht und die Herausgabe von erschwinglicher Massensliteratur für die Bauern zu Fragen der Naturwissenschaft, der landwirtschaftlichen Technik, der Ökonomik der Bauernwirtschaft, der Geschichte der revolutionären Bewegung und besonders der Agrarbewegung, des Sowjetaufbaus, der Belletristik, der ökonomischen und politischen Geographie der Welt in Gang gebracht werden. Es ist ein Spezialfonds für billige Massensliteratur für die Bauern zu schaffen. In einem einfachen sowjetischen Buch muß man auf die Fragen des Bauern Antworten geben, die bisher für gewöhnlich von der Religion beantwortet wurden. Besonders wichtig ist die Entwicklung des Buchhandels auf dem Lande. Dazu lassen sich insbesondere Jahrmärkte, Basare, Genossenschaften ausnutzen. Außerdem soll ein Netz fahrender Buchhandlungen geschaffen werden.

18. Der Sekten-Propaganda und dem Heer der Pfaffen muß die anti-religiöse Propaganda entgegengestellt werden. Ihr Charakter muß entschieden verändert werden. Die Momente der Erläuterung, der Erziehung und der Gegenüberstellung von sowjetischer Schule und Kirche müssen dabei wesentlich mehr herausgestellt werden. Es ist eine lange, beharrliche planmäßige Arbeit nötig, um die materialistische Auffassung von den Naturerscheinungen zu verbreiten. Dabei muß eine Verletzung und Beleidigung der religiösen Gefühle der Gläubigen durch plumpe Maßnahmen der administrativen Einwirkung vermieden und die Begeisterung der Komsomolzen dafür, die Kirchen zu schließen, entschieden unterbunden werden. Die Reorganisation der Schule ist die beste Methode der antireligiösen Propaganda. Man muß allmählich, Schritt für Schritt, aus den ehemaligen Rotarmisten und den Delegierten aus den Reihen der Bäuerinnen diejenigen auswählen, die Organisatoren und Leiter des Schulwesens werden können.

19. Für das weitere Studium der Erfahrungen der Parteiarbeit auf dem Lande, für die Ausarbeitung von Richtlinien auf diesem Gebiet und für die Überprüfung der vom Parteitag festgelegten Arbeit auf dem Lande werden beim ZK und bei den Gebietsbüros Kommissionen für die Arbeit auf dem Lande geschaffen.

#### Über die Arbeit der KPR unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen

1) Der XI. Parteitag, der mit seiner Resolution über die Frauenabteilungen den Schwankungen unter den Parteimitgliedern hinsichtlich der Beibehaltung dieser Abteilung auf der gleichen Ebene mit den anderen Abteilungen der Parteikomitees ein Ende gesetzt hat, schuf die notwendigen Bedingungen für die Vertiefung und Verstärkung der Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen.

2) Trotz der bedeutenden Erfolge in der Arbeit unter den Frauen ist doch hervorzuheben, daß die auch jetzt noch komplizierten Bedingungen für diese Arbeit bei dem langsamen Aufbau der Institutionen, die die Lage der Arbeiterinnen erleichtern, einen gewissen Boden für feministische Abweichungen schaffen. Diese Abweichungen können die Bildung solcher besonderen Gesellschaften fördern, die unter dem Vorwand der Verbesserung der sozialen Lage der Frau in

Wirklichkeit zu einer Loslösung der weiblichen Werktätigen vom allgemeinen Klassenkampf führen.

3) Die Partei muß als Gegengewicht hierzu die Arbeiterinnen und Bäuerinnen verstärkt zum Partei-, Sowjet-, Gewerkschafts- und genossenschaftlichen Aufbau heranziehen. Dafür aber ist es notwendig, die Einrichtung der weiblichen Gewerkschaftsorganisatoren auszubauen und Instrukteurkader für diese Arbeit in den Organen der Genossenschaften heranzubilden. Gleichzeitig ist die Tätigkeit der genannten Organisationen zur Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterinnen, neben der Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse als Ganzes, zu verstärken.

4) Der Parteitag stellt fest, daß die Arbeit unter den Arbeiterinnen und Bäuerinnen sehr isoliert von der allgemeinen Parteiarbeit vor sich geht und konstatiert die sich daraus in bedeutendem Maße ergebende ungenügende Aktivität der Funktionäre der Frauenabteilungen in der allgemeinen Parteiarbeit. Er schlägt den Parteikomitees vor, Maßnahmen zur Beseitigung dieser Erscheinungen zu ergreifen, Maßnahmen, die eine wirkliche Leitung der Frauenabteilungen durch die Parteikomitees sichern und die die Frauenabteilungen durch qualifizierte Parteifunktionäre vervollkommen.

5) Der Parteitag hebt die Bedeutung der Delegiertenversammlungen als wesentlichsten Apparat hervor, der die Partei mit den breiten Massen der parteilosen Arbeiterinnen und Bäuerinnen verbindet, und lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit, diesen Apparat durch größere Planmäßigkeit und Systematisierung der Delegiertenversammlungen der Arbeiterinnen zu festigen.

6) Angesichts dessen, daß die Arbeit der Partei unter den werktätigen Frauen des Ostens, das Einwirken auf das beginnende Erwachen dieser Frauen von besonderer Bedeutung ist und die Festigung der bereits erzielten Ergebnisse erfordert, lenkt der Parteitag die Aufmerksamkeit der Kommunistischen Partei der östlichen Republiken auf die Notwendigkeit, diese Arbeit zu intensivieren.

#### Über die Arbeit des RKJV

Im vergangenen Jahr machte der RKJV eine schwere Krise durch. Als

Ergebnis verringerte sich im ersten Halbjahr die Mitgliederzahl des Verbandes bedeutend. Jedoch infolge der umfangreichen wirtschaftlichen und politischen Schulungsarbeit hat sich der Verband im Laufe der zweiten Hälfte des Jahres erholt, viele Tausende neuer Arbeiter und Jugendlicher in seine Reihen aufgenommen, den proletarischen Kern seiner Organisation gefestigt und seine altersmäßige Zusammensetzung verbessert.

Die Periode, in die die Entwicklung der kommunistischen Jugendbewegung jetzt eingetreten ist, wird vor allem durch das außerordentlich schnelle Wachstum des Verbandes gekennzeichnet dadurch, daß der Verband sich in seiner Zusammensetzung fast um die Hälfte durch Jugendliche erneuert hat, denen jegliche revolutionäre Erfahrung fehlt, deren Bewußtsein sich unter den Bedingungen des sowjetischen Lebens geformt hat.

Gegenwärtig muß die Partei schärfer denn je die Frage nach der Heranbildung einer neuen kommunistischen Generation von qualifizierten und klassenbewußten Arbeitern und am Aufbau der Sowjetrepublik interessierten Bauern stellen. Außerdem muß eine systematische Arbeit geleistet werden, um in der neuen Generation ein ernsthaftes Streben zur Meisterung der Wirtschaft und Technik zu erwecken. Die revolutionäre Energie und der Enthusiasmus der Jugend müssen einen breiten Ausdruck in ihren Erfolgen auf dem Gebiet der Spezialkenntnisse finden. Nur unter diesen Bedingungen wird die Arbeiter- und Bauernrepublik neue Kader wirklich Roter Techniker, Wirtschaftler, Gewerkschaftler und Genossenschaftler usw. erhalten.

All dies stellt der Partei eine Reihe grundlegender Aufgaben hinsichtlich des RKJV.

1) Vor der Partei steht vor allem die Aufgabe, dem neuen jungen Menschen die Erfahrungen des revolutionären Kampfes zu übermitteln und ihn gründlich mit der Vergangenheit der Partei bekannt zu machen. Außerordentlich wichtig für die revolutionäre Erziehung ist es, die Jugend mit dem Klassenkampf und den Widersprüchen in der kapitalistischen Wirtschaft bekannt zu machen. Man muß dabei immer in Betracht ziehen, daß die jetzige Generation der Arbeiterjugend ihr bewußtes Leben bereits unter den Bedingungen des Sowjetstaates begonnen hat und die Verhältnisse des Kapitalismus kaum kennt.

Außerdem ist es wichtig, daß die Erziehung der Jugend im Geiste der internationalen Solidarität, der verstärkten Information über die internationale Arbeiterbewegung usw. gelenkt wird. Die Partei muß größte Aufmerksamkeit darauf richten, ein ausreichendes Netz von Politschulen und Politzirkeln zu schaffen, die alle Mitglieder des Jugendverbandes durchlaufen müßten. Diesem Ziel muß auch die Komsomolpresse dienen, auf deren materielle Unterstützung die Parteiorganisationen ihr Augenmerk richten müssen.

2) Durch die Auffrischung der Zusammensetzung des Verbandes wird die Ausbildung leitender Kader für den RKJV zu einer wichtigen Aufgabe. Die Propagandistenkollektive zur Ausarbeitung eines Handbuchs für die Arbeiter- und Dorfzellen müssen von den Parteiorganisationen weitestgehend unterstützt werden.

Die Partei muß erreichen, daß dieser Propagandistenkern des Komsomol so rasch wie möglich ausgebildet wird. Daher müssen die Parteiorganisationen aktiv an der Festigung des Netzes der Propagandistenkollektive und anderer Formen der Ausbildung aktiver Funktionäre (Kurse, Seminare usw.) mitarbeiten, indem sie jedem Propagandistenkollektiv oder irgendeiner anderen Vereinigung aktiver Funktionäre des Verbandes einen erfahrenen Parteipropagandisten zur Seite stellen.

3) Die erzieherische Arbeit der Dorfzellen des Verbandes ist bisher nicht richtig organisiert worden. Aber gerade die Dorfzellen können jetzt mehr denn je als wichtige Stütze der Parteiarbeit auf dem Lande ausgenutzt werden, da sie neue Kader der Jugend heranziehen. Mit allen Mitteln muß die systematische agitatorische und propagandistische Einwirkung auf die Bauernjugend im Sinne der Politik der Sowjetmacht, der Hebung der Landwirtschaft, der Erweiterung des politischen Horizontes und der Hebung des kulturellen Niveaus der Dorfjugend, ihrer Versorgung mit Literatur usw. verstärkt werden. Gleichzeitig ist der Parteitag der Ansicht, daß die Einbeziehung der Dorfzellen des Komsomol in das gesellschaftliche Leben des Dorfes und in den Sowjetaufbau notwendig ist. Das darf allerdings keinesfalls die Hauptaufgabe des Verbandes auf dem Lande, die erzieherische Arbeit unter der Bauernjugend, schwächen.

4) Die gesamte Jugendarbeit muß unter den Bedingungen der gegenwärtigen verhältnismäßig friedlichen Entwicklung so gestaltet sein, daß die heranwachsende neue Generation in ihren Organisationen nicht nur eine kulturelle Schulung, sondern auch eine revolutionäre Stählung erhält. Der Parteitag betont, daß Massenkampagnen mit ausgeprägtem revolutionärem Charakter, die auf eine aktive Mitarbeit der Jugend berechnet sind, die erzieherische Arbeit des Verbandes ergänzen sollen.

5) Die breite Entwicklung der Jugendbewegung führt zu einer zahlenmäßigen Schwächung ihres Parteikerns. Um den Einfluß der Partei innerhalb der Jugendbewegung zu gewährleisten und um die Partei aus der Arbeiterjugend aufzufüllen, hält der Parteitag es für notwendig, Komsomolzen, die Arbeiter sind, den Eintritt in die Partei zu erleichtern sowie aktive Funktionäre des Verbandes verstärkt zum Parteilieben, zu den Parteiversammlungen heranzuziehen.

Die Führung des Verbandes durch die Partei muß mehr denn je auf der praktischen Hilfe bei der erzieherischen Arbeit des Verbandes und bei der verstärkten politischen Anleitung aufgebaut sein, wobei die Selbständigkeit und Aktivität in den Jugendorganisationen und die Einbeziehung des Verbandes in die politische und gewerkschaftliche Arbeit gewahrt bleiben muß. Der Parteitag bestätigt die Beschlüsse der früheren Parteitage über die Arbeit des Jugendverbandes und spricht sich entschieden gegen die Reduzierung der Tätigkeit des RKJV auf die Rolle einer Organisation aus, die sich nur mit Kultur befaßt.

6) Der Parteitag hebt die Erfolge auf dem Gebiet der Patenschaft des RKJV über die Flotte und die Kavallerie hervor und hält es für notwendig, diese Arbeit allseitig zu vertiefen, wobei die Notwendigkeit einer engeren Verbindung zwischen dem Jugendverband und der Roten Armee besonders betont wird.

7) Die unter der Arbeiterjugend immer mehr anwachsende Begeisterung für den Sport muß von der Partei sowohl zur physischen Gesunderhaltung der heranwachsenden Generation der Arbeiterklasse als auch für die Verstärkung der Verbundenheit des kommunistischen Jugendverbandes mit der Jugend insgesamt ausgenutzt werden. In den Fabriken und Werken soll man die Arbeiterjugend in Zirkel für Kör-

perkultur zusammenfassen.

8) Von erstrangiger Bedeutung nicht nur für den RKJV, sondern auch für die gesamte Partei und die Sowjetmacht ist unter den gegenwärtigen Entwicklungsperspektiven der Industrie der allseitige Aufbau und die Festigung der Lehrwerkstätten und Betriebsschulen. Durch die Ausbildung qualifizierter und klassenbewußter Arbeiter füllen sie die Reihen des fortschrittlichen Industrieproletariats auf und leisten damit eine wichtige Aufgabe.

Aus diesem Grunde ist der Parteitag der Ansicht, daß es unbedingt nötig ist, die Betriebsschulen und Lehrwerkstätten weitestgehend zu unterstützen und nach Möglichkeit zu erweitern, die mit der Produktion aufs engste verbunden sind. Ebenso muß die erzieherische und vor allem die politische Arbeit in diesen Schulen und Lehrwerkstätten verstärkt und ihre Lage verbessert werden.

9) Das Anwachsen der Kinderbewegung unter der Führung des Komsomol in Form der "Jungen Pioniere" stellt den Parteiorganisationen die Aufgabe, dabei größtmögliche Hilfe zu leisten.

Die Parteiorganisationen müssen dem RKJV helfen, revolutionäre pädagogische Kräfte um die Kommunistische Kinderbewegung zu vereinen.

10) Der Parteitag stellt fest, daß die heranwachsende weibliche proletarische und Bauernjugend nicht in genügendem Maße in den RKJV einbezogen wird und stellt dem Komsomol die Aufgabe, die Arbeit unter der weiblichen Proletarier- und Bauernjugend zu verstärken.

11) Der Parteitag hält es für notwendig, daß die staatlichen und gewerkschaftlichen Organe ihre Arbeit zur Betreuung der Arbeiterjugend verstärken müssen und daß der RKJV dadurch von überflüssiger staatlicher und gewerkschaftlicher Arbeit befreit wird; er beauftragt das ZK, Formen der Verbindung und Wechselbeziehungen zwischen RKJV und den Staats- und Gewerkschaftsorganen auszuarbeiten.

12) Die engere Verbindung zwischen Partei und Jugendverband erlaubt es, die Frage einer teilweisen Benutzung des Parteiapparates für die Tätigkeit des RKJV aufzuwerfen. Jedoch darf dies keinesfalls die organisatorische Struktur des RKJV zerstören, eine Struk-

tur, die auf dem Prinzip der Selbsttätigkeit beruht und der Heranbildung von Funktionären und der Entwicklung ihrer organisatorischen Fähigkeiten angepaßt ist.

"XII. Parteitag der KPR(B),  
Stenographischer Bericht", 1923.

Vierte Beratung des ZK der KPR(B)

mit den verantwortlichen Funktionären der nationalen

Republiken und Gebiete

Moskau, 9. - 12. Juni 1923

An der Beratung nahmen 17 Mitglieder des ZK, 3 Kandidaten des ZK, 6 Mitglieder der ZKK und 58 Delegierte der nationalen Republiken und Gebiete teil.

Tagesordnung: 1) Bericht der ZKK über den Fall Sultan-Galijew; 2) Praktische Maßnahmen zur Durchführung der Resolution des XIII. Parteitages über die nationale Frage. Referent zum ersten Tagesordnungspunkt war Genosse Kuibyschew, zum zweiten Tagesordnungspunkt referierte J.W. Stalin.

Die Beschlüsse der IV. Beratung des ZK mit den verantwortlichen Funktionären der nationalen Republiken und Gebiete sind gewissermaßen eine Ergänzung zu den Beschlüssen des XII. Parteitages über die nationale Frage. (Als erste Beratung dieser Art muß der im November 1918 stattgefundene 1. Kongreß der mohammedanischen Kommunisten angesehen werden, als zweite - der II. Allrussische Kongreß der kommunistischen Organisationen der Völker des Ostens, der im November-Dezember 1919 stattfand, und als dritte - die Beratung der Kommunisten der Turkvölker der RSFSR, die im Januar 1921 stattfand.)

Auf der Beratung wurde eine Gruppe tatarischer bürgerlicher Nationalisten - Sultan-Galijew und andere, und eine Gruppe usbekischer Vertreter der nationalistischen Abweichung - Faisuleh Chodshajew und andere entlarvt. Die Beratung behandelte eine Anzahl wichtigster Fragen des Partei- und Sowjetaufbaus. Die Beratung konzentrierte die Aufmerksamkeit aller nationalen Organisationen darauf, Kader aus den proletarischen und halbproletarischen Elementen der örtlichen Bevölkerung, aus den jungen kommunistischen Organisationen der nationalen Republiken und Gebiete heranzuziehen und die Beschlüsse des XII. Parteitages zur nationalen Frage praktisch durchzuführen.

Resolution der Beratung

Der Fall Sultan - Galijew

Nach Entgegennahme des Berichtes der ZKK über den Fall Sultan - Galijew erklärt die Beratung:

1. Sultan - Galijew, von der Partei auf verantwortlichen Posten gestellt (Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für nationale Angelegenheiten), benutzte seine Stellung und die ihm dadurch gegebenen Verbindungen mit örtlichen Funktionären dazu, um durch konspirative Arbeit und den Versand geheimer Informationen, die die Maßnahmen der Partei in der Nationalitätenpolitik sichtlich entstellten, unter einigen schwankenden und noch nicht genügend gefestigten Funktionären in den Republiken und Oblast (sowohl Parteimitglieder, als auch Parteilose), eine illegale Organisation zum Widerstand gegen die Maßnahmen der zentralen Parteiorgane zu schaffen.

2. Sultan - Galijew war bestrebt, die Tätigkeit der geschaffenen parteifeindlichen illegalen Organisation so zu lenken, daß das Vertrauen der früher unterdrückten Nationalitäten zum revolutionären Proletariat, das Bündnis zwischen diesen Kräften - eine der grundlegenden Bedingungen der Existenz der Sowjetmacht und der Befreiung der abhängigen Länder des Ostens vom Imperialismus - untergraben wird.

3. Sultan - Galijew versuchte, seine Organisation über die Grenzen der Union der Sowjetrepubliken hinaus auszudehnen, indem er mit seinen Parteigängern in einigen östlichen Staaten (Persien, Türkei) Verbindung aufzunehmen und sie auf einer der Nationalitätenpolitik der Sowjetmacht entgegengesetzten Plattform zu vereinen suchte.

4. Die parteifeindlichen und objektiv konterrevolutionären Aufgaben, die Sultan - Galijew stellte, und die Logik der parteifeindlichen Tätigkeit selbst führten Sultan - Galijew zur verräterischen Suche nach einem Bündnis mit offen konterrevolutionären, auf den Sturz der Sowjetordnung eingestellten Kräften, was in dem Versuche zum Ausdruck kam, sich mit dem vom internationalen

Imperialismus unterstützten bucharisch-turkestanischen Basmatshentum, über einen seiner Führer - Saki-Walidow - zu verbinden.

5. In Anbetracht dessen ist die Beratung der Meinung, daß die verbrecherischen Handlungen Sultan - Galijews gegenüber der Partei und deren Einheit, wie auch gegenüber der Sowjetrepublik, die durch sein eigenes volles Geständnis bestätigt wurden, ihn außerhalb der Reihen der kommunistischen Partei stellen.

6. Die Beratung ist sich darüber klar, daß die unter einem Teil der örtlichen Funktionäre der Republiken und Gebiete vorhandene Abweichung zum Nationalismus eine Reaktion auf den groß-russischen Chauvinismus ist, der seinen Ausdruck in einer ganzen Reihe von Fehlern russischer Genossen in einzelnen Orten fand und dessen Bekämpfung eine der wichtigsten gegenwärtigen Aufgaben der Partei ist. Die Tätigkeit Sultan - Galijews zumindest in ihrem Anfangsstadium, kann man als einen widerlichen Ausdruck dieser Abweichung zum Nationalismus betrachten. Aber die Beratung muß gleichzeitig feststellen, daß die parteifeindliche und antisowjetische Tätigkeit Sultan - Galijews hätte signalisiert oder jedenfalls rechtzeitig auf dem Parteiwege unschädlich gemacht werden können, wenn in den östlichen Republiken, insbesondere in Tatarien und Baschkirien, wo die Clique Sultan - Galijews einige Verbreitung hatte, von den örtlichen Funktionären selbst ein systematischer und entschlossener Kampf gegen die Abweichung zum Nationalismus geführt worden wäre.

7. Die Beratung ist deshalb der Ansicht, daß es ebenfalls eine dringende Aufgabe der Partei ist, wahrhaft internationalistische kommunistische Kader aus der einheimischen Bevölkerung in den Republiken und Oblast, insbesondere aus den proletarischen und halbproletarischen Elementen zu entwickeln, die genügend wendig sind, um alle irgendwie loyalen Elemente der einheimischen Intelligenz zur Sowjetarbeit heranzuziehen, die genügend standhaft sind, um gegenüber den menschwistisch-bürgerlichen Strömungen und Tendenzen standzuhalten und einen entschlossenen Kampf zu führen sowohl gegen die Abweichung zum Nationalismus als auch zur Vernich-

tung der Überreste der nationalen Ungleichheit, die diese Abweichung verstärken.

Die kommunistischen Organisationen in den Republiken und Gebieten müssen strengstens darauf achten, daß nicht nur die organisatorischen, sondern auch die ideologischen Grenzen der Partei streng gewahrt werden. Wenn die Parteiorganisation nicht nur mit nationalen, sondern sogar auch mit nationalistischen Stimmungen rechnen muß, weil diese breite Bevölkerungskreise erfassen, so darf sie andererseits nicht zulassen, daß irgendein Teil von der Partei selbst in diesen Stimmungen aufgeht. Ein Kommunist kann nicht anders für diese oder jene Änderungen in der Nationalitätenpolitik kämpfen als über die Parteiorganisation und auf streng parteilichem Wege.

#### Praktische Maßnahmen, um die Resolution des XII. Parteitages zur nationalen Frage durchzuführen

##### I. Die allgemeine Linie der Parteiarbeit in der nationalen Frage

Die Parteiarbeit in der nationalen Frage muß, soweit es sich um den Kampf gegen Abweichungen von der Position des XII. Parteitages handelt, einer durch die entsprechenden Punkte der Resolution dieses Parteitages zur nationalen Frage bestimmten Linie folgen. Diese Punkte sind der 7. Punkt des ersten Abschnitts der Resolution und die Punkte 1, 2 und 3 des zweiten Abschnitts.

Eine der grundlegenden Aufgaben der Partei besteht darin, in den nationalen Republiken und Gebieten aus den proletarischen und halbproletarischen Elementen der einheimischen Bevölkerung junge kommunistische Organisationen heranzubilden und zu entwickeln, mit allen Mitteln dazu beizutragen, daß diese Organisationen auf die Beine kommen, eine wirkliche kommunistische Erziehung erhalten und wahrhaft internationalistische, wenn auch anfangs zahlenmäßig schwache, kommunistische Kader schmieden. Die Sowjetmacht wird erst dann in den Republiken und Gebieten stark sein, wenn dort wirklich ernst zu nehmende kommunistische Organisationen Fuß fassen werden.

Was nun die Kommunisten in den Republiken und Gebieten selbst betrifft, so müssen sie daran denken, daß sich die Situation bei ihnen, schon allein infolge der andersartigen sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung, stark von der Situation in den Industriezentren der Union der Republiken unterscheidet, daß darum in den Randgebieten häufig andere Arbeitsmethoden angewandt werden müssen.

Die Schwäche oder das fast völlige Fehlen einer modernen Industrie und die unvermeidliche Langsamkeit der Entwicklung der Industrie in der nächsten Zeit verlagern mit Notwendigkeit die Tätigkeit der Partei auf eine langsame, systematische und geduldige ideologisch-erzieherische Arbeit unter den besten Elementen der Bauernschaft, der Handwerker u.a. Man darf nie vergessen, daß in den zurückgebliebenen Republiken und Gebieten nur unsere Parteiorganisationen einfachen Elementen, die zwar aufrichtig revolutionär, aber noch ungenügend entwickelt und gestählt sind, die Möglichkeit eröffnet, sich allmählich zum vollendeten Kommunisten zu entwickeln. Eine mechanische Übertragung jenes klassenmäßigen revolutionären Kriteriums, das sich auf Grund der Erfahrung der proletarischen Zentren gebildet hat, auf die genannten Gebiete wäre vollkommen falsch und würde zu direkt entgegengesetzten Ergebnissen führen. Gerade der Umstand, daß den Kern der KPR in ihrer Gesamtheit gestählte Arbeiter der Industriezentren bilden, gestattet der Partei, ohne daß ihr Klassencharakter Gefahr läuft, die obenangeführte Methode der geduldigen ideologischen Erziehungsarbeit anzuwenden.

Die Genossen aus dem Zentrum, die unter den zurückgebliebenen Völkerschaften Parteiarbeit leisten, müssen streng den Ton der Unterstützung und Hilfe für die fortschrittlichen nationalen Elemente in ihrer kommunistischen und Sowjetarbeit wahren und in Wort und Tat alles vermeiden, was den Anschein erwecken könnte, daß sie das Recht für sich in Anspruch nehmen, zu zwingen und zu beschließen, zu gestatten und abzulehnen, überhaupt zu verfügen, indem sie sich formal auf die Autorität des Zentrums stützen.

Insbesondere hier, in den Republiken und Oblast, muß man in dem Bestreben, die Unterstützung der werktätigen Massen der einheimischen Bevölkerung zu gewinnen, den revolutionär-demokratischen oder auch nur loyal zur Sowjetmacht eingestellten Elementen in höherem Maße als in den zentralen Gebieten entgegenkommen. Die einheimische Intelligenz spielt in den Republiken und Gebieten in vieler Hinsicht eine andere Rolle als die Intelligenz der zentralen Gebiete der Union der Republiken. Die Randgebiete sind so arm an einheimischen Intellektuellen, daß keine Mühe gescheut werden darf, um jeden von ihnen für die Sowjetmacht zu gewinnen.

Der Kommunist in den Randgebieten muß sich stets sagen: Ich bin Kommunist, darum muß ich bei meiner Tätigkeit dem gegebenen Milieu Rechnung tragen und jenen einheimischen nationalen Elementen Zugeständnisse machen, die im Rahmen des Sowjetsystems loyal arbeiten wollen und arbeiten können. Das schließt jedoch einen systematischen ideologischen Kampf für die Prinzipien des Marxismus und für wahren Internationalismus, gegen die Abweichung zum Nationalismus nicht aus, sondern setzt ihn voraus. Nur auf diese Weise wird man den lokalen Nationalismus erfolgreich überwinden und die breiten Schichten der einheimischen Bevölkerung für die Sowjetmacht gewinnen können.

Der Kommunist in den Randgebieten muß sich stets sagen: Ich bin Kommunist, darum muß ich bei meiner Tätigkeit dem gegebenen Milieu Rechnung tragen und jenen einheimischen nationalen Elementen Zugeständnisse machen, die im Rahmen des Sowjetsystems loyal arbeiten wollen und arbeiten können. Das schließt jedoch einen systematischen ideologischen Kampf für die Prinzipien des Marxismus und für wahren Internationalismus, gegen die Abweichung zum Nationalismus nicht aus, sondern setzt ihn voraus. Nur auf diese Weise wird man den lokalen Nationalismus erfolgreich überwinden und die breiten Schichten der einheimischen Bevölkerung für die Sowjetmacht gewinnen können.

II. Fragen, die mit der Schaffung einer zweiten Kammer des ZVK der Union und der Organisation der Volkskommissariate der Union der Republiken zusammenhängen

a) Über die Zusammensetzung der zweiten Kammer. Diese Kammer soll aus Vertretern der autonomen und der unabhängigen Republiken (je vier von jeder Republik oder mehr) und aus Vertretern der nationalen Oblast (es genügt einer von jeder Oblast) bestehen. Es wäre wünschenswert, eine solche Regelung zu treffen, daß die Mitglieder der ersten Kammer im allgemeinen nicht gleichzeitig Mitglieder der zweiten Kammer sind. Die Vertreter der Republiken und Oblast müssen vom Sowjetkongreß der Union der Republiken bestätigt werden. Die erste Kammer soll Unions Sowjet, die zweite Kammer Sowjet der Nationalitäten heißen.

b) Über die Rechte der zweiten Kammer im Verhältnis zur ersten Kammer. Die erste und die zweite Kammer sollten gleiche Rechte erhalten, wobei jede von ihnen die Gesetzesinitiative beibehalten sollte. Dabei soll weiter darauf gesehen werden, daß kein Gesetzentwurf, der der ersten oder zweiten Kammer vorgelegt wird, ohne die Zustimmung der beiden getrennt abstimmenden Kammern zum Gesetz erhoben werden kann. Konfliktfragen werden durch Verweisung an die Schlichtungskommission beider Kammern und, falls eine Einigung nicht erzielt wird, durch eine neue Abstimmung in gemeinsamer Sitzung der Kammern entschieden; wenn der auf solche Weise abgeänderte strittige Gesetzentwurf nicht die Stimmenmehrheit beider Kammern erhält, wird die Frage vor einen außerordentlichen oder vor den ordentlichen Kongreß der Sowjets der Union der Republiken gebracht.

c) Über die Kompetenz der zweiten Kammer. Die Zuständigkeit der zweiten Kammer (ebenso wie der ersten Kammer) erstreckt sich auf die im Punkt 1 der Verfassung der UdSSR vorgesehenen Fragen. Die gesetzgebenden Funktionen des Präsidiums des ZEK der Union und des Rates der Volkskommissare der Union bleiben unberührt.

d) Über das Präsidium des ZEK der Union der Republiken. Es soll nur ein Präsidium des ZEK bestehen. Dieses soll von den beiden Kammern des ZEK gewählt werden, wobei natürlich die Nationalitäten, zumindest die größten von ihnen, vertreten sein müssen. Der Antrag der Ukrainer, an Stelle eines einzigen Präsidiums des ZEK der Union zwei Präsidien mit gesetzgebenden Funktionen entsprechend den zwei Kammern des ZEK zu schaffen, ist unzweckmäßig. Das Präsidium ist das oberste Machtorgan der Union, das ständig, ununterbrochen, von einer Tagung zur anderen tätig ist. Die Bildung von zwei Präsidien mit gesetzgebenden Funktionen wäre eine Aufspaltung des obersten Machtorgans, was unvermeidlich große Schwierigkeiten in der Arbeit hervorrufen würde. Die Kammern müssen ihre Präsidien haben, die jedoch über keine gesetzgebenden Funktionen verfügen.

e) Über die Anzahl der verschmolzenen Kommissariate. Nach den Beschlüssen der vorangegangenen Plenartagungen des ZK soll es fünf verschmolzene Kommissariate geben (Auswärtige Angelegenheiten, Außenhandel, Militärwesen, Verkehrswesen sowie Post- und Fernmeldewesen), Direktiven erteilende Kommissariate soll es ebenfalls fünf geben (Volkskommissariat für Finanzen, Oberster Volkswirtschaftsrat, Volkskommissariat für Ernährungswesen, Volkskommissariat für Arbeit, Arbeiter- und Bauerninspektion), die übrigen Kommissariate sind völlig autonom. Die Ukrainer beantragen, die Volkskommissariate für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel aus der Kategorie der verschmolzenen Kommissariate in die Kategorie der Direktiven erteilenden Kommissariate überzuführen, das heißt, parallel zu den Unionskommissariaten für Auswärtige Angelegenheiten und für Außenhandel den Republiken die entsprechenden Kommissariate zu belassen und ihnen von den Unionskommissariaten Direktiven erteilen zu lassen. Dieser Antrag ist unannehmbar, wenn man bedenkt, daß wir tatsächlich einen Bundesstaat bilden, der vor der Außenwelt als vereinigtes Ganzes auftreten können muß. Dasselbe ist auch von den Konzessionsverträgen zu sagen, deren Abschluß in der Union der Republiken konzentriert werden muß.

f) Über die Struktur der Volkskommissariate der Union der Republiken. Man sollte die Kollegien dieser Volkskommissariate dadurch erweitern, daß man sie durch Vertreter der größten und wichtigsten Nationalitäten ergänzt.

g) Über die Budgetrechte der Republiken. Im Rahmen des den Republiken eingeräumten Anteils, dessen Ausmaß besonders bestimmt werden muß, sollte den Republiken hinsichtlich ihres Budgets größere Selbständigkeit eingeräumt werden.

### III. Maßnahmen zur Einbeziehung der werktätigen Elemente der einheimischen Bevölkerung in den Partei- und Sowjetaufbau

a) Säuberung der Staats- und Parteiapparate von nationalistischen



Elementen (gemeint sind in erster Linie die großrussischen, aber auch die antirussischen und sonstigen Nationalisten). Die Säuberung muß umsichtig, auf Grund überprüfter Angaben, unter Kontrolle des ZK der Partei vorgenommen werden.

b) Systematische und unentwegte Bemühungen um die Nationalisierung der Staats- und Parteinstitutionen in den Republiken und Gebieten, derart, daß allmählich die Muttersprache der einheimischen Bevölkerung in die Geschäftsführung eingeführt wird, wobei die verantwortlichen Funktionäre verpflichtet werden, die Muttersprache der einheimischen Bevölkerung zu erlernen. Systematische Einbeziehung der nationalen Elemente in das Gewerkschafts- und Genossenschaftswesen.

c) Auswahl von mehr oder weniger loyalen Elementen aus der örtlichen Intelligenz und ihre Einbeziehung in die Sowjetbehörden, wobei unsere führenden Funktionäre in den Republiken und Oblast gleichzeitig bemüht sein müssen, Partei- und Sowjet-Funktionäre aus den Reihen der Parteimitglieder zu entwickeln.

d) Einberufung von Konferenzen parteiloser Arbeiter und Bauern, auf denen Referate der Volkskommissare und überhaupt verantwortlicher Funktionäre über die wichtigsten Maßnahmen der Sowjetmacht gehalten werden sollen.

#### IV. Maßnahmen zur Hebung des Kulturniveaus der einheimischen Bevölkerung

a) Klubs (für Parteilose) und andere Aufklärungsstellen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung tätig sind, sind einzurichten;

b) das Netz der in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung tätigen Lehranstalten aller Stufen ist zu erweitern und Arbeiterfakultäten auf der Basis der einheimischen Sprache zu errichten;

c) die mehr oder weniger loyalen einheimischen Volksschullehrer sind zur Arbeit in der Schule heranzuziehen;

d) ein Netz von Vereinigungen ist zu schaffen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung Lese- und Schreibunterricht

erteilen;

e) das Verlagswesen muß aufgebaut und beim ZK ein spezieller Fonds zur Subventionierung in den Republiken und Gebieten geschaffen werden;

f) Einbeziehung der Schulen der Unterstufe kulturell schwach entwickelter Nationalitäten in den Gesamtstaatshaushalt.

#### V. Der wirtschaftliche Aufbau in den nationalen Republiken und Gebieten unter Berücksichtigung der Besonderheiten der nationalen Lebensweise

a) Die Umsiedlungen müssen reguliert und, wo erforderlich, ganz eingestellt werden;

b) der einheimischen werktätigen Bevölkerung soll nach Möglichkeit aus dem Staatsfondsboden zugeteilt werden;

c) der einheimischen Bevölkerung sind billige landwirtschaftliche Kredite zu verschaffen;

d) die Bewässerungsarbeiten sind auszudehnen;

e) den Genossenschaften, insbesondere den Gewerbe-Genossenschaften (zwecks Heranziehung der Handwerker) ist allseitige Hilfe zu gewähren;

f) Betriebe sind in die Republiken zu verlegen, in denen die entsprechenden Rohstoffe reichlich vorhanden sind;

g) Berufsschulen und technische Schulen müssen für die einheimische Bevölkerung geschaffen werden;

h) landwirtschaftliche Kurse sind für die einheimische Bevölkerung einzurichten.

#### VI. Über die praktischen Maßnahmen zur Organisation nationaler Truppenteile

Wir müssen sofort damit beginnen, in den Republiken und Gebieten Militärschulen zu schaffen, die innerhalb einer bestimmten Frist ein Kommandeurkorps aus einheimischen Kräften heranbilden,

das später als Kern für die Organisation nationaler Truppenteile dienen kann. Dabei muß selbstverständlich die parteimäßige und soziale Zusammensetzung der nationalen Truppenteile, insbesondere des Kommandeurkorps, in genügendem Maße gesichert werden. Wo alte Militärkader aus einheimischen Kräften vorhanden sind (Tatarien, zum Teil Baschkirien), könnten sofort nationale Milizregimenter organisiert werden. In Grusinien, Armenien und Aserbaidshan könnte man schon jetzt je eine Division aufstellen. In der Ukraine und in Bjelorußland könnte schon jetzt je eine Milizdivision (besonders in der Ukraine) aufgestellt werden.

Die Schaffung nationaler Truppenteile ist eine Frage von ersterer Bedeutung, sowohl was die Abwehr eventueller Überfälle seitens der Türkei, Afghanistans, Polens usw. angeht als auch in Anbetracht einer eventuellen der Union der Republiken aufgezwungenen Aktion gegen Nachbarstaaten. Die Bedeutung der nationalen Truppenteile für die innere Lage der Union der Republiken braucht nicht erst bewiesen zu werden. Voraussichtlich wird im Zusammenhang damit die zahlenmäßige Stärke unserer Armee um etwa 20 000 bis 25 000 Mann erhöht werden müssen.

#### VII. Die Organisation der Erziehungsarbeit der Partei

- a) Schulen sind ins Leben zu rufen, die in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung politisches Grundwissen vermitteln;
- b) marxistische Literatur ist in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung herauszugeben;
- c) wir müssen eine gutgeleitete periodische Presse in der Muttersprache der einheimischen Bevölkerung haben;
- d) die Tätigkeit der Universität der Völker des Ostens muß zentral und örtlich erweitert und diese Universität materiell sichergestellt werden;
- e) ein Diskussionsklub der Partei an der Universität der Völker des Ostens ist zu gründen, zu dessen Arbeit die in Moskau wohnenden Mitglieder des ZK heranzuziehen sind;
- f) die Arbeit im Jugendverband und unter den Frauen in den

Republiken und Gebieten ist zu verstärken.

#### VIII. Auswahl von Partei- und Sowjetfunktionären zwecks Verwirklichung der vom XII. Parteitag beschlossenen Resolution zur nationalen Frage

Eine bestimmte Anzahl von nationalen Funktionären (je zwei oder drei) muß in die Abteilung für Registrierung und Einsatz, in die Abteilung für Agitation und Propaganda, in die Organisationsabteilung, in die Frauenabteilung und in den Instrukteurapparat des ZK aufgenommen werden, um mit ihrer Hilfe die laufende Parteiarbeit des ZK in den Randgebieten zu erleichtern, die Partei- und Sowjetfunktionäre richtig auf die Republiken und Gebiete zu verteilen und dadurch die Linie des XII. Parteitags der KPR in der nationalen Frage zu sichern. Außerdem ist es notwendig, einige Abweichungen von den festgesetzten Normen zuzulassen, wodurch es möglich wird, den Eintritt in die Partei und das Aufsteigen in führende Organe der Partei für die proletarischen und halbproletarischen Elemente der nationalen Republiken und Oblast zu erleichtern.

"Investija des ZK der KPR(B)"  
Nr. 5, Juni 1923.

#### Anmerkung der deutschen Redaktion

Der Text der Resolution "Praktische Maßnahmen" ist dem Band 5 der Werke J.W. Stalin, Dietz Verlag, Berlin 1952, S. 257 - 263 entnommen. Die in dem Band nicht enthaltenen Absätze sind neu übersetzt.

Gemeinsame Plenartagung des ZK und der ZKK  
mit Vertretern von 10 Parteiorganisationen  
Moskau, 25. - 27. Oktober 1923

Die gemeinsame Plenartagung des ZK und ZKK beriet zusammen mit Vertretern von 10 Parteiorganisationen über die innerparteiliche Lage und brandmarkte das parteifeindliche, fraktionelle, verleumderische Auftreten Trotzki's vom 8. Oktober 1923, das das Signal zur Vereinigung aller oppositionellen Gruppierungen zum Kampfe gegen die Partei, gegen den Leninismus war. Das Plenum brandmarkte die von Trotzki zusammengeflickte Plattform, die sich Erklärung der 46 Oppositionellen nannte. Im Kampfe gegen die leninistische Partei vereinigten sich alle oppositionellen Gruppierungen: die Trotzkiisten, Dezisten, die Überreste der "linken Kommunisten" und der "Arbeiter - Opposition". In ihrer Erklärung prophezeiten sie eine schwere Wirtschaftskrise und den Untergang der Sowjetmacht und forderten, als einzig möglichen Ausweg aus der Lage, Freiheit für die Fraktionen und Gruppierungen, die vom X. Parteitag auf Vorschlag Lenins verboten worden waren.

Resolution des Plenums

Über die Lage in der Partei

Die gemeinsame Plenartagung billigt voll und ganz den vom Politbüro rechtzeitig festgelegten Kurs auf die innerparteiliche Demokratie sowie die vom Politbüro vorgeschlagene Verstärkung des Kampfes gegen jeden überflüssigen Aufwand und den zersetzenden Einfluß der NÖP auf einzelne Elemente der Partei.

Die gemeinsame Plenartagung beauftragt das Politbüro, alles Notwendige zu unternehmen, um die Arbeit der vom Politbüro und vom Septemberplenum eingesetzten Kommissionen zu beschleunigen: der Kommission 1. zur Frage der "Schere", 2. zur Frage des Arbeitslohns, 3. zur innerparteilichen Lage.

Das Politbüro soll, nach Ausarbeitung der notwendigen Maßnahmen zu diesen Punkten, beginnen, sie unverzüglich in die Tat umzu-

setzen und hierüber auf dem nächsten ZK-Plenum Bericht erstatten.

Die gemeinsame Plenartagung des ZK und der ZKK mit Vertretern von 10 Parteiorganisationen sieht das Auftreten Trotzki's in dieser für die internationale Revolution und die Partei höchst verantwortungsvollen Zeit für einen schweren politischen Fehler an, insbesondere weil der gegen das Politbüro gerichtete Angriff Trotzki's objektiv den Charakter eines fraktionellen Auftretens angenommen hat, das die Einheit der Partei zu gefährden droht und eine Parteikrise herbeiführt. Die gemeinsame Plenartagung stellt mit Bedauern fest, daß Trotzki zur Behandlung der von ihm aufgeworfenen Fragen den Weg gewählt hat, an einzelne Mitglieder der Partei zu appellieren, anstatt den einzig zulässigen Weg zu gehen - diese Fragen zuvor in den Kollegien, deren Mitglied Trotzki ist, zur Diskussion zu stellen.

Der von Trotzki gewählte Weg war das Signal zu einer fraktionellen Gruppenbildung (Erklärung der 46).

Die gemeinsame Plenartagung des ZK und der ZKK und die Vertreter der 10 Parteiorganisationen verurteilen entschieden die Erklärung der 46 als einen Schritt fraktioneller Spaltungspolitik, die, wenn auch ohne Willen der Unterzeichner dieser Erklärung, einen solchen Charakter angenommen hat. Diese Erklärung droht dem gesamten Leben der Partei für die nächsten Monate den Stempel des innerparteilichen Kampfes aufzudrücken und so die Partei in einer für das Schicksal der internationalen Revolution höchst verantwortungsschweren Zeit zu schwächen.

(Angenommen mit 102 gegen  
2 Stimmen, bei 10 Stimmenthaltungen).

"Dreizehnte Konferenz der KPR(B).  
Bulletin" 1924

Plenum des ZK der KPR(B)

Moskau, 14.-15. Januar 1924

Am 14. und 15. Januar fand ein Plenum des Zentralkomitees der KPR statt, an dem auch Mitglieder und Kandidaten der Zentralen Kontrollkommission und zwei Vertreter der ZKK der Ukraine teilnahmen.

Die hauptsächlichsten Tagesordnungspunkte des Plenums waren die Fragen:

1. Über die nächsten Aufgaben der ökonomischen Politik.
2. Über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus.
3. Über die Ergebnisse der Diskussion und über das Diskussionsblatt.
4. Über die internationale Lage und eine Reihe Fragen, die mit der Parteikonferenz verbunden sind.

Das Plenum des ZK zog das Fazit der Parteidiskussion, wobei eine Reihe von Mitgliedern des ZK, die außerhalb Moskaus arbeiten, die Linie der Opposition (Trotzki, Radek, Pjatakow u.a.), die auf eine Legalisierung der Fraktionen und Gruppierungen in der Partei sowie auf eine Gegenüberstellung von Apparat und Partei hinauslief, in scharfer und kategorischer Form verurteilten.

In der Frage der nächsten Aufgaben des Parteaufbaus bestätigte das Plenum die Resolution<sup>1)</sup> des ZK über den Parteaufbau als Vorlage für die Parteikonferenz.

In Anbetracht dessen, daß die im Abschnitt 1 der Resolution entwickelten Fragen (Entwicklung der Wirtschaft, Rolle der Grundlagen der Planung u.a.) ihre Begründung in der Resolution über die ökonomische Politik erhielten, wurde beschlossen, aus der Resolution über den Parteaufbau deren ersten Abschnitt herauszunehmen,

1) Die Resolution "Über den Parteaufbau" wurde auf der gemeinsamen Sitzung des Politbüros des ZK und des Präsidiums der ZKK am 5.12.1923 angenommen. Die Redaktion.

da er eine Wiederholung der entsprechenden Absätze der Resolution über die ökonomische Politik darstellt. Jedoch ist hierbei der Unterpunkt c) als Einleitung der Resolution über den Parteaufbau beizubehalten. Die übrigen Abschnitte der Resolution sind entsprechend neu zu numerieren.<sup>1)</sup>

Zur Frage der nächsten Aufgaben der ökonomischen Politik bestätigte das Plenum die Resolution des Politbüros zur Vorlage auf der Konferenz.<sup>2)</sup>

Die von Pjatakow im Sinne der "Opposition" eingebrachten Berichtigungen zur Resolution wurden vom Plenum abgelehnt.

Zur Frage der internationalen Lage, wo besonders umfassend und sorgfältig die Lehren der Ereignisse in Deutschland beraten wurden, beschloß das Plenum des ZK, das Referat zu diesem Punkte zur Vorlage auf der Parteikonferenz zu bestätigen. Das Plenum erkannte die Linie des Politbüros, die den Thesen über die Lehren der Ereignisse in Deutschland zugrunde gelegt wurde, als richtig an und billigte die Politik des Politbüros, die auf eine Übereinkunft mit der Mehrheit des deutschen ZK auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit der Linken gerichtet war. Das Plenum billigte außerdem den Beschluß des Politbüros vom 27. Dezember 1923 über das falsche Verhalten Radeks in der deutschen Frage, in welchem festgestellt wird, daß:

"a) Radek voll und ganz Kurs auf die Unterstützung der rechten Minderheit im ZK der KPD und die Leugnung des linken Flügels der Partei genommen hat, was objektiv die deutsche Kommunistische Partei zu spalten droht, während das Politbüro des ZK der KPR seine Politik auf der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des ZK der KPD und der Zusammenarbeit mit den Linken begründet, wobei es

- 1) Es handelt sich um die Herausnahme der Punkte "a" und "b" und Punkt "c" - Einleitung der Resolution "Über den Parteaufbau", angenommen auf der XIII. Parteikonferenz, Seite 251.
- 2) Die Resolution "Über die nächsten Aufgaben der ökonomischen Politik" wurde vom Politbüro am 24. Dezember 1923 angenommen und von der XIII. Parteikonferenz vollständig bestätigt. (s. Resolution der XIII. Parteikonferenz, Seite 271). Die red.

die Fehler der Linken kritisiert und das bei ihr vorhandene Richtige unterstützt, wie es ebenso die groben Fehler der Rechten der Kritik unterzieht.

b) Die allgemeine Auffassung Radeks vom Verlauf des weiteren Kampfes in Deutschland geht von der falschen Einschätzung der Klassenkräfte in Deutschland aus, wobei er die Differenzen innerhalb des Faschismus opportunistisch überschätzt und auf diesen Differenzen die Politik der Arbeiterklasse in Deutschland aufzubauen versucht.

In Anbetracht all dessen ist das ZK gezwungen, dem EKKI zur Kenntnis zu bringen, daß Radek in der gegebenen Frage nicht die Meinung des ZK der KPR zum Ausdruck bringt".

Weiter wies das Plenum Radek darauf hin, daß es in der bolschewistischen Partei für ein Mitglied des ZK der KPR unzulässig sei, sich nicht den Beschlüssen des ZK über die internationale Lage zu unterwerfen und warnte nachdrücklich Radek und die anderen Genossen von der "Opposition", den für die internationale Arbeiterbewegung äußerst schädlichen Fraktionskampf in die Komintern hineinzutragen.

"Prawda" Nr. 13 vom  
16. Januar 1924.

Die dreizehnte Konferenz der KPR(B)

Moskau, 16. - 18. Januar 1924

Auf der Konferenz waren 128 Delegierte mit beschließender und 222 Delegierte mit beratender Stimme anwesend.

Tagesordnung: 1) Die nächsten Aufgaben der ökonomischen Politik; 2) Fragen des Parteaufbaus; 3) Die internationale Lage. Außer der Beratung der Fragen, die auf der Tagesordnung standen, nahm die Konferenz folgende Resolutionen an: 1) Über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerliche Abweichung in der Partei und 2) Grußadresse an das Zentralorgan, die "Prawda".

Die Konferenz zog das Fazit der Diskussion und entlarvte das parteifeindliche Wesen der trotzkistischen Opposition. Die Konferenz verurteilte in der Resolution zum Referat J.W. Stalins "über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus" die trotzkistische Opposition, indem sie erklärte, daß die Partei es hier mit einer kleinbürgerlichen Abweichung vom Marxismus zu tun hat. Die Konferenz wies auf die Notwendigkeit hin, den Punkt 7 der auf Vorschlag Lenins auf dem X. Parteitag angenommenen Resolution "Über die Einheit der Partei" zu veröffentlichen. Die Beschlüsse der Konferenz wurden in der Folge vom XIII. Parteitag und vom V. Kongreß der Komintern gebilligt.

In der Resolution "Grußadresse an das Zentralorgan, die 'Prawda'" billigte die Konferenz die Position der Redaktion des Zentralorgans, die sie bei der Verteidigung der Grundideen des Leninismus im Verlaufe der Diskussion bezog.

Um das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft zu festigen, faßte die Konferenz eine Reihe von Beschlüssen zu Fragen der ökonomischen Politik - und zwar Beschlüsse über die Durchführung einer Währungsreform, über die Organisation des Kreditwesens, über die Senkung der Preise für Industriewaren u.a.

Die Konferenz verurteilte die rechtsopportunistische kapitulantenhafte Linie Radeks u.a. in bezug auf die Ereignisse 1923 in Deutschland.

## I. Resolutionen der Konferenz

### Über den Parteaufbau

Die objektiven Widersprüche des jetzigen Stadiums der Übergangsperiode, die sich ergeben aus dem Nebeneinanderbestehen der verschiedenartigsten Wirtschaftsformationen, aus der Existenz von Marktverhältnissen, aus der Notwendigkeit für die staatlichen Institutionen, kapitalistische Formen und Methoden in der praktischen Arbeit anzuwenden, aus der Notwendigkeit, sich in dieser Arbeit auf einem dem Proletariat noch fremden Personalbestand zu stützen usw. - diese objektiven Widersprüche treten in einer ganzen Reihe negativer Tendenzen zutage, deren Bekämpfung auf die Tagesordnung gesetzt werden muß. Zu diesen Tendenzen gehören: die großen Differenzen in der materiellen Lage der Parteimitglieder, was in Zusammenhang mit den Unterschieden in den Funktionen und dem sogenannten "unnötigen Luxus" steht, das Wachsen des Kontakts mit bürgerlichen Elementen und deren ideologischer Einfluß, die ressortmäßige Einengung des Horizontes, die mit der notwendigen Spezialisierung nichts zu tun hat, und die auf dieser Grundlage entstehende Schwächung der Verbindung der Kommunisten der verschiedenen Arbeitsgebiete untereinander; die Gefahr, die Perspektiven des sozialistischen Aufbaus im ganzen und der Weltrevolution zu verlieren; die schon vom Parteitag hervorgehobene Gefahr der auf der "NÖP" beruhenden Entartung eines Teiles der Funktionäre, die auf Grund ihrer Tätigkeit am stärksten mit dem bürgerlichen Milieu in Berührung kommen; die zu beobachtende Bürokratisierung des Parteiapparates und die hieraus entspringende Gefahr der Loslösung der Partei von den Massen.

#### 1. Die Partei und die werktätigen Massen

Das Vertrauen der proletarischen Massen zur Partei ist gewachsen. Dies findet seinen Ausdruck in den Wahlen zu den Sowjets, im Zerfall der menschevistischen Partei und der Partei der Sozialrevolutionäre, in der Bildung eines Kaderstammes parteiloser Arbeiter, die aktiv die Partei unterstützen. Gleichzeitig aber werden die aktiven Kommunisten aus den Reihen der Arbeiter, die natürlich die

Verbindung der Partei zu den parteilosen Massen sein müssen, fast völlig von der Verwaltungs- und Wirtschaftsarbeit beansprucht und lösen sich damit unvermeidlich von der Produktion. Daher besteht die Hauptaufgabe auf diesem Gebiet darin, neue Parteimitglieder unter den Produktionsarbeitern zu werben. Die Aufgabe der Parteiorganisationen besteht darin, gerade dieser Kategorie von Funktioniären besondere Beachtung zu schenken und alles Mögliche zu tun, um sie nicht von der Produktionsarbeit loszureißen, ihnen zu helfen, ihr kulturelles Niveau zu heben und ihnen die wirkliche Mitarbeit in allen Parteiangelegenheiten weitestgehend zu erleichtern. Die Vergrößerung des proletarischen Kerns der Partei muß in den nächsten Monaten eine der wichtigsten Aufgaben aller Parteiorganisationen sein. Die Initiative einzelner Organisationen, die ihre Arbeit schon in dieser Richtung entfaltet haben, muß von allen Industrieorganen unserer Partei unterstützt werden. Die Partei muß den Zustrom neuer Kader von Industriearbeitern in die Parteiorganisationen und ihren Übergang aus dem Kandidaten- in den Mitgliederstand erleichtern. Gleichermaßen ist es notwendig, verstärkt die Aufmerksamkeit auf die Arbeit unter der heranwachsenden proletarischen Jugend zu lenken.

Unter der Bauernschaft, wo erneut die Landarbeiter- und Halb-landarbeiterschichten wachsen, ist es notwendig, die qualitative Zusammensetzung der Dorffzellen weitestgehend zu verbessern, sie auf die kulturelle und politische Tätigkeit zu orientieren, insbesondere ihre Arbeit zur Förderung der Verbreitung agronomischer Kenntnisse, auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens, der Organisation des landwirtschaftlichen Kreditwesens usw. zu verstärken. Hierbei muß die umfassende Unterstützung der Dorffarmut (insbesondere die Festigung der Komitees der Dorffarmut in der Ukraine) und die Einbeziehung der Landarbeiterelemente sowohl in unsere Parteiorganisation als auch in dem Unionsgewerkschaftsverband der Land- und Forstarbeiter gesichert sein.

Unter den Intellektuellen ist sowohl aus den allgemeinen Ursachen als auch wegen der Verbesserung ihrer Lage bei uns und der gleichzeitigen Verelendung der Mittelschichten in Deutschland eine allgemeine Hinwendung zur Sowjetmacht zu beobachten.

Besonders wichtig ist der Stimmungsumschwung bei der Dorfschullehrerschaft und dem agronomischen Personal, die beide zu einem der hauptsächlichsten Verbindungsglieder zwischen der Stadt und dem Dorfe werden können. Allerdings kann der Umschwung unter breiten Schichten der Intellektuellen zugunsten der Sowjetmacht, der in seiner Grundlage eine zutiefst positive Erscheinung ist, zu negativen Folgen führen, denn er verstärkt die Gefahr der ideologischen Einkreisung der Kommunisten. Der Kampf um die ideologische Reinheit der Partei, gegen die kleinbürgerliche Verunreinigung, gegen die ideologische Verunreinigung durch "Smena-Wech" ist deshalb ebenfalls eine der nächsten Aufgaben der Partei.

## 2. Die Partei und die Arbeiterdemokratie

Die negativen Erscheinungen der letzten Monate sowohl im Leben der gesamten Arbeiterklasse als auch innerhalb der Partei zwingen zu der Schlußfolgerung, daß die Interessen der Partei sowohl was ihren erfolgreichen Kampf gegen den Einfluß der NÖP als auch was die Erhöhung ihrer Kampffähigkeit auf allen Gebieten angeht, eine ernsthafte Änderung des Kurses der Partei hinsichtlich der wirklichen und systematischen Durchführung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie erfordern.

Davon ausgehend hat das gemeinsame Oktoberplenum des ZK und der ZKK beschlossen:

"Die gemeinsame Plenartagung des ZK und der ZKK billigte voll und ganz den vom Politbüro rechtzeitig festgelegten Kurs auf die innerparteiliche Demokratie sowie die vom Politbüro vorgeschlagene Verstärkung des Kampfes gegen jeden überflüssigen Aufwand und den zersetzenden Einfluß der NÖP auf einzelne Elemente der Partei"

Arbeiterdemokratie bedeutet Freiheit der offenen Beratung und Diskussion über alle wichtigen Fragen des Parteilebens für alle Parteimitglieder wie auch die Wählbarkeit der leitenden Funktionäre und Kollegien von unten bis oben. Jedoch bedeutet sie keineswegs Freiheit für fraktionelle Gruppenbildungen, die für eine regierende Partei äußerst gefährlich sind, da sie immer die Regierung und den gesamten Staatsapparat zweizuteilen oder zu zersplittern drohen.

Es versteht sich von selbst, daß innerhalb der Partei, die einen freiwilligen Zusammenschluß von Menschen auf einer bestimmten ideologischen und praktischen Basis darstellt, keine Gruppierungen geduldet werden können, deren ideologischer Gehalt gegen die Partei in ihrer Gesamtheit und gegen die Diktatur des Proletariats gerichtet ist (wie z.B. die "Arbeiterwahrheit" ("Rabotschaja prawda") und die "Arbeitergruppe").

Nur ein ständiges, reges ideologisches Leben kann die Partei als solche erhalten, wie sie vor und während der Revolution in ständiger kritischer Untersuchung ihrer Vergangenheit, in der Berichtigung ihrer Fehler und der kollektiven Beratung der wichtigsten Fragen entstanden ist. Nur diese Arbeitsmethoden vermögen eine wirkliche Garantie dafür zu bieten, daß episodische Meinungsverschiedenheiten nicht zu fraktionellen Gruppierungen mit allen ihren oben dargelegten Folgen führen.

Zur Verhütung dessen ist es notwendig, daß die leitenden Parteiorgane der Stimme der breiten Parteimassen Gehör schenken, nicht jede Kritik als eine Erscheinung von Fraktionstätigkeit betrachten und nicht dadurch ehrliche und disziplinierte Parteimitglieder auf den Weg der Verslossenheit und Fraktionstätigkeit stoßen.

Die Partei darf auf keinen Fall als Institution oder Behörde betrachtet werden, sie darf aber auch nicht als Diskussionsklub für alle und jedwede Richtung angesehen werden. Der zehnte Parteitag hat die Prinzipien der Arbeiterdemokratie festgelegt, aber der gleiche X. Parteitag, nach ihm auch der XI. und XII. Parteitag, haben eine Reihe von Einschränkungen in der Anwendung der Grundlagen der Arbeiterdemokratie festgelegt: das Verbot von Fraktionsbildungen (siehe den Beschluß des X. Parteitages "Über die Einheit der Partei" und die entsprechende Resolution des XI. Parteitages); die Säuberung der Partei; die Einschränkung der Aufnahme von Parteimitgliedern aus den Reihen nichtproletarischer Elemente; die Festlegung einer bestimmten Dauer der Parteizugehörigkeit für bestimmte Kategorien leitender Funktionäre der Partei; die Bestätigung der Sekretäre durch die nächsthöhere Parteinstanz (siehe Parteistatut). Obwohl unter den Bedingungen der NÖP auch in Zukunft die Beibehaltung bestimmter Beschränkungen unvermeidlich ist, ist es

doch notwendig, die Zweckmäßigkeit einiger dieser Beschränkungen auf Grund der bereits vorhandenen Erfahrung insbesondere der Grundorganisationen zu überprüfen; so z.B. das Recht der Bestätigung der Sekretäre durch die nächsthöheren Parteinstanzen. Auf keinen Fall darf zugelassen werden, daß das Recht auf Bestätigung der Sekretäre faktisch in ihre Ernennung verwandelt wird.

### 3. Die nächsten Maßnahmen zur Verwirklichung der Arbeiterdemokratie

Zum Kampf gegen die Verzerrung der Parteilinie, zur tatsächlichen Verwirklichung der Arbeiterdemokratie und zur Sicherung der Möglichkeit, daß alle Parteimitglieder systematisch auf die Richtung der gesamten Parteipolitik einwirken können, sind in erster Linie folgende Maßnahmen durchzuführen:

a) Es ist auf die strenge Einhaltung der Wählbarkeit der verantwortlichen Funktionäre mit den oben genannten Einschränkungen zu achten; es ist als unzulässig zu betrachten, den Organisationen gegen ihren Willen Funktionäre aufzuzwingen; insbesondere muß aufmerksam auf die Einhaltung der Wählbarkeit der Sekretäre der Zellen geachtet werden;

b) es sind unbedingt alle wesentlichen Fragen der Parteipolitik in den Zellen und vor der Masse der Parteimitglieder zur Beratung zu stellen, sofern dem nicht irgendwelche besondere Umstände entgegenstehen; das Netz der Parteidiskussionsklubs ist zu erweitern; es darf nicht zu falschen Berufungen "auf die Parteidisziplin" Zuflucht genommen werden, wenn es um das Recht und die Pflicht der Parteimitglieder auf Erörterung der sie interessierenden Fragen und um Beschlußfassung geht;

c) der Heranziehung neuer Funktionäre von unten, in erster Linie aus den Reihen der Arbeiter, ist Beachtung zu schenken;

d) besondere Aufmerksamkeit ist auf das Erfassen der richtigen Parteipolitik durch den Kader von Genossen zu lenken, der unmittelbar mit den Massen der Partei Bewührung hat;

e) die obligatorische Rechenschaftslegung der Parteiorgane vor den sie wählenden Kollektiven und vor den breiten Massen der

Partei ist in der Praxis durchzuführen;

f) die parteierzieherische Arbeit ist zu verstärken, wobei unbedingt ihre bürokratische Handhabung sowohl unter den Massen der Partei wie auch insbesondere unter den Komsomolzen und den Frauen zu vermeiden ist;

g) dem Erfahrungsaustausch der Funktionäre verschiedener Arbeitsgebiete ist Aufmerksamkeit zu schenken; unbedingt müssen sowohl beim ZK als auch bei den Gebiets- (Oblast), Gouvernements- und Kreiskomitees (Ujesdkomitees) periodische Beratungen der verantwortlichen Funktionäre aller Arbeitsgebiete durchgeführt werden;

h) die Information der Parteimitglieder durch die Presse und durch Fahrten der Mitglieder des ZK, der ZKK, der Gebiets- und Gouvernementskomitees und der Mitglieder der Kollegien der Kommissariate usw. in die einzelnen Orte ist zu verstärken;

i) die Spalten über das Parteeleben in der periodischen Presse sind zu erweitern;

j) auf dem nächsten Parteitag ist der Vorschlag einzubringen, Konferenzen der Gouvernementsorganisationen und der gesamten Partei zweimal jährlich einzuberufen.

Um die wirkliche Durchführung aller obengenannten Maßnahmen zur Verwirklichung der Arbeiterdemokratie zu garantieren, ist es notwendig, von Worten zu Taten überzugehen und den Grundzellen, den Kreis-, Rayon- und Gouvernements-Parteikonferenzen vorzuschlagen, bei den periodischen Wahlen den Parteiapparat systematisch von unten zu erneuern und solche Funktionäre auf die verantwortlichen Posten zu stellen, die fähig sind, in der Tat die innerparteiliche Demokratie zu gewährleisten.

### 4. Über die Kontrollkommissionen

a) Vor die Partei wurde bereits die überaus wichtige Aufgabe der Verbesserung unseres Staatsapparates gestellt. Diese Arbeit verlangt viel Zeit, wenn sie wirkliche und fühlbare Ergebnisse zeitigen soll. Grundlegende Vorbedingung für den Erfolg der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion bei der Verbesserung und Säuberung des Staatsapparates ist ihre Unterstützung



durch die ganze Partei und ihre Organisationen, die Einbeziehung der werktätigen Massen selbst in diese Arbeit. Es ist eine engere Verbindung der Kontrollkommissionen mit den entsprechenden Parteikomitees und ein aktiveres Hinaustragen der Tätigkeit der Kontrollkommissionen und der Arbeiter- und Bauerninspektion auf das Feld der öffentlichen Meinung der Partei und der werktätigen Massen notwendig.

b) Die Erfahrung der letzten Monate hat gezeigt, daß sich neben der ZKK auch die örtlichen Kontrollkommissionen in den Gouvernements und Gebieten mit den Fragen des Staatsapparates beschäftigen müssen, so daß die Frage der Erweiterung der örtlichen Kontrollkommissionen auf die Tagesordnung gesetzt werden muß.

c) Formen der Heranziehung der Werkstätigen zur Untersuchung und zur Verbesserung des Staatsapparates können "Unterstützungszellen" in den Betrieben und staatlichen Institutionen sein, die von der Kontrollkommission und der Arbeiter- und Bauerninspektion gemeinsam mit den Gewerkschaften gebildet werden. Die Parteizellen in den Betrieben müssen eng verbunden mit den Unterstützungszellen der Arbeiter- und Bauerninspektion sein und deren Arbeit über die Betriebskomitees anleiten.

d) Eine besonders wichtige Aufgabe der Kontrollkommissionen besteht gegenwärtig darin, den Kampf gegen die bürokratische Entstellung des Parteiapparates und der Parteipraxis zu führen sowie verantwortliche Funktionäre der Partei, die die Verwirklichung der Prinzipien der Arbeiterdemokratie in der Praxis der Parteiorganisationen behindern (Einengung der freien Meinungsäußerung auf Versammlungen, vom Statut nicht vorgesehene Einschränkung in der Wählbarkeit usw.) zur Verantwortung zu ziehen.

e) Besondere Bedeutung hat unter den gegenwärtigen Bedingungen der Kampf der Kontrollkommissionen gegen den sogenannten "übertriebenen Aufwand" im Staatsapparat und seitens einzelner Leiter. Der demoralisierende Einfluß der negativen Seiten der NÖP auf die Mitglieder unserer Partei, insbesondere auf einzelne verantwortliche Funktionäre, muß auf den entschlossenen Widerstand der ganzen Partei stoßen.

f) Es ist notwendig, die Politik der Anwendung schärfster Parteistrafen zu überprüfen (Ausschluß aus der Partei). Hinsichtlich der Industriearbeiter von der Werkbank muß ein Maximum an Aufmerksamkeit aufgebracht werden, und die schärfsten Maßnahmen (Ausschluß aus der Partei) dürfen hier nur in wirklich notwendigen Fällen angewandt werden, d.h., wenn andere Mittel der Parteierziehung erschöpft sind.

Schließlich ist es notwendig, daß den bereits früher aus der Partei Ausgeschlossenen, insbesondere Industriearbeitern, ein wirklich kameradschaftliches Verhältnis entgegengebracht wird, wenn sie einen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei stellen und wenn hierbei die begründete Annahme besteht, daß sie die Anforderungen der Partei richtig erfüllen werden.

#### 5. Die Parteioorganisation und die wirtschaftliche Arbeit

Ein gewaltiger und unschätzbarer Vorteil für uns besteht darin, daß wir in den Reihen unserer Partei Mitarbeiter aller Zweige der wirtschaftlichen Arbeit haben, angefangen von den Proletariern der Werkbank bis zu den verantwortlichen Leitern der Wirtschaft. Alle diese Mitarbeiter müssen und können bei einer richtigen Handhabung ihre außerordentlich vielseitige kollektive wirtschaftliche Erfahrung zur Ausarbeitung einer wirklichen Leitung der Wirtschaft durch die Partei beisteuern. Es ist notwendig, den Wirtschaftlern in ihrem Wirkungsbereiche genügend Selbständigkeit und die volle Unterstützung der Partei zu gewährleisten. Systematische Leitung durch die Partei heißt durchaus nicht, bei jeder zufälligen und zweitrangigen Angelegenheit zu gängeln.

Dazu ist eine Annäherung der kommunistischen Zellen an die Produktion notwendig; die Berichte und Informationen von Seiten der kommunistischen Wirtschaftler müssen regelmäßig gegeben werden; die Berichte müssen ihrem wesentlichen Inhalt nach erörtert werden, es sind systematische Beratungen der Kommunisten aus den Zellen der Betriebe, die zu einer Wirtschaftsvereinigung (z.B. Trust) gehören, sowie Partei-Wirtschaftskonferenzen durchzuführen; die Vertreter der Zellen auf diesen Konferenzen sind verpflichtet, vor den Zellen darüber zu berichten. Es ist notwendig, viel systemati-

scher die Erfahrungen und Hinweise der unteren Zellen zu verallgemeinern.

#### 6. Die Arbeit unter den Massen und die Einbeziehung der Massen in den praktischen Aufbau

Die Einbeziehung der Massen in den praktischen Aufbau muß gerade in Anbetracht der Gefahr der Loslösung des Staatsapparates von den Massen verstärkt werden. Deswegen muß die Rechenschaftslegung und die Information seitens der Wirtschaftler auch gegenüber den Massen durchgeführt werden (Delegierten- und Vollversammlungen der Arbeiter, Betriebskomitees, Konferenzen der parteilosen Arbeiter und Bauern usw.).

Besondere Aufmerksamkeit ist auch der Annäherung der Gewerkschaften an die Produktion zu schenken. Es ist notwendig, den Einfluß der Gewerkschaften auf die Auswahl und Beförderung neuer Menschen auf Posten in der Wirtschaft, auf die Kontrolle der Arbeit der Wirtschaftsorgane zu verstärken. (Gewaltige Bedeutung hat auch die Kontrolle der fristgemäßen Lohnauszahlung, die günstigsten Formen dieser Auszahlungen usw.) Die Gewerkschaften müssen Produktionskonferenzen in den Vereinigungen (Trusten) einberufen, an denen Vertreter der Betriebskomitees und der Betriebsleiter teilnehmen; die Arbeit der Gewerkschaften muß sich in der Gewerkschaftspresse widerspiegeln, die unbedingt zu verbessern und zu stärken ist.

Die Einrichtung der Arbeiterkorrespondenten ist umfassend zu festigen. Die Arbeiterkorrespondenten müssen sorgsam vor jeder Verwandlung in Beamte und jedem Bürokratismus geschützt werden. Der periodischen Presse der Partei und der Sowjets ist es zur Pflicht zu machen, so feinfühlig und hellhörig wie möglich auf die Forderungen und Vorschläge aus den Massen zu hören.

Bei den Wahlen in die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten muß auf die Aufstellung neuer Menschen geachtet werden; neben Parteigehörigen sind auch aktive parteilose Arbeiter aufzustellen und in die aktive Arbeit einzubeziehen (in die Arbeit der Sektionen der Stadtsowjets, in die Beratungen der Abteilungen und Vollzugausschüsse mit Vertretern der Arbeiter und Bauern, in die Zellen zur Unterstützung der Arbeiter- und Bauerninspektion usw.).

Die Praxis der großen Parteilosen-Konferenzen ist zu verstärken; das Wachstum aller möglichen freiwilligen kulturell-erzieherischen, sportlichen usw. Vereinigungen, besonders solcher, die das familiär-gesellschaftliche Leben der werktätigen Massen unmittelbar berühren (Narpit usw.) ist zu fördern und ihnen die Möglichkeit einer richtigen Entwicklung zu sichern.

Es ist notwendig, die Praxis der öffentlichen Versammlungen der Zellen zu verstärken und auf Grund der Erfahrungen dieser öffentlichen Versammlungen die Kader der Parteilosen, der aktiven Helfer unserer Partei, auszuwählen.

( E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n )

#### Über die Ergebnisse der Diskussion und über die kleinbürgerliche

##### Abweichung in der Partei

#### 1. Die Entstehung der Diskussion

Schon das Septemberplenum des ZK (1923) und, vor dem, das Politbüro des ZK unserer Partei, warfen lange vor irgendwelchen Aktionen der "Opposition" die Frage der Notwendigkeit auf, die Parteiarbeit zu beleben und die Arbeiterdemokratie innerhalb der Partei zu verstärken.

Einerseits schufen der industrielle Aufschwung, der die Deklassierung des Proletariats beendete, sowie das kulturelle Wachstum der Arbeiterklasse und das Anwachsen der Aktivität innerhalb der Arbeiterklasse günstigere Bedingungen für die wirkliche Realisierung der Grundlagen der innerparteilichen Demokratie. Andererseits haben die ökonomischen Konflikte im Sommer, die an sich nicht bedrohlich und in ihrem Ausmaß viel geringer waren, als das früher der Fall war, darauf hingewiesen, daß hier und da die Verbindung der Parteiorganisationen mit den parteilosen Arbeitermassen nicht genügend stark ist.

Das Zentralkomitee der Partei war sich darüber klar, daß der Übergang auf neue Gleise durchdacht, vorsichtig und nach ernsthafter Vorbereitung vollzogen werden muß. Im Bewußtsein dessen ging

das ZK der Partei im September 1923 an die Vorbereitungsarbeiten auf diesem Gebiet.

Zu diesem Zeitpunkt hielten die alten oppositionellen Gruppen und Grüppchen, deren Politik schon wiederholt von der Partei verurteilt worden war, den Moment für günstig, um zum Angriff gegen das ZK der Partei überzugehen. In der Annahme, daß die Frage der innerparteilichen Demokratie verstärkte Aufmerksamkeit von Seiten aller Parteimitglieder hervorruft, entschlossen sich die oppositionellen Gruppen, diese Losung für ihre fraktionellen Ziele auszunutzen. Nach dem September-Beschluß des Plenums des ZK der KPR erschien der Brief Trotzki's und nach ihm der Brief der 46. Diese Dokumente gaben eine vollkommen falsche und ultrafraktionelle Einschätzung der ökonomischen Lage im Lande und des inneren Zustandes der Partei, prophezeiten eine tiefe Wirtschaftskrise und eine innere Krise in der Partei und erhoben gegen das ZK der Partei die Beschuldigung der falschen Führung.

Die Schädlichkeit dieser fraktionellen Erklärungen Trotzki's und der 46 wurde dadurch vertieft, daß die genannten Briefe sofort zum Gemeingut breiter Kreise der Parteimitglieder gemacht, in den Rayons, unter der studierenden Jugend in Moskau und sofort auch in der ganzen Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken verbreitet wurden.

Die vereinigte Oktober-Plenartagung des ZK und der ZKK unter Teilnahme von Vertretern der 10 größten Parteiorganisationen verurteilte gebührend die Erklärung Trotzki's und der 46 als fraktionelle Handlung, während gleichzeitig das vereinigte Plenum des ZK und der ZKK einstimmig die Initiative des Politbüros in der Frage der Belebung der innerparteilichen Arbeit und der Verstärkung der Arbeiterdemokratie billigte. Das gemeinsame Plenum des ZK und der ZKK beschloß, den von Trotzki und den 46 aufgeworfenen Streit nicht über den Rahmen des ZK hinauszutragen, die Briefe Trotzki's und der 46 sowie die Antwort des Politbüros und die die "Opposition" mit einer Mehrheit von 102 gegen 2 Stimmen bei 10 Stimmenthaltungen verurteilende Resolution des ZK und der ZKK nicht zu veröffentlichen.

Nichtsdestoweniger haben sich Trotzki und seine 46 Anhänger dem Beschluß einer so autoritativen Parteinstitution nicht unter-

worfen, sondern den systematischen Feldzug gegen das ZK der Partei, anfänglich in breiten Kreisen der Moskauer Organisation, später auf dem gesamten Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken fortgesetzt.

Das Politbüro, das sich vom Beschluß des vereinigten Plenums leitete, ließ, ging an die Ausarbeitung der Resolution über die innerparteiliche Lage und die Arbeiterdemokratie. Trotz der fraktionellen Erklärung Trotzki's hielt es die Mehrheit des Politbüros für notwendig, mit ihm eine Übereinstimmung zu erzielen. Im Ergebnis langwieriger Bemühungen der Mehrheit des Politbüros wurde die Resolution des Politbüros und des Präsidiums der ZKK über den innerparteilichen Aufbau am 5. Dezember 1923 einstimmig angenommen und veröffentlicht.

Eine der umstrittensten Fragen bei der Ausarbeitung der Resolution des Politbüros und des Präsidiums der ZKK war die Frage der Fraktionen. Bei der Ausarbeitung der Resolution des Politbüros und des Präsidiums der ZKK hat Trotzki anfänglich gegen das Verbot der Fraktionen keine Einwände erhoben, aber er bestand gleichzeitig darauf, daß die Freiheit für Gruppierungen nicht aufgehoben würde. Es gelang trotzdem, einen einstimmigen Text auszuarbeiten, der sich in der Frage der Fraktionen auf den Beschluß des X. Parteitages bezog.

Doch die Opposition setzte ihren Fraktionskampf fort. Während die Mehrheit des ZK und der ZKK, gebunden durch den eigenen Beschluß über die Nichtveröffentlichung der bekannten Dokumente, diesen Beschluß loyal durchführte, fuhr die Opposition fort, ihre fraktionellen Dokumente weit zu verbreiten. Zwei Tage nach der Veröffentlichung der einstimmig angenommenen Resolution des Politbüros und des Präsidiums der ZKK trat Trotzki mit dem bekannten Brief unter der Überschrift "Der neue Kurs" hervor, der in Wirklichkeit ein gegen das Zentralkomitee gerichtetes fraktionelles Manifest war. Die danach erschienenen Artikel Trotzki's unterstrichen noch mehr den fraktionellen Charakter seiner Erklärungen - genau-so wie die Broschüre Trotzki's ("Der neue Kurs"), die am Tage der Eröffnung der Unionsparteiokonferenz erschien.

Vom Zeitpunkt des Erscheinens des fraktionellen Manifestes Trotzki's verschärfte sich der Kampf noch mehr. Die Opposition eröffnete in Moskau, insbesondere in den Zellen der Armee und der höheren Lehranstalten, eine in der Geschichte unserer Partei noch nicht dagewesene Kampagne gegen das ZK und sätete Mißtrauen gegen das ZK der Partei. Durch ganz Rußland schickte die Opposition ihre Vertreter. Der Kampf nahm unerhört scharfe Formen an. Als Kern der Opposition traten die Mitglieder der ehemaligen Gruppe des "demokratischen Zentralismus" auf, die eine Reihe von Jahren gegen die Linie der Partei kämpfte. Zu diesem Kern stießen einige ehemalige Mitglieder des ZK, die vom X. Parteitag auf Vorschlag des Genossen Lenin nicht wiedergewählt wurden (Trebbrashenski, Smirnow, Serebrjakow). Dieser ganze oppositionelle Block wurde von Trotzki angeführt und erlangte deshalb anfänglich eine gewisse Autorität.

## 2. Das ideologische Wesen der Opposition

Die wichtigsten Meinungsverschiedenheiten zwischen der gewaltigen Mehrheit unserer Partei und der jetzigen Opposition laufen, wie sich im Verlaufe der Diskussion gezeigt hat, in der Hauptsache auf folgende sechs Punkte hinaus:

1) Die von Trotzki angeführte "Opposition" trat mit der Losung der Zerschlagung des Parteiapparates auf und versuchte den Schwerpunkt des Kampfes gegen den Bürokratismus im Staatsapparat auf den "Bürokratismus" im Apparat der Partei zu verlegen. Eine solche aus der Luft gegriffene Kritik und der Versuch der direkten Diskreditierung des Parteiapparates kann objektiv zu nichts anderem führen als dazu, den Staatsapparat dem Einfluß der Partei zu entziehen und die staatlichen Organe von der Partei loszureißen. Die Tendenz zur Losreißung der Organe des Staates vom Einfluß der Partei trat bei Trotzki bereits vor dem XII. Parteitag der KPR in Erscheinung. In der gegenwärtigen Diskussion nahm diese Tendenz lediglich eine andere Form an.

2) Die "Opposition" versuchte den Parteinachwuchs den grundlegenden Kadern der Partei und ihrem Zentralkomitee entgegenzustellen. Statt die Jugend zu lehren, daß sich unsere Partei auf ihrem

grundlegenden proletarischen Kern, auf die kommunistischen Arbeiter, die an der Werkbank stehen, orientieren muß, versuchte die von Trotzki geführte Opposition zu beweisen, daß das "Barometer" für die Partei die studierende Jugend sei.

3) Trotzki trat mit unbestimmten Andeutungen über eine Entartung der wichtigsten Kader unserer Partei hervor und suchte damit die Autorität des ZK, welches zwischen den Parteitagen die einzige Vertretung der gesamten Partei ist, zu untergraben. Trotzki versuchte nicht nur, sich dem gesamten übrigen Zentralkomitee entgegenzustellen, er erhob auch solche Beschuldigungen, die Unruhe in breiten Kreisen der Arbeiterklasse und stürmischen Protest in den Reihen der ganzen Partei hervorrufen mußten.

4) In den Fragen der Wirtschaft offenbarte die Opposition ihre größte Pleite, da sie durch absolut nichts ihre Anschuldigungen gegen das ZK der Partei bekräftigen konnte und nicht einmal versuchte, der Politik der Partei wenigstens einige systematische Vorschläge in Wirtschaftsfragen entgegenzustellen.

In der Kritik an der Wirtschaftspolitik der Partei traten bei der "Opposition" zwei Schattierungen hervor. Ein Teil der Opposition zollte der "linken" Phrase gegen die NÖP überhaupt überschwenglichen Tribut und gab solche Erklärungen ab, die nur dann irgendeinen Sinn hätten, wenn diese Genossen vorschlagen würden, sich von der NÖP loszusagen und zum Kriegskommunismus zurückzukehren. Der andere weitaus einflußreichere Teil der Opposition beschuldigte, dem entgegengesetzt, das ZK, daß es dem ausländischen Kapital nicht genügend entgegenkomme, daß es ungenügende Zugeständnisse an die imperialistischen Mächte mache usw. Dieser Teil der Opposition (Radek) trat mit dem direkten Vorschlag hervor, die Bedingungen zu revidieren, die die Partei im Zusammenhang mit der Konferenz von Genua festgelegt hat, und dem internationalen Imperialismus große ökonomische Zugeständnisse zu machen mit dem Ziel, die Geschäftsbeziehungen mit dem ausländischen Kapital zu verstärken. Die Partei lehnt ohne jedes Schwanken beide Fehler ab.

5) Die Opposition hat in allen ihren Schattierungen völlig unbolschewistische Ansichten über die Bedeutung der Parteidisziplin offenbart. Die Erklärungen einer ganzen Reihe von Vertretern

der Opposition stellen eine empörende Verletzung der Parteidisziplin dar und erinnern an die Zeiten, als Genosse Lenin gegen den "Intellektuellen-Anarchismus" in Organisationsfragen kämpfte und die Grundlagen der proletarischen Disziplin in der Partei verteidigen mußte.

6) Die Opposition hat offen den Beschluß des X. Parteitages der KPR verletzt, der die Bildung von Fraktionen in der Partei verboten hat. Die bolschewistische Auffassung von der Partei als von einem geschlossenen ehernen Ganzen ersetzte die "Opposition" durch die Auffassung von der Partei als einer Summe von allen möglichen Strömungen und Fraktionen. Diese Strömungen, Fraktionen und Gruppierungen sollen nach den "neuen" Ansichten der Opposition in der Partei gleichberechtigt sein, und das ZK der Partei soll nicht so sehr Leiter der Partei als bloßer Registrator und Vermittler zwischen den Strömungen und Gruppierungen sein. Eine solche Ansicht von der Partei hat mit dem Leninismus nichts gemein. Die fraktionelle Tätigkeit der Opposition mußte zu einer Gefahr für die Einheit des Staatsapparates werden. Die fraktionellen Erklärungen der "Opposition" belebten Hoffnungen aller Feinde der Partei, darunter auch die der westeuropäischen Bourgeoisie, auf eine Spaltung in den Reihen der Kommunistischen Partei Rußlands. Dieses fraktionelle Auftreten wirft erneut vor der Partei mit aller Schärfe die Frage auf, ob die KPR, die sich an der Macht befindet, die Bildung fraktioneller Gruppierungen innerhalb der Partei zulassen kann.

Die Unionsparteikonferenz, die das Fazit aus diesen Meinungsverschiedenheiten zog und den Charakter der Erklärungen der Vertreter der Opposition analysierte, gelangte zu der Schlußfolgerung, daß wir in Gestalt der jetzigen Opposition nicht nur den Versuch einer Revision des Bolschewismus, nicht nur ein direktes Abweichen vom Leninismus vor uns haben, sondern auch eine klar ausgeprägte Kleinbürgerliche Abweichung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Opposition objektiv den Druck des Kleinbürgertums auf die Positionen der proletarischen Partei und ihre Politik widerspiegelt. Die Prinzipien der innerparteilichen Demokratie beginnt man außerhalb der Grenzen der Partei bereits dehnbar auszulegen, und zwar im Sinne

einer Abschwächung der Diktatur des Proletariats und der Erweiterung der politischen Rechte der neuen Bourgeoisie.

In der Situation, da die KPR, die die Diktatur des Proletariats verkörpert, das Monopol der Legalität im Lande innehat, ist es unvermeidlich, daß die am wenigsten standhaften Gruppen der Kommunisten mitunter nichtproletarischen Einflüssen unterliegen. Die Partei in ihrer Gesamtheit muß diese Gefahren sehen und wachsam die proletarische Linie der Partei wahren.

Gegen diese kleinbürgerliche Abweichung ist ein systematischer und energischer Kampf unserer gesamten Partei erforderlich.

### 3. Die positiven Ergebnisse der Diskussion

Das Anwachsen der Aktivität und des kulturellen Niveaus breiter Schichten der parteilosen Arbeiter und eines Teiles der werktätigen Bauernschaft ist ein neuer Faktor, welcher bei einer richtigen Politik der Partei der Sache der Revolution sehr großen Nutzen bringt. Um auf der Höhe der Situation zu bleiben, um die Möglichkeit zu haben, diese sich zum aktiven Aufbau des Sozialismus in Massen erhebenden Schichten der Arbeiter und der besitzlosen Schichten der Bauernschaft leiten zu können, muß die Partei selbst um jeden Preis ihr innerparteiliches Leben aktivieren und beleben. In diesem Sinne hat die Diskussion, ungeachtet der kleinbürgerlichen Abweichungen der Opposition, der Partei einen ernsthaften Nutzen gebracht.

Die kleinbürgerlichen Fehler der Opposition wurden von der Partei schnell und entschlossen berichtigt. Sobald der Appell innerhalb der Partei begann, übten die größten proletarischen Organisationen der KPR, eine nach der anderen, harte Kritik an den kleinbürgerlichen Schwankungen der Opposition und unterstützten die Linie des Zentralkomitees. Als erste trat, wie das auch früher in Zeiten prinzipieller Debatten in der Partei war, die alte bolschewistische Arbeiterorganisation, die Petrograder Organisation der KPR, auf. Dem Brief der Petrograder Organisation schlossen sich Dutzende der größten proletarischen Organisationen der Union der Republiken voll und ganz an. Die Resolution der Moskauer Gouvernementskonferenz, die mit gewaltiger Stimmenmehrheit angenommen wurde,

brachte eine ebenso entschlossene Verurteilung der Opposition zum Ausdruck. Zum Zeitpunkt der Unionsparteikonferenz verurteilte die gesamte Partei in ihrer absoluten überwältigenden Mehrheit einmütig die kleinbürgerliche Abweichung.

Im Ergebnis der Diskussion hat sich der Kern der Partei noch enger zusammengeschlossen. Die Arbeiterzellen in der gesamten Union der Republiken wandten sich sofort, ohne einen Augenblick zu schwanken, entschlossen gegen die Fehler der Opposition. Der Parteinachwuchs, der erstmals Zeuge scharfer Auseinandersetzungen innerhalb der Partei war, erhielt die Möglichkeit, am lebendigen Beispiel zu erkennen, was wirklicher Bolschewismus ist. Die dem Leben in den Betrieben am nächsten stehende kommunistische Jugend aus dem Komsomol unterstützte ohne Schwanken die Grundlinie der Partei. Die Schwankungen eines Teiles der studierenden Jugend der höheren Lehranstalten ist eine vorübergehende Erscheinung. Bei entsprechender Aufklärungsarbeit von seiten der Partei werden diese Schwankungen bald überwunden sein.

Die Aktivität und Bewußtheit aller Mitglieder der Partei ist gewachsen. Auf neue Art wurden wichtige Fragen wirtschaftlichen und Parteicharakters aufgeworfen, die von der Partei in der nächsten Zeit durchgearbeitet werden.

Mit besonderer Schärfe wurde das Streben der gesamten Partei nach Sicherung der Einheit der Partei betont. Die kleinste Andeutung der möglichen Gefahr einer Spaltung der Partei rief und ruft den schärfsten und stürmischsten Protest der gesamten Masse der Parteimitglieder hervor. Die Partei vernichtet politisch jeden, der sich an der Einheit der Parteilinien vergeht. Die Einheit der Partei ist mehr als je zuvor gesichert.

#### 4. Praktische Schlußfolgerungen

Unter Berücksichtigung der gesamten Lage in der Partei erachtet es die Unionsparteikonferenz für notwendig:

1. den proletarischen Kern der Partei um jeden Preis quantitativ zu vergrößern und sein spezifisches Gewicht in der gesamten Politik der Partei zu erhöhen. Im Laufe des nächsten Jahres muß

eine verstärkte Werbung von Arbeitern von der Werkbank für die Partei mit dem Ziel durchgeführt werden, aus den wirklichen Proletariern mindestens 100 000 neue Mitglieder zu gewinnen. Dazu ist es notwendig, den Arbeitern den Eintritt in die Partei größtmöglich zu erleichtern. Gleichzeitig muß für diese Periode endgültig die Aufnahme aller nichtproletarischen Elemente eingestellt werden. Innerhalb der Partei muß eine systematische Propaganda in dem Sinne geführt werden, daß sich die ganze Partei nach ihrem grundlegenden proletarischen Kern ausrichten muß.

2. Zur besseren Festigung der Verbindung der Partei mit den Parteilosen muß erreicht werden, daß in allen Sowjets und in allen Organen der Sowjets den parteilosen Arbeitern nicht nur in Worten, sondern in der Tat eine hinreichend starke Vertretung eingeräumt wird. Das Zentralkomitee muß strengstens die Verwirklichung dieses Beschlusses kontrollieren und entschlossen die örtlichen Organisationen zur Ordnung rufen, die ihn verletzen.

3. Die Parteioorganisationen müssen eine besonders sorgfältige Aufklärungsarbeit in jenen Zellen durchführen, die in der verflochtenen Diskussion in diesem oder jenem Maße in der Frage der Parteilinie schwankten. Aufklärung, Aufklärung und noch einmal Aufklärung, das ist die Hauptaufgabe, die vor allem auf den Schülern der grundlegenden Kader der Partei liegt.

4. Besondere Aufmerksamkeit muß der Aufklärungsarbeit unter der Jugend gewidmet werden. Bei dem herrschenden Mangel an materiellen Mitteln muß es die Partei vorziehen, ein geringeres Kontingent an Studierenden zu haben, dafür aber die materielle Lage der Studierenden zu erhöhen und die qualitative Seite der Arbeit in den Hochschulen zu verbessern. Es ist erforderlich, besondere Maßnahmen zu ergreifen, um die richtige Führung der Partei in der Arbeit unter der Jugend zu gewährleisten. Die Partei darf keine Schmeichelei an die Adresse der Jugend dulden, sie darf aber auch kein System des Anschreiens und der bürokratischen Bevormundung zulassen. Allein die geduldige Erläuterung der Grundlagen des Leninismus kann zum Ziele führen.

5. Eine der wichtigsten Aufgaben besteht darin, das Studium der Geschichte der KPR, insbesondere das Studium der grundlegenden

Tatsachen des Kampfes des Bolschewismus gegen den Menschewismus, der Rolle der einzelnen Fraktionen und Strömungen während dieses Kampfes, insbesondere jener eklektischen Fraktionen, die den Bolschewismus mit dem Menschewismus zu "versöhnen" suchten, auf die erforderliche Höhe zu heben. Das Zentralkomitee muß Maßnahmen ergreifen, um entsprechende Lehrbücher der Geschichte der KPR(B) mit dem nötigen Niveau herauszugeben und den Unterricht in der Geschichte der Partei an allen Parteischulen, Hochschulen, Zirkeln usw. obligatorisch zu machen.

6. Nach dem Vorbild der größten proletarischen Organisationen sind in allen unseren Organisationen Zirkel zum Studium des Leninismus einzurichten, wobei als hauptsächlichstes Lehrmittel in erster Linie die Gesammelten Werke des Genossen Lenin zu verwenden sind. Eine entsprechende Anleitung dieser Zirkel ist zu gewährleisten.

7. Es ist notwendig, das Zentralorgan der Partei ("Prawda") mit entsprechenden Kräften zu verstärken, um ihm die Möglichkeit zu geben, systematisch die Grundlagen des Bolschewismus zu erläutern und eine Kampagne gegen alle Abweichungen zu führen.

8. Die laufende Diskussion ist im gegenwärtigen Moment von der "Prawda" auf ein spezielles "Diskussionsblatt" der "Prawda" zu übertragen.

9. Die Diskussionsfreiheit in der Partei bedeutet keinesfalls Freiheit für die Untergrabung der Parteidisziplin. Das Zentralkomitee der Partei und alle örtlichen Parteizentren müssen überall dort unverzüglich die strengsten Maßnahmen zur Wahrung der eisernten bolschewistischen Disziplin ergreifen, wo versucht wird, sie zu erschüttern.

10. Gegen die Verbreitung unkontrollierter Gerüchte, gegen die Verbreitung von für die Veröffentlichung verbotenen Dokumenten und gegen ähnliche Verfahren, die eine beliebte Methode prinzipienloser, mit kleinbürgerlichen Stimmungen infizierter Gruppen sind, müssen entschlossene Maßnahmen bis zum Ausschluß aus der Partei ergriffen werden.

11. Es ist eine bessere Organisation der Information über

die Tätigkeit des ZK und das innerparteiliche Leben der Partei überhaupt notwendig. Dazu sind die stenographischen Berichte der Plenartagungen des ZK allen Mitgliedern und Kandidaten des ZK und der ZKK sowie allen Gebiets- und Gouvernementskomitees zuzustellen.<sup>1)</sup> In der "Prawda" in den "Investija des ZK"<sup>2)</sup> und in anderen zentralen und örtlichen Zeitungen müssen die Spalten über das Parteileben großen Raum einnehmen. Beim ZK der Partei muß eine spezielle Informationsabteilung geschaffen werden.

12. Besondere Aufmerksamkeit muß der richtigen und gesunden Parteiarbeit in der Armee gewidmet werden. Versuche, fraktionelle "Arbeit" in den Reihen der Roten Armee zu betreiben, muß die Partei besonders hart bestrafen.

13. Die Konferenz erachtet es für durchaus zweckmäßig, sich erneut völlig und vorbehaltlos dem Beschluß des X. Parteitag der KPR anzuschließen, der fraktionelle Gruppierungen verboten hat.

Die Konferenz hält es für notwendig, dem XIII. Parteitag der KPR(B) vorzuschlagen, diesen Entschluß im Namen des höchsten Organs der Partei zu bestätigen.

14. Die Konferenz schlägt dem ZK vor, den bis jetzt noch nicht veröffentlichten Punkt 7 der auf Vorschlag des Genossen Lenin vom X. Parteitag angenommenen Resolution über die Einheit zu veröffentlichen. Dieser Punkt räumt dem Vereinigten Plenum des ZK und der ZKK das Recht ein, mit 2/3 Stimmenmehrheit jedes beliebige Mitglied des ZK im Falle der Verletzung der Parteidisziplin oder der "Zulassung von Fraktionsmacherei" aus dem Mitgliederstand in den Kandidatenstand zurückzusetzen oder sogar aus der Partei auszuschließen.<sup>3)</sup>

15. Die Konferenz kann nicht an der Entschließung der letzten Moskauer Gouvernementskonferenz vorübergehen, die die ganze Partei davon in Kenntnis gesetzt hat, daß sich in Moskau eine fraktionelle Gruppierung gebildet hat, die die Einheit der Partei untergräbt.

1) Die Worte "sowie Gebiets- und Gouvernementskomitees" wurden bei der Bestätigung der Resolution der XIII. Parteikonferenz durch das Plenum des ZK der KPR(B) vom 29./31. Januar eingefügt. (Siehe Bd.V) Die Red.

2) "Nachrichtenblatt des ZK" D.deut.Red.

3) Siehe: "Die KPdSU in Resolutionen...", Band III, Seite

Die Konferenz ist der Meinung, daß das ZK der Partei und die ZKK unverzüglich die entschlossensten Maßnahmen, ausschließlich dem Ausschluß aus der Partei, gegen diejenigen ergreifen müssen, die im politischen Hauptzentrum der UdSSR versuchen, eine Spaltung in die Reihen der Partei hineinzutragen.

Die Konferenz betrachtet die allrussische Diskussion über die bisher behandelten Fragen als abgeschlossen, sie ruft alle Parteiorganisationen auf, zur sächlichen Arbeit überzugehen. Die grundlegende Voraussetzung für weitere Erfolge der proletarischen Revolution ist die unverbrüchliche Einheit der KPR, der führenden Partei der proletarischen Diktatur. Die Einheit der Partei ist das wichtigste Gut der proletarischen Avantgarde. Die Einheit der KPR muß wie der Augapfel gehütet werden. Die Unionspartei-Konferenz ist überzeugt, daß das ZK der Partei, um das sich, wie der Ausgang der Diskussion gezeigt hat, die gesamte Partei immer wieder erneut zusammengeschlossen hat, diese Einheit fest zu wahren wissen wird.<sup>1)</sup>

(Angenommen von allen gegen drei Stimmen)

#### Über die nächsten Aufgaben der ökonomischen Politik

Bei der Lösung der laufenden Fragen der Wirtschaftspolitik muß die Partei von ihrer für die gegebene historische Periode grundlegenden Aufgabe ausgehen, von der Aufgabe, das Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft, den Zusammenschluß von Stadt und Land, der nationalisierten Industrie und der bäuerlichen Wirtschaft in der Tat zu verwirklichen.

Nur eine richtige Lösung der Probleme, die aus den Beziehungen der Arbeiterklasse zur Bauernschaft entstehen, vermag die ökonomische Grundlage der Diktatur des Proletariats endgültig zu festigen und sie vor jedweder Erschütterung zu sichern.

Der XII. Parteitag hat in seiner Resolution über die Organisation der Industrie darauf hingewiesen und unterstrichen, daß

1) Vom Plenum des ZK wurde am Schluß der Resolution über die Ergebnisse der Diskussion eine Ergänzung eingebracht. Die Red. (Siehe Band V, L. deut. Red.)

dem Tempo der Entwicklung unserer staatlichen Industrie objektive Grenzen gesetzt sind, die durch den Zustand der Bauernwirtschaft bestimmt sind, und daß die sorgfältige Abstimmung der gesamten Wirtschaftspolitik mit dem Entwicklungsstand der bäuerlichen Wirtschaft eine überaus wichtige Aufgabe ist, deren falsche Lösung unvermeidlich verderbliche Folgen nicht nur auf dem Gebiet der Wirtschaft, sondern auch auf dem Gebiet der Politik nach sich zieht. Nur eine grundlegende Änderung der gegenwärtigen politischen und ökonomischen Lage in den Industrieländern Europas könnte die unmittelbare Abhängigkeit der staatlichen Industrie vom Zustand der bäuerlichen Wirtschaft ernsthaft abschwächen und die Bedingungen für einen schnelleren Übergang zur Herrschaft der sozialistischen Wirtschaft schaffen.

In der Resolution des XII. Parteitages heißt es: "Die Landwirtschaft hat, obwohl sie bei uns noch immer auf einem niedrigen technischen Niveau steht, für die gesamte Wirtschaft Sowjetrußlands erstrangige Bedeutung ... Unsere Partei ... darf gleichzeitig nicht einen Augenblick die faktische überwiegende Bedeutung der Landwirtschaft bei der Beurteilung jedes ihrer Schritte vergessen oder unberücksichtigt lassen ... Nicht allein eine Mißachtung dieses Umstandes, sondern bereits eine ungenügende Aufmerksamkeit ihm gegenüber würde unzählige Gefahren sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaft als auch auf rein politischem Gebiet mit sich bringen, denn das Bündnis des Proletariats und der Bauernschaft, das Vertrauen der Bauernschaft zum Proletariat würden unvermeidlich untergraben oder geschwächt werden. Dieses Bündnis und dieses Vertrauen sind aber für die jetzige historische Übergangsperiode eine der Hauptstützen der Diktatur des Proletariats, und ihre Erhaltung und Festigung ist die Grundbedingung für die Festigung der Sowjetmacht und folglich auch die Hauptaufgabe der Partei."<sup>1)</sup>

Diese systematischen Hinweise der Partei wurden bislang in der Praxis unserer Wirtschaftsorgane noch nicht voll berücksichtigt. Man hat bei weitem noch nicht in genügendem Maße erfaßt, daß die Notwendigkeit der Herstellung eines möglichst breiten

1) Siehe: "Die KPdSU in Resolutionen ...", Band IV, Seite 130, 131



Austausches zwischen Stadt und Land die Hauptursache für den Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik war und daß unter der NÖP die Versorgung der Bauernschaft mit Erzeugnissen der staatlichen Industrie die grundlegende wirtschaftliche Aufgabe ist.

Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Absatzkrise), die wir durchmachen, erklären sich in bedeutendem Maße aus der ungenügenden Beachtung der Hinweise der Partei auf die Rolle und Bedeutung der bäuerlichen Wirtschaft und auf die Besonderheiten, die sich aus der Aufgabe ergeben, die Diktatur des Proletariats in einem Lande mit überwiegend bäuerlicher Bevölkerung zu verwirklichen. Die Aufgabe der Partei muß in Zukunft darin bestehen, die oben dargelegte Politik in den Beziehungen zwischen Stadt und Dorf systematisch und aufmerksam durchzuführen und dabei keine ökonomisch und politisch schädlichen Abweichungen in Form einer Unterschätzung der Bedeutung der bäuerlichen Wirtschaft innerhalb der allgemein wirtschaftlichen Struktur des Landes zuzulassen.

Auf Grund der Diskrepanz zwischen dem Tempo der Wiederherstellung der bäuerlichen Wirtschaft einerseits und der staatlichen Industrie andererseits entstanden unter den Bedingungen des freien Warenumsatzes die Krisenerscheinungen der letzten Zeit. Diese Krise ist gekennzeichnet durch die Differenz zwischen den unmäßig hohen Preisen für die Erzeugnisse der Industrie und den niedrigen Preisen für die Erzeugnisse der Landwirtschaft. Die Industrie, die auf der Grundlage des städtischen Marktes mit seiner größeren Zahlungsfähigkeit gewachsen ist, konnte im Moment der Realisierung der Ernte ihre Waren an einen weniger zahlungskräftigen Massenverbraucher - die Bauernschaft - nicht absetzen. Andererseits fand die Bauernschaft keinen genügend breiten inneren und äußeren Markt für einen vorteilhaften Verkauf des Getreides, wodurch dessen niedriger Preis bedingt wurde.

Zur Verschärfung der Krise trugen bei: die ungenügende Entwicklung der Handelsbeziehungen, die Politik der hohen Preise durch die Syndikate, die Höhe der Unkosten sowohl in der Industrie als auch und besonders auf dem Gebiete des Handels, die schwache Entwicklung der Geldwirtschaft sowie das System der Doppelwährung, unter welchem die Bauernschaft durch die Entwertung der sowjeti-

schen Banknoten am meisten zu leiden hatte.

Im Ergebnis beharrlicher Arbeit brachte das verflossene Jahr unzweifelhafte Erfolge bei der Wiederherstellung der Industrie und des Verkehrswesens. Es wurde eine größere Menge von der staatlichen Industrie produzierter Waren auf den Markt gebracht als je zuvor unter der Sowjetmacht. Andererseits hat die Bauernschaft ohne Zweifel ihre Anbaufläche vergrößert, in gewissem Maße ihre Wirtschaft vorwärtsgebracht, die Erzeugung von Spezialkulturen verstärkt und hat, dank der Ersetzung eines großen Teiles der Naturalsteuer durch die Geldsteuer, trotz der im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Ernte größere Getreidevorräte zu ihrer Verfügung.

Somit kann die jetzige Krise keineswegs mit den Krisen der Waren- und Getreidenot verglichen werden, die das Land in den Jahren 1919, 1920 und 1921 heimsuchten. Die grundlegenden Elemente der Volkswirtschaft (die Menge der produzierten Kohle, des produzierten Erdöls, Metalls, der produzierten Baumwolle, des in der Hand der Bauern verbleibenden Getreides z.B.) sind insgesamt zweifelloso angewachsen. Die Krise war ein Ergebnis der Diskrepanz zwischen diesen einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft und in erster Linie ein Ergebnis des Unvermögens unserer staatlichen Industrie und des Handels, sich einen Weg zum bäuerlichen Massenmarkt zu bahnen.

## I.

### Die Landwirtschaft

Die geringe Aufnahmefähigkeit und die niedrige Zahlungsfähigkeit des bäuerlichen Marktes als auch die hohen Selbstkosten der Produkte der städtischen Industrie spiegeln die Folgen der langdauernden Periode der äußeren und inneren Kriege wider. Das Sinken der Preise für landwirtschaftliche Produkte ist eine Erscheinung im Weltmaßstab, die in den kapitalistischen Ländern, z.B. in Amerika, zur Vernichtung (Verbrennung) großer Mengen Getreide geführt hat, um die Preise künstlich hochzuhalten. Die städtische und industrielle Bevölkerung der UdSSR stellt für die bäuerliche Wirtschaft keinen ausreichenden Markt dar. Das bäuerliche Getreide

kann in erster Linie durch die Eroberung der ausländischen Märkte im Preis steigen. Schon im vergangenen Jahre wurde dieser Umstand von der Partei berücksichtigt, als sie die Notwendigkeit der allseitigen Entwicklung des Exports landwirtschaftlicher Produkte ins Ausland festlegte. Im vergangenen Jahre wurden 40 Millionen Pud Getreide exportiert, in diesem Jahre wurde es zur wichtigsten Aufgabe der Wirtschaftspolitik gemacht, 250 Millionen Pud Getreide auszuführen.

Aber ein erfolgreicher Kampf des bäuerlichen Getreides auf dem Auslandsmarkt erfordert die Anpassung der Landwirtschaft an die Bedingungen dieses Marktes. Die Partei setzte die Hilfe für die Bauernschaft bei der Erhöhung des technischen Niveaus ihrer Wirtschaft, bei der Einführung intensiver Kulturen, bei der Erhöhung der Umlaufmittel der bäuerlichen Wirtschaft, bei der Erneuerung ihres Inventars u.a. auf die Tagesordnung.

In erster Linie müssen die Organisation der staatlichen Getreideaufkäufe und des staatlichen Exports verbessert, die Unkosten auf diesem Gebiete gesenkt, die Rolle und die Einkünfte von Vermittlern und Aufkäufern jeder Art im Getreidehandel maximal eingeschränkt werden.

Die Sowjetmacht kann und muß der Bauernschaft auch Hilfe bei der Erhöhung ihrer Umlaufmittel leisten und zwar mittels: a) der Organisation eines billigen landwirtschaftlichen Kredits (Einrichtung einer Landwirtschaftsbank); b) der Bereitstellung landwirtschaftlicher Geräte und Maschinen für die Bauernschaft entsprechend den Bedingungen eines langfristigen Kredits; c) Unterstützung der landwirtschaftlichen Genossenschaften usw. Bei allen ihren Maßnahmen gegenüber der Bauernschaft muß die Partei von der Notwendigkeit der allseitigen Hilfe für die ärmsten und mittleren Schichten der Bauernschaft, insbesondere für die Genossenschaften zur gemeinsamen Bodenbearbeitung ausgehen, um sie von der kulakischen Vorherrschaft zu befreien. Hierbei muß der Sicherung der Interessen der zurückgebliebenen Völkerschaften in den Grenzgebieten und Republiken besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die bäuerliche Wirtschaft ist die grundlegende Basis für die Wiederherstellung der Industrie und folglich für das Wachstum der

Arbeiterklasse, da der bäuerliche Markt der hauptsächlichste Massenmarkt für die Erzeugnisse der Industrie ist. Andererseits ist die bäuerliche Wirtschaft der Hauptrohstofflieferant für unsere Industrie. Daher erfordern nicht nur die allgemeinen Interessen der Sowjetmacht, sondern auch die Interessen der rascheren Entwicklung der Industrie die größtmögliche Unterstützung der bäuerlichen Wirtschaft.

## II.

### Die staatliche Industrie

Nur die Entwicklung der nationalisierten Großindustrie schafft die unerschütterlichen Grundlagen der proletarischen Diktatur. Davon ausgehend gab der XII. Parteitag konkrete Hinweise für die Maßnahmen, die von der Partei zur Festigung und Entwicklung unserer staatlichen Industrie ergriffen und durchgeführt werden müssen.

Die staatliche Industrie hat sich im verflossenen Jahre bedeutend entwickelt, ihre Produktion gesteigert und die Qualität der Waren verbessert, wobei das Anwachsen der Produktion von Monat zu Monat, ohne große Schwankungen und Sprünge, vorstatten ging.

Das Entwicklungstempo der Großindustrie überstieg im verflossenen Jahre um einiges das Entwicklungstempo der Landwirtschaft und der Klein- und Heimindustrie. (Die gesamte Produktion der Großindustrie hat sich im Vergleich zum Jahre 1921 fast verdoppelt. Die Gesamtsumme der Produktion der staatlichen Industrie stieg auf 35 Prozent des Vorkriegsstandes, während sie im vorhergehenden Jahre nur 20 - 22 Prozent des Vorkriegsstandes betrug.)

Insbesondere die auf dem Gebiete der Brennstoffwirtschaft erzielten Erfolge gewährleisteten die weitere Wiederherstellung der übrigen Zweige der Industrie. Das Verkehrswesen befindet sich in einem solchen Zustand, daß es in der Lage ist, alle Anforderungen der Volkswirtschaft ohne besondere Schwierigkeiten zu befriedigen. Gleichzeitig muß eine Reihe von Erfolgen festgestellt werden, die in der Organisation der Produktion in den Betrieben und der Organisation der Industrie insgesamt erzielt wurden.

Die gegenwärtige Krise hat jedoch auch auf diesem Gebiet eine

Reihe ungesunder Erscheinungen aufgedeckt, deren Beseitigung eine der nächsten Aufgaben der Partei ist.

Auf der Jagd nach der Deckung der Verluste, die die Industrie im ersten Jahr der NÖP erlitt, hat eine Reihe von Wirtschaftsorganen die Direktive des XII. Parteitages über die Notwendigkeit der Rentabilität falsch angewandt und die Preise übermäßig auf ein solches Niveau gesteigert, das nur einem zahlungskräftigeren Markt zugänglich ist. Die hohen Warenpreise stießen auf die niedrigere Zahlungsfähigkeit des bäuerlichen Massenmarktes. Die Waren blieben unverkauft und brachten der Industrie nicht nur keine der erwarteten Gewinne, sondern bedrohten die Betriebe mit Zahlungsunfähigkeit und Produktionseinschränkung.

Die im Kampf um den Markt und um einheitliche Preise entstandenen Syndikate waren die unmittelbaren Träger dieser Politik der hohen Preise. Diese Politik war ohne Zweifel eine Folge der falschen Ausnutzung der Monopolorganisation einzelner Industriezweige bei ungenügender Entwicklung der regulierenden Organe.

Die sozialistische Akkumulation ist der grundlegende und entscheidende Faktor für das Schicksal der proletarischen Diktatur unter der NÖP. Jedoch ist es unter dem Gesichtspunkt des sozialistischen Aufbaus falsch, wenn über die Selbstkosten und den notwendigen minimalen Gewinn hinaus Ausgaben für eine so schnelle Wiederherstellung und Vergrößerung des Anlagekapitals in die Warenpreise eingeschlossen werden, die offensichtlich im gegenwärtigen Augenblick die Kräfte der Hauptmasse der Bevölkerung des Landes übersteigen. In Zukunft ist es in viel größerem Maße erforderlich, die Preispolitik mit dem überaus wichtigen bäuerlichen Markt und das Entwicklungstempo der Industrie strenger als bisher mit der allgemeinen Entwicklung der Aufnahmefähigkeit des bäuerlichen Marktes abzustimmen.

Im laufenden Jahre entfielen aus der Gesamtsumme der Industrieproduktion von Gebrauchsgütern 70 Prozent auf den städtischen Bedarf und nur 30 Prozent auf die Befriedigung des bäuerlichen Bedarfes. Das zeigt, daß es unsere Industrie bei weitem noch nicht verstanden hat, sich einen Weg zum bäuerlichen Massenverbraucher zu bahnen.

Die Höhe, die die Preise für Industrieprodukte im vergangenen Jahre erreichten, erklärt sich nicht nur aus objektiven Gründen, sondern in bedeutendem Maße aus den Mängeln der Organisation der Industrie und dem Fehlen der für die Wiederherstellung der Wirtschaft der Republik unbedingt notwendigen Einsparung von Unkosten. Die Politik der Preissenkungen soll die Aufmerksamkeit der Industrie auf die Selbstkostensenkung mittels weiterer Verbesserung und Ausdehnung der Produktion, mittels maximaler Einschränkung der Unkosten sowie auf die Verbesserung und Verbilligung ihres Handelsapparates lenken.

Im Zusammenhang damit ist es erforderlich, die bestehenden Syndikatsvereinigungen zu überprüfen und nur diejenigen bestehen zu lassen, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit nachgewiesen wird. Nur dann, wenn die Politik der Anpassung an den Massenmarkt, der Senkung der Selbstkosten und der Erweiterung der Produktion von Massenbedarfsgütern streng durchgeführt wird, erhält die staatliche Industrie die Möglichkeit, mit dem privaten Kapital bei der Belieferung des Massenverbrauchers - des Bauern und des Arbeiters - erfolgreich konkurrieren zu können.

Die Partei orientiert die staatliche nationalisierte Industrie weitgehendst auf die Belieferung der breiten Verbrauchermassen, steht aber gleichzeitig nach wie vor auf dem Standpunkt, daß es notwendig ist, in gewissem Umfange die Kleinindustrie zu fördern, welche weder große Aufwendungen für ihre Wiederherstellung noch spezielle Rohstoff-, Brennstoff- und Lebensmittelreserven erfordert, die der bäuerlichen Wirtschaft eine gewisse Hilfe erweisen und deren Produktivkräfte heben kann, womit sie den allgemeinen Warenumsatz des Landes vergrößert.

Hinsichtlich der Heimindustrie hält es die Partei für erforderlich, die Entwicklung der Handwerksgenossenschaften zu unterstützen, um dem auf der Grundlage der Heimindustrie anwachsenden Privatkapital entgegenzuwirken und die notwendige Verbindung der Heimindustrie mit der staatlichen Industrie herzustellen.

Ein unerlässliches Element der Verbesserung der Organisation unserer Industrie ist die Konzentration der Industrie. Von der alten Wirtschaftsordnung haben wir als Erbe eine große Anzahl

von Betrieben übernommen, die entstanden sind, ohne in irgendeiner Weise dem allgemeinen Wirtschaftsplan und der Volkswirtschaftsordnung, wie wir sie jetzt haben, zu entsprechen. Diese Betriebe liegen als schwere Last auf dem Staatshaushalt. Die Kosten ihrer Unterhaltung, bei ungenügender Auslastung ihrer Kapazität oder bei vollständiger Konservierung, gehen unvermeidlich in die Warenpreise ein und erhöhen sie. Aber die Partei darf keinen Augenblick vergessen, daß hier, mehr als auf irgendeinem anderen Gebiet, die kommerziellen und finanziellen Erwägungen durch politische Erwägungen kontrolliert werden müssen, d.h. unter den gegebenen Bedingungen durch Erwägungen über die Aufrechterhaltung der politischen Macht der Arbeiterklasse. Dort, wo die Schließung eines Werkes einen Schlag gegen die politische Kraft des Proletariats bedeutet, dessen grundlegende Kader untergraben und zu deren Zersplitterung führen würde, wäre die Durchführung einer strengen Konzentration ein unzulässiger politischer Fehler.

In der vorangegangenen Periode hat die Partei ihre Anstrengungen auf die Festigung und Erweiterung der Förderung von Kohle (Donezbecken) und Erdöl (Baku) konzentriert, da ohne die Versorgung der Industrie mit Brennstoffen von einer Festigung anderer Industriezweige nicht die Rede sein konnte. Die nunmehr erzielten Erfolge der Brennstoffwirtschaft machen es jetzt möglich und notwendig, das Augenmerk der Partei auf die Metallurgie zu konzentrieren. Die Hüttenindustrie ist in der nächsten Zeit in den Vordergrund zu stellen und muß vom Staate eine im Vergleich zum Vorjahr viel größere und allseitigere, insbesondere auch finanzielle Unterstützung erhalten.

### III.

#### Arbeitslohn und Gewerkschaften

Die im Herbst eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren von Schwankungen der Arbeitslöhne begleitet und brachten eine Reihe von Mißständen sowohl hinsichtlich der Lohnzahlungstermine als auch hinsichtlich der Formen der Auszahlung mit sich. Das Politbüro hat Anfang August und das Plenum des ZK der Partei hat im September eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, um die Löhne vor

einem Absinken zu bewahren und die Löhne bei den tariflich niedrig stehenden Gruppen von Proletariern (z.B. Eisenbahnen) zu erhöhen.

Die Partei ist der Ansicht, daß es der Zustand der Industrie und der gesamten staatlichen Wirtschaft erlaubt, die Lohnzahlungen in solchen Formen, die einer faktischen Lohnkürzung gleichkommen (Ersatzlebensmittel, große Anteilscheine), einzustellen sowie eine Reihe entschlossener Maßnahmen gegen nicht rechtzeitige Lohnzahlungen zu ergreifen. Die Partei fordert von allen Wirtschaftsorganen, den Kampf gegen all diese Mißstände fortzuführen und besteht darauf, daß die rechtzeitige Auszahlung der Löhne die erste Pflicht der Wirtschaftsorgane ist.

Der auf der heroischen Kraftanstrengung der Arbeiterklasse beruhende Aufschwung der Industrie und des Verkehrswesens muß sich in der Verbesserung der Lage der Arbeiter widerspiegeln. Die Gewerkschaftsorgane müssen ihre Aufmerksamkeit ständig darauf richten, daß diese zwei Linien - der wirtschaftliche Aufschwung und die Hebung des Wohlstandes der Arbeiterklasse - sich genügend entsprechen.

Die Wiederherstellung unserer Industrie wird notwendig von einem zahlenmäßigen Wachsen des Proletariats, dessen Festigung und der Erhöhung seines materiellen und kulturellen Niveaus begleitet. Auf dieser Grundlage erhebt sich vor den Gewerkschaften besonders nachdrücklich die Aufgabe, sich mit der Organisation und Leitung der Industrie viel näher zu befassen.

Mit besonderer Sorgfalt müssen die Gewerkschaften die Auswahl jener sich aus den Arbeitermassen entwickelnden Organisatoren vornehmen, die in der Lage sind, die Aufgaben von Leitern der staatlichen Industrie zu erfüllen. Die Partei, die Gewerkschaften und die Wirtschaftsorgane müssen sich zu diesem Zwecke die Aufgabe stellen, durch spezielle Schulen als auch durch die Heranziehung der breiten Massen zur Beratung der wirtschaftlichen Lage und der laufenden Arbeit der Industriebetriebe Kader solcher Leiter aus den Reihen der Arbeiter zu erziehen. Produktionskonferenzen, auf denen zur Beratung der laufenden Fragen der Produktion, der Feststellung der Ergebnisse und zum Erfahrungsaustausch Vertreter der Wirtschaftsorgane, der Gewerkschaften, der Partei und der parteilosen Arbeiter

- 281 -

zusammenkommen, müssen laufend durchgeführt werden. Diese Konferenzen sollen den Gewerkschaften die Möglichkeit geben, den Stand der Dinge in den Betrieben sorgfältig zu studieren und zu kontrollieren, um damit den Wirtschaftsorganen bei der Verbesserung der Wirtschaft, im Kampfe gegen die Unwirtschaftlichkeit, gegen die hohen Selbstkosten usw. allseitige Unterstützung gewähren zu können.

#### IV.

##### Der Außenhandel

Eines der Grundelemente der gesamten Wirtschaftspolitik der Partei ist das Außenhandelsmonopol. Das Monopol des Außenhandels hat sich völlig bewährt, besonders unter den Bedingungen der NÖP, sowohl als Mittel zum Schutze der Reichtümer des Landes vor Ausplünderung durch das inländische und ausländische Kapital als auch als Mittel der sozialistischen Akkumulation.

Mur weil wir das System des Außenhandelsmonopols insgesamt beibehielten, konnten wir schon jetzt eine aktive Handelsbilanz erzielen und die Einkünfte aus dem Außenhandel in den Händen des Staates konzentrieren.

Indem das Außenhandelsmonopol die Verausgabung von Mitteln des Volkes für die Einfuhr von Gegenständen verhindert, die im Lande selbst produziert werden können, bietet es die Möglichkeit, eine planmäßige Einfuhr derjenigen Produkte zu organisieren, die für die Entwicklung unserer Industrie und Landwirtschaft notwendig sind. Das Außenhandelsmonopol muß auch in Zukunft in seiner Gesamtheit als überaus wichtiges Element der Wirtschaftspolitik der Partei, insbesondere in der Periode der NÖP, aufrecht-erhalten werden.

#### V.

##### Binnenhandel und Genossenschaften

Unter den Bedingungen der Neuen Ökonomischen Politik hat die Organisierung des Handels außerordentliche Bedeutung, da über den Handelsapparat der unmittelbare Zusammenschluß der nationalisierten Industrie und des bäuerlichen Marktes erfolgen muß. Jede Ver-

stärkung des genossenschaftlichen und staatlichen Handels und die Erweiterung ihres Tätigkeitsbereiches stellt eine Erweiterung der Sphäre der sozialistischen Wirtschaft dar. Jede Schwächung der Positionen des genossenschaftlichen und staatlichen Handels und jede Stärkung der Positionen der privaten Vermittler, Aufkäufer und Händler aber stellt eine Ausdehnung der Herrschaftssphäre der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse dar. Daher ist die Unterstützung der Genossenschaften und die Entwicklung des staatlichen Handels, die Eroberung der Stellungen des privaten Handelskapitals durch den genossenschaftlichen und staatlichen Handel auf der Grundlage des Konkurrenzkampfes, die wirtschaftliche Ausnutzung dieses Kapitals durch den genossenschaftlichen und staatlichen Handel die Hauptaufgabe der Wirtschaftspolitik der Partei.

Indessen hat die Krise aufgedeckt, daß die Genossenschaften und der staatliche Handel nicht auf der Höhe der ihnen gestellten Aufgaben stehen, nämlich der Aufgabe, die unmittelbare Verbindung zwischen der staatlichen Industrie und dem Massenverbraucher herzustellen.

Die ungenügende Beweglichkeit und das ungenügende Netz dieser Organe, die Aufblähung und Bürokratisierung des Handelsapparates, die Höhe der Unkosten, das Unvermögen, sich einen Weg zum Massenverbraucher zu bahnen, und die ungenügende Eignung, um die Bedürfnisse der nach vielen Millionen zählenden, zersplitterten Bauernschaft zu befriedigen, - das alles fordert von der Partei eine angestrengte Arbeit zur Überwindung dieser durch die Krise besonders sichtbar gewordenen Mängel. Die Fragen des Handels stehen vor der Partei in ihrer ganzen Größe.

#### VI.

##### Das Privatkapital

Das Verhältnis zwischen dem staatlichen und dem privaten Kapital auf dem Gebiete der Wirtschaft ist gegenwärtig ein sehr wichtiges Problem, denn es entscheidet die Frage des Verhältnisses der Klassenkräfte des Proletariats, das auf der nationalisierten Industrie basiert, und der neuen Bourgeoisie, die auf der Spontaneität

des freien Marktes basiert. Bei der Festlegung der Grundlagen der Neuen Ökonomischen Politik, die sich völlig bewährt hat und keiner faktisch zur Rückkehr zum "Kriegskommunismus" neigenden Revision bedarf, ließ die Partei notwendigerweise nicht nur eine Akkumulation gewisser Mittel durch das private Kapital mittels des Handels zu, sondern auch die wenn auch nur teilweise Übergabe von in ihrer Verfügung befindlichen Produktionsmitteln zur Nutzung an das Privatkapital (Konzessionen, Verpachtungen usw.). Auf dem letztgenannten Gebiet ist der Anteil des privaten Kapitals, absolut und relativ, geringfügig. Die verhältnismäßig bedeutendere Rolle des Privatkapitals im Handel erklärt sich aus dessen größerer Anpassungsfähigkeit an den kleinen Einzelhandelsumsatz und die Belieferung der zersplitterten Verbraucher des Dorfes.

Das staatliche Kapital kann sich nicht die Aufgabe stellen, unverzüglich unmittelbare Verbindungen zur Hundertmillionen Masse der zersplitterten bäuerlichen Produzenten herzustellen, doch auch auf diesem Gebiete muß dem Anwachsen des Privatkapitals eine Schranke gesetzt werden, und zwar durch die Verstärkung der wirtschaftlichen Rolle der Genossenschaften und des staatlichen Handels und deren Anpassung an die Bedürfnisse und Bedingungen des Handels auf dem Lande.

Eine der Hauptbedingungen für die Festigung unserer Positionen gegen das Privatkapital ist die Preispolitik. Die Sowjetmacht, die die Hauptmasse der Produkte, die das Dorf benötigt, in ihren Händen konzentriert, muß erreichen, daß die staatlichen Organisationen und die Genossenschaften billiger verkaufen als der private Händler. Wir müssen es erreichen, daß der Massenverbraucher - der Arbeiter und der Bauer - klar die Überlegenheit des genossenschaftlichen und staatlichen Handels über den Handel auf privatkapitalistischer Grundlage erkennt. Die genossenschaftlichen Organisationen spielen die Hauptrolle bei der Organisation des Handels, insbesondere des Einzelhandels. Daher müssen Maßnahmen ergriffen werden, die aus den genossenschaftlichen Organisationen eine wirkliche Waffe zur Verdrängung des privaten Handelskapitals machen (staatliche Hilfe für die Genossenschaften, insbesondere für die unteren Arbeitergenossenschaften, Übergang der Genossenschaften

auf die Grundlage der freiwilligen Mitgliedschaft, Verlegung des Hauptaugenmerks auf die Erweiterung des Netzes und die Festigung der unteren Genossenschaftszellen, die Verwirklichung ihres Rechtes auf unmittelbare Handelsbeziehungen mit der staatlichen Industrie, erhebliche Senkung der Unkosten, allseitige Einschränkung der Zwischenglieder, über die die Ware zum Verbraucher gelangt usw.).

In Verbindung damit müssen zur Unterordnung der Tätigkeit des Privatkapitals unter die allgemeine Richtung der Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht weitere Maßnahmen zur Regulierung der Preise für die hauptsächlichsten Massenbedarfsgüter getroffen werden.

Andererseits muß die Regulierung der privaten Akkumulation mit Mitteln der Steuerpolitik erreicht werden. Der Luxus ist ständig zu besteuern, und der Kampf gegen böswillige Spekulanten usw. ist zu verstärken.

Die Partei hat sich entschlossen von der Pflichtablieferung und dem System der rationierten Versorgung der arbeitenden Bevölkerung losgesagt. Indem die Partei der Bauernschaft die freie Verfügung über die Früchte ihrer Arbeit einräumte, ließ sie gleichzeitig, in bestimmten Grenzen, die Teilnahme des Privatkapitals in der Sphäre der Warenzirkulation zu und hat keine Ursache, sich von dieser Politik loszusagen. Aber die Partei muß systematisch an der Verstärkung ihrer Positionen auf diesem Gebiet arbeiten und einen unermüdlichen und beharrlichen Kampf um die völlige Beherrschung des bäuerlichen Massenmarktes führen.

## VII.

### Die Finanzpolitik

Eine für die Lösung der Hauptaufgaben unserer Wirtschaftspolitik außerordentlich wichtige Errungenschaft des verflossenen Jahres ist die Einführung einer stabilen Währung - des Tscherwonez - und dessen Verwandlung in das Hauptzahlungsmittel des Landes (von 350 Millionen der Gesamtsumme der Geldzirkulation im Lande entfallen auf den Tscherwonez bereits 270 Millionen, das sind et-

wa 4/5)

Die Einführung des Tscherwonez und seine Erhaltung als stabile Währung war nur dank der progressiven Entwicklung unserer gesamten Wirtschaft möglich und zeugt von der Richtigkeit des Weges der wirtschaftlichen Wiedergeburt, den wir beschreiten.

Der Umlauf des Tscherwonez ist gegenwärtig eine der wesentlichsten Stützen für die weitere Entwicklung der Wirtschaft. Das oben festgestellte Wachstum der staatlichen Industrie im verflossenen Jahre wäre ohne den Tscherwonez nicht möglich gewesen. Auf der Grundlage des Tscherwonez-Umlaufes wurde und wird die Kreditierung der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft durchgeführt. Die Bankkredite an die Industrie und den Handel haben eine bedeutende Entwicklung erreicht. Dieser Kredit machte jenen Manövrierfonds des Staates aus, ohne den eine planmäßige Entwicklung der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft unmöglich ist. Gestützt auf diesen Kredit hat die Industrie erstmalig eine Produktion ohne Unterbrechungen entfaltet und vermochte bis zum Zeitpunkt der Realisierung der Ernte große Warenfonds anzuhäufen.

Die strenge Durchführung der wirtschaftlichen Rechnungsführung, die richtige Kalkulation der Selbstkosten und der richtige Aufbau der Buchführung in unseren Betrieben, in den Trusten, Syndikaten und Handelsorganisationen wurde nur möglich dank der stabilen Tscherwonez-Währung und kann sich auch in Zukunft nur auf dieser Grundlage festigen und verbessern.

Die weitere Politik der Partei muß darin bestehen, die Stabilität des Tscherwonez zu erhalten und die Währungsreform zu Ende zu führen. Die Interessen der breiten Massen fordern, die Währungsreform zu Ende zu führen, d.h. sie fordern die Ersetzung des fallenden Sowjetgeldpapiers durch eine stabile Währung. Das Zuendeführen der Währungsreform muß zu einer der Hauptaufgaben der Sowjetmacht in der kommenden Zeit werden.

Die erfolgreiche Lösung dieser Aufgabe bedeutet eine Verbesserung der Lage der bäuerlichen Wirtschaft, eine Hebung der materiellen Lage der Arbeiterklasse und der werktätigen Schichten der Bevölkerung überhaupt sowie eine Gesundung der gesamten Wirtschaft.

Eine erfolgreiche Durchführung der Währungsreform ist nur bei maximaler Einschränkung des Haushaltsdefizits und bei strengster Sparsamkeit seitens aller Wirtschaftsorgane möglich. Der Kampf gegen jede Art von unnötigen Ausgaben und Unmäßigkeit ist somit eine dringende wirtschaftliche Forderung.

Auf dem Gebiete des Staatshaushaltes können bedeutende Fortschritte festgestellt werden. Die normalen Quellen der Einkünfte wachsen. Die Bedeutung der Emissionen verringert sich immer mehr. In Zukunft müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um die staatlichen Mittel durch eine Steigerung der Einkünfte aus dem Staatseigentum und den staatlichen Betrieben aufzufüllen, ohne die Steuerlast der werktätigen Schichten der Bevölkerung zu vergrößern.

Gleichzeitig ist auch ohne Zweifel eine Verbesserung in der Aufstellung der Haushaltspläne selbst festzustellen. Schon seit einigen Jahren ist die Sowjetmacht bemüht, ein reales Budget aufzustellen. Aber erst im vergangenen Jahr wurde auf diesem Gebiet bedeutende Verbesserung erreicht. Erstmals haben wir tatsächlich dem Leben entsprechende Haushaltpläne, welche mehr als bisher erlauben, auf dem Gebiet der staatlichen Verwaltung und Wirtschaft vor auszusehen und zu berechnen.

Bereits die Einführung der Tscherwonez-Währung erleichterte bedeutend die Rechnungsführung und folglich die planmäßige Leitung sowohl der Wirtschaft insgesamt als auch der einzelnen Betriebe. Die Verbesserung und Präzisierung der Haushaltpläne war der nächste Schritt. Aber erst die vollständige Durchführung der Währungsreform wird es erlauben, auf der Grundlage einer stabilen Geldeinheit reale Finanzpläne der Industrie und des Handels aufzustellen, eine richtige Kalkulation in Gang zu bringen und eine wirkliche Rechnungslegung zu organisieren.

Somit muß die Währungsreform als eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die notwendige Verstärkung der Koordination zwischen den einzelnen Teilen der Volkswirtschaft betrachtet werden. Sie gibt erstmalig eine reale Grundlage für eine planmäßige Leitung der Wirtschaft.

VIII.

Über die Notwendigkeit der Verstärkung  
der Planungsgrundlage

Völlig falsch wäre es anzunehmen, daß bei dem Überwiegen der kleinen Bauernwirtschaft, bei steigender Bedeutung des Weltmarktes und seiner Preise in unserer Wirtschaft die staatliche planmäßige Leitung die Möglichkeit von Krisen unter den Bedingungen der NÖP ausschließen könne.

Jedoch hebt die gegenwärtige Krise die Notwendigkeit hervor, verstärkt an der Koordinierung der einzelnen Volkswirtschaftszweige und an der Verstärkung der Planungsgrundlage der staatlichen Wirtschaftsorgane zu arbeiten.

In weitaus größerem Maße als bisher muß es die Partei lernen, die Elemente der staatlichen Wirtschaft in ihrer Wechselwirkung miteinander und mit dem Markt zu koordinieren. Diese Aufgabe wird dadurch erleichtert, daß wir nunmehr bedeutende Erfolge bei der Schaffung der grundlegenden Voraussetzungen einer planmäßigen Leitung errungen haben, ohne die sich die Planung leicht in eine bürokratische Utopie verwandeln könnte. Diese Voraussetzungen für eine erfolgreiche Planung bestehen in: 1) der Schaffung einer stabilen Währung; 2) der Organisierung des Kreditwesens; 3) der Anhäufung materieller Fonds, die ein Manövrieren gestatten; 4) der Verwirklichung und Festigung bestimmter Organisationsformen der Wirtschaft (Truste usw.); 5) dem Bestehen einer Reihe einzelner, auf der Grundlage der Erfahrung aufgebauter Pläne, in erster Linie realer Haushaltpläne usw.

Das Vorhandensein dieser Bedingungen gibt die Möglichkeit, daß die staatlichen Planungsorgane weitaus erfolgreicher arbeiten können als bisher. Auf der Tagesordnung steht die Aufgabe, die Staatliche Plankommission zu stärken, ihre Rolle auf dem Gebiet der Finanz- und Kreditpolitik zu erhöhen, eine engere Verbindung zwischen ihrer Tätigkeit und der Arbeit des Volkskommissariats für Finanzen, des Obersten Volkswirtschaftsrats, des Volkskommissariats für Landwirtschaft, des Kommissariats für Binnenhandel usw. herzustellen und die örtlichen Organe der Plankommission usw. zu verstärken.

Die nächste Pflicht der Staatlichen Plankommission besteht darin, die laufende Marktkonjunktur systematisch zu untersuchen und grundlegende Maßnahmen zur Einwirkung auf die sich herausbildenden Marktbeziehungen auszuarbeiten.

Insbesondere muß die Staatliche Plankommission, in Anbetracht der ständig wachsenden Rolle der Genossenschaften bei der Herstellung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen der Landwirtschaft und der Industrie, die Prüfung der Wirtschaftstätigkeit der Genossenschaften und deren Verknüpfung mit der staatlichen Wirtschaft in den Bereich ihrer Planungsarbeiten einbeziehen.

Der Staatlichen Plankommission muß in der Praxis der ihr in der Resolution des XII. Parteitages zugewiesene Platz gewährleistet werden.

Die Ernennung eines der Vertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare zum Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission sichert die engste Mitarbeit der Staatlichen Plankommission bei der Lösung aller laufenden Fragen des Wirtschaftslebens.

Praktische Schlußfolgerungen

a) A u f d e m G e b i e t e d e r L a n d w i r t s c h a f t :

1) Intensivierung der Landwirtschaft, Entwicklung der technischen Kulturen, der Viehzucht u.a. durch eine Reihe von Förderungsmaßnahmen (Steuervergünstigungen, Kredit u.a.);

2) allseitige Entwicklung des Getreideexports, um den Überschüssen des bäuerlichen Getreides einen Ausweg auf dem Weltmarkt zu eröffnen und damit die für die bäuerliche Wirtschaft günstigsten Preise für Getreide zu erzielen; zum gleichen Zweck maximale Senkung der Unkosten für die Beschaffung und den Transport des Getreides;

3) alle Maßnahmen sind zu ergreifen, um den staatlichen Getreidehandel auf dem Binnenmarkt in solchen Formen zu organisieren, die stabile Getreidepreise sichern (Verlagerung entsprechender Getreidemengen, Regulierung der Tarife, Ausdehnung des Netzes der Getreideelevatoren u.a.);



4) Entwicklung eines breiten Netzes von Landwirtschafts-, Kredit-, Verbraucher- und Handwerker-genossenschaften auf dem Dorfe, die als die hauptsächlichen Organe zur Beschaffung landwirtschaftlicher Produkte, zur Organisierung erschwinglicher Kredite für das Dorf und zur Versorgung der Bauernschaft mit den notwendigen Gebrauchsgegenständen dienen sollen;

5) Sofortmaßnahmen zur Entwicklung des landwirtschaftlichen Kreditwesens über die Zentrale Landwirtschaftsbank und die örtlichen Kreditgenossenschaften, vor allem um die Bauern, die bäuerlichen Genossenschaften und Kollektivwirtschaften mit landwirtschaftlichen Maschinen und Inventar zu zugänglichen Preisen auf der Grundlage langfristiger Kredite zu versorgen;

6) Im Jahre 1924 Übergang zu einer einheitlichen Landwirtschaftssteuer in Geldform, die in stabiler Währung errechnet wird;

7) Für 1924 sind in breitem Umfange Steuervergünstigungen für schwache Bauernwirtschaften zu gewähren und die Organisationen der Landerbeiter (Allunionsgewerkschaft der Land- und Forstarbeiter) und der armen Bauernschaft (wie die Komitees der Dorfarmut usw.) allseitig zu unterstützen;

8) Der Erhebung zusätzlicher Abgaben durch die örtlichen Machtorgane auf dem Lande ist ein Ende zu setzen, freiwillige Sammlungen sind nur mit der jeweiligen Zustimmung der zentralen Organe zuzulassen;

9) Das System der staatlichen Versicherung ist unter dem Gesichtspunkt zu überprüfen, die Pflichtversicherungen auf diejenigen Formen zu begrenzen, an denen die Schichten der armen Bauernschaft am stärksten interessiert sind, wobei die Versicherungsbeiträge für die arme Bauernschaft entsprechend zu senken sind. Bei den Versicherungsformen, an denen die breiten Massen der Bauernschaft weniger interessiert sind, sollte die freiwillige Versicherung angewandt werden.

b) A u f d e m G e b i e t e d e r I n d u s t r i e :

1) Rationalisierung der Produktion und Steigerung der Arbeitsproduktivität;

2) Verstärkung der Auslastung der Betriebe und planmäßige Verteilung der Aufträge, insbesondere in der Schwerindustrie;

3) Senkung der Unkosten durch Vereinfachung der Organisation der Industrie, durch Verringerung der Zahl der Angestellten u.a.

4) Verbilligung der Rohstoffe, Brennstoffe und Hilfsstoffe der Industrie sowohl durch die Senkung der Beschaffungskosten als auch durch Einfuhr billiger ausländischer Rohstoffe;

5) Regelung der industriellen Kalkulation bei gleichzeitiger strenger Verantwortlichkeit für deren Richtigkeit;

6) Genaue Festlegung der Rechte und Pflichten der Leiter der Truste und Direktoren der Betriebe mit dem Ziele der völligen Liquidierung der Überreste des "Hauptverwaltungsunwesens".

7) Systematische Beförderung von Arbeitern auf verantwortliche Posten der Wirtschaftspraxis in Industriebetrieben und Vereinigungen;

8) Allseitige Unterstützung der Wirtschaftler in ihrer schwierigen Arbeit beim industriellen Aufbau unter den Bedingungen des erbitterten Kampfes gegen das Privatkapital;

9) Die Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Leitung der Wirtschaftsorgane, der Kontrolle über deren Tätigkeit und bei der Auswahl von Wirtschaftlern ist zu verstärken;

10) Die Parteiorganisationen in den Betrieben sind näher an die Produktion heranzuführen auf der Grundlage regelmäßiger Information der Parteizellen über den Verlauf der Arbeit in den Betrieben und Vereinigungen, der freien Aussprache über alle Seiten der Tätigkeit der Wirtschaftsorgane und der Förderung der Initiative einzelner Genossen zur Auffindung von Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsarbeit.

c) A u f d e m G e b i e t e d e s A r b e i t s l o h -  
n e s :

1) Kurs auf die Erhöhung des Arbeitslohnes halten im Einklang mit dem Aufschwung der Industrie und der Arbeitsproduktivität; im einzelnen besondere Aufmerksamkeit der Erhöhung der Löhne

der Arbeiter in den Hauptzweigen der Industrie und auf den Gebieten der Produktion widmen, wo die Höhe des Lohnes noch immer unter dem Durchschnitt liegt;

2) härteste Strafen sind für Verzögerung der Lohnzahlungen festzusetzen; gleichzeitig ist die volle Vergütung der Arbeiter für Verluste aus Kursdifferenzen der Sowjet-Banknoten anzuerkennen, die sich durch die Verzögerung der Lohnauszahlung ergeben können; in den Fällen, in denen der Lohn in Tschernowzen berechnet wird, ist es zur Erhaltung der realen Höhe des Arbeitslohnes notwendig, nach Ablauf eines jeden Monats, entsprechend dem Anwachsen der Teuerung, spezielle Teuerungszulagen festzulegen;

3) eine übermäßige Auszahlung von Tantiemen ist zu verbieten, Tantiemen sind nur aus dem Reingewinn und nur an einzelne, besonders gewissenhafte und verdiente Mitarbeiter unter der Bedingung der Zustimmung der Gewerkschaften zu gewähren;

4) die Wohnverhältnisse der Arbeiter sind zu verbessern, als nächste Aufgabe ist die Sicherstellung staatlicher Kredite für den Wohnungsbau der Sowjets anzuerkennen;

5) besonderes Augenmerk ist auf die Zahlung der Versicherungsbeiträge zu richten, um in erster Linie den Teil der Arbeitslosen, der wirklich proletarische Elemente darstellt, zu versorgen. Dieser Teil muß vor allen anderen in die Produktion bei deren Erweiterung einbezogen werden.

d) A u f d e m G e b i e t e d e s A u ß e n h a n d e l s :

1) weitere Maßnahmen zur Festigung des Außenhandelsmonopols sind zu ergreifen;

2) das ausländische Kapital ist zum Außenhandel durch Förderung der Organisation der gemischten Export- und Importgesellschaften heranzuziehen;

3) es muß ein mit dem grundlegenden Wirtschaftsplan zusammenhängender Export- Importplan durchgeführt werden, der eine aktive Handelsbilanz (Überwiegen der Ausfuhr über die Einfuhr) und die Versorgung der sowjetischen Industrie mit billigen Rohstoffen, Materialien und Halbfertigfabrikaten sichert;

4) maximale Entwicklung des ausländischen Kredits für den Export.

e) A u f d e m G e b i e t e d e s B i n n e n h a n d e l s :

1) Erweiterung des unteren Handelsapparates, insbesondere des unteren genossenschaftlichen Netzes, auf der Grundlage einer aufmerksamen Wahrnehmung der Interessen des Verbrauchers (Einführung von für den Verbraucher notwendigen Warensortimenten u.a.) und die Regelung der Beziehungen zu den privaten Handelsvermittlern im Sinne der ökonomischen Unterwerfung derselben unter die Genossenschaften und den staatlichen Handel (Regelung der Einzelhandelspreise, Warenintervention u.a.);

2) die Regulierung der Großhandelspreise ist zu verstärken, vor allem für die grundlegenden Massenbedarfsgüter, in erster Linie der des bäuerlichen Bedarfs. Diese Regulierung muß auf die Einzelhandelspreise durch die von den Großhandelsorganen festgelegten Höchsthandelspreisen für die Genossenschaften durch Manövrieren mit bestimmten Warenmassen seitens des Staates zwecks Senkung der Preise in bestimmten Gebieten und schließlich durch eine vor allem auf die Betreuung der unteren Handelsorgane gerichtete Kreditpolitik ausgedehnt werden;

3) auf gesetzgeberischem Wege ist der Einfluß der örtlichen Regulierungsorgane zu verstärken, um die auf dem Gebiete des Binnenhandels festgelegten Maßnahmen zur Regulierung und Normierung der Preise durchzuführen;

4) die Normierung der Preise für Salz, Petroleum und Zucker bei allen Arten des Handels (genossenschaftlichen, staatlichen und privaten) ist notwendig;

5) das bestehende System der zentralen Beschaffung durch Spitzenorgane ist abzuändern zugunsten einer allseitigen Förderung unmittelbarer Verträge zwischen den unteren Handelsorganisationen, den Betriebsvereinigungen und Handelslagern. Dabei ist das System der Kreditierung der Genossenschaften und des staatlichen Handels entsprechend umzugestalten;

6) die Revision des bestehenden Systems der Syndikate ist notwendig, wobei die Syndikate, deren wirtschaftliche Zweckmäßigkeit nicht nachgewiesen wird, aufzulösen sind. Die Handelstätigkeit der verbleibenden Syndikate ist in der Regel auf den Großhandel zu beschränken;

7) die bestehenden Eisenbahntarife sind zwecks Verbilligung des Transports von Massengütern zu überprüfen;

8) alle Maßnahmen zur Senkung der Handelskosten mittels Einschränkung der Zahl der zentralen und örtlichen Handelsvertretungen, mittels Einsetzen der genossenschaftlichen und staatlichen Handelsorgane als Vertragspartner, schließlich mittels Einschränkung der übermäßigen Aufwendungen (Transportmittel, Mobiliar, Reklame usw.) sind zu ergreifen;

9) in den nationalen Republiken und Randgebieten ist besonderes Augenmerk auf die Wahrung der Interessen der örtlichen Bevölkerung bei ihren Handelsbeziehungen sowohl zu staatlichen als auch zu genossenschaftlichen und privaten Handelsorganisationen zu richten;

10) eine besondere Reserve von Mitarbeitern für die Stärkung der Organe der Genossenschaften und des staatlichen Handels ist freizustellen;

11) eine genaue und rechtzeitige Rechnungslegung der Handelsorgane ist festzulegen.

f) A u f d e m G e b i e t e d e r F i n a n z e n :

1) strengste Erfüllung des festgesetzten Jahresbudgets bei unbedingter Einschränkung der Summe des Defizits in dem im Budget vorgesehenen Rahmen;

2) Übergang zur stabilen Währung, Einstellung der Emission der labilen Sowjetbanknoten und, bis spätestens zum Herbst, in Verbindung mit der Reform der Landwirtschaftssteuer, Ausgabe von beständigen Scheidemünzen in Form von kleineren Scheinen als der Tscherwonez und in kleinen Silbermünzen;

3) Senkung der Akzise bei Gegenständen des Massenbedarfs,

vor allem bei Salz, Petroleum und Zucker;

4) Verbilligung der Kredite für die Industrie und die Getreidebeschaffung, Dezentralisierung des Kreditwesens bei Annäherung desselben an die unteren Wirtschaftseinheiten;

5) die regulierende Rolle des Kredits ist allseitig auszunutzen, in-dem die Tätigkeit der Staatsbank und anderer Kreditinstitute über die Staatliche Plankommission und den Rat für Arbeit und Verteidigung (STO) mit der die Industrie und den Handel leitenden Organen koordiniert wird.

g) A u f d e m G e b i e t e d e r  
P l a n u n g s a r b e i t :

1) Die Rolle der Staatlichen Plankommission bei der Ausarbeitung realer Wirtschaftspläne für den Rat für Arbeit und Verteidigung (STO) muß in bezug auf die Koordinierung der Elemente der Volkswirtschaft und in bezug auf die Regulierung der Marktbeziehungen durch systematische Erforschung der Wirtschaftskonjunktur verstärkt werden;

2) enge Koordinierung der Arbeit des Volkskommissariats der Finanzen, des Obersten Volkswirtschaftsrates, des Volkskommissariats für Binnenhandel und anderer Wirtschafts-Volkskommissariate mit der Staatlichen Plankommission bei unbedingter Abstimmung des allgemeinen Arbeitsplanes der Zentralen Statistischen Verwaltung mit dem Arbeitsplan der Staatlichen Plankommission;

3) Verstärkung der Staatlichen Plankommission mit neuen Mitarbeitern.

(E i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .)

Über die internationale Lage

1) Die Linie des ZK, die den Thesen über die Lehren der Ereignisse in Deutschland zugrunde lag, wird als richtig anerkannt.

2) Die Politik des ZK, die auf eine Übereinkunft mit der Mehrheit des deutschen ZK auf der Grundlage der Zusammenarbeit mit der "Linken" gerichtet ist, wird gebilligt.

Plenum des ZK der KPR (B)

Moskau, 21. - 22. Januar 1924

3) Der Beschluß des ZK vom 27. Dezember 1923 über das falsche Verhalten Radeks in der deutschen Frage wird gebilligt; in diesem Beschluß wird festgestellt, daß:

a) Radek voll und ganz Kurs auf die Unterstützung der rechten Minderheit des ZK der KPD und die Leugnung des linken Flügels der Partei genommen hat, was objektiv die deutsche Kommunistische Partei zu spalten droht. Das Politbüro des ZK der KPR gründet demgegenüber seine Politik auf der Unterstützung der überwiegenden Mehrheit des ZK der KPD und der Zusammenarbeit mit der Linken, wobei es die Fehler der Linken kritisiert und das bei ihr vorhandene Richtige unterstützt, gleichzeitig aber auch die groben Fehler der Rechten der Kritik unterzieht;

b) die allgemeine Ansicht Radeks über den Verlauf des weiteren Kampfes in Deutschland von einer falschen Einschätzung der Klassenkräfte in Deutschland ausgeht, daß er die Differenzen innerhalb des Faschismus opportunistisch überschätzt und versucht, auf diesen Differenzen die Politik der Arbeiterklasse in Deutschland aufzubauen.

Angesichts dessen ist das ZK gezwungen, dem EKKI zur Kenntnis zu bringen, daß Radek in der gegebenen Frage nicht die Meinung des ZK der Russischen Kommunistischen Partei zum Ausdruck bringt.

4) Radek ist auf das in der bolschewistischen Partei unzulässige Beispiel der Nichtunterwerfung eines Mitgliedes des ZK der KPR unter die Beschlüsse des ZK über internationale Fragen hinzuweisen.

5) Nachdrücklich sind Radek und die anderen Genossen von der Opposition davor zu warnen, den für die internationale Arbeiterbewegung äußerst schädlichen Fraktionskampf in die Komintern hineinzutragen. ( A n g e n o m m e n b e i e i n e r S t i m m e n e n t h a l t u n g . )

Gedruckt nach dem Text des Bulletin "Dreizehnte Konferenz der KPR(B)" 1924, überprüft nach dem Text der "Iswestija des ZK der KPR(B)" No.2, Februar 1924.

Am 21. Januar verstarb Lenin. Das außerordentliche Plenum des ZK nahm folgenden Aufruf "An die Partei. An alle Werktätigen" an:

An die Partei. An alle Werktätigen.

Am 21. Januar verschied Genosse Lenin. Es starb der Mensch, der unsere stählerne Partei gegründet, Jahr an Jahr an ihr gebaut, sie unter den Schlägen des Zarismus geführt, sie in dem erbitterten Kampf gegen die Verräter der Arbeiterklasse, die Halben, Schwankenden, die Überläufer erzogen und gestählt hat. Es starb der Mensch, unter dessen Führung die unerschütterlichen Reihen der Bolschewiki im Jahre 1905 gekämpft, zur Zeit der Reaktion einen Rückzug durchgeführt und dann von neuem angegriffen haben, die in den ersten Reihen der Kämpfer gegen die Selbstherrschaft standen, die es vermochten, die Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu zerschlagen, zu entlarven und ihre ideologische Herrschaft zu stürzen. Es starb der Mensch, unter dessen Kampfführung unsere in Pulverdampf gehüllte Partei mit mächtiger Hand das rote Banner des Oktober über das ganze Land entfaltete, den Widerstand der Feinde hinwegfegte, die Herrschaft der Werktätigen im ehemaligen zaristischen Rußland fest und für die Dauer errichtete. Es starb der Gründer der Kommunistischen Internationale, der Führer des Weltkommunismus, die Liebe und der Stolz des internationalen Proletariats, das Banner des unterdrückten Ostens, das Haupt der Arbeiterdiktatur in Rußland. Seit Marx hat die Geschichte der großen Freiheitsbewegung des Proletariats keine so gigantische Gestalt hervorgebracht wie unseren entschlafenen Führer, Lehrer, Freund. Alles, was es im Proletariat an wahrhaft Großem und Heroischem gibt - furchtloser Geist, eiserner, unbeugsamer, beharrlicher, alles überwindender

Wille, heiliger Haß, tödlicher Haß gegen Sklaverei und Unterdrückung, revolutionäre Leidenschaft, die Berge versetzt, grenzenloser Glaube an die schöpferischen Kräfte der Massen, gewaltiges organisatorisches Genie - all das hatte seine wunderbare Verkörperung in Lenin gefunden, dessen Name von West bis Ost, von Süd bis Nord zum Symbol einer neuen Welt geworden ist.

Lenin verstand wie kein anderer, das Große wie das Kleine zu sehen, die gewaltigsten historischen Wendungen vorauszusagen und zugleich jede kleine Einzelheit zu berücksichtigen und auszunutzen, er verstand, wenn nötig, tollkühn anzugreifen, und, wenn nötig, zurückzugehen, um den neuen Angriff vorzubereiten. Er kannte keine starren Formeln; keinerlei Scheuklappen hatte er vor seinen weisen, alles durchdringenden Augen. Denn er war der geborene Führer der proletarischen Armee, der Genius der Arbeiterklasse.

Zur Schatzkammer des Marxismus hatte Genosse Lenin viel Wertvolles beigetragen. Ihm verdankt die Arbeiterklasse die Ausarbeitung der Lehre von der proletarischen Diktatur, vom Bündnis der Arbeiter und Bauern, von der ganzen Bedeutung der nationalen und kolonialen Frage für das kämpfende Proletariat und schließlich seine Lehre von der Rolle und dem Charakter der Partei. Und dieser ganze Reichtum war in den Händen Lenins kein totes Kapital, sondern lebendige, einzigartige Praxis. "Es ist viel angenehmer, die Revolution zu machen, als über sie zu schreiben", - sagte Wladimir Iljitsch mehrfach. Sein ganzes Leben, von seinem bewußten Anfang bis zum letzten qualvollen Atemzug widmete Genosse Lenin ganz und gar der Arbeiterklasse. Es gab und gibt keinen Menschen, der seiner Sache so ergeben wäre wie Lenin, der in seinem schönen Leben nichts anderes kannte als die Interessen der Partei, des Proletariats, der kommunistischen Revolution. Es gab und gibt keinen Menschen, der ein so tiefes Gefühl der Verantwortung besäße wie er. Der übermenschliche, unersättliche Durst nach Arbeit, sein unermüdliches Denken, die schonungslose Aufwendung seiner Energie zerbrachen diesen zähen Organismus und löschten das Leben unseres über alles geliebten Führers - unseres Iljitsch aus.

Doch sein physischer Tod ist nicht der Tod seiner Sache. Lenin lebt im Herzen jedes Mitglieds unserer Partei. Jedes Mitglied unserer Partei ist ein Teilchen Lenins. Unsere ganze kommunistische Familie ist die kollektive Verkörperung Lenins.

Lenin lebt im Herzen jedes ehrlichen Arbeiters.  
Lenin lebt im Herzen jedes armen Bauern.  
Lenin lebt im Herzen der Millionen Kolonialsklaven.  
Lenin lebt im Haß der Meute unserer Feinde auf den Leninismus, den Kommunismus, den Bolschewismus.

Jetzt, da unsere Partei von dem schwersten Verlust betroffen ist - vom Tode Lenins, - müssen wir mit besonderer Beharrlichkeit sein grundlegendes Vermächtnis erfüllen.

Niemals war Lenin so groß als in den Minuten der Gefahr. Mit fester Hand führte er die Partei durch diese Gefahren, mit unvergleichlicher Kaltblütigkeit und Mut schritt er seinem Ziele zu. Es gab für Lenin nichts Widerwärtigeres und Abstoßenderes als Panikmacherei, Verwirrung, Bestürzung und Schwankungen.

Die Partei wird auch hierin in seine Fußtapfen treten. Unser unvergleichlicher Kampfgenosse ist auf ewig von uns gegangen, doch wir werden furchtlos weiterschreiten. Mögen unsere Feinde auch ob unseres Verlustes frohlocken. Diese Elenden und Unglücklichen! Sie wissen nicht, was unsere Partei ist! Sie hoffen darauf, daß unsere Partei zerfallen wird. Doch unsere Partei schreitet eisernen Schrittes voran. Denn sie ist - eine Leninsche Partei. Denn sie ist in Kämpfen erzogen und gestählt. Denn sie trägt das Vermächtnis in Händen, das ihr Genosse Lenin hinterließ.

Gegen das Weltbündnis der Großgrundbesitzer und Kapitalisten werden wir unser Bündnis der Arbeiter und Bauern, das Bündnis der unterdrückten Nationen bauen.

Wir stehen fest auf der Erde. Im europäischen Trümmerfeld sind wir das einzige Land, das unter der Macht der Arbeiter wiederersteht und kühn in seine Zukunft schaut. Um unser ruhmreiches Banner sammeln sich Millionen. Der Tod unseres Lehrens - dieser schwere Schlag - wird unsere Reihen noch enger zusammenschweißen.

Als eine fest untereinander verbundene Kampfkette ziehen wir in den Feldzug gegen das Kapital, und keine Kräfte in der Welt werden unseren Endsieg aufhalten können.

Dieser Sieg wird das schönste Denkmal für den Genossen Lenin sein, den die Massen als ihren besten Freund ihren "Iljitsch" nannten.

Es lebe, wachse und siege unsere Partei!  
Es lebe die Arbeiterklasse!

Zentralkomitee der KPR (B)

Moskau, den 22. Januar 1924

Sonderausgabe der Zeitungen  
"Prawda" und "Iswestija"  
vom 23. Januar 1924

## Verlag Olga Benario und Herbert Baum

Der **Verlag Olga Benario und Herbert Baum** wurde gegründet, um eine Lücke zu schließen, die in den letzten Jahren immer deutlicher wurde.

Es geht darum, einen Verlag zu schaffen, der parteiisch ist, sich bewußt **auf die Seite der Verdammten dieser Erde stellt** und deshalb sein Verlagsprogramm **internationalistisch** gestaltet, als einen ersten Schritt für die solidarische Auswertung und die Propagierung der Erfahrungen der internationalen revolutionären Kämpfe.

Es geht darum, durch die Gestaltung des Verlagsprogramms ganz bewußt und **solidarisch an die wirklichen kommunistischen Traditionen anzuknüpfen**, an die wirklich revolutionäre internationale kommunistische Bewegung zur Zeit von Marx und Engels, Lenin und Stalin, an die positiven Erfahrungen der antirevisionistischen Kämpfe gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus.

Es geht darum, gegen die bürgerliche Wissenschaft **die Tradition des wissenschaftlichen Kommunismus zu propagieren**. Deshalb ist der Nachdruck der grundlegenden Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus in verschiedenen Sprachen ein Schwerpunkt des Verlages.

Mit der Gründung und der Arbeit des Verlags Olga Benario und Herbert Baum soll ein Beitrag geleistet werden, um im Kampf gegen den Imperialismus überhaupt und den deutschen Imperialismus insbesondere der Verwirklichung des Mottos von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher zu kommen: **„Nichts vergessen, alles lernen!“**



**Olga Benario**, geboren am 12.2.1908, kämpfte als Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands (KJVD), der Jugendorganisation der KPD, in der Weimarer Republik gegen den aufkommenden Nazismus und gegen die regierende reaktionäre Sozialdemokratie, gegen den deutschen Imperialismus. Im April 1928 war sie führend an einer erfolgreichen bewaffneten Aktion zur Befreiung eines bis zu seiner Verhaftung illegal lebenden KPD-Genossen aus dem Berliner Polizeipräsidium beteiligt.

Olga Benario flüchtete vor dem deutschen Polizeiapparat in die Sowjetunion, wo sie zu einer wichtigen Mitarbeiterin der Kommunistischen Internationale wurde. In deren Auftrag ging sie 1935 nach Brasilien, um den Aufbau der KP Brasiliens zu unterstützen.

1936 wurde Olga Benario in Brasilien verhaftet, an die Nazis ausgeliefert und ins KZ Ravensbrück verschleppt, wo sie den „gelben Stern“ tragen mußte. Trotz Folter und Kerkerhaft hat sie

keinerlei Aussagen gemacht – weder bei der Polizei des reaktionären brasilianischen Regimes noch bei der Gestapo. Olga Benario kämpfte als „Blockälteste“ im KZ Ravensbrück für die Verbesserung der Überlebenschancen der Häftlinge und gegen die Demoralisierung. Im April 1942 wurde Olga Benario in der Gaskammer von Bernburg von den Nazis ermordet.

Der Name Olga Benario steht

- ★ für den militanten und bewaffneten Kampf der kommunistischen Kräfte, für den Kampf um die proletarische Revolution;
- ★ für den praktizierten proletarischen Internationalismus;
- ★ für den konsequenten antinazistischen Kampf, der auch unter den schlimmsten Bedingungen, selbst in einem Nazi-KZ möglich ist.

**Herbert Baum**, geboren am 10.2.1912, war Mitglied des KJVD und gründete 1936 mit anderen Antinazisten eine Widerstandsgruppe, die später als Herbert-Baum-Gruppe bekannt geworden ist. Die Herbert-Baum-Gruppe nahm mit jüdischen Widerstandsgruppen und Gruppen von Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern aus anderen Ländern Kontakt auf und führte mit ihnen gemeinsam einen illegalen Kampf gegen die Nazis.

Die Herbert-Baum-Gruppe organisierte Maßnahmen, um jüdische Menschen vor der Deportation und Ermordung in Nazi-Vernichtungslagern zu retten.

Die militante Aktion der Herbert-Baum-Gruppe gegen die anti-kommunistische Nazi-Ausstellung „Das Sowjetparadies“ am 13. Mai 1942 in Berlin, bei der ein Teil der Ausstellung durch Brandsätze zerstört wurde, fand weltweit Beachtung.

Einige Wochen später wurde Herbert Baum und fast alle anderen Mitglieder der Widerstandsgruppe aufgrund Verrats verhaftet. Herbert Baum wurde am 11. Juni 1942 von den Nazis durch bestialische Folter ermordet, ohne etwas an die Gestapo preisgegeben zu haben.

Der Name Herbert Baum steht

- ★ für die Organisation einer internationalistischen antinazistischen Front in Deutschland;
- ★ für den Kampf gegen den nazistischen Antisemitismus und gegen den industriellen Völkermord der Nazis an 6 Millionen Juden und Jüdinnen;
- ★ für den Kampf gegen den Antikommunismus und für die Solidarität mit der sozialistischen Sowjetunion zur Zeit Stalins.

Die Namen Olga Benario und Herbert Baum stehen für die Tradition des antifaschistischen und revolutionären Kampfes der wirklich kommunistischen Kräfte.

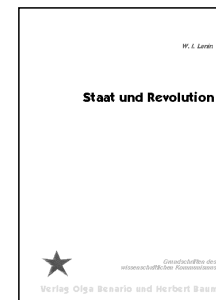
## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



**Band 1:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)  
Anhang:  
Statuten des Bundes der Kommunisten  
92 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-00-4

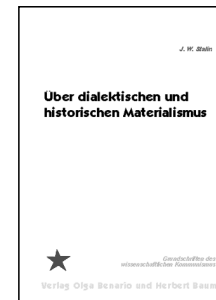
**Band 2:**  
Karl Marx  
**Kritik des Gothaer Programms** (1875)  
96 Seiten, Offenbach 1997, 4 €  
ISBN 978-3-932636-01-1

**Band 3:**  
W. I. Lenin  
**Staat und Revolution** (1917)  
159 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-02-8



**Band 4:**  
J. W. Stalin  
**Über die Grundlagen des Leninismus** (1924)  
137 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-03-5

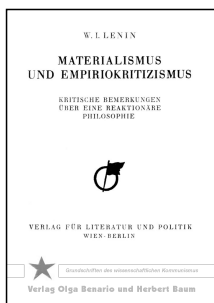
**Band 5:**  
W. I. Lenin  
**Was tun?** (1902)  
276 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-04-2



**Band 6:**  
J. W. Stalin  
**Über dialektischen und historischen Materialismus** (1938)  
45 Seiten, Offenbach 1997, 2 €  
ISBN 978-3-932636-05-9

**Band 7:**  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus** (1916)  
W. I. Lenin  
**Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus** (1916)  
185 Seiten, Offenbach 1999, 8 €  
ISBN 978-3-932636-36-3

## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus



**Band 8:**  
W. I. Lenin  
**Ein Schritt vorwärts,  
zwei Schritte zurück** (1904)  
242 Seiten, Offenbach 2006, 10 €  
ISBN 978-3-86589-042-9

**Band 9:**  
W. I. Lenin  
**Zwei Taktiken der Sozialdemokratie  
in der demokratischen Revolution**  
(1905)  
192 Seiten, Offenbach 2006, 8 €  
ISBN 978-3-86589-043-6

**Band 10:**  
W. I. Lenin  
**Materialismus und  
Empirio-kritizismus** (1908)  
410 Seiten, Offenbach 2006, 15 €  
ISBN 978-3-86589-050-4



Karl Marx/Friedrich Engels  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**  
  
Diese Ausgabe entspricht in ihrer  
Zusammenstellung der 1950  
erschiedenen Ausgabe des Moskauer  
Verlags für fremdsprachige Literatur.

**Band I: 1848–1874**  
650 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-001-6

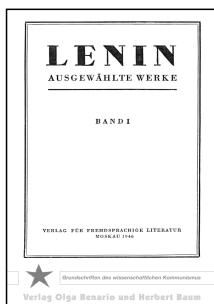
**Band II: 1875–1894**  
504 Seiten, Offenbach 2004, 25 €  
ISBN 978-3-86589-002-3

W. I. Lenin  
**Ausgewählte Werke in zwei Bänden**

Diese Ausgabe entspricht in ihrer  
Zusammenstellung der 1946/47  
erschiedenen Ausgabe des Moskauer  
Verlags für fremdsprachige Literatur.

**Band I: 1884–1917**  
916 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-93-6

**Band II: 1917–1923**  
1037 Seiten, Offenbach 2004, 30 €  
ISBN 978-3-932636-94-3



## Grundschriften des wissenschaftlichen Kommunismus in anderen Sprachen

Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest der Kommunistischen Partei** (1848)

**Türkisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Komünist Partisi Manifestosu**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-06-6

**Englisch:**  
Karl Marx/Frederick Engels  
**Manifesto of the Communist Party**  
83 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-07-3

**Französisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifeste du Parti Communiste**  
82 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-08-0

**Spanisch:**  
Carlos Marx/Federico Engels  
**Manifesto del Partido Comunista**  
87 Seiten, Offenbach 1997, 4 €, ISBN 978-3-932636-09-7

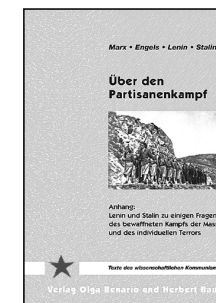
**Farsi:**  
کارل مارکس فریدریش انگلس  
مانیفست حزب کمونیست  
97 Seiten, Offenbach 1999, 4 €, ISBN 978-3-932636-10-3

**Russisch:**  
**К. Маркс и Ф. Энгельс  
Манифест Коммунистической Партии**  
80 Seiten, Offenbach 2004, 4 €, ISBN 978-3-932636-91-2

**Russisch / Deutsch:**  
150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-95-0

**Serbokroatisch:**  
Karl Marx/Friedrich Engels  
**Manifest Komunističke Partije**  
168 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-86589-000-9

## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



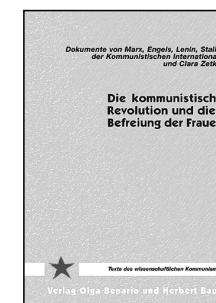
Marx, Engels, Lenin, Stalin  
**Über den Partisanenkampf**  
Anhang: Lenin und Stalin zu einigen  
Fragen des bewaffneten Kampfs der  
Massen und des individuellen Terrors

Die Textauszüge sind 1944 in der Sowjet-  
union zusammengestellt worden und  
behandeln die Grundlagen und Grund-  
fragen des Partisanenkampfs, sie sind  
Ausgangspunkt für eine umfassende  
Analyse der Partisanenkämpfe gegen  
den Nazifaschismus sowie eine Waffe  
im Kampf gegen den revisionistischen  
„friedlichen Weg zum Sozialismus“.  
188 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-11-0

**Programm der  
Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki) – 1919  
Programm der Kommunistischen Internationale – 1928**  
Anhang: Statut der KI, Lenin über das Programm der KPR(B) und  
Stalin über das Programm der KI

Das Programm der KPR(B) von 1919 war das Programm der ersten  
siegreichen proletarischen Revolution; das 1928 verabschiedete Pro-  
gramm der Kommunistischen Internationale (KI) bildete die program-  
matische Grundlage der international in allen Erdteilen anwachsenden  
kommunistischen Weltbewegung – die programmatische Arbeit der  
kommunistischen Kräfte international und in Deutschland wird immer  
wieder auf die gründliche Diskussion dieser beiden Dokumente zurück-  
kommen müssen.

241 Seiten, Offenbach 2002, 10 €, ISBN 978-3-932636-19-6



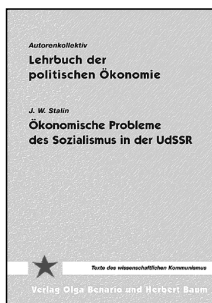
Dokumente von  
Marx, Engels, Lenin, Stalin,  
der Kommunistischen Internationale  
und Clara Zetkin  
**Die kommunistische Revolution und  
die Befreiung der Frauen**

Im Mittelpunkt dieser Zusammenstellung  
steht die Frauenfrage als Frage der pro-  
letarischen Revolution, als Frage des  
Kampfes für den Sozialismus und Kom-  
munismus. Es finden sich u.a. Texte über  
die Ursprünge der Unterdrückung der  
Frau, die Perspektive ihrer Befreiung so-  
wie über Probleme und Fragen der kom-  
munistischen Arbeit unter den werktätig-  
en Frauen.

164 Seiten, Offenbach 1997, 8 €  
ISBN 978-3-932636-18-9



## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



Autorenkollektiv  
**Lehrbuch der politischen Ökonomie** (1954)  
 J. W. Stalin  
**Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR** (1952)

Im Kampf gegen die bürgerliche politische Ökonomie wird eine kurze Einführung in die kommunistische politische Ökonomie gegeben, der Wissenschaft, die die objektiven Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise herausarbeitet und damit den unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat enthüllt.

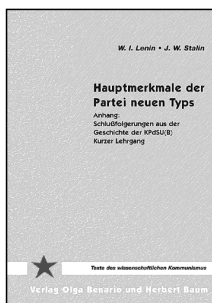
515 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
 ISBN 978-3-932636-21-9

Autorenkollektiv  
**W. I. Lenin**

Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens (1947)

Diese Lenin-Biographie überzeugt, weil sie auf der Verbindung einer Reihe von Merkmalen beruht, die in spannender und hoch informativer Form dargelegt werden: Sie macht vertraut mit den wichtigsten biographischen Daten über das Leben Lenins. Sie gibt einen ausgezeichneten Überblick über die wichtigsten Schriften Lenins und einen Einblick in seinen Arbeitsstil. Sie stellt die entscheidenden Entwicklungen der Kommunistischen Partei Rußlands sowie auch der internationalen kommunistischen Bewegung (II. und III. Internationale) dar und informiert über die revolutionäre Bewegung in Rußland und international zu Lebzeiten Lenins.

415 Seiten, Offenbach 1999, 15 €, ISBN 978-3-932636-35-6

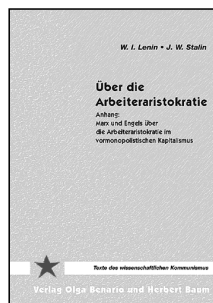


W. I. Lenin/J. W. Stalin  
**Hauptmerkmale der Partei neuen Typs**

In dieser Textzusammenstellung werden grundlegende Merkmale der Kommunistischen Partei gedrängt und sehr allgemein dargelegt. Es geht auch sehr detailliert vor allem um die so wichtige Frage, wie innerparteiliche Demokratie unter den Bedingungen der Illegalität, des strengsten Zentralismus in der Kommunistischen Partei maximal entwickelt und ausgedehnt werden kann.

143 Seiten, Offenbach 2000, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-22-6

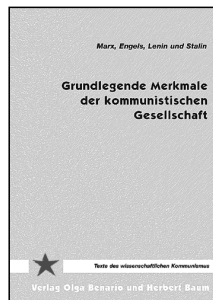
## Schriften des wissenschaftlichen Kommunismus



W. I. Lenin/J. W. Stalin  
**Über die Arbeiteraristokratie**  
 Anhang: Marx und Engels über die Arbeiteraristokratie im vormonopolistischen Kapitalismus

Eine besondere Schicht der Arbeiterklasse – die Arbeiteraristokratie – wird mittels der Extraprofiten, die die Imperialisten aus den Werktätigen anderer Länder herauspressen, bestochen. Die Texte behandeln u.a. die ökonomischen Wurzeln und die Rolle der Arbeiteraristokratie als soziale Basis des Opportunismus in der Arbeiterbewegung, als Schrittmacher von Reformismus, Rassismus und Chauvinismus.

115 Seiten, Offenbach 2001, 5 €  
 ISBN 978-3-932636-23-3



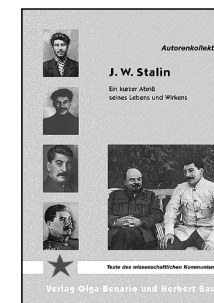
Marx, Engels, Lenin, Stalins  
**Grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft**

Im ersten Teil des Buches werden anti-kommunistische Verleumdungen zurückgewiesen, die das Ziel des Kommunismus als bloße Utopie verleugnen, die nie zu erreichen ist. Es wird erklärt, daß Kommunismus für die Ausgebeuteten und Unterdrückten leicht zu begreifen, logisch und vernünftig ist, daß Zielklarheit über die kommunistische Gesellschaft heute unerlässlicher denn je ist, weil sie die nötige Kraft und Ausdauer für den Kampf gegen den Klassenfeind gibt. Denn der Feind ist noch stark und muss erst besiegt und niedergeworfen werden, denn der Kommunismus ist „das Einfache, das schwer zu machen ist“.

Der zweite Teil besteht aus kommentierten Auszügen aus den Werken von Marx, Engels, Lenin und Stalin über grundlegende Merkmale der kommunistischen Gesellschaft. Das Studium des wissenschaftlichen Kommunismus im Kampf für den Kommunismus, im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei anzuregen und zu unterstützen – das ist ein Ziel dieses Buches.

96 Seiten, Offenbach 2004, 8 €  
 ISBN 978-3-932636-67-7

## Schriften und Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



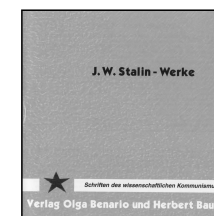
Autorenkollektiv  
**J. W. Stalin**  
 Ein kurzer Abriss seines Lebens und Wirkens

Unbestreitbar trug die sozialistische Sowjetunion unter der Anleitung Stalins den Hauptteil dazu bei, dass das nazifaschistische Deutschland besiegt wurde. Stalin hat, bildlich gesprochen, Hitler das Genick gebrochen! Allein aus diesem Grund mußten alle demokratischen Kräfte, die den Nazifaschismus hassen, sich ernsthaft mit dem Leben und Werk Stalins beschäftigen.

Vor allem ist unbestreitbar, dass Stalin fast 30 Jahre an der Spitze der sozialistischen Sowjetunion und der kommunistischen Weltbewegung gestanden und gewirkt hat. Gleichzeitig hat Stalin als Theoretiker eine Reihe grundlegender Werke und Schriften verfasst, die gerade angesichts enormer Rückschläge der kommunistischen Weltbewegung eine starke Waffe im Kampf für die Revolution sind und sein können.

Das Buch soll ein Beitrag sein, um mit den bürgerlichen und antikommunistischen Vorurteilen und Verleumdungen aufzuräumen und inhaltvolle Kenntnisse zu vermitteln, um ein vertiefendes Studium der Originalschriften Stalins zu erleichtern.

409 Seiten, Offenbach 2003, 15 €  
 ISBN 978-3-932636-65-3

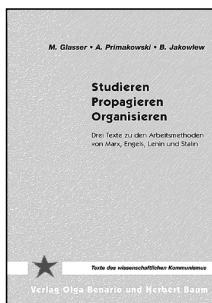


**Stalin Werke Band 1 bis 13**  
 sowie die vorhandenen Schriften 1934–1952, inklusive der „Geschichte der KPdSU(B), Kurzer Lehrgang“

**CD-ROM**, Offenbach 2003, 10 €  
 ISBN 978-3-932636-72-1

**Buch inklusive CD:** 22 €  
 ISBN 978-3-932636-73-8

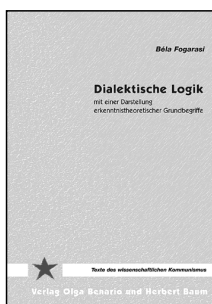
## Texte des wissenschaftlichen Kommunismus



M. Glasser / A. Primakowski / B. Jakowlew  
**Studieren – Propagieren – Organisieren**  
Drei Texte zu den Arbeitsmethoden von Marx, Engels, Lenin und Stalin aus den Jahren 1948 und 1951

Kernpunkte der kommunistischen Arbeitsmethoden werden vor allem anhand ihrer Umsetzung in der Praxis des revolutionären Kampfes der Bolschewiki erläutert. Es wird eine sehr genaue Anleitung der kommunistischen Studienmethode gegeben, mit dem Ziel, daß die theoretische Arbeit wirklich der Praxis dient.

170 Seiten, Offenbach 2001, 8 €  
ISBN 978-3-932636-20-2

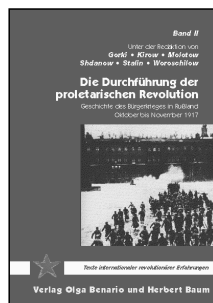


Béla Fogarasi  
**Dialektische Logik**  
mit einer Darstellung erkenntnistheoretischer Grundbegriffe (1953)

Béla Fogarasi arbeitet die wesentlichen objektiven Gesetzmäßigkeiten des wissenschaftlichen, richtigen Denkens heraus, entlarvt gleichzeitig die Betrügereien der Reaktion auf logischem Gebiet, die damit die Ausbeutung verschleiern und rechtfertigen, und schafft somit ein Instrument für die Unterdrückten im Kampf gegen Imperialismus und Ausbeutung.

430 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-12-7

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Unter der Redaktion von Gorki, Kirow, Molotow, Shdanow, Stalin, Woroschilow  
**Geschichte des Bürgerkrieges in Rußland**

Die Vorbereitung und Durchführung des bewaffneten Oktoberaufstandes in den wichtigsten städtischen Zentren, Petrograd und Moskau, der Verlauf der Revolution an der Front und die Organisation und Sicherung der Revolution nach dem siegreichen bewaffneten Oktoberaufstand 1917 – all das wird auf kommunistischer Grundlage analysiert und in lebendiger, detaillierter Art und Weise geschildert.

**Band 1: Die Vorbereitung der proletarischen Revolution** (1937)  
Vom Beginn des Krieges 1914 bis Anfang Oktober 1917  
540 Seiten, Offenbach 1999, 20 €, ISBN 978-3-932636-15-8

**Band 2: Die Durchführung der proletarischen Revolution** (1949)  
Oktober 1917 bis November 1917  
750 Seiten, Offenbach 1999, 25 €, ISBN 978-3-932636-16-5



Autorenkollektiv  
**Mao Tse-tung seine Verdienste – seine Fehler**

Bei diesem zweibändigen Werk handelt es sich um eine Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs anhand seiner Werke.

Im ersten Band wird die Zeitspanne von 1926 bis zum Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 behandelt. Es geht um Mao Tse-tungs Positionen zur antiimperialistisch-demokratischen Revolution, zum Volkskrieg in China und um seine Ansichten zur sozialistischen Revolution.

Im zweiten Band stehen die Einschätzung der Lehren Mao Tse-tungs in der Zeitspanne vom Sieg der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in China 1949 bis zu seinem Tod 1976 im Mittelpunkt, vor allem seine Ansichten zur sozialistischen Revolution und zur Diktatur des Proletariats. Dabei wird auch auf Fragen der proletarische Kulturrevolution eingegangen.

In beiden Bänden werden die Ansichten Mao Tse-tungs sowohl gegen die revisionistischen Fälscher als auch gegen seine falschen Freunde kritisch ausgewertet.

**Band 1: 1926 – 1949**  
400 Seiten, Offenbach 1997, 18 €, ISBN 978-3-932636-14-1

**Band 2: 1950 – 1976**  
240 Seiten, Offenbach 2005, 13 €, ISBN 978-3-86589-036-8

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen



Autorenkollektiv  
**Zur „Polemik“**  
Die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) und die grundlegenden Fehler der berechtigten Kritik der KP Chinas (1963)

Der „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, den die KP Chinas 1963 im Kampf gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPdSU (1956) veröffentlichte, hat die wesentlichen, grundlegenden Fragen der programmatischen, strategischen und auch taktischen Arbeit der kommunistischen Bewegung in vielen Fällen treffend und glänzend behandelt. Aber diese Dokumente haben auch gravierende Mängel und Fehler. Die aufgeworfenen Fragen der inhaltlichen Bestimmung des Kommunismus, der Diktatur des Proletariats und der sozialistischen Demokratie, Fragen der Zurückweisung der Verleumdungen Stalins, Fragen der Ablehnung der Theorie eines „friedlichen Weges“, Fragen des Kampfes gegen den europäischen Chauvinismus sind heute ebenso aktuell wie damals. Es geht darum, all den revisionistischen Verfälschungen klare programmatische Grundlagen, wirklich kommunistische Fundamente entgegenzustellen.

630 Seiten, Offenbach 2003, 30 €  
ISBN 978-3-932636-70-7



Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen:

**Dokumente zum des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966**

**Teil I: Dokumente aus den Jahren 1956 – 1963**  
346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

**Teil II: Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)**  
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

**Teil III: Dokumente aus den Jahren 1963 – 1966**  
320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen

### Die Selbstkritik der KP Indonesiens im Kampf gegen den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten

Fünf wichtige Dokumente des Politbüros des ZK der PKI von 1966/67

Die KP Indonesiens erlitt 1965 eine katastrophale Niederlage. Das im Oktober 1965 an die Macht gelangte faschistische Suharto-Regime schlichtete im Auftrag des Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen Hunderttausende Kommunistinnen und Kommunisten und andere fortschrittliche, antiimperialistische Menschen hin. Inmitten der blutigen Konterrevolution 1965/66 unterzog die PKI daraufhin ihre Linie einer tiefgehenden selbstkritischen Analyse. Die Linie der Vorbereitung auf angeblich mögliche „zwei Wege der Revolution“, auf den angeblich „friedlichen Weg“ und den nichtfriedlichen Weg, wurde dabei als Keim der Fehler der KP Indonesiens in den revolutionären Kämpfen von 1945 bis 1965 erkannt.

Die 1966 vom Politbüro des ZK der PKI vorgelegte Selbstkritik ist ein bis heute herausragendes Dokument des Kampfes gegen den modernen Revisionismus. Denn es ist das historische Verdienst dieser Selbstkritik, den „friedlichen Weg“ der modernen Revisionisten und das Konzept der „zwei Wege“ von Grund auf verworfen und die gewaltsame Revolution als allgemeingültige Gesetzmäßigkeit verteidigt zu haben. Zugleich war die Selbstkritik der PKI eine nötige Kritik, wenn auch nicht namentlich, an grundlegenden Fehlern der berechtigten „Polemik“ der KP Chinas (1963) gegen die revisionistische Linie des XX. Parteitag der KPdSU (1956). Im Zentrum der Selbstkritik der PKI steht die prinzipielle Haltung zur gewaltsamen Revolution und zum Staatsapparat der herrschenden Klassen. Darüber hinaus geht es um grundlegende Fragen der antiimperialistisch-demokratischen Revolution in Indonesien wie die Frage des Volkskriegs, die Notwendigkeit einer tiefgehenden Agrarrevolution und die besondere Haltung zur „nationalen Bourgeoisie“.

148 Seiten, Offenbach 2005, 8 €, ISBN 978-3-86589-037-5

Autorenkollektiv

### Kritik des Buches von Enver Hoxha „Imperialismus und Revolution“

Enver Hoxhas 1979 veröffentlichtes Buch „Imperialismus und Revolution“ ist das zentrale Werk, das die Abkehr der Partei der Arbeit Albanien vom wissenschaftlichen Kommunismus zeigt. Das Kernstück der vorliegenden Kritik ist der genaue Beweis, daß Hoxha bei seinen Angriffen auf Mao Tse-tungs Linie in der chinesischen volksdemokratischen Revolution die Linie Lenins und Stalins angreift und gleichzeitig oft wörtlich nur wiederholt, was korrupte revisionistische Professoren in der Sowjetunion Breschnevs gegen Mao an Lügen und Verfälschungen fabriziert haben. Vor allem aber ist diese Arbeit ein Teil der unbedingt nötigen Auseinandersetzung mit der Geschichte der kommunistischen Weltbewegung in der Zeitspanne vor 1989, vor Gorbatschow. Anhand von vier Themenkomplexen zeigt die Analyse von Hoxhas Buch, daß im Grunde der moderne Revisionismus, der nach wie vor die Hauptgefahr für eine sich neu formierende wirklich kommunistische Weltbewegung ist, der eigentliche Adressat der Kritik ist: Ein grundlegend falscher Standpunkt zu den Problemen der demokratischen Etappe der chinesischen Revolution • Revisionistische Positionen zu Grundfragen der Entwicklung des Sozialismus und Kommunismus • Eine grundlegend falsche Linie im Kampf gegen den Imperialismus • Ein grundlegend falsches Herangehen an die Einschätzung Mao Tse-tungs, der KP Chinas und der chinesischen Revolution.

264 Seiten, Offenbach 2005, 15 €, ISBN 978-3-86589-012-2

## Texte internationaler revolutionärer Erfahrungen in anderen Sprachen

Autorenkollektiv

### Der XX. Parteitag der KPdSU 1956

Ein revisionistisches und konterrevolutionäres Programm (Materialien und Diskussionsbeiträge) und „Programmatische Erklärung der Revolutionären Kommunisten der Sowjetunion (Bolschewiki)“ von 1966 (Auszug)



in russischer Sprache:

### 20-й съезд КПСС – программа ревизионизма и контрреволюции

материал и дискуссионные статьи в том числе с выдержками „Программное заявление Революционных коммунистов Советского Союза (большевиков)“ 1966 года

106 Seiten, Offenbach 2002, 6 €, ISBN 978-3-932636-47-9

in französischer Sprache:

### Le XX<sup>e</sup> congrès du PCUS en 1956

Programme du révisionnisme et de la contre-révolution (matériel et contributions à discussion) et “Proclamation – Programme des Communistes Révolutionnaires Soviétiques (Bolcheviques)” de 1966 (extraits)

176 Seiten, Offenbach 2005, 8 € ISBN 978-3-86589-005-4

in türkischer Sprache:

### SBKP 1956'daki 20. Parti Kongresi Sovyetler Birliği Devrimci Komünistlerinin (Bolshevik) 1966 Tarihi Programatik açıklaması

Sovyetler Birliğinde kapitalizmin restorasyonu yönünde ve onun emperyalist karşı devrimine dönüsmesine tayin edici bir ideolojik dönüm noktasını teşkil etmektedir!

120 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 3-932636-75-2

in italienischer Sprache:

### Il XX<sup>e</sup> Congresso del PCUS del 1956

Programma del revisionismo e della controrivoluzione (materiali e contributi alla discussione) e “Dichiarazione programmatica dei Comunisti Rivoluzionari dell'Unione Sovietica (Bolscevichi)” del 1966 (estratto)

108 Seiten, Offenbach 2006, 8 € ISBN 978-3-86589-004-7

## Dokumente und Analysen



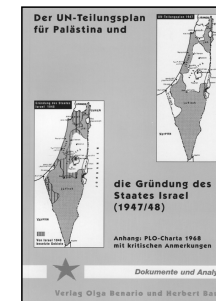
### Zur Geschichte Afghanistans Ein Land im Würgegriff des Imperialismus

Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus in Afghanistan

Dieser Sammelband enthält Texte, die die Rolle Afghanistans im Expansionsstreben des Kolonialismus und Imperialismus beleuchten. Da sich der deutsche Imperialismus seit dem Oktober 2001 am imperialistischen Aggressionskrieg gegen Afghanistan beteiligt, ist dieses Land für alle, die sich in Deutschland dieser imperialistischen Kriegspolitik entgegenstellen wollen, besonders wichtig geworden.

Autorenkollektiv: „Über die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus gegenüber Afghanistan“ (2001) • Friedrich Engels: „Afghanistan“ (1857) • Großen Sowjet-Enzyklopädie „Afghanistan“ (1950) • KP Afghanistans/ML (Aufbauorganisation): „Der Sozialfaschismus ist der Feind unseres Volkes“ (1978) • Generalunion afghanischer Studenten im Ausland (GUAFS): „Afghanistan – die Unterwerfung der Nation“ (1981)

289 Seiten, Offenbach 2002, 15 €, ISBN 978-3-932636-48-6



### Der UN-Teilungsplan für Palästina und die Gründung des Staates Israel (1947/48)

Anhang: PLO-Charta von 1968 mit kritischen Anmerkungen

Eine wirkliche politische Einschätzung der Situation im Krieg zwischen Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten ist ohne geschichtlichen Hintergrund unmöglich. Hierbei ist der entscheidende Knotenpunkt die Debatte über den 1947 unter Federführung der damals sozialistischen Sowjetunion vorgeschlagenen Plan zur Gründung zweier Staaten. Der Plan wurde auf-

gestellt, nachdem eine gemeinsame Staatsgründung als gescheitert angesehen werden mußte. Wesentliche Basis dieser Vorschläge waren vor allem die Erfahrungen des Befreiungskrieges gegen Nazideutschland und auch grundsätzliche Überlegungen über die Geschichte der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung.

Enthält u.a. die Resolution der UNO-Generalversammlung vom 29.11.1947 über den UN-Teilungsplan für Palästina, die Rede des Delegierten der UdSSR vor der UNO am 14.5. und 26.11.1947 und die Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952).

120 Seiten, Offenbach 2002, 8 €, ISBN 978-3-932636-52-3

Zu diesem Titel ist ein ergänzender Materialien-Band erschienen:

### Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €, ISBN 978-3-932636-32-5  
Hardcover: Offenbach 1997, 35 €, ISBN 978-3-932636-59-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)



**Die Rote Fahne**  
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Reprint 1929 – Februar 1933  
Hardcover-Bände im Format DIN A3

Eine wichtige Lehre aus dem Kampf der KPD in der Zeit von 1929 bis 1933 ist ohne Zweifel, daß in einem Land wie Deutschland neben dem vorrangigen Kampf um die Gewinnung der Mehrheit

der Arbeiterinnen und Arbeiter für die proletarische Revolution und den Kommunismus auch mit großem Kräfteaufwand der demokratische Kampf gegen die Nazi-Ideologie und den Chauvinismus geführt werden muß mit dem Ziel, die kleinbürgerlichen Massen wenn schon nicht zu gewinnen, so doch wenigstens zu neutralisieren. Im Bewußtsein dieser schwierigen Probleme muß man die Linie der KPD von 1929 bis 1933 genau analysieren, ihre Fehler auch im Sinne einer Selbstkritik wissenschaftlich-rücksichtslos im richtigen Rahmen aufdecken und gleichzeitig mit den Genossinnen und Genossen „unserer KPD“, mit ihrem praktischen Kampf und Einsatz, solidarisch sein.

**1/1929**, 1.080 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-018-4  
**2/1929**, 534 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-019-1  
**3/1929**, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-020-7  
**4/1929**, 1054 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-021-4

**1/1930**, 1206 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-022-1  
**2/1930**, 1140 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-023-8  
**3/1930**, 1144 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-024-5  
**4/1930**, 990 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-025-2

**1/1931**, 1064 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-026-9  
**2/1931**, 886 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-027-6  
**3/1931**, 604 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-028-3  
**4/1931**, 888 Seiten, Offenbach 2005, 90 €, ISBN 978-3-86589-029-0

**1/1932**, 970 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-030-6  
**2/1932**, 1128 Seiten, Offenbach 2005, 95 €, ISBN 978-3-86589-031-3  
**3/1932**, 580 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-032-0  
**4/1932**, 598 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-033-7

**1/1933**, 452 Seiten, Offenbach 2005, 70 €, ISBN 978-3-86589-034-4

**Gesamtausgabe (17 Bände)**, zusammen ca. 15.300 Seiten, Offenbach 2005, 1.480 €, ISBN 978-3-86589-048-1

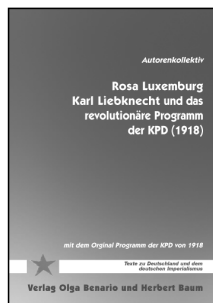
## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### Die Verbrechen des deutschen Imperialismus im Ersten Weltkrieg

In diesem Buch werden die Verbrechen des deutschen Imperialismus im imperialistischen Weltkrieg 1914 – 1918 zusammengestellt. Der Verlauf des Ersten Weltkrieges und seiner Vorgeschichte – einschließlich der antimilitaristischen Bewegung in Deutschland – wird im Zusammenhang mit der internationalen Lage und der Situation aller imperialistischen Großmächte dargestellt. Ausführlich werden auch Parallelen mit der heutigen sich zuspitzenden internationalen Lage thematisiert.

150 Seiten, Offenbach 2004, 8 €, ISBN 978-3-932636-92-9



Autorenkollektiv

### Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und das revolutionäre Programm der KPD (1918)

Mit dem Originalprogramm der KPD von 1918

Sich mit dem kommunistischen Werk Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts auseinanderzusetzen, das ist für uns keine Stubengelehrtheit, sonder die Verpflichtung, den von ihnen gewiesenen Weg des Kampfes gegen den deutschen Imperialismus unter den heutigen Bedingungen fortzuführen: Für den revolutionären Bürgerkrieg zum Sturz der deutschen Bourgeoisie, für die revolutionäre Diktatur des Proletariats und den Sozialismus, für die wahrhaft revolutionäre Kommunistische Partei des Proletariats, für einen unversöhnlichen Kampf gegen den Opportunismus und Reformismus, für den Kampf gegen den verfluchten deutschen Chauvinismus.

200 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-932636-74-5

Georgi Dimitroff

### Gegen den Nazifaschismus

Die Herausarbeitung des Klassencharakters des Faschismus wird in den Reden von Dimitroff vor dem VII. Weltkongress der KI verknüpft mit einer Analyse von Besonderheiten des Nazifaschismus; es geht um die Aufgaben der antifaschistischen Einheits- und Volksfront, die Dimitroff im Zusammenhang mit einer Kritik an taktischen Fehlern der KPD im Kampf gegen die Nazis erläutert.

371 Seiten, Offenbach 2002, 20 €, ISBN 978-3-932636-25-7

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus

Autorenkollektiv

### 1418 Tage

Der Krieg des deutschen Nazifaschismus gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion (22. Juni 1941 – 8. Mai 1945)

Im Mittelpunkt dieses Buchs steht der Befreiungskrieg der sozialistischen UdSSR, ihrer Roten Armee, der sowjetischen Partisanen und der Völker der UdSSR gegen den deutschen Imperialismus und seine Nazi-Truppen mit ihren Verbündeten. Das Buch soll ein Beitrag sein, die gewaltigen Erfahrungen des Kampfes der sozialistischen Sowjetunion unter Führung Stalins, ihre politischen, ideologischen, militärischen und auch ökonomischen Erfahrungen umfassend auszuwerten und zu verteidigen.

220 Seiten, Offenbach 2006, 13 €, ISBN 978-3-86589-035-1

Autorenkollektiv

### Marx und Engels über das reaktionäre Preußentum (1943)

Alfred Klahr

### Gegen den deutschen Chauvinismus (1944)

In der ersten Schrift liegt der Schwerpunkt auf einem gedrängten Überblick über Besonderheiten der deutschen Geschichte, über die verbrecherische Geschichte des reaktionären preußischen Staates und des deutschen Imperialismus. In der theoretischen Arbeit von Alfred Klahr, die er 1944 im KZ Auschwitz verfaßt hat, steht die Mitschuld des deutschen Volkes an den Verbrechen des Nazifaschismus im Mittelpunkt, dessen Verpflichtung zur Wiedergutmachung sowie die solidarische Kritik am Kampf der KPD gegen den deutschen Chauvinismus.

130 Seiten, Offenbach 1997, 5 €, ISBN 978-3-932636-13-4

Autorenkollektiv

### Über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus

Die vorliegende Untersuchung gibt einen Überblick über den Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazifaschismus und tritt dabei antikommunistischen Verleumdungen entgegen. Klargestellt wird, daß trotz aller wichtiger Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation jeder revolutionäre Widerstand, jeder revolutionäre Kampf vom Widerstand in den KZs und Vernichtungslagern des Nazi-Regimes lernen kann und muß.

204 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 978-3-932636-34-9

Gudrun Fischer

### „Unser Land spie uns aus“

Jüdische Frauen auf der Flucht vor dem Naziterror nach Brasilien

Jüdische Frauen in Brasilien erzählen über ihre Flucht aus Nazi-deutschland. Ihre Erinnerungen sind bedrückend und schmerzlich, ermutigend und informativ. Jede verarbeitet die Flucht anders, und das zeigt sich in ihren Berichten: sie sind ironisch oder trocken, mal kurz, mal ausführlich. Daß Brasilien ihr „Wunschfluchtland“ gewesen ist, behauptet keine der in diesem Buch interviewten Frauen. Aber es war ihre einzige Chance.

220 Seiten, Offenbach 1998, 13 €, ISBN 3-932636-33-2

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Freies Deutschland**  
Illustrierte Zeitschrift der antifaschistischen Emigration

erschienen in Mexiko von November 1941 bis Juni 1946

Der Reprint umfaßt sämtliche erschienenen Ausgaben der Zeitschrift. Die Neuherausgabe soll bei der gründlichen Diskussion der dort aufgeworfenen Fragen helfen. Auf über 1700 Seiten werden unter anderem von führenden Schriftstellerinnen und Schriftstellern der deutschsprachigen Emigration eigene politische und literarische Artikel, Vorabdrucke und Buchbesprechungen sowie Beiträge anderer Antifaschisten, die ins Deutsche übersetzt wurden, veröffentlicht.

Für die an der deutschen Exil-Literatur interessierten Leserinnen und Leser ist die faksimilierte Neuherausgabe eine große Fundgrube an hochinteressanten Texten. Von noch größerem Gewicht ist jedoch, dass diese Zeitschrift von führenden Kadern der KPD, vor allem ab 1942 von Paul Merker, aber auch von Alexander Abusch geleitet wurde. Beide waren Teilnehmer der „Berliner Konferenz“ 1939, des 14. Parteitags der KPD. Diese Zeit bildet ein Zentrum der Westemigranten der KPD, die aus Europa weiter vor der Nazi-Expansion in Europa nach Nord- und Südamerika geflohen waren. Die Führung der KPD war in Moskau. Eine Reihe von mehr oder minder starken Gruppen der KPD operierte innerhalb Nazi-Deutschlands, viele davon in den KZs.

Herausragend für die Zeitschrift „Freies Deutschland“ sind die Fülle von Artikeln über die Nazi-Massaker in den besetzten Ländern und die große und eigentlich sehr klare Betonung der großen Schuld der Mehrheit der deutschen Bevölkerung und auch der Mitschuld der deutschen Arbeiterklasse an den Verbrechen der Nazi-Massenmörder, an den Verbrechen des deutschen Imperialismus.

Dabei spielt die Anklage gegen den nazifaschistischen Völkermord an den europäischen Juden eine hervorragende Rolle. Der Kampf gegen die Ideologie des Antisemitismus, für Entschädigungen an die Verfolgten des Nazi-Regimes, gerade auch an die jüdischen Verfolgten, führte auch zu Diskussionen, in denen insbesondere das Mitglied des ZK der KPD Paul Merker sehr offensiv und im Kern richtig für materielle Entschädigungen eintrat. Auch in dieser Hinsicht bieten die Seiten des „Freies Deutschland“ (Mexiko) viel an Diskussionsstoff. Manche bösen Entwicklungen in der SED wirken vor der entfalteten Argumentationskette Paul Merkers noch übler, die fehlende Gegenwehr kommunistischer Kader gegen nationalistische und antisemitische Töne in der Führung der SED der fünfziger Jahre schmerzt um so mehr.

**Band 1: 1941 / 1942**, 440 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-96-7  
**Band 2: 1942 / 1943**, 460 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-97-4  
**Band 3: 1943 / 1944**, 480 Seiten, 30 €, ISBN 978-3-932636-98-1  
**Band 4: 1944 – 1946**, 660 Seiten, 35 €, ISBN 978-3-932636-99-8

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Internationale Hefte der Widerstandsbewegung**  
Analysen und Dokumente über den internationalen Widerstand gegen den Nazifaschismus

Diese vollständige Sammlung der von der FIR (Fédération Internationale des Résistants) herausgegebenen Zeitschrift „Internationale Hefte der Widerstandsbewegung“ (Nr. 1 – 10, November 1959 bis März 1963) mit knapp über 1000 Seiten hat hohen dokumentarischen Wert. Zudem enthält die am Schluss einiger Hefte veröffentlichte Bibliographie wertvolle Studienhinweise.

**Heft 1 und 2** eröffnen die Hefreihe mit Artikeln zur Fragestellung, ersten Überblicken und (in Heft 2) den Dokumenten einer Konferenz über die Rolle des antinazistischen Widerstandskampfes für die Erziehung der jungen Generation. Als Ziele der „Hefte“ wird angegeben, zu informieren und eine Diskussion zu eröffnen.

**Heft 3 und 4** haben den Widerstandskampf in den KZs und Vernichtungszentren sowie die internationalistische Beteiligung von Ausländern am nationalen Befreiungskampf in den einzelnen Ländern zum Schwerpunkt.

**Heft 5** analysiert die großen bewaffneten Aufstände in den Großstädten Europas, insbesondere in Prag, Paris, Neapel und auch in Warschau.

**Heft 6 und 7** beschäftigen sich mit den programmatischen Dokumenten der verschiedenen Organisationen in verschiedenen Ländern – mit dem Schwerpunkt auf Positionen der KPs und der von den KPs geführten Frontorganisationen.

**Heft 8 – 10** gibt als Dreifachnummer einen konzentrierten Überblick über die Widerstandskämpfe in den verschiedenen Ländern, wobei auch die besondere Problematik des jüdischen Widerstandskampfes durch Beiträge von Vertretern und Vertreterinnen des Widerstandes, die nun in Israel leben, verdeutlicht wird.

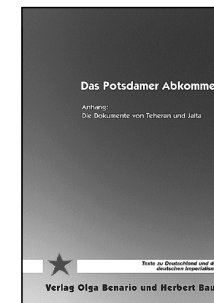
Die faktenreichen Artikel zum bewaffneten Kampf als Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterklasse und der vom deutschen Imperialismus national unterdrückten breiten Massen der Bevölkerung der besetzten Länder, die Hervorhebung auch der völkermörderischen Verbrechen gegenüber der jüdischen Bevölkerung Europas, die Benennung der Positionen der KPs vieler Länder – all dies enthält wertvolle Materialien. Zu Recht wird mehrfach darauf hingewiesen, daß innerhalb des zweiten Weltkrieges, nicht einfach Staaten gegeneinander kämpften, sondern es sich um die allergrößte Teilnahme der Bevölkerung der verschiedensten Länder am Krieg handelt.

**Band 1:** Heft 1 – 4 (1959 – 1960), 560 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-49-3

**Band 2:** Heft 5 – 10 (1961 – 1963), 528 Seiten, Offenbach 2002, 35 € ISBN 978-3-932636-50-9

**Band 1 und 2 in einem Band (Hardcover):**  
Heft 1 – 10 (1959 – 1963), 1084 Seiten, Offenbach 2002, 80 € ISBN 978-3-932636-51-6

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



**Das Potsdamer Abkommen** (1945)  
Anhang: Die Dokumente von Teheran und Jalta

Das Potsdamer Abkommen vom August 1945 ist nach wie vor eine wesentliche Waffe im Kampf um die geschichtliche Wahrheit und unterstreicht die Aufgaben, die sich heute im Kampf gegen den deutschen Imperialismus ergeben (z. B. die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, die Anerkennung von Entschädigungen und Reparationen, die Anerkennung der Umsiedlung nazifaschistisch orientierter deutscher Bevölkerungsteile aus Polen, der CSSR und der Sowjetunion als gerechte Maßnahme).

83 Seiten, Offenbach 2001, 5 € ISBN 978-3-932636-24-0

**Bericht des internationalen Lagerkomitees des KZ Buchenwald** (1949)

Die furchtbaren Nazi-Verbrechen, der internationalistische Widerstand der Häftlinge gegen die Nazi-Mörder, organisiert und geleitet durch das internationale Lagerkomitee, die Befreiung des KZ Buchenwald durch die US-Truppen mit Unterstützung durch bewaffnete Häftlingsgruppen – all das wird in beeindruckender Weise, basierend auf den Berichten der überlebenden Häftlinge, in diesem Dokument von 1949 genaustens geschildert; es ist damit eine Waffe gegen sämtliche reaktionäre Lügen über das KZ Buchenwald.

237 Seiten, 2. Auflage, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 3-932636-26-4



**Autorenkollektiv**  
**Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)**

Die Analyse der Vorgeschichte und Gründung der SED nimmt als Ausgangspunkt die Verbrechen des Nazifaschismus und ihrer Bedeutung für die Linie der SED. Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 wird kritisch eingeschätzt und die Aufgabe der Entnazifizierung als Hauptkettenglied der Politik der Kommunistinnen und Kommunisten in Deutschland nach 1945 herausgearbeitet. Im abschließenden Kapitel wird nachgewiesen, daß bei der Gründung der SED auf wesentliche Kernpunkte des wissenschaftlichen Kommunismus verzichtet wurde.

702 Seiten, Offenbach 2000, 33 € ISBN 978-3-932636-38-7

Zu diesem Titel sind ergänzende Materialien-Bände erschienen (Materialien zur Gründung der SED, Band 1 – 5), ausführliche Angaben zu den Bänden befinden sich im hinteren Teil des vorliegenden Programms.

## Texte zu Deutschland und dem deutschen Imperialismus



10 Jahre „Deutsche Einheit“:  
**Nazi-Terror  
von Hoyerswerda bis Düsseldorf**  
Nazis, Staat und Medien – ein Braunbuch

Unter der Losung der „Wiedervereinigung der deutschen Nation“ wurde von den deutschen Imperialisten eine in den letzten Jahrzehnten noch nicht dagewesene nationalistisch-chauvinistische Pogromstimmung geschürt, die in Hoyerswerda und Rostock, Mölln und Solingen, Magdeburg, Lübeck und Düsseldorf gipfelte. Die chauvinistische und rassistische

setzte Hetze, die Überfälle und Morde an Menschen, die die Nazis als „undeutsch“ bezeichnen, haben sich seitdem massiv verstärkt und sind schon alltäglich geworden. Von einer entscheidenden Bedeutung ist dabei, den Vormarsch der nazistischen Bewegung im inneren Zusammenhang mit der Politik und Propaganda des Staates und der Politiker des deutschen Imperialismus insgesamt einzuschätzen, der nach zehn Jahren „Einheit Deutschlands“ seine Rolle als imperialistische Großmacht vor allem durch die imperialistische Aggression gegen Jugoslawien auch militärisch wieder manifestiert hat. Die deutschen Imperialisten haben auch durch die Art und Weise, wie die Einverleibung der DDR durchgesetzt wurde, demonstriert, welches Potential des deutschen Nationalismus und Chauvinismus sie in relativ kurzer Zeit zu mobilisieren in der Lage sind, bis hinein in angeblich „linksfortschrittliche“ Kreise. Das Aufdecken des Zusammenhangs von staatlichem Abschiebeterror, Nazi-Terror, Inschutznahme der Nazis durch Polizei und Justiz, Politiker- und Medienhetze gegen Flüchtlinge, Roma usw. ist wichtig, um gegen die Gewöhnung an diese verfluchten deutschen Zustände in unverbrüchlicher Solidarität mit allen Opfern des Nazi-Terrors und der staatlichen Repression zu kämpfen.

Aus dem Inhalt:

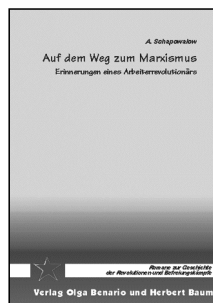
I. Tatsachen – Chronologie der rassistischen Überfälle, Pogrome und Morde: Hoyerswerda: gegen vietnamesische und mosambikanische Arbeiterinnen und Arbeiter (September 1991), Mannheim-Schönau: gegen Asylsuchende (Mai / Juni 1992), Rostock: gegen Roma und Vietnamesinnen und Vietnamesen (August 1992), Mölln und Solingen: gegen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei (November 1992 und Mai 1993), Magdeburg: gegen afrikanische Flüchtlinge (Mai 1994), Lübeck: gegen afrikanische Flüchtlinge (Januar 1996), Lübeck und Düsseldorf: gegen die jüdische Bevölkerung (März 1994, Mai 1995 und Juli 2000).

II. Nazis, Staat und Medien – von subtiler Hetze bis offenem Terror: Verständnis für Pogrome, Hetze gegen den antifaschistischen Widerstand. Die Opfer werden zu Tätern gemacht. Antisemitismus.

III. Aktionen gegen die Nazis – Widerstand der Opfer, Solidarität und Entlarvung.

222 Seiten, Offenbach 2000, 13 €, ISBN 978-3-932636-37-0

## Romane zur Geschichte der Revolutionen und Befreiungskämpfe



A. Schapowalow  
**Auf dem Weg zum Marxismus**  
Erinnerungen eines  
Arbeiterrevolutionärs

A. S. Schapowalow (1871 – 1942) war einer der ersten Arbeiterrevolutionäre, die den Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus fanden. Schapowalow schildert in diesem autobiographischen Roman seine Erfahrungen des revolutionären Kampfs im zaristischen Rußland, wie er über den Bruch mit der Religion und seiner vorübergehenden Sympathie für die „Volkstümler“, die die Taktik des individuellen Terrors eingeschlagen hatten, sich schließlich im Kampf gegen den aufkommenden Opportunismus der „Ökonomen“ 1901 den Bolschewiki unter Lenins Führung anschloß.

337 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-29-5



S. Mstislawski  
**Die Krähe ist ein Frühlingsvogel**

Nikolai Baumann mit Decknamen Krähe, ein enger Mitkämpfer Lenins, reist 1902 illegal nach Rußland. Anhand der Schilderung seiner Parteilarbeit bekommt man ein Bild der damals anstehenden Aufgaben der kommunistischen Kräfte Rußlands sowie des ideologischen Kampfs der Bolschewiki gegen die Menschewiki bis zum Beginn der Revolution von 1905.

404 Seiten, Offenbach 1997, 15 €  
ISBN 978-3-932636-17-2



I. Popow  
**Als die Nacht verging**

Nach der Niederlage der Revolution von 1905 herrscht in Rußland tiefste Reaktion. Der Roman handelt vom Kampf der Bolschewiki für die Reorganisierung der Kommunistischen Partei und um die Erneuerung der Verbindungen zur Arbeiterklasse, vom Kampf gegen Resignation und Defätismus, gegen die Menschewiki und Liquidatoren der Kommunistischen Partei.

593 Seiten, Offenbach 1997, 20 €  
ISBN 978-3-932636-30-1

## Materialien (Spiralbindung, DIN A4)

**Leninismus – Lesehefte für Schulungen und Selbstunterricht**  
Zusammengestellt aus den Werken von Marx, Engels, Lenin, Stalin, der KPdSU(B) und der Kommunistischen Internationale (1935)

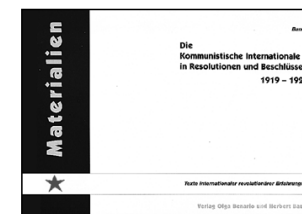
Was ist Leninismus? • Die Theorie der proletarischen Revolution • Die Diktatur des Proletariats • Der Kampf um den Sieg des sozialistischen Aufbaus • Die Agrar- und Bauernfrage • Die nationale und koloniale Frage • Strategie und Taktik der proletarischen Revolution  
500 Seiten, Offenbach 2004, 30 €, ISBN 978-3-932636-90-5

**Die Kommunistische Internationale in Resolutionen und Beschlüssen**

Die Resolutionen und Beschlüsse der Kommunistischen Internationale lassen ein beeindruckendes Bild vom ideologischen, politischen und bewaffneten Kampf der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektionen entstehen.

**Band 1: 1919 – 1924**

416 Seiten, Offenbach 1998  
30 €, ISBN 978-3-932636-27-1  
Hardcover: Offenbach 1998  
55 €, ISBN 978-3-932636-60-8



**Band 2: 1925 – 1943**

452 Seiten, Offenbach 1998  
35 €, ISBN 978-3-932636-28-8  
Hardcover: Offenbach 1998  
60 €, ISBN 978-3-932636-61-5

**Die Kommunistische Partei der Sowjetunion in Resolutionen und Beschlüssen der Parteitage, Konferenzen und Plenen des ZK**

**Teil 1: 1898 – 1917**

282 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-76-9  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-77-6

**Teil 2: 1917 – 1924**

290 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-82-0  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-83-7

**Teil 3: 1924 – 1927**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-84-4  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-85-1

**Teil 4: 1927 – 1932**

300 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-86-8  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-87-5

**Teil 5: 1932 – 1953**

340 Seiten, Offenbach 2004, 22 €, ISBN 978-3-932636-88-2  
Hardcover: Offenbach 2004, 47 €, ISBN 978-3-932636-89-9

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Zur internationalen Lage 1919 – 1952

Dokumente der kommunistischen Weltbewegung  
Lenin - Stalin - Komintern - Kominform - KPdSU(B)

359 Seiten, Offenbach 2003, 25 €, ISBN 978-3-932636-71-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 50 €, ISBN 978-3-932636-78-3

### Dokumente der Internationalen Roten Hilfe (IRH) und der Roten Hilfe Deutschlands (RHD)

„5 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1928) • „10 Jahre Internationale Rote Hilfe“ (1932) • „15 Jahre weißer Terror“ (1935) • „1. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1925) • „2. Reichskongreß der Roten Hilfe Deutschlands“ (1927)

593 Seiten, Offenbach 2003, 35 €, ISBN 978-3-932636-66-0  
Hardcover: Offenbach 2003, 60 €, ISBN 978-3-932636-81-3



### Dokumente zum Studium der Palästina-Frage (1922 – 1948)

Erklärungen und Artikel der kommunistischen Bewegung Palästinas • Dokumente und Artikel der Kommunistischen Internationale

Anhang:  
Programm der KP Israels (1952) • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Israel“ (1952)

180 Seiten, Offenbach 1997, 10 €  
ISBN 978-3-932636-32-5

Hardcover: Offenbach 1997, 35 €  
ISBN 978-3-932636-59-2

### Dokumente zum Studium des Spanischen Bürgerkriegs (1936 – 1939)

Resolutionen und Aufrufe des ZK der KP Spaniens • Artikel von José Diaz, Vorsitzender der KP Spaniens • Dokumente der Kommunistischen Internationale • Große Sowjet-Enzyklopädie: „Geschichte Spaniens“, Berlin 1955 • ZK der KP Spaniens (Hrsg.): „Der Weg zum Sieg“, Madrid 1937 • MINKLOS (Internationales Agrarinstitut Moskau): „Spaniens Bauern im Kampf um Boden und Freiheit“, Moskau 1937

680 Seiten, Offenbach 1997, 30 €, ISBN 978-3-932636-31-8  
Hardcover: Offenbach 1997, 55 €, ISBN 978-3-932636-58-5

### Indien und die Revolution in Indien

Materialien und Dokumente der kommunistischen Weltbewegung vom Beginn der Kolonialisierung bis 1935:  
Marx - Engels - Lenin - Stalin - Komintern

288 Seiten, Offenbach 2005, 20 €, ISBN 978-3-86589-039-9  
Hardcover: Offenbach 2005, 45 €, ISBN 978-3-86589-040-5

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Dokumente des Kampfes der Kommunistischen Partei Chinas gegen den modernen Revisionismus 1956 – 1966

#### Teil I: 1956 – 1963

346 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-44-8  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-62-2

#### Teil II:

#### Die Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung (1963)

330 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-45-5  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-63-9

#### Teil III: 1963 – 1966

320 Seiten, Offenbach 2002, 25 €, ISBN 978-3-932636-46-2  
Hardcover: Offenbach 2002, 50 €, ISBN 978-3-932636-64-6

### Dokumente des Kampfes der Partei der Arbeit Albaniens gegen den modernen Revisionismus 1955 – 1966

#### Teil I: 1955 – 1962

418 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-68-4  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-79-0

#### Teil II: 1963 – 1966

422 Seiten, Offenbach 2003, 30 €, ISBN 978-3-932636-69-1  
Hardcover: Offenbach 2003, 55 €, ISBN 978-3-932636-80-6



### Dokumente des ZK der KPD 1933 – 1945

505 Seiten, Offenbach 2001, 35 €, ISBN 978-3-932636-41-7  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-57-8

### Materialien zur Gründung der SED (1945/46):

#### Band 1: Berichte und Protokolle

Der 15. Parteitag der KPD am 19. und 20. April 1946  
Der 40. Parteitag der SPD am 19. und 20. April 1946  
Der Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946  
Anhang: Der Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945

319 Seiten, Offenbach 2001, 25 €, ISBN 978-3-932636-40-0  
Hardcover: Offenbach 2001, 50 €, ISBN 978-3-932636-53-0

#### Band 2: Vortragsdispositionen (1945 – 1946)

Materialien für politische Schulungstage,  
herausgegeben vom ZK der KPD

250 Seiten, Offenbach 2001, 20 €, ISBN 978-3-932636-39-4  
Hardcover: Offenbach 2001, 45 €, ISBN 978-3-932636-54-7

## Materialien

(Spiralbindung, DIN A4)

### Band 3: Einheit (1946)

Einheit – Monatsschrift zur Vorbereitung der sozialistischen Einheitspartei (Februar – April 1946) • Einheit – Theoretische Monatsschrift für Sozialismus (April – Dezember 1946) • Anhang: Entwurf einer Verfassung für die Deutsche Demokratische Republik (1946)

380 Seiten, Offenbach 2002, 28 €, ISBN 978-3-932636-42-4  
Hardcover: Offenbach 2002, 53 €, ISBN 978-3-932636-55-4

### Band 4:

Alexander Abusch: **Der Irrweg einer Nation** (1946)  
Georg Rehberg: **Hitler und die NSDAP in Wort und Tat** (1946)  
Walter Ulbricht: **Die Legende vom „deutschen Sozialismus“** (1945)  
Paul Merker: **Das dritte Reich und sein Ende** (1945)

540 Seiten, Offenbach 2002, 35 €, ISBN 978-3-932636-43-1  
Hardcover: Offenbach 2002, 60 €, ISBN 978-3-932636-56-1

### Band 5: Parteikonferenz der KPD am 2. und 3. März 1946

Entwurf der Resolution für die Parteikonferenz: „Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands“ • Reaktionen aus der Öffentlichkeit auf den Resolutionsentwurf • Referat: „Die nächsten Aufgaben der KPD in der antifaschistisch-demokratischen Einheitsfront“ • Anhang: Zunehmende Kompromisse mit den sogenannten „kleinen“ Nazis – Auszug aus: „Die Gründung der SED und ihre Vorgeschichte (1945 – 1946)“

160 Seiten, Offenbach 2004, 10 €, ISBN 978-3-86589-003-0  
Hardcover: Offenbach 2004, 35 €, ISBN 978-3-86589-008-5

### Band 6: Wichtige Artikel aus der „Täglichen Rundschau“ und der „Deutschen Volkszeitung“ (1945/46)

ca. 40 Seiten, Offenbach 2006, ca. 5 €, ISBN 978-3-86589-054-2



**Rote Hefte** – zu historischen und aktuellen Fragen der kommunistischen Weltbewegung

20 – 52 Seiten pro Heft, ISBN 978-3-86589-038-2,  
Mindestbestellmenge: 10 Hefte – 10 €

